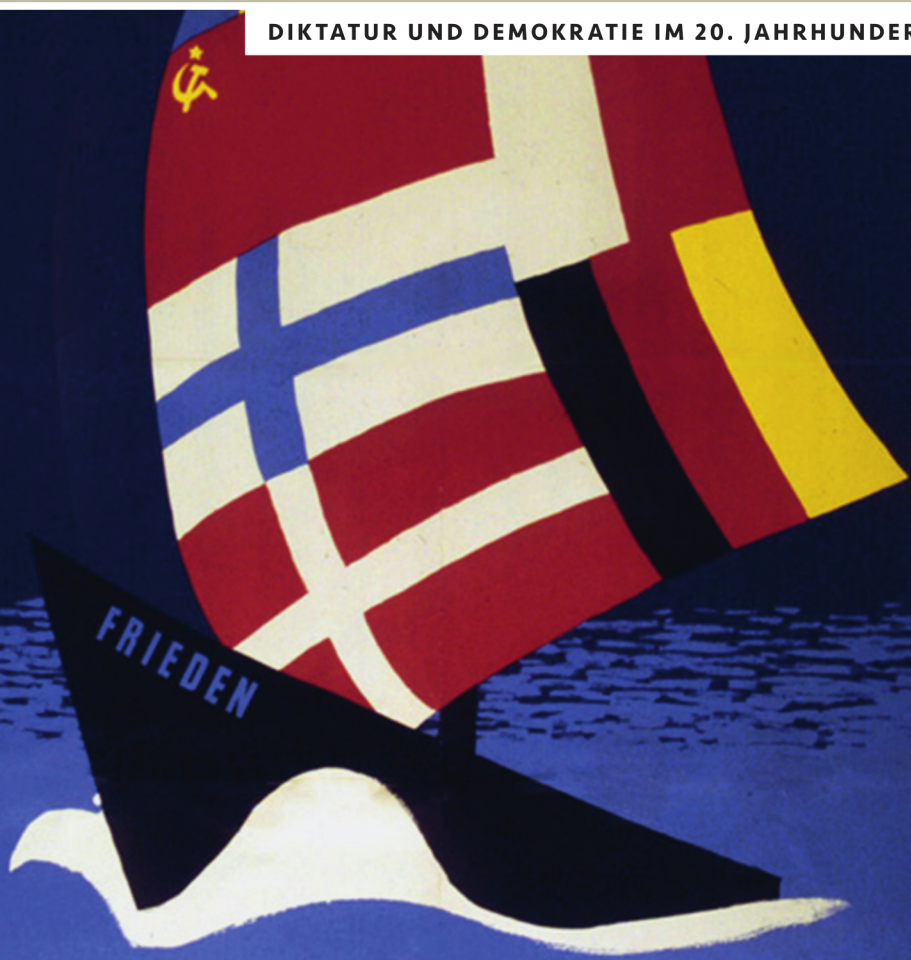


Mecklenburg-Vorpommern im Kalten Krieg

Historische Verflechtungen
mit dem Ostseeraum

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM 20. JAHRHUNDERT



OSTSEEWOCHEN ROSTOCK

5. 7. – 13. 7. 1958

BeBra Wissenschaft Verlag

Mecklenburg-Vorpommern im Kalten Krieg

Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert, Bd. 11

Schriftenreihe der Forschungs- und Dokumentationsstelle
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Herausgegeben von
Stefan Creuzberger
Fred Mrotzek

Oliver Auge/Stefan Kreuzberger/
Thomas Wegener Friis (Hrsg.)

Mecklenburg-Vorpommern im Kalten Krieg

Historische Verflechtungen mit dem
Ostseeraum

BeBra Wissenschaft Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation. Es ist lizenziert unter einer Creative Commons
Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz
(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>).

Zu Fragen der Produktsicherheit wenden Sie sich bitte an herstellung@bebraverlag.de.

Der BeBra Wissenschaft Verlag ist ein Imprint des BeBra Verlags.

© 2026 BeBra Verlag GmbH
Asterplatz 3, 12203 Berlin
post@bebraverlag.de
Redaktion der Reihe: Stefan Kreuzberger, Fred Mrotzek, Rostock
Redaktion des Bandes: Sabine Grabowski, Düsseldorf
Lektorat: Astrid Volpert, Berlin
Umschlag: typegerecht berlin (Foto: Landesarchiv Greifswald,
Rep. 210 Komitee Ostseewoche Nr. 617)
Satz: Zerosoft, Timisoara
Gedruckt in der Europäischen Union

ISSN 2570-0995
ISBN 978-3-95410-361-4
e-ISBN 978-3-8393-9101-3
DOI <https://doi.org/10.62936/RUEC2345>

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Oliver Auge, Stefan Creuzberger und Thomas Wegener Friis

Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseeraum im Kalten Krieg

Einleitende Bemerkungen	9
-------------------------------	---

Annäherung an die Verflechtungen

Oliver Auge

Beziehungsgeschichten

Die langen Verflechtungslinien in der Region	25
--	----

Nikolaus Werz

Nach dem Ende der DDR

Auf der Suche nach neuen Verflechtungen im Ostseeraum	38
---	----

Stefan Creuzberger

Herbert Wehner, das gesamtdeutsche Ministerium und die Rostocker Ostseewoche

Konspirative Abwehrpläne in Zeiten des Kalten Krieges	61
---	----

Begegnungen

Julian Dunz

»Meer des Friedens«

Die erste Rostocker Ostseewoche 1958	73
--	----

Andreas Linderoth

Beziehungen der DDR zu Schweden in den 1950er- und 1960er-Jahren

Der Spielplatz Ostseebezirk	87
-----------------------------------	----

Steffi Brüning

Zwischen Verflechtung und Teilung

Prostitution in Rostock 1968 bis 1989	95
---	----

Jakob Schwichtenberg

Besuche nach dem Untergang

Fortbestand und Pflege der Personennetzwerke auf ehemaligen Gütern
im Norden der DDR 106

Thomas Wegener Friis

»Wunsch zur Aufklärung«

Nachrichtendienste in den Nordeuropawissenschaften an der Ernst-
Moritz-Arndt Universität Greifswald 123

Gegensätze

Władysław Bułhak

Frontlinien im Kalten Krieg

Militärische Planung, Konfrontation und Verflechtung im westlichen
Ostseeraum 145

Fred Mrotzek

Suche nach dem Feind

Die Fla-Raketenabteilungsgruppe (FRAG 431) und das MfS am Ende
des Kalten Krieges. 168

Helmut Müller-Enbergs

Spionage aus dem Norden der DDR

Die Hauptverwaltung A in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin 188

Michael Heinz

Im Visier der DDR-Staatssicherheit

Verfolgung US-amerikanischer Spionage im Bezirk Rostock 211

Steen Andersen

Liebesgrüße aus Kopenhagen

Der dänische Militärgeheimdienst in der DDR im Krisenjahr 1968 234

Mario Niemann

Klassenkampf im Dorf und Flucht in den Westen

Der Kampf gegen die Großbauern 1948 bis 1953 250

Abgrenzungen und Entflechtungen

Andreas Wagner

Der nördliche Abschnitt der innerdeutschen Grenze zwischen 1945 und 1990

Ein Bestandteil des Eisernen Vorhangs 275

Volker Höffer

Ostseeflüchten aus der DDR

Ursachen – Bedingungen – Wirkungen 296

Florian Detjens und Jesper Clemmensen

Deutsch-deutsch-skandinavische Verflechtungen

Ostseeflüchten aus der DDR. 307

Nils Abraham

»Grenzen der außenpolitischen Vermarktung«

Eine Diskussion der Sicht Schwedens auf die DDR und ihre Ostsee-Grenze
in den 1970er- und 1980er-Jahren anhand von Nation Brand Dimensionen 325

Jann Thorge Thoeming

Positive Externalisierung versus Ausschaltung

Wohlfahrtsstaatliche Pfadunterschiede am Beispiel der Bahnhofsmision 346

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 373

Autorinnen und Autoren. 375

Abbildungsnachweis 377

Oliver Auge, Stefan Creuzberger und Thomas Wegener Friis

Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseeraum im Kalten Krieg

Einleitende Bemerkungen

Die »DDR-Zeit« – dieser Begriff ist im täglichen Sprachgebrauch weit verbreitet, vor allem unter der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern. Sie verwendet ihn als Synonym für die Periode von 1949 bis 1990. Er verweist auf die besondere Diktaturerfahrung der Ostdeutschen. Eine Gruppe jüngerer Historiker hat kürzlich korrekterweise darauf hingewiesen, dass es natürlich nicht die »eine DDR« gegeben hat und diese Periode somit ein sehr vielfältiges und auch widersprüchliches Geflecht an Erinnerungen bietet.¹ Dennoch hat die populäre Bezeichnung der Periode in der Öffentlichkeit Zuspruch gewonnen.

DDR-Diktatur und Aufarbeitung

In der deutschen Forschungslandschaft ist »die DDR-Zeit« seit Längerem eine Realität. Denn die DDR-Geschichte ist sowohl als Genre als auch institutionell verankert. Im Gegensatz zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus wurde die zweite deutsche Diktatur frühzeitig kritisch in den Blick genommen. Kaum war die deutsche Einheit vollzogen, als im Bundestag der Vorschlag angenommen wurde, eine Enquetekommission zur DDR-Vergangenheit zu bilden. Ihr folgten sogar zwei Kommissionen, nämlich erstens zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (1992–1994) sowie zweitens zur »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« (1995–1998). In Anschluss daran wurde die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Förderung von Forschung und Vermittlung der DDR-Geschichte sowie zur Beratung ihrer Opfer gegründet. Auf Bundesebene wurde 1991 zudem eine Mammutinstitution zur Verwaltung der archivalischen Überreste des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ins Leben gerufen, die heute als Stasi-Unterlagenarchiv (damals BStU) ein besonderer Teil des Bundesarchivs ist.

¹ Christopher Banditt u.a. (Hrsg.): *DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart*, Berlin 2023.

In Mecklenburg-Vorpommern (MV) entwickelte sich auf Landesebene eine eigene Aufarbeitungslandschaft. Das Landesparlament in Schwerin hatte als einziger Landtag der damaligen fünf neuen Bundesländer 1995 eine Enquete-Kommission zum Thema »Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung« eingesetzt. Deren Arbeit endete zwar in einem Parteienstreit, doch wurden immerhin zehn Bände mit einschlägigen Untersuchungsergebnissen veröffentlicht.² Schon 1993 entstand die Stelle eines Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (heute Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur), die trotz ihres ursprünglichen Namens nicht die Akten der Stasi verwaltete, sondern vor allem Opfer beriet und die Öffentlichkeitsarbeit förderte, letztere oft in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung. Die Stasi-Akten im Land wurden stattdessen von den drei Außenstellen der BStU in den ehemaligen Bezirkshauptstädten Schwerin, Rostock und Neubrandenburg verwaltet. Die öffentliche Aufklärungsarbeit fand im Land schwerpunktmäßig in den Museen und an Gedenkortern statt, welche vor allem repressiven Aspekten der »DDR-Zeit« gewidmet sind. Diese Aufgabe versahen nicht zuletzt das Museum Grenzhof in Schlagsdorf, das Dokumentationszentrum Demmlerplatz in Schwerin, die Gedenkstätte Fünfzehn in Neubrandenburg sowie die Dokumentations- und Gedenkstätte Stasi U-Haft in Rostock. In der Forschung zur Aufarbeitung des SED-Regimes engagierten und engagieren sich besonders der Zeitgeschichtslehrstuhl am Historischen Institut der Universität Rostock und die vom Lehrstuhlinhaber in Personalunion geleitete Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes MV zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland (FDS). Der ehemalige Lehrstuhl für Nordische Geschichte der Universität Greifswald arbeitete hingegen die Beziehungen der DDR zu den nordischen Staaten auf. Gleichwohl gibt es im Zusammenhang mit dem SED-Regime nicht zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern geschichts- und erinnerungspolitisch noch viel zu leisten. Zu diesem einhelligen Urteil kamen im Rahmen einer öffentlichen Anhörung, die vom Wissenschafts- und Europausschuss des Schweriner Landtags am 7. November 2024 durchgeführt worden war, sämtliche geladenen Fachgutachter. Zugleich appellierten sie – bislang vergeblich – an die Landesregierung MV, hierfür entsprechende finanzielle Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten zu schaffen. Einmal mehr bestätigten die Fachwissenschaftler damit die Sinnhaftigkeit der seinerzeitigen Empfehlungen des 27. Bundeskongresses zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Dieser hatte ein knappes halbes Jahr zuvor am 26. Mai 2024 in einer speziell an die ostdeutschen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gerichteten Resolution ein »Mehr

² Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung: zur Arbeit der Enquete Kommission »Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung«, 10 Bde., Schwerin 1998.

DDR-Vergangenheit vermitteln – mehr Diktaturgeschichte erklären« gefordert. Begründet wurde dies mit empirischen Studien, die insbesondere jungen »Menschen in ganz Deutschland« erhebliche Wissenslücken hinsichtlich der »SBZ/DDR und [...] der] Geschichte der SED-Diktatur« bescheinigen.³

Ungeachtet solcher Befunde dokumentieren die vielfältigen Bundes- und Landesinstitutionen, die sich der »DDR-Zeit« widmeten und widmen, dennoch das große politische Bemühen, die Geschichte dieser Diktatur nicht links liegen zu lassen. Sie kurbelten im Gegenteil sowohl die wissenschaftliche Aufarbeitung als auch – zumindest im ersten Jahrzehnt nach dem Ende der DDR-Diktatur – das öffentliche Interesse an. Sie trugen aber gleichzeitig mitunter oft unbewusst dazu bei, diese Geschichtserzählung als ein besonderes ostdeutsches Alleinstellungsmerkmal darzustellen: Die »DDR-Zeit« gibt es nämlich nirgendwo sonst, wodurch sie fast als eine spezifische lokale Zeitepoche aufgefasst werden kann. Die Zeit der kommunistischen Diktaturen und die Jahre der politischen Teilung Europas sind jedoch gemeinsames Kulturerbe für den ganzen Kontinent. Über eineinhalb Generationen prägte die Teilung nicht nur das Leben der Ostdeutschen, sondern nahezu aller Europäer, ob sie nun Untertanen eines sozialistischen Regimes waren oder mit Demokratie und Marktwirtschaft aufwachsen durften. Zum Guten oder Schlechten: Der politische, wirtschaftliche und militärische Wettkampf zwischen Ost und West dominierte Staatshaushalte und Nachrichtenlage, formte sowohl Alltag als auch Urlaubsmuster. Außerhalb von Ostdeutschland wird die Periode freilich nicht als »DDR-Zeit« bezeichnet. Stattdessen sprechen sowohl Laien als auch Vertreter der Forschung vom »Kalten Krieg«. Dabei geht es nicht nur darum, die Spannung zwischen den globalen Supermächten zu verstehen, sondern auch die unzähligen Konsequenzen, die die Teilung und der Wettstreit der Systeme mit sich führten.

Die Bezeichnung der Periode als »Kalter Krieg« statt »DDR-Zeit« wirft eine andere Perspektive auf die jüngste Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns. Sie verdeutlicht die Relevanz der ostdeutschen Geschichte als immanenter Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Geschichte. Sie signalisiert zugleich, dass die Diktaturerfahrung hierzulande auch eine Bedeutung für Menschen außerhalb des Landes, außerhalb Ostdeutschlands und außerhalb Deutschlands hat. Die sozialistischen Regime im geteilten Deutschland und geteilten Kontinent sind daher ein weitaus wichtigeres Erbe, als das Wort »DDR-Zeit« vermuten lässt.

³ Zur Landtagsanhörung vom 7.11.2024, URL: <https://www.landtag-mv.de/plenum-und-ausschuesse/staendige-ausschuesse/wissenschafts-und-europaausschuss/anhoeerungen>. – Zur Resolution des 27. Bundeskongresses zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 26.5.2024, URL: <https://aufarbeitung.brandenburg.de/wp-content/uploads/2024/05/Resolution-Bundeskongress-2024.pdf> (Zitat), (5.10.2025).

Verflechtungsgeschichte als erweiterte Forschungsperspektive

Um den Blick über die Grenzen der Nachkriegszeit zu wagen und die Geschichte des Raums Mecklenburg-Vorpommern von 1945 bis 1990 in einer erweiterten Perspektive zu betrachten, begegneten sich im Juni 2022 an der Universität Rostock Historiker und Historikerinnen aus Deutschland, Dänemark, Schweden und Polen. Da die politische und militärische Trennlinie des Kalten Krieges entlang der deutsch-deutschen Grenze und quer durch die Ostsee verlief, teilte Mecklenburg-Vorpommern, das seit 1952 bekanntlich in drei Nordbezirke aufgegliedert war, eine Frontlage mit genau diesen Ostseeanrainerstaaten. Sie schienen auf den ersten Blick eine Art »Schicksalsgemeinschaft« zu bilden, die durch einen hohen Grad an allgemeiner Militarisierung sowie die Befestigung des Grenzverlaufs, ob auf dem Land oder zur See, in der damaligen Zeit deutlich sichtbar war.

Die physische Abschottung war in vielerlei Hinsicht das Wahrzeichen des Kalten Krieges in Europa mit Mauern, Stacheldraht, Grenzsoldaten und Patrouillenbooten als wirkmächtigen Symbolen. Die mentale Abschottung war weniger sichtbar, aber auch sie war durch ein finanzielles Engagement in Milliardenhöhe institutionalisiert. Während sich der Osten vor »ideologischer Diversion« fürchtete und die Westkontakte seiner Bürger penibel überwachen ließ, ängstigte man sich in Westeuropa vor »Subversion« und schaute zumindest sehr argwöhnisch auf Ostkontakte, die nicht eng mit dem Export verbunden waren. Trotz dieser trennenden Faktoren stellten die Historiker und Historikerinnen in Rostock das Thema »Verflechtungen« ins Zentrum ihrer Begegnung auf der erwähnten Tagung, denn selbst die zentrifugalen Kräfte der ideologischen Gegensätze ließen die Wege der Europäer auch im Ostseeraum eng verflochten bleiben.

In der Geschichtsschreibung der beiden deutschen Teilstaaten ist die Frage nach Verflechtung nicht unbekannt. So verwendeten Hermann Wentker und Udo Wengst gerade dieses Thema in ihrem Aufsatzband »Das Doppelte Deutschland«.⁴ Dabei thematisierten sie den gemeinsamen Erfahrungsraum der Deutschen trotz deutlich erkennbarer Bewusstseinsunterschiede beiderseits der ehemaligen Zonengrenzen. Sie sprachen aber auch von der komplexeren »Verflechtung in der Abgrenzung«, was Christoph Kleßmann quasi als Pionierleistung bereits in den 1980er-Jahren im Rahmen von zwei einschlägigen Monographien thematisiert hatte.⁵ Stefan Creuzberger,

⁴ Hermann Wentker/Udo Wengst (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2013.

⁵ Hermann Wentker: Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 55. Jg. (2005), H. 1–2, S. 10–17. – Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982. – Ders.: Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988.

Dominik Geppert und Dierk Hoffmann haben den Gedanken einer innerdeutschen Verflechtungsgeschichte für die Epoche zwischen 1945 und 1990 aufgegriffen. Seit 2021 geben sie die Schriftenreihe »Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990« heraus.⁶ Sie begegnen damit mehr als ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit dem Missstand, dass die Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik und zur DDR – abgesehen von den oben genannten Einzelfällen – häufig immer noch auf separaten Gleisen verläuft. In der Historiographie scheint der Kalte Krieg also noch längst nicht überwunden zu sein. Deshalb erscheinen in der von ihnen betreuten Reihe Monographien, die zentrale Themen der deutsch-deutschen Geschichte mit Blick auf die Parallelen, Verflechtungen, aber auch Abgrenzungen analysieren. Inspiriert wurde das Projekt durch eine Publikation über »Die Ämter und ihre Vergangenheit«, die Creuzberger und Geppert 2018 veröffentlicht haben. Darin werden unter den Gesichtspunkten von Vergangenheitspolitik und Verflechtung die Nachwirkungen der NS-Zeit in Behörden und Ministerien des geteilten Deutschlands untersucht.⁷ Zu erwähnen ist noch eine weitere einschlägige Schriftenreihe: Seit 2022 geben Hermann Wentker und Michael Schwartz mit »Geteilte Geschichte. Deutschland 1945–2000«⁸ eine ähnlich ausgerichtete Buchserie heraus, die inhaltlich allerdings andere Akzente setzt als die erwähnte Reihe »Die geteilte Nation«.

⁶ Bisher erschienen: Christoph Lorke: An den Rändern der Gesellschaft – Armut und soziale Ausgrenzung im geteilten Deutschland (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 1), Berlin 2021. – Thomas Brechenmacher: Im Sog der Säkularisierung – Die deutschen Kirchen in Politik und Gesellschaft (1949–1990), (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 2), Berlin 2021. – Henning Türk: Treibstoff der Systeme – Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 3), Berlin 2021. – Christopher Neumaier: Hausfrau, Berufstätige, Mutter? Frauen im geteilten Deutschland (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 4), Berlin 2022. – Jutta Braun: Wettkampf der Systeme. Sport im geteilten Deutschland (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 5), Berlin 2024. – Franz-Josef Meiers: Zwischen den Blöcken. Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Konflikt 1949 bis 1990 (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 6), Berlin 2025. – Agnes Bresselau von Bressendorf: »Wettkampf um die Dritte Welt«? Entwicklungspolitik und transnationale Solidarität in Ost- und Westdeutschland (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Bd. 7), Berlin 2026. – Siehe dazu auch die neueste Essaysammlung von Daniel Deckers/Dominik Geppert (Hrsg.): »Einig Vaterland?« 31 Essays zur deutsch-deutschen Geschichte (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, KGParl), Düsseldorf 2025.

⁷ Stefan Creuzberger/Dominik Geppert (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972 (= Rhöndorfer Gespräche, Bd. 28), Paderborn 2018.

⁸ Bisher erschienen: Detlef Brunner: Einheit und Transformation. Deutschland in den 1990er Jahren (= Geteilte Geschichte. Deutschland 1945–1990, Bd. 7), Stuttgart 2022. – Gunilla Budde: So fern, so nah. Die beiden deutschen Gesellschaften (1945–1990), (= Geteilte Geschichte. Deutschland 1945–1990, Bd. 5), Stuttgart 2022. – Armin Owzar: Doppelter Neuaufbau auf al-

Dass auch die Rivalität und das Verhältnis von Aktion – Reaktion eine Verflechtungsbeziehung darstellt, ist eine der Charakteristiken des Ost-West-Konflikts. Sie verdeutlicht, dass Verflechtungen keine exklusive Relation der deutsch-deutschen Doppelstaatlichkeit sind. International ist dieses »Entanglement« der deutsch-deutschen Geschichte auch hervorgehoben worden.⁹ Dessen ungeachtet bleibt für die Forschung in dieser Hinsicht weiterhin noch viel zu leisten. Das gilt einmal mehr für die auf MV bezogene Regionalgeschichtsschreibung. Sofern sie sich auf die Epoche der DDR bezieht, läuft diese noch sehr auf traditionell binnengeschichtlichen Gleisen. Demgegenüber sind die zahlreichen fortbestehenden Verbindungen und Wechselwirkungen zwischen MV und Westdeutschland sowie den Ostseeanrainerstaaten, aber auch die beträchtlichen Abstoßungsreaktionen und Abgrenzungsbemühungen, die sich aus der Konstellation des Ost-West-Konflikts und der deutschen Teilung ergaben, sehr viel weniger systematisch in den Blick genommen worden.

Die vornehmliche Aufgabe der Autorinnen und Autoren dieses Bandes war es deshalb, diesem Defizit Abhilfe zu verschaffen. Sie sollten speziell die Verflechtungen, die etwa durch menschliche Begegnungen trotz der Barrieren des Kalten Krieges über die Grenze in den Norden der DDR aufrechterhalten wurden, oder auch die Verflechtungen, die durch die Abgrenzungen des Kalten Krieges überhaupt entstanden, offenlegen. Zu den ersteren gehörten die vergleichsweise seltenen touristischen Begegnungen. Aber gerade im Bezirk Rostock lockten die sogenannten Ostseewochen von 1958 bis 1975 als »Flaggschiff« der Public Diplomacy der DDR tatsächlich doch tausende Gäste aus Skandinavien und Westdeutschland an, auch wenn die meisten Besucher politisch eher positiv gegenüber dem SED-Regime eingestellt waren und damit nicht dem gesellschaftlichen Mainstream im Westen entsprachen. Zu den wichtigsten Verflechtungen durch Abgrenzung gehörten im Ostseeraum die militärischen Vorbereitungen der Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO für den kriegesischen Ernstfall. Auf dieser Ebene fanden kaum Begegnungen statt, auch wenn die nasse Grenze dies tatsächlich ermöglichte. Die Stäbe beider Seiten verbrachten dafür unzählige Tage und Jahre damit, den Gegner zu analysieren und eigene Pläne und Gegenpläne auszuarbeiten. Damit waren die Militärs des Kalten Krieges mitunter eine der Berufsgruppen, die sich am intensivsten mit dem anderen Teil der gespaltenen Region beschäftigten. Einen Hybrid zwischen Begegnung und Abgrenzung stellte die Spionage dar. Auch wenn die Spionagetätigkeit ein Teil der aktiven Abgrenzung zum anderen Regime beinhaltete, setzte diese intensive West-Ost-Aktivität aus praktischen Gründen Reiseverkehr und Grenzüberquerungen der Systeme voraus.

tem Grund. Deutschland in der Besatzungszeit (1945–1949), (= Geteilte Geschichte. Deutschland 1945–1990, Bd. 1), Stuttgart 2025.

⁹ Stefan Creuzberger u. a.: How to write the history of a divided nation: Germany 1945–1990, in: German Historical Institute Bulletin London, 41. Jg. (2019), H. 1, S. 3–18.

Annäherung an die Verflechtung im Ostseeraum

Das Ergebnis dieser Bemühungen liegt nunmehr in 19 Beiträgen dieses Tagungsbandes vor, der in vier Sektionen gegliedert ist. Der erste Abschnitt, überschrieben mit »Annäherung an die Verflechtung«, besteht aus drei Aufsätzen von Oliver Auge, Nikolaus Werz und Stefan Creuzberger.

Zum Anfang betont Oliver Auge in seinem einführenden Überblicksbeitrag, dass eine enge Verflechtung zwischen der Region, die das heutige Mecklenburg-Vorpommern umfasst, und dem Ostseeraum natürlich nicht erst ein Produkt der Zeit des Kalten Krieges ist, sondern viel weiter in der Geschichte zurückreicht. Um dies zu verdeutlichen, verweist er auf eine Reihe aussagekräftiger Spotlights aus der Epoche des Mittelalters, unter anderem auf die dynastischen Beziehungen und die Ausbildung einer mehr oder minder einheitlichen höfischen Kultur, auf die Vorgänge der Christianisierung und den Aufbau von kirchlichen Strukturen, auf das seinerzeitige Bündnisssystem und nicht zuletzt auf den 1991 wiederbelebten Brauch des Lübecker Martensmanns.

Auf die »Suche nach neuen Verflechtungen im Ostseeraum« begibt sich sodann Nikolaus Werz. Auch er unterstreicht, dass mit dem Stichjahr 1990 nicht sämtlich neue Verflechtungen entstanden, sondern sich gewisse Linien aus DDR-Zeiten fortsetzten. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der Häfen als Verkehrsknotenpunkte, der Fischerei und des Schiffsbaus als Wirtschaftszweige sowie der Strände als wesentlicher Teil des Tourismussektors. Mit der Wende wurde gleichfalls ein Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz zu den benachbarten Staaten bzw. Bundesländern fortgeführt. Seine Ausführungen schließt Werz mit der Prognose: »Die Suche nach neuen Verflechtungen im Ostseeraum beinhaltet auch in Zukunft neben den Chancen kontroverse und komplizierte Entscheidungen.«

Zum Dritten thematisiert Stefan Creuzberger konspirative Abwehrpläne in Zeiten des Kalten Krieges unter dem Minister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner speziell im Hinblick auf die Rostocker Ostseewochen. Creuzberger beschreibt, wie selbige wegen der damit verbundenen verstärkten außenpolitischen Bemühungen der DDR in Richtung Skandinavien ins Visier des betreffenden Ministeriums gerieten und mit welchen konspirativen Abwehrmaßnahmen das Ministerium darauf zu reagieren versuchte. Diese Pläne, die so ganz und gar von alten Methoden und Handlungsweisen gekennzeichnet waren, wollen auf den ersten Blick gar nicht so recht zur Neuen Ostpolitik der damaligen Regierung und zur frisch eingeläuteten Phase der Entspannung passen. Flankiert werden sollten die Maßnahmen durch spezielle deutschlandpolitische Seminar- und Bildungsveranstaltungen für (skandinavische) Journalisten. Allerdings kam die unter Minister Wehner ausgearbeitete Geheimoperation, die auf Skandinavien zielte, dann doch nicht zustande.

Begegnungen und Abgrenzung als Ausdruck historischer Verflechtung

Quasi nahtlos setzt die zweite Sektion mit dem Beitrag von Julian Dunz zur ersten Rostocker Ostseewoche im Jahr 1958 ein, die mit dem Stichwort »Begegnungen« betitelt ist und aus fünf Aufsätzen besteht. Seinen Ausführungen zufolge fungierte die erste Ostseewoche als Generalprobe für alle folgenden und war für die DDR eine große Herausforderung und ein voller Erfolg zugleich. Die DDR hat es geschafft, innerhalb weniger Monate eine Großveranstaltung von überregionaler Strahlkraft zu organisieren und durchzuführen. Dreizehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war dies eine finanzielle und logistische »Mammutaufgabe«, wie Dunz meint. Zugleich kristallisierte sich bereits mit der ersten Ostseewoche das auch für die Zukunft feststellbare Ungleichgewicht zwischen einer mangelhaften Versorgung der eigenen Bevölkerung und der saisonalen großzügigen Umsorgung der nationalen und internationalen Gäste heraus.

Im zweiten Beitrag der Sektion schaut Andreas Linderoth auf die Beziehungen der DDR zu Schweden in den 1950er- und 1960er-Jahren. Er erinnert daran, dass die schwedische Seite besonders schwer von der politischen Linie der SED zu überzeugen gewesen ist. Selbst die Beziehungen zur Schwedischen Kommunistischen Partei (SKP) waren und blieben problematisch. Versuche der SED, Einfluss auf die schwedischen Kommunisten zu nehmen und deren Position zu den Verhältnissen in der DDR zu verändern, waren letztlich zum Scheitern verurteilt. Umgekehrt monierte die ostdeutsche Seite, dass die SKP sich insgesamt zu passiv bei der Klärung der Deutschlandfrage verhalten würde. Trotz der offenkundigen Misserfolge setzte die DDR ihre Bemühungen um die schwedischen Kommunisten fort, nicht zuletzt, weil Propaganda und Agitation einfach zentrale Bestandteile der eigenen Parteiarbeit waren.

Steffi Brüning bringt im Anschluss das Phänomen der Prostitution in Rostock im Zeitraum zwischen 1968 und 1989 »zwischen Verflechtung und Teilung« zur Sprache. Prostitution in der DDR war grundsätzlich durch die Ideologie der SED reglementiert und wurde als kapitalistisches Phänomen zur Ausbeutung von Frauen kriminalisiert. Trotzdem existierte Prostitution als gesellschaftliches Phänomen weiter, und die Sexarbeiterinnen schufen sich dabei Freiräume, die wiederum die staatlichen Akteure, insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit, zu kontrollieren versuchten. Indes blieb der »Begegnungsraum Prostitution«, in dem neben Intimitäten auch Wissen, Erfahrungen, Produkte und Geld ausgetauscht wurden, nur schwer kontrollierbar.

»Besuche[n] nach dem Untergang« widmet sich darauf Jakob Schwichtenberg. Konkret betrachtet er den Fortbestand und die Pflege von Personennetzwerken auf den ehemaligen Gütern im Norden der DDR. Schwichtenberg macht deutlich, dass kaum eine andere Bevölkerungsgruppe über derart intensive private deutsch-deut-

sche Kontakte verfügte wie die meisten Angehörigen adeliger Familien. Hinzu kamen die ehemaligen Angestellten der Güter und die in den früheren Patronatskirchen wirkenden Geistlichen. Diese Personennetzwerke wirkten auf die staatlichen Behörden der DDR bedrohlich, weil letztere darin eine politische Gefahr ausmachen wollten. Zahlreiche Kinder und Enkel der von der DDR enteigneten Gutsbesitzer kehrten nach der Wiedervereinigung 1990 wieder in die Heimat ihrer Vorfahren zurück, wo sie von der dortigen Bevölkerung durchaus mit gemischten Gefühlen empfangen wurden.

Thomas Wegener Friis stellt danach »Nachrichtendienste bei den Nordeuropawissenschaften an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald« in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Der überwiegende Teil der betreffenden Greifswalder Studenten war von vornherein für künftige Positionen im Außenapparat der DDR vorgesehen. Sie bildeten mit ihren Professoren eine Elite, die für Kontakte mit Bürgern aus dem Westen oder gar für längere Aufenthalte im nichtsozialistischen Ausland eingeplant wurden. Für den Autor handelte es sich bei der Geschichte der Greifswalder Skandinavienwissenschaftler um einen Mikrokosmos notwendiger wissenschaftlicher Verflechtungen im Kalten Krieg. Diesen Verbindungen wurde trotz des Bedarfs daran auch mit Misstrauen sowohl im Osten als auch im Westen begegnet, was einen »Rattenschwanz an Überlegungen der [beiderseitigen] Nachrichtendienste« nach sich zog.

Der Abgrenzung als Ausdruck von Verflechtung widmen sich die sechs Beiträge der dritten Sektion »Gegensätze«: Władysław Bułhak führt zu Beginn die Operationspläne der Polnischen Front oder Küstenfront entlang Ostsee zwischen 1961 und 1991 vor Augen. Der Küstenfront war die wichtigste militärische Planung im westlichen Ostseeraum schlechthin, wobei der Norden der DDR und hier vor allem der Bezirk Rostock eine große Rolle als Stationierungs- und Aufmarschgebiet für den Fall von Kampfhandlungen spielte. Im Konfliktfall war vorgesehen, dass die betreffenden Streitkräfte als Teil der vereinigten Armeen der Warschauer Pakt-Staaten Norddeutschland, Dänemark und die Niederlande als Operation der Nordflanke im Rahmen einer großangelegten Offensive gegen die NATO-Länder erobern sollten. Dies sollte durch den massiven Einsatz von Nuklearwaffen ermöglicht werden. Da dem polnischen Generalstab 1961 von der Sowjetunion die Verantwortung für die Küstenfront übertragen worden war, besaßen Polens Streitkräfte eine Schlüsselrolle für das Schicksal der Menschen in MV, Schleswig-Holstein und Dänemark.

Fred Mrotzek blickt daran anschließend auf die Fla-Raketenabteilungsgruppe (FRAG 431) in der Dienststelle im mecklenburgischen Prangendorf und das Ministerium für Staatssicherheit am Ende des Kalten Krieges. Wenn er seine Ausführungen mit »Suche nach dem Feind« überschreibt, meint er damit nicht nur den äußeren Gegner, sondern auch den vermuteten Feind im Innern. Die Bespitzelung von Genossen durch Genossen stand demgemäß auf der Tagesordnung. Für Mrotzek

waren die NVA-Soldaten in Prangendorf ein Spiegelbild der ganzen DDR-Gesellschaft, die trotz Geheimhaltung und Abgeschiedenheit ihres Wohn- und Dienstortes über vielseitige zivile und familiäre Verflechtungen verfügten. »Witze, Westgeld, Westprodukte« standen auch hier wie an anderen Orten der DDR im Blickfeld der Stasi-Bespitzelung. Nach dem Fall der Mauer beendete der größere Teil der in Prangendorf stationierten NVA-Berufssoldaten seine militärische Laufbahn. Diese Gruppe stand frühzeitig vor allem dem westdeutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung. Mit der kapitalistischen Welt direkter als zuvor konfrontiert, konnten die ehemaligen NVA-Soldaten ihre Einstellungen hinterfragen und gegebenenfalls revidieren.

Um »Spionage aus dem Norden der DDR« geht es im folgenden Beitrag von Helmut Müller-Enbergs. Die DDR spionierte auch von den MfS-Bezirksverwaltungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin aus in der Bundesrepublik und West-Berlin. Der dafür zur Verfügung stehende Apparat von 120 hauptamtlichen Mitarbeitern war aber vergleichsweise klein, und auch das inoffizielle Netz aus gerade einmal 69 Positionen blieb eher überschaubar. Darunter befanden sich jedenfalls nur wenige »Spitzenquellen«. Demnach fungierte der Norden als eine Art »Hoflieferant« für die Berliner Zentrale, wie der Verfasser meint.

Von der Gegenspionage der USA im Bezirk Rostock und ihrer Verfolgung durch die DDR-Staatssicherheit handelt im Anschluss der Aufsatz von Michael Heinz. Heinz schreibt, dass das Thema zwar für SED und MfS prominent war, in der konkreten Aufarbeitung der ostdeutschen kommunistischen Diktatur aber bisher keine Rolle spielt. Dabei bildete die Spionageabwehr eine tragende Säule in der Selbstrechtfertigung des MfS. Die eigentlichen Spionageaktivitäten der US-Geheimdienste während des Kalten Krieges an der ostdeutschen Küste waren Heinz zufolge »bemerkenswert, verwundern am Ende aber nicht, da der Küstenbezirk Rostock Grenzgebiet war, diverse militärische Stützpunkte beherbergte und mit Rostock und später Mukran Häfen aufwies, über die auch ein schwunghafter Militärgüterumschlag abgewickelt wurde«. Das Ministerium für Staatssicherheit arbeitete bei der Abwehr dieser Aktivitäten eng mit den sowjetischen Geheimdiensten zusammen, handelte oftmals aber nur als deren Erfüllungsgehilfe. Manche Fälle wurden gleich zu Spionageaffären stilisiert, um sich selbst zu legitimieren.

Steen Andersen thematisiert sodann die Informationsbeschaffung des dänischen Militärgeheimdienstes in der DDR im Frühjahr und Sommer 1968. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Norden des Landes. Bis dahin verfügte der dänische Geheimdienst über eine enorme Datenbasis. So wusste er über alle Einheiten des Warschauer Paktes bis auf die unterste Ebene Bescheid; jedes Flugzeug und jede Raketenbatterie waren elektronisch identifizierbar. Jedoch konnte er eine der größten Krisen des Kalten Krieges nicht vorhersehen, und die 1968 im Zuge des »Prager Frühlings« erkennbare Vorbereitung einer Militäroperation gegen die Tschechoslowakei seitens des Warschauer Paktes wurde als sowjetisches Säbelrasseln abgetan.

Den Abschluss der dritten Sektion bilden Mario Niemanns Ausführungen zum DDR-Klassenkampf gegen die Großbauern und deren Flucht in den Westen zwischen 1948 und 1953. Dieser Klassenkampf beeinflusste die Agrarstruktur des Landes ganz erheblich. So ging die Zahl der großbäuerlichen Betriebe in der gesamten DDR allein zwischen 1952 und 1953 um ein Drittel zurück. Im Bereich Mecklenburg-Vorpommerns reduzierte sich deren Zahl sogar um 45 Prozent. Viele der Landwirte, die ihre Betriebe aufgaben, kehrten der DDR den Rücken und zogen in die Bundesrepublik. Im Nordosten war die Fluchtbewegung besonders stark. Im März 1960 verkündeten die Bezirke Rostock, Neubrandenburg und Schwerin dann den erfolgreichen Abschluss der Kollektivierung. Nun gab es gar keine privat wirtschaftenden Einzelbauern mehr.

Regionale Abgrenzungen und Entflechtung als Folge geopolitischer Spannungen

In der letzten Sektion wird das Augenmerk von sechs Autoren auf »regionale Abgrenzungen und Entflechtung« im Zuge des Kalten Krieges gerichtet. Zum Beginn erörtert Andreas Wagner in seinem Beitrag »Der nördliche Abschnitt der innerdeutschen Grenze als Bestandteil des Eisernen Vorhangs zwischen 1945 und 1990« die Frage, ob und wie sich der Kalte Krieg als geopolitisches Spannungsverhältnis zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR in der regionalen Grenzgeschichte niederschlug. Er weist dabei darauf hin, dass die Grenze nie etwas Statisches war, sondern ein dynamisches System mit vielen Verflechtungen zu beiden Seiten hin, die die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten entlang der deutsch-deutschen »Trennlinie« mitbeeinflussten.

Volker Höffer schreibt über Ostseefluchten aus der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Um solche Fluchten zu verhindern, richteten die sowjetische Besatzungsmacht und die Verantwortlichen der DDR/SED ein spezielles Grenzregime nach innen wegen der anderen geografischen Bedingungen als an der Berliner Mauer oder entlang der »grünen« Grenze ein. Unter einem »irrwitzigen Aufwand«, wie Höffer schreibt, wurde dafür ein riesiger bürokratischer Apparat aus Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen aufgebaut. Zusammengenommen stellte Höffer zufolge das SBZ-DDR-Grenzregime entlang der Ostseeküste ein bedeutsames Element des Kalten Krieges dar.

Um Ostseefluchten aus der DDR geht es auch im nächsten Beitrag von Florian Detjens und Jesper Clemmensen, wobei beide speziell auf die deutsch-deutschskandinavischen Verflechtungen in diesem Zusammenhang blicken. Die Fluchten über die »blaue« Grenze stiegen nach dem Bau der Berliner Mauer sprunghaft an. Allein 1962 kamen dabei 25 Menschen ums Leben. Indes betrafen diese Fluchten,

wie das Autorenduo betont, nie bloß die beiden deutschen Staaten, sondern involvierten auch das NATO-Mitglied Dänemark und das neutrale Schweden. Die Bundesrepublik Deutschland profitierte davon, dass ihre Haltung zur DDR von den beiden skandinavischen Ländern mitgetragen wurde. Jede erfolgreiche oder auch misslungene Flucht widersprach indes der von der DDR propagierten Sichtweise, der vermeintlich bessere deutsche Staat zu sein.

In einem weiteren verdichtenden Schritt stellt Nils Abraham die Sicht Schwedens auf die DDR und ihre Ostseegrenze in den 1970er- und 1980er-Jahren anhand der sogenannten sechs Nation-Brand-Dimensionen vor. Er kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass die DDR wegen ihres politischen und ökonomischen Systems und ihres vergleichsweise niedrigen Lebensstandards keine positive Resonanz seitens Schwedens erfuhr. Aufgrund der Dominanz der Marke »Made in Western Germany« spielte die DDR auch bezüglich des Handels und des Tourismus eine nur nachgeordnete Rolle. Was prägend war und blieb, war die Wahrnehmung des unmenschlichen Charakters der DDR-Grenze. Und so hält Abraham fest: »Das menschenverachtende Grenz-Regime der DDR wurde zu einer Art ›außenpolitischer Achillesferse‹ und schadete dem Ansehen der DDR in Schweden in erheblichem Maße. [...] Aufgrund von diesen systemimmanenten Faktoren waren auch dem Erfolg der außenpolitischen Vermarktung der DDR Grenzen gesetzt.«

Den Abschluss der Sektion sowie des ganzen Bandes liefert schließlich Jann-Thorge Thöming mit seiner Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Pfadunterschiede am Beispiel der Bahnhofsmision. Während selbige in der Bundesrepublik eine positive Externalisierung erlebte und nicht zuletzt immanenter Bestandteil westdeutscher Bemühungen um eine Wiedervereinigung wurde, erteilte die Bahnhofsmisionen in der DDR ab Januar 1956 das offizielle Aus. Die in den Westen reisenden DDR-Bürger nahmen die Fürsorgeleistungen der auf bundesdeutscher Seite bestehenden Bahnhofsmisionen gerne wahr und dankbar an, wurden so aber auch zu Objekten einer vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gewollten westdeutschen Propaganda. Freilich änderten die aus diesem Zweck erfolgten starken staatlichen Zuwendungen nichts am christlich tradierten, wertebasierten Handlungskonzept der Bahnhofsmisionen.

Mit diesem Aufsatzband wurde ein erster Versuch unternommen, ein bedeutendes Kapitel der Zeitgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns aus einer neuen Perspektive zu beleuchten. Da es in manchen Bereichen an einschlägigen Autorinnen und Autoren fehlte, konnte die Thematik nicht systematisch erschlossen werden. Es bleiben daher zwangsläufig Leerstellen. Nicht zuletzt deshalb soll der Sammelband Anstoß für weitere wichtige regionalgeschichtliche Forschungen geben. Die hier veröffentlichten Beiträge setzen sich nicht ausschließlich aus deutscher Sicht mit den Verflechtungen der Region auseinander, sondern sind in Forschungsmilieus aller Anrainerstaaten des westlichen Ostseeraums entstanden. Sie zeigen, dass die

Geschichte des Nordens der DDR eine Geschichte von internationaler Bedeutung ist. Der Kalte Krieg in Mecklenburg-Vorpommern ist eng mit der Geschichte des Kalten Krieges in Schleswig-Holstein, Dänemark, Schweden und Polen verflochten. Daher sollte diese Geschichte gemeinsam aufgearbeitet und über die Landesgrenzen hinweg vermittelt werden. Gerade in einer Zeit, in der Stabilität im Ostseeraum nicht als selbstverständlich gelten kann, unterstreicht dies die Bedeutung internationaler Forschungs Kooperationen bei der Erforschung der gemeinsamen Konfliktgeschichte der Region. Die Ostsee war eben nicht das »Meer des Friedens«, wie es die Losungen der SED zur Ostseewoche propagierte. Aber auch wenn die Frontlinien des Kalten Krieges die Völker des westlichen Ostseeraums voneinander trennten, verbindet die multiperspektivische Aufarbeitung der Geschichte dieses Konflikts.

Abschließend danken die Herausgeber allen Beteiligten für die Mitarbeit an diesem Aufsatzband. Wie eingangs erwähnt, beruht er auf einer Konferenz, die im Juni 2022 noch unter »Spät-Corona-Bedingungen« an der Universität Rostock veranstaltet worden ist. Der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) des Landes Mecklenburg-Vorpommern und namentlich Jochen Schmid gebührt in diesem Zusammenhang in doppelter Hinsicht unser Dank. Sie haben nicht nur die Tagung, sondern auch die Drucklegung des Buchmanuskripts großzügig gefördert. Das Sekretariat der an der Universität Rostock angesiedelten Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes MV zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland (FDS) hat zusammen mit den dortigen Hilfskräften Natalia Sosulina und Till Wichert den organisatorischen Teil der zweitägigen Veranstaltung in geradezu vorbildlicher Weise sichergestellt. Dafür sei ihnen an dieser Stelle ganz herzlich gedankt. Bedanken möchten wir uns aber auch bei Dr. Sabine Grabowski, in deren bewährten Händen die redaktionelle Betreuung der Publikation lag. Sie wurde darin dankenswerter Weise von Fenja Desebrock (Kiel) unterstützt. Und unser Dank gilt ferner Heike Fürstenberg, der Sekretärin der Rostocker Forschungsstelle, für das Lesen der Druckfahnen und Dr. Robert Zagolla vom BeBra Verlag, der das Erscheinen des Bandes in der Schriftenreihe »Diktatur und Demokratie im zwanzigsten Jahrhundert«, die vom FDS herausgegeben wird, mit gewohnter Zuverlässigkeit ermöglicht hat. Schließlich danken wir allen Referentinnen und Referenten. Ohne ihre inspirierenden Vorträge, die unter dem Eindruck der engagierten Konferenzdiskussionen zu druckfertigen Manuskripten erweitert wurden, wäre das Projekt nicht zu realisieren gewesen.

Kiel/Rostock/Odense, im August 2026

Annäherung an die Verflechtungen

Oliver Auge

Beziehungsgeschichten

Die langen Verflechtungslinien in der Region

Seit 1520 war es urkundlich nachweisbar zum Martinstag, also zum 11. November eines jeden Jahres, üblich, aus Lübeck dem zu Schwerin residierenden mecklenburgischen Herzog durch einen Lübecker Ratsdiener, den sogenannten Martensmann, ein Fass Rotspon zu überstellen.¹ Beim Lübecker Rotspon handelt es sich bekanntlich um einen französischen Rotwein, der aus seinem Ursprungsland im Holzfass in die Hansestadt transportiert wird und dort dann zur Flaschenreife gelangt. Der Wein ist – wie das bekannte Lübecker Marzipan – bis heute ein Verkaufsschlager der Travestadt. Hinter dem Weingeschenk stand die Absicht der Reichs- und Hansestadt, sich eines guten Auskommens mit dem Mecklenburger Nachbarn zu versichern. Während die Lübecker Seite dabei den freiwilligen Charakter des Geschenks betonte, gingen die Mecklenburger davon aus, es handle sich um eine Verpflichtung Lübecks dazu, wie man der gelegentlichen schriftlichen Überlieferung entnehmen kann. Vielleicht war der Brauch als solcher übrigens noch wesentlich älter, was ein Dankesschreiben des Grafen von Schwerin von circa 1330 anzudeuten scheint.² Nach seiner jahrhundertelangen Pflege einigten sich Lübeck und die mecklenburgischen Herzöge dann allerdings 1817 darauf, den Brauch einzustellen. Es sollte so bis zum 10. November 1991 dauern, dass die Weinlieferung zum Martinstag – diesmal im Nachklang zur im Vorjahr realisierten deutsch-deutschen Wiedervereinigung – auf Veranlassung des damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten und prominenten Lübecker Einwohners Björn Engholm (*1939) wieder aufgenommen wurde. Indes veränderte man den Brauch 1991 dahingehend, dass der Wein aus Lübeck nun nicht mehr bei einem mecklenburgischen Großherzog angeliefert, sondern dem Schweriner Bürgermeister überreicht wurde. Zudem erfolgte ab dem gleichen Zeitpunkt eine Weinlieferung auch an die mecklenburgischen

¹ Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um die für den Druck überarbeitete Fassung der absichtlich transepochal angelegten Keynote zur Tagung »Mecklenburg-Vorpommern im Kalten Krieg« vom 17. bis 18. Juni 2022. – Zum Martensmann siehe den Eintrag bei Wikipedia: Martensmann, URL: <https://de.wikipedia.org/wiki/Martensmann> (18.7.2025), auch zum Folgenden.

² Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. VIII (1329–1336), hrsg. von dem Verein für Mecklenburgische Geschichte und Alterthumskunde, Schwerin 1873, Dok. Nr. 5195, S. 169.

Städte Schönberg und Rhena zum Ausschank an deren Bürgerinnen und Bürger. Mittlerweile ist der Brauch des Lübecker Martensmanns sogar in das Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes der UNESCO-Kommission aufgenommen worden. Das jährlich wiederkehrende Ereignis trägt seither stark karnevaleske Züge. So ist der Lübecker Ratsdiener, der Martensmann, in eine historische Tracht gekleidet und führt eine Laterne und eine altertümliche Geldkatze, also einen am Gürtel befestigten Geldbeutel, bei sich. An jedem 9. November belädt er in Lübeck seine Kutsche mit einem 100-Liter-Fass Wein und macht sich damit auf den Weg nach dem knapp 70 Kilometer entfernten Schwerin. In Schwerin angekommen, streitet er sich dann in ritualisierter Form öffentlich mit dem Stadtpräsidenten, ob diese Lieferung eine Lübecker Pflicht oder eine Freundschaftsgeste sei. Danach verteilt er den Wein an die versammelten Schweriner Bürgerinnen und Bürger zur Verköstigung, solange der Vorrat reicht.

Der skizzierte Brauch des Lübecker Martensmanns ist als Einstieg zu den folgenden Ausführungen sehr hilfreich, um an die langen Beziehungen in der Region des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns weit vor dem Kalten Krieg zu erinnern.³ Klar ist bei alledem, dass in diesem beschränkten Rahmen keine umfassende Beziehungs- oder Verflechtungsgeschichte angeboten werden kann. Vielmehr geht es darum, aussagekräftige »Spotlights« zu setzen.

Dynastische Verflechtungen

Wie der Martensmann, der auf eine lange und überaus wechselvolle Beziehung Mecklenburgs zur nahen Hansemetropole Lübeck verweist, kann auch ein kurzer Blick in die Mecklenburgische Reimchronik medias in res führen. Bei der Reimchronik handelt sich um ein Werk, das der aus Thüringen stammende Ernst von Kirchberg 1378/79 im Auftrag des mecklenburgischen Herzogs Albrecht II. (1318–1379) in Angriff nahm, um im historischen Rückblick eben reimweise und in mittelhochdeutscher Sprache das mecklenburgische Herrscherhaus zu verherrlichen und seine prinzipielle Gleichrangigkeit mit dem dänischen König und sogar dem Kaiser zu postulieren.⁴ So heißt es darin relativ zu Beginn über den Abodritenkönig Billug

³ Zur Geschichte kurzgefasst Michael North: *Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns* (= C.H. Beck Wissen, Bd. 2608), München 2008.

⁴ Christa Cordshagen u. a. (Hrsg.): *Mecklenburgische Reimchronik des Ernst von Kirchberg*, Weimar u. a. 1997 (künftig zitiert: *Reimchronik*). – Zum historiographischen Konstrukt der Gleichrangigkeit Oliver Auge: *Der Beitrag der mittelalterlichen Chronistik zur Legitimation der Herzöge von Pommern und Mecklenburg*, in: Grischa Vercamer u. a. (Hrsg.): *Legitimation von Fürstendynastien in Polen und dem Reich. Identitätsbildung im Spiegel schriftlicher Quellen* (12.–15. Jahrhundert), (= Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien, Bd. 31). Wiesbaden 2016, S. 131–157, hier S. 147 f.

als sagenhaften Vorfahren der Dynastie: »Du man screib nunhundirt yar / nach go-
des geburt vnd virczig gar, / alse Magnus Otto hielt daz rich / zu Rome vnd konig
Harolt glich / des riches Thenemarken wielt, / der Wende konigrich do hielt / Byllug
by den yaren / vnd was da nicht geboren; / in Polenen her geborin waz, / als ich dy
croniken ubir laz.«⁵ Dieses hier noch sanft formulierte Postulat der Gleichrangigkeit,
das an anderer Stelle weitaus forscher untermauert wird – etwa, wenn man erfährt:
»Hir der konig von Obotriten / vorcht nicht den keysir noch syn striten, / her begun-
de sich setzin wider god / vnd achte nicht des keysirs gebod.«⁶ – ist deswegen so inter-
essant, weil es in der zeitgenössischen Sicht die Richtungen der mecklenburgischen
Beziehungen und Bezugspunkte wiedergibt: Einmal geht es um die Verbindungen
in den Westen und Süden, ins Reich also. Zweitens wird der Blick nach Norden ge-
richtet, nach Dänemark und, weiter gefasst, nach Skandinavien. Und drittens ist die
Rede davon, dass Billug aus Polen stammte. So wird der Osten berührt. Bekanntlich
war die slawische Herkunft sowohl der mecklenburgischen als auch der benach-
barten pommerschen Fürstendynastie ein Unikum in der Reichsgeschichte, auf das
phasenweise – im Humanismus weniger und im Historismus wieder mehr – Wert
gelegt wurde.⁷ Die stolze Reiterfigur des Niklot, welche die Frontfassade des Schwe-
riner Schlosses beherrscht, ist bis heute wirkungsmächtiger Ausdruck des seinerzei-
tigen Bekenntnisses zu dieser »andersartigen« mecklenburgischen Vergangenheit.⁸
Es wäre sicher interessant, einmal der Frage nachzugehen, ob und wie dieser Sach-
verhalt einer slawischen Geschichte des Raumes, wofür die slawische Herkunft der
Herrscherdynastien exemplarisch steht, im Schatten des Kalten Krieges überhaupt
thematisiert und instrumentalisiert wurde oder nicht.

Ein Blick auf die regionalen Dynastien und ihre Verflechtungen bietet sich je-
denfalls besonders deswegen an, weil im Zuge der Christianisierung des Raumes
und seiner verstärkten Einbindung in die weltlichen und kirchlichen Herrschafts-
zusammenhänge Alteuropas bis zum 12. Jahrhundert nahezu in der ganzen Ostsee-
region Herrschaftsgebilde mit Dynastien an der Spitze entstanden waren, die mit-
einander mehr oder weniger eng verbunden waren. Selbstverständlich war dabei der
Handlungsraum der Dynastien in der Ostseeregion im Lauf der Zeit alles andere
als statisch. Auf Phasen hegemonialer Prädominanz, wie sie die Grafen von Hol-
stein im zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts im westlichen Ostseeraum auszuüben

⁵ Reimchronik, S. 22, c. 10, V. 1–10.

⁶ Ebd., S. 31, c. 15, V. 159–162.

⁷ Oliver Auge: Handlungsspielräume fürstlicher Politik im Mittelalter. Der südliche Ostseeraum von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis in die frühe Reformationszeit (= Mittelalter-Forschungen, Bd. 28), Ostfildern 2009, S. 326–328 (künftig zitiert: Auge, Handlungsspielräume).

⁸ Zum Standbild siehe die kurzgefasste Beschreibung aus Friedrich August Stüler u. a.: Das Schloss zu Schwerin. Bauperioden: A. Demmler 1844–1851. A. Stüler 1851–1857. Mit vierzig Tafeln, einem Frontispice und einundvierzig in den Text eingedruckten Vignetten, Berlin 1869, Bl. 7 r, Sp. 2 mit Bl. 8 v, Sp. 1.

verstanden,⁹ worin sie dann die Mecklenburger unter Herzog Albrecht II. mit der zeitweiligen Gewinnung des schwedischen Königsthrons und der Beanspruchung der dänischen Thronfolge ablösen sollten,¹⁰ konnten Etappen eines jähen Abstiegs und absoluten Machteinbruchs folgen. Allerdings sind gewisse politisch-dynastische Grundtendenzen zu konstatieren: Dazu zählen etwa das stete Ringen zwischen Mecklenburg, Pommern und Brandenburg um die Hegemonie im Nordosten des Reiches mit zeitweilig sehr wirksamen Ausgriffen der beiden ersteren nach den gegenüberliegenden Küstenlinien in Dänemark und Schweden oder etwa das wechselvolle Verhältnis zwischen Pommern, dem Deutschen Orden und Polen.¹¹

Bei den Dynastien können wiederum die Konnubien, also deren Eheverbindungen, als ausgezeichneter Index für die damaligen Verflechtungen herangezogen werden. Für die Herzöge von Mecklenburg, zunächst bis zu Heinrich II. dem Löwen zu Beginn des 14. Jahrhunderts betrachtet, ergeben sich dabei männlicherseits unter anderem drei Ehen mit Töchtern der Herrscherhäuser von Dänemark und Schweden und eine Ehe nach Pommerellen, bei den Frauen hingegen neben anderen eine

⁹ Erich Hoffmann: Gerhard III. der Große von Holstein. Aufstieg eines Territorialfürsten des 14. Jahrhunderts, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte (ZSHG), 102/103. Jg. (1977/1978), S. 9–47. – Ders.: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 4, Tl. 2: Spätmittelalter und Reformationszeit, Neumünster 1990, S. 166–198. – Detlev Kraack: Die frühen Schauenburger als Grafen von Holstein und Stormarn (12.–14. Jahrhundert), in: Carsten Porskrog Rasmussen u. a. (Hrsg.): Die Fürsten des Landes. Herzöge und Grafen von Schleswig, Holstein und Lauenburg, Neumünster 2008, S. 28–51, hier S. 45–47.

¹⁰ Auge, Handlungsspielräume, S. 77–87. – Ders.: Albrecht II. 1318–1379. Herzog von Mecklenburg (künftig zitiert: Auge, Albrecht II.), in: Andreas Röpcke (Hrsg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg, Bd. 6, Rostock 2011, S. 26–33. – Wolfgang Huschner: Albrecht II., Fürst und Herzog von Mecklenburg (1329–1379), in: Eberhard Holtz (Hrsg.): Deutsche Fürsten des Mittelalters. Fünfundzwanzig Lebensbilder, Leipzig 1995, S. 326–345.

¹¹ Auge, Handlungsspielräume, S. 81–87, S. 88–94. – Gemeint sind die Regierungszeiten Albrechts (III.) von Mecklenburg in Schweden zwischen 1363 und 1389 bzw. Erichs VII. von Pommern in Dänemark (plus Norwegen und Schweden) zwischen 1397 und 1439: Detlef Kattinger: Albrecht III. gest. 1412. König von Schweden, Herzog von Mecklenburg (künftig zitiert: Kattinger, Albrecht III.), in: Andreas Röpcke (Hrsg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg, Bd. 6, Rostock 2011, S. 34–42. – Werner Knoch: Ein Schwedenkönig aus Mecklenburg. Die deutsch-schwedischen Beziehungen im Mittelalter, Berlin u. a. 1934. – Viljo Adolf Nordman: Albrecht, Herzog von Mecklenburg, König von Schweden, Helsinki 1938. – Heinz Barüske: Erich von Pommern. Ein nordischer König aus dem Greifengeschlecht, Rostock 1997 (künftig zitiert: Barüske, Erich von Pommern). – Auge, Handlungsspielräume, S. 61–65. – Rafał Simiński: Pommersche Gesandte und Unterhändler in den diplomatischen Beziehungen des Herzogtums Pommern-Stolp mit dem Deutschen Orden in Preußen (1395–1426), in: Stephan Flemming u. a. (Hrsg.): Akteure mittelalterlicher Außenpolitik. Das Beispiel Ostmitteleuropas (= Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 35), Marburg 2017, S. 69–91. – Zenon Hubert Nowak: Pommern zwischen Polen und dem Deutschen Orden an der Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert, in: Horst Wernicke u. a. (Hrsg.): Pommern im Reich und in Europa. Geschichte, Kultur, Wissenschaft, Greifswald 1996, S. 79–88.

Eheschließung nach Polen sowie nach Pommerellen und Schlesien.¹² Ab 1300 bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts sind auf der Männerseite der Herzöge von Mecklenburg-Schwerin dann noch zwei königliche Ehen mit den Dynastien in Schweden und Dänemark bezeugt, während jetzt die große Mehrzahl der Ehen mit reichsfürstlichen Häusern geschlossen wurde – Ausdruck der seinerzeitigen Verfestigung Mecklenburgs im Reich. Wieder stößt man so auf die »Himmelsrichtungen«, die genannter Kirchberg in seiner Reimchronik vorgegeben hat. Sie begegnen auch im weiteren Verlauf der frühen Neuzeit – man denke für Dänemark etwa nur an die Ehegемahlin Ulrichs III. von Mecklenburg-Güstrow (1527–1603) namens Elisabeth (1524–1586)¹³ –, wenn auch mit der spürbar veränderten regionalen Gewichtung noch mehr zum Reich hin. Andererseits verdichteten sich, um dies nur am Rande anzudeuten, die Beziehungen zu Skandinavien natürlich in erheblich anderer, intensiver Weise, als Schweden im Zuge des Dreißigjährigen Krieges die unmittelbare Herrschaft über den westlichen Teil Pommerns und über Wismar übernahm und diese dann bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts beziehungsweise im Falle Wismars offiziell sogar bis 1903 innehatte.¹⁴ Kurios daran: Die Schwedenkönige seit der Mitte des 18. Jahrhunderts waren schleswig-holsteinischer Abkunft!¹⁵

Noch näher spezifizieren lässt sich der kursorische Durchgang durch die regionale Verteilung des mecklenburgischen Konnubiums im Längsschnitt durch einen synchronen Zugriff auf selbiges etwa zur Zeit der höchsten Machtentfaltung der Mecklenburger Herzöge im Ostseeraum unter Albrecht II. in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts.¹⁶ Albrecht selbst war in erster Ehe seit 1336 mit Eufemia Eriksdotter (1317–1370) von Schweden vermählt, das heißt, er war Schwager des schwedischen Königs Magnus II. Eriksson (1316–1374). Seinen ältesten Sohn Heinrich (III.) vermählte er 1362 mit der älteren Tochter des dänischen Königs Waldemar IV. Atterdag (um 1321–1375) namens Ingeborg (1347–1370). Der aus dieser Ehe hervorgehende Albrecht (IV.) wurde zum aussichtsreichen dänischen Thronprätendenten,

¹² Auge, Handlungsspielräume, S. 236 f., S. 510 f., auch zum Folgenden.

¹³ William Møllerup: Elisabeth, Hertuginde af Meklenborg, in: Carl Frederik Bricka (Hrsg.): Dansk biografisk Lexikon. Tillige omfattende Norge for tidskrummet 1537–1814, Bd. 4, Kopenhagen 1890, S. 497–498.

¹⁴ Kjell Åke Modéer: Willkommen und Abschied. Schwedisch-Pommern als Spielball europäischer Politik, in: Nils Jörn u. a. (Hrsg.): Vom Löwen zum Adler. Der Übergang Schwedisch-Pommerns an Preußen 1815 (= Forschungen zur Pommerschen Geschichte, Bd. 52), Köln 2019, S. 11–24, hier S. 11–13.

¹⁵ Frederic Zangel: Die fürstbischöfliche Linie des Hauses Gottorf auf dem schwedischen Königsthron, in: Oliver Auge u. a. (Hrsg.): Die Fürsten des Bistums. Die fürstbischöfliche oder jüngere Linie des Hauses Gottorf in Eutin bis zum Ende des Alten Reiches (= Eutiner Forschungen, Bd. 13), Eutin 2015, S. 113–126.

¹⁶ Auge, Albrecht II., S. 26, auch zum Folgenden. – Auge, Handlungsspielräume, S. 504 f. – Detlev Schwennicke: Europäische Stammtafeln. Die Häuser Oldenburg, Mecklenburg, Schwarzburg-Waldeck, Lippe und Reuß (N. F., Bd. I.3), Frankfurt am Main 2000, Tafel 302 f.

als König Waldemar seit dem Tod seines Sohnes Christopher 1363 keinen eigenen männlichen Nachkommen mehr besaß. Albrecht (IV.) erhielt Elisabeth (um 1360–1416) zur Frau, eine Tochter des Grafen Nikolaus oder Klaus von Holstein-Rendsburg (1321–1397). Dieser Klaus hatte einen Bruder namens Heinrich II. (um 1317–1384), mit dem Albrechts II. älteste Tochter Ingeborg (†1398) seit 1366 in zweiter Ehe verheiratet war. Ihr erster Gemahl war ab 1360 der Wittelsbacher Ludwig VI./II. der Römer (1328–1364/65) gewesen, der seit 1351 in der Mark Brandenburg regierte. Albrechts II. zweitältester Sohn, ebenfalls Albrecht (III.), (um 1338–1412) mit Namen, hatte in erster Ehe Richardis von Schwerin (†1377) zur Frau und seit 1396 in zweiter Ehe Agnes (†1410), eine Tochter Herzog Magnus' von Braunschweig (1328–1373). Deren älteste Schwester Elisabeth war Gemahlin des Schleswiger Herzogs Gerhard II. (um 1367–1404). Und wiederum deren Tochter Heilwig (circa 1400–1436) wurde Mutter des ersten dänischen Königs aus dem Haus Oldenburg Christian (1426–1481). Doch zurück zu den zwei letzten ehelichen Nachkommen Albrechts II.: Seine jüngste Tochter Anna (1343–1415) erhielt 1362 mit Adolf VII. (um 1327–1390) ebenfalls einen Holsteiner Grafen zum Ehemann. Und der jüngste Sohn, der sinnfällig den nordischen Königsnamen Magnus (1345–1384) trug, wurde nach 1362 mit Elisabeth von Pommern-Wolgast (†1405) verehelicht. In sein weiteres Verschwägerungsfeld gehörte damit Heinrichs III. Tochter Maria (1363–um 1402), seine Nichte, die 1380 Wartislaw VII. von Pommern-Stolp (1363–1394) zum Mann erhielt. Aus dieser Ehe sollte der Sohn Bogislaw (1382–1459) hervorgehen, der von der dänischen Regentin Margarete (1353–1412) als Ziehsohn angenommen wurde und seinen Mecklenburger Großonkel Albrecht III. gewaltsam vom schwedischen Thron verdrängte.¹⁷ Mit dem nordischen Königsnamen Erich versehen, wurde er dann 1397 der erste König der Kalmarer Union.

Konflikt- und Bündniskostellationen

Das angezeigte Dickicht dynastischer Ehen lässt sich rasch entwirren. So dienten die Ehen mit dem Brandenburger Kurfürsten sowie der pommerschen und braunschweigischen Herzogstochter offenkundig der Sicherung eines guten nachbarschaftlichen Auskommens. Insbesondere die Ehe mit Ludwig VI./II. dem Römer sollte einen Ausgleich zwischen den Häusern Mecklenburg und Wittelsbach fundieren, der seit dem Seitenwechsel Albrechts II. zum Luxemburger Karl IV. (1316–1378), dem Hauptkontrahenten der Wittelsbacher, 1347/48 nötig geworden war.¹⁸ Die Ehen mit

¹⁷ Zu König Erich VII. von Pommern Barüske, Erich von Pommern. – Thelma Jexlev: Erich VII., in: Lexikon des Mittelalters III (LexMa), München 2003, Sp. 2141 f.

¹⁸ Auge, Handlungsspielräume, S. 269 f.

den verschiedenen Vertretern des holsteinischen Grafenhauses beziehungsweise Schleswiger Herzoghauses hatten einerseits genauso diese nachbarschaftliche Bewandtnis, dienten andererseits aber auch unmittelbar der dynastischen Untermauerung des beiderseitigen Bündnisses im Konflikt mit dem Königreich Dänemark, das beide Bündnispartner damals unter sich aufzuteilen gedachten.¹⁹ Albrecht II. strebte im Zuge dessen für seinen gleichnamigen Enkel die dänische Königskrone an. Seine Verbindungen nach Schweden hatte Albrecht II. zudem dazu nutzen können, seinen Sohn gleichen Namens 1363/64 auf dem schwedischen Thron zu installieren. Dessen erste Ehe mit Richardis von Schwerin wiederum ist in den Kontext der dauerhaften Inbesitznahme der Grafschaft Schwerin durch die Herzöge 1358 einzuordnen.²⁰

Man kann anhand des vorgeführten quasi synchronen Zeitschnitts mit Fug und Recht behaupten, dass alle seinerzeit in der Region handelnden dynastischen Akteure in irgendeiner Form miteinander verwandt oder verschwägert waren. Überaus dicht gesponnene dynastische Netzwerke überlagerten nahezu die gesamte Ostseeregion. Die oft genug – zumindest zeitweilig – erbittert untereinander verfeindeten Akteure des dynastischen Handlungsraums Ostseeregion gingen zur Beilegung ihrer Streitigkeiten vielfach auf Ehen basierende Zweckbündnisse miteinander ein. Ehen konnten Friedensschlüsse nach militärischen Auseinandersetzungen herbeiführen oder besiegeln, oder sie sollten Bündnisse zur Erlangung eines gemeinsamen Ziels absichern, wie die gerade genannten mecklenburgisch-holsteinischen Ehen gezeigt haben. Der Unterstützung der verschwägerten Holsteiner Grafen verdankten die Mecklenburger überhaupt erst die Option, an die schwedische Königskrone zu gelangen.²¹

Politische Ziele und ökonomische Interessen

Die für das Spätmittelalter feststellbare Bündnisverortung und Bündnisdichte im südwestlichen Ostseeraum war der Tatsache geschuldet, dass es sich seinerzeit – und

¹⁹ Oliver Auge: Um den Sieg betrogene Verbündete? Der Stralsunder Frieden von 1370 und die norddeutschen Fürsten, in: *Hansische Geschichtsblätter* (HGBll), 139. Jg. (2021), S. 1–37, hier S. 7–9. – Erich Hoffmann: Das Verhältnis der mecklenburgischen Herzöge Albrecht II. und Albrecht III. zu den skandinavischen Staaten, in: Nils Jörn u. a. (Hrsg.): *Der Stralsunder Frieden von 1370. Prosopographische Studien* (= Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, Bd. 46), Köln 1998, S. 223–248, auch zum Folgenden.

²⁰ Auge, *Handlungsspielräume*, S. 79–81.

²¹ Ebd., S. 82 f. – Detlef Kattinger, Albrecht III. – Ders.: Schweden am Vorabend der Kalmarer Union. Das Intermezzo Albrechts III. von Mecklenburg, in: Ders. u. a. (Hrsg.): »Huru thet war talet j kalmarn«: Union und Zusammenarbeit in der Nordischen Geschichte. 600 Jahre Kalmarer Union (1397–1997) (= Schriftreihe Greifswalder Historische Studien, Bd. 2), Hamburg 1997, S. 49–81.

ja eigentlich bis heute – um eine unheimlich engmaschige Kontakt- und Konflikt-region handelte. Letztlich ging es schon in den langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den dänischen Königen mit ihren slawischen Nachbarn um die Macht über das Seegebiet zwischen dem dänischen Inselreich im Norden und dem rügischemmerschen Gebiet im Süden, was natürlich auch die herrschaftliche Verfügung über die betreffenden Küstenstreifen miteinbezog.²² Herrschaftspolitische und ökonomische Interessen gingen dabei Hand in Hand, wobei dieses Bestreben eigentlich nirgendwo in der zeitgenössischen Überlieferung so konkret benannt wird. Das gilt zumal für die Anfänge der schriftlichen Nachrichten in karolingischer Zeit, als im Jahr 808 König Gudfred oder Göttrik (†810) nach dem Bericht der fränkischen Reichsannalen den slawischen Handelsort Reric zerstören und dessen Kaufleute in das von ihm dominierte Fernhandelszentrum Haithabu zwangsumsiedeln ließ.²³ Allein die Tatsache, dass dieses Haithabu nach dem Bericht Adams von Bremen (wohl vor 1050–1081/85) 1066 von einem slawischen Heer überfallen und von Grund auf zerstört worden sein soll, zeigt symptomatisch, dass es sich um ein zähes Hin und Her, um ein in seinem Ausgang offenes und ohnedies – zumindest von slawischer Seite aus – multipolares Ringen um die Oberhand gehandelt hat.²⁴ Mehr und mehr ging es dabei natürlich auch um die Frage des Glaubens, handelte es sich doch bei den Dänen ab der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts um Angehörige der christlichen Religion, während die slawische Seite bis zur Eroberung Arkonas durch den dänischen König Waldemar I. (1131–1182) 1168/69 gentil-religiöse Kulte pflegte.²⁵ Die Missionsbemühungen im mecklenburgischen Bereich hatten rund 100 Jahre

²² Oliver Auge: Slawen – Dänen – Sachsen: Die westliche Ostseeregion als Konfliktraum im 11. und 12. Jahrhundert (künftig zitiert: Auge, Slawen – Dänen – Sachsen), in: Pommern. Zeitschrift für Kultur und Geschichte, 58. Jg. (2020), H. 1, S. 13–19, hier S. 14 f., auch zum Folgenden.

²³ *Annales regni Francorum. Inde ab a. 741. usque ad a. 829: Qui dicuntur Annales Laurissenses Maiores et Einhardi* (= *Monumenta Germaniae historica, Scriptores*, Bd. 7), bearb. von Georg Heinrich Pertz, Hannover 1895, S. 126: «Godofridus vero, priusquam reverteretur, distructo emporio, quod in oceani litore constitutum lingua Danorum Reric dicebatur et magnam regno illius commoditatem vectigalium persolutione praestabat, translatisque inde negotiatoribus, soluta classe ad portum, qui Sliethorp dicitur, cum universo exercitu venit.»

²⁴ *Magister Adam Bremensis, Gesta Hammaburgensis Ecclesiae Pontificum*, bearb. von Werner Trillmich, in: *Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der hamburgischen Kirche und des Reiches* (= *Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters*, Bd. XI), Darmstadt 1961, S. 137–499, hier S. 392: «Ipso eodemque tempore Sliaswig, civitas Saxonum Transalbionum, quae sita est in confinio Danici regni, opulentissima aequae ac populosissima ex improviso paganorum incursu funditus excisa est.»

²⁵ Martin Kaufhold: Die frühe Christianisierung im westlichen Ostseeraum. Wandel der Religion und politischen Ordnung im 9.–11. Jahrhundert, in: Jan Hecker-Stampehl u. a. (Hrsg.): *Geschichte, Politik und Kultur im Ostseeraum* (= *Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen – Europäische Perspektiven*, Bd. 12), Berlin 2012, S. 21–45, hier S. 21 f. – Zur Eroberung Rügens unter christlich-missionarischer Prämisse Oliver Auge: Die Eroberung Rügens 1168/69:

früher eingesetzt, waren aber durch den Großen Slawenaufstand 1066 zurückgeworfen worden und erst in den 1130er-Jahren wieder langsam angelaufen.²⁶ Ungefähr zeitgleich wurde auch Pommern von ersten Christianisierungsbestrebungen erfasst. Die Bemühungen gingen damals vom Erzbistum Hamburg-Bremen beziehungsweise Bistum Bamberg aus, von weltlicher Seite maßgeblich unterstützt vom sächsischen Herzog Lothar von Süpplingenburg (1075–1137).²⁷ Seit 1125 römisch-deutscher König, zielte dieser auf eine längerfristige machtpolitische Festsetzung im südwestlichen Ostseeraum ab.²⁸ Sein Enkel Heinrich der Löwe (1129/39–1195) sollte ihm in diesem Ziel als Herzog von Sachsen ab 1142 in wechselnden Koalitionen mit der dänischen Seite oder slawischen Verbündeten konsequent nachfolgen.²⁹ Er konnte sich die Fürsten Mecklenburgs und Pommerns kurz vor der Unterwerfung Rügens durch König Waldemar I. in den 1160er-Jahren lehnsrechtlich unterordnen, während der westlichste Teil des sogenannten gentilen Keils entlang der Ostseeküste mit Wagrien und Polabien schon ab 1139 von holsteinischer Seite aus erobert worden war. Die Rügier mussten bis zur Eroberung Arkonas die Oberherrschaft entweder Heinrichs des Löwen oder Waldemars I. anerkennen.³⁰ An die Stelle des 1180 abgesetzten sächsischen Herzogs bemühte sich dann Kaiser Friedrich I. Barbarossa (1122–1190) zu positionieren.³¹ Doch gelang ihm dies auf Dauer nicht, sodass das dänische König-

ein dänischer »Kreuzzug«? (künftig zitiert: Auge, Eroberung Rügens), in: *Baltische Studien*, 104. Jg. (2018), S. 11–22.

²⁶ Jürgen Petersohn: *Der südliche Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reichs, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert. Mission, Kirchenorganisation, Kulturpolitik (= Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, Bd. 17)*, Köln 1979, S. 39.

²⁷ Ebd., S. 50 f. – Felix Biermann u. a. (Hrsg.): *Bischof Otto von Bamberg in Pommern. Historische und archäologische Forschungen zu Mission und Kulturverhältnissen des 12. Jahrhunderts im Südwesten der Ostsee. Beiträge einer Tagung aus Anlass des 875. Todestags des Pommernmissionars vom 27. bis 29. Juni 2014 in Greifswald (= Studien zur Archäologie Europas, Bd. 30)*, Bonn 2017.

²⁸ Oliver Auge: *Lothar III., Nordelbingen und das dänische Königtum*, in: *Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters* (DA), 74. Jg. (2018), H. 1, S. 89–110.

²⁹ Hans-Otto Gaethke: *Herzog Heinrich der Löwe und die Slawen nordöstlich der unteren Elbe (= Kieler Werkstücke, Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, Bd. 24)*, Frankfurt am Main 1999, auch zum Folgenden. – Für Pommern etwa Detlef Kattinger: *Heinrich der Löwe, Kasimir I. von Demmin und Bogislaw I. von Stettin. Ein Versuch über das Lehnverhältnis Heinrichs des Löwen gegenüber den pommerschen Herzögen*, in: Werner Buchholz u. a. (Hrsg.): *Land am Meer. Pommern im Spiegel seiner Geschichte (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe V: Forschungen zur pommerschen Geschichte, Bd. 29)*, Köln 1995, S. 63–84, auch zum Folgenden.

³⁰ Auge, *Handlungsspielräume*, S. 28–30.

³¹ Zur Einordnung siehe Jürgen Petersohn: *Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter*, in: Rainer Riemenschneider (Redaktion): *Die Rolle Schlesiens und Pommerns in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen im Mittelalter (= Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, Bd. 22/III)*, Braunschweig 1980, S. 98–115, hier S. 105–107.

tum das entstandene Machtvakuum zu seinen Gunsten zu nutzen vermochte.³² An die Eroberung Rügens hatten sich in den 1170er-Jahren beinahe jährliche Feldzüge Waldemars I. in das hinter Rügen liegende Festlandsgebiet beziehungsweise nach Pommern angeschlossen. Nach einer kurzen Pause zwischen 1178 und 1184 brachen die Kämpfe dann erneut aus und führten nach einem fulminanten Seesieg der Dänen über eine pommersche Flotte im Greifswalder Bodden zu Pfingsten 1184 zur Anerkennung des nunmehrigen Königs Knut VI. (1162/63–1202) als Oberherr durch den Pommernherzog Bogislaw I. (um 1130–1187). Um dieselbe Zeit gerieten auch die beiden mecklenburgischen Herren, Heinrich Borwin I. (†1227) und Nikolaus I. (vor 1164–1200), als Gefangene in die Hände des Königs. Sie erhielten ihre Freiheit unter der Bedingung zurück, König Knut ebenfalls als ihren Oberherrn anzuerkennen. Der dänische König nannte sich darauf seit 1185 – und übrigens bis 1972! – immer auch *rex Sclavorum*, König der Slawen (beziehungsweise Wenden).

Christianisierung und Hofkultur

Die im Zuge der angesprochenen Christianisierung entstandenen, dann weiter ausgebauten kirchlichen Verhältnisse helfen gleichsam weiter, um die längerfristigen Beziehungen in der Region offenzulegen. Durch die Eroberung der Insel Rügen seitens Waldemars I. etwa wurde die Insel längerfristig dem Bistum Roskilde kultisch unterstellt und konsequent in den Verband der dänischen Kirche eingegliedert.³³ Waldemar hatte gleich 1168 bestimmt, dass die Inselbewohner den christlichen Gottesdienst nach dänischem Ritus feiern sollten. Unmittelbar nach der Eroberung der Insel erfolgte der Aufbau eines engmaschigen Pfarreiennetzes, das um 1300 rund ein Dutzend Kirchspiele umfasste. Als sakraler Mittelpunkt diente das 1193 vom Rügenfürsten Jaromar I. (vor 1141–um 1218) gestiftete und personell erst einmal von Roskilde aus besetzte Zisterzienserinnenkloster in Bergen, das sich baulich stark an die Königskirche im dänischen Ringsted anlehnte.³⁴ Wichtiger politischer Partner des dänischen Königtums war damals der Reformorden der Zisterzienser. In Dänemark übergab Erzbischof Eskil von Lund (um 1100–1181) das Benediktinerkloster in Esrom 1151 den Zisterziensern, von wo aus dann die Tochterklöster in Kolbatz

³² Oliver Auge: Im Zeichen des Kreuzes: Die Eroberungen dänischer Könige vom 12. bis zum 14. Jahrhundert, in: Hermann Kamp (Hrsg.): Herrschaft über fremde Völker und Reiche. Formen, Ziele und Probleme der Eroberungspolitik im Mittelalter (= Vorträge und Forschungen, Bd. 93), Ostfildern 2022, S. 369–410, hier S. 371. – Ders, Slawen – Dänen – Sachsen, S. 14 f.

³³ Auge, Eroberung Rügens, S. 12, S. 21, auch zum Folgenden.

³⁴ Katja Hillebrand: Bauwerke des Glaubens. Die Architektur der Klöster und Stifte, in: Oliver Auge u. a.: Vorpommern und seine Klöster, Regensburg 2023, S. 87–128, hier S. 90–94.

(1174/75) und Eldena (1199) in Pommern gegründet wurden.³⁵ Beide Konvente pflegten einen intensiven Austausch mit der Mutterabtei, und die Kirchenbauten zeigten eine enge architektonische Verbindung sowohl im Aufbau des Grundrisses als auch in den Detailausführungen an den Pfeilern und Schmuckelementen.

Um 1300 erfuhr die sich mittlerweile über den ganzen Ostseeraum erstreckende Adelswelt mit einem qualitativ ausgefeilten ritterlich-höfischen Leben einen Höhepunkt, der sie mit zeitgleichen Höfen anderer europäischer Regionen auf Augenhöhe stellte.³⁶ Farbigkeit verleihen dem Hofleben der Zeit nun auch erstmalig umfangreichere chronikalische Berichte. Ungemein prächtig fiel so anscheinend im Juni 1311 das Hoffest des dänischen Königs Erich VI. Menved (1274–1319) aus, welches er demonstrativ vor den Toren Rostocks feierte, weil die Stadt ihn und sein Gefolge nicht einlassen wollte. Nach dem Bericht der Lübecker Ratschronik kamen hier so viele Fürsten, Grafen, Ritter und Knappen zusammen, wie sie zuvor in diesen Breiten und anderenorts noch nie zu sehen gewesen waren.³⁷ Auch der zur Schau gestellte Prunk hatte Seltenheitswert. Auf den Ritterschlag, den der König dem brandenburgischen Markgrafen, 19 Fürsten und 80 weiteren Herren erteilte, schlugen die neuen fürstlichen Ritter ihrerseits eine große Menge adliger Herren zu Rittern. Schließlich wurden ein festliches Mahl und ein zweitägiges Turnier veranstaltet. Die Hochzeit des nun schon oft berührten Albrecht II. von Mecklenburg mit Euphemia von Schweden, die 1336 in Rostock gefeiert wurde, geizte gleichfalls nicht mit höfischen Glanzpunkten: So wurde der Bräutigam aus diesem Anlass von Herzog Erich I. von Sachsen-Lauenburg (vor 1285–1360) zum Ritter geschlagen. Das frisch vermählte Ehepaar schiffte sich dann mit großem Gefolge in Warnemünde ein und segelte nach Stockholm, wo es an den Feierlichkeiten zur Krönung von Euphemies

³⁵ Jens Olesen: Der Einfluss dänischer Klöster auf den Ostseeraum, in: Oliver Auge u. a. (Hrsg.): Glaube, Macht und Pracht. Geistliche Gemeinschaften des Ostseeraums im Zeitalter der Backsteingotik. Beiträge einer interdisziplinären Fachtagung vom 27. bis 30. November 2007 im Alfred Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald (= Archäologie und Geschichte im Ostseeraum, Bd. 6), Rahden/Westfalen 2009, S. 49–58, hier S. 49.

³⁶ Oliver Auge: Rasante Aufholjagd des »jüngeren« Nordens? Zur Entstehung und Entfaltung der Fürstenhöfe im südwestlichen Ostseeraum bis ca. 1350, in: Gert Hübner u. a. (Hrsg.): Sangspruchdichtung um 1300. Akten der Tagung in Basel vom 7. bis 9. November 2013 (= Spolia Berolinensia, Bd. 33), Hildesheim 2015, S. 3–44.

³⁷ Die Chroniken der niedersächsischen Städte. Lübeck, Bd. 1, auf Veranlassung Seiner Majestät des Königs von Bayern hrsg. durch die Historische Commission bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften, Leipzig 1884, S. 413 f., cap. 460 (künftig zitiert: Chroniken der niedersächsischen Städte): «Do quam to middensommere de koning over van Denemarken mit siner besten ridderscap; de bleven vor der stad to Rostok [...]. Dar toch ok so vele andere vorsten, greven, vrier riddere unde guder lude vor de stad, dar der ghelik dar to lande er ny wart vornomen [...].»

Bruder Magnus II. teilnahm und wo nun Albrecht seinem königlichen Schwager den Ritterschlag erteilte.³⁸

Lübecker Fehde und Martensmann

Mit dem bisher Gesagten werden zum Beispiel auch die Vorgänge um die sogenannte Lübecker Fehde von 1505 bis 1508 verständlicher.³⁹ Zwischen den Herzögen und der Reichs- und Hansestadt Lübeck bestand seinerzeit eigentlich ein gutes Einvernehmen, was sich in der jährlichen Zahlung eines Schutz- und Schirmgelds widerspiegelte, wodurch sich Lübeck gemeinsam mit Lüneburg den wichtigen Handelsverkehr durch Mecklenburg absicherte. Die damit verbundene Schirmfunktion Mecklenburgs war bereits 1291 und 1321 vereinbart worden. Eine provokante Lappalie führte indes im Sommer 1505 zu einer Gewalteskalation mit der mecklenburgischen Ritterschaft, die Herzog Heinrich V. (1479–1552) dann dazu veranlasste, bei König Maximilian (1459–1519) die Reichsacht gegen Lübeck zu erwirken. Verhandlungen im Oktober 1505 in Schönberg und im Februar 1506 in Wismar verliefen ergebnislos. Im Juni 1506 kam die Sache dann auf dem vom dänischen König und zugleich Herzog von Schleswig und Holstein Johann (1455–1513) einberufenen Fürstentag in Kiel zur Sprache, der parallel zu dem seit 1498 erstmals wieder abgehaltenen Hansetag in Lübeck zusammenkam. Johann wollte seinerzeit Herzog Heinrich als Bundesgenossen für seinen Krieg gegen Schweden gewinnen. Denn Schweden kämpfte damals unterstützt von Lübeck um seine Unabhängigkeit von der dänisch dominierten Kalmarer Union.

Gedeckt vom dänischen König sowie vom Kaiser und vom Ratzeburger Bischof, welcher der unmittelbar betroffenen mecklenburgischen Adelsfamilie Parkentin entstammte, sammelte Heinrich nun eine Streitmacht von rund 1350 Reitern und 5500 Fußsoldaten, um gegen Lübeck militärisch vorzugehen. Die Lübecker entschieden sich ihrerseits zum Präventivschlag und stießen bis nach Grevesmühlen

³⁸ Chroniken der niedersächsischen Städte, S. 476, cap. 585: «In deme jare Cristi 1336 na paschen de sande de koningh Magnus van Sweden unde van Norweghen seine suster Euphemiam to Rostok Alberte, deme heren van Mekelenborch; de nam se, unde hadde dar vele heren to der hochtid. Dar wart he riddere van hertoghen Erik van Sassen.» – Auge, Albrecht II., S. 26.

³⁹ Zum Geschehen Andreas Röpcke: Frieden und Unfrieden zwischen Mecklenburg und Lübeck. Zur Vorgeschichte der Fehde von 1506, in: Rolf Hammel-Kiesow u. a. (Hrsg.): Das Gedächtnis der Hansestadt Lübeck. Festschrift für Antjekathrin Graßmann zum 65. Geburtstag, Lübeck 2005, S. 313–326. – Heinrich Schnell: Mecklenburg im Zeitalter der Reformation 1503–1603 (= Mecklenburgische Geschichte in Einzeldarstellungen, H. 5), Berlin 1900, S. 13–15, auch zum Folgenden. – Manfred Hamann: Mecklenburgische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Landständischen Union von 1523 (= Mitteldeutsche Forschungen, Bd. 51), Köln 1968, S. 256 f.

und Wittenburg vor. Über 30 Adelssitze wurden niedergebrannt. Ein mecklenburgischer Gegenstoß endete vor den uneinnehmbaren Lübecker Stadtmauern und dann im Rückzug nach Schönberg. Nun zogen die Lübecker plündernd bis zur Insel Poel, während Heinrichs Heer ohne Erfolg Mölln belagerte. Schließlich aber erwirkten die Städte Braunschweig, Hildesheim, Goslar und Magdeburg zusammen mit Herzog Heinrich I. von Braunschweig-Lüneburg (1468–1532), einen Waffenstillstand zum 23. Oktober 1506. Während sich Lübeck dann wenigstens vorläufig mit Dänemark einigte und am 6. Dezember 1506 den Vertrag zu Segeberg schloss, worin es zusicherte, den Handel mit Schweden so lange auszusetzen, bis Schweden sich dem König unterworfen habe, wurde ein Friedensschluss mit Mecklenburg unter der Vermittlung Lüneburgs erst am 15. Juli 1508 zustande gebracht. Beide Parteien verpflichteten sich bei Verzicht auf gegenseitige Schadenersatzansprüche auf den Status quo ante. Und Lübeck schloss mit Mecklenburg einen neuen Schutz- und Schirmvertrag. Danach zahlte es zusammen mit Lüneburg nun jährlich 500 statt wie bisher 400 Gulden; dafür sollte Herzog Heinrich die Bürger Lübecks schützen wie seine eigenen. Der Brauch des Martensmanns mit Entsendung einer Tonne Wein von Lübeck nach Schwerin, den Björn Engholm 1991 wiederbelebte, erinnert an die Anerkennung des Schirmrechts und damit mittelbar auch an die 1508 erfolgte wie vermeidbare Lübecker Fehde.

Was kann uns dies alles für die in diesem Sammelband folgenden Beiträge vermitteln? Wenn es darin intensiv um dänische oder schwedische Einflüsse auf die Ostseeküste zur Zeit der DDR geht, wenn darin die wechselseitigen Beziehungen zwischen West und Ost oder dem Bezirk Rostock und Skandinavien betrachtet werden, wenn darin Grenzfragen thematisiert werden, wenn sich darin Zeitgenossen auf die Suche nach »neuen« Verflechtungen im Ostseeraum begeben, wenn damit der südwestliche Ostseeraum als Kontaktzone und zugleich Konfliktregion im Kalten Krieg angesprochen wird, dann gilt es stets im Hinterkopf zu behalten, wie ungeheim eng dieser Raum bereits im Mittelalter miteinander verwoben war. Und überaus fest darin und damit verwflochten waren Mecklenburg und Pommern mit Rügen als seine immanenten Teile.

Nach dem Ende der DDR

Auf der Suche nach neuen Verflechtungen im Ostseeraum

Zur politischen Aufspaltung des Ostseeraumes kam es erst im Kalten Krieg.¹ Die Sowjetunion versuchte, eine militärische Hegemonie in der Region zu errichten, sie war aber nur begrenzt erfolgreich. Die skandinavischen Länder riefen 1952 den Nordischen Rat als gemeinsames interparlamentarisches Forum ins Leben, um damit eine nordische Sicherheitsgemeinschaft quer zu den Bruchlinien des Kalten Krieges aufzubauen.

Der Bundesrepublik und der DDR ging es nach der doppelten Staatsgründung 1949 zunächst um ihre jeweilige diplomatische Anerkennung. Bis 1953 gelang es Bonn, zu allen nordischen Staaten diplomatische oder quasi-diplomatische Kontakte herzustellen. Die Kieler Woche entwickelte sich »zwischen 1956 und 1961 zu der zentralen Schnittstelle der zwischen Westdeutschland und den nordischen Staaten verlaufenen Kommunikationslinien«.² Die Ostsee bzw. der Ostseeraum sollten auch im Weiteren und besonders für die DDR eine Rolle spielen. Bei dem 1990 neu gebildeten Bindestrich-Land Mecklenburg-Vorpommern zeigen sich Kontinuitäten und Traditionen aus unterschiedlichen Systemen.³

¹ In Erinnerung an Karl-Heinz Jügelt (1934–2023). – Der Autor dankt Jutta Busch, Martin Koschkar, Johanna Menzel, Karsten Schröder und Helge Sell für Hinweise. – Zur Sicherheitspolitik und dem politischen Umbruch nach 1990 Bernd Henningsen: *Die Welt des Nordens. Zwischen Ragnarök und Wohlfahrtsutopie: Eine kulturhistorische Dekonstruktion*, Berlin 2021, S. 147–152. – Norbert Götz: Außen- und Sicherheitspolitik, in: Bernd Henningsen u. a. (Hrsg.): *Das politische Skandinavien*, Schwalbach/Ts. 2015, S. 241–257. – Zur Lage Anfang des 21. Jahrhunderts und den damaligen russischen Vorstellungen zu einer Politik des Gleichgewichts Carsten Giersch: *Sicherheitspolitische Probleme im Ostseeraum*, in: Detlef Jahn/Nikolaus Werz (Hrsg.): *Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum*, München 2002, S. 219–232.

² So der aus der Kieler Schule stammende Historiker Jürgen Elvert: *Eine Art Neuanfang*, in: Robert Bohn u. a. (Hrsg.): *Deutsch-skandinavische Beziehungen nach 1945*, Stuttgart 2000, S. 20.

³ Für die Anfangsphase ab 1990. Martin Koschkar: *Neue Perspektiven? Die Hoffnung auf ökonomische Vernetzungen im Ostseeraum* (künftig zitiert: Koschkar, *Neue Perspektiven?*), in: Stefan Creuzberger u. a. (Hrsg.): *Land im Umbruch. Mecklenburg-Vorpommern nach dem Ende der DDR*, Berlin 2018, S. 261–276.

Die DDR und der Bezirk Rostock im Ostseeraum

Zu DDR-Zeiten war die Ostsee ein Sehnsuchtsziel. Dies galt vor allem für den Urlaub, für manche sogar als eventuelle Option für eine Flucht. Es sollen mehr Menschen bei der Flucht über die Ostsee umgekommen sein als an der Mauer.

Gemäß der offiziellen Politik des SED-Staates sollte die Ostsee ein »Meer des Friedens« sein. Der Generalsekretär (1950–1953) bzw. Erste Sekretär der SED (bis 1971) Walter Ulbricht propagierte die Beziehungen zu Ländern, die nicht »imperialistischen Machtblöcken« angehörten, wozu aus seiner Sicht die Ostseeanrainer zählten.⁴ 1956 entstand beim Außenministerium eine »Kommission für Ostseefragen«, Ziel war u. a. eine Neutralisierung der Ostsee. In diesem Bereich wurden Parteimitglieder aktiv, die das Exil in den skandinavischen Ländern verbracht hatten. Wie Berlin als »Hauptstadt der DDR«, so wurde Rostock als Schaufenster des sozialistischen Staates verstanden, was an der Fährverbindung nach Skandinavien lag und später an der Ostseewoche.⁵ 1960 erfolgte die feierliche Eröffnung des VEB Seehafen Rostock an der Unterwarnow, von den Organen der SED auch Tor zur Welt genannt. Er wurde zum Heimathafen der Deutschen Seereederei (DSR). Nach dem Bau der Mauer 1961 avancierte Rostock zum bedeutendsten Überseehafen der DDR. Zur Vorbereitung der Ostseewochen, die von 1958 bis 1975 stattfanden und ein Gegenstück zu den Kieler Wochen sein sollten, erfolgte ab 1957 eine Informationskampagne zur Geschichte, Kultur und Politik Nordeuropas im Bezirk Rostock. Während die Kieler Woche aus der Sicht der SED als Flottendemonstration der NATO galt, sollte die Ostseewoche ein Fest der Völkerfreundschaft sein.⁶ Deshalb war keine Kommune der DDR zwischen den 1950er- und den frühen 1970er-Jahren im Ostseeraum international so vernetzt wie Rostock.⁷ Dies fand seinen Aus-

⁴ Michael F. Scholz: Die Nordeuropa-Politik der DDR (bis 1963), in: Robert Bohn u. a. (Hrsg.): Deutsch-skandinavische Beziehungen nach 1945, Stuttgart 2000, S. 30.

⁵ Dieter Schröder: Zur Einführung, in: Henning Schleiff u. a.: 40 aus 800. Rostock in der DDR, Rostock 2017, S. 12. Schleiff, Oberbürgermeister von Rostock 1975–1990, schreibt: »Rostock war unter den Bedingungen der DDR eine weltoffene Stadt: Internationalität gehörte zum Flair Rostocks auch in dieser Zeit«, S. 30.

⁶ Die Abgrenzung gegen den Westen gehörte dazu: »Haie in der Ostsee. Dokumentation zur aggressiven Politik des deutschen Militarismus im Ostseeraum, Rostock 1960« heißt eine vom Komitee Ostseewoche anlässlich der Ostseewoche 1960 vom damaligen Rektor der Universität herausgegebene Publikation. – Zur Ostseewoche siehe auch den Beitrag von Julian Dunz in diesem Band, S. 73–86.

⁷ Karsten Schröder: Rostocks erste Schritte beim Aufbau eines interkommunalen Netzwerkes im Ostseeraum in den 1950er- und 1960er-Jahren, in: Matthias Manke (Hrsg.): Rostock und seine Nachbarn in der Geschichte, Lübeck 2018, S. 252 f. Gering blieb die Zahl der Konsulate zu DDR-Zeiten. Es bestanden ein Generalkonsulat der Sowjetunion und eines der Volksrepublik Polen für die drei Nordbezirke der DDR sowie eine kubanische Handelsvertretung. Erst nach der Vereinigung nahm die Zahl der Konsulate wieder zu, die meisten kommen aus dem

druck auch im Bau der Rostocker Kunsthalle, die 1964 konzipiert, fünf Jahre später als sozialistisches Gegengewicht zur Kieler Kunsthalle eingeweiht wurde. Sie blieb der einzige Museumsneubau der DDR und diente als Ausstellungspavillon für die »Biennale der Ostseeländer«.

Bei der Auslandsarbeit gewann Schweden einen hohen Stellenwert. Dies setzte sich nach der diplomatischen Anerkennung der DDR durch das skandinavische Land 1972 fort und beinhaltete ökonomische Aspekte.⁸ 1971 entstand »Das Neptun« als 5-Sterne-Hotel in Warnemünde. Lotte und Walter Ulbricht hatten den Bau gefördert, es sollte Welt- und Westniveau erreichen.⁹ Nach der Entmachtung Ulbrichts 1971 versprach Erich Honecker »Wohltaten für das Volk« und öffnete es zu 80 Prozent für einheimische Gäste, vorzugsweise aus dem FDGB-Ferdiendienst. Da ein kleinerer Teil als internationaler Anlaufpunkt erhalten blieb, galt es als »Hotel der Spione«,¹⁰ in dem nicht nur Fidel Castro, sondern auch westdeutsche Politiker wie Uwe Barschel und Björn Engholm übernachteten. Es kam zu geheimdienstlichen Aktivitäten und einer Verwanzung von Zimmern durch die Staatssicherheit.¹¹ Sowohl das Neptun als auch das 1979 in Berlin-Mitte eröffnete Palast-Hotel wurden von der schwedischen Firma SIAB errichtet. Das Neptun blieb im Unterschied zum Palast-Hotel, das 2001 dem CityQuartier DomAquarée weichen musste, nicht nur erhalten, die Belegschaft wechselte auch nach 1990 kaum; der legendäre Hoteldirektor Klaus Wenzel amtierte 38 Jahre lang bis 2006.

In den drei Nordbezirken befand sich mit Warnemünde nicht nur das größte Seebad der Republik, dort lebten aufgrund der Grenzlage viele Mitglieder der Nationalen Volksarmee (NVA). Im Unterschied zu anderen Bereichen gestaltete sich die Zusammenführung von Bundes- und Volksmarine nach 1990 erstaunlich konflikt-

Ostseeraum. Dazu Lothar Lentz: *Honoris consulo. Streiflichter aus dem Rostocker Konsularwesen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: *Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock*, (2002), Bd. 25, S. 148–171.

⁸ Einen umfassenden Überblick vermittelt Nils Abraham: *Die politische Auslandsarbeit der DDR in Schweden. Zur Public Diplomacy der DDR gegenüber Schweden nach der diplomatischen Anerkennung (1972–1989)*, Berlin 2007.

⁹ Ulbricht hatte nach dem 17. Juni 1953 bereits den Bau des DDR-Kreuzfahrtschiffes Fritz Heckert gefördert, verdiente Parteigenossen sollten dort Urlaub machen. Dazu: *Traumschiffe des Sozialismus-Kreuzfahrten in der DDR*, im Sommer 2023 bei ARTE und ZDF gesendet und bis 2027 in der Mediathek verfügbar.

¹⁰ Friederike Pohlmann: *Hotel der Spione. Das »Neptun« in Warnemünde*, Schwerin 2009. – Zur Beteiligung einzelner Westdeutscher Bernd Michels: *Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agent wurde*, Düsseldorf 1992.

¹¹ Ein Gesamtüberblick bei Elise Catrain (Hrsg.): *Stasi in Mecklenburg-Vorpommern. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin*, Berlin 2019. – Zum Tourismus: Hasso Spode: *Urlaub macht Geschichte. Reisen und Tourismus in der DDR*, Berlin 2022. Er geht davon aus, dass von den rund 600 Angestellten des Hotels Neptun mindestens hundert als Informelle Mitarbeiter im Einsatz waren, vgl. S. 152.

los. Allerdings verläuft die Aufarbeitung dieses Prozesses etwas einseitig, denn es sind vor allem ehemalige Mitglieder der Volksmarine, die sich damit befassen. Mit Admiral Theodor Hoffmann (1935–2018) war ein Mecklenburger der letzte Verteidigungsminister und für die Auflösung von NVA und Volksmarine zuständig.¹² Aus der Sicht der Ex-Offiziere handelte es sich um eine kleine »Randmeermarine mit vorrangiger Orientierung auf die Minen- und U-Bootabwehr sowie von Seelandungsoperationen«.¹³ Insgesamt seien die jeweiligen Streitkräfte »Gegner wider Willen« gewesen, diese Sichtweise scheint sich bei den Marineleuten auf gesamtdeutscher Ebene durchzusetzen. Einzelne Admiräle übernahmen nach einer Übergangsphase Posten in der Industrie bzw. zur Förderung der Schifffahrtsgeschichte, so der letzte Chef der Volksmarine Vizeadmiral Hendrik Born (1944–2021), einige Kapitäne wechselten in die freie Seefahrt. Die jeweiligen Erinnerungen eröffnen Einblicke in widersprüchliche Erfahrungen bei der Transformation.¹⁴ Facharbeiter aus dem Bereich der Marine – zum Beispiel Taucher – wechselten in den Westen oder mussten neue Berufe erlernen. Es liegen zwei Dokumentarfilme vor, die die Transformation an Einzelbeispielen von Mitgliedern der Fischereigenossenschaft Warnemünde und Kranfahrerinnen der Warnemünder Warnowwerft zeigen.¹⁵

Transformation und Ostseeanrainer

1989/90 wurde der Ostseeraum im politischen Alltag eher selten thematisiert, wie ein kurzer Blick in die Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) belegt. In Polen dominierten 1989 die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik.

¹² Theodor Hoffmann: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich, Berlin 1993.

¹³ Ingo Pfeiffer: Gegner wider Willen. Konfrontation von Volksmarine und Bundesmarine auf See, Norderstedt 2012, S. 49. – Zur Hochphase des Kalten Krieges Ewald Tempel: Im Alarmzustand. Zur Geschichte der Volksmarine in den kritischen 1960er Jahren, Rostock 2006. – Zur Einbindung im Ostblock Torsten Diedrich: Die DDR-Marine in den Vereinten Seestreitkräften des Warschauer Paktes und das Operationsgebiet Ostsee, in: Thomas Wegener Friis/Michael F. Scholz (Hrsg.): Ostsee. Kriegsschauplatz und Handelsregion. Festschrift für Robert Bohn, Gotland 2013, S. 193–207.

¹⁴ Hendrik Born: Es kommt alles ganz anders. Erinnerungen eines Zeitzeugen an die Volksmarine der DDR und das Leben danach, Hamburg 2018. – Wolfgang Schneider: Vom Flüchtlingsjungen zum Kapitän. Geschichten aus der sozialistischen Seefahrt, Berlin 2004 sowie sein Fortsetzungsband: Container Spezial. Resümee eines Frachtschiff-Kapitäns, Leipzig 2017.

¹⁵ Ein britisches Filmteam konnte 1987 in der DDR und 25 Jahre später erneut mit den Protagonisten drehen. Der Dokumentarfilm »Vom Wir zum Ich« diskutiert mit den Protagonistinnen Fragen der Kontrolle und der Erfahrungen im Umbruchprozess der 1990er-Jahre. Englischer Originaltitel: From Marks&Spencer to Marx and Engels, Amber Films, 1988. 2016 folgte: Vom Wir zum Ich. Geschichten zur deutschen Wiedervereinigung. Es ist in der ARD-Mediathek nicht mehr verfügbar, aber bei Amazon Prime erhältlich.

Noch im März wurde in einem verschlüsselten Bericht über deutschlandpolitische Äußerungen des Vize-Außenministers Kulski vor circa 50 polnischen Journalisten festgehalten, »über eine engagierte DDR-Reformpolitik wäre Polen allerdings auch nicht allzu glücklich, da eine langandauernde Teilung im Interesse der polnischen Staatsräson liege«.¹⁶

Das Thema Ostsee kam 1989/90 allenfalls auf internationalen Konferenzen zur Sprache, z. B. bei der *Baltic Sea Environment Conference* 1990. An deren Vorbereitung waren die Anliegerstaaten und damit auch DDR und Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Noch im September 1990 fand ein Besuch des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maiziére in Stockholm statt, der u. a. der Förderung des Handels zwischen der DDR und Schweden dienen sollte. In einer knapp dreiseitigen Information der Botschaft der DDR in Stockholm zum Seminar »Baltische Unabhängigkeit – Europäische Sicherheit?« vom 21. bis 22. Mai 1990 unter Leitung und Organisation des Außenpolitischen Instituts in Stockholm wurde festgehalten, dass relativ hochrangige Delegationen aus den Baltischen Staaten anreisten, offizielle Vertreter der sowjetischen Regierung aber trotz Einladung nicht daran teilnahmen. Abschließend wurde spekuliert, dass »den Persönlichkeiten der baltischen Staaten [...] umfangreiche materielle Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik in Aussicht gestellt wurden«.¹⁷

In einzelnen Publikationen wurden die Herausforderungen der deutschen Vereinigung und die damit verbundenen Chancen im Ostseeraum behandelt.¹⁸ Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern musste sich vergleichsweise früh mit Fragen der Transformation befassen. Mit seinen Werften verfügte das Land über eine sogenannte Altindustrie, die beim damaligen Stand des Globalisierungsprozesses in Europa ohne massive staatliche Subventionen nur geringe Chancen besaß. Der Ausbau der Seeschifffahrt hatte in der DDR erst im Jahre 1951 begonnen.¹⁹ Mit dem Aufbau einer eigenen Handels- und später Fischereiflotte wollte man die Abhängigkeit von Westdeutschland verringern, diese Aufgabe stellte sich mit neuer Dringlichkeit nach dem Bau der Mauer. Nun entstand eine Werftenindustrie, die vor allem in Stralsund und Wismar eng mit der Sowjetunion kooperierte bzw. Schiffe dorthin lieferte. International waren die Werften bereits Ende der 1980er-Jahre veraltet, sie besitzen aber bis in die Gegenwart eine hohe symbolische Bedeutung. Schon 1989 setzte ein Personalabbau ein. »In den Werften des Landes waren am 1.1.1991 noch 29 879 Personen beschäftigt und am 31.12.1993 noch 11 724«, schreibt der erste Mi-

¹⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin (PA AA), PA 95424126, Bd. 16 und 17, 15.03.1989.

¹⁷ PA AA, ZR 10296, Botschaft Stockholm.

¹⁸ Mare Balticum. Stimmen zur politischen Veränderung in Europa, Lübeck 1990.

¹⁹ Bernd Spindler: Die Seeschifffahrt der DDR, in: Helge bei der Wieden (Hrsg.): Schiffe und Seeschifffahrt in der südlichen Ostsee, Köln/Wien 1986, S. 265–293, hier S. 265 f. Der Aufsatz enthält Zahlen bis 1980.

nisterpräsident Alfred Gomolka.²⁰ Die Privatisierung der Werften führte zu einer Regierungskrise in dem neuen Bundesland, die 1992 zu seinem Rücktritt beitrug. Die mit der Treuhand gefundene und nahezu zeitgleich mit Gomolkas Rücktritt im Landtag verabschiedete Lösung blieb kontrovers. 1992 wurden von der Treuhandanstalt die Wismarer Meerestechnik Werft, die Volkswerft Stralsund und das Dieselmotorenwerk Rostock an die Bremer Vulkan AG und die Peene Werft an die Hegemanngruppe verkauft. Die ebenfalls zum Bremer Vulkan gehörende Neptun Werft in Rostock wurde 1997 von der Meyer-Neptun-Gruppe übernommen. Die Warnowwerft ging 1992 an den norwegischen Kvaerner Konzern. Ab 2002 folgten ein russischer Finanzinvestor und ein malaysisch-chinesisches Unternehmen, bis 2022 der Bund das Marinearsenal übernahm.

Das Wirtschaftsministerium in Schwerin veranlasste eine im Frühjahr 1994 abgeschlossene »Strukturanalyse der Wirtschaft des Bundeslandes im Prozeß der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung«, um den Strukturwandel und seine Aussichten zu analysieren. Nach einer Anpassungskrise und Prozessen des Niedergangs wurden Wachstumstendenzen ausgemacht.²¹ 1996 folgte eine Studie zu Asien als Wirtschaftspartner bei der Suche nach neuen Märkten.²² Berlin als Zukunftsmarkt für Mecklenburg-Vorpommern²³ war Thema einer weiteren Publikation, da nach dem Verlust von einer halben Million Arbeitsplätze (von 1,2 Millionen im Jahre 1989) neue Märkte gesucht wurden. Es folgten Untersuchungen zu Polen, immerhin zählt Stettin zu den leistungstärksten Regionen des Nachbarlandes.²⁴ Positive Aussichten wurden den Baltischen Staaten ab 2000 attestiert.²⁵

Zwölf Prozent der DDR waren militärische Sperrgebiete, allein im Bezirk Rostock gab es 700.²⁶ Eine Reihe davon, z. B. Heiligendamm und Wustrow, wurden von der Treuhand international ausgeschrieben: Das Programm *Catch your island* war indessen zunächst wenig erfolgreich. 1998 kaufte Anno August Jagdfeld wohl auf Aufforderung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl für zwölf Millionen DM

²⁰ Alfred Gomolka: Zwischen Zaudern und Zuversicht 1989–1995, in: Johannes Erichsen (Hrsg.): 1000 Jahre Mecklenburg. Geschichte und Kunst einer europäischen Region. Landesausstellung Mecklenburg-Vorpommern 1995, Rostock 1995, S. 97.

²¹ Jost Bandelin/Gerald Braun (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Prozess der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung. Eine empirische Bestandsaufnahme, Marburg 1994.

²² Jost Bandelin u. a.: Wirtschaftspartner Asien. Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten, Rostock 1996.

²³ Jost Bandelin (Hrsg.): Berlin als Zukunftsmarkt für Mecklenburg-Vorpommern (= Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung, Heft 5), Rostock 1996, S. 19.

²⁴ Jost Bandelin/Elise Hosa (Hrsg.): Polen. Nachbar und Wirtschaftspartner Mecklenburg-Vorpommerns (= Studie im Auftrag der NODR/LB), Rostock 1998.

²⁵ Jost Bandelin u. a.: Die Baltischen Staaten. Wirtschaftspartner Mecklenburg-Vorpommerns, Rostock 1999, S. 6.

²⁶ Wem gehört der Osten? Die Ostsee. Dokumentation (MDR Investigativ 2017) URL: <https://www.youtube.com/watch?v=TP5hzOD4BUI> (14.1.2022).

Wustrow und für 18 Millionen Heiligendamm, veräußerte 2003 aber wieder einen Teil des Seebades.

Unter Sozialwissenschaftlern kam es zu einer anhaltenden Debatte über Transformation, aber die Zahl der regionalen Analysen hielt sich in Grenzen. Im lokalen Kontext blieben einzelne Disziplinen weitgehend bei ihren Begrifflichkeiten ohne neuere Ansätze zu rezipieren.²⁷ Nur in wenigen Fällen kam es zu interdisziplinären Publikationen.²⁸ Es liegen also mehr allgemeine Studien zur Transformation vor als zu ihrer Umsetzung auf der regionalen Ebene.

Die Privatisierung der Deutschen Seerederei Rostock (DSR) in den 1990er-Jahren deutet daraufhin, dass international ausgerichtete Unternehmen aus der DDR im Transformationsprozess besser bestehen konnten, da entsprechende Erfahrungen vorlagen. Schließlich importierte die DSR von 1958 bis 1988 insgesamt 43 Schiffe, von denen 18 aus den Niederlanden stammten.²⁹ Ende 1989 besaß die DSR noch 161 Schiffe sowie das Kreuzfahrtschiff ARKONA und zwei Eisenbahnfähren in Mukran.³⁰ Hinzu kamen Erfahrungen mit dem internationalen Tourismus, so hatte der Staatskonzern schon vor dem Fall der Mauer das Schiff an bundesdeutsche Urlauber zu Valuta-Preisen verchartert.

Der Rostocker Hafen erlebte mit der Transformation zunächst Einbußen beim Umsatz, im Jahr 2022 erreichte er dann mit fast 29 Millionen Tonnen Fracht das beste Ergebnis seiner 63-jährigen Seehafen-Geschichte. Pro Tag laufen gegenwärtig fast 21 Schiffe den Hafen an, wobei die Fähren nach Skandinavien den Großteil ausmachen.³¹ Der größte Teil betrifft Getreidetransporte, es folgen sogenannte Flüssiggüter. Rostock entwickelt sich mehr und mehr zu einem Eisenbahn-Hafen, darunter fielen 2021 auch 12.000 Container aus China, die zumeist mit dem Zug nach Russland gelangten und anschließend nach Rostock eingeschifft wurden. Auch

²⁷ Aus der Sicht der Volkskunde z. B. Wolfgang Steusloff: Maritim-kulturelle Veränderungen in den Seebädern und ehemaligen Seefahrer- und Fischerdörfern Mecklenburg-Vorpommerns seit 1990, in: Deutsches Schiffsarchiv, (2013/2014), Bd. 36/37, S. 163–202. – Ders.: Maritimer Kulturwandel in Mecklenburg-Vorpommern. Veränderungen an Seestrand, Haff und Bodden seit 1990, Schwerin 2021.

²⁸ So in dem Band Nikolaus Werz/Jochen Schmidt (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick, München 1998, an dem u. a. Agrarwissenschaftler, Mathematiker, Soziologen, Theologen und Politiker beteiligt waren.

²⁹ Peter Treu: Weltreisender für die Handelsflotte. Auslandsgeschäfte im Auftrag der DDR-Staatsrederei, Rostock 2013, S. 10. – Allgemein dazu: Franziska Cammin: Die Deutsche Seerederei als Staatsrederei der DDR – Die Handelsflotte zwischen staatlicher Kontrolle und Freiheit auf See, Diss. Rostock 2013.

³⁰ Hans-Hermann Diestel: Die DSR in Kalten Krieg, Rostock 2017, S. 4.

³¹ URL: <https://www.rostock-heute.de/rostock-port-seehafen-bilanz-2022/119693> (26.7.2023). 5 733 von 7 551 Anläufen kamen aus Skandinavien. – Seehafen: Geschäft mit Waren aus China boomt, in: Ostseezeitung vom 15./16.1.2022.

Tesla sowie Autohersteller aus der Slowakei und Sachsen möchten in Zukunft verstärkt Fahrzeuge über die Hansestadt verschiffen.

Warnemünde wurde auf dem nordamerikanischen Markt als *Berlin Harbour* oder *Port of Berlin* bezeichnet und dient ausländischen Kreuzfahrtgesellschaften als Reisewechsel-Hafen. Touristen werden u. a. von italienischen oder spanischen Anbietern zum Flughafen Rostock-Laage befördert und von dort in etwa 30 Minuten zum Schiff gefahren. Bei den Schiffsanläufen lag Warnemünde 2016 mit 190 Anläufen knapp hinter Hamburg mit 196 und deutlich vor Kiel (133) und Bremerhaven (81).³²

Einzelne Unternehmerpersönlichkeiten aus dem Westen wurden im Nordosten aktiv. Horst Rahe (*1939) erwarb 1993 mit seinem damaligen Kompagnon Nikolaus H. Schües (*1936) die DSR und entwickelte ab 1996 dort das erfolgreiche Clubschiff AIDA. Ein innovatives Konzept verband den Clubgedanken nach französischem Vorbild mit der amerikanischen Kreuzfahrphilosophie.³³ Daraus sollte sich der größte deutsche Kreuzfahrtanbieter entwickeln. Hinter den Universitäten war AIDA bis 2020 der größte Arbeitgeber, musste diese Position aber vorübergehend an den Windenergiehersteller Nordex abgeben. Rahe trat ebenfalls als Mäzen und Mitbegründer der Musikfestspiele Mecklenburg-Vorpommerns und der Rostocker Hochschule für Musik und Theater (HMT) in Erscheinung. Bei seinen Auftritten betonte er die Bedeutung der Ostsee. Nach 1990 sei die Region vom Rand quasi in die Mitte Europas gerückt. Insofern gehören Unternehmer und Investoren zu denjenigen, die in den 1990er-Jahren mit Verve ein optimistisches Zukunftsbild entwarfen.³⁴ 1999 wurde die Arkona Touristik zunächst an das größte britische Kreuzfahrtunternehmen P&O verkauft und 2003 schließlich Teil der Carnival-Gruppe.

Einzelne wichtige Personen bei Vernetzungen und Neugründungen stammten aus dem Land. Ein Beispiel ist Horst Klinkmann, der 1935 in Teterow geboren wurde. Neben seiner Tätigkeit als Professor und Direktor der Klinik für Innere Medizin der Universität Rostock hat er seit den 1960er-Jahren internationale Kontakte und Kooperationen aufgebaut.³⁵ 1992 kam es zu kontroversen Diskussionen, nachdem die Ehrenkommission der Universität seine Entlassung wegen politischer Aktivi-

³² Alexander Holst/Antje Wolf: Kreuzfahrthäfen im Wettbewerb, Berlin/Boston 2018, S. 84 f.

³³ Wolfgang Meyer-Hentrich: Unternehmen Kreuzfahrt. Gefahr für Natur und Mensch, Bonn 2019, S. 40 f.

³⁴ Zu den Veränderungen der 1990er-Jahre vgl. das Forschungsmagazin der Universität Rostock *Traditio et Innovatio*, 6. Jg. (2001), H. 2 mit dem Obertitel »Die Ostsee. Brücke im Norden Europas«.

³⁵ Kolloquium »Kooperieren, Vernetzen, Umsetzen« am 14. Juli 2015 in Rostock-Warnemünde, Schirmherrschaft Erwin SELLERING, Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin zu Ehren von Horst Klinkmann aus Anlass seines 80. Geburtstages, gleichnamiger Kolloquiumsband, hrsg. von Herbert Wöltge), siehe URL: https://leibnizsozietat.de/wp-content/uploads/2016/08/Bd_127.pdf (27.4.2026).

täten in der DDR empfahl. Klinkmann verfügt über ein breites Netzwerk, spricht Plattdeutsch und besitzt ausgezeichnete Kontakte zu den jeweiligen Landesregierungen. Er wurde u.a. Präsident von BioCon Valley MV e. V. und knüpfte dabei und bei weiteren Mitgliedschaften an alte Beziehungen im Ostseeraum an. Andere kehrten erst nach dem Ende der DDR zurück: Nachdem ihr Familienunternehmen 1953 zwangsverstaatlicht worden war, wanderte die Familie Kunz bis auf die Großmutter von Marlow nach Schweden aus. 1992 kehrte der Sohn Friedemann Kunz zurück, kaufte das Unternehmen von der Treuhand und gründete das Scanhaus Marlow. Aus Schweden übernahm er die Fertighausbauweise aus Holz, mittlerweile beschäftigt er deutschlandweit 850 Mitarbeiter.³⁶

Von Vorteil erwiesen sich die zu DDR-Zeiten geschlossenen Städtepartnerschaften. 1987 hatten Bremen und Rostock eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die zu einem Erfahrungsaustausch auf den Gebieten Stadtentwicklung, Architektur und Denkmalpflege, Umweltschutz, Kommunalwirtschaft, Sozial- und Gesundheitswesen führen sollte. Ein Kooperationsprogramm zur Wiedervereinigung sah für 1990 die Verteilung einer Finanzhilfe in Höhe von fünf Millionen DM besonders im Abwasserbereich, bei der Entsorgung, im Bauwesen, bei Dienstleistung und Handel, im Gesundheitswesen et cetera vor. Dieses Programm wurde in den nachfolgenden Jahren fortgesetzt, und es wurden insgesamt über acht Millionen DM als finanzielle Hilfe geleistet.³⁷ Nach dem Fall der Mauer entwickelte die Städtepartnerschaft »eine Dynamik, die alle Erwartungen in den Schatten stellte«. ³⁸ Dazu gehörten Sachmittel und ein gewisser Personaltransfer. Rostocker Richterinnen und Richter sowie weitere Praktiker hospitierten wiederum in Bremen. Auch der spätere Oberbürgermeister Arno Pöker (1995–2004) war vorher im Rahmen der Städtepartnerschaft aktiv.

Die Besonderheiten der Transformation und der Wiedervereinigung zeigten sich u. a. im kulturellen Bereich. Mehrere später berühmt gewordene Schriftsteller aus Mecklenburg und Vorpommern flohen in die Bundesrepublik bzw. ins westliche Ausland. Nach 1990 kehrten sie, sofern sie noch am Leben waren, nur vorübergehend in ihre Heimat zurück, allerdings wurden Literaturhäuser geschaffen: Für Hans Fallada (1893–1947) besteht ein Museum mit Archiv in Carwitz, für Gerhart Hauptmann (1862–1946) ein solches in seinem Haus auf Hiddensee, für Uwe Johnson (1934–1984) ein Literaturhaus in Klütz, für Walter Kempowski (1929–2007) ein Archiv mit Ausstellung in Rostock, für Wolfgang Koeppen (1906–1996) eine

³⁶ Ole Kaiser: »Nur die Starken werden das überleben«, in: FAZ vom 24.7.2023, S. 21.

³⁷ URL: <https://www.rathaus.bremen.de/bremen-rostock-7645> (19.5.2022). – URL: <https://www.boell-mv.de/sites/default/files/stadtepartnerschaft.pdf>.

³⁸ Lothar Probst/Johannes Saalfeld (Hrsg.): Die Städtepartnerschaft Bremen-Rostock. Entstehung, Geschichte und Bilanz, Bremen/Rostock 2010, S. 39. Die Publikation enthält den Rahmenvertrag und weitere Dokumente, URL: <https://www.boell-mv.de/sites/default/files/stadtepartnerschaft.pdf> (19.5.2022).

Stiftung in Greifswald und für Hans Werner Richter (1908–1993) ein Museum mit Bibliothek im Seebad Bansin. Kempowski und Koeppen erhielten noch zu Lebzeiten nach 1990 die Ehrendoktorwürde und die Ehrenbürgerschaft in ihrer Heimatstadt. Die Einrichtung dieser Literaturorte war unter anderem als eine Art Wiedergutmachung an die genannten Autoren gedacht, deren Werke avantgardistische Züge besaßen und die als Erneuerer der Literatur gelten. Sie spielen eine Rolle bei der Förderung einer demokratischen Kultur und dienen als Anlaufpunkte für bildungshungrige Touristen. Einzelne Schriftsteller wurden in Mecklenburg-Vorpommern bestattet. Insofern, und was die Zahl der ab 1990 errichteten Literaturhäuser anbelangt, kann von einer Rückkehr der toten Dichter gesprochen werden.

Bei der Malerei wurde auf die gesamtdeutschen und internationalen Bezüge hingewiesen, so zeigte die Ausstellung »Sommergäste« 2011 in Schwerin einen repräsentativen Überblick über die in der Küstenregion entstandenen Werke der Klassischen Moderne.³⁹ Das Staatliche Museum Schwerin verfügt aus historischen Gründen und aufgrund neuer Zuwendungen über eine der umfangreichsten Sammlungen zur holländischen Malerei in Europa. Das Pommersche Landesmuseum in Greifswald wurde zwischen 1998 und 2005 in einem klassizistischen Bau eingerichtet, es besteht zu einem Teil aus den historischen Beständen des Städtischen Museums für Kunst in Stettin. Geschichte, Kunst und Kultur der ehemaligen Provinz Pommern sollen dargestellt, gleichzeitig die Verständigung und Versöhnung mit der Republik Polen gefördert werden. Der 250. Geburtstag des Malers Caspar David Friedrich wurde im Jubiläumsjahr 2024 mit Ausstellungen in seiner Geburtsstadt Greifswald begangen. Der Bereich der Künste kann hier nur kurz behandelt werden, aber viele Initiativen seit 1990 zielten auf internationale Vernetzung. Die französische Kunsthistorikerin Annie Bardon leitete von 1991 bis 1999 die Rostocker Kunsthalle. Es begann eine wissenschaftliche Beschäftigung mit historischer Auswanderung und Migration, wobei der Schwerpunkt bislang auf dem 19. beziehungsweise frühen 20. Jahrhundert liegt.⁴⁰

Beim Kulturtourismus knüpft man an die Zeit vor der DDR an. Hier wäre das *Baltic Manors Projekt* zu erwähnen, das historische Guts- und Herrenhäuser in Anrainerstaaten präsentiert und zu Kulturfestivals einlädt. Oder das neu gegründete Herrenhauszentrum des Ostseeraums an der Universität Greifswald.⁴¹

³⁹ Kornelia Röder/Antonia Napp: Sommergäste von Arp bis Werefkin. Klassische Moderne in Mecklenburg und Pommern, München 2011.

⁴⁰ Matthias Manke (Hrsg.): Kapitäne, Konsuln, Kolonisten. Beziehungen zwischen Mecklenburg und Übersee, Lübeck 2015. – Nikolaus Werz/Reinhard Nuthmann (Hrsg.): Abwanderung und Migration in Mecklenburg und Vorpommern, Wiesbaden 2004.

⁴¹ URL: <https://www.baltic-manors.eu/de/>. – URL: www.uni-greifswald.de/forschung/nachrichten-aus-der-forschung/detail/n/herrenhauszentrum-greifswald-erforscht-kunstgeschichte-und-geschichte-der-guts-und-herrenhaeuser-im-ostseeraum-88157/ (8.8.2023).

Zur Wahrnehmung und Bedeutung des Ostseeraums

Im Bundesland wird darauf hingewiesen, dass Mecklenburg-Vorpommern die längste Ostseeküste in Deutschland habe. Tatsächlich beträgt deren Gesamtlänge 1470 Kilometer, davon sind aber nur 370 Kilometer direkt zur Ostsee gekehrte Außenküste. Allerdings resultiert daraus noch keine Vorbildrolle. In Artikel 11 der Landesverfassung ist sowohl die europäische Integration als auch die Zusammenarbeit in der Ostseeregion als Staatszielbestimmung enthalten. Der Regierungschef beziehungsweise die Regierungschefin unternimmt in der Regel alle sieben Monate eine Auslandsreise im Ostseeraum.⁴² Der Landtag ist seinerseits in zwei multilateralen Gremien aktiv, der Ostseeparlamentarierkonferenz (*The Baltic Sea Parliamentary Conference* BSPC, seit 1991) und dem Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO, seit 2004). Die Sichtbarkeit in diesen Gremien hängt nicht zuletzt von den handelnden Personen ab. Sylvia Bretschneider (SPD) bis zu ihrem Tod 2019, Renate Holznagel (CDU) bis zum Ausscheiden aus dem Landtag 2011 und Dietmar Bartsch (Linke) als Bundestagsabgeordneter haben sich hier engagiert. Bei den nachrückenden Politikern ist eine Spezialisierung auf den Ostseeraum noch nicht so klar auszumachen.

Auch im wissenschaftlichen Bereich war es ein Thema. Als in den 1990er-Jahren über Schwerpunktsetzungen an der Universität Rostock diskutiert wurde, kam der Gedanke einer intensiveren Beschäftigung mit dem Ostseeraum auf. Greifswald hatte dabei die besseren Karten, denn die Landesregierung sah einen solchen Schwerpunkt eher im strukturschwachen Vorpommern, wo mit Blick auf die Region wissenschaftliche Kontakte vorhanden waren. Dies lag zum einen an dem schon in den 1920er-Jahren gegründeten Institut für Nordistik, das sich nach 1990 besonders mit sprachlichen und landeskundlichen Aspekten beschäftigte, während es zu DDR-Zeiten eine politische Ausrichtung besaß, zum anderen an der finanziellen Förderung der Universität durch die Krupp-Stiftung, deren Vorsitzender Berthold Beitz (1913–2013) aus Pommern kam und schon zu DDR-Zeiten Greifswald unterstützt hatte. Im Jahr 2000 gründeten das Land Mecklenburg-Vorpommern und die dortige Universität die Stiftung Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald. Dort sollte ursprünglich 2002 ein auf den Ostseeraum bezogenes Zentrum entstehen, der aus Berlin berufene Direktor und Skandinavien-Experte legte allerdings nach einem Jahr das Amt nieder. Als Grund wurde die mangelnde Einhaltung der angekündigten finanziellen Leistungen durch das Land kolportiert. Gleichwohl hat das Alfried Krupp Kolleg über die Jahre mit seinen regelmäßigen Veranstaltungen und seinen logistischen und finanziellen Mitteln Forschungen unter anderem zum Ostseeraum

⁴² Martin Koschkar: Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 317.

gefördert. Mittlerweile besteht an der Universität Greifswald das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO).⁴³

Entsprechende Versuche in Rostock, unter anderem an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (WSF), standen unter einem weniger günstigen Vorzeichen. Derzeit wird ein Bachelor Tourismusmanagement von anderen Bildungsträgern angeboten. Eine Nachfrage dürfte vorhanden sein, wenn wir an den Aufschwung der Kreuzfahrtschiffahrt sowie insgesamt des Tourismus denken. Im Rahmen der 2007 gegründeten Interdisziplinären Fakultät besteht eine Profillinie Maritime Systeme, die Schwerpunkte liegen im Bereich Biogeochemie, anthropogene Einflüsse sowie Technik und Robotik. Eine auch nur annähernd vergleichbare Stellenausstattung fehlt in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Der an der Hochschule Stralsund angebotene Bachelorstudiengang *International Management Studies in the Baltic Sea Region* zeichnet sich durch seine Orientierung an der Praxis aus.

Die Stärken Rostocks liegen im naturwissenschaftlichen Bereich, etwa im Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW). Das Institut beschäftigt 264 Personen und verfügt unter anderem über das Forschungsschiff »Elisabeth Mann Borgese«. In maritimen Fragen besteht ein enger Austausch mit den Nachbarländern, der sogar in Zeiten des Kalten Krieges stattfand. Das Fraunhofer Institut für Großstrukturen und Produktionstechnik (IGP) mit seiner Nähe zu Ingenieurkapazitäten in den Werften aber auch privat geführte Ingenieurbüros führten zu wegweisenden Entwicklungen in der Schiffbauindustrie.

Im Verlauf der 1990er-Jahre avancierte der Ostseeraum zur Modellregion. »Baltisierung statt Balkanisierung« hieß es mit Blick auf den weitestgehend friedlich verlaufenen Übergang zu Demokratie und Formen der Marktwirtschaft – im Unterschied zur konfliktreichen »Balkanisierung« in Ex-Jugoslawien. Die Außenpolitik gegenüber den Baltischen Republiken war unter Helmut Kohl wohl mit Rücksicht auf Russland zurückhaltend. Erst Kanzler Gerhard Schröder reiste 2000 in die drei Länder.⁴⁴ Für die Transformationsstaaten Estland, Lettland, Litauen und Polen schien die Rückkehr nach Europa zu gelten, bemerkenswerterweise bezeichnet man die Ostsee in einigen der dortigen Staaten als Westmeer. Über die Nord- und Osterweiterung der EU entwickelte sich die Ostsee zu einem »Europäischen Binnenmeer«. Die EU-Strategie für den Ostseeraum ab 2009 verstand sich als »Pionier-Strategie« für konstruierbare Makroregionen.⁴⁵ Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gelten als Beispiele für »subnationale Außenbeziehungen«, die

⁴³ URL: <https://ifzo.uni-greifswald.de/> (29.7.2023).

⁴⁴ Kristina Spohr Readman: *Germany and the Baltic problem after the cold war. The development of a new Ostpolitik 1989–2000*, London 2004, S. 194.

⁴⁵ Ausführlich dazu: Martin Koschkar: *Subnationale Außenbeziehungen. Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein im Ostseeraum*, Wiesbaden 2018, S. 193 (künftig zitiert:

»Kapazitäten der nationalen Ebene ergänzen, die Umsetzung von Initiativen der europäischen Ebene fördern und die regionale Zusammenarbeit in Großregionen wie dem Ostseeraum stärken können.« Insofern handelt es sich zunächst einmal nicht um eine illegitime »Nebenaußenpolitik«,⁴⁶ denn die Außenpolitik obliegt der Bundesebene.

Mit Blick auf die Erfolge der nordischen und skandinavischen Länder, bzw. innovative Ansätze in den Baltischen Staaten, war von einem »Laboratorium der Moderne« die Rede. Die Leistungen in der Gesamtregion sind auch beachtlich: Beim *Global Innovation Index 2022* schneiden Länder aus dem Ostseeraum sehr gut ab: Schweden steht auf Platz drei, die Bundesrepublik insgesamt auf acht, Finnland auf neun, Dänemark auf zehn, Estland 18, Lettland 38, Litauen 39 und Polen 40.

Im innenpolitischen Diskurs von Mecklenburg-Vorpommern war man allerdings vorsichtiger, denn der Transformationsprozess der 1990er-Jahre war zunächst durch Abwanderung und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Bei den wirtschaftlichen Optionen des Bundeslandes ist eine realistische Sicht auch empfehlenswert. Denn bei den Ausfuhren lag Mecklenburg-Vorpommern 2021 im Ländervergleich der Bundesrepublik mit einem Anteil von insgesamt 0,7 an letzter Stelle hinter dem Saarland (1,1). Trotz der Corona-Pandemie konnten die Exporte der Unternehmen 2021 im Vergleich zum Vorjahr um fast eine Milliarde Euro auf 9,57 Milliarden Euro zulegen. 2021 gingen etwas mehr als die Hälfte der Exporte in EU-Länder (52 Prozent). Die wichtigsten Ausfuhrländer waren in der Rangfolge: Niederlande, Vereinigtes Königreich, Schweden, Dänemark, Polen, Frankreich usw. Bei den Einfuhrländern sah die Reihenfolge folgendermaßen aus: Polen, Volksrepublik China, Dänemark, Niederlande, Finnland, Frankreich und so weiter. Rund 30 Prozent des Außenhandels von Mecklenburg-Vorpommern wird mit den Ostseeanrainern abgewickelt. Die Russische Föderation lag an achter Stelle.⁴⁷ Die Bedeutung der Niederlande als Handelspartner könnte darauf zurückgehen, dass sich in den 1990er-Jahren holländische Landwirte im Nordosten niederließen. Aber auch der Schiffbau war und ist mit den Niederlanden verbunden. Nicht nur Schiffe aus den Werften, sondern Ingenieurleistungen für niederländische Reedereien kommen aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die Landesregierung legt regelmäßig einen Bericht zur Zusammenarbeit in der Ostseeregion vor. Dort heißt es 2018: »Der Außenhandel hat sich in Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Der Gesamtwert stieg von 2012 bis 2017 um rund 25 Prozent.«⁴⁸ Die EU-Ostseestrategie wurde 2009 als erste

Koschkar, Subnationale Außenbeziehungen). Der Untersuchungszeitraum reicht von 1990 bis 2011/12, d. h. Nord Stream 2 kommt nicht vor.

⁴⁶ So im Klappentext, ebd.

⁴⁷ Statistisches Taschenbuch 2022 Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2022, S. 163.

⁴⁸ URL: <https://www.europa-mv.de/serviceassistent/download?id=1608320> (25.5.2022).

makroregionale Strategie durch den Europäischen Rat beschlossen mit dem Ziel, die Ostsee zu schützen, die Region besser zu verbinden und das wirtschaftliche Wachstum zu fördern.⁴⁹ 2021 erschien eine »Übersicht zum überarbeiteten Aktionsplan der EU-Ostseestrategie 2021« als Handreichung in deutscher Sprache.

Für einen Vergleich drängt sich Schleswig-Holstein auf. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass Björn Engholm, 1981 bis 1982 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, zwischen 1988 bis 1993 Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, schon vor 1989 die Idee einer »neuen Hanse« propagierte. Sowohl bei den Historikern als auch bei den Meeresbiologen besitzen die Kieler einen Vorsprung. Die Ostseeberichte an den Landtag sind professionell gemacht und aktuell. In »Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2019/2020 (Ostseebericht 2020)« wird etwa festgehalten, dass die Lage in der Region nach der russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 nicht frei von Spannungen sei, weshalb es in der multilateralen intergouvernementalen Ostseezusammenarbeit deutliche Rückschritte gegeben habe.⁵⁰ Im April 2022 erschien der Bericht zu »Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2021/2022«, der Akzente auf blaue Wirtschaft und Klimainnovationen legt. Eine Zusammenarbeit findet bei der Digitalisierung zwischen Kopenhagen und Lübeck sowie insgesamt mit Estland statt. Schleswig-Holstein plant die Einrichtung einer Nationalen Kontaktstelle für den Ostseeraum in Kiel, bei den Auslandsbüros kooperiert das Land mit Hamburg.⁵¹

Zum Wandel des Diskurses über den Ostseeraum

Das Verhältnis zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein lässt sich als eines von Kooperation und Konkurrenz bezeichnen. Dies beginnt mit dem jeweiligen Landes-Logo. »Willkommen im Land zum Leben. MV tut gut«. Schleswig-Holstein kontert mit »Der echte Norden«, denn das Bundesland grenzt sowohl an Nord- als auch an Ostsee. Aufgabe Schleswig-Holstein sei es, bekundete der ehemalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (*1947) selbstbewusst und ironisch, die beiden Meere zusammenzuhalten. Beim Aus- und Weiterbau der Küstenautobahn A 20 gab und gibt man sich indessen betont gelassen. Bei der Mittel- und

⁴⁹ URL: <https://www.europa-mv.de/serviceassistent/download?id=1632979> (12.6.2022).

⁵⁰ URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/II/Service/GesetzeLandtag/Landtagsberichte/Berichte_PDF/Ostseebericht_2020.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (25.5.2022). Der Ostseebericht fällt deutlich politischer aus als der von MV.

⁵¹ Im März 2022 erschien der Bericht der Landesregierung »Schleswig-Holstein in Europa – Europapolitische Schwerpunkte«, der von S. 39–45 Ausführungen zur Ostseekooperation enthält. URL: <https://www.landtag.ltsh.de/infotek/wahl19/drucks/03600/drucksache-19-03680.pdf> (1.6.2022).

Projektvergabe von Forschungsmitteln haben Kieler Wissenschaftler komparative Vorteile, die ein neues Bundesland nur schwer aufholen kann. Zu den großen Gewinnern der deutschen Einheit gehören also nicht unbedingt die unmittelbaren Grenzanlieger, sondern Schleswig-Holstein und die Hansestadt Hamburg und zwar unter anderem durch die Fehmarnbeltquerung zwischen Puttgarden auf der Insel Fehmarn in Deutschland mit Rødby auf der Insel Lolland in Dänemark, die nach jetziger Planung 2029 fertig sein soll. Von Hamburg nach Kopenhagen wird die Bahnfahrt künftig unter drei Stunden liegen. Für Mecklenburg-Vorpommern würde dies bedeuten, dass die Verkehre in Zukunft von der Verbindungslinie Gedser – Rostock weggeleitet und stattdessen auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik erfolgen beziehungsweise dann im Rahmen der sogenannten Blauen Banane weitergeführt werden, das heißt in einem bandförmigen Großraum zwischen der Irischen See und dem Mittelmeer, der unter anderem entlang des Rheins verläuft.⁵²

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Im Bindestrich-Land Mecklenburg-Vorpommern lassen sich zumindest beim Wahlverhalten unterschiedliche politische Kulturen ausmachen, das heißt in Mecklenburg überwiegen die Sozialdemokraten und in Vorpommern die Konservativen, beziehungsweise die Rechtspopulisten. Neben den beiden Landesteilen tritt als Akteur noch die Metropolregion Hamburg auf.⁵³ Bei den Bürgern von Mecklenburg-Vorpommern scheint eine nord(öst)liche Identität vorzuherrschen. Das Bundesland hat sich dem NDR-Rundfunk angeschlossen und nicht, wie von vielen Politikern gewünscht, dem mitteldeutschen MDR. Es bleibt unklar, woraus eine Ostseeeidentität neben einem Bauchgefühl, Ferienerinnerungen und am Strand gefundenen Hühnergöttern bestehen könnte. Die interessantesten Museen zur Geschichte der Ostsee liegen in Lübeck (Hanse), Stockholm oder Kopenhagen. Beim Ozeaneum (Stralsund) stehen die Meerestiere und die Natur im Vordergrund. In Rostock erscheint zwar eine »Ostsee-Zeitung« (OZ) mit verschiedenen Lokalausgaben für die Küste, eine eigene Seite über die Region wurde allerdings aufgegeben. Beim teilweise neu gestalteten Schifffahrtsmuseum auf dem Traditionsschiff in Rostock steht die technische Entwicklung des Schiffbaus und die der Handelsmarine der DDR im Vordergrund.⁵⁴

⁵² Über diese Thematik wurde bereits diskutiert beim Abschluss der Studie von Nikolaus Werz u. a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Rostock. URL: 2005, https://www.ipv.uni-rostock.de/storages/uni-rostock/Alle_WSF/IPV/Forschung/Graue_Reihe/grauereihe24.pdf.

⁵³ Bei den Themen auf der website der Ministerpräsidentin folgt auf Internationale Beziehungen direkt die Metropolregion Hamburg. »Die Metropolregion Hamburg hat sich neu aufgestellt. Seit dem 1. März 2017 gehört der komplette Landkreis Ludwigslust-Parchim ebenso zu ihr wie die Landeshauptstadt Schwerin,« heißt es auf den Seiten der Landesregierung.

⁵⁴ Sammlungskonzept Schifffahrtsmuseum Rostock von 2021.

Die für Mecklenburg-Vorpommern angenommene Tradition des Verzögerungseffekts, die auf einen nicht nachgewiesenen Satz von Bismarck zurückgehen soll, der da lautet, wer aber ein Erdbeben überleben wolle, der solle nach Mecklenburg gehen, dort komme alles 50 Jahre später an, hat für die Zeit nach 1989 nur begrenzte Gültigkeit. Bei der Erarbeitung der Verfassung, der Durchführung von Wahlen und den institutionellen Veränderungen galt die Devise »Arm aber schnell«, so der ehemalige Ministerpräsident Gomolka.⁵⁵ Allerdings führte die Transformation nicht automatisch zu einem Mentalitätswandel. Zumindest bei den im Bundesland verbleibenden Menschen kam es Mitte der 1990er-Jahre und erneut im Zuge der Flüchtlings- und Migrationskrise 2015 und ihren Nachwirkungen zu ostalgotischen Reaktionen sowie einem Anstieg von Wählerstimmen für rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien. Bei der Landtagswahl am 26. September 2021 erreichte die SPD 39,6 Prozent, die AfD lag mit 16,7 vor der CDU mit 13,3 Prozent. Bei der Wahl zum EU-Parlament im Juni 2024 wurde die AfD in Mecklenburg-Vorpommern zur stärksten Kraft, auch bei den Kommunalwahlen lag die AfD knapp vor der CDU.

Bislang besaßen das Bundesland und seine maritime Industrie in Berlin stets eine gewisse Unterstützung. Dass Angela Merkel ihren Wahlkreis in Vorpommern hatte und dass der mehrfache Minister Thomas de Maizière einmal Chef der Staatskanzlei in Schwerin war, mag hilfreich gewesen sein, aber auch die Tatsache, dass Altbundespräsident Joachim Gauck aus Rostock stammt und sich auf dem Darß zuhause fühlt. Nicht weniger wichtig dürfte der Einfluss von Eckhardt Rehberg als Haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion (2015–2021) im Deutschen Bundestag gewesen sein. Das Land besaß bis Anfang 2023 mit Claudia Müller (Bündnis 90/Die Grünen), die ihren Wahlkreis in Vorpommern hat, sogar eine Koordinatorin der Bundesregierung für die maritime Wirtschaft und Tourismus im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine Anfang 2022 hat im Bundesland langsam ein Wandel im Diskurs über den Ostseeraum eingesetzt. Die seit 2021 amtierende rot-rote Landesregierung wurde wegen Nord Stream 2 und der Schaffung einer umstrittenen Klimastiftung auf nationaler Ebene kritisiert. Mecklenburg-Vorpommern avancierte dadurch zu einem Thema internationaler Politik. Die circa 1230 Kilometer lange Erdgaspipeline wurde von Gazprom und europäischen Energieunternehmen finanziert und sollte Gas über die Ostsee nach Lubmin transportieren. Der Bau war umstritten, zumal die polnische Seite frühzeitig Bedenken geäußert hatte. Um die Russland-Sanktionen nach der Annexion der Krim 2014 zu umgehen und die Fertigstellung der letzten 160 Kilometer zu gewährleisten, wurde eine »Klimastiftung« gegründet. US-Politiker hatten gedroht, Firmen abzustrafen, die an der Fertigstellung beteiligt waren. Alle Parteien im Landtag plädierten

⁵⁵ Gomolka: Zwischen Zaudern und Zuversicht, S. 94.

damals für die Stiftung, die unter anderem als Auftraggeber gerade für mittelständische Betriebe fungieren sollte, um so die Sanktionen vor allem aus den USA zu umgehen. 20 Millionen Euro erhielt die »Stiftung Klima- und Umweltschutz MV« von Nord Stream 2, das heißt einer Tochtergesellschaft von Gazprom.⁵⁶ Besonders nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine wurden deutsche Politiker und besonders Mecklenburg-Vorpommern dafür kritisiert. Gazprom und deutsche Beamte hätten »eine falsche Klimastiftung erfunden, um die Arbeit zu erledigen«.⁵⁷ In einer Rede im Landtag sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig nach Ausführungen zu Umwelt und Klima über die Stiftung: »Eine Besonderheit ist, dass sie auch einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb bekommen kann, der zeitlich befristet ist und genutzt werden kann, die Fertigstellung der Ostseepipeline 2 zu unterstützen.«⁵⁸ Der frühere Ministerpräsident Erwin Sellering übernahm ehrenamtlich den Vorsitz. Um die Energiewende in Deutschland nach dem Ausstieg aus der Atomenergie 2022 abzusichern, sei der Bau der Ostseepipeline notwendig. Deshalb erwarte die Landesregierung, dass die Bundesregierung Sanktionen und Sanktionsdrohungen entschieden entgegentrete. Der Antrag der Landesregierung erhielt Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie der fraktionslosen Abgeordneten und Enthaltung aus Teilen der Fraktion der AfD. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP, die der »strategischen Partnerschaft« mit Russland kritisch gegenüberstanden, waren zu dem Zeitpunkt nicht im Landtag vertreten. Für den Weiterbau bzw. die Fertigstellung der Pipeline wurden 165 Millionen Euro über die Stiftung abgewickelt.⁵⁹

72 Prozent der Befragten im Bundesland sahen Anfang Juni 2022 jedoch noch keinen Grund, hieraus personelle Konsequenzen zu ziehen. Dabei wurde die Klimastiftung kritischer bewertet als der Bau der Gas-Pipeline selbst. Die Landesregierung in Schwerin hat reagiert, möglicherweise unter dem Eindruck des negativen Echos in der überregionalen Presse auf Nord Stream 2. Anfang Juni 2022 verkündete die Ministerpräsidentin die Einrichtung eines »MV Kooperationsrates demokratischer Ostseeraum«, um ein Konzept vorzulegen. Nach dem Angriffskrieg Putins gelte es, »eine noch engere Zusammenarbeit der demokratischen Staaten im Ostseeraum«

⁵⁶ Julian Staib: Im Dickicht der Klimastiftung, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19.3.2023, S. 2.

⁵⁷ Uwe Reißenweber: US-Zeitung kritisiert Schwesig, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten vom 5.12.2022, S. 1.

⁵⁸ Errichtung der »Stiftung Klima und Umweltschutz MV« in: Plenarprotokoll 7/108 (07.01.2021) Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 108. Sitzung 7. Wahlperiode, S. 31.

⁵⁹ Vgl. dazu das Unterkapitel »Schwesig und die Fake-Stiftung« in Reinhard Bingener/Markus Wehner: Die Moskau Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit, München 2023, S. 247f. – Zur Bedeutung des Themas auf der nationalen Ebene Daniel Brössler: Ein deutscher Kanzler. Olaf Scholz, der Krieg und die Angst, Berlin 2024, S. 83, 90 und 163.

zu erreichen, so Ministerpräsidentin Schwesig.⁶⁰ Seit Mitte 2022 besteht ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Stiftung Klima- und Umweltschutz MV.⁶¹ Mitte Mai 2024 wurde die MV-Ostseestrategie vorgestellt, mit Beteiligung von Rednern aus den Anrainerstaaten und aus Polen, die besonders Sicherheitsfragen ansprachen. Aus der Sicht der Landesregierung sei das Bundesland keine periphere Region in der Bundesrepublik, sondern eine Brücken- oder sogar Zentralregion im Osten. Besonders wurde auf kulturelle Aspekte verwiesen: »Wir sind mehr als Fischbrötchen und Rapsfelder«, hieß es in einem der Schlussworte.

Von der EU-Modellregion zum NATO-Binnenmeer?

In den 1990er-Jahren schienen zumindest bei etlichen Sozialwissenschaftlern die alten politischen und ideologischen Grenzziehungen der Vergangenheit anzugehören, an ihre Stelle traten im 21. Jahrhundert besonders im deutschsprachigen Raum Vorstellungen einer wohltuenden Wirkung von Handel und kulturellem Austausch. Dies wurde gerade für die Ostsee angenommen und beförderte Einschätzungen, wonach dort Kooperation, Umweltschutz und übergreifende Integration im Vordergrund stünden.⁶² Indessen galt dies für viele russische Kollegen nicht, sie nahmen nur an wenigen Veranstaltungen teil und hielten sich bei Diskussionen zurück.

Die Kontakte mit Russland resultierten nicht nur aus traditionellen Beziehungen, sondern auch aus dem Interesse russischer Investoren für die stets insolvenzgefährdeten Werften. Die ehemalige Warnowwerft Warnemünde und die Mathias-Thesen-Werft hießen 2008/09 Wadan Yards und waren von dem Investor Andrei Burlakow gekauft worden, der 2011 in Moskau anscheinend von einem Auftragsmörder erschossen wurde.⁶³ Aufgrund dieser vorübergehenden Präsenz hatte Putin sogar einmal von den russischen Werften in Mecklenburg gesprochen. Russlands Handelsminister soll bei einem Auftritt in Rostock gesagt haben, das Bundesland sei für Moskau ein »Vorposten in Europa«.⁶⁴ Das Interesse beruhte auf Gegenseitigkeit: Beim Ersten Russlandtag in Warnemünde 2014 plädierte Altkanzler Gerhard Schrö-

⁶⁰ Andreas Becker: Schwesigs Ostsee-Strategie: Wirtschaft fühlt sich ausgebootet, in: Nordkurier vom 2.2.2022. – Die Presseerklärung der Ministerpräsidentin mit der Mitgliederliste des MV-Kooperationsrates, URL: https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1648793 (12.6.2022). – Verschiedene Dokumente zur Klimastiftung auf URL: <https://www.spd-fraktion-mv.de/klimastiftung>.

⁶¹ URL: <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/untersuchungsausschuss-klimaschutzstiftung> (31.7.2023).

⁶² Sondernummer »Meere und Ozeane« in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ), Bd. 51–52 (2017).

⁶³ Ostseezeitung vom 19.03.2018.

⁶⁴ Peter Dausend u. a.: Wenn der Gasmann zweimal klingelt, in: Die Zeit vom 10.2.2022, S. 4.

der für eine differenzierte Debatte über Russland und die Ukraine. Er bekannte sich dazu, ein Russland-Versteher zu sein.⁶⁵ Eingeladen hatten das Land MV, die IHK zu Rostock und das in Wismar beheimatete Ostinstitut. Beim Zweiten Russlandtag 2016 hielt Sigmar Gabriel als Bundesminister für Wirtschaft und Energie die Festrede. Im Juni 2021 lud die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern im Land und dem Ostinstitut/Wismar zum Vierten Russlandtag ein. Das 2009 gegründete Ostinstitut, das als organisatorische Kraft hinter dem Russlandtag galt, wurde deshalb später Gegenstand kritischer Nachfragen.

Die Vorstellungen von einem »Europa der Regionen« gehen auseinander. Neben den Anhängern einer subnationalen Außenpolitik gerade mit Blick auf den Ostseeraum⁶⁶ stehen Autoren, die von einer weiterhin bestehenden Dominanz der Staaten bzw. der Regierungen ausgehen.⁶⁷ Manche Journalisten in der Bundesrepublik haben den Europa-Diskurs stark verinnerlicht und verkennen, dass die Frage der Souveränität in anderen Ländern nach wie vor eine enorme Rolle spielt. Im Sitz von *Interreg Baltic Sea Region* in Rostock kommen solche Aspekte auf dem ersten Blick nicht vor. Das Programmbudget für die Förderperiode 2014 bis 2020 belief sich auf etwa 283 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument (ENI) sowie Mitteln aus Norwegen und Russland. Die Projekte in der genannten Förderperiode waren in den folgenden Bereichen angesiedelt: Innovationsfähigkeit, natürliche Ressourcen und Umwelt, nachhaltiger Transport und Unterstützung der EU-Ostseestrategie.⁶⁸

Sicherlich kursierten Anfang der 1990er-Jahre übertriebene Hoffnungen zu den Möglichkeiten des Bundeslandes im Ostseeraum. Schließlich waren die skandinavischen Länder bereits moderne Industriegesellschaften, die sich im 20. Jahrhundert von Auswanderer- zu Einwandererstaaten entwickelt hatten, während sich das im Grunde neu geschaffene Mecklenburg-Vorpommern wie andere osteuropäische Staaten in einem Transformationsprozess befand.

Der 2022 ins Leben gerufene »MV-Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum« macht deutlich, dass die Landesregierung der Region eine größere Bedeutung beimessen möchte. Er hat 2023 »Empfehlungen des Kooperationsrates an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern für eine Strategie des Landes für die

⁶⁵ Daniel Friedrich Sturm: Im Stasi-Hotel gibt Schröder den Russland-Versteher, in: Die Welt vom 1.10.2014, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article132829377/Im-Stasi-Hotel-gibt-Schroeder-den-Russland-Versteher.html> (26.7.2023).

⁶⁶ Koschkar, Subnationale Außenbeziehungen.

⁶⁷ Friedrich B. Meyer zu Natrup: Europapolitik und Europafähigkeit deutscher Länder. Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, Saarbrücken 2009, konstatiert nüchtern: »Die Vorstellung von einem »Europa der Regionen« war und ist vielleicht noch ein Traum, in der politischen Realität jedoch längst tot und begraben«, S. 351.

⁶⁸ URL: <https://www.ib-sh.de/produkt/interreg-baltic-sea-region/> (14.6.2022).

Zusammenarbeit im demokratischen Ostseeraum vorgelegt«. ⁶⁹ Bei der Koalitionsbildung war von der Einsetzung eines maritimen Koordinators die Rede, wie ihn Schleswig-Holstein hat; mittlerweile hat Wirtschaftsstaatssekretär Jochen Schulte (SPD) zusätzlich diese Position inne. Mit dem bisherigen politischen Russland-Fokus soll Schluss sein. Nun wird der Ostseeraum mit seinen Chancen für das Land betont, die drei wichtigsten Ziele lauten: Ostsee schützen, Region verbinden und Wachstum stärken. Die Staaten rund um die Ostsee verbinde ein gemeinsames Kulturerbe; es werden 14 Politikbereiche – von der Energie bis zur maritimen Sicherheit – benannt, in denen man aktiv werden könne. ⁷⁰ Der im Umfeld des MV-Kooperationsrats gemachte Vorschlag, die historische Ostseewoche von 1958 bis 1975 wieder zu aktivieren, stieß auf Kritik. Es handle sich um eine Geschichtsverzerrung, argumentierte der Rostocker Zeithistoriker Stefan Creuzberger. ⁷¹ Ein weiterer Aspekt dürfte die Kostenfrage sein. Bei der Ostseewoche der DDR wurden praktisch alle Hotels und Unterkünfte requiriert, was unter marktwirtschaftlichen Bedingungen undenkbar ist.

Zunehmend gewinnen militärische Aspekte an Bedeutung: Russland hat in dem Oblast Kaliningrad und der Region Sankt Petersburg Küsten im Ostseeraum, die dort stationierte Baltische Flotte wurde modernisiert. Deutschland mit der größten Marine von NATO und EU im Ostseeraum wird eine regionale Verantwortung übernehmen müssen. ⁷² In der neuen Weltlage nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine 2022 kehrt Mecklenburg-Vorpommern damit in gewisser Hinsicht zu alten Mustern zurück, denn bis 1989 waren mehrere Küstenstädte Orte der Rüstungsproduktion. Im Juni 2022 hat der Kieler Rüstungskonzern Thyssenkrupp Marine Systems die insolventen MV-Werften in Wismar gekauft: Die 800 bis 1500 Beschäftigten sollen in Zukunft Marineschiffe bauen. Kriegsschiffe statt Kreuzliner, heißt es nun.

Innenpolitisch lässt sich dieser Wandel im Nordosten nicht leicht vermitteln. Denn gesellschaftspolitisch deuteten Veröffentlichungen im Umkreis der rot-roten Regierungsbildung 2021 eher in eine ökologisch-soziale Richtung. Dies gilt für den Zukunftsrat MV, der sich für ein nachhaltiges, digitales und gemeinwohlorientiertes Bundesland stark macht. ⁷³ Auch eine Publikation des Managerkreises der Friedrich Ebert Stiftung sieht Mecklenburg-Vorpommern als Pionierland für digitale und

⁶⁹ ULR: <https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/publikationen/> (25.7.2023).

⁷⁰ URL: https://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1632949 (25.7.2023).

⁷¹ Frank Pubantz: Holt MV die Ostseewoche aus der Mottenkiste? in: Ostseezeitung vom 31.5.2023.

⁷² Torsten Albrecht u. a.: Das Wesen von Seemacht. Die internationalen Beziehungen im maritimen Umfeld des 20. und 21. Jahrhunderts, Potsdam 2021, S. 347 f.

⁷³ URL: <https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerpr%C3%A4sidentin%20und%20Staatskanzlei/Dateien/pdf-Dokumente/Empfehlungen%20des%20MV%20Zukunftsrates%20-%20Deutsch%20-%20Lesefassung.pdf> (27.7.2023).

grüne Innovationen.⁷⁴ Das Land setzt auf Gesundheitswirtschaft, es wirbt mit seinen Naturschönheiten und der Museumslandschaft. Die seit dem russischen Angriff in der Ukraine 2022 veränderte Weltlage begann mit Verzögerung bei den Parteien durchzudringen. Die hohen Umfrageergebnisse der AfD basieren nicht zuletzt darauf, dass die Partei behauptet, man könne sich aus dem Konflikt heraushalten.

Seit der völkerrechtswidrigen russischen Besetzung der Krim 2014 gewannen Sicherheitsfragen in und um die Ostsee erneut an Bedeutung.⁷⁵ Bei einem Symposium Greifswalder und Rostocker Wissenschaftler 2015 war bereits von der Konstruktion und Dekonstruktion einer »Modellregion« die Rede. Auch von Vertretern des Auswärtigen Amtes wurde die Lage kritisch beobachtet.⁷⁶ Mit dem Krieg in der Ukraine ab 2022 besteht die Gefahr eines neuen Kalten Krieges in der Region.⁷⁷ Dies zeigte sich in der großen russischen Flotten- und Militärparade in St. Petersburg am 30. Juli 2023, bei der Präsident Putin 30 neue Schiffe für die Seestreitkräfte ankündigte. Rüdiger von Fritsch, der frühere deutsche Botschafter in Russland, konstatiert: »Kaum ein Land des Westens ist von den gegenwärtigen Herausforderungen so stark betroffen wie Deutschland. Unser altes Geschäftsmodell wird nicht mehr funktionieren: billiges Gas aus Russland, billige Verteidigung aus den USA und teure Exporte nach China.«⁷⁸ Dies gilt besonders für das nordöstliche Bundesland. Das neu ausgebaute Hauptquartier der Bundesmarine steuert von Rostock aus die deutschen Seestreitkräfte.

Fazit und Ausblick

Als ein Fazit kann festgehalten werden, dass nicht alle Verflechtungen nach 1990 neu waren. Noch aus DDR-Zeiten bestanden auf persönlicher Ebene Beziehungen,

⁷⁴ Henning Vöpel: Mecklenburg-Vorpommern – Pionierland für digitale und grüne Innovationen, Berlin 2021. Vöpel war auch Co-Vorsitzender des Zukunftsrates.

⁷⁵ Vgl. die Beiträge aus den Jahren 2014/15 von Nikolaus Werz: »Wasser verbindet, Land trennt« – Kalter Krieg und Transformation im Ostseeraum, in: URL: https://www.ipv.uni-rostock.de/storages/uni-rostock/Alle_WSF/IPV/Lehrstuhl_VL/AGOS/AGOS_aktuell_Nr._8.pdf. – Tim-Åke Pentz: A Flashpoint again? Baltic Sea Region Security in the 21st Century, in: https://www.ipv.uni-rostock.de/storages/uni-rostock/Alle_WSF/IPV/Lehrstuhl_VL/AGOS/AGOS_aktuell_Nr._10-web.pdf (31.7.2023).

⁷⁶ So 2017 der damalige deutsche Botschafter in Stockholm Hans-Jürgen Heimsoeth: Germany and the Security of the Baltic Sea Region, in: Nikolaus Werz u. a. (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseeraum, in: URL: https://rosdok.uni-rostock.de/mcviewer/recordIdentifier/rosdok_id00003109/Werz_Mecklenburg-Vorpommern_2017.pdf?page=118 (31.7.2023).

⁷⁷ In »Zur Sache BW«, Evangelische Kommentare zu Fragen der Zeit, erschien 2023 ein Schwerpunkttheft zu Skandinavien: URL: <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5627462/afa86320f7d8683729baa077d405edb6/zur-sache-bw-43-1-2023-data.pdf> (31.7.2023).

⁷⁸ Rüdiger von Fritsch: Welt im Umbruch. Was kommt nach dem Krieg? Berlin 2023, S. 200.

an die nach der der Wiedervereinigung angeknüpft werden konnte. Die frei gewählten Ministerpräsidenten Alfred Gomolka und Berndt Seite bereisten Anfang der 1990er-Jahre die Länder der Ostsee-Region. Bei den (außen)wirtschaftlichen Kooperationen traten neue Unternehmensverbindungen mit westdeutschen Firmen hinzu, dies galt gerade für die im historischen Bewusstsein der Region wichtige Deutsche Seerederei Rostock (DSR). Bald schälte sich eine Trias im Zusammenhang von Mecklenburg-Vorpommern und dem Ostseeraum heraus: »Häfen als Verkehrsknotenpunkte, Fischerei und Schiffsbau als Wirtschaftszweige, die Strände als Kapital des Tourismussektors.«⁷⁹ Das Bundesland bleibt allerdings von externen Faktoren abhängig. Bei der Verkehrsführung könnte die Fehmarnbeltquerung ab 2029 Transporte nach Schleswig-Holstein und Hamburg verlagern. Berlin und Hamburg bilden mit ihrer Ausstrahlungskraft ohnehin Anziehungspunkte für Touristen und Akademiker aus den skandinavischen Ländern, die Mecklenburg-Vorpommern eher als Durchreiseland betrachten. Fischerei und Schiffbau sind unter anderem abhängig von EU-Regelungen, wobei die Ostseeküste in der neuen Weltlage als Marinestandort und bei der Rüstungsproduktion an Relevanz gewinnt. Gerade in diesem Punkt zeigen sich Traditionen aus dem 20. Jahrhundert und eine Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen.

Die Globalisierung macht sich bemerkbar. 2018 war die Volksrepublik China »mit einem Anteil von 35 Prozent der Lieferungen (in Tonnage) bereits die größte Schiffbaunation der Welt, gefolgt von Südkorea (ebenfalls mehr als 30 Prozent) und Japan (etwas weniger als 20 Prozent), während die gesamte EU auf lediglich fünf Prozent kam.«⁸⁰ Bei der Zwölften Nationalen Maritimen Konferenz in Rostock hielt der damalige Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier unter dem Eindruck der Corona-Pandemie fest: »Ohne eigene Werften wird Europa gänzlich vom asiatischen Schiffbau abhängig werden.«⁸¹

Beim Tourismus nahm Mecklenburg-Vorpommern einen rasanten Aufschwung und war auch 2023 beliebtestes Inlandsreiseziel hinter Bayern. Teil des maritimen Tourismus ist die 1991 initiierte Hanse Sail, die jährlich in Rostock stattfindet. Zu den benachbarten Staaten besteht ein Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz, was ebenfalls für das Bundesland Schleswig-Holstein gilt. Zunächst wurde verkannt, dass das Bundesland von modernen Zivilgesellschaften umgeben ist, wobei die Kooperation mit den skandinavischen Ländern vor allem in englischer Sprache erfolgt. Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen und im Oberzentrum Stettin wurde eher unterschätzt. Die Einweihung des Swinetunnels 2023, der Usedom an Wollin anbin-

⁷⁹ Koschkar, Neue Perspektiven?, S. 266.

⁸⁰ Ulf Brunnbauer u. a.: In den Stürmen der Transformation. Zwei Werften zwischen Sozialismus und EU, Berlin 2022, S. 308 auf der Grundlage von Zahlen der OECD. Das Buch basiert auf zwei Fallstudien in Gdynia (Polen) und Pula (Kroatien).

⁸¹ Ebd., S. 338.

det, eröffnet neue Möglichkeiten. Neben dem Tourismus zieht das Land Ruheständler und Kurzurlauber aus der Hauptstadt an. Der Klimawandel könnte die Besucherzahlen stabilisieren und erhöhen. Zum Erhalt der Naturschönheiten wollen Gegner das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen mit rechtlichen Mitteln stoppen. Ungewiss bleibt die Frage der Industrieansiedlungen. Die Landesregierung sieht Mecklenburg-Vorpommern als Exportland von grünem Strom, zum Teil in Zusammenarbeit mit Ostseeanrainern wie Schweden und Dänemark. Diese planen gigantische Windkraftfelder vor deutschen Gewässern, um die eigenen Ziele zur Dekarbonisierung einzuhalten, Kritik kommt von Umweltverbänden, die die Welt der Fische und Vögel bedroht sehen.⁸² Die Suche nach neuen Verflechtungen im Ostseeraum beinhaltet auch in Zukunft neben den Chancen kontroverse und komplizierte Entscheidungen.

⁸² Ostseezeitung vom 27.7.2023.

Stefan Creuzberger

Herbert Wehner, das gesamtdeutsche Ministerium und die Rostocker Ostseewoche

Konspirative Abwehrpläne in Zeiten des Kalten Krieges

Es gibt kaum eine politische Institution in der Bundesrepublik Deutschland, die während der Jahre staatlicher Teilung das facettenreiche, von menschlicher Dramatik, von Irrationalitäten und Widersprüchlichkeiten geprägte innerdeutsche Verhältnis so klar widerspiegelte wie das im September 1949 gegründete Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG).¹ Anders als anfänglich erhofft, sollte es aber auf Dauer nicht für die zentralen Belange der deutschen Wiedervereinigung verantwortlich zeichnen. Diese Aufgabe behielt sich allein der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer vor. Auch seine Nachfolger wichen von diesem Prinzip nicht ab. Die Ministerialen des BMG konnten deshalb nur im Rahmen der vom Kanzleramt gewährten operativen Handlungsspielräume agieren, was zu alternativen Betätigungsfeldern zwang. Da ihrer Wahrnehmung zufolge der Kommunismus die eigentliche Ursache für die Teilung der Nation darstellte, verlegten sie sich kurzerhand auf einschlägige Abwehrarbeiten. Damit prägten sie zugleich über einen langen Zeitraum nachhaltig die politische Kultur der Bundesrepublik. In diesem Sinne galt es, dem politisch-ideologischen Gegner empfindliche Schläge zu versetzen, ihn entschlossen zu bekämpfen, um so auf längere Sicht einen Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung zu leisten. Bis zur sozial-liberalen Bonner Neuen Ostpolitik bestand vor allem während der Hochphase des Kalten Krieges das Tagesgeschäft des gesamtdeutschen Ministeriums überwiegend darin, den ostdeutschen »Arbeiter- und Bauern-Staat« durch konspirative Aktivitäten zu destabilisieren und gleichzeitig dessen nicht minder ambitionierte Unterwanderungsversuche in der Bundesrepublik entschlossen zu konterkarieren.

¹ Der folgende Text ist ein Beitrag, der im Wesentlichen auf aktualisierten Abschnitten eines Kapitels aus meinem Buch basiert: Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 69), Düsseldorf 2008, S. 512–517.

Rostocker Ostseewoche im Visier des BMG

Schließlich galt es, die Öffentlichkeit für die besonderen Belange der deutschen Teilung zu sensibilisieren, um hier bewusstseinsbildend zu wirken. Dabei scheute das gesamtdeutsche Ministerium selbst vor unorthodoxen, bisweilen konspirativen Maßnahmen nicht zurück, vorausgesetzt sie erschienen erfolgversprechend. Genau hier setzt der vorliegende Beitrag inhaltlich an. Er illustriert anhand einer Episode aus dem deutsch-deutsch-skandinavischen Umfeld, wie sehr die Jahrzehnte der deutschen Teilung immer auch eine Verflechtungsgeschichte gewesen sind. Denn die deutschlandpolitische PR-Arbeit des BMG erstreckte sich nicht allein auf die Bundesrepublik oder die DDR. Um auf internationaler Ebene Verständnis und Unterstützung für die westdeutsche Position in Sachen Alleinvertretungsanspruch und Wiedervereinigung zu wecken, wollte es auch im Ausland entsprechend werben und aufklären. Das war ein riskantes Unterfangen, weil es bisweilen unerwünschte diplomatische Verwicklungen nach sich ziehen konnte. Doch die Tatsache, dass die DDR sich gerade in den 1960er-Jahren im Zuge einer sich allmählich anbahnenden internationalen Entspannung intensiv darum bemühte, ihre außenpolitische Isolierung zu durchbrechen, ließ derartige Bedenken immer wieder in den Hintergrund treten. So versuchten die ostdeutschen Machthaber die nach wie vor bestehende westdeutsche »Hallstein-Doktrin« auszuhebeln. In einer wahren Sympathieoffensive wetteiferten sie zunächst auf kultur- und wirtschaftspolitischem Gebiet um die Gunst von Drittstaaten. Im Verlauf solcher Werbekampagnen hoffte Ost-Berlin auf eine Normalisierung der Beziehungen und schließlich auf die Aufnahme regulärer diplomatischer Kontakte.²

Eine besondere Zielgruppe waren in dieser Hinsicht die skandinavischen Länder. Als Ostseeanrainer lagen sie in unmittelbarer Nachbarschaft zum ostdeutschen »Arbeiter- und Bauernstaat«. In diesem Zusammenhang sollte die seit 1958 alljährlich in Rostock veranstaltete internationale »Ostseewoche« den politischen Belangen des SED-Regimes entsprechend Geltung verschaffen. Im gesamtdeutschen Ministerium wurde diese Entwicklung seit längerem sorgenvoll und aufmerksam verfolgt, mehr noch: Um das Treiben Ost-Berlins wirkungsvoll einzudämmen, hatte man schon 1964 verschiedene antikommunistische Organisationen in Schweden

² Zu diesem Gesamtkomplex siehe ausführlicher bei: William Glen Gray: *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969*, Chapel Hill/London 2003. – Rüdiger Marco Booz: »Hallsteinzeit«. *Deutsche Außenpolitik 1955–1972*, Bonn 1995, S. 119–131. – Werner Kilian: *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973*. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001. – Bundesarchiv (BArch), B 137, Akte 3692, Archiv für gesamtdeutsche Fragen, I 2, Bonn, 21.4.1967, Die politischen Ausführungen Ulbrichts und Breschnews auf dem VII. Parteitag der SED (Kurzanalyse), S. 4.

verdeckt finanziert. Sie sollten in ihrem Lande – quasi im Auftrag des BMG – durch propagandistische Maßnahmen den wahren Charakter der Rostocker Kulturveranstaltung entlarven und damit das allgemeine Interesse, daran teilzunehmen, möglichst minimieren. Kurz darauf zog das Ministerium eine positive Zwischenbilanz: Offenbar mehrten sich Hinweise, die von stagnierenden Besucherzahlen speziell aus Skandinavien zeugten.³

Doch schienen die Abwehrmaßnahmen nicht von dauerhaftem Erfolg gewesen zu sein. Schon im August 1967 alarmierte im BMG das politische Fachreferat II 1 erneut über verstärkte außenpolitische Aktivitäten der DDR im skandinavischen Raum. Die schon bestehenden wirtschaftspolitischen Verbindungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck in einschlägigen Handelsvertretungen in Finnland, Schweden und Norwegen gefunden hatten, wurden im Ministerium zwar als störend, doch weiterhin von nachrangiger Bedeutung gewertet. Aufhorchen ließen hingegen die zunehmenden agitatorischen Umtriebe des SED-Regimes in dieser Region. Bescheidene Anfänge gab es bereits im Jahr 1956, als erstmals eine Reihe ostdeutscher Periodika in den nordeuropäischen Sprachen erschienen und dort verteilt worden waren.⁴ Die größte Bedrohung ging nach Einschätzung des politischen Fachreferenten im BMG allerdings nun von den Rostocker Kulturwochen aus. Vor allem die letzte Veranstaltung, die erst einen knappen Monat zurücklag, hatte dies überaus deutlich werden lassen. So hinterließen die Ausrichter bei vielen der immerhin 25.000 ausländischen Besucher einen bleibenden Eindruck, als sie die Themen »kollektive Sicherheit«, »Sicherung des Status quo als Voraussetzung der Sicherheit in Europa« und die »Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen der skandinavischen Staaten zur DDR« ins Zentrum ihrer politischen Argumentation gerückt hatten. »Die Regierung in Ostberlin«, so die Schlussfolgerungen des politischen Beobachters im gesamtdeutschen Ministerium, »glaubt, zumindest in parlamentarischen Kreisen in Schweden und Finnland eine Bereitschaft zur Behandlung des Anerkennungsproblems zu finden«. Das galt umso mehr, als die ostdeutschen Machthaber auf der Ostseewoche 1967 vermehrt nordeuropäische Parlamentarier, die nicht explizit Kommunisten waren, für die Unterzeichnung einschlägiger Resolutionen über die »Existenz der beiden deutschen Staaten« gewinnen konnten. Zudem ging von Rostock ein wichtiger Impuls aus, in nicht allzu ferner Zukunft – und angelehnt an eine bereits bestehende Institution in Helsinki – auch in Schweden ein Kulturinstitut der DDR zu gründen.⁵

³ BArch, B 137, Akte 1222, Lund, 15.3.1964; Bonn, 22.7.1964; Dellingshausen an Büro für politische Studien, Bonn, 19.5.1964.

⁴ BArch, B 137, Akte 4091, II 1, Bonn, 7.8.1967, Aufzeichnung über die außenpolitischen Aktivitäten der »DDR« im skandinavischen Raum, S. 6, 10–13.

⁵ Ebd., S. 17–22.

Diese Erkenntnis war freilich noch kein Grund zur Panik. Da die Bundesregierung mit ihrer Public Relations-Arbeit in Nordeuropa aber wenig präsent war, lagen die Dinge in dieser Hinsicht schon etwas anders. Das galt umso mehr, als das Ansehen der Deutschen unter den Skandinaviern nach wie vor stark von den negativen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs geprägt war. Mochte diese Haltung zunächst für beide Teile Deutschlands zutreffen, gab es aus Sicht des BMG jedoch keinen Anlass, sich selbstzufrieden damit abzufinden. Denn die Furcht der Nordeuropäer vor einer wirtschaftlich mächtigen Bundesrepublik, die nach Wiedervereinigung strebte, weckte bei den meisten eine »verstärkte [. . .] Sympathie für die Existenz der ›DDR‹«. So sahen sie in dem geteilten Deutschland, wie Fachreferent Hansjürgen Schierbaum in Anspielung auf die von den Deutschen begangenen Kriegsverbrechen berichtete, eine wesentliche Garantie dafür, dass sich vergangene Entwicklungen nicht mehr wiederholen würden.⁶

Zudem hatten sich im März 1968 die Anzeichen gemehrt, wie sehr die skandinavischen Regierungen unter dem Druck von Teilen der dortigen öffentlichen Meinung dazu gedrängt wurden, die bislang politisch zurückhaltende Linie gegenüber der DDR aufzugeben.⁷ Diese Tatsache wie auch der Umstand der nach wie vor bestehenden propagandistischen Gefahren, die von den regelmäßig veranstalteten Rostocker Ostseewochen ausgingen, nahm das BMG daraufhin zum Anlass, über eine spürbar verbesserte Öffentlichkeitsarbeit in den nördlichen Nachbarstaaten nachzudenken. Daraufhin ließ im Mai 1968 Abteilungsleiter Hermann Kreutzer in seinem Hause eine Bestandsaufnahme vornehmen. Es sollte ermittelt werden, welche präventiven Maßnahmen in dieser Hinsicht bereits gemeinsam mit dem Bundespresseamt und dem Auswärtigen Amt ergriffen worden waren. Die Bilanz fiel ausgesprochen ernüchternd aus: Von echter Zusammenarbeit konnte bislang keine Rede sein. Allein das Außenministerium trug wenig dazu bei, die in dieser Hinsicht zu klärenden »Zuständigkeitsfragen« befriedigend zu regeln. Und das, was das Bundespresseamt bis dahin aus dem reichen Bestand von BMG-Schriften für die Außenwirkung der Bundesrepublik hatte übersetzen lassen, war eher willkürlich und bot insgesamt »ein hoffnungsloses Bild«.⁸

⁶ Ebd., S. 2–3.

⁷ BArch, B 137, Akte 16573, Zusammenfassendes Ergebnis der Skandinavienkonferenz vom 19.3.1968 in Bonn, S. 1.

⁸ BArch, B 137, Akte 4091, Betr.: Öffentlichkeitsarbeit über gesamtdeutsche Fragen im Ausland, Bezug: Umlage AL II vom 20. Mai 1968. – Ebd., Bericht der Referate II 7 – II 12, S. 1–3.

Ausarbeitung konspirativer Abwehrmaßnahmen

So konnte es kaum überraschen, dass Staatssekretär Günter Wetzel im Oktober 1968 vor dem Gesamtdeutschen Ausschuss des Bundestages auf die Schwachstellen der deutschlandpolitischen Auslandsarbeit hinwies, die er insgesamt als ein ausgesprochenes »Stiefkind« bezeichnete. Entschieden forderte er, hier möglichst rasch neue Wege zu beschreiten. Für sein eigenes Ressort konnte er bei dieser Gelegenheit schon erste Initiativen andeuten, die aus einem Geheimetat finanziert werden sollten⁹ und im Wesentlichen auf den damaligen gesamtdeutschen Minister Herbert Wehner selbst zurückgingen.¹⁰ Wehners spezielles Engagement mochte nicht zuletzt vor dem Hintergrund zustande gekommen sein, dass der Sozialdemokrat – abgesehen von der politischen Notwendigkeit – seit seiner Emigrationszeit in Schweden besondere Affinität zu den skandinavischen Ländern hatte. Doch so sehr Wehner in den Jahren der Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 durch sein Haus eine Neue Ostpolitik anzubahnen suchte, traf dies nicht für seine deutschlandpolitische PR-Arbeit gegenüber Skandinavien zu. Hier bediente er sich vielmehr alter Methoden und Handlungsweisen, die kaum von einer Bereitschaft zur Entspannung zeugten.

So waren die daraufhin im BMG einsetzenden Planungen, die sich bis zur Bundestagswahl im Jahre 1969 hinzogen, überaus delikat. Als Zielvorgabe galt es, die neuen deutschlandpolitischen Ansätze der Regierung Kiesinger/Brandt anschaulich zu vermitteln und gleichzeitig die Bemühungen der DDR wirkungsvoll abzuwehren, die nordeuropäische Bevölkerung mehrheitlich für den zweiten deutschen Staat und dessen politisch-diplomatische Anerkennung zu vereinnahmen. Das Ganze sollte weitgehend konspirativ durchgeführt werden, was unweigerlich Erinnerungen an die mitunter legal grenzwertigen Praktiken der kommunistischen Abwehrarbeit des Kalten Krieges wieder aufleben ließ.

Am 29. Oktober 1968 beauftragte Hermann Kreutzer als Abteilungsleiter des politisch-operativen Bereichs die für diese Aktion in Frage kommenden Fachreferate, innerhalb von zwei Wochen eine Gesamtkonzeption für den Minister Herbert Wehner zu erarbeiten. Angesichts der im Ministerium vorliegenden Erkenntnisse, wie latent skeptisch die Skandinavier auf die Bundesrepublik blickten, plädierte Kreutzer für eine betont defensiv argumentierende Öffentlichkeitsarbeit. Die

⁹ BArch, B 137, Akte 4091, Betr. Gesamtdeutsche Auslandsarbeit, Bonn, 30.10.1968, S. 1–2. – Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Berlin (PA), Akten des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 5. Wahlperiode, 4. Ausschuß, Protokoll Nr. 38, Stenographisches Protokoll der 38. Sitzung des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen am Dienstag, dem 1.10.1968, 11 Uhr, Berlin Reichstag, Punkt 2 der Tagesordnung: Die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, S. 38/112.

¹⁰ BArch, B 137, Akte 4091, Unterabteilungsleiter II B an Ministerialrat Dr. Kosser, Bonn, 3.1.1969, Betr.: Gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Skandinavien.

von ihm vorgegebenen Orientierungsrichtlinien hoben darauf ab, den deutschen Wunsch nach Vereinigung klar zum Ausdruck zu bringen. Der Wille dazu sollte als Dienst im Interesse der europäischen Sicherheit verstanden werden, ausgerichtet auf ein geregeltes Nebeneinander der beiden deutschen Teilstaaten und unbelastet von »unabdingbaren Forderungen oder von im Augenblick oder auf absehbare Zeit nicht realisierbaren Rechtsstandpunkten«. Die politische Führung in Ost-Berlin war demgegenüber in ihrem gesamten entspannungsfeindlichen Gebaren vorzuführen. Dabei musste nicht nur klar zu erkennen sein, wie sehr sich diese einer deutsch-deutschen Verständigung widersetzte, sondern zugleich den von der Bundesrepublik gewünschten Dialog weiterhin unnötig erschwerte.¹¹

In den folgenden Wochen und Monaten tauschten die einzelnen Fachreferate rege einschlägige Denkschriften und Empfehlungen mit dem Abteilungsleiter II und der Ministerebene aus. Um fortan die propagandistischen Bemühungen der Rostocker Ostseewoche wirkungsvoll zu unterlaufen, kam unter anderem die Idee auf, Vertretern schwedischer Volkshochschulen einschlägige deutschlandpolitische Weiterbildungsseminare in der Bundesrepublik anzubieten. Darüber hinaus wurden das Bundespresseamt und die »Friedrich-Ebert-Stiftung« mit ihren traditionell hervorragenden politischen Beziehungen nach Skandinavien in die vertraulichen Überlegungen einbezogen. Nicht nur bei den am 6. März 1969 im BMG festgelegten Planungen,¹² sondern ebenso für die weiteren Präzisierungen, die spätestens Anfang Juli vorlagen, galt als oberstes Gebot ein Höchstmaß an Diskretion. Das gesamtdeutsche Ministerium und das Bundespresseamt durften bei dem verdeckten Versuch, die skandinavische Öffentlichkeit im Sinne der Bundesregierung zu beeinflussen, keinesfalls in Erscheinung treten. Die einschlägigen Kontakte mussten daher vorsichtig angebahnt werden. Das setzte ein besonderes Fingerspitzengefühl voraus, da allgemein bekannt war, wie allergisch die dortige deutschskeptische Presse reagieren würde,¹³ sollte darüber aus irgendeinem Grunde etwas bekannt werden.

Das BMG wollte deshalb für die geplante Aktion nur solche skandinavischen Journalisten mobilisieren, die als loyal galten, sofern sie bedingungslos mit der Bonner Deutschlandpolitik sympathisierten. Ein am 8. Juli 1969 verfasster Vermerk listete eine Reihe zuverlässiger deutscher, dänischer und schwedischer Presseleute auf, die dafür auf höchst nützliche Netzwerke zurückgreifen konnten. Zu ihnen zählten

¹¹ BArch, B 137, Akte 4091, Abteilungsleiter II, Bonn, 29.10.1968, Vermerk, Betr.: Gesamtdeutsche Auslandsarbeit in den skandinavischen Ländern, S. 1–2.

¹² Siehe dazu BArch, B 137, Akte 4091, Betr.: Auslandsarbeit des Referates II 10, Bonn, 27.6.1969, S. 1–2; Abteilungsleiter II, Bonn, 10.3.1969, Betr.: Gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Skandinavien, Vermerk.

¹³ So bereits die Hinweise in BArch, B 137, Akte 4091, Fachreferat II 7: II 7, Bonn, 6.11.1968, Betr.: Gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Skandinavien, Bezug: Vermerk des Herrn AL II vom 29.10.1968 und Schreiben des Herrn UAL II B vom 29.10.1968, S. 3.

Ernst-Siegfried Hansen, der DPA-Korrespondent in Kopenhagen, Max Geisler und Alvar Alsterdal, die beide für die sozialdemokratische Zeitung »Arbetet« in Malmö schrieben, Henrik Bonde-Henriksen, ein engagierter politischer Verteidiger der Bundesrepublik, Martin Grill, der sein früheres schwedisches Exil inzwischen zur neuen Wahlheimat gemacht hatte, Gunnar Pallin, der frühere Parlamentsberichterstatter der Stockholmer Zeitung »Tidningen« und jetzige Redakteur eines Provinzblattes, und schließlich Mark Lippold, der für eine schwedische PR-Agentur arbeitete.¹⁴

Ein vorübergehender Gedanke, sich spezieller Public-Relations-Agenturen zu bedienen, wurde schon bald aus »politischen Gründen« verworfen.¹⁵ Vor allem zweifelten die Vertreter des BMG an der Wirksamkeit solcher Maßnahmen. Ein offiziell beauftragtes PR-Büro, so die Ansicht, würde bei der Bevölkerung ohnehin nur den Eindruck vermitteln, unkritisches und einseitiges Werbematerial an den Mann bringen zu wollen.¹⁶ Weitaus mehr Glaubwürdigkeit versprachen sich dagegen die Planer im gesamtdeutschen Ministerium über Nachrichtenagenturen erzielen zu können, zumal hier bereits einschlägige Kontakte existierten. Doch auch für diesen Fall galt das oberste Gebot, sie nur verdeckt für eine »gezielte Unterrichtung« der skandinavischen Öffentlichkeit einzusetzen.¹⁷ Vorüberlegungen dieser Art hatte das pressepolitische Fachreferat II 7 des BMG schon am 6. November 1968 angestellt. Gedacht wurde in diesem Zusammenhang an die Agentur »DIMITAG«. Sie war nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Ausland eine allseits anerkannte Nachrichtenagentur, die besonders von der mittleren und kleinen Provinzpresse gerne genutzt wurde. Pressereferent Rolf Goßmann regte daher an, mit »DIMITAG« vertrauliche Absprachen vorzunehmen, um – ohne sogleich als Auftraggeber zu erscheinen – deutschlandpolitisch genehme Meldungen und Berichte nach Nordeuropa absetzen zu können.¹⁸ Dass vor allem den Medien in den ländlichen Bereichen so große Aufmerksamkeit geschenkt wurde, hatte gute Gründe: Im Ministerium lagen zwischenzeitlich verlässliche Informationen vor, dass die DDR ihre Agitationsarbeit

¹⁴ BArch, B 137, Akte 16573, II 7, Bonn, 8.7.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit, Bezug: Mehrere Weisungen des Herrn Abteilungsleiters II, Vermerk, S. 6–9.

¹⁵ Ebd., S. 6.

¹⁶ Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hielt das Fachreferat II 7 diese Form der deutschlandpolitischen Öffentlichkeitsarbeit am 6.11.1968 für wenig geeignet. BArch, B 137, Akte 4091, II 7, Bonn, 6.11.1968, Betr.: Gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Skandinavien, Bezug: Vermerk des Herrn AL II vom 29.10.1968 und Schreiben des Herrn UAL II B vom 29.10.1968, S. 3–4.

¹⁷ BArch, B 137, Akte 16573, II 7, Bonn, 8.7.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit, Bezug: Mehrere Weisungen des Herrn Abteilungsleiters II, Vermerk, S. 6.

¹⁸ BArch, B 137, Akte 4091, II 7, Bonn, 6.11.1968, Betr.: Gesamtdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Skandinavien, Bezug: Vermerk des Herrn AL II vom 29.10.1968 und Schreiben des Herrn UAL II B vom 29.10.1968, S. 3–4.

vornehmlich auf entlegene Regionen abseits der Hauptstädte verlegt hatte.¹⁹ Und dem galt es, entschieden entgegenzuwirken.

All diese Maßnahmen sollten durch spezielle deutschlandpolitische Seminar- und Bildungsveranstaltungen für Journalisten flankiert werden. Dabei hatte sich allerdings schon früher gezeigt, wie wenig sinnvoll es war, die skandinavischen Presseleute direkt über das Bundespresseamt oder das BMG einzuladen.²⁰ Um dem Ganzen tunlichst einen unverfänglichen Charakter zu verleihen und die Chancen unverdächtigter Kontaktaufnahme zu den Medienvertretern zu erhöhen, kam fortan die »Friedrich-Ebert-Stiftung« ins Spiel. So vereinbarte der Referatsleiter II 7 am 18. Juli 1969 mit Vertretern der SPD-nahen Parteistiftung für rund 15 Journalisten ein zehntätiges Seminar zum Thema »Die Rolle Deutschlands in der europäischen Friedenspolitik«. Dabei sollte »auf jeden Fall« die Teilnahme der Schweden Martin Grill, Alsvar Alsterdal und Gunnar Pallin sichergestellt sein, weil sie der politischen Sache des gesamtdeutschen Ministeriums gewogen waren. Als Veranstaltungstermin bot sich frühestens Mitte September 1969 an. Das BMG und das Presseamt wollten die Finanzierung übernehmen. Gleichzeitig war sichergestellt, die Mitarbeiter des gesamtdeutschen Ministeriums intensiv in die Programmvorbereitungen einzubeziehen – und das alles selbstverständlich höchst vertraulich. Das galt selbst für den eingeplanten Besuch der innerdeutschen Demarkationslinie. Ihn wollte man mit einem höchst spektakulären Hubschrauberflug entlang der Zonengrenze besonders eindrucksvoll gestalten. Und auch dafür fand sich schnell eine offizielle Sprachregelung, die da lautete: »Das BMG sei vom Veranstalter Friedrich-Ebert-Stiftung [darum] gebeten worden.«²¹

Neben den Journalisten als Multiplikatoren der öffentlichen Meinung warb das Ministerium auch um Repräsentanten großer skandinavischer bildungspolitischer Einrichtungen. Martin Grill, mit dem es in Schweden in dieser Angelegenheit bereits in Verbindung stand, gab dafür entsprechende Anregungen und sagte zu, gegebenenfalls für die Vermittlung weiterer Kontakte bereitzustehen. Eng damit zusammen hing schließlich die Überlegung, für die Auslandsarbeit eigens Publikationen

¹⁹ BArch, B 137, Akte 16573, Zusammenfassendes Ergebnis der Skandinavienkonferenz vom 19.3.1968, S. 2.

²⁰ BArch, B 137, Akte 16573, II 7, Bonn, 8.7.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit, Bezug: Mehrere Weisungen des Herrn Abteilungsleiters II, Vermerk, S. 9; Berlin, 20.5.1969, Anlage 3.

²¹ BArch, B 137, Akte 16573, II 7, Bonn, 22.7.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit, Bezug: Zustimmung des Herrn Abteilungsleiters II zu den Vorschlägen im Vermerk vom 8.7.1969, S. 2–3; II 7, Bonn, 8.7.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit, Bezug: Mehrere Weisungen des Herrn Abteilungsleiters II, Vermerk, S. 10; Friedrich-Ebert-Stiftung, Programmentwurf Reiseseminar für skandinavische Journalisten zum Thema: »Die Rolle Deutschlands in der europäischen Friedenspolitik«.

zu konzipieren, für die renommierte skandinavische Autoren und Verlage gewonnen werden sollten.²²

Vom Ende einer Geheimoperation

Soweit also die aufwendigen Vorbereitungen. Doch was aus dem Gesamtkonzept des ambitionierten Vorhabens letzten Endes geworden ist, lässt sich anhand der zugänglichen BMG-Akten nicht mehr nachvollziehen. Zumindest soviel steht fest: Unter Herbert Wehner kam die auf Skandinavien zielende Geheimoperation nicht mehr zur Ausführung. Dies war nicht allein darauf zurückzuführen, dass er nur noch kurze Zeit als Minister amtierte. Auch spürte das Auswärtige Amt kaum Neigung, bei den Planungen des gesamtdeutschen Ministeriums mitzuziehen, geschweige denn sie praktisch umzusetzen. Kritik wurde besonders daran geäußert, ausländische Journalisten für die speziellen Belange von Wehners Ressort einzuspannen.²³ Wäre es bekanntgeworden, hätte dies sehr leicht einen unerwünschten außenpolitischen Skandal heraufbeschworen mit dem nicht unberechtigten Vorwurf, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes gemischt zu haben. Bahnten sich also bereits in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl Widerstände gegen die vom BMG befürwortete Öffentlichkeitsarbeit an, so konnte davon ausgegangen werden, dass sich nach dem sozial-liberalen Regierungswechsel in Bonn noch viel weniger Rückhalt und Sympathien für eine solche durch konspirative Methoden geprägte Politik finden würden. Denn der neue Kanzler Willy Brandt war der alte Außenminister. Und dieser schickte sich an, in seiner Deutschlandpolitik gemeinsam mit den Liberalen deutlich andere Akzente zu setzen.

²² BAArch, B 137, Akte 16573, II 7, Bonn, 8.7.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit, Bezug: Mehrere Weisungen des Herrn Abteilungsleiters II, Vermerk, S. 10–11.

²³ BAArch, B 137, Akte 16573, Auswärtiges Amt, der Leiter der Abteilung II i.V., an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 14.8.1969, VS-Vertraulich, Betr.: Auslandsarbeit der DDR, insbesondere in Skandinavien, Betr.: Dortiges Schreiben vom 8.7.1969 – II 7–15603–112/69II VS-Vertraulich.

Begegnungen

Julian Dunz

»Meer des Friedens«

Die erste Rostocker Ostseewoche 1958

»Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!« – Dies war die tausendfach wiederholte Losung der Rostocker Ostseewochen von 1958 bis 1975. Der folgende Beitrag wurde im Rahmen eines verflechtungsgeschichtlichen Dissertationsprojektes verfasst, welches sich mit der Rezeption und Perzeption der Ostseewochen in Dänemark und der Bundesrepublik beschäftigt, und soll aufgrund der Tatsache, dass sich im Jahr 2023 die erste Ostseewoche zum 65. Mal jährte, einen Einblick in die Durchführung und die internationalen Reaktionen auf die Premiere 1958 geben.

Das Schlagwort von der Ostsee als »Meer des Friedens« fiel im Juli 1957 öffentlich von höchster Stelle. In seiner Rede anlässlich des Turn- und Sportfestes des Bezirkes Rostock verkündete der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht erstmals die »Einleitung von Schritten gegen den deutschen Imperialismus in Verbindung mit Bemühungen um eine friedliche Koexistenz der Ostseevölker«¹. Bereits einen Monat später schlug der damalige DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl im Rahmen einer Kundgebung in der Bezirksstadt vor: »[...] im kommenden Jahr, im Juli, eine Ostseewoche in unseren Häfen durchzuführen, die mit Sport- und Fischerfesten beginnt und mit einer Friedensregatta und einem großen Volksfest abgeschlossen wird«².

Die endgültige Beschlussvorlage zur Durchführung der ersten Ostseewoche wurde am 17. Oktober 1957 von der Bezirksleitung der SED Rostock erstellt und an das Politbüro in Berlin adressiert.³ Das Papier enthielt bereits in der Einleitung die Essenz der propagandistischen Bemühungen um die Souveränität der DDR, welche durch die Festwochen im Bezirk Rostock in eine neue Bahn gelenkt werden sollten. Der Küstenbezirk wurde analog zu Hamburg als das »Tor zur Welt« bezeichnet, in dessen Umland die Junker enteignet wurden, dem Landarbeiter von einst nun das Land gehörte und dessen Werften und Fischfangkombinate bereits einen guten Ruf

¹ Rede Walter Ulbricht anlässlich der Eröffnung des Turn- und Sportfestes des Bezirkes Rostock in: Ostseezeitung vom 8.7.1957, S. 1.

² Bundesarchiv (BArch), B 137 B7727, Archiv für gesamtdeutsche Fragen, Betr.: 1. Ostseewoche 1958 (5.7.–13.7.1958) 15.8.1967, S. 1 f.

³ Die erste Ostseewoche sollte bereits knapp sieben Monate später durchgeführt werden.

in der Welt genossen.⁴ Weiterhin wurden die noch bevorstehenden Ostseewochen von der Kieler Woche abgegrenzt. In der Argumentation wurde versucht, einen Bogen zu spannen von den »aggressiven Kriegsvorbereitungen im Ostseeraum«⁵ durch die »[...] NATO unter dem Kommando eines ehemaligen Hitlergenerals« zur Veranstaltung in Kiel, die aus Perspektive der SED-Führung beispielhaft für »Völkerhetze« und »Chauvinismus« war.⁶ Interessanterweise findet sich in den späteren Planungen der Rostocker SED als einer der Höhepunkte der Ostseewoche 1958 eine gemeinsame Flottenparade von Volksmarine und Einheiten der Staaten des Warschauer Vertrages sowie Kampfsportdemonstrationen der Rostocker Marineangehörigen.⁷ Dies nimmt sich eigenartig aus, da beständig in sämtlichen Berichten moniert wurde, die Kieler Woche sei, wie bereits zur Kaiserzeit und der Zeit des Hitler-Faschismus, wieder ein Treffpunkt der Kriegsgeschwader geworden, deren erzreaktionärer Militarismus durch seichte Vergnügungsmöglichkeiten bemäntelt werde.⁸ Offensichtlich wurden das Komitee Ostseewoche und die SED sich bald dieses Widerspruchs in den Zielsetzungen der Ostseewoche bewusst und die Verantwortlichen ließen die Flottenparade durch einen »Bootsfriedenskorso« austauschen.

Zur Organisation der kommenden Veranstaltungen und des Rahmenprogramms der Ostseewoche wurden innerhalb des Komitees Ostseewoche Kommissionen gebildet, welche die verschiedenen Zielsetzungen der Festveranstaltungen koordinieren und planen sollten. Die augenscheinlich wichtigste in dieser Reihe war die Agitationskommission. Sie hatte die essenzielle Aufgabe, unter Berücksichtigung vorgegebener Schwerpunkte die Ausgestaltung und Planung sämtlicher Inhalte und der äußeren Form der Propaganda zu übernehmen. Dazu gehörte nicht nur die Erstellung von Broschüren und Publikationen für die ausländischen Gäste über den Charakter der Ostseewoche, den sozialistischen Aufbau in der DDR, den westdeutschen Militarismus und die Pläne von der nuklearen Abrüstung im Ostseeraum, sondern auch Aktivitäten mit dem Ziel, der Bevölkerung im Ostseebezirk die Länder der Nord- und Ostsee näherzubringen und sie für die kommende Festwoche auf die Linie der Partei- und Staatsführung einzuschwören. Mitglieder der Agitationskommission waren ein Angehöriger der SED-Bezirksleitung, ein Mitarbeiter

⁴ Landesarchiv Greifswald (LAG), IV/2/18/1436, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Vorbereitung und Durchführung der Ostseewoche (1958), S. 1.

⁵ LAG, IV/2/18/1436, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Vorbereitung und Durchführung der Ostseewoche (1958), S. 1.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd., S. 4. – LAG, IV/2/18/1445, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Berichte und Einschätzungen über die Ostseewoche (1958), S. 8.

⁸ LAG, IV/2/18/1445, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Berichte und Einschätzungen über die Ostseewoche (1958), S. 43.

der Ostseezeitung und ein Beauftragter der Nationalen Front.⁹ Die kulturellen Anforderungen, die die Staatsführung an eine Großveranstaltung wie die Ostseewoche stellte, sollten folgerichtig in einer Kulturkommission erörtert, geplant und ausgeführt werden. Künstler, Theaterensembles und Kulturgruppen aus den Zielländern der Ostseewoche sollten durch dieses Gremium eingeladen werden und bereits in der Vorbereitungsphase vor der eigentlichen Ostseewoche durch Auftritte in der DDR den internationalen kulturellen Austausch zwischen den Ostseestaaten fördern. Leitende Verantwortliche in der Kulturkommission waren ein Mitglied der Bezirksleitung der SED, ein Angehöriger des Rates des Bezirkes Rostock und ein Mitglied des Kulturbundes der DDR.

Für die Organisation des großen Sommerzeltlagers der Jugend in Graal-Müritz und die Mobilisierung der gesamten Jugend des Ostseebezirkes in Organisationseinheit mit der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation wurde folgerichtig die Kommission Jugend gegründet, welche ihrerseits eng mit der Kommission Sport zusammenarbeitete. Letztere sollte für die reibungslose Durchführung der Massen- und Einzelsportwettkämpfe sowie der Friedensregatta am Ende der Ostseewoche Sorge tragen. Interessant ist die Forderung, dass die Sportkommission dafür verantwortlich sei, in Vorbereitung der Ostseewoche mehrere Segeljachten mit »Agitationstrupps« zu besetzen und diese »[...] entlang der Küste der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.«¹⁰ Pläne wie dieser zeigen auf, wie kleinteilig und kostenintensiv die Ostseewochen bereits vor ihrer ersten Durchführung angelegt waren. Um die tatsächlichen Ausgaben unter Beobachtung zu halten und Finanzpläne zu erstellen, wurden Mitglieder der FDJ, des FDGB, der Gesellschaft für Sport und Technik sowie der Deutschen Notenbank beauftragt, eine Finanzkommission zu bilden. In enger Koordination mit der Finanzkommission stand die Organisationskommission. Neben der Durchführung der Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer war sie sowohl für die Auswahl der Mitglieder als auch für die Unterbringung der Delegationen und Ehrengäste aus den einzelnen Ländern zuständig. Weiterhin wurde in der Organisationskommission entschieden, welche Veranstaltungen und Betriebe durch ausländische Gäste zu besuchen waren und wie man in Zusammenarbeit mit der Bezirkskommission für gesamtdeutsche Arbeit »Werktätige« aus Lübeck, Hamburg, Kiel und Bremen in die laufenden Vorbereitungen mit einbeziehen konnte.¹¹ Eine ähnlich strukturierte Kommissionstätigkeit sollte nach dem Beschluss des ZK der SED auch auf der Ebene der Kreisleitungen der SED in

⁹ LAG, IV/2/18/1436, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Vorbereitung und Durchführung der Ostseewoche, S. 5.

¹⁰ LAG, IV/2/18/1436, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Vorbereitung und Durchführung der Ostseewoche, S. 6.

¹¹ Ebd., S. 8.

Zusammenarbeit mit der Nationalen Front entstehen. Stichtag hierfür war der 1. Dezember 1957.

Die Ostseezeitung, Organ der SED im Bezirk Rostock, veröffentlichte am 1. Februar 1958, vier Monate nach dem offiziellen Beschluss zur Durchführung der Ostseewoche, eine umfangreiche Darlegung von Sinn und Zweck der kommenden Veranstaltung. Auch hier wurde auf die historische Rolle der Ostsee als »Meer des Miteinanders und des Handels« zurückgegriffen, deren Frieden jedoch immer wieder durch den deutschen Imperialismus, der sie zum »germanischen Meer« deklarierte, bedroht und vernichtet wurde.¹² Der Autor des Artikels schlug einen Bogen von den »Schüssen der Aurora« zur Gründung der sozialistischen Staaten im Ostseeraum. Die »Bonner Atomrüstung« und den Ausbau der westdeutschen Kriegshäfen an der Ostsee setzte er in Gegensatz zum polnischen Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie Zone und einen Nichtangriffspakt zwischen allen Ostseeländern. Die Ostseewochen, deren einziger Zweck die Schaffung von Frieden sei, wurden auch in diesem Artikel direkt als Gegenstück zur Kieler Woche bezeichnet. In Dänemark wurde die Ostseewoche bereits am 2. Januar im DKP-Parteiorgan »Land og Folk« angekündigt. Der Ton des kurzen Artikels war im Gegensatz zu den Veröffentlichungen in der Ostseezeitung bemerkenswert nüchtern gehalten. Es fiel weder ein Wort über den Sinn und Zweck der kommenden Veranstaltungen in Rostock noch wurde das Motto »Ostsee, Meer des Friedens« erwähnt. Der Redakteur beschränkte sich lediglich darauf, die Hauptveranstaltungen und deren Inhalte aufzuzählen und den Artikel mit einem Bild von Rostocks Altstadt sowie einer Ansicht des gerade erbauten Stadtteils Reutershagen II zu untermalen.¹³

Die konstituierende Sitzung des Komitees zur Vorbereitung der ersten Ostseewoche wurde am 30. Januar 1958 im Haus der Offiziere in Rostock abgehalten. Der Wortlaut der Eröffnungsrede von Karl Mewis, dem 1. Vorsitzenden der SED-Betriebsleitung, legt nahe, dass die Veranstaltungen im Rahmen der ersten Ostseewoche mehr sein sollten als Testballons, denn, so schlussfolgerte der Bezirksparteichef, die »[...] ständige Durchführung der Ostseewoche [...]« stelle einen entscheidenden Beitrag zur Herstellung des Friedens im Ostseeraum dar. Mit Karl Mewis stand ein Mann an der Spitze des Komitees, der prädestiniert dafür war, die Bestrebungen der DDR in Richtung Nordeuropa zu koordinieren. Er war 1936 zunächst nach Dänemark emigriert und übernahm nach seinem Einsatz bei den »Internationalen Brigaden« im spanischen Bürgerkrieg 1940 zusammen mit dem späteren Politbüromitglied Herbert Warnke die Auslandsorganisation der KPD in Schweden. Er beherrschte Dänisch und Schwedisch und verfügte über gute Kontakte zur Spitze

¹² BArch, B 137, B7727, Archiv für gesamtdeutsche Fragen, Betr.: Ablichtungen von Zeitungsausschnitten von den Ostseewochen 1958/67, Ostseezeitung vom 1.2.1958.

¹³ Østersøuge i Rostock i begyndelsen af juli, in: »Land og Folk« vom 2.1.1958, S. 7.

der Dänischen Kommunistischen Partei. Diese Verbindungen sollten sich bei der Vorbereitung der ersten Ostseewoche durchaus bezahlt machen, denn sämtliche organisatorische Aufgaben von der Durchführung der Werbemaßnahmen im Königreich bis zur Angabe geeigneter Personen für die dänische Ehrendellegation wurden von Kopenhagen aus dirigiert. Eine Schlüsselrolle nahm hierbei Ingmar Wagner ein. Wagner war bereits während der deutschen Besatzung Dänemarks im Widerstand aktiv gewesen, bekleidete ehemals die Funktion des Vorsitzenden des Dänischen Kommunistischen Jugendverbandes (DKU) und gehörte dem Zentralkomitee der DKP an. Seinen Platz im Folketing musste er nach den herben Stimmenverlusten für die DKP 1957 räumen. Die dänischen Kommunisten waren in der Vorbereitungsphase der Ostseewoche neben der sowjetischen KPdSU und der polnischen PVAP eine der drei Bruderparteien, mit denen die SED 1957 ein Kommuniqué über »[...] die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen, die Ostsee zu einem Meer des Friedens zu machen [...]« verfasst hatte, und die dänischen Genossen standen in regem Kontakt mit der Bezirksleitung der SED und dem Organisationsbüro des Komitees Ostseewoche, um die dänische Beteiligung an den Veranstaltungen und Foren in Rostock möglichst vorbildlich zu koordinieren. Die Einladung der dänischen Ehrendellegation¹⁴ beispielsweise wurde folgendermaßen vorgenommen: Die DKP schickte eine Liste mit geeigneten Personen, die repräsentative Berufe ausübten und zu einer Teilnahme bewegt werden sollten. Die Verantwortlichen in der SED-Bezirksleitung verschickten dann Blanko-Einladungen, und die Genossen von der DKP füllten diese aus. Unter den Eingeladenen war neben Gewerkschaftsfunktionären, Musikern, Schriftstellern und Professoren¹⁵ auch ein Mitglied des Folketings von der Partei »Radikale Venstre« (Radikale Linke)¹⁶ vorgeschlagen worden. Es ist wichtig zu beachten, dass die hier ausgewählten Persönlichkeiten mehr oder weniger alle aus dem linken Spektrum abseits der Sozialdemokratie stammten. Die von der DDR-Regierung geforderte größtmögliche Aufmerksamkeit und Wirkung

¹⁴ LAG, IV/2/18/1450, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Agitatorisch-propagandistische Vorbereitung der Ostseewoche 1958, Danmarks Kommunistiske Parti an die Bezirksleitung der SED, z. H. Karl Zylla, 30.04.1958, Übersetzung aus dem Dänischen ins Deutsche.

¹⁵ Der Vorgeschlagene war der Philosoph und Professor Jens Jørgen Frederik Theodor Jørgensen.

¹⁶ Die Partei Radikale Venstre hatte sich 1905 von der Liberalen Partei abgespalten und vertrat eine anti-konservative und pazifistische Linie. Abgeordnete stimmten 1940 gegen militärische Maßnahmen anlässlich des deutschen Einmarsches in Dänemark und 1949 gegen einen Beitritt Dänemarks zur NATO. Der für die Teilnahme an der Ostseewoche 1958 vorgeschlagene Abgeordnete war Morten Larsen. Offenbar war Larsen zwar ein Linksliberaler, jedoch entwickelte er auch in den folgenden Jahren Sympathien für die Kommunisten. Bei einer Abstimmung 1960 im Folketing stimmte er beispielsweise als einziger Nicht-Kommunist für einen Antrag der DKP.

in der dänischen Öffentlichkeit und im Parlament ließ sich zumindest mit dieser Delegation nicht durchsetzen.

Eine Probe aufs Exempel

Nach langen Monaten der Vorbereitung und Planung in den verschiedenen Gremien und Komitees der Partei- und Massenorganisationen wurden die Bürger der Stadt Rostock mit viel politischem Pathos dazu aufgerufen, noch einmal alles dafür zu tun, die Stadt ansehnlich und sauber zu gestalten:

»Sind auch Sie gerüstet? Ist Ihr Haus geschmückt? Von uns, liebe Rostocker, hängt es ab, welche Eindrücke unsere Nachbarn vom Leben und Treiben im ersten Arbeiter- und Bauernstaat Deutschlands mit in ihre Heimat nehmen. [...] Tatsache ist, daß die westlichen Imperialisten dabei sind, von Schleswig-Holstein aus die Ostsee in ein NATO-Meer zu verwandeln und zum Aufmarschgebiet für ihre kriegsgerischen Absichten zu machen [...] Darum sprechen Sie heute noch mit Ihrem Nachbarn, bereiten Sie Fahnen und Transparente vor. Kein Rostocker darf bei der großen Eröffnungskundgebung am 5. Juli 1958 16:00 Uhr auf dem Ernst-Thälmann-Platz fehlen.«¹⁷

Bereits einen Tag vor der großen Eröffnung der ersten Ostseewoche begann die Industrie- und Landwirtschaftsausstellung. Auf der Ausstellung wurden die Errungenschaften der DDR-Volkswirtschaft publikumswirksam in Szene gesetzt, um mögliche Handelspartner auf Erzeugnisse »Made in GDR« aufmerksam zu machen. Die Eröffnungskundgebung zur 1. Ostseewoche fand am 5. Juli 1958 auf dem Neuen Markt in Rostock statt.¹⁸ Neben der Rede Walter Ulbrichts wurden hier Grußbotschaften der FDJ aus den Kreisen des Ostseebezirks verlesen, die am Tag zuvor auf Kundgebungen in den Kreisstädten verfasst worden waren. Ein norwegischer Gast beschrieb die Stimmung des Festprogramms wie folgt:

»Die Flaggen der nordischen Länder wehen in allen Strassen, aus allen Fenstern. Sie haben falsche Proportionen und oft falsche Farben, aber es ist gut gemeint gewesen und wir lassen die Flaggen ihren Gruß für die 4.000 bis 5.000 Gäste wehen, die der Einladung gefolgt sind. [...] ›Die Ostsee ein Friedensmeer‹ geht aus den Transparenten hervor. Dieses Schlagwort war der Faden der grossen Rede Walter

¹⁷ LAG, IV/2/18/1450, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Aufruf: »Liebe Rostocker! Nur noch wenige Stunden...dann begrüßen wir in unserer Heimatstadt Gäste aus der Sowjetunion, Volkspolen, Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen, und aus dem Westen unserer Heimat«.

¹⁸ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), A 13261, 4. Europäische Abteilung/Sektion Schweden, Betr.: Vorbereitung zur 1. Ostseewoche, Veranstaltungsplan, Rostock, 2.5.1958, S. 63.

Ulbrichts auf dem Ernst-Thälmannplatz anlässlich der Eröffnung der Ostseewoche. Es war eine riesenhafte Demonstration mit Zehntausenden von Menschen, unter dem Aufmarsch der Jugend in Blauhemden mit Fahnen und Flaggen, so daß man an Bilder aus der Nazizeit erinnert werden mußte – damals waren die Hemden braun. Sportjugend, Soldaten, Matrosen, Gewerkschaftsleute, Männer, Frauen und Kinder füllten den weiten Platz. Alle Angriffe gegen die westdeutsche Politik wurden mit Jubel begrüßt.«¹⁹

Unter den tausenden einheimischen Zuhörern der Eröffnungsrede befanden sich 455 Besucher aus Dänemark. Sie stellten unter den ausländischen Gästen des Jahres 1958 die größte Gruppe, dicht gefolgt von den Freunden aus »Volkspolen« (419). Die nächstgrößere Gruppe mit 253 Teilnehmern kam aus Schweden, während aus Finnland und Norwegen lediglich 165 beziehungsweise 139 Menschen den Weg nach Rostock gefunden hatten.²⁰ Aus der Bundesrepublik waren etwas mehr als 200 Besucher nach Rostock gereist. Eine offizielle Delegation oder Teilnehmer mit höheren politischen oder gesellschaftlichen Funktionen konnte jedoch nicht verzeichnet werden. Der erste Abend wurde mit einem Festprogramm auf dem Platz der Jugend unter Mitwirkung von Volkskunstgruppen, dem Ensemble der Deutschen Grenzpolizei und dem Erich-Weinert-Ensemble²¹ beschlossen. War der norwegische Gast bei der Eröffnungskundgebung noch eher kritisch über die propagandistische Prägung der Veranstaltung, so zeigte er sich vom Abendprogramm sehr angetan:

»Man hatte an nichts gespart. Die Delegationen rückten von Norden und Osten an und am Einweihungstag war der riesengroße Platz der Jugend am Abend von zehntausenden von Menschen angefüllt, zu einer Veranstaltung, die einem fast den Atem nahm. Der Platz ist als Amphitheater gebaut mit zwei Bühnen und hier erlebte man eine Regiekunst, von der man nicht glauben sollte, daß sie in einer relativ kleinen Stadt möglich wäre. [...] es war eine großartige technische Veranstaltung mit Lautsprechern, die das Wort an tausende von Zuschauern hinausführten. Es waren kleine Szenen, wo professionelle Schauspieler auftraten, es waren Tanz-Ensembles, Musik großer Orchester, Gesang von Solisten und Chören, und es waren Massenauftritte mitten unter den Zuschauern. Eine Schar Reiter stürmte durch den Mittelgang hinein und machte Halt gegenüber der Scene; Traktoren in Reih und Glied rasten

¹⁹ LAG, IV/2/18/1450, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Agitatorisch propagandistische Vorbereitung der Ostseewoche, Übersetzung aus der norwegischen Zeitung »Dagbladet« vom 19.7.1958, »Ostdeutschland kämpft energisch um einen Platz an der Sonne«. Die relativ »holperige« Übersetzung des Artikels aus dem Norwegischen wurde vom Verfasser so übernommen, wie sie im Archiv der SED-Bezirksleitung vorliegt. Das »Dagbladet« war keine extrem linke Zeitung in Norwegen, sondern historisch gesehen mit der sozialliberalen Partei »Venstre« verbunden.

²⁰ LAG, IV/2/18/1445, Bezirksparteiarchiv Rostock, Betr.: Berichte und Einschätzungen über die Ostseewoche.

²¹ Das Erich-Weinert-Ensemble war ein Künstlerensemble der NVA.

heran auf dieselbe Art [...] das Ballett bestehend sowohl aus Erwachsenen, als auch aus Kindern, in feiner Choreographie – kurz gesagt, ein einzig dastehendes Aufgebot von 1467 Menschen. Und nichts versagte.«²²

In den nächsten Tagen wurde den Gästen, den Delegationen und der Rostocker Bevölkerung eine Vielzahl von Veranstaltungen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Sport und Bildung geboten: Neben dem Sommerzeltlager der internationalen Jugend in Graal-Müritz fand auf dem Platz der Jugend eine Großdemonstration der Pionierorganisation statt, während im Gebäude der Deutschen Post die erste Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands eröffnet wurde, an die sich einige Tage später die Frauenkonferenz anschloss. Vor allem der sportliche Aspekt spielte auf der ersten sowie auf allen folgenden Ostseewochen eine große Rolle. Von Segel- und Kunstflug über den Kampf um den »Ostseepokal« im Fußball bis hin zu Wettkämpfen in Handball, Boxen und Leichtathletik sollten die besten Sportler der DDR den Gästen internationales Format bieten. Die FDJ fand sich auf dem Ernst-Thälmann-Platz zu einer sogenannten Kampfdemonstration zusammen. Hier wurde der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats, Karl Namokel, samt seiner Rede mit Transparenten und Flaggen begrüßt, bevor sich die organisierte Jugend der Stadt und des Bezirks in einem Fackelzug zum Platz der Jugend begab, wo sie eine Aufführung mit dem Titel »Junge Artisten aus den Ostseeländern stellen sich vor« miterleben konnte. Den großen Abschluss der Festwoche bildete ein »Bootsfriedenskorso« auf der Warnow, an dem sämtliche Segel- und Sportboote Rostocks beteiligt waren. In anderen Städten des Bezirkes Rostock fanden zeitgleich zu den »großen« Ereignissen in der Bezirkshauptstadt ebenfalls Sportveranstaltungen, Konzerte, Film- und Theatervorführungen statt. Auch hier versuchte man, durch Beteiligung ausländischer Künstler und Sportler eine gewisse Internationalität zu präsentieren.

Die Führung der DDR und damit auch die Organisatoren der Ostseewoche waren während des gesamten Zeitraums der Veranstaltungen penibel darauf bedacht, möglichst wenig Anlässe für Kritik aus dem Ausland zu liefern. Dies zeigte sich nicht nur in der kleinteiligen Ausarbeitung und Planung der großen Ereignisse in den ersten Juliwochen, sondern auch kleinste Schönheitsfehler, die dem Ansehen des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden schaden konnten, sollten möglichst bereits im Vorfeld abgestellt werden: Als die Vorbereitung der Ostseewoche im Februar 1958 bereits in vollem Gange war, wurde das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Berlin von der Meldung alarmiert, dass der Fährhafen Saßnitz, das »Tor im Norden der DDR«, auf Reisende nach Schweden einen niederschmetternden Eindruck gemacht habe. Der Weg zur Fähre sei mit Fischresten aus

²² LAG, IV/2/18/1450, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Agitatorisch propagandistische Vorbereitung der Ostseewoche, Übersetzung aus der norwegischen Sprache »Dagbladet« vom 19.7.1958, »Ostdeutschland kämpft energisch um einen Platz an der Sonne«.

dem VEB Fischkombinat Saßnitz »gepflastert« gewesen und im kalten Warteraum für die Passagiere tropfe es von der Decke. Das in einer Ecke aufgehängte Porträt Wilhelm Piecks und ein Spruchband mit Losungen erschien auch den Verantwortlichen in Berlin angesichts der beschriebenen Zustände wie Hohn und man mahnte eine schnelle Abstellung der Mängel an, gerade im Hinblick auf die geplante Ostseewoche.²³

Schwieriger Austausch mit ausländischen Delegierten

Der Abschlussbericht der SED-Bezirksleitung Rostock für die Ostseewoche 1958 begann mit der Formulierung, die Veranstaltung hätte das gestellte Ziel im Wesentlichen erreicht.²⁴ Diese eher verhaltene Einschätzung des Friedensfestes wurde zunächst flankiert von Erfolgsmeldungen: Die ohnehin obligatorische Anwesenheit einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation wurde, wie in zeitgenössischen Berichten üblich, hervorgehoben. Hinzugefügt wurde der Hinweis, es sei nötig, zukünftig für einen würdigeren Empfang der Delegation zu sorgen.²⁵

Der Umgang mit der dänischen Delegation schien von Spannungen begleitet, da im Bericht explizit Diskussionen über »revisionistische Erscheinungen« erwähnt wurden, über die »Klarheit geschaffen wurde«.²⁶ Die dänischen Genossen befanden sich nach dem Parteiausschluss ihres charismatischen Führers Aksel Larsen im Jahr zuvor immer noch in Richtungskämpfen und so ist es nicht verwunderlich, dass die Rostocker SED-Führung die Ostseewoche nutzte, um die Delegation aus dem kapitalistischen Nachbarland ein wenig auf Linie zu bringen. Abgesehen von diesen ideologischen Spannungen innerhalb der DKP wurde die Zusammensetzung der offiziellen dänischen Delegation beim Komitee Ostseewoche im Gegensatz zu Schweden oder Norwegen als besonders gelungen empfunden, da durch die Auswahl von Delegierten aus allen Schichten der dänischen Bevölkerung sowohl die Ziele der Ostseewoche als auch die der dänischen Kommunisten am besten transportiert

²³ PA AA, A13261, 4. Europäische Abteilung/Sektion Schweden, Betr. Vorbereitung zur 1. Ostseewoche, Vermerk Schadow, S. 45.

²⁴ LAG, IV/2/18/1445, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Berichte und Einschätzungen über die Ostseewoche, S. 1.

²⁵ Ebd., S. 2.

²⁶ Ebd., S. 4.

Die DKP hatte sich erst im Jahr 1957 nach Unstimmigkeiten über die Entstalinisierung und die sowjetische Außenpolitik gespalten. Peter Birke: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder: Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Hamburg, 2007.

worden seien.²⁷ Unterlagen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten kommen zumindest bei der Einschätzung der Delegation für das Jugendlager zu einer etwas anderen Bewertung. Man bemängelte hier die »enge Zusammensetzung« der Delegation, die nur aus Kommunisten und Sympathisanten bestanden hätte, von denen einige bereits mehrmals in der DDR gewesen seien. Daraus und aus den Aussagen der Delegierten ergaben sich für die Verfasser des Berichtes »sektiererische Tendenzen«, die sich auch darin äußerten, dass sich die jungen dänischen Kommunisten weigerten, Versuche zu unternehmen, für zukünftige Jugendtreffen Kontakte zu sozialdemokratischen Vereinigungen aufzunehmen.²⁸ In den Diskussionsveranstaltungen traten gravierende Defizite in wichtigen Fragen des Klassenkampfes auf: Die dänischen Jugendlichen waren offensichtlich nicht überzeugt davon, dass der Sozialismus auch in Dänemark siegen würde, und begründeten diese Auffassung mit dem hohen Lebensstandard und der dänischen Gemütlichkeit.²⁹ Aus Sicht der Veranstalter des Jugendlagers konnten diese Zweifel an den Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus zwar durch die Exkursion zur LPG »Rotes Banner« in Trinwillershagen bei einigen Teilnehmern ausgeräumt werden, jedoch bleibt auch im Hinblick auf andere verzeichnete Reibungspunkte in den Aussprachen mit der Delegation ein Hauch der Unzufriedenheit.

Repräsentanten der Volksrepublik Polen, des zweiten »Bruderlandes« neben der Sowjetunion, enttäuschten die Organisatoren der ersten Ostseewoche aufgrund ihrer Zurückhaltung: Trotz Einladung war kein einziger hochrangiger Genosse aus Warschau und Szczecin pünktlich zur Eröffnungskundgebung erschienen. Auch die zahlenmäßige Stärke und Zusammensetzung der Delegation aus der Volksrepublik ließ in den Augen der Organisatoren eher zu wünschen übrig. Für das Fehlen eines »einheitlichen Handelns« der polnischen Abordnungen machte man unter anderem Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Woiwodschaften an der Ostsee mit der Zentrale in Warschau verantwortlich. Außerdem attestierte man den Polen ideologisch fragwürdige Verhaltensweisen, die unter anderem im Vorwurf des Schwarzmarkthandels durch die Delegierten während der Ostseewochen gipfelten.³⁰

Abgesehen von der KP-Zeitung »Land og Folk« hat sich die dänische Presse im Jahre 1958 in keiner Weise für die transportierten politischen und gesellschaftlichen Botschaften der Ostseewoche interessiert. Lediglich die persönliche Bestleistung der

²⁷ LAG, IV/2/18/1445, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Berichte und Einschätzungen über die Ostseewoche, S. 22 und 35. Dänische Ehrengäste des Komitees waren sieben Angehörige der Intelligenz, vier Gewerkschaftsfunktionäre, drei Kleinbauern, drei Mitglieder des ZK der DKP, eine Kindergärtnerin und 13 Hausfrauen.

²⁸ PA AA, Best. M1, A 614, Botschaft Moskau, Betr.: Einschätzung der Gäste des Komitees durch das Sekretariat des Ostseekomitees, S. 94.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd., S. 11.

späteren dänischen Olympiasiegerin Bende Velin bei der Turmspringerkonkurrenz in Rostock und die Fußball-Ergebnisse im Ostseepokal waren einigen sozialdemokratischen Zeitungen einen kurzen Bericht wert.³¹

Um sich auch einen Eindruck von der Wirksamkeit der Ostseewoche in den anderen nordischen Zielländern zu verschaffen, schienen die Verantwortlichen in Rostock zumindest im Fall von Schweden, Finnland und Norwegen nicht viel mehr als ausgewählte Presseartikel zur Verfügung gehabt zu haben, deren direkte Verbindung zur Ostseewoche darüber hinaus sehr fraglich blieb.³² Aus dem Parteiarchiv ist ein einziger Bericht eines »Informators«, der sich zu der Zeit in Schweden aufhielt, überliefert, dessen Gespräch mit dem Journalisten Alvar Alsterdal³³ und dem Verleger Carlsson ein negatives Bild von der Veranstaltung hinterlässt: Generell schienen die Skandinavier während ihres Besuches in Rostock auf Schritt und Tritt unangenehm daran erinnert worden zu sein, dass sie sich in einem kommunistischen Land befanden. Agitation und Propaganda in der Stadt wurden als »penetrant«, die Dekoration als »laienhaft und primitiv« und die Behandlung als »schlecht« empfunden.³⁴ Gegenüber der Kieler Woche wurde die Ostseewoche in dieser Einschätzung als in jeder Beziehung unterlegen bezeichnet, da sie deutlich schlechter organisiert gewesen sei und im Gesamtbild nicht ihrer Zielsetzung entsprochen habe. In diesem Zusammenhang wird besonders deutlich, welchen Stellenwert die Besucher dem Friedenscharakter der Ostseewoche beimaßen, denn es wird auch hier auf den bereits genannten Kontrast hingewiesen, dass die Ostseewoche 1958 zwar ständig mit Seitenhieben auf den angeblichen Militarismus der Kieler Woche verwies, jedoch beispielsweise auf der Modellbauschau der Jungen Pioniere ein großer Teil der präsentierten Exponate Kriegsschiffe waren und die Pressekonferenz zum Thema Friedliche Koexistenz im Haus der Offiziere stattfand. Insgesamt schien auch das Gesamtbild der Stadt mit dem gewaltigen Polizeiaufgebot ungewohnt und wenig einladend für Menschen aus Skandinavien gewesen zu sein.³⁵

³¹ Fine resultater i årets Østersø-uge, in: »Vestjyden« vom 9.7.1958, S. 2.

³² Der gute Eindruck der Ostseewochen auf schwedische Besucher wurde damit untermauert, dass der schwedische Verkehrsminister anlässlich einer Reichstagsdebatte Mitte Juli 1958 darauf hinwies, dass die Fährlinie Saßnitz-Trelleborg mehr Aufmerksamkeit verdiene und dass die »Trelleborg Allehanda« in ihrer Ausgabe vom 22.7.1958 den neu erbauten Warnemünder Hafen erwähnt. PAAA, A614, Botschaft Moskau, Berichte und Informationen über die Ostseewoche, Betr.: Einschätzung der Vorbereitung und Durchführung der Ostseewoche 1958 durch das Sekretariat des Ostseekomitees, S. 2.

³³ Alvar Alsterdal (1926–1991) war langjähriger Mitarbeiter der sozialdemokratischen Tageszeitung »Arbetet« in Malmö und Vater der Autorin Tove Alsterdal.

³⁴ LAG, IV/2/18/1450, Bezirksleitung der SED Rostock, Abt. Agitation und Propaganda, Betr.: Agitatorisch-propagandistische Vorbereitung der Ostseewoche (1958), S. 151 f.

³⁵ Ebd., S. 154.

Begrenzte Wirkungen in die nordeuropäischen Länder

Neben aller Übertreibung und Schönfärberei wurden auch Probleme angesprochen, deren Lösung man zukünftig erwartete: Das größte Manko dieser und auch folgender Ostseewochen war für die Partei- und Staatsführung mit Sicherheit das Fehlen von offiziellen Kontakten in die kapitalistischen Länder Nordeuropas. Im internen Bericht zur ersten Ostseewoche machte man dafür unter anderem die fehlende Mitwirkung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und der zuständigen Stellen im Außenhandel verantwortlich. Dass die Schuld am Fehlen hochkarätiger Gäste unter den gegebenen außenpolitischen Umständen wohl weder bei dem im sogenannten nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ohnehin nicht anerkannten MfAA noch beim Wirtschaftsministerium und dessen mangelnder Mitwirkung lag, sollte eigentlich den Verfassern des Berichts klar gewesen sein. Für die nächsten Ostseewochen wurde besonderes Gewicht auf folgende Punkte gelegt: Es sollten Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, parlamentarischen Kreisen, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach Rostock kommen. Diese Forderungen galten ebenfalls und besonders für die zukünftigen Besucher aus der Bundesrepublik.³⁶

Großes Augenmerk richtete das Komitee Ostseewoche in der DDR auf die Anwesenheit von Sozialdemokraten aus Westdeutschland.³⁷ Es reichte offensichtlich auch in diesem frühen Stadium der Veranstaltung nicht aus, dass »die westdeutschen Freunde«³⁸, angereist mit 214 Personen, von der Ostseewoche beeindruckt waren, denn viel mehr Gewicht legte die Rostocker Bezirksleitung auf die spärlichen Berichte in der »bürgerlichen« Presse der Bundesrepublik, aus deren Reaktionen die Partei- und Staatsführung das Fazit zog, dass die »...Kieler Woche in der Ostseewoche ihr sozialistisches Gegenstück gefunden hat«³⁹. Die repräsentativen und propagandistischen Ansprüche der Friedenswoche wurden 1958 auch von der Springer-Tageszeitung »Die Welt« unter dem Titel »Ulbricht wirbt um Ostseeländer – Gegenstück zur Kieler Woche in Rostock eröffnet« aufgegriffen. Der Artikel behandelt interessanterweise sämtliche Kristallisationspunkte der Veranstaltungen.

³⁶ LAG, IV/2/18/1450, Bezirksleitung der SED Rostock, Abt. Agitation und Propaganda, Betr.: Agitatorisch-propagandistische Vorbereitung der Ostseewoche (1958), S. 4.

³⁷ Aus dem Referat des Genossen Otto Grotewohl auf der 33. Tagung des Zentralkomitees »Die Entwicklung Westdeutschlands nach den Wahlen«, in: Neues Deutschland vom 23.10.1957, S. 4. – Man versuchte speziell den linken Flügel der SPD anzusprechen und eine Art Volksfrontgefühl gegen die CDU bei den Sozialdemokraten in Bonn wachzurütteln. Auch dazu passten die Bemühungen der Organisatoren der Ostseewochen, Sozialdemokraten für die Propaganda von der »Friedenszone Ostsee« zu erwärmen.

³⁸ LAG, IV/2/18/1445, Bezirksleitung der SED Rostock, Mitarbeiter für Internationale Verbindungen, Betr.: Berichte und Einschätzungen über die Ostseewoche, S. 5.

³⁹ Ebd.

Er weist zum einen darauf hin, dass die Ostseewoche ähnlich wie die Kieler Woche ein großes sportliches und kulturelles Ereignis sei, dass jedoch zum anderen auch Propaganda betrieben werde und die Vermutung bestünde, die DDR wolle mit den angestrebten Verhandlungen über eine atomaffenfreie Zone in Mittel- und Nordeuropa die internationale Anerkennung durch die Hintertür erreichen.⁴⁰

Im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten fasste man die Erfolge der Ostseewoche in Richtung Westdeutschland noch weniger positiv auf. Die Zuständigen konstatierten zwar eine generelle Beachtung der Ereignisse in Rostock, die besonders auf die Rede Walter Ulbrichts auf der Eröffnungsveranstaltung zurückgeführt wurde, mussten sich jedoch eingestehen, dass unter den Besuchern aus der Bundesrepublik kaum Personen von öffentlicher Bedeutung oder Einfluss gewesen seien. Eine Wirkung auf Arbeiter der »westdeutschen Küstenbezirke« [sic!], beziehungsweise auf die Öffentlichkeit im Allgemeinen wurde laut Auswertung des MfAA 1958 nicht erreicht.⁴¹

Neben der Abwesenheit offizieller Delegationen und einflussreicher Personen aus den nicht-sozialistischen Staaten des Ostseeraums wird in den Einschätzungen der SED-Bezirksleitung Rostock besonders das fehlende Bewusstsein für die politische Bedeutung der Ostseewochen in der DDR selbst kritisiert. Prof. Erich Correns, Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, selbst einladende Organisation für die westlichen Länder zur Ostseewoche, ließ sich offensichtlich erst nach einer strengen Ermahnung zur Abschlusskundgebung in Rostock sehen, mit der Begründung, ihm sei erst im Urlaub die große Bedeutung dieser Veranstaltung klar geworden.⁴² An diesem Beispiel ist zu erkennen, dass das Komitee Ostseewoche, in dessen Mitgliederliste Prof. Correns als wichtigste Person direkt hinter Walter Ulbricht auftauchte, zumindest in Teilen lediglich auf dem Papier eine wichtige Funktion ausübte und dass sich offensichtlich die Komitee-Mitglieder nicht darüber im Klaren waren, welche Rolle die Ostseewochen zukünftig für die Außenpolitik der DDR spielen sollten. Für die Ostseewoche 1959 wurde eine stärkere Beteiligung aller Mitglieder des Komitees und eine Erweiterung dieses Kreises durch den Minister des Innern und den Minister für Kultur angemahnt. In dieser Richtung ist ebenfalls der Kritikpunkt zu verstehen, dass weder das »Neue Deutschland« noch die Werktätigen in der ganzen Republik verstanden hätten, dass die Festveranstaltungen nicht nur eine Sache der Bevölkerung des Küstenbezirkes wären.⁴³

⁴⁰ Ulbricht wirbt um Ostseeländer – Gegenstück zur Kieler Woche in Rostock eröffnet, in: »Die Welt« vom 7.7.1958, S. 4.

⁴¹ PA AA, A13262, 4. Europäische Abteilung/Sektion Schweden, Durchführung und Einschätzung der 1. Ostseewoche, Betr.: Abschlussbericht von der Ostseefriedenswoche 1959, S. 23.

⁴² Ebd., S. 9.

⁴³ Ebd.

Generalprobe für kommende Treffen

Die erste Ostseewoche 1958 kann mit dem aus heutiger Sicht gebührenden Abstand durchaus als Generalprobe für alle folgenden Ostseewochen gesehen werden. Die DDR hatte es geschafft, innerhalb weniger Monate eine Großveranstaltung auf die Beine zu stellen, die zwar noch keine große internationale Strahlkraft erreichen konnte, die jedoch durchaus von einigem Organisationstalent und der Fähigkeit der Genossen in Rostock und Ost-Berlin zeugte, die Verbindungen zu den »Bruderparteien« in Dänemark und den anderen nordischen Staaten gezielt zu nutzen. Neben aller berechtigten Kritik an den Organisatoren und der Durchführung der einzelnen Veranstaltungen im Rahmenprogramm ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Planung und Durchführung, vor allem finanziell und logistisch, für die DDR 13 Jahre nach dem Krieg, neun Jahre nach der Staatsgründung und einige Monate nach Abschaffung der Rationierung der letzten Waren eine Mammutaufgabe darstellte. Vor allem im Hinblick auf die immer noch andauernden Versorgungsengpässe mit Waren des täglichen Bedarfs war die Beköstigung und Unterbringung von tausenden Gästen für den Küstenbezirk schwer zu stemmen, zumal sämtliche Waren und Lebensmittel, welche für die Bewirtung der ausländischen Gäste nötig waren, quasi nicht mehr für die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung standen. Dieses Ungleichgewicht zwischen der mangelhaften Versorgung der eigenen Bevölkerung und der tadellosen Umsorgung der Gäste sollte auch in späteren Jahren ein Problem bleiben.

Andreas Linderoth

Beziehungen der DDR zu Schweden in den 1950er- und 1960er-Jahren

Der Spielplatz Ostseebezirk

Die DDR wurde nach ihrer Gründung im Jahr 1949 von den westlichen Staaten diplomatisch nicht anerkannt. Im allianzfreien Schweden standen die Verantwortlichen diesem Vorgehen anfangs unsicher gegenüber. Nach einigen Jahren stand fest, dass Schweden sich im Großen und Ganzen in die westliche Politik gegenüber der DDR einordnete, also keine offiziellen Beziehungen aufnahm. Andersherum galt Schweden der DDR als ein Schwerpunktland in ihren Versuchen, die Beziehungen zu den westlichen Staaten zu verbessern. Es war das erklärte Ziel, die diplomatische Anerkennung zu erreichen. Schweden erwies sich allerdings nicht so einfach handzuhaben, wie man es sich von ostdeutscher Seite gewünscht hätte. Trotzdem entwickelten sich unterhalb der staatlichen Ebene viele Beziehungen zwischen den beiden Staaten mit Besuchen von Schweden in der DDR und von DDR-Bürgern in Schweden. Ausländer, nicht zuletzt Skandinavier, in die DDR zu locken, damit sie vor Ort deren fortschrittliche Entwicklung selbst entdecken konnten, war ein wichtiger Teil der ostdeutschen außenpolitischen Anstrengungen. Ideologisch wollte die DDR die Überlegenheit des kommunistischen Systems gegenüber dem kapitalistischen beweisen. Die Besucher sollten politisch davon überzeugt werden, dass es notwendig sei, in ihren Heimatländern für die DDR und deren politische Ziele zu arbeiten. Das Hauptziel, zu dem diese Anstrengungen beitragen sollten, war in den 1950er- und 1960er-Jahren die diplomatische Anerkennung der DDR.

Der Reiseverkehr zwischen der DDR und Schweden ist ein Beispiel dafür, dass die Beziehungen zwischen Ost und West auf inoffizieller Ebene niemals völlig unterbrochen waren. Sie durften aber nicht völlig frei verlaufen, weil die Diktaturen in Osteuropa ihren Bevölkerungen nicht vertrauten und deren Verbindungen mit Bürgern der westlichen Staaten daher kontrollieren wollten. Dies war auch der Fall mit den ostdeutsch-schwedischen Beziehungen in den 1950er- und 1960er-Jahren. Viele der Begegnungen von Schweden und Bürgern der DDR fanden im Bezirk Rostock statt. Er war geographisch nicht weit von Südschweden entfernt und es gab eine Fährverbindung zwischen Trelleborg und Sassnitz auf Rügen seit 1897, die nur durch den Zweiten Weltkrieg drei Jahre pausieren musste und 1948 wieder aufgenommen wurde. Bis August 1961 durften DDR-Bürger die Fähre benutzen,

allerdings ohne in Trelleborg von Bord gehen zu dürfen. Die Ostseewoche wurde die wichtigste von vielen Initiativen der DDR, um Schweden und andere Skandinavier in die DDR zu locken. Schwedische Bürger konnten so relativ einfach in die DDR reisen, durften sich aber dort nicht frei bewegen und lediglich besonders ausgewählte Gebiete besuchen, vor allem entlang der Ostseeküste.¹

Für sie wie andere westliche Staatsbürger, die in der DDR weilten, gab es nur wenige Möglichkeiten, informell mit DDR-Bürgern in Kontakt zu treten. Die Staatspartei SED versuchte, alles zu kontrollieren, um jenes Bild von der DDR verbreiten zu können, das die SED-Führung vermitteln wollte. Auch wenn die Reisen von Schweden in die DDR (und die Besuche von DDR-Bürgern in Schweden) seitens DDR/SED durchorganisiert waren, heißt das nicht, dass in dieser Zeit sich überhaupt keine informellen und eher lockeren Beziehungen zwischen Ostdeutschen und Schweden etablieren konnten. Diese sind aber im Nachhinein schwierig zu entdecken und daher auch schwer zu erforschen. In diesem Beitrag geht es deshalb vor allem darum, wie die Beziehungen zwischen der DDR und Schweden, die Verflechtungen zwischen DDR-Bürgern und Schweden politisch und ideologisch von der SED, ihren Massenorganisationen und den Blockparteien der DDR instrumentalisiert wurden und wie dies sich im ostdeutschen Ostseegebiet, vor allem im Bezirk Rostock, abspielte. Um die Beziehungen der DDR mit Schweden und die Bedeutung des Bezirks Rostock dabei in den 1950er- und 1960er-Jahren zu verstehen, ist es erhellend, sie im Lichte der ostdeutschen Außenpolitik zu betrachten.

Das außenpolitische Vorgehen der DDR gegenüber Schweden

Die Zielsetzung der DDR war es, jedwede Kontakte mit Schweden zu nutzen, um die bilateralen Beziehungen auf allen Gebieten grundlegend zu verbessern und sie dann möglichst zeitnah auf politisch höheren Ebenen zu nutzen. Deshalb strebte die DDR-Führung systematisch nach offiziellen Vereinbarungen mit Stockholm. Die Verbreitung von Informationen über die DDR und die Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft besaß eine zentrale flankierende Bedeutung. Diese Propaganda sollte dazu beitragen, die Schweden davon zu überzeugen, dass eine diplomatische Anerkennung der DDR notwendig für den Frieden in Europa sei.² Informationen über die DDR wurden nicht nur über die Massenmedien verbreitet – fast jeder Kon-

¹ Andreas Linderoth: *Kampen för erkännande. DDR:s utrikespolitik gentemot Sverige 1949–1972* (= *Studia Historica Lundensia*, Bd. 9), Lund 2003, S. 48–52 (künftig zitiert: Linderoth, *Kampen för erkännande*). Über die Ostseewoche wird ausführlicher berichtet in dem Beitrag von Julian Dunz in diesem Band.

² Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), A 7581 Plan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR

takt mit Ausländern in den nicht-sozialistischen Staaten hatte die Aufgabe, über das Land und die dort vermeintlich erfolgreiche Gesellschaftsentwicklung zu unterrichten.³

Die DDR charakterisierte sich selbst, im Gegensatz zur Bundesrepublik, als ein friedliebender Staat. Die DDR symbolisiere den Fortschritt, sie schaffe im Prinzip auf allen Gebieten Neues, bisher nicht Erreichtes. Sie verkörpere aber auch das Beste aus der deutschen Geschichte. Besondere Bedeutung wurde der Darstellung der DDR als antifaschistischer Staat beigemessen. Die Präsentation des positiven Selbstbildes sollte durch die Vermittlung eines negativen Bildes der westdeutschen Realitäten mit einer Distanzierung von der Bundesrepublik Deutschland einhergehen. Diese war nach Einschätzung der DDR aggressiv, militaristisch und revanchistisch.⁴

Die Verflechtungen mit Schweden im Bezirk Rostock

Der Bezirk Rostock spielte eine besondere Rolle in den Außenbeziehungen der DDR bis Anfang der 1970er-Jahre.⁵ Die geographische Lage an der Ostseeküste und die Nähe zu Skandinavien trugen dazu bei, aber auch die Anstrengungen von Karl Mewis, dem Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock (1952–1961) und Kandidat des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei (1958–1963). Während des Zweiten Weltkriegs war Mewis im Exil in Schweden, hatte Kenntnisse von den dortigen Verhältnissen und verfügte über gute Kontakte zu zahlreichen schwedischen Politikern. Der Bezirk Rostock war nicht zuletzt Schauplatz für die größte einzelne Initiative gegenüber den skandinavischen Staaten in der Außenpolitik der DDR, die Ostseewoche (1958–1975).⁶ Die Fährverbindung zwischen Trelleborg und Saßnitz war besonders wichtig, nicht nur wirtschaftlich, um den Güterverkehr zwischen den beiden Staaten zu erleichtern, sondern auch, um Informationen über die DDR zu verbreiten. Dadurch wurde es einfacher für Schweden, die DDR zu besuchen und kennenzulernen und für ausgewählte DDR-Bürger, Schweden zu besuchen.

zu Schweden (5.10.1954), S. 31 f. – PA AA, MfAA, A 9266 Plan für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Schweden (24.9.1954), S. 62–75.

³ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY30/IV2/20/47, Die Beziehungen zu den skandinavischen Ländern (streng vertraulich) (Juni-1958), S. 94. – SAPMO-BArch, DY30/JIV2/2/680 Richtlinien zur Erweiterung und Verbesserung unser Auslandspropaganda, (15.12.1959). S. 11.

⁴ Siehe Linderoth, Kampen för erkännande, S. 300–305.

⁵ Landesarchiv Greifswald (LA Gr), BL IV/A/2/19/1094, Schaffung einer Kaderreserve von Genossen, die für die internationale Arbeit in Frage kommen, S. 2.

⁶ Michael F Scholz: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration: die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR (= Historische Mitteilungen, Beihefte, Bd. 37), Stuttgart 2000.

Ein Ziel der DDR war es, den Touristenverkehr zwischen der DDR und Schweden auszubauen. Die Reisen in die DDR sollten die Besucher dazu bewegen, in ihrer Heimat Informationen über die DDR zu verbreiten und so für die ostdeutschen politischen Zielsetzungen zu werben. In die DDR strömte zwar keine Vielzahl von Reisenden, dennoch war der Besucherverkehr nicht unerheblich. 1956 besuchten 800 schwedische Touristen die DDR, im Jahr darauf waren es circa 1500. Sie weilten normalerweise im Bezirk Rostock.⁷ Es gab wirtschaftliche Ziele für den Tourismus: die ostdeutschen Fährten sollten auf der Linie Trelleborg-Saßnitz besser ausgelastet werden und Devisen einbringen, aber die politischen Ziele waren ebenso wichtig. Im Jahre 1960 hieß es in einem internen Bericht des Außenministeriums, durch die Touristenbesuche von Schweden und Dänen in der DDR seien »die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass sich ein breiter Kreis der Bevölkerung dieser Länder persönlich von der raschen ökonomischen Entwicklung, dem hohen Stand der Sozialleistungen und der kulturellen Entwicklung in der DDR überzeugen kann. Die unmittelbare Auswirkung davon ist, dass es der reaktionären Presse nicht mehr möglich ist, Hetzartikel im alten Stil über die DDR zu verbreiten.«⁸ Dies stelle einen harten Schlag gegen die Lügenpropaganda Westdeutschlands über die DDR dar und trage damit dazu bei, den Einfluss Westdeutschlands in diesen Ländern zu paralysieren.⁹ Die Touristen konnten zwischen verschiedenen Reisezielen wählen, aber nicht frei entscheiden, welche Gebiete sie besuchen wollten. Die meisten Reiseziele waren im Norden der DDR an der Ostseeküste gelegen, zum Beispiel Binz, Göhren und Sellin auf Rügen, aber auch Rostock und Stralsund. Im Jahre 1962 besuchten 30 Schweden Sellin, 1966 waren es 370. Binz wurde im Jahre 1964 von 170 Schweden aufgesucht und 1966 von circa 600.¹⁰

Schwedische Touristen wurden vom DER/Reisebüro der DDR betreut, die Fremdenführer waren von der SED nach besonderen Kriterien ausgewählt und ausgebildet. In einem Dokument der Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland (GkV) heißt es: »Die Reisen waren »nicht nur Besichtigungsfahrten durch die DDR [...] sondern mit bestimmten Zielen, die unserer Arbeit dienen, verbunden.«¹¹

⁷ PA AA, MfAA, A7811, Deutsches Reisebüro. Zentrale Leitung. Touristenverkehr Schweden-DDR (17.10.1958), S. 43.

⁸ PA AA, MfAA, LS-A-346, Ausgabe von Tagespassierscheinen an den KPP Sassnitz und Warnemünde, (1959) (streng vertraulich) S. 23.

⁹ Ebd.

¹⁰ PA AA, MfAA, A7812, Jahresberichte 1964, 1965 und 1966 der Verkehrsvertretung der DDR in Schweden (vertraulich), S. 383, 438 & 509.

¹¹ SAPMO-BArch, DY13/30 Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland. Jahresbericht 1960, S. 158. – Ebd., DY 30/IV 2/20/2, Vorlage an die Außenpolitische Kommission. (22.4.1958). – Die GkV ging 1961 in der Liga für Völkerfreundschaft auf. Entwurf einer Vorlage der Abteilung Verkehr und Verbindungswesen an das Sekretariat des ZK über die Durch-

Die Ostseewoche war für schwedische DDR-Besucher ein weiterer wichtiger Anlass, um in die Region zu reisen. Ihre Teilnehmerzahl variierte während all der Jahre sehr stark, war jedoch relativ hoch. Schweden bildeten meist die größte bzw. – nach den Dänen – die zweitgrößte skandinavische Gruppe. 1958 besuchten 253 Schweden die Ostseewoche. Im Jahr darauf waren es bereits 1.525. 1961 kulminierte die Anzahl schwedischer Teilnehmer, als 2.833 Besucher zur Ostseewoche reisten. Nach dem Mauerbau halbierte sich diese Zahl – nur noch 1.432 Schweden kamen. In den Jahren danach lag die Reisequote zwischen 1.200 und 1.400 Besuchern, um im Jahr 1967 auf 2.000 zu steigen.¹²

Viele Schweden waren, laut Berichten von Parteifunktionären der SED, zwar sehr interessiert daran, mehr über die DDR zu lernen, doch sie waren mit den durchorganisierten Reisen nicht zufrieden. Viele, die das Land besuchten, wollten lieber auf eigene Faust auf Entdeckungsreise gehen und die ostdeutsche Bevölkerung kennenlernen. Sie wollten einfach Touristen sein, Urlaub machen und nicht politische Diskussionen führen, deren Ergebnisse sie dann auch noch wieder nach Hause zurückgebracht, dort weiterverbreiten sollten. Dieser Eindruck zeigte sich sehr deutlich während der Ostseewochen in Rostock.¹³

Beziehungen mit der SKP

Schwedische Bürger anzuregen, die DDR zu besuchen, war auch ein grundlegender Bestandteil der Beziehungen der SED zu der Schwedischen Kommunistischen Partei (SKP). Die schwedischen Kommunisten galten der SED als ein wichtiger Partner in deren Bemühungen, die Beziehungen mit Schweden zu verbessern. Viele der schwedischen Besucher in der DDR waren Kommunisten, auch wenn die Verantwortlichen im Außenministerium und der Parteiapparat der SED dies mit ihren Botschaften verändern und breitere Zielgruppen erreichen wollten. Im Jahre 1963 beispielsweise schätzte man den Anteil der Kommunisten unter den schwedischen Teilnehmern der Ostseewoche auf 40 Prozent. Das hatte seine Gründe, denn die SED besaß in den 1950er-Jahren ziemlich enge Beziehungen zur SKP. Teils waren sie offizieller Natur mit der Parteileitung, teils persönlicher mit einzelnen Mitgliedern der Partei. Die Kontakte stammten nicht selten aus der Zeit, als ostdeutsche Kommunisten während der Naziherrschaft in Deutschland im schwedischen Exil waren. Die SKP unterstützte die ostdeutschen Anstrengungen nach diplomatischer Anerkennung, unter anderem, indem sie als Informant fungierte und Auskünfte

führung der Auslandstouristik der Deutschen Demokratischen Republik durch das Deutsche Reisebüro (DER) im Jahre 1958, S. 236–255.

¹² Linderoth, Kampen för erkännande, S. 283.

¹³ Ebd. S. 248–278.

übermittelte, die den ostdeutschen Genossen helfen konnten. Die schwedischen Kommunisten hatten jedoch nur begrenzten politischen Einfluss in ihrem Land. Einladungen an ihresgleichen, die DDR kennenzulernen, waren deshalb ein wichtiges Mittel, sie für eine aktive Arbeit zugunsten der DDR zu gewinnen. Im Jahr 1955 weilte zum Beispiel eine Delegation von 15 schwedischen Kommunisten in der DDR auf Studienbesuch bei verschiedenen Unternehmen und Institutionen.

Die SED war gewillt, ihre Bruderpartei zu unterstützen und hier spielte der Bezirk Rostock Ende der 1950er-/Anfang der 1960er-Jahre eine wichtige Rolle. Die schwedischen Genossen konnten in Bad Doberan eigene Schulungen durchführen. Sie können als eine ideologisch motivierte Hilfe für die schwedische Partei betrachtet werden, waren aber zugleich auch Teil der ostdeutschen Außenpolitik. So wurde 1959 in Bad Doberan im Bezirk Rostock auf Wunsch der schwedischen Genossen eine besondere Parteischule für schwedische und andere Genossen aus den nordischen Ländern gegründet. Die Initiative dazu ging von den Schweden aus, doch im eigenen Land eine solche Parteischule zu betreiben, war aus Kostengründen nicht denkbar für sie.¹⁴ – Für die SED kam sie zu einem guten Zeitpunkt. In einem Bericht für die Bezirksleitung der SED Rostock hieß diese Aufgabe, die »Lehrgänge fördern aber auch das Ansehen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates in den nordischen Ländern«.¹⁵

Die Kurse für die schwedischen Genossen, vor allem Parteifunktionäre und Nachwuchskader, wurden zwar von schwedischen Lehrern gehalten und über deren Inhalt entschieden die Schweden, aber als Ratgeber waren ostdeutsche Vertreter anwesend. Die Kosten für den Aufenthalt und ein Taschengeld bestritt die SED. Auch die schwedischen Dozenten wurden von ihr bezahlt.

1959 fanden vier 14-tägige Kurse mit je 30 Teilnehmern sowie ein viermonatiger Lehrgang für 30 Teilnehmer aus Schweden statt. Im gleichen Jahr wurde 29 schwedischen Kommunisten angeboten, ihren Urlaub in einem Ferienhaus im Bezirk Rostock zu verbringen. Im Jahr darauf, 1960, wurden zwei viermonatige Lehrgänge mit je 30 Teilnehmern veranstaltet, vier Zehn-Tage-Kurse mit je 30 Teilnehmern und ein Zehn-Tage-Kurs mit 65 Teilnehmern. Außerdem verbrachten 30 schwedische Kommunisten ihren Urlaub als Gäste der SED in Rostock. 1961 absolvierten ungefähr 260 schwedische Genossen Kurse an der Parteischule und weitere 20 hielten dort Vorträge. 1962 wurden 280 und im Jahr darauf 290 schwedische Kommunisten ausgebildet. Neben Vorträgen und Diskussionen über die Parteilarbeit der SKP gehörten Studienbesuche von Industriebetrieben, Landwirtschaftlichen Produktions-

¹⁴ Werner Schmidt: Antikommunism och kommunism under det korta 1900-talet, Lund 2002, S. 353–355 (künftig zitiert Schmidt, Antikommunism och kommunism).

¹⁵ LA Gr, BL IV/2/18/1429 Bericht über die im Bezirk durchgeführten Lehrgänge von den Bruderparteien im Jahre 1962, S. 147.

genossenschaften und anderen Institutionen zum Programm. Die Organisation dieser Studienbesuche gehörte zu den wichtigen Obliegenheiten des SED-Betreuers.¹⁶

In der Zeit, als Hilding Hagberg Parteivorsitzender der SKP war (1951–1964), gestalteten sich die Beziehungen zwischen seiner Partei und der SED relativ gut. Dennoch war man auf ostdeutscher Seite nicht zufrieden mit der Einstellung der SKP zur DDR und deren Aktivitäten zur Unterstützung der Bestrebungen nach diplomatischer Anerkennung. Die Kritik des Ersten Sekretärs der Bezirksleitung Rostock, Karl Mewis, im Anschluss an eine Reise nach Schweden 1959 ist erhellend. Verwundert registrierte der Deutsche, wie wenig die Schweden insgesamt über die DDR wussten – und das galt sogar für die höchsten Kreise der SKP. Selbst Genossen, die zuvor die DDR besucht hätten, besäßen nur äußerst bescheidene Kenntnisse über den ostdeutschen »Arbeiter- und Bauern-Staat«. Mewis behauptete, sie würden nur Berlin kennen und die Hotels, in denen sie gewohnt hätten. Doch über das tägliche Leben der dortigen Menschen wüssten sie überhaupt nichts. Überdies vertrat er die Auffassung, die schwedischen Genossen wären sich nicht hinreichend bewusst, wie wichtig es sei, den westdeutschen Imperialismus zu bekämpfen.

Zudem rief bei den Verantwortlichen der SED die Haltung der schwedischen Teilnehmer bei den Lehrgängen der Parteischule in Bad Doberan Kritik hervor: Diese hätten weit unklarere Auffassungen von der DDR als die Teilnehmer der anderen nordischen Länder. Die Schweden würden sich mehr für soziale und wirtschaftliche Fragen interessieren als für politische. Vor allem monierte man die Einstellung der schwedischen Genossen zur Berliner Mauer. Sie würden Zweifel hegen, teilweise herrsche sogar Unklarheit hinsichtlich der Notwendigkeit der Mauer und der Methoden, mit denen sie geschützt werde. Die schwedischen Genossen würden ihre Bedeutung für den Erhalt des Friedens in Europa nicht erkennen.

Die DDR hatte Schwierigkeiten in ihren Beziehungen mit Staatsbürgern aller skandinavischen Länder, die Schweden aber scheinen besonders schwer von der politischen Linie der SED zu überzeugen gewesen zu sein. Dies zeigte sich auch während der Arbeiterkonferenzen der Ostseewoche, wo die Delegationen zum großen Teil aus Kommunisten bestanden. Die Veranstalter erfuhren so von den ausländischen Teilnehmern, dass sie der Auffassung waren, es gäbe keine Freiheit in der DDR und die Bauern seien in die LPG gepresst worden. Im Jahr 1963 erhielt das ostdeutsche Außenministerium zum Beispiel Kenntnis davon, dass viele Schweden die DDR als besonders strenge Diktatur betrachteten.¹⁷ Die Auffassung, die Bun-

¹⁶ LA Gr, BL IV/2/18/1429 Übersicht über die Ferienkurse der Bruderparteien aus den nordischen Ländern, die im Bezirk Rostock durchgeführt werden (1960), S. 121–123. – Schmidt, Antikommunismus und Kommunismus, S. 355 f.

¹⁷ Andreas Linderoth: Die Außenpolitik der DDR gegenüber Schweden 1954–1972: ein Kampf um Anerkennung (künftig zitiert: Linderoth, Die Außenpolitik der DDR gegenüber Schweden), in: Jan Hecker-Stampehl (Hrsg.): Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten 1949–

desrepublik wäre der einzige richtige deutsche Staat, war keinesfalls ungewöhnlich unter den Nordeuropäern. Schweden waren in politischen Fragen bedeutend vorsichtiger als die anderen skandinavischen Delegierten. Wer von ihnen sich auf der Arbeiterkonferenz äußerte, sprach im Unterschied zu den anderen Rednern nur soziale Fragen an.

Innerhalb der SKP und in der schwedischen Presse gab es Anfang der 1960er-Jahre eine Debatte über die genannten Schulungen in der DDR. Die Partei kam zu der Entscheidung, keine Kurse mehr an der Parteischule in Bad Doberan abzuhalten. Denn man wollte nicht als abhängig von den osteuropäischen kommunistischen Parteien angesehen werden.¹⁸

Der Versuch der SED, die schwedischen Genossen zu beeinflussen, um ihre Einstellung zur Entwicklung in der DDR zu verändern, hatte wenig Erfolg in den 1950er- und 1960er-Jahren. Beide Seiten waren unzufrieden mit dem Ergebnis. Von ostdeutscher Seite bemängelte man, die schwedischen Kommunisten würden nicht genügend Gewicht auf die Deutschlandfrage legen und wären insgesamt zu passiv. Die schwedischen Kommunisten wollten, auch wenn sie finanzielle Unterstützung von der SED erhalten hatten, nicht von der SED und den anderen osteuropäischen Bruderparteien, abhängig sein.

Warum setzte dann die SED ihre Arbeit fort, über den ostdeutschen Staat und dessen gesellschaftliche Entwicklung zu informieren und Propaganda für seine Errungenschaften zu machen, wenn es nur wenig positive Ergebnisse gab? Diskussionen und Beurteilungen aus dem Parteiapparat der SED hierzu sind nicht überliefert. Zwei Gründe dürften aber wichtig gewesen sein, beide lassen sich gut unter den Stichworten Ideologie und Außenpolitik zusammenfassen. Die SED-Mitarbeiter, die ihre Politik gegenüber Schweden und den anderen West-Staaten entwickelten, waren marxistisch-leninistisch gut geschulte Parteimitglieder und in der Parteiarbeit waren Propaganda und Agitation sehr wichtige Bestandteile. Gegenüber den Schweden traten sie quasi als »Erzieher« auf, die das »richtige« Denken und Verhalten den bis dahin wenig aufgeklärten Schweden beibringen wollten. So können die Anstrengungen der DDR in Bezug auf die Schweden, die Ostdeutschland, vor allem den Ostseebereich, besuchten, als ein missionarisches Anliegen, eine missionarische Kampagne betrachtet werden. Darüber hinaus besaßen die DDR-Repräsentanten außer der Propaganda kaum andere Möglichkeiten, um außenpolitisch aktiv werden zu können.

1989 (= EKF Wissenschaft, Abt. Zeitgeschichte, Bd. 3), Leipzig/Berlin 2007, S. 137–148, hier S. 139–142.

¹⁸ Linderoth, Kampen för erkännande S. 201 f.

Steffi Brüning

Zwischen Verflechtung und Teilung

Prostitution in Rostock 1968 bis 1989

Der SED gelang es nicht, die DDR dauerhaft und vollständig abzuschließen, die Bevölkerung war nicht isoliert von äußeren Einflüssen. Begegnungen zwischen Menschen in der DDR und Personen aus demokratischen und anderen Staaten fanden auf der persönlichen Ebene immer wieder statt, auch wenn die SED unter anderem mithilfe des Ministeriums für Staatssicherheit versuchte, diese Kontakte zur Umsetzung ihrer Ziele zu nutzen, zu kontrollieren und zu überwachen, teilweise zu unterbinden. Begegnungen auf persönlicher Ebene waren der SED schließlich stets ein Dorn im Auge – konnte doch der Kontakt zu Menschen aus liberalen Staaten auch dazu führen, dass die eigene Bevölkerung vom sozialistischen Projekt abfiel, die DDR verlassen wollte oder aber auch damit beginnen würde, für Veränderungen in der DDR einzutreten.

Wie sich mitunter Menschen in der Hafenstadt Rostock begegneten, welche Möglichkeiten und Hemmnisse dabei wirkten, welche Strukturen aktiv wurden und wie sie wirkten, lässt sich unter anderem am Forschungsfeld Prostitution aufzeigen. Grundlage für die zusammenfassenden Betrachtungen bildet die Dissertation der Autorin, in der Prostitution in den Städten Leipzig, Berlin und Rostock von 1968 bis 1989 untersucht wurde.¹

Im Text wird weiblich-heterosexuelle Prostitution insbesondere im urbanen Raum, am Beispiel der Stadt Rostock betrachtet. Prostitution wird hier als sexuelle Arbeit definiert, als das regelmäßige Anbieten und Ausüben sexueller Kontakte gegen Bezahlung. Die Bezahlung konnte dabei sowohl in Geld als auch in Produkten bestehen, die dann wiederum häufig verkauft wurden.

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit dem strafrechtlichen Verbot sexueller Arbeit durch den sogenannten Parasitenparagraphen 249 des Strafgesetzbuches der DDR im Jahr 1968. Darin wurde das Fehlen einer legitimen Form von Arbeit sowie das Ausüben von abweichenden Tätigkeiten unter Strafe gestellt. Prostitution war eine dieser Tätigkeiten, daneben waren zum Beispiel Glücksspiel, »Bettelei« und ähnliches gemeint. Entlang der sozialistischen Ideologie wirkten hier vor al-

¹ Steffi Brüning: Prostitution in der DDR. Eine Untersuchung am Beispiel der Städte Rostock, Berlin und Leipzig von 1968 bis 1989, Berlin 2020.

lem arbeitspolitische Motive der SED. Sexual- und gesundheitspolitische Ansprüche rund um Prostitution wurden auf anderen Ebenen geregelt, unter anderen durch das staatliche Gesundheitswesen.

Trotz der Kriminalisierung von Prostitution existierte dieses Phänomen weiter und macht es auch deswegen interessant für eine Verflechtungsgeschichte. Auf der einen Seite wanderten Beteiligte in das sogenannte Dunkelfeld ab und versuchten, abseits bzw. unbemerkt von staatlichen Strukturen zu agieren. Sie etablierten Handlungsstrategien, die Kontakte eben auch insbesondere zu Personen aus freien Staaten aufrechtzuerhalten, um damit einen Teil ihres Lebensunterhaltes zu bestreiten. Sie schufen sich so durch die Kriminalisierung Freiräume in einem Staat, in dem dies nicht geschehen sollte. Auf der anderen Seite versuchten gerade deswegen staatliche Akteure, allen voran das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Kontrolle über Beteiligte zu erlangen. Um Sicherheit oder Schutz von Prostituierten ging es dabei nicht. Überwachung und Kontrolle funktionierten in der Praxis allerdings nie vollständig. Dieser Umstand zeigt gleichzeitig die Grenzen einer Diktatur auf.

Durch die sicherheitspolitischen Ansprüche, die die SED unter anderem mithilfe der Staatssicherheit umsetzen wollte, ist eine Fülle von Archivalien erhalten, die den Blick des Staates auf Prostitution und wesentliche Mechanismen im Themenfeld aufzeigen. Neben den staatlichen Unterlagen, auch aus lokalen Verwaltungen, medizinischen Bereichen und Gerichten, führte die Autorin Interviews mit Zeitzeuginnen. All diese verschiedenen Quellen mit ihren je eigenen Besonderheiten flossen in die Analyse ein.

Prostitution im Sozialismus

Im Selbstverständnis der sozialistischen Vordenkerinnen und Vordenker sollte Prostitution als rein kapitalistisches Phänomen zur Ausbeutung von Frauen im Sozialismus automatisch nicht mehr existieren.² Da die Realität in der DDR auch der SED zeigte, dass dieser Anspruch nicht funktionierte, erklärten Kriminologen schließlich, dass Relikte aus den Vorgängergesellschaften und der stete negative Einfluss westlicher Staaten dazu führten, dass Kriminalität im Allgemeinen nicht sofort verschwunden war.³ In der Öffentlichkeit wiederum tauchte Prostitution, wie andere für die SED unliebsame Themen, schnell nicht mehr auf. Prostitution verschwand in für große Teile der Bevölkerung nicht-sichtbare Bereiche.

Mit der Einführung des Strafgesetzbuches der DDR im Jahr 1968 wurde Prostitution in der DDR schließlich als sogenannte Asozialität unter Strafe gestellt (Para-

² August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, 2. Auflage, Berlin (Ost) 1985, S. 185–187.

³ Brüning, Prostitution in der DDR, S. 62–64.

graph 249). Freiheitsstrafen von zwei bis fünf Jahren konnten ab diesem Zeitpunkt Menschen treffen, die keiner legitimierte Form von Arbeit nachgingen und stattdessen zum Beispiel Glücksspiel betrieben, schwarzarbeiteten oder sich prostituierten. Damit setzte die SED entlang ihrer Ideologie insbesondere arbeitspolitische Ziele um und definierte Prostitution als illegitime Form von Arbeit.

Dieser Schritt verstärkte Ausweichbewegungen der Personen, die trotz der Kriminalisierung im Feld der Prostitution tätig blieben oder wurden. Insgesamt zeigt sich so, dass ein Verbot nicht zum Verschwinden des Phänomens führte, sondern neue Handlungsstrategien entstanden. Damit wird auch deutlich, dass die SED trotz ihres umfassenden Anspruchs auf Kontrolle aller Bereiche des menschlichen Zusammenlebens dies in der Praxis eben nicht umsetzen konnte. Prostitution fand im Sozialismus vielmehr im Verborgenen statt, mit spezifischen Konsequenzen für alle Beteiligten, allen voran den in diesem Bereich arbeitenden Frauen.

Neben dem Umgang mit Prostitution innerhalb der DDR aus arbeitspolitischen Motiven spielte in einem größeren Rahmen der Kontakt insbesondere von Frauen zu Männern aus anderen Staaten für die SED eine Rolle. Unkontrollierte Begegnungen machten der SED Angst. Begegnungen auf privater Ebene waren riskant für die DDR, die um jede dagebliebene Person schon allein aus arbeitspolitischen Gründen kämpfen musste. Vor dem privaten intimen Kontakt sowie Liebesbeziehungen zwischen Frauen aus der DDR und Männern aus anderen Staaten versuchte die SED daher, auf verschiedenen Ebenen zu warnen. Unter anderem in Ratgeberliteratur zur Aufklärung von Jugendlichen, wie »Mann und Frau intim« von Siegfried Schnabl oder »Denkst Du schon an Liebe?« von Heinrich Brückner, blieben Warnungen an weibliche Jugendliche über alle Auflagen hinweg erhalten. Die Autoren gaben vor, das Interesse zwischen jungen Menschen aus aller Welt verstehen zu können, allerdings müsse allen weiblichen Jugendlichen klar sein, dass eine Entscheidung für eine dauerhafte Beziehung mit diesen Männern Konsequenzen hätte. Die Beschreibung zum Beispiel der ausgereisten Ehefrau, die nun ohne Hilfe der DDR-Institutionen in einem fremden Land saß und nicht wieder zurückkönnen sollte ein Schreckensbild zeichnen für junge Frauen in der DDR.⁴

Auf einer anderen Ebene nutzte die SED Sexualität und insbesondere Prostitution als Szenario für geflohene junge Frauen, die in der Bundesrepublik und anderen Staaten – kurz im kapitalistischen System – nichts Anderes zu erwarten hätten als das »Elend«. So beschrieb zum Beispiel »Neues Deutschland« regelmäßig, dass junge Flüchtlinge bereits in den Aufnahmelagern der Bundesrepublik gezielt von »Werbern« angesprochen würden, die insbesondere junge Frauen auf die Straße

⁴ Siegfried Schnabl: Mann und Frau intim, 15. Auflage, Berlin (Ost) 1983. – Heinrich Brückner: Denkst Du schon an Liebe? Fragen des Reifealters – dargestellt für junge Leser, Berlin (Ost) 1976.

nach St. Pauli oder andere Großstädte bringen und dort zur Prostitution nötigen würden. Während junge Männer insbesondere in prekärer Arbeit in der Landwirtschaft der aufblühenden Bundesrepublik eingesetzt würden und ihnen dadurch keine andere Möglichkeit als kriminelle Tätigkeiten blieben, erwartete die Frauen und weiblichen Jugendlichen sexualisierte Ausbeutung.⁵ Interessant wäre eine Langzeituntersuchung über diese Propaganda, auch, da Begriffe wie »Prostitution« über die Jahrzehnte nahezu ausschließlich in Verbindung mit freien (westlichen) Staaten auftauchten.

Insgesamt zeigt sich durch diese gewollte Beeinflussung der (weiblichen) Bevölkerung neben anderem, dass Begegnungen zwischen Menschen stets als Gefahr für die DDR interpretiert wurden. Der Blick in die freie Welt, das Kennenlernen von Wissen und Erfahrungsräumen, auch der Austausch von begehrten Produkten, zu denen zum Beispiel Presseerzeugnisse, Musik und Literatur gehörten, waren für die SED riskant. Hier konnten Begehrlichkeiten entstehen, der Wunsch, teilzuhaben an den Vorzügen nicht-sozialistischer Lebenswelten.

Situation in Rostock

In Bezug auf das Forschungsthema zeichnete Rostock insbesondere der Anschluss an die Ostsee und damit den internationalen Schiffsverkehr, eine herausgehobene wirtschaftliche, touristische und politische Bedeutung, aus. Die Stadt war internationales Aushängeschild. In Rostock hielten sich regelmäßig eine Vielzahl potentieller Kunden von Prostituierten auf – Seeleute, Politiker, Journalisten, Unternehmer und Touristen. Seeleute blieben durch die Liegezeiten der Schiffe oft über einen begrenzten längeren Zeitraum in Rostock und kehrten regelmäßig wieder. Reisende aus verschiedenen Staaten übernachteten (zwangsweise) vorrangig im Interhotel »Warnow« in der Innenstadt oder im HO-Hotel »Neptun« in Warnemünde. Hinzu kamen Vertragsarbeiter, die zwar isoliert in Wohnheimen lebten, aber dennoch Kontakte knüpfen konnten.

In der Stadt fanden alle Gruppen Bars und Restaurants, die zu Treffpunkten wurden. Für das Themenfeld Prostitution spielen hier insbesondere die Bars rund um das Hotel »Neptun« (zum Beispiel die »Sky-Bar«) in Warnemünde sowie innenstadt-nahe Lokalitäten wie die »Storchenbar« (in der Langen Straße) und das »Trocadero« (in der Nähe des Doberaner Platzes) eine Rolle. Hier fand gleichzeitig öffentliches Nachtleben und – für Unbeteiligte oft vollkommen unbemerkt – kriminalisierte Prostitution bzw. die Anbahnung von Kontakten statt. Exklusiv für Seeleute exis-

⁵ Neues Deutschland (Berlin), Nr. 203 vom 26.8.1958, S. 2.

tierte daneben der »Internationale Klub der Seeleute« in der Rostocker Altstadt am Wendländer Schilde.

Aus den staatlichen Unterlagen, insbesondere den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, ergibt sich insgesamt der Eindruck, dass vorrangig an diesen (halb-) öffentlichen Orten erste Kontakte geknüpft wurden zwischen Männern und Frauen, die sexuelle Kontakte mit verschiedenen Personen gegen Bezahlung eingingen. In der Innenstadt galt dabei insbesondere die »Storchenbar« als Schwerpunktstätte. Sie war international unter potentiellen Kunden bekannt. Das Wissen über diese Orte wurde unter Männern breit gestreut. Sexuelle Kontakte und Begegnungen darüber hinaus fanden dann vorrangig in Wohnungen von Prostituierten und Beteiligten statt, für die die Staatssicherheit auch die Bezeichnung der »illegalen Quartiere« nutzte.⁶ Hier verlagerten sich Kontakte zwischen Menschen aufgrund der Kriminalisierung vollständig in den privaten Raum, der nur noch schwer zu überwachen und zu kontrollieren war. Die Beteiligten stellten sich darauf ein, um Verfolgung zu entgehen, und schufen durch diesen Umstand einen Freiraum, der auf langfristige Sicht nicht zu unterschätzen war. Gespräche, die in Bars und Kneipen nur andeutungsweise geführt wurden, da alle sich im öffentlichen Raum befanden und deswegen vorsichtig waren, konnten in Privatwohnungen intensiver werden. Kontakte zwischen Kunden und Prostituierten hielten, entgegen des oftmals vorgebrachten Klischees der schnellen sexuellen Begegnung, häufig über lange Zeiträume hinweg, so dass durchaus vertrauensvolle Beziehungen entstanden. Männer und Frauen blieben in Kontakt miteinander, schrieben sich Briefe, manchmal telefonierten sie, die Männer schickten Pakete, kamen bei erneuten Einreisen wieder nach Rostock oder luden die Frauen in andere Städte in der DDR ein. Sex war dabei zwar grundlegender Bestandteil, aber nicht ausschließliches Element der Begegnung.

Der »Internationale Klub der Seeleute« bildete eine in mehrfacher Hinsicht interessante Konstruktion, die sich auch in anderen Hafenstädten (Wismar, Stralsund) zeigte. Der Klub in Rostock öffnete im Jahr 1956 als Einrichtung zur Betreuung von Seeleuten und unterstand dem FDGB-Kreisvorstand Seeverkehr und Hafenwirtschaft. Zutritt hatten ausschließlich Frauen und Seeleute mit gültigem Seefahrtsbuch. Ab spätestens 1970 durften nur Frauen den Klub betreten, die im Besitz eines gültigen Hausausweises waren, häufig ohne Eintrittspreis. Die Ausweise erhielten sie laut Vorschrift nur, wenn sie eine geregelte Arbeit nachweisen konnten – zuständig für die Überprüfung war dabei die Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates der Stadt Rostock, die dafür wiederum mit dem MfS und der jeweiligen Klubleitung zusammenarbeitete. Viele weibliche Stammgäste waren als »HwG-Personen« (Personen mit häufig wechselnden Geschlechtspartnern) bei den staatlichen Institutionen registriert. Diese Registrierung bedeutete, dass das staatliche Gesundheits-

⁶ Brüning, Prostitution in der DDR, S. 253–257.

wesen ihnen sexuelle Freizügigkeit unterstellte und damit die Möglichkeit, sexuell übertragbare Krankheiten zu verbreiten. Erfasste Personen mussten regelmäßig zu ambulanten Kontrollen erscheinen. Die Anzahl, Abstände und Dauer der Erfassung wurde relativ willkürlich vom medizinischen Personal festgelegt, ohne dass verbindliche Kriterien bestanden.

Es war zumindest der Staatssicherheit darüber hinaus bekannt, dass die weiblichen Stammgäste des Klubs entweder neben einer legitimen Arbeit oder ausschließlich der Prostitution nachgingen. Gerade der sogenannte Interklub ist als staatlich regulierter und relativ abgeschlossener Begegnungsraum interessant, weil sich hier die ideologische Vorgabe von der lokalen Praxis vor Ort abkoppelte. Die genannten staatlichen Akteure waren hier offensichtlicher und bewusster in Prostitution involviert, sie duldeten die kriminalisierte Tätigkeit und stellten dauerhaft den eigentlichen Raum für Kontaktabbahnungen sogar selbst zur Verfügung. Ein Vorteil dieses Vorgehens war für staatliche Institutionen dabei gleichwohl, dass Kontrolle in einem abgeschlossenen Bereich einfacher möglich schien und Begegnungen zwischen Seeleuten und Frauen nicht im öffentlichen Stadtbild stattfinden sollten. Dass alle beteiligten Personen, Kunden, Prostituierte und Nutznießer, dabei dennoch Möglichkeiten fanden, Begegnungen nicht vollkommen zu offenbaren und in andere Räume zu verlagern, zeigt wiederum die begrenzte Wirkung derartiger kontrollierter Räume.⁷

Frauen als Informantinnen der Staatssicherheit

Die Staatssicherheit versuchte im Interklub und an anderen Orten immer wieder, durch bereits tätige Inoffizielle Mitarbeiter (IM) auf neue mögliche Informantinnen aufmerksam gemacht zu werden, um einen möglichst großen Personenkreis dauerhaft zu überwachen und gegebenenfalls disziplinieren zu können. Frauen sollten hier immer über mögliche Flucht- oder Ausreisevorhaben sowie die Beteiligung am Schwarzmarkt mit West-Produkten und Devisen berichten.

Insgesamt zeigt sich, dass Frauen sich sehr schnell auf eine Anwerbung durch die Staatssicherheit einließen. Oftmals ist in den Akten überliefert, dass die Mitarbeiter des MfS Drohungen benutzten, wie beispielsweise die Wegnahme der Kinder oder auch Inhaftierung. Diese Werbesituation sollte, nach Vorgabe der Staatssicherheit, während der Arbeit als IM entschärft werden, indem Vertrauen aufgebaut und die Tätigkeit schließlich mit eigener freiwilliger Motivation durchgeführt wurde. Eine Gesamtanalyse der Unterlagen zeigt, dass das oftmals nicht gelang. Frauen zogen sich zurück, erschienen nicht zu den angesetzten Treffen mit der Staatssicherheit oder gaben nur begrenzt Informationen weiter. Viele IM aus diesem Bereich arbei-

⁷ Ebd., S. 278–282.

teten nur eine vergleichsweise kurze Zeit für die Staatssicherheit. Das Ende der IM-Tätigkeit begründeten die sogenannten Führungsoffiziere des MfS oftmals damit, dass die betreffenden Frauen unter anderem aufgrund mangelnder Intelligenz nicht in der Lage seien, nützliche Informationen zu liefern. Mit dem heutigen Blick ergibt sich eine andere Interpretation: Möglicherweise machten Frauen sich dieses Klischee zu Nutze und entzogen sich damit bewusst, ohne mit dieser Verweigerungshaltung aufzufallen und Konsequenzen fürchten zu müssen.

Eine davon zu unterscheidende IM-Kategorie bildeten Frauen, die aufgrund sexueller Freizügigkeit in den Blick der Staatssicherheit gerieten und gleichzeitig als attraktiv, gebildet und politisch loyal eingestuft wurden. Die Staatssicherheit wollte diese Frauen für besonders relevante Männer, allen voran Wirtschaftsvertreter, Diplomaten oder Journalisten aus westlichen Staaten nutzen. Mithilfe enger persönlicher, auch sexueller Kontakte sollten langfristig Informationen gewonnen werden, die geheimdienstlich genutzt werden sollten. Hier war Sexualität Mittel zum Zweck, nicht Ziel.

Durch die IM-Tätigkeit besaßen diese Frauen oft erst die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum Männern aus anderen Staaten zu begegnen und intensiven Kontakt mit diesen zu etablieren. Die Staatssicherheit nannte den Frauen die relevanten Männer, sorgte mitunter für dauerhaften Einlass an Orten wie Interhotels, ließ die Frauen innerhalb der DDR und teilweise in andere sozialistische Staaten reisen, und verhinderte mitunter, dass Frauen von anderen staatlichen Institutionen kontrolliert wurden. Die Staatssicherheit schuf also die langfristige Möglichkeit zur Begegnung aus sicherheitspolitischen Erwägungen. Neben diesem Zweck spielten dann aber immer auch andere Ebenen eine Rolle, die nicht einkalkuliert waren und der IM-Tätigkeit widersprachen. Frauen erhielten Zugang zu westlichem Wissen, Produkten, Erfahrungen. Wie in allen anderen Bereichen der Prostitution gaben auch sie all das an andere Personen weiter. So kamen nicht nur begehrte Waren wie Strumpfhosen, Kosmetik, Presseerzeugnisse, Kleidung, Literatur, Musik und anderes in der Bevölkerung in Umlauf, sondern auch Informationen, Meinungen, Ansichten. Diese streuten sich unter den Beteiligten, anderen Frauen, Taxifahrern, Kellnerinnen und Kellnern, Familien, Freundinnen und Freunden und dadurch immer auch in weitere Kreise der Bevölkerung. Gerade diese Frauen entwickelten zudem den Wunsch, die DDR zu verlassen, um dauerhaft und ohne die Kontrolle sowie stets vorhandene Repressionsgefahr leben zu können. Mitunter gaben sie an, sich in einen der Männer verliebt zu haben und diesen heiraten zu wollen. Ob diese Begründung der Realität entsprach oder mögliche Repressionen verhindern sollte, lässt sich aus den staatlichen Unterlagen nicht rekonstruieren.

Ein Auftrag, den beide IM-Gruppen von der Staatssicherheit erhielten, bestand darin, Personen zu finden, die die DDR verlassen wollten sowie Personen auszumachen, die Flucht- und Ausreisewillige dabei unterstützen würden. Das MfS war

sich demnach zu jeder Zeit darüber bewusst, dass Begegnungen zwischen Menschen aus der DDR und freien Staaten genau dazu führen könnten. Aufgrund der Unmöglichkeit, diese Kontakte und daraus folgende Wünsche und Ziele zu unterbinden, bestand das Ziel der staatlichen Akteure darin, Versuche der Ausreise oder Flucht nicht gelingen zu lassen, Beteiligte zu bestrafen und dadurch Abschreckung für andere zu erreichen.

Kontrolle und Disziplinierung: Geschlossene Krankenanstalt Rostock

Eine geschlechtsspezifische Disziplinierungsmethode des Gesundheitswesens, die ausschließlich Frauen betraf, bildete in Rostock bis 1979 die Geschlossene Krankenanstalt (GKA).⁸ Hier erfolgten geschlossene stationäre Unterbringungen unter dem Vorwand der Verhütung von sexuell übertragbaren Krankheiten. Diese Methode ergab sich aus Denkmustern, die Frauen ab spätestens dem 19. Jahrhundert als Hauptverantwortliche für die Übertragung von Geschlechtskrankheiten ausmachten. Diesen Traditionen folgend, konzentrierte sich auch die SED insbesondere auf Frauen – und homosexuelle Männer.

Mit Einführung einer Verordnung ab 1961 war eine Einweisung in eine Geschlossene Krankenanstalt rechtlich vorgesehen für Menschen, die sich bei Vorliegen einer Infektion mit einer sexuell übertragbaren Krankheit sowohl einer ambulanten als auch normalen stationären Behandlung verweigert hatten – in der Praxis wurden diese Anstalten zu einer Art Heimersatz, in die ausschließlich weibliche Minderjährige und Frauen eingewiesen wurden, in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei und anderen staatlichen Akteuren.

Die vorhandenen Archivalien zeigen sehr deutlich, dass ein Großteil der Eingewiesenen nicht erkrankt war. Die Praxis in den Anstalten diente vielmehr dazu, von der Norm abweichende Frauen und weibliche Jugendliche kurzfristig zu isolieren, zu kontrollieren und zu disziplinieren. Der Aufenthalt dauerte im Durchschnitt circa vier Wochen und bestand in Freiheitsentzug, täglichen Abstrichen sowie anderen, teilweise gewaltvollen Handlungen.

Nachweisbar sind in wenigen Fällen auch Einweisungen in Verbindung mit dem MfS, insbesondere bei unwilligen IM, Frauen, die angeworben werden sollten, sowie Republikfluchtverdacht. Daneben diente die Anstalt in Rostock als kurzzeitige Möglichkeit der Ingewahrsamnahme während der »Ostseewoche«, die bis 1975 stattfand. Hier ging es den staatlichen Institutionen vorrangig darum, das internationale

⁸ Ebd., S. 100–110. – Florian Steger/Maximilian Schochow: Traumatisierung durch politisierte Medizin. Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR, Berlin 2016.

Aushängeschild Rostock in ihrem Sinn zu säubern. Auffällige weibliche Jugendliche und Frauen sollten aus dem Stadtbild verschwinden, um die sozialistische Propagandaveranstaltung nicht zu stören.

Das Risiko, diese oder andere Disziplinierungsmaßnahmen zu erfahren, bestand für Prostituierte und andere Frauen jederzeit, eine Wahrscheinlichkeit konnte zu keinem Zeitpunkt abgeschätzt werden. Die Frauen agierten zwar so, dass sie nicht auffielen – eine Garantie bildete das allerdings nicht.

Die Überwachungs- und Kontrollversuche verschiedener staatlicher Akteure bedingten sich dabei teilweise, widersprachen einander aber auch. Insbesondere das MfS trat häufig als unterstützender Akteur auf, um geheimdienstliche und geheimpolizeiliche Arbeit auszuführen. Dies verlief eigentlich quer zum Anspruch der SED, Prostituierte zu disziplinieren und Prostitution an sich langfristig abzuschaffen.

Verflechtung und Teilung

In den relevanten Städten, aber auch darüber hinaus, entstand republikweit ein unsichtbares, weit verzweigtes Netzwerk, durch das Prostituierte regelmäßig ihrer Tätigkeit nachgehen konnten. In der Zusammenarbeit etablierten die Beteiligten Schutz- und Hilfsfunktionen. Diese umfassten beispielsweise den regelmäßigen Zutritt zu Bars und anderen relevanten Orten, die gegenseitige Vermittlung von Kunden, den Tausch von Geld oder Verkauf von Produkten auf dem Schwarzmarkt oder auch die Ausübung sexueller Dienstleistungen in Wohnungen bekannter Prostituierter.

Um Kontakt herzustellen, nutzten Kunden und Prostituierte verschiedene Informationswege. Männer berichteten sich gegenseitig von relevanten Bars und Frauen, die sexuelle Dienstleistungen anboten. Sie gaben sich untereinander Adressen von Bars oder auch Privatadressen von Frauen, die manchmal bei Kontrollen gefunden wurden. Gleichzeitig meldeten sie sich vorab postalisch bei bereits bekannten Prostituierten und kündigten ihre Ankunft in Rostock an. Prostituierte wiederum suchten zum Beispiel Kontakt zum Personal im Hafen, das über die genauen Liegezeiten der Schiffe informiert war. Diese Informationen gaben sie untereinander weiter und warteten dann in den einschlägig bekannten Bars auf Kunden. Das Personal der Bars wiederum gab bekannten Prostituierten und Männern insbesondere aus westlichen Staaten bevorzugt Einlass. Schließlich erhielten sie durch diese beiden Personengruppen nicht nur einen hohen Umsatz für die jeweilige Bar, sondern häufig auch umfangreiches Trinkgeld in Form westlicher Währung. Daneben waren Kontakte zu Taxifahrern, Prostituierten aus anderen Städten, medizinischem Personal, Familien und anderen Involvierten grundlegend.

Mit Blick auf das Verhältnis von Frauen sowie den weiteren Beteiligten aus der DDR und Kunden aus anderen Staaten ergeben sich verschiedene Punkte, die Verflechtung trotz Teilung, oder eher Verflechtung und Teilung aufzeigen.

Verflechtung zeigt sich unter anderem darin, dass Kontakte langfristig ausgelegt waren. Schnelle einmalige sexuelle Begegnungen waren nicht unbedingt die Regel für alle Kunden und Frauen, was eines von vielen Klischees über Prostitution infrage stellt. Eine Folge für beide Seiten waren dadurch wiederkehrende Einblicke abseits staatlich organisierter oder legitimierter Kontakte. Für männliche Gäste im Hotel »Neptun« in Warnemünde beispielsweise ist nachweisbar, dass sie Beziehungen zu Frauen oft mit der Möglichkeit verknüpften, privat in Rostock zu übernachten, um der bekannten staatlichen Kontrolle im Hotel »Neptun« zu entgehen. Für die Frauen wiederum war die Begegnung im Privaten durch die Illegalität ihrer Tätigkeit Grundbedingung. Die Arbeit in Bordellen beispielsweise war schlicht nicht möglich. Die Ausweichbewegung in den privaten Raum bedeutete dabei aber nicht, dass die staatlichen Institutionen vollständig ausgeschlossen waren, sie versuchten zumindest immer, dass dies nicht passierte. Durch die IM-Tätigkeit von vielen Prostituierten bestand für Kunden immer das (oft ungeahnte) Risiko, dass Frauen Informationen an die Geheimpolizei weitergaben. In den MfS-Unterlagen zeigt sich aber auch, dass Frauen mitunter sehr genau entschieden, was das MfS erfuhr.

Insgesamt kam es durch die Begegnungen zu einem Transfer von Wissen und Erfahrungen – Kunden aus dem Westen gaben Frauen und beteiligten Dritten die Möglichkeit, aus der Ferne einen Blick in die Bundesrepublik und andere Staaten zu werfen. Die Männer brachten begehrte Produkte mit: Zeitungen, Literatur, Kleidung, Genussmittel und viele andere Produkte fanden so den Weg nach Rostock. Für die Frauen entstand mitunter durch den Kontakt und die jederzeit möglichen staatlichen Repressionen der Wunsch, die DDR zu verlassen – viele stellten Ausreiseanträge oder versuchten zu fliehen.

Innerhalb der DDR-Gesellschaft gelang Frauen durch die Begegnungen teilweise ein Aufstieg. Frauen, die regelmäßig mit finanzstarken Männern Kontakt hatten, konnten es sich mitunter leisten, erhaltene Produkte zu behalten und selbst zu nutzen. Sie wurden mit Männern gesehen, die sich mitunter allein durch ihre Kleidung und ihr Auftreten deutlich von Männern aus der DDR unterschieden. Frauen hatten so durchaus Möglichkeiten, die vielen anderen Menschen in der DDR verwehrt blieben. Andere Frauen wurden zu begehrten Händlerinnen, weil sie vom Verkauf der Waren ihren Lebensunterhalt zum Teil bestritten – was wiederum neue Beteiligte nach sich zog, die indirekt vom Begegnungsraum Prostitution mit profitierten. Gleichzeitig konnten auffallende Kontakte dabei aber immer auch Denunziation der Nachbarinnen und Nachbarn, Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und dadurch Repressionen nach sich ziehen.

Diese Verflechtung war insgesamt durch die Teilung beider deutschen Staaten und ihrer Bevölkerung bedingt und zeigte Besonderheiten, die in einem vereinten Land so nicht stattgefunden hätten. Zwischen ausländischen Kunden und Beteiligten aus der DDR zeigten sich dabei mitunter klare Hierarchien. Männer aus dem Westen standen höher als Frauen aus der DDR, nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern aufgrund ihrer Herkunft und damit verbundener Privilegien. Den Status, den Männer durch den hohen Geld- und Produktwert in der DDR ausleben konnten, waren zum Teil immens und führten dazu, dass Beteiligte aus der DDR sich dieser Status-Unterschiede sehr bewusst wurden.

Für die Frauen wiederum fehlten durch die Illegalität insbesondere Schutzräume. Wenn sie während der Tätigkeit Gewalt erfuhren, gingen sie nicht zur Polizei – schließlich hätte damit das Risiko, inhaftiert und verurteilt zu werden, im Raum gestanden. Für DDR-Beteiligte bestand insgesamt zu jeder Zeit die Möglichkeit, staatlich diszipliniert, bestraft zu werden – diesem Risiko waren Beteiligte aus dem Westen nicht in diesem Maße ausgesetzt.

Prostitution in der DDR war bestimmt durch die Ideologie der SED, die daraus folgenden Regelungen und Besonderheiten im Umgang mit sexueller Arbeit sowie auch durch die Teilung der Bundesrepublik und der DDR. Es zeigt sich insgesamt, dass im Begegnungsraum Prostitution nur schwer zu kontrollierende Möglichkeiten zum Transfer von Wissen, Erfahrungen und Produkten sowie Geld existierten, die durch die staatlichen Akteure aufgrund der Kriminalisierung erst mit geschaffen wurden. Gleichzeitig bestanden Ungleichheiten, Hierarchien und Unterschiede zwischen den Beteiligten aus der DDR und anderen Staaten zu jeder Zeit. Das Forschungsfeld Prostitution bietet damit auf viele Fragen von Verflechtung und Teilung lohnenswerte Anknüpfungspunkte.

Jakob Schwichtenberg

Besuche nach dem Untergang

Fortbestand und Pflege der Personennetzwerke auf ehemaligen Gütern im Norden der DDR

»Besuche vor dem Untergang. Adelssitze zwischen Altmark und Masuren« lautete der Titel der im Jahr 1968 von Harald von Koenigswald (1906–1971) herausgegebenen Tagebuchaufzeichnungen des Kunsthistorikers und ehemaligen Gutsbesitzers Udo von Alvensleben (1897–1961).¹ Neben Informationen über die Architektur und Geschichte einzelner Herrenhäuser enthielt das Buch vor allem eins: die Schilderung der zur Geschichte gewordenen Lebenswelt des ostelbischen Landadels. Dies betont auch Harald von Koenigswald in seinem Vorwort: »Es ist eine oft beobachtete, von der Mitwelt selten verstandene, von der Nachwelt um so mehr als Gnadengeschenk empfundene Erscheinung, daß am Ende einer Epoche, wenn die Schatten des Untergangs schon heraufsteigen, das Untergehende noch einmal in der Macht seines geschichtlichen Auftrags, oft nur für Augenblicke und vielleicht nur im Geist eines einzelnen, in seiner ganzen Großartigkeit sichtbar [sic!] wird. Ein solches Geschenk sind die Aufzeichnungen Udo von Alvensleben-Wittenmoors über die geschichtliche und kulturgeschichtliche Bedeutung der zerschlagenen und verlorengegangenen großen Besitze, der Gutshäuser und Schlösser in Ost- und Mitteldeutschland.«²

Koenigswalds Titel traf die Gefühle seiner Leser, vor allem der von der Bodenreform betroffenen Gutsbesitzer, denn der Verlust des Besitzes und der Heimat erschien wie ein »Untergang«. Alvenslebens Schilderungen ermöglichten den in der Bundesrepublik lebenden enteigneten Gutsherren und ihren Angehörigen, noch einmal die vertrauten Orte und Plätze zu durchwandern – wenn auch nur literarisch.³ Zuvor hatten bereits Mitglieder der betroffenen adligen Familien dafür Sorge getragen, dass noch vorhandene Bilder und Erzählungen in den Familienverbänden

¹ Harald von Koenigswald (Hrsg.): *Besuche vor dem Untergang. Adelssitze zwischen Altmark und Masuren*. Aus Tagebuchaufzeichnungen von Udo v. Alvensleben, Frankfurt am Main u. a. 1968.

² Ebd., S. 9.

³ Albrecht Lehmann: »Grafenerzählungen«. Gehobene Heimat- und Erinnerungsprosa für Bürger von heute, in: Carola Lipp (Hrsg.): *Medien populärer Kultur. Erzählung, Bild und Objekt in der volkskundlichen Forschung*, Frankfurt am Main u. a. 1995, S. 60–70 (künftig zitiert: Lehmann, *Grafenerzählungen*).

zusammengetragen wurden.⁴ Doch dabei blieb es nicht. Immer wieder führte das Verlangen, die verlorene Heimat wiederzusehen, dazu, dass einzelne Familienmitglieder sich in die DDR begaben. Auch bestand vielfach Kontakt zu ehemaligen Angestellten oder den örtlichen Pastoren.⁵ Auf Letztere soll weiter unten eingegangen werden. Anders als in den von Alvenslebenschen Tagebuchblättern gezeichneten Bildern, bedeuteten die »Besuche nach dem Untergang« für die in Westdeutschland lebenden Adligen einen krassen Gegensatz zwischen ihren Erinnerungen und der sozialistischen Gegenwart.⁶

Die Hoffnung, einige zurückgelassene Inventar- und Erinnerungsstücke aus den teilweise fluchtartig verlassenen Gutshäusern zu bergen, veranlasste Familienangehörige der ehemaligen Besitzer bereits wenige Monate nach der Bodenreform zur besuchsweisen Rückkehr in ihre frühere Heimat, so auch Reinhild Gräfin von Hardenberg im Jahr 1946. In ihren Erinnerungen beschreibt sie die Stimmung der Ortseinwohner wie folgt: »Manche Menschen grüßten mich sehr freundlich, aber viele wandten den Kopf ab oder wechselten sogar die Straßenseite, wenn sie meiner ansichtig wurden.«⁷ Unterkunft erhielt sie bei der ehemaligen Wirtschafterin des Gutes, zu der weiterhin ein von Sympathie geprägtes Verhältnis bestand. Die vormalige Angestellte scheint auch verbliebene Erinnerungstücke, wie zum Beispiel 200 Bücher aus der Bibliothek des Staatskanzlers von Hardenberg und dessen Sèvres-Porzellan-Service, für die Familie verwahrt zu haben. Von Letzterem sind allerdings nur vier Teller erhalten geblieben, der Rest war zum »Scherbenhaufen« geworden.⁸ Reinhild Gräfin von Hardenbergs Besuch blieb glücklicherweise ohne Folgen, anders als das Beispiel von Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg (1912–1996) zeigt. Bereits Ende April/Anfang Mai 1945 war der Sohn des letzten mecklenburgischen Großherzogs von Schloss Wiligrad nach Schleswig-Holstein geflohen, kehrte aber am 12./13. Mai wieder in das väterliche Schloss Ludwigslust zurück, um den

⁴ Landeshauptarchiv Schwerin (LHAS), 10.9-B/23 Familie von Bülow, Karton I, Nr. 4, Kurt von Bülow: Familienbilder, in: Rundbrief der Familie von Bülow, November 1956, S. 25 f.

⁵ Renate von Hardenberg erwähnt in einem Brief an Ingeborg Schaudig vom 11.11.1947, dass sie in Berlin ehemalige Angestellte des Gutes Neuhardenberg traf, die sogar Lebensmittel für die vertriebenen Gutsherren mitgebracht hatten. Günter Agde (Hrsg.): Carl-Hans Graf von Hardenberg. Ein deutsches Schicksal im Widerstand. Dokumente und Auskünfte, Berlin 1994, S. 155.

⁶ Im Jahr 1979 schreibt Kunz von Lochow nach einem Besuch seines alten Gutes: »Das Wiedersehen mit der Heimat Lubnitz/Zauch-Belzig war bitter, aber kein zu großer Schock, weil ich die Entwicklung bis 1953 noch miterlebt habe.« Domstift Brandenburg, Domstiftsarchiv, BRV 133/130, Der Kurier, Jg. 1979, Nr. 174, S. 11. – Reinhild Gräfin von Hardenberg: Mein Elternhaus (künftig zitiert: Hardenberg, Elternhaus), in: Ostdeutsche Sparkassenstiftung im Land Brandenburg (Hrsg.): Quilitz. Marxwalde. Neuhardenberg 1348–1998. Zeugnis deutscher Geschichte und europäischer Baukunst, Dresden 1998, S. 132–144, hier S. 144.

⁷ Hardenberg, Elternhaus, S. 143.

⁸ Ebd.

Transport von Möbeln nach Glücksburg zusammenzustellen. Die drohende Gefahr verkennend, blieb er auch nach dem Abzug der britischen Truppen aus Ludwigslust vor Ort und wurde unmittelbar nach der Übergabe des westlichen Mecklenburgs an die Rote Armee am 1. Juli 1945 festgenommen. Eine achtjährige Odyssee folgte, erst zum Weihnachtsfest 1953 kehrte er aus der Sowjetunion zurück.⁹

Vor dem Hintergrund dieses Falls werden die Ängste verständlich, die ein Besuch auf den ehemaligen Besitzungen bei den Familienangehörigen auslöste. Noch im Jahr 1957 warnte die Zeitschrift »Deutsches Adelsarchiv« ihre Leser vor »unnötigen Reisen in die Sowjetzone«.¹⁰

Doch nicht nur der Blick von außen schätzte die Folgen eines Besuches der enteigneten Gutsbesitzer als unvorhersehbar ein, sondern auch der in der SBZ verbliebene Hasso von Bredow (1878–1954) riet dem früheren Gutsbesitzer Wilhelm von Bredow in einem Brief am 10. Februar 1946 von Rückkehrplänen ab. »Deiner Mutter muß ich auch darin zustimmen, wenn sie Dir abrät, hierher zurückzukehren. Bei dem augenblicklichen Schutz, den diese Provinzialregierung in Potsdam durch die jetzt hier Befindlichen genießt, ist es zur Zeit für keinen von uns möglich, etwas zu unternehmen, da dieser dann sofort festgesetzt würde, vielleicht niemals wieder zum Vorschein käme. Viele der Heimatlosen sind in Lagern auf einer Insel oder sehr viel weiter nach dem Osten gebracht worden.«¹¹ Auch von anderer Seite wurde Wilhelm von Bredow vor einer Rückkehr gewarnt. Sein Berliner Anwalt Hans Hecht schrieb ihm im Februar 1946: »Daß Ihnen, sehr geehrter Herr von Bredow, nicht jeder in Stechow wohlgesonnen ist, liegt doch offen auf der Hand. Schon in ruhigen Zeiten hat der Mensch unter seinen Mitmenschen nicht nur Freunde, viel weniger in Zeiten, in denen wir zur Zeit leben.«¹² Trotz aller Warnungen besuchte Wilhelms Ehefrau Brigitte von Bredow im November 1947 heimlich ihre Schwiegermutter auf dem ehemaligen Gut Stechow.¹³ Von der Dorfbevölkerung und den politischen Oberen blieb dieser Besuch allerdings nicht unbemerkt und wirbelte »doch allerlei Staub« auf, wie die zur Betreuung von Marie von Bredow beschäftigte Schwester Emma Eggers an die Familie nach West-

⁹ Christian Ludwig Herzog zu Mecklenburg: *Erzählungen aus meinem Leben*, Schwerin 1998, S. 141–260.

¹⁰ Ohne Verfasser: *Warnung vor unnötigen Reisen in die Sowjetzone*, in: *Deutsches Adels Archiv (DAA)*, 13. Jg. (1957), Nr. 8, S. 147.

¹¹ Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 37 FA von Bredow, Nr. 152, H. v. Bredow an W. v. Bredow, 10.2.1946, Bl. 73.

¹² Ebd., H. H. an W. v. B., 14.2.1946, Bl. 78, – Auch in späteren Jahren wird Wilhelm von Bredow berichtet, dass insbesondere der Bürgermeister der Gemeinde einen regelrechten Hass gegen den einstigen Gutsbesitzer empfand und diesen für seine Inhaftierung in einem KZ verantwortlich machte. BLHA, Rep. 37 FA von Bredow, Nr. 152, H. S. an W. v. Bredow, 7.9.1953, Bl. 228.

¹³ Ebd., Nr. 152, W. v. Bredow an M. v. Bredow, 9.11.1947, Bl. 188.

deutschland schrieb.¹⁴ Zugleich riet die Schwester von weiteren Besuchen ab, da die Gefahr einer Verhaftung bestand, hätten die offiziellen Stellen hiervon zeitiger Kenntnis gehabt.¹⁵ Doch nicht nur für Brigitte von Bredow bestand offenbar eine Gefährdung, sondern auch für die Dorfbewohner. So wurde die Witwe des verstorbenen Pfarrers Hülsen über den Besuch verhört.¹⁶

Ähnliches ereignete sich in Groß Spiegelberg. Nachdem die in der Bundesrepublik Deutschland lebende Edeltrud von Winterfeld, geborene Loebb (1903–1978) sich vergeblich um eine Aufenthaltsgenehmigung bemüht hatte, nutzte sie ihre weiterhin bestehenden Kontakte zu den ehemaligen Gutsarbeitern, um ihres verstorbenen Mannes an dessen Grab mit einem Blumengruß zu gedenken. Stellvertretend für die Witwe legte der ehemalige Kutscher des Winterfeldschen Gutes einen Kranz für den im Bautzener Gefängnis verstorbenen Hans Joachim vom Winterfeld (1881–1946) in der Familiengruft nieder. Dies blieb nicht ohne Folgen, wie aus einem Brief von Edeltrud von Winterfeld zu entnehmen ist: »Selbst das Hinterlegen von Kränzen durch den letzten Kutscher in Sp. [Spiegelberg, Anm. J. S.] brachte viel Unannehmlichkeiten und wurde dem armen Kerl fast zum Verhängnis.«¹⁷

Besuch einer Gräfin

Ungeachtet der zu erwartenden Drangsalierungen dauerten persönliche Kontakte auch weiterhin fort. Anders als bei den bisher genannten Beispielen blieb der Besuch der ehemaligen Gutsbesitzerin Elisabeth Gräfin von Schwerin (1903–1992) in Ziethen von der Bevölkerung und den Medien nicht unbeobachtet. Anlässlich des 500. Jubiläums der Universität Greifswald am 17. Oktober 1956 hatte sie eine Einladung des amtierenden Rektors, Professor Doktor Gerhard Katsch (1887–1961) erhalten. Bereits 1947, zwei Jahre nach ihrem Fortgang aus Vorpommern, hatte der Greifswalder Mediziner die befreundete Familie Graf von Schwerin-Ziethen in ihrem neuen Haus in Reinbek aufgesucht.¹⁸ Nun erfolgte der Gegenbesuch – und damit die Möglichkeit, die verlorene Heimat einmal wiederzusehen. Die Nähe zu dem nur 35 Kilometer entfernten Ziethen ließ offenbar den Wunsch keimen, wenigstens für einen Moment den ehemaligen Wohnort und die verbliebenen Bekannten zu besuchen. Um Unruhe und peinliche Situationen zu vermeiden, war der Aufenthalt im Dorf, laut den Erinnerungen ihres Sohnes, Manfred Graf von Schwerin-Ziethen (*1931), nur sehr kurz bemes-

¹⁴ Ebd., E. Eggers an W. v. Bredow, 10.11.1947, Bl. 190.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd., M. Hülsen an W. v. Bredow, 4.3.1949, Bl. 214.

¹⁷ BLHA, Rep. 37 FA Winterfeld(t), Nr. 43, E. v. Winterfeld. an Ed. v. Winterfeld, 30.10.1959.

¹⁸ Gerhard Katsch: Persönliche Eindrücke vom Leben im Nachkriegsdeutschland, Berlin 2015, S. 48.

sen. Anschließend fuhr sie nach Greifswald zurück, ohne mit jemandem gesprochen zu haben. Am darauffolgenden Tag kamen einzelne Einwohner von Ziethen in die nahegelegene Universitätsstadt, um mit der ehemaligen Gutsbesitzerin ins Gespräch zu kommen.¹⁹ Ausschlaggebend für einen Rundfunkkommentar des »Deutschlandsenders«, der etwas später in der SED-Bezirkszeitung »Freie Erde« veröffentlicht wurde, war der Besuch in Ziethen.²⁰ Doch bot diese Situation nur den Anlass, um sich allgemein über die fortwährenden Beziehungen der ehemaligen Gutsherren zu den Bewohnern und Angestellten der enteigneten Güter in der DDR zu äußern. Freundschaftliche Gesten wie das Verteilen von Zigarren und das Senden von Weihnachtspäckchen dienten demnach zur Vorbereitung von »konterrevolutionären Umtriebe[n]«. Als warnendes Beispiel wurde der ungarische Volksaufstand im Herbst 1956 erwähnt, der von Adeligen unterstützt worden sei, die zuvor im Land herumgereist waren und ein entsprechendes Netzwerk aufgebaut hatten.²¹

»Bei uns liegen die Dinge wesentlich anders: ein ehemaliger Graf mit einem Schießprügel und faschistischen Reden würde wohl kaum den Mut aufbringen, sich auf sein altes Terrain zurückzuwagen. Man kommt als Tourist, als einfacher Besucher, man operiert nicht mit Handgranaten, sondern mit einem Mercedes, nicht mit der Faust, sondern mit Päckchen, man will den Boden ein wenig auflockern.«²²

Entsprechend dieser Logik handelte es sich bei all den geschilderten Handlungen der Gräfin von Schwerin um eine politische List, die zur längerfristigen Rückgewinnung ihres Bodens in Ziethen diene.²³ »Die Marxisten wissen um den Klassenkampf. Er beginnt mit dem Auftreten der Gräfin von Schwerin deshalb, weil in ihrem Auftreten unversöhnliche Fronten aufeinandertreffen: die alten Landarbeiter, die ehemaligen landarmen Bauern, die wohl wie jeder Mensch auch heute noch ihre Sorgen haben, [...], und eben jene Schwerin und Bismarck, die lieber heute als morgen das bei uns Geschehene ungeschehen machen und die alten Verhältnisse wiederherstellen wollen.«²⁴ Eine Chance hierzu sah der Autor nicht, obwohl vereinzelte Kontakte zwischen Gutsherren und Landarbeitern weiterhin bestehen würden.

¹⁹ Zeitzeugengespräch Manfred Graf von Schwerin-Ziethen, 3.7.2018.

²⁰ Manfred Klein: »Gräflicher« Besuch (künftig zitiert: Klein, Besuch), in: Freie Erde, Jg. 1957, Nr. 76, S. 4.

²¹ Ebd., S. 4. Die Beteiligung des ungarischen Adels am Volksaufstand wurde auch bei der Filmbesprechung des ungarischen Kinofilms »Die Kluft« erwähnt. Inhaltlich handelt die Geschichte von dem Gegensatz zwischen Großgrundbesitzern und landarmen Bauern und dem daraus resultierenden Kampf gegen diese Besitzverteilung auf dem Land. »Ein Film, der gerade gegenwärtig so aktuell ist, weil es die ehemalige herrschende Klasse in Ungarn mit blutigem Terror erst vor kurzem versucht hat, ihre Herrschaft wieder aufzurichten.« F. Pohl: Ein Film, der allen gefiel, in: Freie Erde. Ausgabe Anklam, Jg. 1957, Nr. 31, S. 6.

²² Klein, Besuch, S. 4.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

Vielmehr sei die Mehrheit der Landbevölkerung sich der Wohltaten des Sozialismus bewusst, die ausreichten, um mit den »gräflichen« Gutsherren zu brechen.²⁵

Wenngleich der Autor des Artikels für die Landbevölkerung eine überzeugte sozialistische Einstellung annahm, stellte der Besuch der Gräfin in den Augen der SED eine Provokation dar. Doch scheint diese auch nach den Schilderungen über ihren Besuch in Ziethen in keinem schlechten Licht gestanden zu haben. So erwähnte Manfred Graf von Schwerin-Ziethen, dass nach der Wiedervereinigung einzelne Dorfbewohner den Kontakt zu der bei Hamburg lebenden ehemaligen Gutsbesitzerin suchten. Er selbst war unmittelbar nach dem 9. November 1989 in Ziethen und wurde von der Dorfbbevölkerung überschwänglich begrüßt.²⁶

Mit Erstaunen wird die ehemalige Besitzerin des Gutes Ziethen die Pressenotiz in der Hamburger Zeitung »Die Zeit« im April 1957 gelesen haben. Beigemessen scheint sie dem Artikel viel zu haben, denn er fand Eingang in ihr seit dem Jahr 1945 geführtes Gästebuch.²⁷ Der Journalist des Zeit-Artikels nutzte diese Episode, um seine Kritik am Umgang mit dem kulturhistorischen Erbe auf dem Gebiet der DDR zu äußern. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch den bevorstehenden Abriss des Geburtshauses von Otto Fürst von Bismarck in Schönhausen an der Elbe. Dieser »Klassenkampfeifer« der SED widersprach nach Auffassung des Zeit-Autors der Meinung der Bevölkerung. Somit zeigte der Artikel einerseits, dass sich die Machthaber der DDR der Fragilität des sozialistischen Bewusstseins auf dem Lande bewusst waren. Andererseits gab er den bundesdeutschen Lesern den Glauben, dass trotz Bodenreform und Zwangskollektivierung die Ideologisierung der ländlichen Gesellschaft gescheitert war. Sarkastisch fällt folglich die Quintessenz aus: »Was würde wohl aus dem Klassenkampf, wenn es keine Gräfinnen mehr gäbe.«²⁸

Beide Zeitungen ließen in ihren bissigen Kommentaren jedoch unbeachtet, dass die frühere Gutsbesitzerin nicht mehr ihren adligen Namen trug. Elisabeth Dietel, so hieß die verwitwete Gräfin von Schwerin seit ihrer erneuten Heirat im Jahr 1952, blieb somit trotz Namensänderung in den Augen der Betrachter weiterhin eine »Gräfin«. Es war also vor allem der adlige Name, der sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland für die politische Diffamierung des jeweils anderen Staates genutzt wurde. Größere Aufmerksamkeit bekam das Thema wohl auch dadurch, weil im selben Jahr der zweiteilige Film »Schlösser und Katen« von Kurt Maetzig (1911–2012) in den Kinos gezeigt wurde, in dem unter anderem auch der schädliche Einfluss einer »Gräfin« auf die Nachkriegsdorfgemeinschaft ihres ehemaligen Gutes thematisiert wurde: In dem ländlichen Beziehungsgeflecht wird kaleidoskopisch der zerstörerische Einfluss der im Westen lebenden, enteigneten Gutsherren für die

²⁵ Ebd.

²⁶ Zeitzeugengespräch Manfred Graf von Schwerin-Ziethen, 3.7.2018.

²⁷ Privataarchiv Graf von Schwerin-Ziethen, Plänitz.

²⁸ Ohne Verfasser: Besuch der alten Gräfin, in: Die Zeit, 9. Jg. (1957), Nr. 17.

Durchsetzung der Bodenreform gezeigt. Nach heimlicher Rückkehr in das Dorf versucht die intrigante Gräfin sogar zum Widerstand gegen die sozialistischen Machthaber aufzurufen und verspricht den zwielichtigen Zuhörern ihre baldige Rückkehr. Mangels positiver Aussicht auf Gelingen des Planes scheitert dieser Putschversuch jedoch im Keime.²⁹

Kontakte zu ehemaligen Angestellten und Verwandten

Anders als bei den eben geschilderten Ereignissen blieben wohl die meisten Besuche und Kontakte der ehemaligen adeligen Gutsbesitzer oder ihrer Angehörigen unbemerkt.³⁰ Begegnungen mit verbliebenen Verwandten und ehemaligen Angestellten gehörten zum Reiseprogramm ebenso dazu wie Treffen mit anderen Adligen in der DDR. Edelgard von Freier (*1929) berichtet beispielsweise in ihren Ausführungen über ihre Reise in die DDR im April 1955 nicht nur vom Zustand und den Verhältnissen auf dem ehemaligen Gut ihres Vaters, sondern auch von der Begegnung mit verbliebenen Standesgenossinnen in Perleberg. Hierzu gehörten zwei Schwestern von Plotho und die ebenfalls dort wohnende Eleonore Gans Edle zu Putlitz (1896–1968). Letztere war Edelgard von Freier offenbar unbekannt.³¹ Ähnlich erging es Hans Carl von Winterfeld im September 1981 bei seiner Reise in die Prignitz. Neben der ihm bekannten Alice Freiin von Maltzahn (1900–1985) begegnete er Karla Gans Edle zu Putlitz (1912–2001) – einem weiteren Mitglied des geschichtsträchtigen Prignitzer Adelsgeschlechts.³² Beide Episoden zeigen, dass die in der DDR lebenden Adligen bestrebt waren, viele Standesgenossen der näheren Umgebung mit dem westdeutschen Besuch in Verbindung zu bringen.

Trotz der Abwesenheit von ihren eigentlichen Wohnorten blieben Kontakte der ehemaligen Gutsbesitzer zu den verbliebenen Dorfbewohnern und Landarbeitern vereinzelt bestehen.³³ Bereits wenige Monate nach dem Fortgang Wilhelm von Bre-dows aus Stechow informierte ihn im Dezember 1945 ein Bewohner des Dorfes über

²⁹ Kurt Maetzig: *Schlösser und Katen* (DEFA-Spielfilm), DDR 1957.

³⁰ Exemplarisch: Joachim Freiherr von Wangenheim: Wangenheim, in: *Nachrichtenblatt. Verband »Der Sächsische Adel«*, 20. Jg. (1992), Nr. 40, S. 7.

³¹ BLHA, Rep. 37 FA von Freier, Nr. 53, Bl. 29.

³² BLHA, Rep. 37 FA von Winterfeld(t), Nr. 89, Manuskript »Reise nach Hause, in die Prignitz 13. bis 16.9.1981«.

³³ Ebd., Nr. 125, H. C. von Winterfeld an D. v. Oertzen, 15.8.1957. – Auch in der Bundesrepublik versuchten die ehemaligen Gutsherren die Verbindung zu den früheren Angestellten nicht abreißen zu lassen. Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten (1899–1997) organisierte seit 1954 alle zwei Jahre ein Treffen für die ehemaligen Gutsarbeiter in Dedendorf bei Hoya an der Weser. Zu diesen Zusammenkünften kamen zeitweise bis zu 250 Personen. Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten: *Erinnerungen eines alten Ostpreußen*, Würzburg 2007, S. 355–358.

den Zustand des Gutshauses und das Befinden einzelner Familien.³⁴ In den nachfolgenden Jahren riss die Verbindung auch zu anderen Bekannten in Brandenburg nicht ab, wie die überlieferten Briefe des Bredowschen Familienarchivs belegen. Besonders die Pflege des Familienfriedhofs bildete einen Schwerpunkt der Kommunikation. Erfreut wird Wilhelm von Bredow von der Geste einer Stochower Bewohnerin gelesen haben, die das Grab seiner Mutter am ersten Jahrestag ihres Todes mit Blumen geschmückt hatte. Doch wird er auch den Nachsatz wahrgenommen haben, der zeigt, unter welchen Bedingungen diese Freundschaftsdienste standen. »Gerne würde man auf die anderen Gräber einen Strauß bringen, aber das fällt dann doch zu sehr auf.«³⁵ Öffentliche Kritik über den Vandalismus an Grabstätten bei der Gemeinde war folglich nicht von der Dorfbevölkerung zu erwarten und gewiss auch nicht von der Familie gewünscht. Otto von Mühlenfels, ein befreundeter Adliger aus der Umgebung, berichtete im Jahr 1964 zwar, dass die meisten der Grabsteine beschädigt oder gänzlich beseitigt wurden, aber dennoch sei »der Ort nicht wüst«. Geharkte Flächen zwischen den Gräbern deutete er vielmehr als Zeichen, dass »noch Menschen mit treuer Erinnerung« dort wären.³⁶ Wilhelm von Bredow bemühte sich in der Folge dem veränderten Zustand eine positive Bedeutung zu geben und ihn als Fortsetzung der Tradition zu deuten.

»Dieser Familienfriedhof war in seiner schlichten Art ungemein würdig. [...] Jetzt ist er wieder Wald geworden, wie es mein Vater gewünscht hätte. Er sagte, daß jeder Stein zerfalle, jeder Friedhof vergehe. So wünschte er keine Blumenanlagen, sondern einen einfachen Waldfriedhof. Es ist ein tröstlicher Gedanke, daß dieser Wunsch erfüllt ist, wenn auch viel schneller, als man erwarten durfte, unter traurigstem Geschehen. Möchte der Wald dort noch lange erhalten bleiben.«³⁷

Doch nicht nur das langsame Verschwinden von Grabstätten mussten die in der Bundesrepublik lebenden Gutsbesitzer akzeptieren, sondern auch den Verlust von persönlichen Beziehungen zu verbliebenen ehemaligen Angestellten. So annoncierte der in Kloster Arnsburg lebende ehemalige Gutsherr Carl von Jagow im Jahr 1954 im »Deutschen Adels Archiv« eine Traueranzeige für den 79-jährigen Angestellten Ferdinand aus Rühstädt. »65 Jahre hat er treu zu unserem Hause gestanden, geschätzt, geachtet und geliebt von allen Gliedern und Freunden des Hauses. Ein Teil Geschichte von Rühstädt ist mit ihm zu Grabe getragen. Noch lange wird er in uns, unseren Kindern und Kindeskindern weiterleben.«³⁸ Merklich betroffen unterrichtete Wilhelm von Bredow im Oktober 1965 seine Söhne vom Tod seines ehemaligen Dieners Rix. »Mich hat die Nachricht mehr bewegt, als der Heimgang

³⁴ BLHA, Rep. 37 FA von Bredow, Nr. 152, R. Horst an W. v. Bredow, 6.12.1945, Bl. 62 f.,

³⁵ Ebd., Bl. 224, A. W. an W. v. B., 10.12.1950.

³⁶ Ebd., Bl. 233, W. v. Bredow an seine Kinder, 6.8.1964.

³⁷ Ebd.

³⁸ Traueranzeige: »unser lieber guter alter Ferdinand«, in: DAA, 10. Jg. (1954), Nr. 82, S. 115.

vieler, mir hier im Westen nahestehender Menschen. Von Dezember 1906 bis zum April 1945 war uns Rix treu verbunden. Er gehörte zu unserem Hause genauso wie sein Vorgänger, der sechzig Jahre bei uns war. Beide zusammen dienten uns etwa 100 Jahre. Beide waren uns Freunde und Kameraden. Wir wollen ihr Andenken in hohen Ehren halten.«³⁹

Nach der Wiedervereinigung zeigte sich, wie wertvoll die über die Zeit der Deutschen Teilung gehaltenen Verbindungen wurden, denn nicht immer begegneten die Dorfeinwohner den ehemaligen Besitzern mit Wohlwollen und Freude.⁴⁰ Der Vorsitzende des Winterfeldschen Familienverbandes, Hans-Carl von Winterfeld, schrieb hierzu im Jahr 1990:

»Die Wende im deutschen Geschehen lenkt unsere Gedanken verstärkt in die Landschaften, in denen unsere Vorfahren seßhaft waren und gewirkt haben. Die Möglichkeiten historische, mit unserer Familie verbundene Stätten aufzusuchen, werden immer besser und sollten nach meiner Meinung alsbald genützt werden; [...]. Wer schon ›drüben‹ war, wird mir recht geben. Aber, bitte, Zurückhaltung und viel Takt bei den Besuchen auf den alten Gütern! 40 Jahre lang wurden wir von den Bewohnern der DDR als ›Junker‹ und Ausbeuter hingestellt. Und das sitzt bei einigen noch ganz fest, auch wenn es oft nur so eine Redensart und vielleicht nicht ernst gemeint ist. Wer noch Kontakte zu ehemaligen Mitarbeitern hält, hat es sicher leichter, ein neues Miteinander anzugehen, als wenn man nur als dort unbekannter Erbe oder auch aus Gründen der Familienforschung ohne Ansprüche auftritt.«⁴¹

Fortbestand alter Rechte? Ehrenpatronate in Brandenburg

Neben den Kontakten zu den Verwandten in der DDR pflegten viele in der Bundesrepublik lebende enteignete Gutsherren und ihre Familien auch weiterhin den Austausch mit ihren ehemaligen Kirchgemeinden. Vielfach blieben trotz Enteignung und Ausweisung die Verbindungen zur örtlichen Gemeinde bestehen, insbesondere dann, wenn der ehemalige Gutsherr vor dem Jahr 1945 das Patronat ausgeübt hatte. Mit der Enteignung endete dieses Amt zwar offiziell, doch fühlten sich viele Gutsbesitzerfamilien weiterhin dieser Aufgabe verpflichtet und unterstützten Kirchgemeinden und Pastoren, soweit es ihnen möglich war. In fast allen Landeskirchen

³⁹ BLHA, Rep. 37 FA von Bredow, Nr. 152, W. v. Bredow an seine Söhne, 16.10.1965, Bl. 235.

⁴⁰ Ausführlich hierzu: Ines Langelüddecke: *Alter Adel – Neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg*, Göttingen 2020 (künftig zitiert: Langelüddecke, *Alter Adel*).

⁴¹ BLHA, Rep. 37 FA von Winterfeld(t), Nr. 152, Mitteilung 1/90, Ein Wort zum Nachdenken.

wurde das Patronat somit nicht formal abgeschafft, obwohl dies durch die Bodenreform bereits faktisch geschehen war.⁴²

In Anerkennung des vormaligen Wirkens und auch um dem offiziellen »Junkerbild« einen Kontrapunkt entgegenzustellen, ernannte die Berlin-Brandenburgische Landeskirche seit dem Ende des Jahres 1945 ehemalige Patrone, die sich während der Zeit des Nationalsozialismus in der Bekennenden Kirche engagiert hatten, zu »Ehrenpatronen«. Doch blieb dieser Vorgang allein auf das Gebiet der besagten Landeskirche beschränkt. Andere Landeskirchen vergaben diesen Titel nicht, scheinen aber keine Bedenken gegen den ideellen Fortbestand des Amtes gehegt zu haben. Sowohl die kirchlichen als auch familiären Netzwerke stießen auf vergleichsweise geringe Einschränkungen, was wohl vor allem daran lag, dass diese Kontakte in der Öffentlichkeit unsichtbar waren. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die Verbundenheit der meisten Gutsherren zu ihren örtlichen Kirchen nicht nur durch religiöses Bekenntnis geprägt, sondern auch Ausdruck eines kirchenrechtlichen Vertragsverhältnisses. Patronate, die durch den ländlichen Großgrundbesitz erworben wurden, beinhalteten neben Pflichten wie den Bauunterhalt der Kirchen auch Rechte wie zum Beispiel im öffentlichen Kirchengebet namentlich genannt zu werden oder in der Kirche beziehungsweise in einem anliegenden Erbbegräbnis bestattet zu werden. Am bedeutendsten war in dieser Hinsicht die alleinige Entscheidungsgewalt für die Neubesetzung der Pfarrstelle.⁴³ Entsprechend einvernehmlich war auf den meisten Gütern das Verhältnis zwischen Herren- und Pfarrhaus. Der große Bodenbesitz der »Junker« und Kirchgemeinden ließ das Patronat zur Zielscheibe für seine Gegner werden. Sie sahen beide Parteien als gleichwertige Interessenvertreter für die »bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse« an. Christliche Lehren wurden demnach als Mittel missbraucht, um »geduldig ertragendes Leid erstrebenswert« zu machen und die Dorfbevölkerung zur »Untertänigkeit« zu erziehen.⁴⁴ Anders als die Gutsbesitzer blieben die Geistlichen von den Ausweisungsbestimmungen der Bodenreform unberührt und waren daher die einzigen verbliebenen Angehörigen der ländlichen Elite in den Dörfern nach 1945. Somit blieben diese Akteure auch weiterhin Brückenköpfe für die nunmehr im Westen Deutschlands lebenden Gutsbesitzer.

⁴² Susanne Böhlend: Das Patronatsrecht in Mecklenburg und seine Aktualität, in: *Mecklenburgica Sacra. Jahrbuch für Mecklenburgische Kirchengeschichte*, 1. Jg. (1998), S. 9–50, hier S. 36–46. – Gerhard Claus: Die letzten Kirchenpatrone der Mark Brandenburg, in: *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte*, 33 Jg. (1982), S. 123–151, hier S. 128. – Gunnar Fischer: Patronate der Pommerschen evangelischen Kirche, in: *Pommern. Zeitschrift für Kultur und Geschichte*, 47. Jg. (2009), Nr. 2, S. 12–15, hier S. 14. – Erich Meyer: Die Entwicklung des evangelischen Patronatsrechts im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (künftig zitiert: Meyer, Entwicklung), in: *Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht*, 5. Jg. (1956), S. 404–421.

⁴³ Lilian Hohrmann: Brandenburgische Kirchenpatrone in der NS-Zeit, Berlin 2005, S. 30 (künftig zitiert: Hohrmann, Kirchenpatrone).

⁴⁴ Jürgen Burkhardt: Bauern gegen Junker und Pastoren, Berlin (Ost) 1963, S. XVIII.

Hinsichtlich der Patronatsverhältnisse nahm Brandenburg unter den Ländern der SBZ/DDR eine Sonderstellung ein.⁴⁵ Bereits kurze Zeit nach der Veröffentlichung der Bodenreformbestimmungen sandte Bischof Otto Dibelius (1880–1967) am 31. Oktober 1945 an die nunmehr enteigneten Patrone im Namen der Kirchenleitung einen Rundbrief, in dem er die enteigneten Großgrundbesitzer in einem anderen Licht erscheinen ließ, als dies in der Presse der SBZ und zum Teil auch in westalliierten Zeitungen der Fall war.

»Hochverehrte Patrone und Patroninnen! Inmitten des allgemeinen Wandels der Verhältnisse in Volk, Staat und Kirche Deutschlands, den wir als Folge des verlorenen Weltkrieges erleben müssen, bewegt uns als verantwortliche Kirchenleitung der deutschen Gebiete östlich der Elbe mit am tiefsten das Schicksal unserer Kirchenpatrone, die in guten und bösen Tagen vergangener Jahrhunderte ihren angestammten Kirchengemeinden und deren Pfarrern Schutz und Schirm in allerlei Fährnissen, wirtschaftlicher Rückhalt und selbstlose Berater, nicht selten auch Vorbild kirchlicher Haltung und Bewährung gewesen sind und sich damit für immer den Dank ihrer Gemeinden und der evangelischen Kirche verdient haben, die sich aber auch in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen Volk und Staat von niemandem haben übertreffen lassen. Um so schwerer trägt die Kirche mit Ihnen daran, daß Sie und Ihre Familien über die während des letzten Krieges mit dem gesamten Volk auch von Ihnen geforderten schweren Opfer hinaus sich nun von Haus und Hof, der geliebten Arbeit, der altvertrauten Kirche trennen und unter denkbar schwierigsten Verhältnissen nach Brot und Obdach Umschau halten müssen. Auch in ihrem neuen Lebensstande sollen unsere Patrone die Gewißheit haben, daß die heimatliche Kirche ihrer nicht vergißt, sie vielmehr mit Segen und Fürbitte geleitet.«⁴⁶

Der pauschalisierte »Junkerkritik« setzte der Berlin-Brandenburgische Bischof hierdurch einen Widerspruch entgegen und betonte die kritische Haltung der meisten Gutsbesitzer gegenüber den »Deutschen Christen« während der Zeit des Nationalsozialismus. Dass dies nicht allein seiner subjektiven Erfahrung geschuldet war, sondern auch faktisch belegbar ist, hat eine entsprechende Studie vor wenigen Jahren bestätigt.⁴⁷

Brandenburgs Bodenreformverordnungen unterschieden sich nicht von denen der übrigen Länder der SBZ/DDR, nahmen allerdings hinsichtlich des Kirchenpat-

⁴⁵ Meyer, Entwicklung, S. 404–407.

⁴⁶ Zit. nach: Hohrmann, Kirchenpatrone, S. 185.

⁴⁷ Ebd., S. 197–204. – Weiterführende Hinweise siehe Mario Niemann, Mecklenburgischer Großgrundbesitz im Dritten Reich. Soziale Struktur, wirtschaftliche Stellung und politische Bedeutung, Köln u. a. 2000, S. 351. – Albrecht Schönherr: ...aber die Zeit war nicht verloren. Erinnerungen eines Altbischofs, Berlin 1993, S. 118 (künftig zitiert: Schönherr, ...aber die Zeit war nicht verloren). – Niklot Beste deutet an, dass auch in Mecklenburg ein ähnliches Ergebnis zu erwarten ist. Niklot Beste: Der Kirchenkampf in Mecklenburg von 1933 bis 1945. Geschichte, Dokumente, Erinnerungen, Berlin (Ost) 1975, S. 64–65, hier S. 208.

rons eine Sonderstellung ein. Die am 5. März 1946 erlassene »Notverordnung über die Aufhebung des Kirchenpatronats in der Mark Brandenburg« beseitigte endgültig alle Rechte und Pflichten der Patrone.⁴⁸ Doch die brandenburgische Landeskirche erstritt sich das Recht, zumindest die ehemaligen Kirchenpatrone zu »Ehrenpatronen« ernennen zu dürfen. Diesen Ehrentitel erwähnte bereits die im März 1946 erlassene »Notverordnung«. Anders als das vormalige Patronat war diese Auszeichnung nicht mehr an den Besitz gebunden, sondern fungierte als Erinnerungszeichen an die einstige Verbundenheit zwischen Patron und Kirchengemeinde. Verknüpft mit der Verleihung war theoretisch auch die Mitsprachemöglichkeit bei der Neubesetzung der Pfarre oder sogar ein Sitz im Kirchengemeinderat. Faktisch wurde hiervon jedoch kein Gebrauch gemacht.⁴⁹

Ursächlich für die Ernennung von Ehrenpatronaten in der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg scheint einerseits wohl die Struktur und personelle Zusammensetzung gewesen zu sein. Bis zum Ruhestand Bischof Otto Dibelius verfügte die sowohl in Brandenburg und Ost-Berlin als auch in West-Berlin tätige Landeskirche über eine gemeinsame Kirchenleitung.⁵⁰ Andererseits war in der Führungsetage auf der West-Berliner Seite seit dem Jahr 1945 auch ein Standesgenosse, Hans von Arnim (1889–1971), als Konsistorialpräsident tätig, der sich in die Gefühlslage der enteigneten Gutsbesitzer gut hineinversetzen und ihnen durch diese Empathie wenigstens ein wenig Anerkennung zurückgeben konnte.⁵¹ Hans von Arnim war es auch, der zusammen mit Dibelius und dem Präses der Landeskirche, Kurt Scharf (1902–1990), die Patronatsurkunden unterzeichnete.⁵²

Zu den wiederernannten »Ehrenpatronen« gehörte auch der enteignete Gutsherr von Hoppenrade und Garz, Carl-Günther von Freier (1894–1977). Am 27. Oktober 1947 wurde der mittlerweile in Westdeutschland lebende Adlige für seine ehemalige Gutskirche mit dieser Auszeichnung bedacht. In der Verleihungsurkunde heißt es: »In dankbarer Würdigung der Tatsache, daß er sich als Patron der Kirchengemeinde Garz nicht nur um die äußeren Belange der Kirchengemeinde verdient gemacht, sondern in der Kriegszeit auch als Kirchenältester das Lektorenamt ausgeübt hat, um der Gemeinde einen Gottesdienst zu ermöglichen, und allzeit treu dem Bekenntnis seiner Väter sein Leben auf biblische Grundlagen auszurichten gestrebt hat.«⁵³

⁴⁸ Hohrmann, Kirchenpatrone, S. 186.

⁴⁹ Ebd., S. 186–188. – Meyer, Entwicklung, S. 406.

⁵⁰ Schönherr, ...aber die Zeit war nicht verloren, S. 224, S. 330.

⁵¹ Hannelore Braun u. a. (Hrsg.): Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919–1949, Göttingen 2006, S. 21.

⁵² BLHA, Rep. 37 FA von Bredow, Nr. 110, v. Arnim/Scharf/Dibelius an H. v. Bredow, 27.1.1948. – Hohrmann, Kirchenpatrone, S. 188.

⁵³ BLHA, Rep. 37 FA von Freier, Nr. 19, Ev. Landeskirche Berlin-Brandenburg an C.-G. v. Freier, 27.10.1947.

Nicht nur für die ehemaligen Gutsherren stellte der Fortbestand des Patronats – wenn auch nur symbolisch – eine wichtige Brücke in die verlorene Heimat dar, auch für die vor Ort tätigen Geistlichen war diese Ernennung von Bedeutung. Einerseits ließ diese Verbindung mentale und materielle Unterstützung – zumindest aus der Ferne – erhoffen, und andererseits waren die Pastoren gegenüber den enteigneten Gutsherren mehrheitlich gewiss positiv eingestellt. Dies ließ Paul-Gottfried Hülsen (1906–1946) den ehemaligen Kirchenpatron Wilhelm von Bredow wissen, der ihm zur Amtseinführung schriftlich gratuliert hatte.⁵⁴ Im Antwortschreiben des Pfarrers heißt es: »Wie schön wäre es, wenn Sie, Herr von Bredow, hier sein könnten! Alte Rechte sind verschwunden durch Böswilligkeit von Menschen. Die Ehre des Hauses von Bredow aber darf es fordern, daß ich um Ihre Berufung und Bestätigung für Stechow bitten darf. Sie sollen zum Ehrenpatron unserer Kirche ernannt werden und ich bitte um das Ehrenrecht ihrer patronatischen Vokation.«⁵⁵ Anfang August 1946 kam Wilhelm von Bredow der Bitte nach und bestätigte die Berufung des neuen Pfarrers.⁵⁶ Doch sollte diese neue Verbindung nach Stechow nur von kurzer Dauer sein, denn bereits wenige Monate später verstarb Pastor Hülsen.⁵⁷

Auch in Mecklenburg findet sich ein Beispiel für den Fortbestand der ehemaligen Patronatsverhältnisse, auch wenn es sich nunmehr nur noch auf das Weiterbestehen von persönlichen Kontakten beschränkte und keinerlei Pflichten und Rechte mehr beinhaltete. Anlässlich der Einführung des Landesbischofs Hanns Lilje (1899–1977) in Hannover im Jahr 1947 trafen sich auch die aus Schultagen befreundeten Mecklenburger, Landesbischof Niklot Beste (1901–1987) und Jürgen von Flotow (1902–1976). Letzterer war der Sohn des enteigneten gleichnamigen Gutsherrn von Stuer. Flotow nutzte die Gelegenheit und fragte den Schweriner Bischof an, ob dieser ihm Fotografien der ehemaligen Patronatskirche der Familie übersenden könne. Die Bedeutung der Bilder für die Familie drückte er in einem Brief an Beste wie folgt aus: »Mein Vater ist ja lange Jahre hindurch Patron der Kirche in Stuer gewesen und hat die Kirche, die in einer geschmacklosen Zeit sehr häßlich renoviert war, wieder in ihren alten schönen Zustand zurückversetzt. Die Kirche in Stuer ist dadurch zu einer der schönsten Landkirchen geworden, die es im ganzen Lande geben dürfte. Einen treueren Patron, als meinen Vater, hat es wohl nirgends gegeben. Es ist kein Sonntag vergangen, an dem er nicht selbst die Kirche mit Blumen geschmückt hätte. In den Kriegsjahren, als Not am Mann war, hat er zusammen mit meiner Mutter trotz größter Anfeindungen durch die Gestapo in der Kirche in Stuer Gottesdienste abgehalten, nachdem er vom Oberkirchenrat hierzu ermächtigt war. Nachdem er nun durch ein unmenschliches und jedem Recht widersprechendes Verfahren von

⁵⁴ BLHA, Rep. 37, FA von Bredow Nr. 152, P.-G. Hülsen an W. v. Bredow, 11.7.1946 Bl. 98.

⁵⁵ Ebd., Bl. 99.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ Ebd., W. v. Bredow an M. v. Bredow, 6.10.1946, Bl. 105.

Haus und Hof vertrieben ist, hat er den begreiflichen Wunsch, wenigstens diese Bilder seiner geliebten Kirche zu besitzen.«⁵⁸

Da sich im Archiv des Schweriner Oberkirchenrates keine entsprechenden fotografischen Aufnahmen befanden, beauftragte Niklot Beste den örtlichen Pastor, entsprechende Fotografien bereitzustellen.⁵⁹ Auch zu Pastor Harri Kruse (1910–1983), der erst nach dem Fortgang der Familie aus Stuer seine Stelle angetreten hatte, versuchte Familie von Flotow Kontakt zu halten. Anlässlich des evangelischen Kirchentages in Frankfurt am Main im Jahr 1956 unternahm Jürgen von Flotow den Versuch, den neuen Geistlichen der Kirchgemeinde Stuer kennenzulernen.⁶⁰ Tradiertes Verantwortungsbewusstsein für seine ehemaligen Kirchgemeindemitglieder und persönliches Interesse, den in Mecklenburg lebenden Bekannten Gutes zu tun, veranlassten Jürgen von Flotow, Weihnachtspakete in den nachfolgenden Jahren nach Stuer zu senden.⁶¹

Berufungen aus Sorge um den Erhalt historischer Denkmäler

Die Sorge um den Erhalt historischer Grabdenkmäler der ehemaligen Gutsherrschaftsfamilien führte gelegentlich auch dazu, dass Pastoren sich an die in der Bundesrepublik lebenden adeligen Familien wandten, wie es Pfarrer Gotthard Riedel im Jahr 1959 tat. Der in der Kirchgemeinde Blumenhagen-Spiegelberg tätige Geistliche bat einen befreundeten Berliner Pfarrer, die Adresse eines »Berliner v. Winterfeldt« zu ermitteln. Jedoch versagte der Amtsbruder Riedel seine Hilfe, weil er die adlige Familie nicht gefährden wollte. Über andere Wege gelang es dem Blumenhagener Pfarrer schließlich doch, Kontakt zu einem Mitglied der Familie von Winterfeldt herzustellen. Der Geistliche berichtete in dem Schreiben über seine ersten vergeblichen Bemühungen und die Bedenken seines Bekannten: »Ich hoffe, Sie werden genauso lachen, wie wohl damals auch ich über so einen Unsinn gelacht habe. Denn der einzige [sic!], der in ›Gefahr‹ hätte gebracht werden können, wäre ich selbst doch höchstens gewesen. Denn hierzulande herrscht selbst unter den sonst ›Neutralen‹ eine ziemliche Furcht, daß sie als Mitgenossen des Adels od. etwas Ähnliches angesehen werden könnten.«⁶²

Riedels Engagement brachte ihm glücklicherweise keine Benachteiligungen. Noch in den späten 1970er-Jahren scheint das Selbstverständnis von der einstigen

⁵⁸ Landeskirchliches Archiv Schwerin (LKASN), Handakten N. Beste, Nr. 109c, J. v. Flotow an N. Beste, 27.8.1947.

⁵⁹ Ebd., N. Beste an J. v. Flotow, 26.9.1947.

⁶⁰ LKASN, Pfarrarchiv Stuer, Nr. 86, J. v. Flotow an H. Kruse, 12.6.1956.

⁶¹ Ebd., J. v. Flotow an H. Kruse, 27.11.1956. – Ebd., J. v. Flotow an H. Kruse, 18.4.1957.

⁶² BLHA, Rep. 37 FA von Winterfeld(t), Nr. 43, G. Riedel an E. v. Winterfeld, 7.11.1959.

Stellung als Patron bei vielen ehemaligen Gutsherren und ihren Nachkommen fortbestanden zu haben. So schreibt Joachim-Friedrich von Stojentin (geb. 1917) nach einem Besuch in Mecklenburg im Jahr 1979 von »unserem Pastor« und von »unserer alten heimatlichen Kirche«.⁶³

Teil der Auflösungsregelung des Patronats in Brandenburg war auch die Überführung des Brandenburger Domstifts an die Landeskirche. Diese Transferierung sollte als Entschädigungsleistung für die künftig wegfallenden staatlichen Kirchenpatronate dienen. Der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung wurde somit die Möglichkeit gegeben, Domherren ohne Rücksprache mit staatlichen Stellen zu bestimmen.⁶⁴ Geehrt wurden auf diese Weise auch enteignete adelige Gutsbesitzer wie zum Beispiel Hasso von Bredow (1878–1954). Nach der Bodenreform war dieser bis zum Jahr 1947 auf seinem ehemaligen Gut in Karpzow geblieben.⁶⁵ Schließlich siedelte er nach Berlin-Charlottenburg um und trat in den Dienst der Landeskirche. Seine landwirtschaftlichen Kenntnisse machten ihn zum gefragten Experten für die Kirchenländereien, vor allem für die um Berlin liegenden Kirchenkreise. Hierdurch blieb der Kontakt zur Kirchengemeinde in Buchow-Karpzow bestehen und bedeutete für von Bredow auch die Fortführung seines Patronats unter veränderten Voraussetzungen.⁶⁶ Dies würdigte die Landeskirche schließlich durch die Verleihung des Ehrenpatronats am 27. Januar 1948. In der Begründung heißt es hierzu, ihm werde »in dankbarer Würdigung seiner besonderen Verdienste als ehemaliger Patron der Kirchengemeinde Buchow-Karpzow, [...], sowie der Tatsache, dass er dem Beispiel seiner Vorfahren folgend, mit seiner heimgegangenen Gemahlin und seinen Kindern allezeit seinen Kirchengemeinden ein Vorbild christlichen Wandels gewesen ist, das Ehrenpatronat über die oben genannten Kirchengemeinden für seine Person auf Lebzeiten verliehen.«⁶⁷

Wenige Monate später, am 5. März 1948, wurde er schließlich zum »Ehrendomherrn und Mitglied des Domkapitels in Brandenburg« berufen.⁶⁸ Nach Hasso von Bredows Tod besetzte die Landeskirche die Stelle erneut mit einem ehemaligen Gutsbesitzer. Hierbei handelte es sich um den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinold von Thadden-Trieglaff (1891–1976).⁶⁹ Für beide Domherren bedeutete die Berufung eine Anknüpfung an die eigene Biografie, denn beide waren in ihrer Jugend »Zöglinge« der Ritterakademie im Brandenburger Dom gewesen.

⁶³ Domstift Brandenburg, Domstiftsarchiv, BRV 133/130, Joachim Friedrich von Stojentin: Eine Reise in die alte Heimat Mecklenburg, in: Der Kurier, Jg. 1979, Nr. 174, S. 6–8, hier S. 7.

⁶⁴ Schönherr, ... aber die Zeit war nicht verloren, S. 182.

⁶⁵ BLHA, Rep. 37 FA von Bredow, Nr. 40, Rundschreiben, Nr. 9, 31.7.1954.

⁶⁶ Ebd., Nr. 152, H. v. Bredow an W. v. Bredow, 26.7.1948.

⁶⁷ Ebd., Nr. 110, v. Arnim/Scharf/Dibelius an H. v. Bredow, 27.1.1948.

⁶⁸ Ebd., Bischof von Berlin-Brandenburg an H. v. Bredow, 5.3.1948.

⁶⁹ Domstift Brandenburg, Domstiftsarchiv, BDS 529, B. Hofmann an H. Schulz-Blochitz, 13.1.1955. – Schönherr, ...aber die Zeit war nicht verloren, S. 183.

Hasso von Bredow betonte in einem Brief an den Brandenburger Superintendenten und späteren Bischof, Albrecht Schönherr (1911–2009), dass bereits seine Vorfahren mit diesem Ehrenamt bedacht waren.⁷⁰ In ähnlicher Weise fühlte auch von Thadden sich mit der Institution des Domstifts verbunden. Im Mitteilungsblatt des Vereins der ehemaligen Zöglinge der Ritterakademie Brandenburg schrieb er: »Sie haben recht: über die Berufung in das Brandenburger Domkapitel habe ich mich ungemein gefreut. Nicht weil solch ein kirchliches Amt heute viele Würden und Ehren mit sich brächte, sondern weil einfach die ganze Jugendzeit als alter Zögling der Ritterakademie wieder in der Erinnerung aufwacht, und weil das neue Band das alte Band der Anhänglichkeit neu mit Inhalt füllt und festigt.«⁷¹

Beide Domherren, ihre Familien und ihre Bekanntenkreise deuteten die Ernennung vor allem als Verstetigung der jahrhundertelangen Beziehungen ihrer Familien zum Domstift, doch waren die Gründe für ihre Berufungen sehr viel praktischerer Natur. Hierauf verweist ein Brief des Magdeburger Konsistorialpräsidenten Bernhard Hofmann (1889–1954) an den Brandenburger Domherrn und Oberkirchenrat Hans Schulz-Blochwitz (1888–1967) aus dem Jahr 1955. Darin heißt es: »Der Grund dieser Berufung war nicht nur der Wunsch, dem Präsidenten des Deutschen Ev. Kirchentages eine Freude zu machen und ihm eine Ehre anzutun, sondern das Domkapitel brauchte einen Domherrn, der, wie der verstorbene Bruder v. Bredow, hervorragende landwirtschaftliche Kenntnisse besitzt. Dies ist bei Herrn v. Thadden-Trieglaff der Fall.«⁷²

Fazit

Wohl keine andere Bevölkerungsgruppe verfügte über derart intensive private deutsch-deutsche Kontakte wie die meisten Angehörigen adeliger Familien. Trotz der sich zunehmend verdichtenden Grenze war das Interesse am Fortbestand beziehungsweise Wiederaufbau eines mit dem ehemaligen Besitz verbundenen Personennetzwerkes groß.

Unter den in der Bundesrepublik lebenden adligen Familienmitgliedern hielten die aus den deutschen Ostgebieten und dem Gebiet der SBZ vertriebenen ehemaligen Gutsbesitzer am intensivsten Kontakt zu Akteuren in der DDR. Neben verbliebenen Familienangehörigen zählten hierzu auch die ehemaligen Angestellten der Güter und sowie die in den ehemaligen Patronatskirchen tätigen Geistlichen. Sowohl in kirchlichen als auch familiären Netzwerken stießen die »Westbesucher«

⁷⁰ Domstift Brandenburg, Domstiftsarchiv, BDS 729, H. v. Bredow an A. Schönherr, 30.12.1948.

⁷¹ Ebd., BRV 131/128, *Der Kurier*, 10. Jg. (1955), Nr. 51, S. 1.

⁷² Ebd., BDS 529, B. Hofmann an H. Schulz-Blochwitz, 13.1.1955.

auf vergleichsweise geringe Berührungsängste, was wohl vor allem daran lag, dass diese Kontakte in der Öffentlichkeit unsichtbar waren. Anders verhielt es sich dagegen, wenn die enteigneten Gutsherren in den Ortschaften erschienen, an denen sie einst »Herr« waren.

Die deutsch-deutschen Netzwerke alarmierten die staatlichen Behörden der DDR vor allem deshalb, weil hierin eine politische Gefahr gewittert wurde. Im Gegensatz zu den wenigen in Ostdeutschland lebenden Standesgenossen sah man von Seiten der SED in den westdeutschen Adligen weiterhin die Träger von politischer Macht und gesellschaftlichem Einfluss.

Die Rückkehr in die verlorene Heimat erlebte die Mehrzahl der enteigneten Gutsbesitzer nicht mehr. Kinder und Enkel zogen teilweise nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 an die Stätten ihrer Vorfahren zurück und wurden mit unterschiedlichen Gefühlen seitens der Einwohner empfangen.⁷³ Die in den Medien und in wissenschaftlichen Publikationen viel besprochene »Rückkehr der Familien«⁷⁴ darf jedoch nicht zu der Ansicht führen, dass während der Zeit zwischen 1945 und 1990 keine Adligen in der SBZ und späteren DDR lebten.⁷⁵

⁷³ Langelüddecke, *Alter Adel*.

⁷⁴ Berlin Brandenburgische Geschichtswerkstatt e. V. (Hrsg.): *Adelige Rückkehrer im Land Brandenburg. Ihr heutiges Engagement und das Wirken ihrer Vorfahren 1806–2000*, Berlin 2001. – Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Heimat verpflichtet. Märkische Adelige – eine Bilanz nach 20 Jahren*, Potsdam 2012. – Lars-Arne Dannenburg u. a.: *Heimat bleibt. Vertriebene Familie kehren zurück. Schicksale aus Sachsen, Böhmen und Schlesien, Meißen* 2016. – Karl Feldmeyer: *Schwierige Heimkehr. Neusiedler auf altem Boden*, Berlin 1997. – Sophia von Kuenheim: *Vergesellschaftung und soziale Ordnung nach 1990 – Adel in Mecklenburg-Vorpommern*, in: Wolf Krage (Hrsg.): *Adel in Mecklenburg*, Rostock 2013, S. 173–186. – Bernd Lasdin: *Die Rückkehr der Familien. Alte und neue Gutsbesitzer in Mecklenburg-Vorpommern*, Bremen 2002. – Ders.: *Die Rückkehr der Familien. Ein Jahrzehnt später*, Röbel 2011. – Langelüddecke, *Alter Adel*. – Silke Marburg: *Noble Memories in a »Denobled« Society. The Albertines' Return to Saxony in 1989*, in: Yme Kuiper u. a. (Hrsg.): *Nobilities in Europe in the Twentieth Century. Reconversion Strategies, Memory Culture and Elite Formation*, Leuven u. a. 2015, S. 229–241. – Outi Tuomi-Nikula: »Letztlich ist man da zu Hause, wo man seine Geschichte hat...«. Zum Heimat-Begriff der adeligen Rückwanderer in Mecklenburg, in: Nils Grosch u. a. (Hrsg.): *Fremdheit – Migration – Musik. Kulturwissenschaftliche Essays für Max Matter*, Münster u. a. 2010, S. 213–236. – Dies.: »Ich bin hier zu Hause wie die Sioux in Nordamerika«. Narrative Genealogien und die Bildung des Kulturerbes des zurückgekehrten Landadels in den neuen Bundesländern, in: Ingo Schneider u. a. (Hrsg.): *Erzählungen als kulturelles Erbe. Das kulturelle Erbe als Erzählung*, Münster u. a. 2014, S. 209–222. – Dies.: *For love of the »Heimat«. Estate Owners' Remigration as a regional Resource in Mecklenburg*, in: *Ethnologia Fennica*, 40. Jg. (2013), S. 23–39.

⁷⁵ Jakob Schwichtenberg: *Relikte vergangener Zeit. Adlige in der Sowjetischen Besatzungszone und Deutschen Demokratischen Republik 1945–1961*, Schwerin 2025.

Thomas Wegener Friis

»Wunsch zur Aufklärung«

Nachrichtendienste in den Nordeuropawissenschaften an der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald

Für die meisten DDR-Bürger im arbeitsfähigen Alter fand die Lebenswelt an den Grenzen der Republik ein Ende, obwohl das sogenannte Nicht-Sozialistische Ausland (NSA) in Skandinavien an den Stränden des Bezirkes Rostock fast zum Greifen nah war. Vom Sehnsuchtsort Warnemünde Mole durften die Bürger täglich die Fähren nach Dänemark verabschieden, ohne sich die Hoffnung machen zu können, an Bord zu kommen und die unsichtbaren Grenzen des Kalten Krieges in der Ostsee zu überqueren. Wenige ausgewählte Funktionsträger des SED-Staates hatten jedoch das Privileg, als staatlich anerkannte Reisekader den Klassenfeind im Norden besuchen zu dürfen. Vorher bedurfte es genauer Gutachten, die das Ministerium für Staatssicherheit sorgfältig prüfte, denn letztlich wünschte sich die DDR, dass ihre Bürger zurückkehrten. Deshalb mussten nicht nur die politische Zuverlässigkeit und das parteilich korrekte Auftreten der Genossen geprüft werden, sondern auch Privates, um eine persönliche Bindung an die Republik dokumentieren zu können. Letzteres konnten eine harmonische Ehe sein, Kinder oder Eltern, die bei einer Republikflucht vermisst werden würden, aber auch eine gute Karriereperspektive, zufriedenstellende Wohnverhältnisse und ein materiell gesichertes Leben, gegebenenfalls mit einem kleinen Trabant.¹

Zu den wenigen Glücklichen, die den real existierenden Sozialismus zeitweilig verlassen durften, gehörten neben Kadern, die direkt im außenpolitischen Apparat der DDR angestellt waren, auch Auserwählte aus dem Bereich der Wissenschaft. Sie durften den wissenschaftlichen Kontakt der DDR in die kapitalistischen Staaten pflegen. Im ehemaligen Bezirk Rostock gehörte eine besondere, recht kleine Gruppe dazu, die wegen ihres Forschungsobjekts für West-Kontakte prädestiniert war, nämlich das kleine Milieu von Skandinavien-Experten und Studenten am Nordischen Institut (1954 bis 1968) der Sektion Nordeuropawissenschaften (ab 1968) an der da-

¹ Bundesarchiv (BArch), MfS, Abt XII, Nr. 279, Abt. XX/3 Informationsbedarf zur Aufklärung von Reise- und Auslandskadern, 30.7.1985. – Diese Aufgabe ist unter anderem für die Universität Rostock dokumentiert in: Karl Wockenfuß: Die Universität Rostock im Visier der Stasi. Einblicke in Akten und Schicksale, Rostock 2004, S. 153–169.

maligen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.² Die benachbarten nordischen Ostseeanrainerstaaten galten früh als außenpolitischer Schwerpunkt der DDR, und deren Bevölkerungen wurden als Zielgruppen von einem der internationalen Vorzeigeprojekte, den Ostseewochen (1958–1975), auserkoren.³ Dadurch besaß die Aufrechterhaltung von Beziehungen zwischen regimetreuen Spezialisten der DDR und deren Kollegen in Skandinavien eine Bedeutung, die über das rein wissenschaftliche Interesse hinausreichte.

In der alten Schweden-, Universitäts- und Hansestadt Greifswald wurden seit dem frühen 20. Jahrhundert Experten für Nordeuropa ausgebildet, in der DDR bot diese Universität die einzige Möglichkeit einer solchen Spezialisierung. Der überwiegende Anteil der Studenten war zukünftig für Positionen im ostdeutschen Außenapparat vorgesehen, ob nun in den Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten oder im Außenhandel, in Internationalen Abteilungen der sogenannten Massenorganisationen, in der Auswärtigen Kulturarbeit oder gar in den bewaffneten Organen wie der Nationalen Volksarmee (NVA) oder dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Sie bildeten daher mit ihren Professoren und Dozenten eine Elite, die vorbestimmt war für Kontakte mit Bürgern aus dem Westen oder sogar für längere Delegierungen in das Nicht-Sozialistische Ausland. Diese Spezialisten stellten mit anderen Worten ein kleines und sehr kontrolliertes Loch im Eisernen Vorhang dar, denn um die Sprachen, die Kulturen, die Geschichte und die Politik der Nordischen Staaten zu verstehen, mussten sie zwangsläufig entweder reisen, lesen oder mit Menschen aus jenen Ländern sprechen. Ohne diese Verflechtungen wäre die DDR der fundamentalen Werkzeuge beraubt worden, die sie für Diplomatie, Handel oder Spionage brauchte.

Die Geschichte der kleinen SED-Funktionselite der DDR-Skandinavienwissenschaftler stellt einen Mikrokosmos der notwendigen wissenschaftlichen Verflechtungen im Kalten Krieg dar, weil eben solche Kontakte trotz ihrer Notwendigkeit auch Misstrauen auslösten, sowohl im Osten wie im Westen. Die Teilung Europas ließ nur sehr bedingt Ost-West-Begegnungen zu, daher zog die kleine Gruppe Greifswalder Forscher, Studenten und Alumnus, die den Eisernen Vorhang regelmäßig kreuzten, einen Rattenschwanz an Überlegungen der Nachrichtendienste hinter sich her. Dieser Beitrag untersucht, welche Sicherheitsbedenken und operative Möglichkeiten

² Für eine umfassende Geschichte der Skandinavien-Forschung in Greifswald, siehe Marco Nase: *Academics and Politics. Northern European Area Studies at Greifswald University 1917–1991* (= Södertörn University Dissertations, 121), Södertörn 2016 (künftig zitiert: Nase, *Academics and Politics*).

³ Andreas Linderöth: *DDR och Norden – En överblick över den östtyska utrikespolitikens grundläggande förutsättningar*, in: Thomas Wegener Friis/Andreas Linderöth (Hrsg.): *DDR og Norden. Østtyske-Nordiske relationer 1949–1989* (= University of Southern Denmark Studies in History and Social Sciences, Bd. 277), Odense 2005, S. 23–48, hier S. 34.

östliche wie westliche Nachrichtendienstler bei ihrer Überwachung und Anwerbung der Greifswalder sahen.

Die Omertà der Greifswalder

Während die DDR im Herbst 1989 ihrem Untergang entgegenging und protestierende Bürger erst die Wende und dann das Ende des SED-Regimes erzwangen, forderten Genossen der Sektion Nordeuropawissenschaften noch im September 1989 ein »offensives Auftreten« ihrer Partei gegen »'Gräuelnachrichten' des Westens«.⁴ Damit verbanden sie die Hoffnung, die sie mit anderen Mitgliedern der Funktionselite der DDR teilten, dass die SED den real existierenden Sozialismus und somit ihre eigene Lebensgrundlage retten sollte. Unter den damaligen Studenten der Universität gab es Reformforderungen, etwa von der »Anti-Stasi-Gruppe« (ASG), die einige abtrünnige Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Kreisverwaltung für Staatssicherheit umfasste. Sie forderten eine Untersuchung der »Verflechtung von Stasi und Uni-Betrieb« und wollten »Spitzeln den Ausstieg« erleichtern.⁵

Der Wunsch zur Aufklärung gewann jedoch nie richtig an Bedeutung, weder bei der Universität Greifswald noch bei den ehemaligen Zuträgern des MfS. Die Staatssicherheit hatte ihre IM bei deren Rekrutierung zu Stillschweigen verpflichtet, und so blieben die ehemaligen Mitarbeiter der Nordistik-Cluster ihrem Diensteid treu. Bei der Mafia wird dieses Phänomen »Omertà« genannt und ähnlich wird 37 Jahre nach dem Kollaps des SED-Regimes bis heute lieber geleugnet, gelogen und geschwiegen, als dass dem Beispiel des ASG gefolgt wird. In der Forschung macht dies vor allem den Bereich der sogenannten Oral History schwierig und kaum verwendbar. Das ist schade, denn die ehemaligen Skandinavisten hätten gerade zur Aufarbeitung der Verflechtung von Stasi und Uni einen Beitrag leisten können. Schon die Bürgerbewegung hatte im Jahr 1990 bei einem »Kassensturz« der IM der Kreisdienststelle (KD) des MfS in Greifswald festgestellt, dass die Sektion Nordeuropawissenschaften sehr gut in den Karteien der Staatssicherheit vertreten ist. Die Bürgerrechtler konnten dabei 114 IM der KD Greifswald an der Universität ausmachen. Unter diesen gehörten zehn zur Uni-Leitung, 34 waren Studenten, 32 in der Medizin und 43 Mitarbeiter in anderen Instituten angestellt, darunter vier in der Sektion Nordeuropawissenschaften. Das brachte die Sektion auf überdurchschnittliche elf Prozent der Angestellten, somit war es die wissenschaftliche Einheit mit der

⁴ BArch, MfS, KD Greifswald, Kreisdienststelle Greifswald: bedeutsame Reaktionen aus der Bevölkerung, 7.9.1989.

⁵ Karies, Bach und Läufer, in »Der Spiegel« (1990), H 6, S. 74–75.

höchsten Dichte an IM der Kreisdienststelle.⁶ Mit anderen Worten: Es war bekannt, dass es einen Aufklärungsbedarf gab unter den Skandinavien-Experten, ein Dialog mit den Agenten kam jedoch nie zustande. Statt einer selbstkritischen Aufarbeitung bekamen die Greifswalder einen Elitewechsel und die damit einhergehende Übernahme der Lehrstühle durch Akademiker aus dem Westen.

Dem Stasi-Untersuchungsausschuss der Stadt Greifswald war schon bewusst, dass die Zahl der Nachrichtendienstler im Skandinavien-Cluster auch weitaus größer sein könnte, denn die IM der KD Greifswald stellten lediglich einen Teil der aktiven IM dar. Auch die zentralen Diensteinheiten des MfS-Apparates verfügten über Zubringer in dem Forschungsmilieu. Besonders relevant war die Hauptverwaltung A (HV A), die primäre Spionageeinheit des MfS. Ihr Bedürfnis an Informationen aus dem und über das Ausland passte sehr gut zu dem internationalen Skandinavienmilieu, das ihnen seit den 1950er-Jahren bis zum Ende der DDR zur Verfügung stand. Im Jahr 1990 war diese Gruppe jedoch nahezu unenttarnbar und konnte daher mit der Zuversicht auftreten, dass ihre Identitäten für den Westen – wohl aber kaum dem sowjetischen Geheimdienst (Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti SSSR, KGB) – ein Geheimnis bleiben würden.

Dies galt unter anderem für den IM »Jan« (XV/4723/63). Da er in den 1980er-Jahren ein Reiseverbot in den Westen hatte, konnte er sich sogar als Opfer stilisieren.⁷ Dies ermöglichte es ihm, 1990 als Reformler und später in der Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern aufzutreten.⁸ Er konnte alles mit gutem Gewissen tun, letztlich hatte die Hauptverwaltung A die DDR-Bürgerbewegung über den Tisch gezogen und die komplette Vernichtung ihrer Akten erwirkt. Erst 1993 gelangte durch einen Streich der CIA eine Sicherheitsverfilmung der Kartei der Auslandsspionage in die Vereinigten Staaten und dann teilweise zurück in die Bundesrepublik unter dem Namen »Rosenholz«.⁹ Damit wurden die Netzwerke der Hauptverwaltung A in Westdeutschland und in der DDR gegenüber den deutschen Behörden fast komplett enttarnt. Mittels anderer Akten der Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienste der ehemaligen DDR (BStU) konnten Teile der Akten allmählich auch der Forschung zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wurde die Identität von »Jan« bekannt und die Ursache für sein Reiseverbot geklärt. Es waren nicht verdächtige Westverwandtschaften, wie er selber später angab, sondern lediglich eine Sicherheitsvorkehrung der HV A des MfS, für die er ab den 1960er-Jahren

⁶ Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses der Stadt Greifswald, Greifswald 1990, S. 7. – Siehe auch BArch, MfS, KD Greifswald, Nr 393, Blatt 208–209, IM-Statistik der KD Greifswald an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität (EMAU) Greifswald, Undatiert 1989.

⁷ Nase, *Academics and Politics*, S. 291.

⁸ Ebd., S. 343.

⁹ Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik (= BF Informiert, 28), Berlin 2007, S. 27.

unter falscher Identität in Skandinavien unterwegs gewesen war. Die HV A befürchtete, dass der Westen ihren IM durch einen Überläufer enttarnt hatte.¹⁰ Außerdem bescheinigte sie dem IM einen Mangel an »Mut, Offensivgeist und klar parteilichen Standpunkten und Einsatzbereitschaft«.¹¹

Die komplette Anzahl der Greifswalder Nordisten, die im Auftrag des MfS unterwegs waren, ist bis heute unklar, aber über die Jahre traten mindestens die IM »Elisabet Otto« (I/1023/53), »Alexander« (I/4230/60), »Horst« (I/1987/60), »Peter« (XV/2058/60), »Holle« (XV/11505/60), »Ruth« (XV/773/61), »Jan« (XV/4723/63), »Nordland« (XV/4562/64), »Brinkmann« (I/951/64), »Lange« (XV/830/66), »Berndt« (XV/3084/66), »Steppe« (I/1499/68), »Gunnar« (I/1030/70), »Segel« (XV/357/70), »Bente« (I/985/70), »Bente« (I/1718/71), »Helga Berger« (I/1886/71), »Gerda« (I/1421/71), »Hansa« (I/864/71), »Karin Stransky« (I/865/71), »Oxford« (I/513/72), »Eberhard« (I/507/72), »Martin« (I/1305/73), »Jochen« (I/800/74), »Larus« (I/1639/75), »Fred Frank« (I/488/75), »Kersten« (I/1349/78), »Silvi« (V/618/78), »Matha« (I/278/80), »Marian«, »Karl Funk« (XVIII/1096/80), »Walter« (XV/4832/80), »Dr. Herbst« (I/503/82), »Joe« (XV/5692/83), »Klaus Schult« (XV/5695/83), »Thomas« (XV/3816/83), »Feuerbach« (I/657/84), »Friedrich« (XV/1081/84), »Heinz Hellmich« (XV/947/84), »Peter Fritz« (I/1531/86), und »Jürgen Kroltz« (I/1183/86) aus dem Milieu hervor. Außerdem verfügte das MfS über sogenannte Kontaktpersonen in der Greifswalder Nordistik-Szene; diese Bezeichnung erhielten unter anderem hauptamtliche Mitarbeiter des MfS, die zu Weiterbildungszwecken an die Universität delegiert worden waren. Die Auflistung der IM kann auch deshalb nicht den Anspruch erheben komplett zu sein, weil etliche Identitäten wie etwa die IM »Sekretär«, »Heinz Koch« (I/1318/69) oder »Jensen« (XV/675/87) zwar Personen in diesem Personenkreis mutmaßlich, aber nicht absolut eindeutig, zugeordnet werden können.

Wie vielfältig das Interesse des MfS an dem Nordistik-Milieu in Greifswald war, lässt sich an den letzten Seminargruppen 1989 ablesen. Von den 21 neuen Studenten hatte lediglich eine Studentin vorher keine Akte beim MfS, von den restlichen 20 waren zehn in Sondervorgängen des KD Greifswald erfasst, acht von der Abteilung XV (Auslandsspionage) der Bezirksverwaltung Neubrandenburg und jeweils eine bei der HA II/Abt. 14 (Spionageabwehr im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), HA I/Äußere Abwehr/Unterabteilung 2 (Spionageabwehr im Militärischen Nachrichtendienstes) und Objektdienststelle Buna.¹² Mit anderen Worten: Selbst die ganz jungen Studenten der Gruppe galten als operativ relevant, – entweder negativ,

¹⁰ BArch, MfS, KD Greifswald, ZMA 8853, Entscheidungsvorschlag zu einem NSW-Reisekader (Wiederbestätigung), 3.1.1986.

¹¹ BArch, MfS, KD Greifswald, ZMA 6661-6700, Streichung von RK aus dem RK-Stamm der Universität Greifswald, 20.24.1982.

¹² BArch, MfS, BV Rostock, KD 341, Seminarlisten 1989.

weil ihre politische Zuverlässigkeit bewertet werden sollte, oder positiv, weil sie als aktive oder potentielle zukünftige Zuträger und Partner des MfS galten.

Noch sicherer als die HV A-IM wählten sich die Agenten von dem kleineren der ostdeutschen Nachrichtendienste, dem Bereich Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), also dem Militärischen Nachrichtendienst der DDR. Die Aufklärer der NVA konnten sich nämlich während des gesamten Auflösungsprozesses der DDR hinter dem zweifelhaften Ruhm des MfS verstecken. Ihre Dienstsitze wurden nie besetzt und der Dienst existierte unter den Fittichen von Verteidigungsminister Rainer Eppelmann bis zur deutschen Einheit weiter. Diese verlängerte Frist nutzten die Offiziere des Schwesterdienstes der sowjetischen Hauptverwaltung für Aufklärung (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije, GRU) zu einer gründlichen Aufräumaktion. So konnten sie am 3. Oktober 1990 im Archiv der Bundeswehr fast leere Regale übergeben. Einziger Makel der Akten-Vernichtungsaktion war die Tatsache, dass der Bereich Aufklärung nicht für die Abwehrarbeit in der NVA zuständig war, wie zum Beispiel der MAD für die Bundeswehr. Diese Aufgabe fiel der Hauptabteilung I des MfS zu, deren Abteilung Äußere Abwehr/Unterabteilung 2 für die Sicherheit des Bereichs Aufklärung des MfNV zuständig war.¹³ Ihre Akten waren dem Ministerium von Eppelmann entzogen und wurden daher nicht vernichtet. Dadurch ließen sich im Nachhinein zumindest einige Spuren der operativen Arbeit des Militärischen Nachrichtendienstes rekonstruieren.

Unter den Greifswalder Nordisten ließ sich so die konspirative Übersiedlung aus der DDR nach Dänemark von »Veran«, einem Agenturischen-Mitarbeiter (AM in der Terminologie der Militäraufklärer) des Bereichs Aufklärung, im Jahr 1981 feststellen.¹⁴ Auch Formulierungen aus dem Sicherheitsbereich der Abteilung Äußere Abwehr/Unterabteilung 2 geben Hinweise darauf, dass es bei sonst unverdächtigen Greifswaldern, die als Opfer der Stasi gelten, Verstrickungen gab. Hier hieß es beispielsweise, eine Person »wurde aufgeklärt als Kader für den Einsatz im Op. Gebiet Norwegen. Durch eine Maßnahme der HA I MfNV/SVW –14. Abt. [MfS Hauptabteilung I Referat Sonderverwaltungen Ministerium für Nationale Verteidigung, Abteilung 14] erfolge eine Dekonspiration«.¹⁵ Eine Dekonspiration, also die Enttarnung eines Agenten, setzte aber logisch zunächst die vorige Verpflichtung voraus. Eine Zusammenarbeit mit dem militärischen Nachrichtendienst der DDR wurde oft nur angedeutet, wie etwa mit dem Wortlaut »Oben genannte [Person] ist für die HA I/Äußere Abwehr/UA 2/AG XII erfasst«.¹⁶ In dem konkreten Fall handelte es

¹³ Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen (= MfS-Handbuch: Anatomie der Staatssicherheit Geschichte, Struktur und Methoden, 13), Berlin 2005, S. 23.

¹⁴ BArch, MfS, HA I, Nr. 1629, Betrifft: Vorgang »Veran«, 13.3.1984

¹⁵ BArch, MfS, AOPK 2918/74: Verfügung zur Archivierung, undatiert (1971).

¹⁶ Beispielsweise BArch, MfS, HA XX/AKG RK 25736-25760: KD-Greifswald, Heimbach-HA XX-AG Reiseverkehr, 7.9.1979.

sich nicht um allgemeine oder unverdächtige Informationen über die Person, denn der Bereich Aufklärung notierte sieben Jahre später, dass sie die Person war, die »in der Perspektive für Einsätze als Spezialkader im NSA vorgesehen«¹⁷ war. Es handelte mit anderen Worten um einen Helfer des Militärischen Nachrichtendienstes, der für einen Spezialauftrag im Westen vorbereitet worden war.

Trotz des Bemühens der DDR-Nachrichtendienstler im Wendejahr, ihre Spuren zu vernichten, lässt sich die Geschichte der ostdeutschen Dienste allmählich rekonstruieren. Es waren nicht nur Ostdeutsche, die den Heimvorteil in der DDR nutzten. Die sowjetischen Dienste KGB und GRU bedienten sich ebenfalls Ostdeutschlands als vorgeschobener Stützpunkt für Operationen in den Westen. Dabei konnten die sowjetischen Dienste auf einen umfangreichen Fundus an angeworbenen DDR-Bürgern zurückgreifen. Allein im Jahre 1975 führte der KGB 1314 ostdeutsche Agenten, dazu kamen 234 West-Bürger, die von den sowjetischen Residenturen in der DDR betreut wurden.¹⁸ Die ehemaligen Agenten der sowjetischen Dienste sind weithin unbekannt. Unter den Greifswalder Nordisten ist bisher lediglich die Übernahme des IM »Jochen« durch den KGB im Jahr 1985 bekannt.¹⁹ Die Hintergründe und Zielpunkte des KGB sind bislang unklar, bekannt ist aber, dass »Jochen« gleich im Folgejahr einen Einsatz im Westen als Gast des Kopenhagener Zentrums für Entwicklungsforschung (CUF), einer Forschungsinstitution des dänischen Auswärtigen Amtes, antrat.²⁰

Aus den Akten der MfS-Bezirksverwaltung Rostock ist weiterhin ersichtlich, wie die sowjetischen Genossen laufend Akten aus dem Bestand des MfS holten, aufgeführt in dem sogenannten Sicherheitsvorgang (SiVo) »Freunde«.²¹ Allein zwischen dem 21. Mai 1980 und dem 15. Juli 1982 wurden 615 Akten übernommen, die meisten davon über DDR-Bürger, aber auch einige über Bundesbürger. Es wanderten jedoch auch Akten über Ausländer, wie etwa Skandinavier, an den KGB, davon zwischen 1980 und 1987 Akten über mindestens 19 Dänen, 17 Finnen, 15 Schweden, sechs Norweger und zwei Isländer.²² In die Gruppe der Ausländer gehörte mindes-

¹⁷ BArch, MfS, HA HA I, KD Greifswald ZMA 9726: Abt. Äußere Abt. UA 2 an KD Greifswald, 3.2.1986.

¹⁸ Douglas Selvage: Die DDR als operative Basis für die Aufklärung der KGB, in: Douglas Selvage/Georg Herbstritt (Hrsg.): Der »große Bruder«. Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989 (= Wissenschaftliche Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv, Bd. 58), Göttingen 2022, S. 75–132, hier S. 77 (künftig zitiert: Selvage/Herbstritt, Der »große Bruder«).

¹⁹ Svante Winqvist: IM »Jochen« – överförd till KGB, samt NEW, Institut för Nordeuropawissenshaft. Vad händer kring och efter den Wende med NEW:s lärare och studenter? (= FO-Rapport Sveriges Öga och Öra, Bd. 13), Göteborg 2024, S. 29.

²⁰ Nase, *Academics and Politics*, S. 300.

²¹ Zu SiVo: Cornelia Jabs: Freundschaftsdienste der Abteilung XII des MfS für den KGB, in: Selvage/Herbstritt, Der »große Bruder«, S. 47–74.

²² BArch, MfS, AGL, Nr. 2, Sicherheitsvorgang »Freunde« (I/338/66).

tens auch zwei Greifswalder Gastwissenschaftler. Von dem einen wurde der Vorgang im Dezember 1980 an den KGB ausgeliehen und erst nach etwa eineinhalb Jahren, im Februar 1982, an das MfS zurückgegeben. Manchmal wurden die Leihakten aber auch gar nicht von den »Freunden«, wie die Sowjets in der Sprache des MfS bezeichnet wurden, zurückgegeben. Unter den Dauerleihgaben war am 5. März 1984 eine der Greifswalder Skandinavisten. Dieser Vorgang ist bis heute im Archiv des KGB und dessen Nachfolgeorganisationen geblieben. Warum der KGB hier ein Auge auf bestimmte Personen geworfen hatte, bleibt unklar. Ob deren Identitäten für gefälschte Papiere genutzt werden sollten oder ob sie als Agenten in Frage kamen, lässt sich nicht dokumentieren. Das Interesse zeigt aber, dass auch die sowjetischen Genossen die kleine Gruppe der nach Skandinavien reisenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Visier hatten.

Die Aufgaben für die sozialistischen Dienste

Die Wissenschaftler und Studenten der Sektion Nordeuropawissenschaften, die für die ostdeutschen und sowjetischen Dienste tätig waren, hatten übergeordnet drei Aufgaben zu erfüllen:

1. Kaderkontrolle
2. Nutzung universitärer Kernkompetenzen
3. Offensive operative Nutzung im westlichen Operationsgebiet

Die Kontrolle der potentiellen SED-Zukunftsträger und ihrer Dozenten war eine komplexe Aufgabe, die in einem Ensemble von SED, Freier Deutscher Jugend (FDJ) und MfS gewährleistet wurde.²³ Dabei war die Absicherung, dass die Reisekader sich im Ausland brav verhielten und in die DDR zurückkehrten, nur eine der Aufgaben, die die für die Universität zuständigen Offiziere der Kreisdienststelle Greifswald des MfS auf Trab hielt und die die Aktenordner anschwellen ließ. Die Aufgabe der IM, nicht zuletzt unter den Nordistik-Studenten, war in erster Linie, deren politische und persönliche Zuverlässigkeit zu überwachen. Mit ihrer Hilfe gelangte das MfS in die Hörsäle, Studiengruppen, FDJ-Gruppen und die Studentenheime von Greifswald. In exklusiven Fällen, wie bei IM »Martha« (I/278/80) ermöglichte der IM seinem Führungsoffizier Peter Dallmann Zugang zu den Träumen einer befreundeten

²³ Ilko-Sascha Kowalcuk: Die Humboldt-Universität zu Berlin und das Ministerium für Staatssicherheit, in: Konrad H. Jarausch u. a. (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010. Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010 (= Geschichte der Universität Unter den Linden 1810–2010), Berlin 2012, S. 439–553, hier S. 517–533.

Kommilitonin, in dem er berichtete: »Heute Morgen erzählte mir XXX von einem Traum, in dem sie sich von der ›Stasi‹ verfolgt fühlte. Dann ließ sie noch die Schlussbemerkung fallen: ›Na dann werde ich wohl nichts weitererzählen, denn es könnte ja sein, dass du deinem Chef was davon erzählst. Ich wusste darauf nichts zu erwidern. Auch kann ich nicht einschätzen, ob es sich dabei um eine gezielte Äußerung handelt.«²⁴ Dass die betroffene Studentin mit ihrer scherzhaften Bemerkung absolut im Recht war, schien sie tatsächlich nicht zu wissen, denn letztlich wurde keine »Dekonspiration« von »Martha« vermutet, und der IM setzte die Freundschaft zu der Studentin fort.

Die eifrige Bespitzelung der Studenten und Lehrkräfte der Skandinavistik sicherte dem MfS Einschätzungen, Situationsaufnahmen, und vermeintliche Vertraulichkeiten, unter anderem auch die gegenseitigen Spitzeleien befreundeter IM. So wusste unter anderem der IM »Silvi« (V/618/78) über die »fehlende praktische Festigkeit« und »unmoralische[n] Schwächen z.B. in leidenschaftlichem Umgang mit Männern« des erwähnten IM »Martha« zu berichten.²⁵ Das System des gegenseitigen Anprangerns erlaubte dem MfS, ziemlich klare Eindrücke von den Studenten, Lehrkräften sowie ausländischen Gästen zu gewinnen. Das ermöglichte das Exmatrikulieren und Verfolgen von ideologisch Ungefestigten, wie es noch im Wendejahr in der Fennistik geschah.²⁶ Die gegenseitige Bespitzelung war eine der grundlegenden Aufgaben des MfS, nämlich die Aufklärung der Frage »Wer ist wer?« Sie sicherte bis ins letzte Glied die Festigkeit der SED und schaffte gleichzeitig das Informationsfundament für zukünftige Werbungen. Was erstaunlich wenig in den peniblen MfS-Dokumentationen vorkam, waren verlässliche Informationen zur Abwehr von Operationen westlicher Nachrichtendienste gegen die Gruppe der Greifswalder. Trotz umfänglicher Unterwanderung und sozialer und politischer Kontrolle, wusste das MfS nur sehr wenig über seine faktischen Gegner. Da das Interesse des Westens tatsächlich vorhanden war, haben die umfangreichen Zusammenstellungen und Bespitzelungen am Ende des Tages nur sehr wenig eigentlich nachrichtendienstlichen Nutzen erbracht.

Die Menge an überlieferten gegenseitigen Einschätzungen der Greifswalder belegt die überwiegende Bereitschaft zur MfS-Zusammenarbeit der systemkonformen Akademiker. Jedoch dokumentieren die Akten auch in Einzelfällen moralische Bedenken, wie bei der Institutsleiterin von 1954 bis 1955, Ruth Dzulko. Sie hatte sich zwar zunächst als »Elisabet Otto« (1023/53) anwerben lassen und sollte nordische Gastlektoren am Institut überwachen sowie perspektivisch »direkt in Richtung Schweden und Norwegen eingesetzt werden und diese Länder bereisen und dort

²⁴ BArch, MfS, AIM 4998/89, Teil I, Band 1: Einschätzung Studentin XXX, 1981.

²⁵ BArch, MfS, AIM 2694/84, Teil II, Band 1: Einschätzung, 1983.

²⁶ BArch, MfS, AGMS 2875/91, Bd. 2: Information zum Exmatrikulationsauftrag der Studentin XXX, Sek NEW, 2.3.1989.

Verbindungen schaffen«. ²⁷ Die nachrichtendienstliche Tätigkeit ließ sich aber nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, was sie per Brief dem Rektor der Universität mitteilte, während sie sich in die Bundesrepublik absetzte. ²⁸ Solche Gewissensfragen leisteten sich vereinzelt Greifswalder nicht nur zur Zeit der offenen Staatsgrenze. 1983 ließ ein Student eine vorbereitete Anwerbung platzen mit der Begründung »er lebe mit seiner Frau in einer harmonischen Ehe und habe vor ihr keine Geheimnisse«, eine Einstellung, die ihn für das MfS sogleich zu einem hoffnungslosen Fall machte. ²⁹ Entgegen populärer Vorstellungen sind Repressionsmaßnahmen des MfS in den Fällen, in denen sich IM oder IM-Kandidaten der konspirativen Zusammenarbeit entzogen, nicht bekannt. So zeigte der Fall einer jungen Nordistin aus dem Jahr 1985, dass sie zwar als IM der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) gestrichen wurde, weil sie »aus egoistischen Motiven nicht bereit war, das MfS vorbehaltlos zu unterstützen«, dennoch wurde sie zum Beispiel weiterhin als Reisekader nach Skandinavien verwendet, ein Privileg, um das sie wahrscheinlich viele sonst beneideten. ³⁰

Die Greifswalder Experten konnten auch, ohne sich gegenseitig zu bespitzeln, für die Nachrichtendienste von Nutzen sein. Der Universität Greifswald gelang es nämlich tatsächlich, ein recht modernes Area Studies Model aufzubauen, das den Erfordernissen des Arbeitsmarkts entsprach; heute würden Universitäten von »Employability« ihrer Studenten sprechen. Der Schlüssel war die Zusammenarbeit mit den sogenannten Praxispartnern, unter denen sich neben dem Außenministerium und der Deutsch-Nordischen Gesellschaft (DENOG) eben auch das MfS sowie der Militärische Nachrichtendienst der DDR befanden. ³¹ Im Rahmen der Zusammenarbeit mit diesen Diensten bot die Sektion im Ausgangspunkt die Möglichkeit für die Ausbildung und Spezialisierung von hauptamtlichen Offizieren, und sie hatte eine seltene Sprachkompetenz zu bieten. Wie selten, lässt sich aus der Eil-Anfrage des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke selbst ersehen. Anlässlich des Attentats auf den schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme 1986 erwartete Mielke eine Aufklärung des international brisanten Sachverhalts und erbat sich daher eine Bestandsaufnahme aller IM der Bezirksverwaltung (BV) Rostock mit Verbindungen nach Schweden sowie mit schwedischen Sprachkompetenzen. ³² Unter den 9077 (Stand Juni 1986) IM der BV befanden sich lediglich neun, von denen mindes-

²⁷ BArch, MfS, BV Rostock, Archiv Nr. 2/56, Abteilung II/7, Auskunftsbefragung, 21.9.1955.

²⁸ BArch, MfS, Allgemeine S, 2111/67, Dr. Ruth Dzulko an Seine Magnifizenz den Rektor der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Herrn Professor Dr. Katsch, 19.9.1955.

²⁹ BArch, MfS, Neubrandenburg AKK III/83, Abt. XX, Neub. 22.2.1983, Abschlussbericht zum Operativen Handmaterial.

³⁰ BArch, MfS, HA 6381 Bd 2, HA II/6 – HA XX/1, NSW-Reisekaderbestätigung, 29.5.1985.

³¹ Nase, *Academics and Politics*, S. 268. – Thomas Wegener Friis: *Den Usynlige Front. DDR's militære Spionage i Danmark under den Kolde Krig*, Kopenhagen 2005, S. 223.

³² BArch, MfS, BV Rostock, Abt. 12, Nr. 3, Telegramm Rostock, Abt. XII an Berlin Abt. XII, 3.3.1986.

tens drei als Greifswalder Forscher identifiziert werden können, nämlich »Larus« (I/1639/75), »Karl Funk« (XVIII/1096/80), und »Dr. Herbst« (I/503/82), die alle aus der Kreisdienststelle Greifswald kamen.³³

Die wissenschaftlichen Arbeiten der Sektion Nordeuropawissenschaften dürften für die Dienste relevant gewesen sein. Ein wesentliches Beispiel hierfür war das Forschungsprojekt zum angeblichen militär-industriellen Komplex Dänemarks von Fregattenkapitän Hermann Morbach, der 1981 aus der Praxis von der sogenannten Volksmarine in Rostock in die Wissenschaft wechselte.³⁴ Ein ähnliches Modethema mit nachrichtendienstlicher Anziehungskraft war der Forschungsschwerpunkt der späten 1980er-Jahre mit dem Titel »Die Haltung der gesellschaftlichen Kräfte Nordeuropas zum globalen Problem der achtziger/neunziger Jahre, vor allem zur Erhaltung des Weltfriedens«, der das Interesse sowohl von Außenministerium und dem MfS als auch vom MfNV nach sich zog.³⁵

Ein besonders anspruchsvolles Gebiet der Aufarbeitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit ist die Nutzung der Reisetätigkeit der Greifswalder für offensive Maßnahmen der Auslandsspionage in den Westen. Durch die umfassende Vernichtung sowohl der operativen Akten der HV A wie auch des Bereichs Aufklärung ist die Unterstützung, die die Greifswalder bieten konnten, nur sehr lückenhaft nachzuweisen. Aber es gibt Hinweise, wie etwa im Fall der Dänischlektorin Erika Kosmalla, die als IM »Ruth« (XV/733/61 beziehungsweise XV/2229/74) von 1961 bis 1988 für die HV A Abteilung XII geführt wurde.³⁶ Aus ihrem 30-jährigen Einsatz liegen lediglich wenige überlieferte Seiten aus dem Jahre 1968 vor, die ihre einleitenden Testaufträge in Kopenhagen mit Aufklärung von Gaststätten und Klubs in Kopenhagen sowie nachfolgende Aufträge als Tipper, also als Talentscout der Spionage beschreiben.³⁷ Ihre sonstige operative Tätigkeit für die Auslandsspionage bleibt hingegen eine Blackbox. In manch anderem Fall, so bei »Jan« (XV/4723/63), sind aus der HV A Datenbank SIRA Titel einzelner Berichte zur politischen Lage der Sozialdemokratie sowie der Kommunistischen Partei Finnlands bekannt. Gleichwohl geht daraus hervor, dass die Berichtsteile seiner nun zerstörten Akten zwischen 300 und 600 Seiten umfassten.

³³ Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, Berlin 2008, S. 801.

³⁴ Friis, Den usynlige Front, S. 224.

³⁵ Universitätsarchiv Greifswald, NEW 60: Stellvertreter des Ministers und Chef der Volksmarine Vizeadmiral Hoffmann an Direktor der Sektion Nordeuropawissenschaften, Genossin Dr. Dr. Edeltraut Felfe, 9.10.1989.

³⁶ Zur HV A Abt. XII Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen (= MfS-Handbuch), Berlin 2011, S. 192.

³⁷ BArch, MfS, Leiter der BV Nr. 105, BV Rostock Abteilung XV, Einschätzung Erika Kosmalla, 22.10.1968.

In einzelnen Fällen tauchen Akten entweder als Hinweise auf Nutzung durch die HV A oder auch vage Verweise auf HV A Erfassungen auf, die heute nicht mehr überprüft werden können. Ein gutes Beispiel dafür war der ehemalige SED-Spitzenfunktionär Kurt Vieweg, einer der Verlierer der post-stalinistischen Machtkämpfe innerhalb der Partei, der nach einer längeren Haftstrafe seinen Lebensabend als Skandinavien-Experte und Professor an der Sektion Nordeuropawissenschaften in Greifswald verbrachte. In dieser Zeit stand er sowohl der HA XX sowie der HV A XII als IM »Nordland« (XV/4562/64) zur Verfügung, wobei die HV A-Akte vernichtet ist, und die Nachweise seiner Aktivitäten für die Auslandsaufklärung lediglich durch den Informationsaustausch in seiner Akte bei der HA XX überliefert sind. Dadurch wird ersichtlich wie »Nordland« über Gäste aus Nordeuropa sowie über Kollegen an die HV A berichtete.³⁸ Aber auch, wie er in umfassenden konspirativen Desinformationsmaßnahmen Richtung Dänemark aktiv war.³⁹ Die vielen Akten-splitter aus der Feder der HV A belegen ein durchgängiges Interesse der Abteilung an der Anwerbung oder Mitnutzung der Akademiker und an ihren Möglichkeiten, die Grenzen des Kalten Krieges zu überqueren, lassen jedoch noch keine umfassenden Analysen zu. Die Greifswalder Omertà lässt das Wissen über diese Zeit mit ihren Trägern im Grab verschwinden.

Drei »Überläufer« aus Greifswald

Schon während des Kalten Krieges verbreitete sich das Gerücht, dass Greifswalder Spione in Skandinavien unterwegs waren. In publizistischen Darstellungen der Spionage wurde – ohne jegliche Dokumentation der Information – das Bild verbreitet, dass das Nordistik-Studium ein Hort der Spionage war. So meinte der ehemalige dänische Journalist des kommunistischen Tageblatts »Land og Folk«, Bent Christiansen, in seinem Enthüllungsbuch »Krieg der Maulwürfe. Die Ostdeutsche Spionage in Dänemark« zu wissen:

»Ein Studienplatz hier [Universität Greifswald] ist begehrt, da die Studenten nach dem Studium einen Job als Dolmetscher, Pressemitarbeiter oder wie im Fall Jörgs bei der Stasi – dem Staatssicherheitsministerium – bekommen können, was die Möglichkeit bietet, die nordischen Länder zu besuchen. Diese Möglichkeit ist Ostdeutschen sonst nicht gegeben. Es [das MfS] entdeckte den ehrgeizigen Jörg, und

³⁸ BArch, MfS, AIM 1200/77, Bd. 2: HA XVIII/6/2, Brandt: Vermerk zum Treff mit IM »Nordland« am 24.6.1971 in Greifswald. 28.6.1971.

³⁹ BArch, MfS, AIM 1200/77, Bd. 3: HA XVIII/6, Brandt: Vermerk zum Gespräch mit der HV A, Abt. XII, Gen. Major Gattlitz, App. 3610, am 15.9.1972. – Michael F. Scholz: Bauernopfer der Deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997, S. 216.

der Einser-Student am Nordischen Institut zeigte Qualitäten, die dem ostdeutschen Nachrichtendienst gefielen.«⁴⁰

Mit der Herausgabe des Buches erweckte der Autor sogleich den Argwohn der DDR-Botschaft, ein Agent des dänischen Nachrichtendienstes zu sein.⁴¹ In diesem zwielichtigen Umfeld war ein solcher Grundverdacht wenig überraschend. Ebenso teilte der dänische Abwehrdienst PET (Politiets Efterretningstjeneste) die Einschätzung des Autors, dass der genannte »Jörg« aus dem Greifswalder Umfeld stammte.⁴² Die Beschreibung von »Jörg« bezog sich auf Jörg Meyer, der in den 1970er-Jahren als IM »Wolfgang Schmidt« (I/848/67) im Auftrag der HV A nach Dänemark übersiedelte. Im Jahr 1979 wurde er verhaftet. Der Rostocker Meyer, der unter der westdeutschen Leihidentität »Rudolf Samiec« firmierte, hatte jedoch weder Nordistik noch in Greifswald studiert, sondern Anglistik an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock.⁴³ Die Wachsamkeit der nordischen Nachrichtendienste gegenüber den Greifswalder Nordisten war dennoch geschärft und in den späten 1970er- und 1980er-Jahren wurden sie verstärkt unter die Lupe gekommen.

Zu dieser Fokussierung trugen nicht zuletzt drei vermeintliche Überläufer bei, zwei im Jahr 1981 und einer im Jahr 1984. Dabei war lediglich einer dieser sogenannten Republikflüchtlinge echt, während die anderen beiden von den ostdeutschen Nachrichtendiensten »abgeordnet« worden waren. Der echte Überläufer war der wissenschaftliche Aspirant und ehemalige Vorsitzende der Uni-Gewerkschaftsgruppe Hansjürgen Wolf, der sich 1981 während einer Studienreise in Norwegen entschloss, die Heimreise nicht anzutreten. Seine Flucht löste zu Recht Nervosität beim MfS aus, denn Wolf war im Stande, die Norweger und ihre westdeutschen Partner »umfangreich über das nachrichtendienstliche Milieu und die nachrichtendienstliche Heranbildung an der Universität Greifswald« zu informieren.⁴⁴ Die HV A befürchtete sogar, dass Wolf schon vor seinem Verbleib in Norwegen, Kontakt zum norwegischen Abwehrdienst POT (Politiets Overvågningstjeneste) besaß.⁴⁵

⁴⁰ H. B. Foged-Christensen: *Mulvarpekrigen. Østtysk Spionage i Danmark*, Kopenhagen 1980, S. 16.

⁴¹ Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/IV B2/20/177, Telegramm Botschafter Heinz Oelzner an Egon Winkelmann, SED-Zentralkomitee, und Kurt Nier, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 18.3.1980.

⁴² Archiv des Dänischen Polizeilichen Nachrichtendienstes (PET-Archiv), DIIS-Samling Nr. 253, Vedr. tidligere DDR-Statsborger F, f.d. 1961 i Jena, 16.12.1985.

⁴³ Thomas Wegener Friis: *DDR-Spionage in Dänemark*, in: Helmut Müller-Enbergs/Thomas Wegener Friis (Hrsg.): *DDR-Spionage von Albanien bis Großbritannien (= Analysen zu Sicherheitsfragen, Bd. 6)*, Frankfurt 2018, S. 129–164, hier S. 138–139.

⁴⁴ Trond Bergh/Knut Einar: *Den hemmelige krigen. Overvåkning i Norge 1914-1997. Bd. 2: Storhetstid og stormkast 1955–1997*, Oslo 1998, S. 508.

⁴⁵ BArch, MfS, AOV 1969/83, HV A Stellvertretender Leiter, Generalmajor Jänecke an Rst. Generalmajor Mittag: R. Flucht des ehemaligen Gen. Hansjürgen Wolf, Aspirant an der Sektion Nordeuropawissenschaften der Universität Greifswald 7.9.1981.

Daher machte es Sinn, eine umfassende Untersuchung zur Schadensbegrenzung anzustellen und einen Überblick zu erstellen, was der flüchtige Wissenschaftler über die Verflechtung zwischen MfS und Universität wissen konnte. Seine Flucht belastete unter anderem vier Studenten, die als IM aktiv waren.⁴⁶ Weiterhin waren ihm zwei Studenten als hauptamtliche MfS-Mitarbeiter bekannt, jedoch unter dem üblichen Cover als Mitarbeiter des Ministeriums des Inneren ausgewiesen.⁴⁷

Unter den Kollegen in Greifswald herrschte Verunsicherung, inwieweit Wolf tatsächlich geflüchtet war, so wusste der IM »Sekretär« aus Korridorgesprächen zu berichten, dass gemunkelt wurde: »Wer weiß, ob Wolf die Republik verlassen hat, vielleicht ist er auch Kundschafter für unsere Republik«.⁴⁸ Dieser Grundverdacht war berechtigt, denn weniger als ein halbes Jahr nach der Republikflucht von Wolf folgte sein bisher ihm untergebener Forschungsstudent Rüdiger Meitz, der von einem Forschungsaufenthalt in Dänemark nicht zurückkehrte. Diesmal war »die Republikflucht« von dem Bereich Aufklärung des MfNV koordiniert worden. Der sogenannte Spezialkader (SK) »Veran«, also ein für die Zwecke der Übersiedlung besonders ausgebildeter Agent, sollte sich nach dem Plan der Militäraufklärer eine Position an der Universität Kopenhagen aufbauen. Vorerst verlief die »Schleusung« von »Veran« glatt, zumindest waren die Dänen von seinem Schauspiel überzeugt. Vertreter des Kommunistischen Studentenverbandes Dänemark versuchten gar, ihn zu überzeugen, dass es sinnvoller wäre, in die DDR zurückzukehren, während der dänische PET den neuen ostdeutschen Bürger zwar einem zweitägigen Verhör unterzog, dieser sich jedoch keinen nennenswerten Verdacht anmerken ließ.⁴⁹ Eine dauerhafte Bleibe im Königreich misslang ihm allerdings, da er keine berufliche Perspektive aufbauen konnte, Dänemark war in diesen Jahren von einer Rekordarbeitslosigkeit betroffen. Deshalb siedelte der Bereich Aufklärung »Veran« nach Schleswig-Holstein um, wo er kleinere Aufgaben wie Objektbeobachtung erledigte. Da diese Aufgaben jedoch kaum mit den Zeitinvestitionen eines Spezialkaders inklusive Betreuung durch zugereiste Instruktoren aus der DDR in einem angemessenen Verhältnis standen, wurde am Ende des Jahrzehnts überlegt, ihn in die DDR zurückzuziehen.⁵⁰ Letztlich verblieb »Veran« im deutsch-dänischen Grenzland, und sein letzter Kontakt zu einem ostdeutschen Auftraggeber war vermeintlich im Spätherbst 1989, wo ihm zugesichert wurde, dass alle Akten sowie Karteikarten vernichtet worden waren. Laut

⁴⁶ BArch, MfS, HA I, 1630, 1. Treff IM Panzer – SK in Hamburg am 4.6. 1982.

⁴⁷ BArch, MfS, ZMS 9726, KD Greifswald, Protokoll über die Koordinierungsberatung zur OPK »Erpresser«, 14.10.1981.

⁴⁸ BArch, MfS, AOV 1969/83, KD Greifswald: Auszug aus dem Bericht des IMS »Sekretär« zur Arbeitsberatung beim Gen. Klemmer, 21.9.1981.

⁴⁹ Thomas Wegener Friis: »H. C. Andersen gør et drømmende, forsovet indtryk«, in: Arbejderhistorie, Jg. 2005, Nr. 1, S. 1–17, hier S. 11–12.

⁵⁰ BArch, MfS, 15399: Sachstandsbericht zu Operation »Greif«, 1987.

seinen späteren Aussagen gegenüber der dänischen Polizei, unterschrieb er bei dem letzten Treffen mit seiner Führungsperson eine Art »Entlassungserklärung«, wobei er dem ostdeutschen GRU-Schwesterdienst ewiges Schweigen versprach.⁵¹

Wenige Jahre nach dem vergeblichen Versuch, »Veran« zu etablieren, führte die HV A eine ähnliche Übersiedlung »mit Klarnamen Variante« (unter eigener Identität) durch. Der 23-jährige Greifswalder Forschungsstudent Frank-Michael Steiner geführt als IM »Roland Schulz« (XV/5695/83) nutzte einen Sprachkurs an der Universität Kopenhagen im Sommer 1984, um dort zu bleiben. Dabei war er auf einer besonders geheimen Mission des Auslandsdienstes. Berichte von einer Reihe von MfS-Einheiten, von den Hauptabteilungen HA IX und XX in Berlin über die Bezirksverwaltungen Frankfurt/Oder und Rostock bis hin zu der Kreisdienststelle Greifswald ergeben einhellig ein Bild einer realen Flucht aus der DDR, also einer Straftat in den Augen des Regimes. Die Zentrale Koordinierungsgruppe leitete sogar eine Bitte an die Botschaft der DDR in Kopenhagen, Überlegungen anzustellen, wie er zurückgeführt werden könne.⁵² Die Ursache für die hausinterne Verwirrung war, dass sein Einsatz auch innerhalb des Ministeriums getarnt war, weshalb interne Nachfragen nach ihm mit »nicht erfasst« beantwortet werden sollten.⁵³

Ähnlich »Veran« wurde auch »Roland Schulz« beim dänischen Nachrichtendienst PET vorgeladen und musste umfassend über die Norddistenszene und zu deren Unterwanderung durch das MfS aussagen, unter anderem zu 18 Lehrkräften sowie zu nordischen Gastlektoren. Bei einigen konnte er es bei der Benennung von Vertrauens- und Parteiämtern belassen oder gar allgemeinen persönlichen Einschätzungen wie bei einer Kollegin als »unfähig, aber hübsch« oder bei einer Seniorforscherin, die als Angehörige »der Oberklasse an der Universität« angesehen wurde. In drei Fällen musste Steiner Verdachtsmomente der Dänen bestätigen, so beim IM »Martin« (I/1305/73) der als Dolmetscher beim ZK »ganz sicher beim MfS« war, während er dem IM »Jan« (XV/4723/63) »vermutlich MfS« bescheinigte.⁵⁴ Dies passte mit aller Wahrscheinlichkeit in Absprache mit seinem Auftraggeber.

Trotz seines jungen Alters war »Roland Schulz« erfahren im konspirativen Beruf, schließlich war er seit seinem 19. Lebensjahr in den Diensten des MfS.⁵⁵ Die HV A traute ihm auch in Dänemark eine schwerwiegende Rolle zu, denn er war hier als »Resident« eingestuft, was als die »höchste«, »beste, zuverlässigste und wirkungs-

⁵¹ Archiv des Dänischen Polizeilichen Nachrichtendienstes (PET-Archiv): Vedr.: B. (tidl. Meitz), Rüdiger. 23.4.2001.

⁵² BArch, MfS, HA XX, ZMA Nr. 501010/1, HV A A/IX/B/Leiter, Information über nichttermin-gemäße Rückkehr von einer Dienstreise zur Universität Kopenhagen, 3.9.1984.

⁵³ BArch, MfS, HV A F22, Vorg. Nr. XV 5695/73, Rückseite, 19.12.1983.

⁵⁴ Archiv des Dänischen Polizeilichen Nachrichtendienstes (PET-Archiv), DIIS-Samling Nr 253: Vedr. tidligere DDR-Statsborger F, 16.12.1985.

⁵⁵ BArch, MfS, AIM 24391/80 Teil I Bd. 1: Verpflichtung, 22.5.1979.

vollste Organisationsform« galt. Der Auslandsdienst verfügte im Jahr 1988 lediglich über 32 Residenten unter den 1550 IM in der Bundesrepublik, unter ihnen waren 11 IM von der HV A Abt. VI, die auch für »Roland Schulz« zuständig war.⁵⁶ Die Residenten waren in der Regel »Offiziere in besonderem Einsatz« (OiBE), was aber nicht auf ihn zutraf. Laut späteren Aussagen gegenüber dem dänischen Nachrichtendienst hatte das MfS ihm während seines Studiums die Möglichkeit einer hauptamtlichen Laufbahn beim MfS in Aussicht gestellt.⁵⁷ Öfters waren Residenten zur Unterstützung und Führung von Agenten tätig, dies war bei »Roland Schulz« nicht der Fall, denn seine Funktion wurde 1988 schwammig als »in anderem Objekt tätig« beschrieben mit dem Zusatz »Leitet keine IM an«.⁵⁸ Erfolglos schien er dennoch nicht gewesen zu sein, letztlich verlieh das MfS ihm 1987 die »Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee« in Bronze, und gleich im Folgejahr in Silber.⁵⁹ Zwar gab es im Wendejahr keinen neuen Orden von seinem dem Untergang geweihten Arbeitgeber, aber wenigstens erhielt er im Mai 1989 bei einem konspirativen Treffen im finnischen Helsinki eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 2200 DM.⁶⁰

Im westlichen Umgang mit Überläufern ist durchaus ein Misstrauen gegenüber den Greifswalder Nordisten und ihrer Verbundenheit mit den Geheimdiensten wahrzunehmen. So bekam »Veran« nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik in einem Gespräch mit dem SPD-Politiker Karl-Wilhelm Berkahn bei der Hamburger Friedrich Ebert Stiftung unverhohlen mit, »dass er den SK [Spezialkader] zu 50 % als »Ostspion« einordnet«.⁶¹

Der Generalverdacht gegenüber dem Nordistik-Milieu spornte die westlichen Nachrichtendienste an. Schon Anfang der 1980er-Jahre bearbeiteten die dänische Abwehr PET sowie ihr Norwegischer Schwesterdienst POT die Gruppe der Greifswalder unter dem Decknamen »Nils«. Ende 1982 wurde diese Zusammenarbeit unter Einbezug des BND intensiviert und in Aktion »Verona« umbenannt.⁶²

Die Beteiligung des BND an der Aktion bedeutete, dass PET und POT vom Wissen des BND über das MfS profitierten. Beim ersten Treffen mit BND-Vertretern

⁵⁶ Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern, und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2011, S. 48.

⁵⁷ PET-Archiv, DIIS-Samling Nr 253: Frank Michael Steiner, Datablad, 29.9.2000.

⁵⁸ BArch, MfS, HV A, Statistikbogen XV 5695/83.

⁵⁹ BArch, MfS, HA KuSch: Befehl Nr. K 3010/87, 7.10.1986. – BArch, MfS, HA KuSch: Befehl Nr. K 107/88, 8.2.1988.

⁶⁰ PET-Archiv, DIIS-Samling Nr 253: Vedr. Steiner (undatiert). – BArch, MfS, Abt. Finanzen, Nr. 1644: Abrechnung der Reisezahlungsmittel in ausländischer Währung, 13.6.1989.

⁶¹ BArch, MfS, HA I, 15399, Bl. 20.

⁶² Thomas Wegener Friis u. a.: Schwierige Völkerfreundschaft im Norden. Die Freundschaftsgesellschaften mit der DDR in den skandinavischen Ländern im Fokus der Nachrichtendienste Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2016, S. 195–215, hier S. 12–13.

in Kopenhagen erhielten sie umfassendes Material über das MfS in den Bezirken Schwerin und Rostock.⁶³ Die Anwerbungen sollten später durch den BND erfolgen, was – wie es die Dänen den Norwegern erklärten – große Vorteile für die skandinavischen Partnerdienste hatte.⁶⁴ Es hatte sich ein Modus der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Dänen etabliert, bei dem Kosten und Verantwortung auf den deutschen Partner abgewälzt wurden. Ein Doppelagent hatte keinen Anspruch auf Aufenthalt in Dänemark, sondern musste nach dem Überlaufen gegebenenfalls in die Bundesrepublik umziehen. Die Bezahlung des Agenten durfte nur nach gegenseitiger Absprache geschehen, wobei Dänemark weder für die Aktion noch für die Kosten des westdeutschen Führungsoffiziers haftete. Der Führungsoffizier musste unter einer passenden Legende nach Dänemark einreisen, hierbei bot der PET seine Hilfe an. Danach durfte der Führungsoffizier keinen Kontakt zum PET aufnehmen, die Kommunikation musste über Deutschland und deren offizielle Vertreter in Kopenhagen laufen. Missglückte die Anwerbung, gab der PET sich ahnungslos und der Führungsoffizier sollte Dänemark so schnell wie möglich verlassen. Bei Erfolg sollte der PET über das Resultat benachrichtigt werden.⁶⁵

Welche Früchte die Aktion trug, ist nicht völlig eindeutig, aber aus der norwegischen Forschung ist aus dem Zeitraum mindestens die Anwerbung von einem Doppelagenten bekannt. Im letzten Jahrzehnt des Kalten Krieges belieferte ein DDR-Bürger die skandinavischen Dienste mit detaillierten Informationen über den nachrichtendienstlichen Modus Operandi des MfS in Skandinavien, gab Antworten auf die Frage »Wer ist wer?« beim MfS und berichtete über Personen und Aktivitäten der DDR-Botschaft in Oslo, der norwegischen Freundschaftsgesellschaft und der Liga für Völkerfreundschaft.⁶⁶ In den Quellen des MfS, das eigentlich ein solches Eindringen in seine Netzwerke verhindern sollte, ist nur wenig über die nordischen Aktivitäten berichtet. Lediglich die Wissenschaftlerin mit dem Decknamen »Helga Berger« (I/1886/71), wusste von einem Annäherungsversuch, mutmaßlich vom dänischen Nachrichtendienst im Jahr 1986, zu berichten.⁶⁷ So gesehen schien die nachrichtendienstliche Durchdringung des Greifswalder Milieus durch das MfS aus einer Sicherheitsperspektive eher fehlgeschlagen.

⁶³ Archiv des Politiets Sikkerhetstjeneste (PST-Archiv), Nr. 475 8-1406 II. 66: Operasjon »Verona« – møde i København 17. og 18.1.1983.

⁶⁴ PST-Archiv, Nr. 475 8-1406 II. 66: Operasjon »Verona« – møde i København 17. og 18.1.1983.

⁶⁵ PST-Archiv, Nr. 475 8-1406 II. 66: Til Orientering et eksempel på en aftale vi i forbindelse med en tidligere fællesoperation opstillede med tyskerne. God fornøjelse. Hilsen NIELS, 18.1.1982.

⁶⁶ Trond Bergh/Knut Einar Eriksen: Den hemmelige krigen. Overvåkning i Norge 1914–1997, Oslo 1998, S. 508. – Sven G Holtmark: Avmaktens diplomati. DDR i Norge 1949–1973, Oslo 1999, S. 125–144.

⁶⁷ BArch, MfS, HA XVIII Nr. 98: Bericht im Zusammenhang mit weiterführenden Maßnahmen im Rahmen des Komplexes »Medusa«, u. a. Maßnahmen zum ehemaligen Quartier »Hydras« in Kopenhagen, 16.9.1986.

Während die westdeutschen und nordischen Nachrichtendienste Greifswald in ihrem Repertoire hatten, ist unbekannt, ob das Interesse im Westen darüber hinausging. Eine Episode aus dem Jahr 1985, die vermeintlich die CIA betraf, scheint eher die ostdeutsche Misstrauenskultur gegenüber den eigenen Reisekadern zu belegen als tatsächliche amerikanische Spionage. Der IM »Karl Funk« (XVIII/1096/80) empfing während eines Studienaufenthaltes in Schweden einen scherzhaften Anruf von einem skandinavischen Kollegen. Dieser behauptete, die CIA möchte mit ihm reden. Bei darauffolgenden Gesprächen hielt er »Karl Funk« vor, er würde für das MfS arbeiten, was der IM selbstverständlich bestritt und damit einer »Dekonspiration« entging.⁶⁸ Das MfS vermerkte zwar realistisch, dass der Bezug auf die CIA eher als humorvoll gedacht war, dennoch wurde die unvorsichtige Erwähnung des amerikanischen Nachrichtendienstes als Anlass genommen, die umfassende Operative Personenkontrolle (OPK) »Lektor« gegen den skandinavischen Wissenschaftler einzuleiten, bei der neben dem IM »Karl Funk« die weiteren Nordistinnen IM »Feuerbach« und IM »Kerstin« sowie ein IM »Felix« aus einem Wohnheim der Universität einbezogen wurden. Das Ziel war, die Persönlichkeit des forsch auftretenden Skandinaviens aufzuklären sowie sein persönliches Umfeld in der DDR zu erkunden.⁶⁹ »Karl Funk« fiel eine besondere Rolle zu, denn er galt als vermeintlicher Freund von »Lektor«. Und da der Verdacht auf Spionage der westlichen Supermacht keine kleine oder alltägliche Angelegenheit darstellte, wurden die OPK sowie der »Karl Funk« nunmehr nicht länger von der Kreisdienststelle des MfS in der vorpommerschen Provinz begleitet, sondern wechselten in die Hände der Experten für Gegenspionage der Berliner Zentrale der HV A.⁷⁰

Privilegien und Misstrauen

Für den IM »Karl Funk«, der bis dahin mit Bspitzelung von Kommilitonen und Lehrkräften befasst war, bedeutete dies eine Art Beförderung von der Regional- in die Oberliga der DDR-Spionage.⁷¹ Für die DDR brachte das Unternehmen tatsächlich wenig mehr als Papier in einem nahezu unerschöpflichen Strom an Vermutungen, Anfeindungen und Spitzeleien aus der Hansestadt.

⁶⁸ BArch, MfS, KD Greifswald: Information über Aktivitäten eines schwedischen Bürgers zu Ermittlung von Quellen des MfS, 18.3.1986.

⁶⁹ BArch, MfS, BV Rostock, KD Greifswald ZMA 7506, MfS, KD-Greifswald: Maßnahmeplan zur Durchführung der OPK »Lektor« 25.10.1985

⁷⁰ BArch, MfS, BV Rostock, KD Greifswald ZMA 7506, Anlegen OPK »Lektor«, Erf. Übergabe an HV A Abt. IX/B MA 664. 8.11.1975.

⁷¹ BArch, MfS, KD Greifswald 420, Einschätzung der Zusammenarbeit des IM »Karl Funk« Reg. Nr. XVIII/1096/80, 16.4.1987.

Die Skandinavien-Experten lebten zwar für DDR-Verhältnisse ein privilegiertes Dasein, aber die Privilegien hatten eine Schattenseite. Die Greifswalder Dozenten und die meisten Studenten genossen Reisefreiheit, wenn auch streng reglementiert. Sie durften persönliche Kontakte pflegen, falls sie zweckdienlich waren, entweder für die Universität oder für die Nachrichtendienste der sozialistischen Staaten. Der Preis für die Aufrechterhaltung der wissenschaftlichen Kontakte war aber ein toxisches Milieu, geprägt von Misstrauen und massiver Unterwanderung durch Nachrichtendienste.

Das MfS befürchtete vor allem die Nebenwirkungen der mikrodosierten Verflechtungen zwischen den Greifswalder Nordisten und den Menschen in den nordischen Staaten. Die ideologische Festigkeit der Genossen musste konspirativ sichergestellt und die Rückkehrgarantie bei Dienstreisen durch zwanghafte Überprüfung der Reisekader gewährleistet werden. Tatsächlich nutzte lediglich ein Greifswalder Wissenschaftler das kleine Schlupfloch im Eisernen Vorhang als Weg in die Freiheit, zwei weitere »Republikflüchtige« traten die Reise im Auftrag ihrer geheimen Arbeitgeber an. Das mühselige Einsammeln individueller Einschätzungen und das Herumschnüffeln in möglichen Eheproblemen der Reisenden erscheint im Nachhinein weithin als Beschäftigungsmaßnahme der örtlichen MfS-Filiale. Schließlich erwiesen sich die Betroffenen als stramme SED-Kader, deren Weigerung zur historischen Aufarbeitung bewies, dass sie ihrem feierlichen Gelübde trotz Untergang der DDR bis in den Tod treu blieben.

Die kleine Gruppe von Greifswalder Grenzgängern zog Nachrichtendienstler an sich wie ein Kindereis Wespen im Spätsommer. Entweder erhofften sie sich Vorteile durch die Werbung oder Abwerbung eines Agenten, oder sie misstrauten den zugelassenen Ost-West-Kontakten. Studenten und Lehrkräfte spähten einander aus, und am Ende blieb kaum jemand unerfaßt. Heute sind nur Teile der Spionage in und um die Sektion Nordeuropawissenschaften bekannt. Die Operationen der ostdeutschen Spionagedienste HV A und Bereich Aufklärung sind nur schemenhaft zu erkennen, die Aktivitäten des KGB nur als fernes Echo vernehmbar und die Aktivität der GRU kann lediglich angenommen werden. Die Motivation westlicher Nachrichtendienste, Reisekader der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald anzuwerben, ist dokumentierbar. Wer von den ostdeutschen Agenten und IM aber vor 1990 die Möglichkeit ergriff, rechtzeitig die Seite zu wechseln, auch über dieser Frage schwebt die Greifswalder Omertà.

Gegensätze

Władysław Bułhak

Frontlinien im Kalten Krieg

Militärische Planung, Konfrontation und Verflechtung im westlichen Ostseeraum

Die Frontlinien des Kalten Krieges zogen sich nicht nur quer durch Deutschland, sondern verliefen auch weiter durch die Ostsee. Die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, die DDR und die Volksrepublik Polen waren nicht nur geografisch durch die Ostsee miteinander verbunden, sondern teilten sich auch ein gemeinsames Schicksal als Frontstaaten in einem potenziellen Weltkrieg. Schleswig-Holstein, Dänemark sowie die nördlichen Bezirke der DDR – also das heutige Mecklenburg-Vorpommern – wären im Falle eines Kriegsausbruchs unmittelbar betroffen gewesen.¹ Mit der zunehmenden Nuklearisierung des Kalten Krieges wären sie zudem massiver Zerstörung durch den Einsatz von Atomwaffen ausgesetzt gewesen.

Die Enge des Raumes und die umfassende Hochrüstung auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs machten die Militarisierung des westlichen Ostseeraums nicht nur deutlich sichtbar, sie beeinflussten sich auch gegenseitig. Das Aufeinandertreffen der Bundes- oder Volksmarine, der dänischen und polnischen Seestreitkräfte und der Ostseeflotte der Sowjetunion gehörte zum Alltag. Darüber hinaus betrieben beide Machtblöcke Militärsplionage in einem solchen Ausmaß, dass es in der Region wohl kaum noch echte Geheimnisse vor dem Gegner geben konnte.² Die militärische Planung und Entwicklung der verfeindeten Ostseestaaten waren während des gesamten Kalten Krieges eng aufeinander abgestimmt, gewissermaßen

¹ Zentrale Darstellung zum Kriegsschauplatz Ostseeraum siehe: Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Pakt (= Potsdamer Schrift zur Militärgeschichte, Bd. 12), Potsdam 2010 (künftig zitiert: Wenzke, die Streitkräfte der DDR). – Jarosław Pałka: *Polskie Wojska Operacyjne w Układzie Warszawskim*, Warschau 2022 (künftig zitiert: Pałka, *Polskie Wojska*). – Peter Bodasson: *NATO and the Baltic Approaches* (= De Gruyter Studies in Military History, Bd. 7), Berlin 2023. – Steen Andersen: *Planerne om at eliminere Danmark. Atomtruslen og Østblokkens angrebsplaner under den kolde krig*, Odense 2026.

² Zum Thema Militärsplionage im Ostseeraum Thomas Wegener Friis: *Den Usynlige Front. DDR's militærspionage under den Kolde Krig*, Kopenhagen 2005 (künftig zitiert: Wegener Friis, *Den Usynlige Front*). – Danmark under den Kolde Krig, Bd. 1, Kopenhagen 2005, S. 478–484. – Danmark under den Kolde Krig, Bd. 2, Kopenhagen 2005, S. 643–660. – Danmark under den Kolde Krig, Bd. 3, Kopenhagen 2005, S. 555–576. – Peter Bogasson: *Fjenderbilleder. Forsvarets Efterretningstjeneste under den Kolde Krig*, Kopenhagen 2025.

verflochten – auch wenn diese Verflechtung selbstverständlich nie intendiert war. Sie beruhte nicht auf menschlichen Begegnungen, denn Reisen ins feindliche Lager sowie private Kontakte zwischen Ost und West blieben aus Sicherheitsgründen über Jahrzehnte hinweg die absolute Ausnahme. Erst auf dem Schlachtfeld eines heißen Krieges hätten sich Soldaten und Offiziere der jeweiligen Parteien begegnen sollen. Da dieser Krieg jedoch ausblieb, bestand die Verflechtung in einem konstanten Prozess aus Planung, gegenseitiger Aufklärung und Gegenplanung – aus Aktion und Reaktion.

Innerhalb der Militärbündnisse NATO und Warschauer Vertrag führte die androhende und endgültige Ost-West-Auseinandersetzung auch zu einer intensiveren Verflechtung. Die Bündnispartner waren nicht unbedingt in Liebes-Ehen innerhalb der Bündnissysteme miteinander verbunden. So wurden die Streitkräfte der Bundesrepublik und deren personelle Kontinuität aus der Wehrmacht bei den dänischen Partnern zu Anfang eher pragmatisch akzeptiert als mit offenen Armen begrüßt.³ Unter den Staaten im Warschauer Pakt wurden zwar die »Waffenbrüderschaft/Klassenbrüderschaft« und die »Verbundenheit mit der Sowjetunion« gepredigt, was jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen konnte, dass die sowjetischen Truppen weder in Ostdeutschland noch in Polen gern gesehene Gäste waren. Auch konnten die Floskeln über die Gegensätze zwischen Polen und (DDR-)Deutschen keine Brücken bauen. In den sozialistischen Staaten herrschende Feindbilder nahmen weniger die Staaten des Westens als Gegner wahr, eher wurden die Nachbarstaaten (und damit in der Regel die Bündnispartner) misstrauisch beäugt.⁴

Auch wenn die Beziehungen unter den Verbündeten nicht immer auf Gegenseitigkeit basierten, entstand in der Region ein Gerüst aus Kommandostrukturen, die jeweils in Ost und West die örtlichen Streitkräfte unter gemeinsame Befehlshaber stellten – auf jeden Fall in Kriegszeiten. Im Westen fanden sich die beiden oben genannten NATO-Staaten Bundesrepublik und Dänemark ab 1961/62 gemeinsam in dem Vereinten Kommando Baltic Approaches (COMBALTAP) zusammen.⁵ Nahezu

³ Thomas Wegener Friis: Frühe Freunde? Deutsch-Dänische Militärkooperation nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Heiner Bröckermann (Hrsg.): *Krig og Fred – Krieg und Frieden. Wegmarken der deutsch-dänischen Geschichte 1848 bis 1955* (= Potsdamer Schrift zur Militärgeschichte, Bd. 33), Potsdam 2021, S. 161–176.

⁴ Frank Umbach: *Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955–1991* (= Militärgeschichte der DDR, Bd. 10), Berlin 2005, S. 272.

⁵ Dieter H. Kollmer: Der »Flugzeugträger« Schleswig-Holstein. Die Rolle Schleswig-Holsteins in der Verteidigungsplanung der NATO während des Kalten Krieges, in: Elmar Jessen u.a. (Hrsg.): *Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR*, Husum 2016, S. 71–86 (künftig zitiert: Jessen u. a., *Grenzen überwinden*). – Thomas Wegener Friis, u. a.: *With the back to the (Atlantic) wall. Denmark during the Cold War*, in: Jens Andersen, u. a. (Hrsg.): *The Atlantic Wall in regional, national, and international perspective* (= Studies in

gleichzeitig wurde innerhalb des Warschauer Vertrages die Verantwortung im westlichen Ostseeraum an die polnische Militärführung delegiert. Die Volksrepublik Polen bekam für die sogenannte Polnische Front, später »Küstenfront«, den Oberbefehl, die im Kriegsfall die nördliche Flanke zur starken 1. Westfront gebildet hätte, welche wiederum aus der in der DDR stationierten Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) und der Landstreitkräfte der DDR bestanden hätte.⁶ Die Küstenfront dagegen setzte sich aus den vereinten Ostseefloten der DDR, der Volksrepublik Polen und der sowjetischen Baltischen Rotbannerflotte zusammen. Die Landstreitkräfte der Front bestanden vor allem aus der polnischen Volksarmee und den in Polen stationierten sowjetischen Streitkräften.

Auch wenn die Planungen der Küstenfront im Laufe der nächsten 30 Jahre unter dem Eindruck der technischen und politischen Veränderungen nicht völlig konstant waren, so blieb ihr übergeordnetes Ziel in groben Zügen stabil. Die Seestreitkräfte der Küstenfront sollten in der westlichen Ostsee gegen die NATO-Seestreitkräfte und damit in die Ostseeaus- beziehungsweise -eingänge vorstoßen, also die dänischen Meerengen und die Mündung des Nord-Ostsee-Kanals in Besitz nehmen, während die Landstreitkräfte der NVA und der GSSD die Nordflanke abdecken und aus dem nordwestlichen Teil der DDR teils in die sogenannte jütländische Operationsrichtung nach Schleswig-Holstein und Dänemark vorstoßen sollten. Letzteres sollte dabei in möglichst kurzer Zeit eingenommen werden, der weitere Vorstoß teils in Richtung Niederlande gehen.⁷

Für die Planung des Warschauer Paktes im westlichen Ostseeraum besaß die Volksarmee Polens mit anderen Worten über weite Strecken des Kalten Krieges eine Schlüsselposition, während das Gebiet von Mecklenburg-Vorpommern als Aufmarschgebiet für Teile der Westfront und der Küstenfront von strategischer Bedeutung war. Für die Geschichtsschreibung über die Vorbereitung einer militärischen Auseinandersetzung nimmt daher die polnische Perspektive einen besonderen Stellenwert ein. Geschichtswissenschaftlich hatten zwar deutsche Historiker in

History, Archives, and Cultural Heritage, Bd. 12), Aalborg 2019, S. 199–228. – Dieter H. Kollmer: Der Nord-Ostsee-Kanal als erste Rückzugslinie. Verteidigungsstrukturen und -planungen der NATO in der Grenzregion zwischen Dänemark und (West)Deutschland während des Kalten Krieges, in: Martin Göllnitz, u. a. (Hrsg.): Grenzgänger zwischen Deutschland und Dänemark. Geschichte und Gegenwart anerkannter Minderheiten (= Histoire, Bd. 210), Bielefeld 2025, S. 217–230.

⁶ Andrzej Paczkowski: Die polnische Volksarmee im Warschauer Pakt, in: Torsten Diedrich, u. a. (Hrsg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991 (= Militärgeschichte der DDR, Bd. 16), Berlin 2009, S. 117–132, hier S. 125.

⁷ Torsten Diedrich: Die DDR-Marine in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes und des Operationsgebiet Ostsee, in: Thomas Wegener Friis, u. a. (Hrsg.): Ostsee-Kriegsschauplatz und Handelsplatz (= Gotland University Press, Bd. 20), Visby 2013, S. 193–207, hier S. 193–195.

den 1990er-Jahren einen Vorsprung in der Aufarbeitung des Kalten Krieges in der Region durch die frühzeitige Öffnung der Archive sowie durch die Existenz eines starken Forschungsmilieus um das damalige Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA), heute Teil des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam, jedoch bestand in Norddeutschland ein nur sehr eingeschränktes Interesse an der eigenen Militärgeschichte in der Zeit der Europäischen Teilung, weshalb sich die Forschung bisweilen nur langsam entwickelte. Die polnische Perspektive wurde weiterhin dadurch gestärkt, dass die polnischen Akten einen Vorteil im Vergleich zu den Überlieferungen der NVA boten: Während die Akten der Streitkräfte der DDR lediglich Übungsunterlagen beinhalten, ist in polnischen Archiven auch die sogenannte scharfe Planung des Warschauer Paktes zu finden. Deshalb ist gerade der polnischen Perspektive, sowohl wegen der Federführung ihrer Generalität als auch aus praktischen Gesichtspunkten der Zugänglichkeit der Quellen für die Geschichtsschreibung des Kalten Krieges in der Region, eine besondere Bedeutung zuzuschreiben. Dieser Beitrag wird daher seinen Schwerpunkt auf die Rolle der polnischen Streitkräfte bei der Entwicklung der Planungen um die militärische Vorherrschaft im westlichen Ostseeraum legen, die eng mit dem Schicksal des nördlichen Teils der DDR im Kriegsfall verbunden gewesen wäre.

Die Jahre unter direkter sowjetischer Kontrolle 1945–1956

Sowohl in der SBZ/DDR als auch in der Volksrepublik Polen stellten die ersten zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine Übergangsphase dar, die von direkter sowjetischer Kontrolle und der Etablierung eines marxistisch-leninistischen Gesellschaftsmodells geprägt war – ein Modell, das beide Staaten als Zwangsexport aus der Sowjetunion übernehmen mussten.

Während in der Sowjetischen Besatzungszone zunächst die Entmilitarisierung Deutschlands im Vordergrund stand, wurde in Polen zwischen 1945 und 1950 eine sogenannte demokratische Armee aufgebaut. Diese setzte sich aus Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen, Erfahrungen und militärischen Kompetenzen zusammen und stand unter kommunistischer Kontrolle. Sie diente vor allem als Unterstützungsinstrument der sowjetischen Streitkräfte und spielte daher keine eigenständige Rolle in der nationalen Verteidigungsplanung. Im Kriegsfall wäre sie vermutlich – wie im Zweiten Weltkrieg – als Teil der weißrussischen bzw. ukrainischen Front operativ eingebunden worden.

Ein zentrales Problem bei der Entwicklung eines eigenständigen Verteidigungsplans lag in den unterschiedlichen Kriegszielen Polens (selbst des kommunistischen Polen) und der Sowjetunion. Die polnische Armee priorisierte die Verteidigung der

neuen Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße sowie der Industriezentren und der langen Ostseeküste gegen eine erneute deutsche Bedrohung.⁸ Der erste, der diese Perspektive in Studien formulierte, war General Stefan Mossor – ein erfahrener Stabsoffizier, Absolvent und Dozent der Höheren Kriegsschule in Warschau, die nach französischem Vorbild organisiert war. Er hatte zudem einen zweijährigen Kurs an der École Supérieure de Guerre in Paris absolviert. Mossor stellte sich einen zukünftigen Krieg als Zusammenstoß zwischen »anglo-germanischen« und »slawischen« Blöcken vor und vermied kommunistische Phrasen, indem er auf eine panslawistische Erzählung zurückgriff.⁹ Aufgrund dieser Haltung hatte er jedoch keine langfristige Karriereperspektive in den polnischen Streitkräften. In der Hochphase des Stalinismus wurde er verhaftet und durch einen moskautreuen Kader ersetzt.¹⁰

Statt einer defensiven Landesverteidigung sollten die polnischen Streitkräfte Anfang der 1950er-Jahre in die sowjetische Kriegsplanung integriert werden, die eine großangelegte Offensive zur Besetzung Westeuropas vorsah. Zwischen 1949 und 1956 übernahmen sowjetische Offiziere und Militärberater unter der Leitung des Marschalls der Sowjetunion Konstantin Rokossowski – zugleich polnischer Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident – direkt das Kommando über die polnischen Streitkräfte. Sie bestimmten maßgeblich die Militärplanung und trieben die drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben voran.¹¹

Ein konkreter Ausdruck dieser Unterordnung war eine Truppen- und Stabsübung im Mai 1950, bei der erstmals die grundlegenden sowjetischen Annahmen für den Einsatz der polnischen Armee im Kriegsfall geprobt wurden. Dabei zeigte sich in groben Zügen das spätere Einsatzkonzept der polnischen Armee auf dem westlichen Kriegsschauplatz.¹²

⁸ Zbigniew Moszumanski: Die Polnische Küstenfront auf dem westlichen Kriegsschauplatz (künftig zitiert: Moszumanski, Die Polnische Küstenfront), in: Wenzke, Die Streitkräfte der DDR, S. 71–83, hier S. 72.

⁹ Andrzej Paczkowski: Wojsko Polskie w Układzie Warszawskim, Od marzeń o Polskim Froncie do rzeczywistości stanu wojennego, in: Zeszyty Historyczne (Paris), Jg. 2007, Nr. 161, S. 146–162, hier S. 147 (künftig zitiert: Paczkowski, Wojsko Polskie). – Jerzy Kajetanowicz: Wojsko Polskie w koncepcjach bezpieczeństwa militarnego państwa w latach 1945–1989, in: Przegląd Historyczno-Wojskowy, 65. Jg. (2013), Nr. 2, S. 73–78. – Pałka, Polskie Wojska, S. 19–24.

¹⁰ Jarosław Pałka: Śledztwo i proces generała Stefana Mossora, in: Przegląd Historyczno-Wojskowy, 59. Jg. (2007), Nr. 1, S. 103–143, hier S. 142.

¹¹ Paczkowski, Wojsko Polskie, S. 149–151. – K. K. Rokossovskij v Pol'se. 1949–1956 gg.: neizvestnye stranicy biografii in Studia polonika II: K 70 letiju Viktora Aleksandroviča Choreva, Moskva 2002, S. 79. – Edward Jan Nalepa: Oficerowie Armii Radzieckiej w Wojsku Polskim 1943–1968, Warszawa 1995. – Mariusz L. Krogulski: Okupacja w imię sojuszu. Armia Radziecka w Polsce w 1944–1956, Warszawa 2000.

¹² Paweł Piotrowski: Front Polski – próba wyjaśnienia zagadnienia, in: Wrocławskie Studia z Historii Najnowszej, Vol. 6 (1999), S. 223–224 (künftig zitiert: Piotrowski, Front Polski). – Pałka, Polskie Wojska Operacyjne, S. 25–27.

Geplant war bei der Übung die Bildung einer eigenständigen Küstenfront aus zwei polnischen Landarmeen und einer Luftwaffe, die sich aus den besten Einheiten der pommerschen und schlesischen Militärbezirke rekrutierte. Eine vierte Armee aus dem Warschauer Militärbezirk sollte als zweite Staffel fungieren. In diesem Szenario sollten diese Truppen zunächst eine feindliche Landung bei Kołobrzeg (Kolberg) abwehren und anschließend zum Gegenangriff in Richtung Hamburg und Nord-Ostsee-Kanal aus dem Raum Schwerin – Wismar übergehen. Eine Division sollte mit Unterstützung der sowjetischen Ostseeflotte die Insel Bornholm einnehmen. Die durchschnittliche Marschgeschwindigkeit betrug etwa 20 Kilometer pro Tag, was bedeutete, dass die deutsch-dänische Grenze innerhalb von sieben bis acht Tagen erreicht werden sollte. In der zweiten Phase war die Eroberung Jütlands sowie der Inseln Falster, Fünen, Lolland und schließlich Seelands einschließlich Kopenhagens innerhalb von elf Tagen vorgesehen. Der Hauptstoß nach Westen sollte den sowjetischen Truppen überlassen bleiben. Strategisch wichtigstes Ziel war die Einnahme der Meerengen, um der Ostseeflotte den Zugang zur Nordsee zu ermöglichen und gleichzeitig die Ostsee für die NATO-Marinen zu sperren. Politisch wurde dies als »Befreiung Dänemarks« bezeichnet.¹³

Was die Planungen von 1950 von späteren Szenarien ab 1961 unterschied, war deren deutlich größere Realitätsnähe. Die späteren Pläne setzten ein höheres Angriffstempo voraus und verfolgten hochgesteckte Ziele – etwa einen Vorstoß bis in die Niederlande und nach Belgien. Die 1950er-Planungen beschränkten sich hingegen auf die Verteidigung eines Küstenstreifens ab Szczecin (Stettin), die Einnahme Bornholms und nachfolgende Operationen in Richtung Dänemark.

Ob die Übungen von 1950 tatsächlich das Grundkonzept der sowjetischen Planung für den Einsatz polnischer Einheiten in einem möglichen Krieg in Europa widerspiegeln, ist umstritten. In der polnischen Geschichtsschreibung wird eher angenommen, dass die polnischen Streitkräfte Teil einer größeren Zentralfrent unter dem Kommando von Marschall Rokossowski sein sollten, zu der auch sowjetische Truppen in Polen und der DDR gehörten. Diese Interpretation schließt jedoch nicht aus, dass die polnische Armee an der Nordflanke aus dem Norden der DDR operieren und Dänemark einnehmen sollte.¹⁴

Die Rolle der DDR – insbesondere ihrer Nordbezirke – war im Vergleich geringer. Die DDR war vor allem als Stationierungs-, Verteidigungs- und Ausgangsraum für Kampfhandlungen vorgesehen. Eigene Streitkräfte besaß die junge Republik zu-

¹³ Piotrowski, *Front Polski*, S. 223–224. – Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact (PHP), Oral History Interview mit dem polnischen General Jan Drzewiecki im Rahmen des Parallel History Project am 8. Mai 1997, S. 4. ERL: https://www.php.isn.ethz.ch/kms2.isn.ethz.ch/serviceengine/Files/PHP/20667/ipublicationdocument_singledocument/8c878092-405b-47e0-833e-3493ebe8d6ae/pl/1Drzewiecki.pdf, (13.8.2024).

¹⁴ Piotrowski, *Front Polski*, S. 223–224. – Pałka, *Polskie Wojska*, S. 27.

nächst nicht – ab 1952 existierte lediglich die »Kasernierte Volkspolizei« (KVP), die jedoch über eigene Luft- und Seestreitkräfte verfügte. Die Volkspolizei-See wurde auf Einsätze zur Unterstützung der sowjetischen und polnischen Seestreitkräfte in westdeutschen und dänischen Gewässern vorbereitet. Ihre Rolle in der späteren Planung der vereinten Ostseeflotte wurde dadurch deutlich.¹⁵ Der Stellenwert der Nordflanke und des Ostseeraums für die zukünftigen DDR-Streitkräfte zeigt sich auch im Ausbau Rügens als Militärstandort, wo in den frühen 1950er-Jahren über 10.000 Mann der KVP stationiert waren.¹⁶ Auch das Ambitionsniveau der VP-See war hoch; das sogenannte Zeuthener Protokoll, verfasst im März 1953, sah vor, dass die Werften im Bezirk Rostock innerhalb weniger Jahre 139 Kampfschiffe bauen sollten – darunter 14 U-Boote. Auch wenn dieses Ziel unrealistisch war und die spätere Volksmarine der DDR beispielsweise nie über U-Boote verfügte, unterstrich es den Anspruch auf Integration der ostdeutschen Streitkräfte in die Kriegsplanung der Warschauer-Pakt-Staaten im westlichen Ostseeraum.¹⁷

Der bekannte polnische Militärhistoriker Jarosław Pałka argumentiert in seiner umfassenden Analyse der Militärplanung, dass es Marschall Rokossowski zum Jahreswechsel 1954/55 gelang, seine sowjetischen Kollegen davon zu überzeugen, dass eine eigenständige Front unter seinem Kommando – bestehend aus sowjetischen Offizieren in polnischen Uniformen – die geeignetere Lösung für den Einsatz der polnischen Armee in einem zukünftigen Krieg sei.¹⁸ Die Protokolle bilateraler Treffen in Moskau aus den Jahren 1955 bis 1961 zeigen, dass die Diskussionen über die Zuständigkeit für eine eigene Front der Volksrepublik Polen – bis hin zur sogenannten Küstenfront – über Jahre hinweg andauerten. Eine zentrale Herausforderung bestand jedoch darin, dass in Warschau nur ein begrenztes Verständnis für den Umfang dieser Aufgabe vorhanden war – insbesondere im Hinblick auf die Koordinierung der geplanten Operationen mit den sowjetischen Streitkräften sowie mit den kleineren Verbündeten aus der Tschechoslowakei und der DDR.¹⁹

¹⁵ Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956 (= Militärgeschichte der DDR, Bd. 1), Berlin 2001, S. 152 (künftig zitiert: Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee).

¹⁶ Rüdiger Wenzke: Militärische Kräfte und Standorte der NVA im Norden der DDR. Bedeutung und Kalkül für den Kriegsfall, in: Jessen u. a., Grenzen überwinden, S. 90–107, hier S. 95.

¹⁷ Diedrich/Wenzke, Die getarnte Armee, S. 289.

¹⁸ Pałka, Polskie Wojska S. 27–29.

¹⁹ Archiv des Instituts für Nationales Gedenken in Warschau (künftig AIP), 02958/425, Protokol soveščanja po planu razvitija Vooružennych Sil Pol'skoj Narodnoj Respubliki na 1955–1960gg., Moskau, 7. April 1955, S. 258 (beigefügt: Perečen' soedinenij i častej Vooružennych Sil Pol'skoj Narodnoj Respubliki, podderžaščich soderžaniju v mirnoe voennoe vremja, Moskva, 7. aprilja 1955 goda, S. 271). – AIP, 02958/425, Perečen' boevogo sostava Vooružennych Sil Pol'skoj Narodnoj Respubliki v mirnoe i voennoe vremja, Moskva, 26. marta 1955g., S. 113. – AIPN, 02958/425, Perečen' častej i soedinenij Vooružennych Sil Pol'skoj Narodnoj Respubliki, vydelennyh v sostav Ob'edinennyh Vooružennych Sil, Moskva, 30. marta 1961 g., S. 105.

Von begrenztem Vertrauen zu OP-61

Das Jahr 1956 markierte eine Zäsur in der militärischen Entwicklung sowohl der DDR als auch der Volksrepublik Polen. In der DDR traten die Streitkräfte der Nationalen Volksarmee (NVA) aus dem Schatten ihrer Vorgängerorganisation, der Kasernierten Volkspolizei (KVP). Dies unterstrich den Weg der DDR hin zur »Normalisierung« innerhalb des im Vorjahr gegründeten sozialistischen Militärbündnisses, des Warschauer Pakts. In Polen hingegen führte der Machtwechsel an der Spitze der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) – mit Włodysław Gomułka als neuem Generalsekretär – zu einer Krise in den Beziehungen zur Sowjetunion. Diese Krise eskalierte beinahe zu einer bewaffneten Intervention Moskaus. In diesem angespannten Kontext sahen sich sowjetische Offiziere, darunter auch Marschall Rokossowski, gezwungen, Polen zu verlassen. Dabei nahmen sie wichtige Unterlagen zur militärischen Planung auf höherer Ebene mit. Infolgedessen etablierte sich im sowjetischen Hauptquartier ein Prinzip des begrenzten Vertrauens gegenüber dem polnischen Verbündeten – nicht nur in politischer, sondern auch in militärischer Hinsicht. Ende der 1950er-Jahre mangelte es der polnischen Armee auf höheren Ebenen tatsächlich an operativer Planungskompetenz und auch an notwendigem Wissen, um gemeinsame Operationen mit der Sowjetunion effektiv vorbereiten zu können. Dies wurde auch durch die Stabsübungen von 1959 bestätigt, die jedoch überwiegend defensiv ausgerichtet waren.²⁰

Der neue Staatsführer Włodysław Gomułka beabsichtigte nicht, dass Polen eine Außenseiterposition innerhalb des Warschauer Paktes einnehmen sollte, wie etwa später Frankreich in der NATO und Rumänien im Ostblock. Im Gegenteil suchten er und seine Generäle eine aktive Rolle bei der Gestaltung der gemeinsamen Operationen gegenüber dem Westen. Ein geeignetes Mittel dieser aktivistischen Politik, die zugleich Eigenständigkeit unterstrich, war die Idee von einer Polnischen Front unter dem Kommando polnischer Offiziere. Mit Hinblick auf ihre Realisierung wird in der Forschung häufig auf die gemeinsamen Stabsübung »BURJA« (Deutsch: Sturm) in Wünsdorf in der DDR im September 1961 verwiesen, basierend auf den Erinnerungen des polnischen Teilnehmers General Tadeusz Pióro. Während dieser Übungen forderten die polnischen Teilnehmer, dass ihre Truppen an die Frontlinie verlegt würden. Weiterhin erkannten sie, wie die vorhergesehenen sowjetischen Kriegskonzepte insgesamt aussehen sollten und konnten so die Rolle der Polnischen

²⁰ Jarosław Pałka: The Third World War as Envisaged by Polish Generals at the Turn of the 1950s and the 1960s, in: *Kwartalnik Historyczny*, 124. Jg. (2017), H. 1, S. 113–116. – Jacek Jędrusiak: Początki i założenia studiów operacyjnych Zachodniego Teatru Działań Wojennych w Siłach Zbrojnych PRL, in: *Pamięć i Sprawiedliwość*, 34. Jg. (2019), H. 2, S. 425–455, hier S. 433.

Front »in der gewaltigen Offensive, die an der Elbe beginnt und den Atlantik erreichen soll«, verstehen und anpassen.²¹

Die sowjetische Seite hatte im Jahr 1961 den polnischen Wünschen zugestimmt, und die Übung »BURJA« im September und Oktober 1961 stimmte weithin sowohl mit den polnischen Vorstellungen als auch mit dem allgemeinen Plan für künftige Operationen der Polnischen Front mit dem Kodennamen »OP-61« überein.²² Im geübten Szenario erhöhte sich die Vormarschgeschwindigkeit der polnischen Truppen in der Offensivphase auf beeindruckende 100 Kilometer pro Tag – was durch den massiven Einsatz von operativen und taktischen Raketen mit nuklearen Sprengköpfen möglich gemacht werden sollte. Dies gilt als Beginn der »Raketenphase« in der Geschichte der polnischen Armee. Der polnische Historiker Andrzej Paczkowski bezeichnet diese optimistischen Annahmen, die gleicherweise für sowjetische Truppen galten, als »abwegig« und verspottet die sowjetischen Planer dafür, dass sie annahmen, NATO-Truppen würden nicht nur keinen Widerstand leisten, sondern nicht einmal fliehen – und somit keine Verkehrsstaus auf den Straßen verursachen.²³

Die Annäherung der polnischen und sowjetischen Vorstellungen im Ostseeraum mündete in dem Planungskomplex OP-61 zur Polnischen Front (später »Küstenfront«), der in den Folgejahren 1965, 1969/70 und 1976/77 weiter ausgearbeitet wurde. Parallel hierzu vollzog sich die Integration der neuen ostdeutschen NVA in die Gesamtplanung. Während die Landstreitkräfte der DDR der ersten Westfront unter sowjetischem Oberbefehl im Kriegsfall unterstanden, bedeutete die Errichtung der Polnischen Front, dass die ostdeutschen Seestreitkräfte (ab 1960 »Volksmarine«) als Teil der »Vereinten Ostseeflotte« in die Planung dieser Frontoperationen eingegliedert wurden.²⁴ In den Herbstübungen im Planungsjahr wurden daher auch ostdeutsche Landungsoperationen auf der dänischen Insel Falster direkt gegenüber von Rostock bei Gedser Odde sowie im Gedser Fährhafen geübt. Diese Operationen flankierten die Landung der Hauptkräfte auf den dänischen Inseln über die Fakse- und Køge Bucht, die von polnischen Verbänden ausgeführt werden sollte.²⁵

²¹ Tadeusz Pióro: *Armia ze skazą. W Wojsku Polskim 1945–1968 (Wspomnienia i Refleksje)*, Warszawa 1994, S. 341–348 (künftig zitiert: Pióro, *Armia ze skazą*). – Palka, *Polskie Wojska Operacyjne*, S. 92. – Wojtech Mastny: *Imaging war in Europe. Soviet strategic planing*, in: Wojtech Mastny u. a. (Hrsg.): *War plans and alliances in the Cold War. Threat perceptions in the East and West*, London 2006 (künftig zitiert: Mastny u. a., *War plans*), S. 15–45, hier S. 24.

²² Matthias Uhl: *Storming to Paris. The 1961 Buria exercise and the planned solution of the Berlin crisis*, in: Mastny u. a., *Wars plans*, S. 46–71 hier S. 56.

²³ Paczkowski, *Wojsko Polskie*, S. 159.

²⁴ Torsten Dietrich: *Zur Rolle der Nationalen Volksarmee der DDR in der operativen Planung des Warschauer Paktes unter besonderer Berücksichtigung der 1960er Jahre*, in: Wenzke, *Die Streitkräfte der DDR*, S. 13–33, hier S. 20.

²⁵ Carl-Axel Gemzell: *DDR och Norden – den militära dimensionen*, in: Thomas Wegener Friis u. a. (Hrsg.): *DDR & Norden. Østtysk-nordiske relationer 1949–1989* (= University of Sou-

Die Grundannahmen der Frontplanung basierten selbstverständlich auf der offensiven sowjetischen Doktrin für die Kriegsführung in Europa, die unter massivem Einsatz von Kernwaffen auf dem Gebiet des Gegners stattfinden sollte. Die Umsetzung wurde unter Eindruck der Berlin-Krise und der Kuba-Krise beschleunigt. Die erste Phase wurde im Juni 1961 eingeleitet, als die polnische Seite schließlich die entsprechenden Richtlinien vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, Marschall Andrei Gretschnko, erhielt.²⁶

Der detaillierte Operationsplan für die Polnische Front (»OP-61«), der ursprünglich auf Russisch höchstwahrscheinlich von sowjetischen Militärplanern in Moskau verfasst wurde, wurde am 29. Juli 1961 vom polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz in seiner Funktion als Vorsitzender des Komitees für Fragen der Landesverteidigung (Komitet do spraw Obrony Kraju) bestätigt.²⁷ Jarosław Pałka betrachtet dieses Dokument lediglich als erste konzeptionelle Grundlage oder Blaupause für den endgültigen Plan, der im Winter 1965 verabschiedet wurde. Und tatsächlich fehlen die Unterschriften des Generalstabschefs und des Verteidigungsministers.²⁸ Dennoch ist Pałkas Einschätzung nicht vollständig schlüssig. Auch wenn der Plan gewisse Unvollkommenheiten aufwies, wurde »OP-61« zwischen 1961 und 1965 zumindest als verbindliche Handlungsanweisung für die Polnische Front betrachtet. Und das sogar in einer Zeit, in der die Welt zweimal am Rande eines Krieges schwebte. Auch der Militärhistoriker Zbigniew Moszumanski sieht im Jahr 1961 das entscheidende Jahr für die Entwicklung der Polnischen Front.²⁹ Daher kann »OP-61« als erste konkrete Planung der Polnischen Front betrachtet werden. Mehrere nachfolgende Dokumente aus den Jahren 1961 bis 1962, die sich mit konkreten Vorbereitungen auf einen realen Krieg und eine sowjetische Offensive in Europa befassten, unterstützen diese These. Diese Dokumente enthielten Details, die vollständig mit dem »OP-61«-Plan übereinstimmten – etwa Hinweise auf die Aufklärung zukünftiger Marschrouten der Polnischen Front im Norden der DDR und die geplante Lage ihres dortigen zentralen Gefechtsstandes.³⁰

thern Denark Studies in History and Social Sciences, Bd. 277), Odense 2005, S. 70–112, hier S. 85.

²⁶ AIPN, 02958/162, Das Hauptziel des Umgruppierungsplans der polnischen Front, 28.6.1963, S. 60. – siehe auch Jerzy Kajetanowicz: Polska w Układzie Warszawskim – realizacja zobowiązań, in: Przegląd Wschodnioeuropejski, 12. Jg. (2021), H. 2, S. 293–308, hier S. 300.

²⁷ AIPN, 02958/162, Operationsplan der Offensive des Polnische Front offensive (Karte), 29.7.1961, S. 218.

²⁸ Pałka, Polskie Wojska, S. 85–106.

²⁹ Zbigniew Moszumanski: Die Polnische Küstenfront auf dem Westlichen Kriegsschauplatz, in: Wenzke, Die Streitkräfte der DDR, S. 71–83, hier S. 71–72.

³⁰ Pióro, Armia ze skazą, S. 341–348. – AIPN, 02958/165, Vermerk zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Streitkräfte der Volksrepublik Polen (für Gespräche mit dem Kommando der Vereinten Streitkräfte), 14.10.1961, S. 88. – Ebd., Richtlinie [Von Generalstabschef General

Die Parameter der Polnischen Front waren gemäß sowjetischen Richtlinien ausgearbeitet. Sie definierten ihre nördliche, küstennahe Operationsrichtung mit dem Ziel, die Nordflanke der NATO-Streitkräfte in Europa zu zerschlagen, den Norden der Bundesrepublik, die Halbinsel Jütland, die dänischen Inseln sowie niederländisches Gebiet zu erobern, um der Vereinigten Ostseeflotte den Zugang zur Nordsee zu ermöglichen und gleichzeitig Dänemark und die Niederlande aus dem Kriegsgeschehen auszuschließen.³¹ Gerade die Eroberung Schleswig-Holsteins und des dänischen Festlands aus dem westlichen Mecklenburg heraus charakterisierte Wilhelm Ehm, der Chef der Volksmarine der DDR, welche letztlich die erste Welle dieser Operationen unterstützen sollte, mit den Worten: »So gesehen hat die Jütländische Operationsrichtung zumindest operativ-strategische, wenn nicht gar strategische Bedeutung« für den Ausgang der Kriegshandlungen auf dem europäischen Kriegsschauplatz.³² Und die nördliche DDR diene als Aufmarschgebiet dafür. Es wurde aber vorausgesetzt, dass ein Krieg überraschend und ohne formelle Kriegserklärung anfangen würde, weshalb die Armeen der Polnischen Front im Ausgangspunkt keine Teilmobilmachung oder vorbereitende Maßnahmen getroffen hätten. Dafür befanden sie sich in Friedenszeiten in ständiger Gefechtsbereitschaft. Der Übergang zu Offensivoperationen würde am dritten Tag nach Beginn der Umgruppierung (T3) mit den Teilen der Polnischen Front, den sogenannten taktischen Einheiten des ersten Echelons, die bis dahin das befohlene Aufmarschgebiet im westlichen Mecklenburg erreicht hätten, erfolgen. Die übrigen Einheiten würden nach Erreichen der Mobilmachungsbereitschaft – also während der laufenden Offensive – folgen, und ihr Einsatz im Gefecht würde gestaffelt mit dem Ankommen an der Frontlinie erfolgen.³³

Laut dem OP-61 würden die Landstreitkräfte der ersten Welle der Front bereits am Tag 2 oder 3 in den Raum Wismar – Hagenow – Perleberg – Neustrelitz, oder als Alternative in den Raum Wismar – Rostock – Teterow – Wittstock – Wittenberge verlegt worden sein, um von dort aus in die Richtungen Neumünster, Flensburg, Soltau und Lingen vorzudringen und die gegnerischen Kräfte zu zerschlagen. Am Tag 4 bis 5 würden sie dann jeweils in Richtung der deutsch-dänischen Grenze so-

Jerzy Bordziłowski] für Gespräche über die Organisation der Verschlüsselten Kommunikation, April 1961, S. 114.

³¹ AIPN, 02958/162, Die Hauptstoßrichtung des Umgruppierungsplans der polnischen Front, 1964, S. 60–61.

³² Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), DVM 10/37779, Die Aufgaben der Seestreitkräfte zur Unterstützung der Küstenfront bei ihren Kampfhandlungen in der Jütländischen und Norddeutsch-Niederländischen Operationsrichtung im Rahmen der ersten Angriffsoperation, September 1967, S. 22.

³³ Pałka, *Polskie wojska*, S. 87. – AIPN, 02958/162, Die Hauptstoßrichtung des Umgruppierungsplans der polnischen Front, 1964, S. 60–61.

wie in Richtung Den Haag bis zur deutsch-niederländischen Grenze vorstoßen.³⁴ Um die Kontrolle der Vereinten Ostseeflotte über die Ostseezugänge zu sichern und Dänemark aus dem Krieg auszuschalten, sollte die sechste Luftlandedivision auf der Insel Seeland landen. Zwischen Tag 8 und 10 sollten die Operationen mit der Eroberung der Jütländischen Halbinsel, der dänischen Inseln, den Ostsee-Meeresengen, und dem niederländischen Gebiet erfolgreich abgeschlossen werden.

Die hochambitionierten Pläne stellten die polnischen Stabsoffiziere vor große logistische Probleme, derer sie sich durchaus bewusst waren. Während die 94. Sowjetische Garde Motorisierte Division, die durch NVA-Verbände unterstützt die erste Konfrontation mit den NATO-Streitkräften im Süden Holsteins hätte aufnehmen müssen, in Schwerin, Hagenow und Wismar nahe der Front stationiert war, waren alle polnischen Verbände zur Friedenszeit in großer Entfernung disloziert.³⁵ Zusätzlich erschwerend waren die Einheiten über das gesamte polnische Staatsgebiet verstreut, was nicht nur eine Heranführung an die Front, sondern auch eine Umgruppierung voraussetzte, und zwar unter schwierigen Bedingungen. Das »erforderte bei gleichzeitiger und intensiver Truppenbewegung [der ostdeutschen und sowjetischen] Verbündeten ein äußerst effizientes Bewegungsvermanagement«.³⁶ Mit anderen Worten hätte dies leicht in ein kaum vorstellbares Chaos führen können – insbesondere, wenn man mögliche Luftangriffe der NATO berücksichtigt.

Trotzdem wurde den heranrückenden polnischen Truppen eine sehr hohe Geschwindigkeit (durchschnittlich 20 Kilometer pro Stunde) vorgegeben, und zwar nachts und ohne Nutzung der Eisenbahn.³⁷ Außerdem sollten die Einheiten der polnischen Front am ersten Tag der Umgruppierung der in Westpolen stationierten Nordgruppe der Sowjetarmee und am zweiten bis dritten Tag auch den sowjetischen Reserven den Vorrang bei der Überquerung der Oder im Raum Kolbaskowo – Schwedt überlassen, um in Richtung Neubrandenburg, Neustrelitz, Templin und Pasewalk vorzurücken. Dies hätte die Aufstellung der polnischen Streitkräfte im Aufmarschraum im westlichen Mecklenburg erheblich erschwert – wenn nicht gar unmöglich gemacht. Dabei waren die Bewegungen und Aufgaben der NVA sowie der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) im selben Raum

³⁴ AIPN, 02958/162, Legende zum Operationsplan (Karte), 29.7.1961, S. 204.

³⁵ Torsten Dietrich: Grenzen überwinden – »Tür« öffnen. Die Jütländische Operation und der Warschauer Pakt, in: Jessen u. a. (Hrsg.), Grenzen überwinden, S. 111–131, hier S. 119. – Olaf Kersten u. a.: Garnisonen der NVA und GSTD. Zur Nutzung der militärischen Standorte von 1871 bis 2010, Berlin 2011, S. 218, 328, 361.

³⁶ AIPN, 02958/162, Das Hauptziel des Umgruppierungsplans der polnischen Front, [o. D.] 1964, S. 150.

³⁷ Ebd., S. 64–65, 122.

und zugleich in westlicher Richtung noch gar nicht berücksichtigt. Sie wurden in der Planung entweder vergessen oder der polnischen Seite bewusst vorenthalten.³⁸

Dass gerade die Anfangsphase eines Krieges und die Heranführung der polnischen Streitkräfte von entscheidender Bedeutung sein könnte, geht aus Berechnungen der Volksmarine Ende der 1960er-Jahre hervor, wonach sie mit einem Verlust von 60 Prozent ihrer eigenen Kräfte vor Ankunft ihrer verbündeten Küstenfronttruppen rechnete.³⁹

Es muss an dieser Stelle deutlich betont werden, dass die polnische Seite bei der Planung der künftigen Polnischen bzw. Küstenfront zwischen 1956 und 1991 niemals über ein umfassendes Wissen über die »Kapazitäten und das Kampfpotenzial der gesamten Streitkräfte des Warschauer Pakts« verfügte, sondern lediglich »die eigenen nationalen Kapazitäten sowie aus den vorgegebenen operativen Aufgaben gewachsene Anforderung« kannte.⁴⁰

Die Pläne für die Küstenfront 1965, 1970 und 1977

Im Jahr 1964 artikulierten polnische Stabsoffiziere bei Gesprächen in Moskau die Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Umsetzbarkeit der Frontplanung. Sie wiesen darauf hin, dass die offensiven Operationen der logistischen Schwierigkeiten wegen um mindestens zwei Tage verzögert werden müssten, da die geografische Beschaffenheit des Bereitstellungsraumes unter anderem durch Seen und andere landschaftliche Hindernisse wie Flüsse, Kanäle sowie Städte die Heranführung der Truppen erschweren würden. Sie problematisierten den Mangel angemessener Luftverteidigung während der Truppenbewegungen und die fehlenden Flugplatzkapazitäten für die Jets der dritten Polnischen Luftlandarmee. Die Vereinigte Ostseeflotte (VOF) litt unter unzureichender Koordination zwischen der Volksmarine der DDR, der polnischen Kriegsmarine und der Baltischen Rotbannerflotte der UdSSR. Für ihre Landungsoperationen gegen die dänischen Inseln mangelte es an Landungsmitteln und die einzusetzenden Landstreitkräfte verfügten über kein aktuelles Kartenmaterial vom Operationsgebiet im Westen. Letztlich wurde von polnischer Seite auf die Notwendigkeit einer Bereitstellung von Treibstoff, Munition, medizinischer Hil-

³⁸ AIPN, 02958/162, Legende zum Operationsplan (Karte), 29.7.1961, S. 186–187. – AIPN, 02958/162, Unterlagen für Gespräche mit dem Generalstab der Streitkräfte der UdSSR über den Operationsplan, 31.10.1964, S. 12.

³⁹ Torsten Dietrich: Die DDR-Marine in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes und das Operationsgebiet Ostsee, in: Thomas Wegener Friis u. a. (Hrsg.): Ostsee-Kriegsschauplatz und Handelsplatz (= Gotland University Press, Bd. 20), Visby 2013, S. 193–207, hier S. 206.

⁴⁰ AIPN, 02958/146, Vermerk zur Aktualisierung des Operationsplans der Streitkräfte der Volksrepublik Polen, Warschau, 12.7.1981, S. 32.

fe sowie anderen notwendigen Ressourcen in der DDR hingewiesen.⁴¹ Gerade die Rolle der DDR als Frontstaat stellte hohe Anforderungen an die kleine Republik zur Versorgung nicht nur der eigenen, sondern auch der sowjetischen und polnischen Streitkräfte. Sie hätte unter anderem eine sofortige Schlachtung von 40 Prozent des Bestands an Schweinen bei Kriegsausbruch mit sich gebracht, um die Verbündeten zu versorgen.⁴² Diese logistische Herkulesaufgabe ließ sich auf dem Papier vor allem dadurch rechnerisch erledigen, indem man die Auswirkungen eines Krieges auf die Bevölkerung und die Truppen ignorierte.⁴³

Die vehementen Zweifel der polnischen Stabsoffiziere wurden in der späteren Planungsarbeit des Warschauer Pakts (bzw. der sowjetischen Militärführung) nur eingeschränkt berücksichtigt. Eine besondere Kuriosität bildeten die Karten, die 1965 für die polnischen Truppen erstellt wurden. Denn sie waren unglücklicherweise phonetisch von russischen Stabskarten übertragen worden, wodurch Ungenauigkeiten entstanden, wie etwa das Endziel der Frontoperation »Calais« in »Kale« transkribiert wurde. Von 1965 bis 1977 waren Belgien und Nordfrankreich das strategische Ziel der in Mecklenburg beginnenden Offensive. Dies stellte keine Reduzierung, sondern eine erhebliche Erweiterung der polnischen Aufgaben und potenziellen militärischen Gegner da. Ab 1977 wurde dieser Ehrgeiz gebremst, wonach der Vormarsch der Front an der belgisch-französischen Grenze enden sollte.⁴⁴

Die drei aktualisierten Operationspläne der Polnischen Front (ab dann Küstenfront) wurde jeweils zu Beginn der Jahre 1965, 1970 und 1977 von der politischen und militärischen Führung der Volksrepublik Polen bestätigt. Dem Inhalt nach stellten sie im Wesentlichen Weiterentwicklungen des ursprünglichen Plans von 1961 dar, mit geringfügigen strategischen oder operativen Korrekturen und Ergänzungen. Die Ergänzungen bestanden weithin in detaillierteren Beschreibungen einzelner Aufgaben und infolgedessen verdreifachten sich die Planungsunterlagen

⁴¹ AIPN, 02958/162, Unterlagen für Gespräche beim Generalstab der Streitkräfte der UdSSR über den Operationsplan, Warschau, 31.10.1964, S. 4–33.

⁴² Torsten Diedrich: Die DDR als Operations- und Durchmarschgebiet der Vereinten Streitkräfte auf dem Westlichen Kriegsschauplatz, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 79. Jg. (2020), H. 2, S. 396–433, hier S. 415.

⁴³ Ebd., S. 418.

⁴⁴ AIPN, 02958/164, Plan für die offensive Operationen der Küstenfront [Warschau?], 24.4.1965, S. 1–75 (einschließlich Karten). – AIPN, 02958/166, Plan für die offensive Operationen der Küstenfront [Warschau?], 20.10.1970, S. 1–88 (einschließlich Karten). – AIPN, 02958/168, Operationsplan für den Einsatz abgesonderter Kräfte der Polnischen Armee im Kriegsfall als Teil der vereinigten Streitkräfte der Länder des Warschauer Pakts, Warschau, 18.11.1976, S. 1–74 (einschließlich Karten).

von 28 handgeschriebenen Seiten auf Russisch auf 70 bis 80 maschinengeschriebene Seiten auf Polnisch – nicht mitgezählt die zahlreichen Anhänge.⁴⁵

Eine besondere Herausforderung der polnischen Planung für die Kriegsführung im westlichen Ostseeraum war das Stärkeverhältnis zwischen den Streitkräften der Küstenfront und den NATO-Verbänden. Sowohl westliche als auch sowjetische Theoretiker legten ein Verhältnis von 3 zu 1 zu Gunsten des Angreifers zu Grunde.⁴⁶ Anhand der Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg stellten die sowjetischen Spezialisten General Nikolai I. Schechowzow und Oberstleutnant Boris N. Petrow sogar fest, dass sechs- bis zehnfache Überzahl bei der Infanterie, fünf- bis zehnfache bei der Artillerie, drei- bis siebenfache bei Panzern und zwei- bis dreifache bei der Luftwaffe notwendig sei.⁴⁷

Der Küstenfront wären im Kriegsfall über eine halbe Million Mann unterstellt gewesen.⁴⁸ Dennoch befürchteten die polnischen Planer anhand ihrer vorliegenden nachrichtendienstlichen Erkenntnisse, nur streckenweise ihrem NATO-Gegner überlegen zu sein. So sahen sie in der Küstenfrontplanung 1970 insgesamt den Einsatz von 15 Divisionen vor gegenüber acht Divisionen und 14 Brigaden des Gegners (Verhältnis 1,3 zu 1).⁴⁹ Auf NATO-Seite befürchtete man jedoch einen umfänglichen Einsatz von 29 Divisionen aus den Verbänden des Warschauer Pakts unter dem Kommando der Küstenfront, weil neben den polnischen Einheiten auch sowjetische und ostdeutsche einberechnet wurden.⁵⁰ Unter einzelnen Waffengattungen wurde das Kräfteverhältnis der polnischen Streitkräfte der Küstenfront geschätzt und unter anderem Unterlegenheit im Vergleich zum NATO-Gegner prognostiziert.⁵¹

⁴⁵ AIPN, 02958/162, Legende zum Operationsplan, 29.7.1961, S. 186–214. – AIPN, 02958/164, Plan für die offensive Operationen der Küstenfront, 24.4.1965, S. 1–75. – AIPN, 02958/166, Plan für die offensive Operationen der Küstenfront, 20.10.1970, S. 1–88. – AIPN, 02958/168, Operationsplan für den Einsatz abgesonderter Kräfte der Polnischen Armee im Kriegsfall als Teil der vereinigten Streitkräfte der Länder des Warschauer Pakts, Warschau, 18.11.1976, S. 1–74.

⁴⁶ John J. Mearsheimer: *Assessing the Conventional Balance: The 3:1 Rule and Its Critics*, in: *International Security*, 13. Jg. (1989), H. 4 (Spring, 1989), S. 54–89.

⁴⁷ Nikolaj I. Šechovcov/Boris N. Petrov: *Sozdanie udarnych gruppировка frontov v nastupatel'nych operacijach Velikoj Otečestvennoj vojny*, in: *Informacionnyj sbornik Štaba i Techničeskogo komiteta Ob'edinennych sil*, Jg. 1977, H. 14, S. 85.

⁴⁸ Moszumanski, *Die Polnische Küstenfront*, S. 74.

⁴⁹ AIPN, 02958/166, Operationsplan der Küstenfront, 20.10. 1970, S. 21–22.

⁵⁰ *Danmark under den Kold Krig*, Bd. 2, Kopenhagen 2005, S. 567.

⁵¹ AIPN, 02958/166, Operationsplan der Küstenfront, 20.10. 1970, S. 21–22.

Kategorie	Küstenfront	NATO-Gegner	Kräfteverhältnis
Raketenwerfer gesamt	63	50	1,26 : 1
davon operativ-taktisch	24	12 (davon 4 »Pershing«)	2 : 1
Panzer	2.700	1.900	1,4 : 1
Geschütze und Mörser	2.459 (davon 935 Panzerabwehrkanonen)	2.670 (davon ca. 1.000 Panzerabwehrkanonen und 200 Atomkanonen)	1 : 1,1
Kampfflugzeuge gesamt	417	531	1 : 1,2
davon nuklearfähig	17	101	1 : 6

Im Operationsplan von 1970 wurde ein Überlegenheitsverhältnis, wie es in der Theorie gefordert wurde, lediglich in jütländischer Operationsrichtung gewährleistet. In Operationsrichtung Den Haag waren die Kräfte von Anfang an ausgeglichen. Dem Einsatz von Kernwaffen wurde ein »ausgleichender Effekt« zugerechnet, obwohl die polnische Seite allein laut Berechnungen über nur wenige Trägersysteme verfügte.⁵²

Zur See schätzten die Küstenfront-Planer ein, dass sich das Kräfteverhältnis auf dem Papier als 1 zu 1 darstellte – erreicht durch die Gleichsetzung eines kleinen Minensuchboots der sowjetischen Ostseeflotte oder der polnischen Marine mit einem Zerstörer oder einer Fregatte der Royal Navy oder der Bundesmarine. Dabei war nur für die Ostsee betrachtet die VOF des Warschauer Pakts deutlich besser aufgestellt und konnte regional ein Stärkeverhältnis von 4 zu 1 verzeichnen.⁵³

Als Allheilmittel, um die Oberhand zu erringen, wurde der zunehmende Einsatz von Kernwaffen auf strategischer, operativer und taktischer Ebene betrachtet, wobei man sich schwer damit tat, die Bedeutung der Überlegenheit der NATO in diesem entscheidenden Aspekt moderner Kriegsführung anzuerkennen. Dabei berechnete der militärische Nachrichtendienst der DDR Anfang der 1970er-Jahre, dass allein in der jütländischen Operationsrichtung am Tag 1 die NATO mit dem Einsatz von 30 bis 40 Kernwaffen in variierenden Größen von 0,5 Kilotonnen TNT bis 200 Kilotonnen (die Bombe von Hiroshima betrug 15 Kilotonnen) reagieren würde.⁵⁴ Da die

⁵² Ebd.

⁵³ BA-MA, DVW1/25731, Information über neue Ansichten der Führung der westdeutschen Seestreitkräfte zur Vorbereitung und Durchführung von Kampfhandlungen in der Operationszone der Seestreitkräfte des NATO-Kommandos Ostseeausgänge, Juni 1971.

⁵⁴ BA-MA, DVW1/25763, Anlagenband zum Bericht über die Entwicklung der militärpolitischen und militärischen Lage der BRD und in den NATO-Kommandos Zentraleuropa und Ostseeausgänge im Jahre 1971, 1971, S. 20.

Trägersysteme vor allem aus Haubitzen sowie Raketen vom Typ »Sergent« (Reichweite 140 Kilometer) und »Honest John« (Reichweite 48 Kilometer) bestanden, wäre vor allem der Nordwesten der DDR ein Hauptziel gewesen.⁵⁵ Vor diesem Hintergrund entschieden sich die Küstenfrontplaner, das geplante Tempo der polnischen Offensive der aufeinanderfolgenden Pläne leicht zu reduzieren. Das Marschtempo lag jedoch weiterhin auf einem sehr optimistischen Niveau. In den Plänen von 1965 und 1970 lag es in den ersten Tagen der Operation bei 65 Kilometern pro Tag und stieg in den Folgetagen auf den ursprünglichen Wert von 80 bis 100 Kilometern. Im Plan von 1977 wurde es auf 45 bis 55 Kilometer pro Tag gesenkt.⁵⁶ Der amerikanische General und Forscher William E. Odom beurteilte das hochgeschraubte Tempo der Planung des Warschauer Paktes nach dem Kalten Krieg mit den Worten »Es mag Fantasie gewesen sein [...] Es ist jedoch zweifellos ein gültiger Beleg dafür, wie Planer des Warschauer Pakts ihre Aufgaben sahen und was sowjetische Militärtheoretiker mit Atomwaffen für möglich hielten.«⁵⁷

Zunehmende Krisenzeichen

Eine besondere Schwäche der Warschauer Pakt-Planung im Ostseeraum war die Abneigung, qualitative Bewertungen der Gefechtsfähigkeit beider Seiten vorzunehmen. So wurden diese Perspektiven 1961, 1965, 1970 und 1975 ignoriert. Auf westlicher Seite spielte die Frage dagegen vom Beginn des Kalten Krieges an eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt hatte die US Army durch Befragungen von deutschen Offizieren in der unmittelbaren Nachkriegszeit Zugriff auf deren Ostfronterfahrungen vor allem aus der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkrieges. Dabei wurde deutlich, dass es ein Irrtum wäre, sowohl größere Einheiten als auch einzelne Soldaten beider Seiten als gleichwertig in Bezug auf Gefechtsfähigkeit und Effizienz auf dem Schlachtfeld zu betrachten.⁵⁸

⁵⁵ Wegener Friis, *Den usynlige front*, S. 132.

⁵⁶ AIPN, 02958/162, Legende zum Operationsplan, 29.7.1961, S. 186–214. – AIPN, 02958/164, Plan für die offensive Operationen der Küstenfront, 24.4.1965, S. 1–75. – AIPN, 02958/166, Plan für die offensive Operationen der Küstenfront, 20.10.1970, S. 1–88. – AIPN, 02958/168, Operationsplan für den Einsatz abgesonderter Kräfte der Polnischen Armee im Kriegsfall als Teil der vereinigten Streitkräfte der Länder des Warschauer Pakts, Warschau, 18.11.1976, S. 1–74.

⁵⁷ Kommentar zum 1964er Plan des Warschauer Paktes im Text des Parallel History Project on NATO and Warsaw Pact (PHP): *Taking Lyon on the Ninth Day? The 1964 Warsaw Pact Plan for a Nuclear War in Europe and Related Documents*, S. 29. URL: https://www.files.ethz.ch/isn/108642/warplan_dossier.pdf, (21.6.2025).

⁵⁸ *German Defence Tactics against Russian Breakthroughs*, Center of Military History, United States Army, Washington, D.C. 1951. URL: <https://www.govinfo.gov/content/pkg/GOV-PUB-D114-PURL-gpo82057/pdf/GOV-PUB-D114-PURL-gpo82057.pdf> (21.6.2025).

Erst Ende der 1970er-Jahre standen den polnischen Küstenfrontplanern vergleichbare Instrumente zur Verfügung, als sie die sowjetischen Umrechnungsfaktoren zur qualitativen Bewertung übernahmen. Laut diesen galten die polnischen Divisionen der Küstenfront als unterlegen gegenüber sowohl den sowjetischen, ostdeutschen und tschechoslowakischen Verbündeten und noch entscheidender gegenüber westdeutschen, amerikanischen, dänischen, französischen und niederländischen Einheiten. Lediglich die belgischen Truppen wurden als gleichwertig angesehen.⁵⁹

In den Folgejahren wurde ein Anstieg der Stärke und Gefechtsfähigkeit der NATO-Truppen von den Planern in Warschau und Moskau verzeichnet, wodurch sich eine weitere militärische Herausforderung ankündigte, die die politische Krise des kommunistischen Bündnisses in seinem letzten Jahrzehnt begleitete. Im November 1978 warnten beispielsweise eine Reihe detaillierter Nachrichtendienstberichte vor einem allgemeinen westlichen technologischen Fortschritt im militärischen Bereich.⁶⁰ Dabei wurden einzelne Entwicklungen wie etwa unbemannte Aufklärungsdrohnen beschrieben,⁶¹ aber auch das wachsende Potenzial der Rüstungsindustrie der Hauptländer der NATO.⁶² Weiterhin verzeichnete der polnische militärische Nachrichtendienst eine Stärkung der Führung der NATO-Truppen, die einer verbesserten Mobilisierungsbereitschaft den Weg bereitete⁶³ und auch eine Erhöhung der Kampfkraft und Disziplin der NATO-Truppen – auch wenn diese durch »erhabenen antikommunistischen Vulgärgeist« erzielt wurde.⁶⁴

⁵⁹ Pałka, *Polskie wojska*, S. 180. – Diese sowjetischen Einschätzungen lagen auch der CIA vor: CIA Special Collections, CIA Analysis of the Warsaw Pact Forces: «Combat Potentials of the Armament and Combat Equipment of the Ground Forces and Aviation of the USSR and of the Armies of the Probable Enemy, and Table of Combat Potentials of Large Units,» CIA/DO Intelligence Information Special Report, original report, 25.8.1980. URL: <https://www.cia.gov/readingroom/document/5166d4f999326091c6a608cf> (24.7.2025).

⁶⁰ AIPN, 02958/86, Informationen zu den Problemen der Wissenschaft als Faktor in der qualitativen Entwicklung der Streitkräfte der NATO-Hauptländer, Warschau, 10.11.1978, S. 283–288. – Ebd., Bd. 2: Informationen über die Modernisierung der Bewaffnung der Streitkräfte der NATO-Länder, Warschau, 10.11. 1978, S. 355–363.

⁶¹ AIPN, 02958/86, Informationen über die Aufklärungsfähigkeiten der Streitkräfte der NATO-Länder, Warschau, 10.11.1978, S. 217–222. – Ebd., Bd. 2: Informationen über den Stand und die Entwicklungsperspektiven unbemannter Mittel in den Streitkräften der NATO-Länder, Warschau, 10.11. 1978, S. 347–354.

⁶² AIPN, 02958/86, Informationen über die Kapazitäten der Rüstungsindustrie der wichtigsten NATO-Länder und die Möglichkeit ihrer Steigerung während einer Krisenphase, Warschau, 10.11.1978, S. 226–233.

⁶³ AIPN, 02958/86, Bd. 1: Informationen über die Indikatoren für das operationelle Tempo bei der Stationierung und Mobilisierung der NATO-Streitkräfte im mitteleuropäischen Kriegsschauplatz sowie im Bereich der Ostseeengen und der westlichen Ostsee, Warschau, 10.11.1978, S. 244–247. – Ebd., Informationen über Tendenzen und Maßnahmen der NATO zur Verbesserung militärischer Organisationsstrukturen, Warschau, 10.11.1978, S. 248–263.

⁶⁴ AIPN, 02958/86, Informationen über den moralisch-politischen Zustand und die Disziplin in den Streitkräften der wichtigsten NATO-Länder, Warschau, 10.11.1978, S. 272–277.

Die Einsicht, dass gerade die Flanken des zentraleuropäischen Kriegsschauplatzes, den die relativ schwachen polnischen und tschechoslowakischen Streitkräfte versahen, durch westlichen Druck bedroht war, sollte die polnische Seite alarmieren.

In der Ostsee wurde dies nicht nur durch die technologische Überlegenheit des Westens bemerkbar, sondern auch dadurch, dass westliche Kampfschiffe und Flugzeuge öfter in der mittleren Ostsee vor den Küsten der Sozialistischen Staaten operierten. Die NATO-Flottenpräsenz östlich der Linie Travemünde – Gedser – Møn – Falsterbro verdreifachte sich von der Mitte der 1970er- bis Mitte der 1980er-Jahre, während sich die gesichtete Zahl westlicher Kampfflugzeuge im selben Zeitraum verdoppelte.⁶⁵ Der Chef der Aufklärung der Volksmarine Kapitän zur See Waldemar Krause beurteilte die Situation so: »Der Einsatz von nicht zum NATO-Kommando Ostseeausgänge gehörenden NATO-Flottenkräften zur Demonstration militärischer Präsenz vor den Küsten der 3 sozialistischen Ostseeanliegerstaaten wird von Jahr zu Jahr in zunehmendem Masse genutzt zur Erzeugung militär-politischer Spannungssituationen.«⁶⁶ Ein markanter Höhepunkt dieser Entwicklung war der Besuch des amerikanischen Schlachtschiffs »Iowa«, mit 32 »Tomahawk«-Raketen mit bis zu 2400 Kilometer Reichweite in der Ostsee als Teil der Übung »Ocean Safari 85«, die Schießübungen nordöstlich von Rügen sowie das Vorstoßen bis zu den Seegrenzen der litauischen und lettischen SSR beinhaltete.⁶⁷

Die politische und wirtschaftliche Krise der letzten Etappe des Kalten Krieges verschärfte die militärischen Probleme der sozialistischen Staaten. Auch wenn die späten 1970er- und die 1980er-Jahre dem Westen nur mäßiges Wachstum sowie soziale Spannungen bescherten: Für die sozialistischen Ostseestaaten waren diese Jahre desaströs. Während sich die DDR am Rande des Staatsbankrotts bewegte, läutete für die Volksrepublik Polen das Aufkommen von Massenstreiks und der »Solidarność«-Bewegung das Ende des Regimes ein. Die Existenzkrise der Volksrepublik ließ sich durch den Kriegsrechtszustand und den Einsatz der Armee gegen die Bevölkerung lediglich verzögern, und die darauffolgenden Jahre waren von tiefen sozialen und wirtschaftlichen Problemen gekennzeichnet. Die Krise führte unter anderem zu einem Vertrauensverlust seitens der Sowjetunion gegenüber Polen, was die Modernisierung der polnischen Armee erschwerte, etwa die Ablösung von fast historisch anmutender Ausrüstung wie etwa T-34/85-Panzern durch Modelle wie den T-72.⁶⁸

⁶⁵ BA-MA, DVM 10/51314, Chef Aufklärung der Volksmarine, Vortrag: Die Aggressionsbereitschaft der NATO SSK in der Ostsee, 16.1.1986, S. 28.

⁶⁶ BA-MA, DVM 10/51314, Chef Aufklärung der Volksmarine, Vortrag zum Thema: Die gewachsene Aggressionsbereitschaft der Seestreitkräfte des COMBALTAP und die Möglichkeiten zur Unterstützung der Landstreitkräfte, April 1986, S. 23.

⁶⁷ Ebd., S. 25.

⁶⁸ AIPN, 02958/146, Zusammenfassung der operativen Konferenz durch den Generalstabschef [General Florian Siwicki] und Festlegung der Aufgaben, Warschau, 27.7.1981, S. 23.

Die Krise in Polen führte paradoxerweise zu einer realistischeren Einschätzung der Lage im westlichen Ostseeraum und zu weniger hochgesteckten Zielen der Küstenfront. Im Juli 1981, also noch mitten in der Krise der polnischen Regierung mit der Solidarność-Bewegung, schrieb General Jan Kuriata, Stabschef der 2. polnischen Armee, die in Richtung Den Haag hätte vorstoßen sollen, dass »die Möglichkeiten der 2. Armee, die Aufgabe gemäß dem geltenden Plan zu erfüllen, gering seien«. Seiner Meinung nach hätte der Gegner in dem vorgesehenen Operationsstreifen der Armee in den entscheidenden ersten Kriegstagen zwei- bis dreifach Überlegenheit. Er könne somit das Bereitstellungsgebiet der Küstenfront im Nordwesten der DDR einnehmen, bevor die polnischen Truppen dort eintreffen würden. Zudem räumte Kuriata ein, dass »im Falle eines Übergangs zu nuklearen Aktionen die Sprengkraft des ersten nuklearen Schlages des Gegners 1476 KT betragen könnte, während die der Truppen der 2. Armee 2560 KT betrüge, wobei die 2. Armee nur 26 Ziele angreifen könnte, der Gegner jedoch 192«. Eine nahezu identische Einschätzung äußerte sein Kollege Oberst Tadeusz Matejko, der als Stabschef der 1. Armee tätig war, eben jener, die Dänemark hätte angreifen sollen.⁶⁹

Mit wenig Zeitverzögerung erreichten die Zweifel auch die benachbarte Front, also die schlagkräftige erste Westfront, die aus der NVA sowie der GSSD bestand. Oberst Siegfried Lautsch, Chef der operativen Abteilung im Kommando des Militärbezirks V (Neubrandenburg), der für die Erarbeitung der Pläne der 5. Armee der DDR zuständig war, hat später beschrieben, wie die bisherige offensive Doktrin 1983/84 ins Wanken kam. Danach sollte ab 1985 der Krieg nicht unmittelbar auf dem Boden der Bundesrepublik geführt werden. Stattdessen wurden Verteidigungsoperationen auf dem Boden der DDR, im Norden entlang der Verteidigungsstreifen Dassow – Lenzen – Templin – Kap Arkona vorbereitet.⁷⁰ Dies bestätigte die Befürchtung General Kuriatas, das Aufmarschgebiet zu verlieren, weshalb sich stattdessen Vorpommern und Neubrandenburg als Aufmarschraum der Polnischen Front anboten.⁷¹ Laut Lautsch nahm die 5. Armee der DDR damit die politischen Entwicklungen innerhalb des Warschauer Paktes vorweg, wonach 1987 die Militärdoktrin des Paktes auf Defensive umgeschaltet wurde.⁷²

⁶⁹ AIPN, 02958/146, [Oberst Tadeusz Matejko] Operative Bewertung der Truppen der 1. Armee, [vor dem] 28.12.1981, S. 203–214. – Ebd., Bericht [von General Jan Kuriata, Stabschef der 2. Armee], 16.7.1981, S. 215–228. – Pałka, *Polskie wojska*, S. 153.

⁷⁰ Siegfried Lautsch: Zur Operativen Einsatzplanung der 5. Armee der NVA im Rahmen einer Front der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation in den 1980er Jahren, in: Wenzke, *Die Streitkräfte der DDR*, S. 35–59 (künftig zitiert: Lautsch, *Zur Operation Einsatzplanung*).

⁷¹ Siegfried Lautsch: *Kriegsschauplatz Deutschland. Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers*, Potsdam 2013, S. 120.

⁷² Lautsch, *Zur Operation Einsatzplanung*, S. 59.

So gradlinig wie die vermeintliche Überstellung des Militärbezirks V scheinen die Änderungen der Planung der Küstenfront nicht gewesen zu sein. Trotz Krisenerscheinungen schien weithin an der Offensive als Ziel festgehalten zu werden, als die letzte Operationsplanung für die Küstenfront im Dezember 1986 verabschiedet wurde. Sie beinhaltete sowohl einen »Plan A« und einen »Plan B«. Auch wenn Verteidigung hier eine größere Rolle spielte, deutete die polnische Planung einen Ungleichtakt mit dem benachbarten ostdeutschen Partner an, der nach fast vier Jahrzehnten Warschauer Pakt frappierend war.

Laut Plan A sollte die Küstenfront weiterhin eine »frontal geführte Offensivoperation in Richtung Jütland und Küstenraum [Den Haag]« durchführen, bei der innerhalb von 15 bis 16 Tagen die feindlichen Truppen im Norden Westdeutschlands sowie auf niederländischem und dänischem Gebiet zerschlagen werden würden. Zusätzlich wurde die Einnahme der dänischen Insel Bornholm den Aufgaben der polnischen Seite hinzugefügt. Als Zugeständnis an die Realität war das Tempo der Offensive auf 30 bis 35 Kilometer pro Tag reduziert.⁷³ Der deutlich weniger optimistische »Plan B« sah eine »Verteidigungsoperation in der zweiten strategischen Staffel auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen vor, um ein Eindringen des Feindes tief in das polnische Territorium zu verhindern, [gefolgt von] dem endgültigen Zusammenbruch des Angriffs der feindlichen Stoßkräfte; mit Bereitschaft zur Durchführung eines strategischen Gegenangriffs in Richtung Schwedt – Hamburg oder Schwedt – Wolfsburg«.⁷⁴ Im letzteren Fall stellte die geplante Umgruppierung der Truppen der Küstenfront »in Gebiete im westlichen Teil Polens, auf eine Weise, die einen reibungslosen Übergang zur Verteidigung im Inland mit der vorderen Linie entlang der Oder und Lausitzer Neiße ermöglicht«, eine grundlegende Änderung dar. Die zweite und dritte strategische Verteidigungslinie sollte bereits auf dem Gebiet West- und Zentralpolens verlaufen: Die zweite auf der Linie Sławno – Czarne – Piła – Poznań – Rawicz – Wrocław – Ząbkowice Śląskie – Paczków, und die dritte (bzw. letzte) auf der Linie der Weichsel, von Bydgoszcz über Koło, Sieradz und Lubliniec bis nach Rybnik in Schlesien.⁷⁵ Somit endete die Planung am Ende des Kalten Krieges zumindest teilweise mit einer Rückkehr zum defensiven Denken der späten 1940er-Jahre, und die Rolle des Nordens der DDR schwand merkbar für die polnischen Streitkräfte.

⁷³ AIPN, 02958/154, Plan für den operativen Einsatz der Streitkräfte der Volksrepublik Polen im Kriegsfall, Warschau, 29. November 1986, S. 9, S. 23.

⁷⁴ Ebd., S. 9.

⁷⁵ Ebd., S. 15. – AIPN 02958/154, Operative Direktive des Chefs des Generalstabs der Polnischen Armee [General Józef Użycki] Nr. 0011/Oper. zur Verteidigungsoperation der Küstenfront, S. 136.

Schlussbetrachtung

Eine der bemerkenswertesten Aussagen in der polnischen Literatur zur Operationsplanung des Warschauer Pakts stammt von General Waclaw Szklarski, einem ehemaligen hohen Offizier des polnischen Generalstabs. In einem Interview von 1995 sagte er, dass er nach seinem Wissen über die Russen überzeugt war: »Sie vertrauten keinem der [Warschauer] Paktländer – am wenigsten Polen. Ich kannte die Pläne für den Einsatz der polnischen Streitkräfte im Kriegsfall. Bis heute bin ich überzeugt, dass diese Pläne in Wirklichkeit eine Täuschungsoperation waren. (...) Mit hoher Wahrscheinlichkeit existierten im Generalstab der sowjetischen Armee völlig andere Dokumente, die niemand außer den Russen je zu Gesicht bekam.« Diese Ansicht bestätigte sein ehemaliger Kollege General Julian Babula, der sich an eine allgemeine Überzeugung im polnischen Generalstab über den Täuschungscharakter der geltenden Pläne erinnerte. Er glaubte ebenfalls, dass »die eigentliche Aufgabe unserer Front erst unmittelbar vor oder während des Krieges festgelegt worden wäre«.⁷⁶

Eine komplette Täuschung der eigenen Bündnispartner erscheint jedoch sehr unwahrscheinlich. Sie hätte die gesamten Kriegsvorbereitungen, Übungen, Mobilisierungen und Bereitstellungen ad absurdum geführt und vor allem zu Chaos in der entscheidenden Anfangsphase eines Krieges maßgeblich beigetragen. Die Aussagen deuten einen Konstruktionsfehler der militärischen Planung des Warschauer Paktes im westlichen Ostseeraum an, nämlich das fehlende gegenseitige Vertrauen zwischen den sowjetischen, ostdeutschen und polnischen Partnern. Die Aussagen der Generale fielen zwar zu einem Zeitpunkt nach der Auflösung des sozialistischen Bündnisses und nachdem die letzten russischen Truppen aus Polen 1993 und aus Deutschland 1994 abgezogen waren, weshalb die Kritik der polnischen Generäle sicherlich prägnanter ausfiel als wenige Jahren davor, – dennoch bestätigen die Archivalien aus den Beständen des Generalstabes der polnischen Volksarmee den Eindruck der Generäle so weit, dass es tatsächlich an gegenseitiger Koordinierung im Pakt fehlte. Die polnische Planung wurde selbstverständlich mit den sowjetischen Genossen genauestens besprochen, aber die sowjetischen Überlegungen blieben ihrerseits weithin im Verborgenen. Die fehlende Abstimmung mutet als Leichtsinn an, nicht zuletzt, was die Logistik betraf. Letztlich mussten riesige Verbände in kürzester Zeit nach Westen in die Bezirke Rostock und Schwerin gebracht werden, zeitgleich mit der Umgruppierung der NVA und sowjetischen Streitkräfte in der DDR und in Westpolen. Dabei wäre gerade der Nordwesten der DDR von der NATO mit konventionellen sowie mit aller Wahrscheinlichkeit auch mit Kernwaffen unter Feuer genommen worden.

⁷⁶ Zit. nach: Piotrowski, *Front Polski*, S. 232–233.

Obwohl die Herausforderungen sowohl innerhalb des sozialistischen Bündnisses und auch potenziell durch die Kampfhandlungen der westlichen Streitkräfte beträchtlich gewesen wären, suchte die polnische Militärführung aktiv die Eigenverantwortung in der Polnischen Front bzw. der Küstenfront zu erhalten. Als sie 1961 die Chance bekam, die Planung für den westlichen Ostseeraum federführend zu übernehmen, nahm sie diese Rolle wahr. Auch wenn polnische Generalstabsoffiziere hinter verschlossenen Türen Bedenken äußerten und das von Moskau vorgegebene Marschtempo offensichtlich überambitioniert war, wurden diese Zielvorgaben mit planwirtschaftlicher Hartnäckigkeit als Vorgaben für die Truppe beibehalten. Erst die militärische, politische und wirtschaftliche Krise in der Endphase des Kalten Krieges ließ das bisherige Wunschkonzert einer Offensive an der Innovationskraft des Westens und am Unvermögen des sozialistischen Systems scheitern.

Trotz aller Vorbehalte beinhaltete die Küstenfrontplanung einen düsteren Kern: Letztlich zeichneten sich die Intentionen eines Atomkrieges darin ab. Für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern hätte die Planung im Ernstfall tödliche Konsequenzen gehabt. Denn die Küstenfront verband nicht nur die Volksmarine mit ihren polnischen und sowjetischen Partnern, sondern hätte die Schicksale der Volksrepublik Polen und der Nordbezirke der DDR eng miteinander verflochten. Über die Gegnerschaft schuf er gar Schicksalsgemeinschaften mit den benachbarten Schleswig-Holsteinern und den Dänen, denn am Ende wären alle Menschen der Ostseeanrainerstaaten von einem Kriegsausbruch betroffen gewesen.

Fred Mrotzek

Suche nach dem Feind

Die Fla-Raketenabteilungsgruppe (FRAG 431) und das MfS am Ende des Kalten Krieges

In den frühen Morgenstunden des 23. April 1985 saßen sechs Unteroffiziere auf der mit Plane blickdicht verhangenen Pritsche eines Lkw der Nationalen Volksarmee (NVA) und wurden durch den Norden der DDR transportiert. Ihre Dienstuniformen waren noch neu und die frischen Schulterstücke ungeknickt. Hin und wieder konnten die Reisenden durch einen Spalt im Ausstieg die Schilder ihnen unbekannter Ortschaften erspähen. Die jungen Männer hatten im November 1984 ihren dreijährigen Dienst bei der NVA begonnen und in den vergangenen Monaten die Unteroffiziersschule der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung »Harry Kuhn« in Bad Dübén absolviert. Hier wurden neben der militärischen und fachlichen Ausbildung an der Kampftechnik vor allem auch ideologisch eingefärbte, gesellschaftspolitische Fächer unterrichtet. Als Unteroffiziere sollten sie eine Gruppe Soldaten im Grundwehrdienst führen, diese zu »sozialistische[n] Soldatenpersönlichkeiten« und einem »militärische[n] Kollektiv [... als, d. V.] Kampfgemeinschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes«¹ formen. In der Nacht vom 22. auf den 23. April waren die frisch Beförderten in fensterlosen Eisenbahnwaggons von Bad Dübén nach Neubrandenburg gebracht und dort auf bereitstehende Militärfahrzeuge verteilt worden. Das Ziel der Reise hatte man ihnen nicht mitgeteilt. Nachfragen an den begleitenden Offizier blieben unbeantwortet, der Fahrer des Lkw grinste.²

Nach einigen Stunden Fahrt hielt das Fahrzeug endlich in einer Dienststelle und die Ausstiegsplane wurde zurückgeschlagen. Die Soldaten kletterten mit ihren aus Zeltbahnen geknüpften Säcken, in denen sich die militärische Ausrüstung befand, von der Ladefläche und wurden von heftigem Lärm empfangen. Fast alle Fenster des vierstöckigen Unterkunftsgebäudes in der Kaserne waren geöffnet. Daraus erklangen Gejohle und Beschimpfungen wie »glatte Säue« und »Zeitschweine«. Auf dem Weg in das Gebäude flogen flachgehauene oder verbogene Aluminiumlöffel, Kontermuttern und andere Insignien der unterschiedlichen Diensthalbjahre. Auf dem

¹ Handbuch Militärisches Grundwissen, hrsg. im Auftrag des Ministeriums für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, 13. Aufl., Berlin 1984, S. 30.

² Erinnerungsbericht Zeitzeuge UaZ 1, im Besitz des Verfassers. Die Namen der Zeitzeugen wurden im Folgenden anonymisiert.

obersten Flur tobten die zum Teil noch alkoholisierten Entlassungskandidaten, die EKs³. Sie hatten am vergangenen Abend ihre Abschlussfeier und drohten den Neuankömmlingen mit Prügel. Ein Offizier schritt ein. Endlich zeigte der Diensthabende Unteroffizier den neuen Genossen auf einer DDR-Karte in einem Taschenkalender die geografische Lage der Dienststelle, ungefähr an der Schnittstelle der Grenzen der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg.⁴ Den jungen Unteroffizieren wurde schnell klar, dass sie sich unabhängig vom Dienstgrad auf der untersten Ebene der Sozialhierarchie der NVA befanden, denn ihnen standen noch zweieinhalb Jahre Dienst bevor. Sie waren im mecklenburgischen Prangendorf angekommen. Die militärische Bedeutung dieser Dienststelle innerhalb der 43. Fla-Raketenbrigade (FRBr.) wurde ihnen erst Wochen später vermittelt.

Militärische Verflechtungen: Geheimhaltung und Gerüchte

Die militärischen Verflechtungen während des Kalten Krieges im Ostseeraum weisen eine Reihe besonderer Merkmale auf. Sie waren weitaus intensiver als in anderen Bereichen, da durch die eindeutige Trennung der sich gegenüberstehenden Militärblöcke jegliches militärische und geheimdienstliche Handeln in »Freund-und-Feind-Kategorien« stattfand, das zudem nach außen ausschließlich definiert als Aktion oder Reaktion auf den Gegner und nach innen zur Verhinderung des feindlichen Eindringens und der Abschöpfung militärischer Geheimnisse zielte. Diese außensicherheitspolitische Doktrin bestimmte eine ganze Reihe weiterer Verflechtungen innerhalb der relativ geschlossenen DDR-Gesellschaft, wie mit dem MfS (Ministerium für Staatssicherheit), der NVA und dem zivilen Sektor.

Die Aufklärung und vor allem auch gezielte Organisation von Verflechtungen jeglicher Couleur dominierte die Staatssicherheit mit ungewollten Auswirkungen weit über das Ende der DDR hinaus. Ihre Arbeit in der Prangendorfer Dienststelle erstreckte sich nicht nur auf die zivilen Bereiche in den Wohnblöcken für die Berufssoldaten, sondern deckte auch das gesamte persönliche wie auch familiäre Umfeld der einzelnen Armeeangehörigen ab. Kleinere Nischen konnten nicht entstehen. Durch den überproportionalen Einsatz von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), Führungs-IM (FIM) unter den Soldaten, deren Ehefrauen und den Zivilbeschäftigten sowie gezieltes Abhören wurde neben ideologischen Unregelmäßigkeiten vor allem nach Hinweisen über verbotene private westliche Verflechtungen gesucht, zum Beispiel in Form von Haushalts- und Kosmetikprodukten aus dem »nichtsozialisti-

³ Entlassungskandidaten: Soldaten und Unteroffiziere im letzten Diensthalbjahr. Klaus-Peter Möller: Der wahre E. Ein Wörterbuch der DDR-Soldatensprache, 2., durchgesehene und ergänzte Aufl., Berlin 2000.

⁴ Erinnerungsbericht Zeitzeuge UaZ 1, im Besitz des Verfassers.

schen Wirtschaftsgebiet«. Diese Prozesse bestimmten die Einführung und Indienstnahme moderner Fla-Raketentechnik in den 1980er-Jahren im Norden der DDR von Beginn an.

Natürlich besaßen auch westliche Geheimdienste und Militärverbindungsmissionen, die sich nicht immer an die ausgeschilderten Sperrzonen hielten, großes Interesse an den militärischen Vorgängen in Prangendorf. Dabei war selbst die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland frühzeitig gut informiert. In der Wochenendausgabe vom 19./20. Februar 1983 berichtete die Tageszeitung »Die Welt« über eine »Neue Raketen-Stellung bei Rostock« und kündigte an: »Gleichzeitig hat die Sowjetunion [...] in der ›DDR‹ [...] weitreichende Luftabwehrraketen stationiert, die auch atomar bestückt werden können und rund 300 Kilometer erreichen können. [...] Zehn Kilometer südlich von Rostock [...] sind Stellungen für Luftabwehrraketen des sowjetischen Typs SA 5 (NATO-Code ›Gammon‹) im Bau [...] Fachleute in der NATO glauben, der Aufbau der festen Stellung bei Rostock soll der möglichen Bekämpfung der westlichen Aufklärungsflugzeuge des Awacs-Typs E 3A, der Erkämpfung der Luftüberlegenheit über der westlichen Ostsee für den Fall der kriegesischen Öffnung der Meerengen in die Nordsee sowie der atomaren Bedrohung von Bodenzielen in Norddeutschland dienen.«⁵

Der Artikel stand unter dem Eindruck der Sprache und der Spekulationen, die der Kalte Krieg auf beiden Seiten produzierte. Ganz offensichtlich wussten die westlichen Geheimdienste bereits in der Planungsphase vom Zweck der Dienststelle in Prangendorf. Auch das dort zu installierende sowjetische Fla-Raketensystem S-200 war dem Namen nach bekannt. Allerdings tappte man nicht nur bei den Parametern, sondern auch bei den Einsatzmöglichkeiten dieser Waffe eher im Dunkeln.⁶ Zum einen lag die genaue Reichweite bei 255 statt 300 Kilometern und zum anderen ließ die technische Konstruktion der Rakete eine Bekämpfung von Bodenzielen nicht zu. Vermutungen über eine mögliche atomare Bestückung der Luftabwehrraketen hielten sich im Westen wie auch unter den Soldaten in Prangendorf. Allerdings hat es zu keinem Zeitpunkt Atomsprengköpfe in der Dienststelle im Bezirk Rostock gegeben. Auch in den Schießregeln⁷ und dem regelmäßigen Schießtraining finden sich keine Anhaltspunkte. Gerüchte und Spekulationen waren ganz im Sinne der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und konnten operativ genutzt werden. Das MfS wurde neben der professionellen Überwachung der Soldaten und

⁵ Bundesarchiv (BArch), BSTU, MfS, HAI 13024, Bl. 6.

⁶ Erst nach 1990 konnten die USA das Fla-Raketensystem S-200 »Wega«, das in Badingen stationiert war, übernehmen.

⁷ DV 112/0/017, Fla-Raketenkomplex großer Reichweite, Schießregeln, hrsg. vom Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Nationale Verteidigung, VVS-Nr.: C 484468, 41. Ausfertigung, Strausberg 1988.

ihrer Angehörigen vor allem dann aktiv, wenn gegen die Bestimmungen der Geheimhaltung verstoßen wurde.

Während im Westen schon Anfang 1983 nachgelesen werden konnte, was in der Nähe von Rostock geplant war, wurde der – vor allem von dem späteren Dienststellenkommandeur ausgewählt – Offizierskader lange im Unklaren über die weitere Verwendung gelassen. Erst in der Einführungsvorlesung des ersten Lehrgangs, der von September bis November 1983 in Gattschina (circa 50 Kilometer südlich von Leningrad, dem heutigen Sankt Petersburg) an einer Ausbildungsstätte der Luftverteidigung der sowjetischen Luftstreitkräfte stattfand, erfuhren die NVA-Soldaten den eigentlichen Grund und erste Kennzahlen der Raketentechnik. Die Lehrveranstaltungen wurden ausschließlich in russischer Sprache gehalten, ein Dolmetscher übersetzte. Ein junger Leutnant, der ein Jahr später den gleichen Lehrgang absolvierte und nach 1990 in der Bundeswehr diente, erinnert sich: »Die Ausbildungsmonate in Gattschina waren unglaublich intensiv, fordernd und zielführend. Ein vergleichbarer Lehrgang an der Raketenschule der Luftwaffe der Bundeswehr in El Paso, Texas/USA, würde bei ähnlichem Ausbildungsziel wahrscheinlich länger als ein Jahr dauern.«⁸

Die Fla-Raketen-Abteilungsgruppe (FRAG) 431 in Prangendorf bestand aus dem eigentlichen Kasernengelände (A-Objekt) mit den angegliederten Wohnblöcken für die Berufssoldaten und in einigen 100 Metern Entfernung der sogenannten Lagerzone mit den Feuerstellungen (B-Objekt). Das MfS war vor Ort mit zwei Hauptamtlichen Mitarbeitern vertreten, die einen erheblichen Einfluss auf das soziale Gefüge wie auch – selten direkt spürbar – die militärischen Belange hatten. Die Soldaten im Grundwehrdienst und die Unteroffiziere durchliefen nach ihrer Ankunft in Prangendorf eine geheimdienstliche Sicherheitsüberprüfung, die mehrere Wochen dauern konnte. Erst dann durfte die technische Spezialausbildung beginnen und die »Lagerzone« betreten werden, allerdings nur die Bereiche, für die die Soldaten zugeteilt waren. Jede Information selbst untereinander war strengstens verboten. Das führte in den Anfangsjahren natürlich zu wilden Spekulationen. Es war von Atomraketen, Chemiewaffen und gar einem geheimen U-Boothafen die Rede.⁹

Für die Tarnung der Dienststelle vor der im Umfeld wohnenden Bevölkerung waren verschiedene Überlegungen angestellt worden. Ursprünglich hatten die Verantwortlichen geplant, die Soldaten in NVA-Marineuniformen einzukleiden. Unweit der Kleinstadt Tessin befand sich ein »vollverbunkelter Hauptgefechtsstand der Volksmarine ... Das Erscheinungsbild dieser Uniform wäre somit in der Öffentlich-

⁸ Michael Jürgens: Streiflichter, Erinnerungen, Momente (künftig zitiert: Jürgens, Streiflichter), in: Bernd Kirchhainer u. a. (Hrsg.): Die 43. Fla-Raketenbrigade »Erich Weinert«, Friedland 2012, S. 281 f. (künftig zitiert: Kirchhainer, Fla-Raketenbrigade).

⁹ Ebd., S. 280.

keit nicht ungewöhnlich gewesen.«¹⁰ Wegen der Größe der Dienststelle in Prangendorf, dem überproportionalen Anteil von Offizieren in einer ländlichen Gegend und dem nur wenig weiter als Tessin entfernten Militärflugplatz in Laage hatte man sich dann aber für die Uniformfarbe Blau der Luftstreitkräfte entschieden mit der Legende, dass hier ein Lager der dazugehörigen Rückwärtigen Dienste entstehen würde. Prangendorf blieb bei der Bevölkerung im Großraum Rostock geheimnisumwittert. Allein wenn die eingeschaltete Radartechnik im Umfeld den Fernsehempfang empfindlich störte, war klar, dass es sich um kein militärisches Ersatzteillager handeln konnte. Die richtige Waffenfarbe wäre mausgrau gewesen.

Militärische Analyse und Konsequenzen für die Bewaffnung

Wenngleich sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ab Ende der 1960er-Jahre entspannten, hatte die Sowjetunion nach der Zerschlagung des »Prager Frühlings« die politischen Zügel für die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags angezogen. Militärisch bedeutete das unter anderem für die DDR den intensiven Ausbau der Luftverteidigung. Bereits seit der Gründung der NVA hatte man hier erhebliche Mittel investiert. Im Norden der DDR wurde am 1. März 1961 das Fla-Raketenregiment 18 aufgestellt und schon im November 1963 in das Diensthabende System (DHS) des Warschauer Vertrages eingegliedert – eine bemerkenswerte Kraftanstrengung, denn das unter sowjetischem Oberbefehl stehende System war Tag und Nacht einsatzbereit.¹¹

Der in den 1970er-Jahren systematische Ausbau der Fla-Raketen-Technik hatte neben inneren vor allem äußere Gründe. Zum einen mussten die in der Praxis des täglichen Dienstes im DHS aufgetretenen Probleme beseitigt werden. Zum anderen spielten aber vor allem militärische Beobachtungen und Schlussfolgerungen aus dem Vietnam- und Sechstagekrieg zwischen Israel, Jordanien und Ägypten eine wesentliche Rolle. Die Luftverteidigung in Nordvietnam basierte – wie in der DDR – vor allem auf Fla-Raketentruppen. Hinzu kamen zum Teil ähnliche geographische Bedingungen. Vor allem aber im Sechstagekrieg meinten die NVA-Analysiker, eine veränderte amerikanische Strategie zu erkennen. Trotz völlig unterschiedlicher europäischer Ausgangsbedingungen verstärkten sich die ostdeutschen Befürchtungen vor überraschenden Luftangriffen. Daher bildete das Kommando Luftstreitkräfte/Luftverteidigung (Kdo. LSK/LV) in Strausberg unmittelbar nach dem Ende des Sechstagekrieges im August 1967 eine »Arbeitsgruppe zur Untersuchung von

¹⁰ Peter Kraus: Luftverteidigung der DDR. FLA-RA-KOMPLEX S-200 »WEGA«, Stuttgart 2019, S. 24 (künftig zitiert: Kraus, Luftverteidigung).

¹¹ Rüdiger Wenzke: Geschichte der Nationalen Volksarmee 1956–1990, 2. überarbeitete Aufl., Erfurt 2017, S. 58 (künftig zitiert: Wenzke, Nationale Volksarmee).

Problemen in Auswertung der Nahostkrise unter Berücksichtigung des Krieges in Vietnam«. ¹²

Im Wesentlichen forcierten drei Erkenntnisse den zukünftigen Aus- und Umbau der Luftverteidigung durch Fla-Raketen: 1. Die US Air Force griffen in Vietnam Ziele vor allem im Tiefflug an. 2. Die vietnamesischen Fla-Raketentruppen erzielten im Vergleich mit den Jagdfliegerkräften weitaus mehr Abschüsse. 3. Während ungetarnte bodengestützte Luftverteidigung häufig zu einer leichten Beute feindlicher Angriffe wurde, erschwerte eine professionelle Deckung der Kampftechnik die Bekämpfung erheblich. ¹³ Wenig später begann die praktische Umsetzung mit für DDR-Verhältnisse atemberaubender Geschwindigkeit. Durch strukturelle Umgliederungen wandelte sich der Warschauer Vertrag zu einem »klassischen Militärbündnis« ¹⁴, in dem die Sowjetunion Führungsmacht blieb und die »DDR-Volksarmee ... zu einem Musterschüler und Juniorpartner ... aufgestiegen« ¹⁵ war. Der neu entstandene Spielraum wurde auch für den Ausbau der Fla-Raketentruppen genutzt. Schon im Juni 1970 beschloss das Ministerium für Nationale Verteidigung den Ausbau auf 28 Feuerabteilungen. Wenige Monate später nahmen 25 Offiziere und elf Offiziersschüler an einem Lehrgang in der Sowjetunion über das Waffensystem S-125 »Newa« teil. Damit war der personelle Grundstock für die erste gemischte Fla-Raketengruppierung gelegt, die am 1. Dezember 1971 als 43. Fla-Raketenbrigade aufgestellt wurde. ¹⁶ Zu ihr gehörten bis zum Ende der NVA 15 Standorte entlang der Ostseeküste, der westlichste in Kirchdorf bei Wismar und der östlichste in Lancken auf Rügen. Die südlichste Dienststelle bestand in Prangendorf ab 1983.

Die sowjetische Kampftechnik der Fla-Raketenbrigade erweiterte man im Laufe ihres Bestehens ständig und führte moderne Waffensysteme ein, die der veränderten Luftkriegstaktik Rechnung tragen sollten. Das Fla-Raketenregiment 18 verfügte anfangs über den Fla-Raketenkomplex (FRK) SA-75 »Dwina«, der in einer Entfernung von sieben bis 34 Kilometern und einer Höhe von drei (später einem) bis 27 Kilometer Flugkörper vernichten konnte. Bis 1970 wurde das verbesserte System S-75 »Wolchow« eingeführt, mit einer abgesenkten Vernichtungszone auf 50 Meter Höhe. Die neu aufgestellte 43. Fla-Raketenbrigade erhielt zudem ab 1971 den FRK S-125 »NEWA«, der eine Bekämpfung von Erd- und Seezielen sowie auch Flugkörpern mit einer Geschwindigkeit bis 560 Meter pro Sekunde (z. B. Marschflugkörper) ermöglichte. ¹⁷

¹² Julian-André Finke: Hüter des Luftraumes? Die Luftstreitkräfte der DDR im Diensthabenden System des Warschauer Paktes, Berlin 2010, S. 144 (künftig zitiert: Finke, Hüter).

¹³ Ebd., S. 138.

¹⁴ Ebd., S. 159.

¹⁵ Wenzke, Nationale Volksarmee, S. 85.

¹⁶ Finke, Hüter, S. 164.

¹⁷ Lothar Herrmann: Struktur und Technik, in: Kirchhainer, Fla-Raketenbrigade, S. 17 f.

»Eine neue Qualität der Gefechtsmöglichkeiten wurde durch die Aufstellung der FRAG 431 mit der Einführung des Fla-Raketensystems S-200 ›Wega‹ erreicht (1983/84). Mit seinen FRK konnten Ziele im Entfernungsbereich von 17 bis 240 km und im Höhenbereich 300 m bis 40 km bekämpft werden. Die Vernichtungszone überdeckte somit die gesamte Gefechtsordnung der 43. FRBr«¹⁸ und reichte bis Bremen und Hannover. Die Übernahme des damals modernsten sowjetischen FRK S-300 PMU ›Angara‹ blieb eine Episode. Da sich der zukünftige Standort in Retschow noch im Bau befand, wurde das System übergangsweise ab Mai 1988 in Prangendorf untergebracht. Immerhin war S-300 am letzten Gefechtsschießen im Juni 1989 in Aschuluk (Astrachan) mit allen anderen Waffensystemen der 43. Fla-Raketenbrigade beteiligt.¹⁹

Diensthabendes System und vorrangige NATO-Luftziele

Das DHS stand unter der Hauptverantwortung des Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) und »bildete ein[en] besonders festgelegte[n] Teil von Kräften und Mitteln der NVA, der in Abhängigkeit von der Lage in einer solchen Bereitschaftsstufe zu halten war, die seinen rechtzeitigen und effektiven Gefechtseinsatz zur Wahrung der Lufthoheit und Abwehr überraschender Angriffe des Luftgegners im Zusammenwirken mit diensthabenden Kräften und Mitteln der GSSD, der Polnischen Armee und der Tschechoslowakischen Volksarmee gewährleisten sollte«.²⁰ Nicht nur die gelieferte Militärtechnik, sondern auch die Befehlshierarchien sicherten der Sowjetunion erheblichen Einfluss. Letztlich konnte einzig der GSSD-Oberbefehlshaber die Vernichtung von NATO-Kampfflugzeugen befehlen.

Die NVA-Luftverteidigung sollte bereits 1959 in das System integriert werden. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten strukturierte die NVA-Führung die Luftverteidigung um und intensivierte das militärische Training. Bis Ende 1963 gingen alle Einheiten des Kommandos LSK/LV in das Diensthabende System über.²¹

Das Jahr 1975 stellte eine doppelte Zäsur verbunden mit einer Aufwertung der NVA-Luftverteidigung dar. Zum einen konnten ab 1. Dezember neben dem sowjetischen Oberbefehlshaber auch Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung, und der Chef LSK/LV Wolfgang Reinhold den Abschuss eines westlichen Kampfflugzeuges im DDR-Luftraum befehlen. Zum anderen forderte das Vereinte

¹⁸ Ebd., S. 18.

¹⁹ Jürgen Gebbert: Die FRAG 4351 – Kavallerie der Luftverteidigung, in: Kirchhainer, Fla-Raketenbrigade, S. 284 f.

²⁰ Wenzke, Nationale Volksarmee, S. 104.

²¹ Finke, Hüter, S. 306 f.

Oberkommando des Warschauer Vertrages weitreichende technische Modernisierungen, in deren Erfüllung die NVA unter anderem auch das Fla-Raketensystem S-200 »Wega« anschaffen musste. Ursprünglich war der Ankauf von vier dieser Systeme geplant. Die galoppierende Staatsverschuldung der DDR setzte allerdings Grenzen. Das Kommando LSK/LV musste erst einmal auf die Hälfte des geplanten Einkaufs verzichten, zudem verzögerten sich der Import und die Aufstellung von S-200 »Wega« bis 1983.²² Mit dem sich verschärfenden Ost-West-Konflikt Anfang der 1980er-Jahre begann die letzte Phase des Ausbaus der DDR-Luftverteidigung vor dem Hintergrund riesiger ökonomischer Probleme. Wenngleich der Perspektivplan für die NVA von 1981 bis 1985 kaum finanziellen Spielraum ließ, fanden die Auswertungen und Schlussfolgerungen des Falklandkrieges 1982 Eingang vor allem in die Ausbildung und das Training an den Waffensystemen. Zudem mussten sich die Soldaten und Offiziere des Kommandos LSK/LV mit dem Aufbau, der Struktur und den Einsatzmöglichkeiten der NATO-Luftstreitkräfte intensiv auseinandersetzen. Immerhin konnte aber die Funkmessstation ST-68 U zur Ortung tieffliegender Flugzeuge neu eingeführt werden.²³

Der Aufbau der Dienststelle Prangendorf begann in der Hochphase des Rüstungswettlaufs und forderte von den dort stationierten Soldaten ein außerordentliches Arbeitspensum, das auch die Wochenenden miteinbezog. Nach der Rückkehr vom Lehrgang aus der Sowjetunion bezog der Personalbestand Anfang 1984 das Kasernenobjekt in Prangendorf. Der pioniertechnische Ausbau der Feuerstellung konnte erst im Frühjahr 1985 abgeschlossen werden. Bereits am 1. Oktober 1984 wurde die FRAG-431 in den Bestand der 43. Fla-Raketenbrigade eingegliedert. Der Zeitplan bis zur Zulassung für das DHS war eng gestrickt. Es musste die Technik von den sowjetischen Instruktoren übernommen und aufgebaut werden, wobei es immer wieder zu Schwierigkeiten vor allem mit den nassen Kabelgräben kam. Zeitgleich und intensiv erfolgte dann unter Begleitung von sowjetischen Instruktoren (Truppenoffizieren) die Inbetriebnahme und das regelmäßige Training mit der neuen Technik. Immer wieder unterbrochen wurden diese Arbeiten durch aufwändig organisierte Besuche hoher Militärs wie unter anderem Armeegeneral Heinz Hoffmann am 29. April 1985, der Oberkommandierende der GSSD Armeegeneral Michael Saizew am 11. Juni 1985 und der Chef des Warschauer Vertrages Marschall Wiktor Kulikow am 4. Oktober 1985. Der Höhepunkt in der Besucherhierarchie war ohne Frage die Besichtigung der Feuerstellungen am 29. August 1985 durch SED-Genrealsekretär Erich Honecker. Der Ablauf dieses Ereignisses wurde wochenlang intensiv vorbereitet und immer wieder geprobt. Nur einen Tag nach dem hohen Besuch flog die FRAG-431 bis zum 13. September zum ersten Schießen in die

²² Ebd., S. 212.

²³ Ebd., S. 236.

Sowjetunion. Es folgten bis 1989 drei weitere Gefechtsschießen, nicht alle konnten mit Bestnoten absolviert werden.²⁴ Die von den Offizieren mitgebrachten Freundschaftsgeschenke in Form von Alkohol und hochwertigen Lebensmitteln konnten durchaus zu größerem Wohlwollen bei den sowjetischen Kontrolloffizieren führen.²⁵

Am 30. November 1985 erfolgte die Übernahme der FRAG 431 in das Diensthabende System des Warschauer Vertrages. Von nun an zog eine gewisse Routine in den sich langsam beruhigenden militärischen Alltag ein. Im Wechsel bezogen die beiden Fla-Raketenabteilungen jeweils für 20 Tage die Feuerstellungen in der Lagerzone (Objekt B). Offiziere konnten für bis zu zehn 24-Stunden-Dienste im Monat eingesetzt werden. Man war nun Tag und Nacht in Alarmbereitschaft, d. h. ständige Besetzung der Kampftechnik, geschlafen wurde abwechselnd. Bei Auslösung der Bereitschaftsstufe B1 musste die komplette Gefechtsbesatzung innerhalb von sechs Minuten an den Stationen und diese eingeschaltet, kampfbereit sowie die Funktionskontrolle durchgeführt sein, unabhängig davon, ob man gerade schlief, aß oder die Morgentoilette erledigte. »Das DHS wurde wie Kriegsdienst verstanden. Der potentielle Luftgegner durfte in keiner Sekunde aus dem Auge gelassen werden. [...] Es wurde ein Bild vom Luftgegner gezeichnet, das hinsichtlich seiner zeitlichen Möglichkeiten stark übertrieben war. Während wir in unseren Feuerstellungen und Gefechtsständen hockten, waren die NATO-Fliegerkräfte bis auf die wenigen, die zur Alarmrotte gehörten, bei ihren Familien.«²⁶

Die Flugabwehrraketentruppe der Luftwaffe der Bundeswehr steckte Anfang der 1980er-Jahre in einer ähnlichen Problemlage wie die Fla-Raketentruppen der DDR. Die Haushaltslage zwang die Bundesregierung zu Einsparungen im Verteidigungsbereich. Hinzu kam, dass – anders als in der DDR – die öffentliche Meinung und die Friedensbewegung einen enormen Einfluss auf die aktuelle Politik in der Bundesrepublik hatten. Dringend benötigte moderne Waffensysteme konnten nur mit großen zeitlichen Verzögerungen eingeführt werden.²⁷ Auch die Flugabwehrraketentruppen standen in einem System der militärischen Überwachung des Luftraumes. Dies war organisatorisch anders aufgestellt als das DHS des Warschauer Vertrages, da sich die Soldaten in einem wöchentlichen Schichtdienst mit regelmäßig folgenden freien Zeiten befanden. Aber auch hier entstanden extreme Arbeitsbelastungen mit bis zu

²⁴ Kraus, Luftverteidigung, S. 25–27. – Dieter Reichelt: Teil 2 – Chronik der 43. FRBr, in: Kirchhainer, Fla-Raketenbrigade, S. 70–75.

²⁵ Erinnerungsbericht Zeitzeuge O 1, im Besitz des Verfassers.

²⁶ Bernd Biedermann, Siegfried Horst: Die Fla-Raketentruppen der Luftverteidigung der DDR. Geschichte und Geschichten, Friedland 2010, S. 76.

²⁷ Wilhelm von Spreckelsen, Joachim Vesper: Blazing Skies. Die Geschichte der Flugabwehrraketentruppe der Luftwaffe, Oldenburg 2004, S. 185 f. (künftig zitiert: Spreckelsen, Vesper, Blazing Skies).

72 Wochenstunden, die Ende 1982 durch eine vierte Kampfbesatzung auf immerhin 56 reduziert werden konnten.²⁸

Während es in der Woche häufig Aufklärungsflüge der NATO-Luftwaffe entlang der DDR-Staatsgrenze gab, ließ die Flugtätigkeit ab Freitagvormittag nach. Die westeuropäischen Soldaten fuhren am Wochenende nach Hause, die ostdeutschen übten den Ernstfall. Das Hauptziel der Fla-Raketenabteilungsgruppe in Pragendorf, der strategische Aufklärer SR-71 »Blackbird«, flog allerdings auch regelmäßig am Sonnabend. Die Nichterfüllung des Diensthabendens Systems, wie etwa die Überschreitung der Alarmierungszeiten, hatte disziplinarische Folgen. Vereinzelt versuchten Diensthabende Offiziere vor allem nachts, den Soldaten Verstöße gegen die Regeln nachzuweisen.²⁹ Aber auch außerhalb des DHS musste die ständige Gefechtsbereitschaft von 85 Prozent des Personalbestands gewährleistet sein. Urlaub und Ausgang gab es selten. Wenngleich die militärischen Festlegungen von Kurzurlaub und Erholungsurlaub für die Grundwehrdienstleistenden eingehalten wurden, kam es in der Anfangsphase vor, dass Soldaten mehrere Monate nicht nach Hause kamen. Vor allem für die jungen Männer aus dem Süden der DDR lohnte sich ein Kurzurlaub von Sonnabendmittag bis Montag Dienstbeginn nicht. Die Folge waren Unmutsäußerungen, Probleme in den Familien bis hin zu Trennungen, eine permanente Missachtung des geographisch festgelegten Ausgangsbereichs (bis Tessin) bei Gewährung von Ausgang nach dem täglichen Dienstschluss durch die Unteroffiziere und ein exorbitanter Alkoholkonsum der Soldaten in der Kaserne. Da es ein striktes Alkoholverbot in den Dienststellen gab, dessen Zuwiderhandlung in Pragendorf auch in einem Fall mit Militärgefängnis Schwedt bestraft wurde, lohnte es sich nicht, nur einige Flaschen Bier in die Dienststelle zu schmuggeln.³⁰

Ein täglicher Dienstplan regelte den militärischen Tagesablauf bis in den Freizeitbereich. Neben der allgemeinmilitärischen Ausbildung und der Politschulung nahm vor allem die regelmäßige technische Schulung der Soldaten und Unteroffiziere breiten Raum ein. Voller Stolz wurde immer wieder auf den größten Erfolg sowjetischer Fla-Raketen hingewiesen, den Abschuss eines amerikanischen Spionageflugzeugs über Swerdlowsk am 1. Mai 1960. Eine S-75 Rakete hatte die U-2 in einer Höhe von 20.000 Metern getroffen. Die Bekämpfung von Luftfahrzeugen in speziellen Flugzonen, wie die vorrangig benannten fliegenden Gefechtsstände Boeing E-3A/AWACS oder strategische Bomber, gehörte zu den Hauptaufgaben des Fla-Raketensystems S-200 »Wega« und wurde ständig geübt. Eine weitere Herausforderung stellte der sehr hoch und schnell fliegende strategische Aufklärer SR-71 »Blackbird« dar, dessen Tarnanstrich und elektronische Systeme die Radarverfol-

²⁸ Ebd., S. 199.

²⁹ Erinnerungsbericht Zeitzeuge UaZ 1, im Besitz des Verfassers.

³⁰ BArch, BStU, MfS, HA I 19567, Bl. 96.

gung unter Umständen erschwerten. Das Flugzeug startete in Mildenhall (Großbritannien) und flog im Wesentlichen zwei Aufklärungsrouten, entweder die Ostseeküste entlang bis zum heutigen Sankt Petersburg oder die innerdeutsche Grenze bis etwa zum Raum München.³¹

Genossen bespitzeln Genossen

Über allem wachten vor Ort die Hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS mit dem gesamten Repertoire geheimdienstlicher Möglichkeiten. Aus Sicht der Staatssicherheit begannen bereits die Planungen für die Dienststelle in Prangendorf mit einem handfesten Affront! Im Kommando LSK/LV waren personelle Entscheidungen getroffen worden, »ohne Konsultation mit unserer Dienst Einheit.«³² Allerdings gab es auch hier keine »Stunde Null«, da sich unter den Berufssoldaten der ersten Besatzung genug IM befanden und das Spitzelsystem durch Versetzungen schnell aufgebaut werden konnte. Alle Personalentscheidungen mussten immer von der Staatssicherheit bestätigt werden. Das offizielle Verhältnis zwischen NVA-Angehörigen und Mitarbeitern des MfS war nicht immer spannungsfrei, letztlich ging es auch darum, welchen Einfluss die Stasi auf militärische Belange nehmen konnte. Despektierliche oder abwertende Bewertungen und Einstellungen über die Arbeit des Geheimdienstes durch Soldaten registrierten die Tschekisten und reagierten mit einer intensiven Bespitzelung. Letztlich saß das MfS mit dem System der geheimen Abschöpfung von Quellen am längeren Hebel.

Die schriftlichen Überlieferungen des MfS über die Dienststelle Prangendorf sind unvollständig. Sie geben Auskunft über den Zeitraum vom Beginn der 1980er-Jahre bis November 1989. Wahrscheinlich wurde ein Teil des aktuellen operativen Materials während der friedlichen Revolution vernichtet. Wenngleich der Aufbau und die Entwicklung der IM-Struktur unter den Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten gut dokumentiert und rekonstruierbar ist, sind für den Bereich der grundwehrendienstleistenden Soldaten und Unteroffiziere durch die regelmäßige Fluktuation nur begrenzte Aussagen möglich. Es gab aber in jeder Abteilung auch Unteroffiziere auf Zeit, Gefreite und Soldaten, die für das MfS arbeiteten. Für die geheimdienstliche Arbeit in Prangendorf waren zwei MfS-Offiziere verantwortlich, die allerdings zeitweise auch noch weitere Aufgaben in der 43. Fla-Raketenbrigade zu erfüllen hatten. Der stete Ausbau der Überwachung führte in der zur Hauptabteilung I der Verwal-

³¹ Kraus, Luftverteidigung, S. 122–125.

³² BArch, BStU, MfS HA I, Nr. 19754, Bl. 215.

tung 2000 gehörigen MfS-Unterabteilung der 3. Luftverteidigungsdivision zu personellen Engpässen.³³

Am 1. Dezember 1985 waren 70 Offiziere, vier Fähnriche und 23 Berufsunteroffiziere in Prangendorf stationiert, bespitzelt von wenigstens 21 IM (darunter drei Zivilbeschäftigte). Zudem wurde die zur Dienststelle gehörende Wohnsiedlung durch eine weibliche FIM-Gruppe unter »Martina Walter«, die als Zivilangestellte auch innerhalb der Dienststelle zu den leistungsstärksten Spitzeln zählte, erweitert.³⁴ Vier Jahre später, am 1. Dezember 1989, war die Anzahl der Berufssoldaten bei einem stagnierenden Anteil der Offiziere auf 114 erhöht. Mit den Unteroffizieren auf Zeit und den Soldaten im Grundwehrdienst kam die FRAG 431 auf eine Gesamtstärke von 370 Mann, zuzüglich über 30 Zivilangestellte.³⁵ Die Anzahl der Inoffiziellen Mitarbeiter, die Aufträge im Zusammenhang mit der Dienststelle Prangendorf erfüllten, dürfte bei circa 50 gelegen haben. Im Juli 1988 führte ein MfS-Mitarbeiter »über 30 IM/GMS, mit denen er im Monatsdurchschnitt 25 persönliche Treffs realisierte.«³⁶ Dazu zählen auch die Inoffiziellen Mitarbeiter, die in den umliegenden Dörfern Personen, die den militärischen Objekten zu nahe kamen, meldeten. In Prangendorf wurde im Juni 1985 ein IM (Jahrgang 1928) reaktiviert, da keine geeigneten Kandidaten zur Verfügung standen. Er hatte bereits seit 1961 für das MfS gearbeitet, war zwischenzeitlich jedoch abgeschaltet worden.³⁷ Dem IM »Keiler« gelang es im Juni 1986, die verdächtige Frau »Spinne« zu einer Äußerung zu bewegen, warum sie sich mehrere Male in der Nähe militärischer Objekte aufgehalten hatte. »In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß »Spinne« tatsächlich über fundierte Kenntnisse über die Flora und Fauna der Umgebung von Sanitz verfügt und sich intensiv mit Problemen des Umweltschutzes befaßt.«³⁸

Eine besondere Bedeutung erhielt – auch vor dem Hintergrund fehlender Hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter – der Auf- und Ausbau von FIM-Systemen innerhalb der Dienststelle bis Mai 1989. Der damalige Oberleutnant »Siegfried Schmidt«³⁹ beispielsweise, der sich am 22. März 1985 als IM verpflichtet hatte, stieg schnell zum Führungs-IM auf. Für ihn wurde noch Ende September 1989 ein Qualifizierungsplan mit einer Laufzeit bis zum 30. November 1990 ausgearbeitet und vom Leiter der MfS Abt. LSK-LV bestätigt. »Es ist vorgesehen, dem FIM Quellen aus der FRAG-4311 sowie den Fachdiensten und Lagern des RD-Bereiches zu übergeben. [...] Die

³³ Roland Wiedmann: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989. Unter Mitarbeit und hrsg. von Martin Erdmann, 3., durchges. und erg. Auflage, Berlin 218, S. 217. – BArch, BStU, HA KuSch DOS 11000/92, Bl. 22.

³⁴ FIM – Führungs-IM, der eine Gruppe von inoffiziellen Mitarbeitern leitet.

³⁵ Kraus, Luftverteidigung, S. 212.

³⁶ BArch, BStU, MfS, HA KuSch DOS 11000/92, Bl. 23.

³⁷ BArch, BStU, MfS, AIM 18178/91.

³⁸ BArch, BStU, MfS, HA I 2277, Bl. 50.

³⁹ Auf die Nennung der Klarnamen wird verzichtet.

pol.-op. Arbeit des FIM sowie seiner ihm übergebenen Quellen ist mit dem Ziel durchzuführen, die AA [Armeeangehörigen, d. V.] des Personalbestandes der Fä./BU/UaZ [Fähnriche/Berufsunteroffiziere/Unteroffiziere auf Zeit, d. V.] im Dienst- und Freizeitbereich abzusichern, zielgerichtet alle Anzeichen negativer und feindlicher Handlungen aufzudecken und entsprechend den gegebenen Möglichkeiten zu beseitigen.«⁴⁰

Alle Berufssoldaten und zum Teil auch deren Ehefrauen waren SED-Mitglieder. Trotzdem blieben sie im geheimdienstlichen Denken des MfS unabhängig vom Dienstgrad und der Dienststellung potentielle Gegner, die ständig überwacht werden mussten. In den militärisch abgeriegelten Dienstbereichen, aber auch den dazugehörigen Wohnblöcken sorgten die NVA-Sicherheitsbestimmungen und Gepflogenheiten sowie das hierarchische Sozialgefüge für ideale Voraussetzungen der Arbeit des MfS. Vor dem Hintergrund der ständigen Gefechtsbereitschaft bestand in der NVA für Berufssoldaten ein strenges System der An- und Abmeldung. Selbst für eine kurze Einkaufsfahrt nach Tessin oder Sanitz musste man sich beim OvD, dem Offizier vom Dienst, in einem Standortausgangsbuch aus- und eintragen. Dass einige Offiziere diese Regelung im Laufe der Zeit nicht mehr so ernst nahmen, wurde von der Staatssicherheit registriert. Der Empfang westlicher Radio- und Fernsehprogramme war untersagt und technisch unterbunden. In der Kaserne hatte man in den Mannschaftsstuben über der Eingangstür Radioempfänger mit festen Sendertasten angebracht, die zentral mit DDR-Programmen versorgt wurden. Die Wohnblöcke besaßen eine Antennenanlage, mit der ausschließlich die beiden Programme des DDR-Fernsehen empfangen werden konnten. Vereinzelt bauten Offiziere, die in westlicher Richtung wohnten, auf ihren Balkonen die abenteuerlichsten Empfangsanlagen, die von außen natürlich nicht sichtbar sein durften, um möglichst ungestört Rundfunk- und Fernsehsendungen aus der Bundesrepublik hören zu können.⁴¹ Auch davon wusste die Stasi natürlich.

Die Werbung von IM aus dem Bestand der Berufssoldaten war weitestgehend unkompliziert und folgte der standardisierten Vorgehensweise. Im IM-Vorlauf wurden die Familie, das Umfeld sowie die politischen Einstellungen des Kandidaten überprüft und die Eignung als IM festgestellt. Es folgte dann der »Vorschlag zur Gewinnung«, in dem unter anderem die Notwendigkeit und vorgesehene Einsatzrichtung sowie ein detaillierter Plan für das Werbegespräch enthalten waren. Die Verpflichtung erfolgte immer unter einer Legende und wurde im Nachhinein protokolliert. Bei IM »Siegfried Schmidt« ist zu lesen: »Während des Werbungsgesprächs machte der Kandidat auf den MA [Mitarbeiter des MfS, d. V.] einen offenen, ehrlichen und aufgeschlossenen Eindruck. Es waren keine Anzeichen auf Unausgegli-

⁴⁰ BAArch, BStU, MfS, AGMS 19108/91, Beifügung, ohne BStU-Paginierung.

⁴¹ Erinnerungsbericht Zeitzeuge O 2, im Besitz des Verfassers.

chenheit, Nervosität oder Unsicherheit festzustellen. Das Werbungsgespräch wurde an der Station des Kandidaten durchgeführt. Der Kandidat war an diesem Tag gegen 16:00 Uhr objektiv zum Einschalten seiner Station verpflichtet. Da zu dieser Zeit die im Bereich arbeitenden anderen AA andere Aufgaben zu erfüllen hatten (wie vorgesehen), traten [...] keine Störungen auf. Der OM [Operative Mitarbeiter, d. V.] wurde beim Betreten und Verlassen [...] nicht durch andere AA gesehen.«⁴² Die Verpflichtungserklärung musste durch den IM eigenhändig verfasst, ein Deckname gewählt und unterschrieben werden. Für die schnelle Kontaktaufnahme im Notfall und den Abriss der Verbindung zum MfS wurde ein Losungssatz festgelegt, zum Beispiel: »Sie wollten doch von mir das Buch von Jules Vernes ›Reise in 80 Tagen um die Welt‹ haben, ich könnte das am (Treffdatum) gegen (Treffzeit) vorbeibringen.«⁴³

Die militärische Hierarchie in der NVA setzte dem Einsatz von IM aber auch Grenzen, so dass innerhalb der Führungsebenen und unterschiedlichen Dienstgradgruppen das Spitzelsystem ausgebaut werden musste. »Es ist mir nicht möglich, zu Mj. [geschwärzt] engeren Kontakt aufzunehmen, was sich darin begründet, daß er vom Dienstgrad her und auch von seinen Interessen und Neigungen keine Kontaktmöglichkeiten für mich bietet.«⁴⁴ Auffällig ist die im Vergleich zu anderen Dienstgradgruppen relativ hohe Anzahl von wenigstens sieben IM ab dem Dienstgrad Major, die zum Teil seit vielen Jahren für die Stasi arbeiteten. Hinzu kamen einige IM, mit denen die Zusammenarbeit ruhte, die aber jederzeit aktiviert werden konnten. Auch die Bildung von Freundschaftskreisen, die die Hierarchie der Dienstgrade durchbrachen, beispielsweise durch verbindende Hobbys und Freizeitinteressen, wurde vom MfS aufmerksam registriert. Diese Schranken konnten aber auch mit einem speziellen Auftrag des MfS aufgehoben werden. Noch im November 1989 wurde der IM »Michael Rau« gezielt gegen einen Unterstellten eingesetzt und dafür mit intimsten Informationen ausgestattet. »Sie erhalten vom Ministerium für Staatssicherheit den Auftrag, zur Aufklärung der Fam. [geschwärzt] in Bezug auf die vorliegenden Informationen, daß die Eheverhältnisse zerrüttet sind mit [geschwärzt] ein Gespräch zu führen. Dieses Gespräch führen Sie in Ihrem Dienstzimmer. Wenn möglich, dieses Gespräch so legen, daß [geschwärzt] im Anschluß die Dienststelle verlassen kann. Das Gespräch ist in einer vertraulichen, helfenden Art und Weise d. [geschwärzt] gegenüber zu führen. Zu folgenden Schwerpunkten sind Informationen zum fam. Bereich zu erarbeiten: [...] hat er sonst. Probleme z. B. Geldsorgen, da er hörte, daß ein Schreiben v. Tessin Sparkasse kam, Überziehung Konto?«⁴⁵

Das MfS hatte in der Dienststelle Prangendorf keinen Einfluss auf die Beförderung zu höheren Dienstgraden. Zudem bestand aus geheimdienstlicher Sicht auch

⁴² BArch, BStU, MfS, AGMS 19108/91, Band 1, Bl. 41.

⁴³ Ebd., Bl. 46.

⁴⁴ BArch, BStU, MfS, 489/86, Bl. 127.

⁴⁵ BArch, BStU, MfS, AIM 18080/91, Bfüg 1, Bl. 30 f.

kein Grund, einen IM, der in seinem Bereich sehr gute Spitzelarbeit leistete, abzuziehen. Das führte im Laufe der Zeit manchmal auch zu Unzufriedenheit, verbunden mit zunehmend nachlässiger Zusammenarbeit mit der Stasi. IM »Freddy« beispielsweise, der seit 1982 alle gestellten Aufgaben pünktlich erfüllte, wich seit Beginn des Jahres 1986 den verabredeten Treffs aus, weil er in seinem Bereich keine persönlichen Perspektiven mehr sah.⁴⁶ »Jörg Berg«, der zu Beginn seiner IM-Karriere durchaus auch über angebliche außereheliche intime Kontakte einer Offiziersgattin berichtete, fiel es im Laufe der Zeit immer schwerer, Personen zu belasten. Auch hier spielten unter anderem Karrieregrenzen eine Rolle.⁴⁷

Witze, Westgeld, Westprodukte

Die NVA-Berufssoldaten in Prangendorf waren ein Spiegelbild der DDR-Gesellschaft, die sich trotz jeder Geheimhaltung und der Abgeschlossenheit ihres Wohn- und Dienstortes den Verflechtungen in den zivilen und weitestgehend familiären Bereichen nicht entziehen konnten oder auch wollten. Wenngleich unterschiedliche, persönliche Motive für die langfristige berufliche Verpflichtung existierten, konnte die SED-Führung einen festen ideologischen Standpunkt im Sinne des DDR-Sozialismus voraussetzen. Die scheinbare Bereitschaft, in dem richtigen politischen System zu leben und dieses militärisch zu sichern, bildete dabei den kleinsten gemeinsamen Nenner, überlebte den Herbst 1989 allerdings nicht. Dabei spielte neben dem Versagen der DDR-Führung auch der Blick in das »Schaufenster« Bundesrepublik eine nicht unerhebliche Rolle. Die Staatssicherheit wusste um diese Gefahr. Politische Einschätzungen und Aussagen von Armeeangehörigen während des Dienstes oder im privaten Bereich wurden in den IM- wie allen Monatsberichten der Hauptamtlichen Mitarbeiter akribisch notiert, von der offiziellen Meinung abweichende Auffassungen hervorgehoben und weiter untersucht. Aber auch über scheinbar untypische Hobbys von Berufssoldaten, wie die Beschäftigung mit dem »Dritten Reich« und der Wehrmacht, machte sich die Stasi Gedanken und interpretierte es als eigenartige Berufsmotivation. Abweichende Handlungsmuster galten als Schwachstellen, die vom Gegner genutzt werden konnten.

Verheimlichte oder nichtangezeigte West-Kontakte mussten aufgeklärt werden und wurden unabhängig vom Dienstgrad mit Bestrafungen und beruflichen Konsequenzen bis hin zur Versetzung in eine andere Dienststelle geahndet. Der Besitz westlicher Konsumgüter, Zeitschriften, Schallplatten und Musikkassetten et cetera war auch unter den NVA-Soldaten sehr begehrt und wurde von der Staatssicherheit

⁴⁶ BArch, BStU, MfS, AGMS 13910/91, Bd. 1, Bl. 10.

⁴⁷ BArch, BStU, MfS, Film 34 lfd. Nr. 1386.

als ein Indiz für unerlaubte Beziehungen zu Personen im kapitalistischen Ausland gewertet. Mit dem Aufstieg der freien Gewerkschaft »Solidarność« und der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 galten zudem auch private Kontakte in das östliche Nachbarland als unerwünscht und fanden Eingang in die Spitzelberichte. Westdeutsche Druckerzeugnisse blieben innerhalb der Kaserne verboten, wurden bei Auffinden eingezogen und die »Täter« bestraft. Dagegen war der Besitz westlicher Produkte und D-Mark nicht unerlaubt. Vor allem mit dem privaten Westgeld, das in Forumschecks umgetauscht werden musste, um im Intershop einkaufen zu können, hoffte die DDR, ihre klamme Valutakasse zu füllen.

Die IM meldeten bei der Aufklärung der Familienverhältnisse der Soldaten jeglichen materiellen Hinweis auf Erzeugnisse aus dem Kapitalismus und besaßen auch sonst wenig Skrupel! Selbst in den 1980er-Jahren wurden politische Witze vom MfS sorgfältig notiert: »Am 28.2.85, also ca. 14 Tage vor dem Ableben des Gen. T. [Tschernenko, d. V.], hörte ich von Ltn. [geschwärzt] einen Witz, der sinngemäß zum Ausdruck brachte, daß das bedeutendste Treffen international in diesem Jahr das zwischen Andropow und Tschernenko sei. Woher [geschwärzt] diesen Witz hat, ist mir nicht bekannt.«⁴⁸ Informationen über mögliche weitentfernte Westverwandtschaft, der Besitz von D-Mark und westlichen Produkten sowie deren Weg in die Soldatenfamilie, Mitwisser und Zeugen wurden gemeldet und analysiert. »Ltn. [geschwärzt] hat bei einem Gespräch offiziell gesagt, daß er dieses Geld besitzt. Er ist aber noch nicht in den Intershop gegangen (weil er denkt, es ist für Offiziere verboten). Bei diesem Gespräch waren anwesend: [es folgen die Namen von acht Berufssoldaten, d. V.]. In einem Gespräch sagte [geschwärzt] zu mir, daß er von seinem Vater in nächster Zukunft eine Bohrmaschine der Firma Black & Decker bekommt.«⁴⁹

Die Stasiinformanten waren nicht nur bereit, die eigenen Unterstellten zu bespitzeln, sondern auch selbst persönlichste Details über Offizierskollegen weiterzuleiten. »Gegenwärtig hält sich bei Fam. [geschwärzt] die Großmutter der Frau [geschwärzt] auf. Ich habe sie mit dem Gen. [geschwärzt] vom Bahnhof in Rostock abgeholt. Sie ist [geschwärzt] Jahre alt, kam aus [geschwärzt] und machte auf mich noch einen recht vitalen Eindruck. [...] In einem ersten Gespräch beim Abholen vom Bahnhof konnte ich keine Hinweise auf mitgebrachte Geschenke aus dem NSA [Nichtsozialistische Ausland, d. V.] feststellen. Dieses ist mir aber nach der Abreise der Großmutter möglich.«⁵⁰ Der IM »Dirk Schmidt« entwickelte gegen die befreundete Offiziersfamilie eine Initiative, die ganz im Sinne des MfS war: »In der nächsten Woche verbringen unsere beiden Familien gemeinsam Urlaub auf einem Grundstück bei [...]. In dieser Zeit ist es mir möglich weitere Momente zu den Familien-

⁴⁸ BArch, BStU, MfS, AIM 489/86, Teil II/1, Bl. 112.

⁴⁹ Ebd., Bl. 117.

⁵⁰ Ebd., Bl. 128.

verhältnissen und möglichen K/V [Kontakten/Verbindungen, d. V.] in das NSA zu erarbeiten.«⁵¹

Zum Ausspionieren privater Verhältnisse von Berufssoldaten nutzte das MfS neben den Spitzelberichten auch in Prangendorf weitere technische Möglichkeiten. Die Kasernengebäude und Wohnblöcke waren Anfang der 1980er-Jahre gebaut und verfügten daher über einen für DDR- und NVA-Verhältnisse relativ modernen Standard, der geradezu ideale Voraussetzungen für geheimdienstliche Personenüberwachungen bot. Ohne große Probleme konnten jegliche technischen Aktionen gegen verdächtige Personen vom MfS durchgeführt werden. Jede Wohnung besaß einen vorbereiteten Telefonanschluss. In dienstlichen oder familiären Sondersituationen (zum Beispiel Schwangerschaft) bekamen auch niedrigere Dienstgrade zeitweise Telefonapparate zur Verfügung gestellt. Die Gespräche mussten über die Vermittlung in der Dienststelle geführt werden, wodurch das Mithören noch einfacher war. Auch in Prangendorf wurden private Wohnräume der Berufssoldaten durch die sogenannte akustische Raumkontrolle (Maßnahme 26 B) abgehört. Die wesentlichen Verdachtsmomente dafür lieferten die IM. Die organisatorische Vorbereitung war bei Berufssoldaten relativ einfach, da das MfS selbst auf die Dienstpläne Einfluss nehmen konnte. Komplizierter gestaltete sich der Einbau der Abhörtechnik, der natürlich von den Mitbewohnern unbemerkt erfolgen sollte, das heißt das unmittelbare Wohnumfeld musste in dieser Zeit kontrolliert abwesend gehalten werden. In einem Fall wurde ab dem 10. September 1986 die Wohnung eines NVA-Offiziers über Wochen abgehört. Auch hier war unter anderem der Besitz westlicher Kosmetikerzeugnisse, über den »Martina Walter« informierte, der Auslöser. Wenigstens fünf weitere IM trugen über Jahre private Informationen über ihre Kollegen zusammen.⁵²

Apropos »Martina Walter«: Die Zivilangestellte hatte sich am 11. Mai 1984 als IM verpflichtet. In ihrer Hochzeit im Jahr 1986 schrieb sie mehrere Berichte in einer Woche und vom 22. bis 25. April gab sie ihre Beobachtungen täglich an die Staatssicherheit weiter. »Im Zeitraum ab 15.07.1987 bis 28.09.1988 (14 Monate) wurden mit dem IM 30 Treffs durchgeführt, bei denen insgesamt 57 Berichte erarbeitet wurden.«⁵³ Wie groß muss die Freude gewesen sein, als sie am 22. September 1987 in der konspirativen Wohnung »Fritz Schulz«, gelegen in einem Neubaugebiet in Tessin, auf ihren Ehemann IM »Michael Arnold«, Offizier in Prangendorf, traf. Die Staatssicherheit hatte die Dekonspiration der Eheleute voreinander beschlossen.⁵⁴

⁵¹ Ebd., Bl. 136.

⁵² BArch, BStU, MfS, HA I 19754. Rst, AIM 19192/91, MfS HA I 19567.

⁵³ BArch, BStU, MfS, HA I 19657, Bl. 212.

⁵⁴ BArch, BStU, MfS, AIM 18264/91.

Das Ende und neue Chancen

Die berufliche Situation, geprägt durch die ständige Gefechtsbereitschaft, und die damit verbundene relative wohnräumliche Abgeschlossenheit ließen einen sozialen Sonderbereich entstehen. Vor Ort gab es eine Verkaufsstelle der Militärischen Handelsorganisation (MHO), die ausschließlich von Berufssoldaten, Zivilbeschäftigten und deren Angehörigen sowie zu gesonderten Zeiten von den einfachen Soldaten genutzt werden konnte. Natürlich waren auch hier im Laufe der 1980er-Jahre zunehmende Versorgungsengpässe mit Lebens- und Konsumgütern spürbar. In den Diskussionen im regelmäßigen Politunterricht standen die Erfahrungen der Soldaten aus dem Grundwehrdienst, die aus den sozialistischen Betrieben der DDR kamen, zunehmend ohnmächtig gegenüber. Aber auch unter den Berufssoldaten regte sich teilweise Unmut, verstärkt durch das hilflose Argumentieren der NVA-Führung. Am 25. September 1989 besuchte der Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Kessler, ein letztes Mal Prangendorf. Im Anschluss an eine Auszeichnungsveranstaltung durfte ein ausgewählter Kreis jüngerer Soldaten mit dem Minister diskutieren. Kessler begann die Runde mit einem längeren Monolog über den Namensgeber der 43. FRBr Erich Weinert. »Nach dieser langen Rede war erst einmal Stille. [...] Als ranghöchster Offizier – damals im Dienstgrad Oberleutnant – konnte ich das so nicht stehen lassen, ›Genosse Minister, gerade in der jetzigen Zeit verlassen viele und vor allem jungen Menschen unsere Republik. Was haben wir vielleicht verkehrt gemacht? Was können und müssen wir ändern?‹ Der Minister bedankte sich [...] es folgte ein nicht ganz so langer, aber ebenso gleichlautender Monolog über Erich Weinert.«⁵⁵

Offizielle Diskussionen in der Dienststelle Prangendorf über die politische Situation in der DDR ab Sommer 1989 gab es nicht, allerdings im privaten Bereich fanden sie statt. Die Offiziere fühlten sich zunehmend alleine gelassen. Anfang November 1989 drohte die Situation in Prangendorf zu eskalieren. Auf Befehl des Kommandeurs der 43. FRBr wurden ausschließlich aus Berufssoldaten bestehende Gruppen gebildet, die im Ernstfall bewaffnet und aufmunitioniert die Sicherheitskräfte in Rostock bei der Niederschlagung von Demonstrationen unterstützen sollten. In einem Probealarm übten die Gruppen einen Tag später an einem Sonabend den Waffenempfang und das Besteigen der Lkw. Der Einsatz gegen die eigene Bevölkerung war auch unter den Berufssoldaten umstritten. Bereits Ende Oktober hatte es erste Austritte aus der SED gegeben, die sich nach dem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 verstärkten.⁵⁶

⁵⁵ Jürgens, Streiflichter, S. 284.

⁵⁶ Erinnerungsbericht Zeitzeuge O 1, im Besitz des Verfassers.

Spätestens mit dem Beschluss der Volkskammer, am 23. August 1990 der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes beizutreten, war klar, dass die NVA nicht weiter existieren würde. Das hatte enorme Auswirkung auf die Berufssoldaten in der DDR mit unterschiedlichen menschlichen Reaktionen als Folge. Die meisten Offiziere sahen auch aus ideologischen Gründen keine militärische Perspektive in der Armee des ehemaligen Klassenfeindes, quittierten den Dienst, gingen in Rente oder begannen Karrieren in der Wirtschaft. Der weitaus kleinere Teil bewarb sich für eine Übernahme in die Bundeswehr, hier dürften vor allem neben soldatischen Einstellungen auch Motive der sozialen Absicherung eine Rolle gespielt haben. Darunter befanden sich auch einige ehemalige IM, deren Tätigkeit für das MfS in einigen Fällen erst nach Jahren nachgewiesen werden konnte. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag wurde die Reduzierung der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten festgelegt. Hierzu zählten Ende 1998 noch etwa 9.300 ehemalige NVA-Angehörige.⁵⁷ Weibliche Soldaten wurden, außer im Sanitätsbereich, grundsätzlich nicht in die Bundeswehr übernommen. Die zur dritten Luftverteidigungsdivision in Neubrandenburg gehörenden Fla-Raketenregimenter 13 in Parchim und 23 in Stallberg wurden aufgelöst. Die Bundeswehr übernahm die Dienststellen Sanitz und Prangendorf, die ursprünglich zur 43. Fla-Raketenbrigade gehörten, und stationierte hier ein Flugabwehrraketengeschwader HAWK. Der Fla-Raketenkomplex S-200 »Wega« wurde für eine Übergangszeit bis 1992 weiter betrieben.⁵⁸

Damit boten sich – anders als in den meisten NVA-Dienststellen – für einen größeren Teil der Belegschaft in Prangendorf durchaus attraktive Möglichkeiten. Von 114 NVA-Berufssoldaten, die am 1. Dezember 1989 in Prangendorf dienten, wurden in der ersten Phase wenigstens 32 nach persönlicher Beantragung in die Bundeswehr übernommen.⁵⁹ Darunter befanden sich auch hochbelastete IM, wie »Klaus Sommer«, »Siegfried Schmidt« und »Michael Rau«, deren ideologische Vorbehalte für den Dienst in der Armee des »Klassenfeindes« ganz offensichtlich verschwunden waren und die nach dem Nachweis ihrer Tätigkeit für das MfS die Bundeswehr verlassen mussten. Die persönliche Entscheidung für den Wechsel der Uniform hat sich kein ehemaliger NVA-Berufssoldat leicht gemacht. Sie war nicht nur begleitet von kontroversen Diskussionen, inneren Zweifeln und Zerrissenheit, sondern auch militärischen Motivationen und der Hoffnung auf soziale Absicherung. Der Weg bis zum Soldaten in der Bundeswehr begann bei den meisten mit einer teils erheblichen Herabsetzung in den Dienstgraden. Dieser Prozess bot aber auch die einmalige Chance, bei der Gestaltung der gewonnenen persönlichen Freiheit eine Armee von innen zu erleben, die völlig anders funktionierte und aufgebaut war als die NVA, zu-

⁵⁷ Siehe URL: <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/politik-gesellschaft/nva/bundeswehr-interview-oberstleutnant-schlaffer-100.html>, (4. Juli 2023).

⁵⁸ Spreckelsen, Vesper, Blazing Skies, S. 278.

⁵⁹ Erinnerungsbericht Zeitzeuge O 1, im Besitz des Verfassers.

dem verbunden mit einer Vielzahl beruflicher Weiterbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten. Anfängliche Vorbehalte⁶⁰ auf beiden Seiten verschwanden schneller und nachhaltiger als in der Zivilgesellschaft. Soldatische Grundhaltungen und der vorgegebene Rahmen durch die Bundeswehr begünstigten diese Entwicklung.

Der größere Teil der in Prangendorf stationierten NVA-Berufssoldaten beendete bis zum 31. Dezember 1990 die militärische Laufbahn und erhielt eine Abfindung von 7.000 DM. Auch diese Entscheidung wurde aus vielschichtigen persönlichen Motiven getroffen. Zwei Besonderheiten charakterisierten den weiteren beruflichen Werdegang: Diese Gruppe stand frühzeitig vor allem dem westdeutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung, in dem Fach- und Führungskräfte Anfang der 1990er-Jahre zum einen noch gesucht wurden und der zum anderen ehemalige NVA-Offiziere aus unterschiedlichen Gründen bereitwillig integrierte. Auch im zivilen Sektor nutzen viele die gewonnene Freiheit und beruflichen Chancen bis zu Geschäftsführern und Juristen.

Der Lebensweg beider Gruppierungen der ehemaligen FRAG 431 wurde nach 1990 maßgeblich durch die positiven und negativen Verflechtungen aus den militärischen, geheimdienstlichen und zivilen Bereichen der untergegangenen DDR geprägt, die fast ausschließlich auf den Westen ausgerichtet waren. Ob durch ideologische Indoktrinierung und/oder die Konsumierung westlicher Medien und Produkte entstand eine permanente Reibungsfläche mit der »kapitalistischen« Welt, die in jedem Fall ein einseitiges Bild erzeugte. Mit diesen Vorprägungen trafen die ehemaligen NVA-Berufssoldaten ab 1990 auf die real existierende parlamentarische Demokratie und konnten ihre in der DDR erzeugten Einstellungen überprüfen und vielfach revidieren. Dabei entstanden auch eine ganze Reihe neuer Erfolgsgeschichten.

⁶⁰ Erinnerungsbericht Zeitzeuge O 2, im Besitz des Verfassers.

Helmut Müller-Enbergs

Spionage aus dem Norden der DDR

Die Hauptverwaltung A in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin

Die Spionage der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erfolgte nicht allein von ihrer Zentrale, dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Berlin aus, sondern ebenso von jeder ihrer Bezirksverwaltungen (BV). So auch aus den damaligen Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, dem heutigen Mecklenburg-Vorpommern.¹

Für die nachrichtendienstliche Arbeit verfügte die DDR über mehrere Institutionen: Innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit war vor allem deren Hauptverwaltung A (HV A) mit ihren zuletzt rund 4.600 hauptamtlichen Mitarbeitern damit betraut, operativ Informationen aus der Bundesrepublik Deutschland zu beschaffen.² Darüber hinaus gab es andere Struktureinheiten innerhalb des Ministeriums, die gleichfalls darum bemüht waren, wesentlich unter dem Gesichtspunkt der vornehmlich in den Händen der Hauptabteilung II des MfS liegenden Spionageabwehr, operativ Informationen zu besorgen.³ Zu diesem Zweck arbeiteten sie auch mit Quellen innerhalb der Nachrichtendienste der Bundesrepublik, was deutlich macht, dass hier von Spionageverflechtungen auszugehen ist. Schließlich ist noch der militärische Nachrichtendienst der DDR anzuführen, der sich vor allem auf militärische Aspekte konzentrierte.⁴ Für jede dieser Organisationen lassen sich Belege finden, dass vom Territorium Mecklenburg-Vorpommerns aus nachrichtendienst-

¹ Elise Catrain (Hrsg.): Stasi in Mecklenburg-Vorpommern. Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, Berlin 2023.

² Zuletzt zur Thematik erschienen: Helmut Müller-Enbergs: Die HV A und ihre Militärspionage. Analysen und Fallstudien, Berlin 2024. – Henry Nitschke: An der unsichtbaren Front. Inoffizielle Mitarbeiter der MfS-Aufklärung, Berlin 2021.

³ Hanna Labrenz-Weiß: Hauptabteilung II. Spionageabwehr, Berlin 2001. – Hubertus Knabe (Hrsg.): West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von »Aufklärung« und »Abwehr«, Berlin 1999. – Henry Nitschke: Mittel und Methoden gegen Angriffe westlicher Geheimdienste, Berlin 2018.

⁴ Zuletzt zur Thematik erschienen: Horst Schumann: Der Militärgheimdienst der DDR, Hamburg 2020. – Peter Blümer (Hrsg.): Die Militäraufklärung der NVA. Die Funk- und funktechnische Aufklärung (FuAR-2/ZFD) – ehemalige Aufklärer berichten, Berlin 2013. – Ferner Bodo Wegmann: Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2005.

lich gearbeitet wurde. Beispiele dieser Tätigkeiten könnten zufällig wirken, da die Quellenlage schwierig ist: Unterlagen zur nachrichtendienstlichen Arbeit gen Westen wurden zum großen Teil im Zuge der Herbstrevolution innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit, des Inneren beziehungsweise für Nationale Verteidigung vernichtet. Um dennoch zu einem realitätsnahen Bild der operativen Vorgänge zu gelangen, wird hier statt einer Einzelfallbeschreibung ein systematischer Ansatz gewählt und die nachrichtendienstliche Arbeit der Abteilungen XV der HV A zum Zeitpunkt 1988/89 in den Struktureinheiten innerhalb der Bezirksverwaltungen des MfS analysiert.

Überlieferungen der Bezirksverwaltungen des MfS

Innerhalb jeder Bezirksverwaltung des MfS gab es eine Abteilung XV, die fachlich von der HV A angeleitet, dienstrechtlich von der jeweiligen Bezirksverwaltung verantwortet wurde. Für die Anleitung einer jeden Abteilung XV gab es eine Patenabteilung bei der HV A in Berlin. Jeder einzelnen Abteilung XV waren überdies in der Bundesrepublik und andernorts bestimmte Regionen, Institutionen und Organisationen zugewiesen. Mithin spionierten diese Abteilungen selbst, nur sind deren Akten weithin vernichtet worden. Es kann daher eine Rekonstruktion der Spionage aus dem Norden der DDR nur aus den raren, überlieferten Handlungsresten erfolgen.

Die archivarisches Erschließung innerhalb des Stasi-Archivs für die Abteilungen XV im Norden ist abgeschlossen. Für die Abteilung der BV Neubrandenburg sind für die Jahre von 1951 bis 1989 sechs laufende Meter Akten überliefert, die wesentlich Auskunft über Zielobjekte geben wie die Bearbeitungskonzeptionen zur Technischen Universität in West-Berlin, der Technischen Fachhochschule Berlin und der Polizeischule »Joachim Lipschitz« in West-Berlin.⁵ Für das Pendant in Rostock sind lediglich drei Zentimeter Unterlagen überliefert, wesentlich interne Schulungsmaterialien der Jahre 1985/86, und für die in Schwerin für die Jahre von 1972 bis 1987 zwei personenbezogene Unterlagen in einem Umfang von acht Zentimetern. Hinzu kommen noch Einzeldaten, die sich in einer überlieferten, nun digitalisierten Kartei befinden, die allgemein als »Rosenholz«⁶ bezeichnet wird, sowie ferner eine Datenbank namens »System zur Informationsrecherche der HV A« (SIRA), in der Informationseingänge der Jahre von 1969 bis 1989 gespeichert sind. Sie gibt Auskunft darüber, welche Quelle welche operativen Informationen geliefert hat.⁷

⁵ Heike Thieme: Aktenverzeichnis zur Abteilung XV (Aufklärung) in der Bezirksverwaltung Neubrandenburg des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Neubrandenburg 2011.

⁶ Helmut Müller-Enbergs: »Rosenholz«. Eine Quellenkritik, Berlin 2007.

⁷ Stephan Konopatzky: SIRA – System der Informationsrecherche der Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Berlin 2019.

Das ist für eine Erzählung über die nachrichtendienstliche Arbeit der nördlichen Bezirke eine schmale Basis. Angesichts dieser Konstellation werden im Weiteren die jeweiligen operativen Ziele der drei nördlichen Abteilungen XV einzeln skizziert und in diesem Kontext die Leitungs- und Referatsstrukturen benannt, soweit sie noch zu ermitteln sind, und schließlich die bislang ermittelten Erkenntnisse zum Quellennetz exemplarisch ausgeführt.

Neubrandenburg

Die nachrichtendienstliche Arbeit der HV A erfolgte planmäßig und systematisch. Die Bundesrepublik als vornehmliches operatives Territorium war hinsichtlich ihrer Bundesländer, Universitäten und Institutionen, Parteien und Organisationen wie ein Kuchen aufgeteilt.

In den 1950er-Jahren wurde der BV Neubrandenburg XV Schleswig-Holstein als operatives Territorium zugewiesen, seit den 1970er-Jahren war es West-Berlin. Zu den Zielen zählten die Technische Universität Berlin,⁸ die Technische Fachhochschule und die Polizeischule »Joachim Lipschitz« in Berlin-Spandau, aber auch in Bremerhaven die »Carl Schurz«-Kaserne der US-Army. Sie kooperierte mit der HV A I (Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt) gegen die Treuhandstelle für innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen, mit der HV A VI (Regimeaufklärung) gegen das Standesamt I in West-Berlin, mit der HV A IX (Nachrichtendienste) gegen die Dienststelle für Bundesnotaufnahmeverfahren, Einrichtungen des Landesamtes für Verfassungsschutz, der alliierten Geheimdienste, die Abhörstation der National Security Agency (Objekt »Teufelsberg«) in Berlin-Grunewald und gegen die Arbeitsgruppe der Gesellschaft für Menschenrechte e. V. Die operative Bearbeitung politischer und militärischer Dienststellen geschah in Verbindung mit der HV A XI (USA). Das Ausforschen der Zielobjekte »Massenmedien«, Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS), Sender Freies Berlin (SFB) und Axel-Springer-Verlag wurde mit der HV A X (»Aktive Maßnahmen«), die der Deutschen Industrie- und Anlagen-GmbH mit der HV A XV (zum Sektor Wissenschaft und Technik zugehörig) koordiniert. In Kooperation mit der BV Berlin XV war sie für die Bearbeitung von

⁸ Bundesarchiv (BArch), Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Juristische Hochschule (JHS), 058 A 12/82, Wilfried Schweinitzer: Ziele, Aufgaben und Möglichkeiten der Abteilung XV, BV Neubrandenburg, zur Bearbeitung der zugewiesenen Objekte aus dem Operationsgebiet Westberlin, Diplomarbeit, 1982. – Hierzu ferner BArch, MfS, Bezirksverwaltung (BV) Neubrandenburg, Aufk Nr. 78, Hans-Joachim Drews: Die operative Nutzung der TU Berlin als Basisobjekt für das Eindringen und die Aufklärung der Rüstungs- und Hochtechnologieforschung des imperialistischen Wirtschaftssektors, Diplomarbeit, 1987.

Freier Universität Berlin und CDU-Landesvorstand bestellt. Die BV Neubrandenburg XV war für insgesamt zwei Objekte im »Operationsgebiet« zuständig.

Die operative Anleitung der BV Neubrandenburg XV, deren Tätigkeit von Juni 1961⁹ bis Februar 1967 eingestellt war, erfolgte durch Karl Großmann von der Leitung der für Nachrichtendienste zuständigen HV A IX von Ost-Berlin aus. Für den Leitungsbereich sind vier Mitarbeiterstellen ausgewiesen. Leiter war Oberst Wolfgang Hartmann von Juli 1981 bis zur Auflösung. Stellvertreter war Oberstleutnant Klaus Drews ab Februar 1987, zuletzt Stellvertreter A genannt. 2. Stellvertreter war Oberstleutnant Wilfried Schweinitzer ab Februar 1985, zuletzt Stellvertreter B genannt. Zum Leitungsbereich gehörte noch Otto Ballasch als Offizier für Vorbereitungsarbeit. Der Bereich führte im Dezember 1988 zwei bundesdeutsche IM.¹⁰

Die BV Neubrandenburg XV war in sechs Referate untergliedert, 1989 wies sie 45 hauptamtliche Mitarbeiter (1973: acht, 1980: 26), sieben hauptamtliche IM (1987: zwei) und bis 1985 sechs Offiziere im besonderen Einsatz (1980: sechs) auf.

Leiter des siebenköpfigen Referats 1 war ab Februar 1985 Major Hans-Peter Lindner, zuvor in diesem Referat ab November 1982 Stellvertreter. Karl-Jochen Stein war einer seiner beiden Stellvertreter. Vom Referat 1 wurden offenkundig die Quellen in der Bundesrepublik geführt. Es waren zuletzt 14 bundesdeutsche IM (Dezember 1988), darunter neun O-Quellen, somit war es das quellenstärkste Referat der BV Neubrandenburg XV. Es führte nahezu alle informationsrelevanten Vorgänge: Auf »Peter Gorth« (XV 139/72) gehen 642 Informationen, auf »Heinz Rosenberg« (XV 6430/82) 114, auf »Erich Neu« (III 289/72) 96 und auf »Ballett« (XV 3604/83) 81 Informationen zurück.

Das Referat 2 mit 16 Mitarbeiterstellen war zuständig für die Erarbeitung von Ersthinweisen nachrichtendienstlich interessanter Personen und Major Steffen Dittich unterstellt, die Aufgaben eines Stellvertreters leistete Winfried Straube. Es verfügte im Dezember 1988 über einen bundesdeutschen IM. Informationsrelevant für das Referat 2 war »Klaus Mann« (XV 4189/81) mit 22 Informationen.

Dem mit acht Mitarbeiterstellen und im Dezember 1988 mit vier bundesdeutschen IM ausgestatteten Referat 3 stand Major Werner Schneider vor. Stellvertreter war seit Oktober 1985 Fred Freese. Das Referat war für die Übersiedlung von IM sowie für die Ausbildung von Einsatzkadern zuständig. Zwei Vorgänge ragen heraus: »Norbert Grün« (XV 398/85) mit 53 und »Klaus Friedrich« (III 220/82) mit 40 Informationen.

⁹ Befehl Nr. 243/61 des Ministers vom 30.6.1961 zur Auflösung der Abteilung XV der BVfS Neubrandenburg, zit. nach: Richard Schülke: Die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR an der Technischen Universität Berlin, Berlin 2018, S. 6 (künftig zitiert: Schülke, Tätigkeit).

¹⁰ Im Weiteren auch Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A): Aufgaben – Strukturen – Quellen, Berlin 2024, S. 301–304 (künftig zitiert: Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A).

Referat Kategorie	Leitung	1	2	3	5	6	Σ
Abschöpfquelle	–	1	–	–	–	–	1
Anlaufstelle	1	–	–	–	–	–	1
IMA	1	2	–	–	–	–	3
Kontaktperson	–	1	–	–	–	–	1
Objektquelle	–	6	–	–	–	–	6
Perspektiv-IM	–	4	–	–	–	–	4
Sicherungs-IM	–	2	–	2	–	–	4
Werber I	–	4	–	1	–	–	5
Werber II	–	1	1	1	1	1	5
Σ	2	21	1	4	1	1	30

Tabelle 1. Quellennetz der BV Neubrandenburg XV in der Bundesrepublik (Dezember 1988).¹¹

Das Referat 4 agierte als Auswertungs- und Informationsgruppe, umfasste fünf Mitarbeiter und wurde von Major Reinhard Hoffmann (»Reinhard Weidner«) geleitet; Stellvertreterin war Helga Koch. Nennenswerte Informationen sind weder für dieses, noch für das Referat 5 zu ermitteln. Das Referat 5 war die operative Außengruppe im konspirativen Objekt »Farm«, seit Januar 1984 von Hanspeter Jakob geleitet. Seit August 1986 war Herbert Wegner sein Stellvertreter. Es führte 14 Planstellen und einen bundesdeutschen IM (Dezember 1988).

Die Arbeit der Offiziere für Aufklärung in den Kreisdienststellen koordinierte das Referat 6 mit 16 Planstellen und einem bundesdeutschen IM (Dezember 1988) unter der Leitung von Major Klaus Spiegel.

Im Dezember 1988 führte die BV Neubrandenburg XV 30 bundesdeutsche IM, von denen einer als Abschöpf- und sechs als Objekt-Quelle verzeichnet sind (vgl. Tabelle 1). Es sind über diese bundesdeutschen IM hinaus sieben ausländische IM und Kontaktpersonen vermerkt.

Für einen Zeitraum von über zwanzig Jahren betrachtet (1969 bis 1989) lässt sich das operative Informationsaufkommen der Abteilung XV der BV Neubrandenburg anhand einer überlieferten Datenbank der HV A – SIRA genannt – ermitteln. Es fällt denkbar ungleich aus. Die Spitzenquelle schlechthin war »Peter Gorth« mit 642

¹¹ Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1998, S. 967 (künftig zitiert: Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter. Teil 2).

Reg.-Nr.	Deckname	11	12	13	14	Σ
XV 139/72	O-Quelle »Peter Gorth«	0	13	272	357	642
XV 6430/82	»Heinz Rosenberg« ¹²	23	79	10	2	114
III 289/72	O-Quelle »Erich Neu«	0	95	0	1	96
XV 3604/83	Werber I »Ballett«	0	8	66	7	81
XV 1226/85	»Martin Sänger«	74	2	0	0	76
XV 398/85	»Norbert Grün«	74	2	0	0	76
XV 4323/83	»Richard Kent«	50	25	0	0	75
XV 219/85	»Ruth Käfer«	0	41	4	11	56
III 220/82	»Klaus Friedrich«	34	0	6	0	40
XV 365/81	»Partner«	0	0	26	6	32
XV 4330/84	»Frank Eichner«	24	0	0	0	24
XV 2186/84	»Günter Fischer«	0	1	18	4	23
XV 302/85	»Kurt Frank«	0	21	0	1	22
XV 4189/81	»Klaus Mann«	0	1	21	0	22
XV 350/84	»Werner Breit«	0	1	4	12	17

Tabelle 2. Quellennetz der BV Neubrandenburg XV nach eingegangenen Informationen (1969–1989).¹³

Informationen, andere lieferten deutlich weniger (vgl. Tabelle 2). Zu den einzelnen IM können zwar regelmäßig die bürgerlichen Identitäten ermittelt werden, doch darüber hinausgehende Angaben liegen selten vor.

Bei »Peter Gorth« handelt es sich um den Hamburger Polizisten Eckhard Kurschat. Er trat 1961 seinen Dienst bei der Polizei an, seine Frau stammte aus Malchow im Bezirk Neubrandenburg. Bei einer seiner Reisen in die DDR wurde er nachrichtendienstlich angesprochen und verpflichtete sich am 7. Juni 1973 zur Kooperation. Die ersten Treffen fanden in Ost-Berlin statt, dann bald vierteljährlich in Lübeck, Dubrovnik, Sarajewo, Zagreb, Wien oder Helsinki. Mitunter wurde er bei Lübeck-Schlutup über die Grenze geschleust oder ein Kurier holte das Material ab. Sein Vorgangsfuhrer war Dietmar Reichelt, bei den Treffen im Ausland war auch der Leiter der BV Neubrandenburg XV, Oberst Wolfgang Hartmann, dabei. Die Unterlagen, die zuweilen als Mikrofilm in

¹² BArch, MfS, Abteilung (Abt.) Finanzen (Fin.) Nr. 1663.

¹³ Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 304. Die 11 steht für Wissenschaft und Technik, 12 für Politik und Militär, 13 für Regimekenntnisse und 14 für Nachrichtendienste.

einer Spraydose untergebracht waren, gaben Auskunft über die Strukturen der Polizei, Einsatzplanung, Personalstärke, Fahndungen, das polizeiliche Informationssystem Inpol, Terrorismusbekämpfung und Polizeifunk, aber auch den Hamburger Staatsschutz. In der Summe will Kurschat während der bald 18 Jahre dauernden operativen Arbeit 178.000 DM erhalten haben. Allerdings endete seine nachrichtendienstliche Arbeit nicht während der Herbstrevolution, sondern er setzte sie ab Februar 1990 für den KGB fort, bis er am 15. Oktober 1991 inhaftiert wurde. Am 17. Januar 1994 wurde der Hamburger Polizist zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.¹⁴

Einer der operativen Schwerpunkte der BV Neubrandenburg XV war die Technische Universität in Berlin, zu der es von Richard Schülke eine Untersuchung gibt, in der er zu dem Ergebnis kommt, dass Hinweise auf »Einflussagenten« nicht ermittelt werden konnten. Es habe zwar einzelne Zuträger aus Gremien und der Verwaltung der TU Berlin gegeben, doch schätzt er deren Wert als gering ein. Belegt sei die Beschaffung wissenschaftlich-technischer Dokumentationen, die indessen auch ohne nachrichtendienstliche Mittel hätten beschafft werden können, jedoch für die Volkswirtschaft nützlich gewesen wären. Der größere Erfolg sei gewesen, an der TU Berlin Studenten für die nachrichtendienstliche Arbeit zu gewinnen.¹⁵ Aus Planungen des Jahres 1983 wird ersichtlich, dass eine Personenkartei nebst Personendossiers aller »wissenschaftlichen Kader«, in Gremien aktiven Studenten sowie zu Promovenden der TU Berlin innerhalb der BV Neubrandenburg XV angelegt wurde. Die eigentliche operative Arbeit an der TU Berlin begann erst 1987, an deren Beginn auf den IM »Schüler« (XV 2343/74)¹⁶ zurückgegriffen werden konnte.¹⁷ Über einen besseren Zugriff zu Unterlagen der TU Berlin verfügte eine Bibliothekarin an der Staatsbibliothek mit dem Decknamen »Irmgard Krüger« (XV 436/70), die jedoch für die BV Berlin XV aktiv war und 2.931 Informationen geliefert hat, darunter zwanzig zur TU Berlin.¹⁸ Auf den bereits erwähnten »Ballett« gehen Informationen zur TU Berlin seit August 1983 zurück, darunter interne Telefonverzeichnisse, aber auch Abschöpfgespräche.¹⁹

Zu den eher prominenten Objektquellen der BV Neubrandenburg XV zählt »Erich Neu« (III 289/72), ein Pfarrer aus dem Münsterland. Er wurde 1928 in Untersturz (heute Slowakei) geboren und verstarb in Malchin (Mecklenburg). Nach dem Gymnasium in Wien legte er das Abitur in der DDR ab, studierte in Passau Theo-

¹⁴ Kai von Appen: Ein gar »fleißiger Spion«, in: die tageszeitung vom 27.10.1993. – Peter Miller: Russischer Geheimdienst. Spione unter uns, in: Focus, 2. Jg. (1994) H. 27, S. 44–46. – Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter. Teil 2, S. 249. – Georg Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 269. – Friedrich-Wilhelm Schlomann: Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns, Berlin 1994, S. 172.

¹⁵ Schülke, Tätigkeit, S. 3.

¹⁶ BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XV Nr. 163, Bd. 2.

¹⁷ Schülke, Tätigkeit, S. 15 f.

¹⁸ Ebd., S. 17.

¹⁹ BArch, MfS, BV Neubrandenburg, Abt. XV Nr. 163.

logie, war ab 1955 Priester und studierte in Münster Germanistik. Kaplan war er in Recklinghausen und ab 1981 Pfarrer der Herz-Jesu-Kirche in Deuten, einem kleinen Stadtteil von Dorsten, wo er auch als Religionslehrer unterrichtete. 2003 ging er in den Ruhestand und zog 2007 zu seiner Schwester nach Malchin.²⁰

Für »Erich Neu« war zunächst die Abteilung XX der BV Berlin in den Jahren von 1972 bis 1979 zuständig, anschließend die BV Neubrandenburg XV. 96 Informationen von ihm können für die Jahre von 1980 bis 1989 nachgewiesen werden. Diese beruhten auf seinen Kontakten zu den »Königsteiner Anstalten«, eine Einrichtung der katholischen Heimatvertriebenen und Forschungsstelle der katholischen Kirche zur Ostpolitik. In 16 Informationen berichtete er auch über die ebenfalls aus Dorsten stammende CDU-Bundestagsabgeordnete Agnes Hürland-Büning, die von 1987 bis 1991 parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium war. Er informierte über Verteidigungspolitik, Aspekte der Vertriebenenpolitik und Wahlkampfstrategien der Union unter Einbindung der katholischen Kirche. »Diese Berichte waren für die HV A von durchschnittlichem Wert«, hält Georg Herbstritt fest. Darüber hinaus informierte er auch über die Ostpolitik des Vatikans.²¹

Rostock

Die operative Arbeit in Schleswig-Holstein, besonders Kiel sowie Hamburg, lag seit den 1970er-Jahren in der Zuständigkeit der BV Rostock XV. In den 1950er-Jahren war es allein Hamburg. In Hamburg sollten die Senatskanzlei, das Generalkonsulat der USA und das Landesamt für Verfassungsschutz infiltriert werden. In Kiel agierte sie zuletzt mit acht O-Quellen gegen die Landesregierung Schleswig-Holstein, das Innenministerium und das Flottenkommando in Flensburg-Mürwik. Zusammen mit der HV A II (Parteien) bearbeitete sie die Hochschule für Wirtschaft und Politik, den SPD-Landesvorstand und die Universität in Hamburg. Zusammen mit der HV A I suchte sie das Haus Rissen Hamburg – Internationales Institut für Politik und Wirtschaft, mit der HV A IV (Militär) die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg nachrichtendienstlich auszubeuten. Mit der HV A XV orientierte sie sich auch auf die Howaldtswerke Deutsche Werft, die Schiffswerft Blohm + Voss, und mit der HV A XIII (zum Sektor Wissenschaft und Technik gehörig) auf das Forschungsinsti-

²⁰ Gunther Latsch/Udo Ludwig: Fromme Spione, in: Der Spiegel, 65. Jg. (2011) H. 47, S. 44 f. – Josef Frindt, in: Dorsten Lexikon. 3993 Begriffe aus Vergangenheit und Gegenwart, 16.9.2014.

²¹ Georg Herbstritt: Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß Paragraph 37 (3) des Stasi-Unterlagengesetz. Berlin 2013, S. 121 f. Darin der Hinweis auf weitergehende Angaben zu »Erich Neu« im Strukturverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den Leiter der Abteilung XV der BV Neubrandenburg in GBA, Anklage vom 24.4.1993 – Az. 3 StE 4/93–3, S. 94–98.

tut Deutsches Elektronisches Synchrotrons (DESY). Angriffe auf Einrichtungen des Bundesnachrichtendienstes in Hamburg und in Kiel, dort auch auf die MAD-Gruppe I nahm sie in Zusammenarbeit mit der HV A IX vor, solche auf die »Eloka«-Einrichtung »Poseidon« gemeinsam mit der HV A XIV (Sektor Wissenschaft und Technik) und auf das Marineführungsdienstkommando mit der HV A IV. Mit der HV A VI widmete sie sich dem Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg und einem Hersteller von Sicherheitsausrüstungen, ISCOIN. Die BV Rostock XV war für 29 Objekte im »Operationsgebiet« zuständig.²²

Die operative Anleitung der BV Rostock XV leistete der Leiter der HV A XI, Dr. Jürgen Rogalla.²³ Dem Leitungsbereich der BV Rostock XV waren sechs Stellen zugewiesen. Abteilungsleiter war zuletzt Oberstleutnant Günter Falk. Als erster Stellvertreter fungierte Gerd-Walter Müller, als zweiter Stellvertreter Manfred Seemann. Im Dezember 1988 verfügte der Leitungsbereich über vier bundesdeutsche IM. Informationsrelevant waren vor allem der Angestellte der Landesversicherungsanstalt in Hamburg, »Fisch« (XV 9847/60), mit 74 und der Polizist aus Groß Langheim, »Anwärter« (XV 3058/78), mit 46 Informationen.

Die BV Rostock XV war in sechs Referate untergliedert, 1989 wies sie 44 hauptamtliche Mitarbeiter (1973: 36, 1980: 34), zwei hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter (HIM; 1987: 3) und bis 1985 fünf hauptamtliche Offiziere im besonderen Einsatz (OibE; 1980: 7) auf.

Für das leistungsstarke Referat 1 waren 16 Stellen ausgewiesen. Leiter war Rainer Behlendorf seit Januar 1982. Als Stellvertreter war ab Januar 1989 Bernd Rehahn verzeichnet. Im Dezember 1988 sind für das Referat 1 20 bundesdeutsche IM erfasst, davon fünf Abschöpf- und sechs Objekt-Quellen. Informationsrelevante Vorgänge waren die der Sekretärin im Kaufhof Hamburg, »Anna-Susanna« (I 2018/67), mit 410 überwiegend militärischen Informationen, die Wormser Buchhalterin »Schiffer« (XV 13891/60) mit 318, der Dortmunder »Michael« (I 430/70) mit 251, der Lübecker Postbeamte »Wilderer« (XV 4287/61) mit 161 und »Gert« (XV 126/71) mit 140 Informationen.

Das Referat 2 wies 17 Stellen aus. Ulrich Regorius leitete das Referat von Januar 1982 bis zur Auflösung, sein Stellvertreter war seit August 1987 Jörg Franke. Das Referat verzeichnete im Dezember 1988 zwei bundesdeutsche IM, aber keine nennenswerten Informationen. Das von Norbert Macpolowski geleitete Referat 3 war mit neun Stellen und im Dezember 1988 mit zwei bundesdeutschen IM (davon eine O-Quelle) verzeichnet. Informationsrelevant waren die Vorgänge »Linse« (XV 3194/67) mit 280 und »Regel« (I 36/68) mit 32 Informationen.

²² Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 307. – Die weiteren Angaben ebd., S. 308–311.

²³ Heinz Günther: Überzeugung ist nicht käuflich. Das Leben des Aufklärers Jürgen Rogalla, Berlin 2014. – David Childs/Richard Popplewell: The Stasi. The East German Intelligence and Security Service, London 2016, S. 137. – Jens Gieseke: The History of the Stasi: East Germany's Secret Police, 1949–1990, New York 2014, S. 181.

Referat Kategorie	Leitung	1	2	3	4	5	6	Σ
Abschöpfquelle	1	5	–	–	1	–	–	7
Ermittler	1	–	–	–	–	–	–	1
Grenz-IM	–	1	–	–	–	–	–	1
Kontaktperson	–	–	–	–	1	–	–	1
Kurier	–	1	–	–	–	–	–	1
KW-Inhaber	1	1	–	1	1	–	–	4
Objektquelle	–	6	–	1	1	–	–	8
Perspektiv-IM	1	3	1	–	–	2	–	7
Resident	–	1	–	–	–	–	1	2
Sicherungs-IM	–	1	–	–	–	–	–	1
Werber II	–	1	1	–	–	1	–	3
Σ	4	20	2	2	4	3	1	36

Tabelle 3. Quellennetz der BV Rostock XV in der Bundesrepublik (Dezember 1988).²⁴

Für das Referat 4 werden nur fünf Stellen und als Stellvertreter des Leiters seit Januar 1989 Dierk Vahlpahl nachgewiesen, tatsächlich sind erheblich mehr Personen erfasst. Für das Referat 4 sind im Dezember 1988 drei bundesdeutsche IM (darunter jeweils eine A- und O-Quelle) registriert. Spitzenvorgang des Referats 4 wie auch der BV Rostock XV war der Kölner »Hagen I« (XV 13894/60), den die HV A mit Klaus Schäning in Verbindung brachte, mit 858 Informationen, von denen allein 428 auf das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung entfielen (vgl. Tabelle 4). Die Leitung des zwölfköpfigen Referats 5 mit drei bundesdeutschen IM im Dezember 1988 hatte Uwe Johannßen ab November 1987. Für dieses Referat – zuletzt führte es den EDV-Sachbearbeiter beim VDI-Verlag in Düsseldorf, Perspektiv-IM (PIM) »Blau« (XV 4703/80), sind so wenig nennenswerte Informationen verzeichnet wie für das Referat 6. Das Referat 6, im Dezember 1988 mit vier Mitarbeiterstellen, arbeitete mit dem bundesdeutschen Residenten »Mönch« (XV 4583/85), ein in Bremen immatrikulierter Altstudent. Es wurde seit Januar 1989 von Reinhold Wehr geleitet, dessen Stellvertreter Harald Krause war.

Im Dezember 1988 führte die BV Rostock XV 35 bundesdeutsche IM, darunter zwei Residenten, sieben Abschöpf- und acht Objekt-Quellen. Zusätzlich sind zwei ausländische IM/KP belegt (vgl. Tabelle 3).

²⁴ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter. Teil 2, S. 968.

Reg.-Nr.	Deckname	11	12	13	14	Σ
XV 13894/60	O-Quelle »Hagen I«	829	29	0	0	858
I 2018/67	O-Quelle »Anna-Susanna«	387	21	1	1	410
XV 13891/60	»Schiffer«	318	0	0	0	318
XV 3194/67	»Linse«	280	0	0	0	280
I 430/70	O-Quelle »Michael«	248	2	0	1	251
I 1224/60	O-Quelle »Günther«	0	180	0	13	193
XV 4287/61	»Wilderer«	2	145	4	10	161
XV 126/71	»Gert«	5	89	11	35	140
I 228/86	»Helmut«	114	1	0	0	115
XV 4662/79	»Harry«	0	34	0	50	84
XV 9847/60	»Fisch«	74	0	0	0	74
XV 4892/80	»Gustav«	0	1	20	49	70
XV2530/77	»Heinz Albrecht«	0	10	1	51	62
XV 2525/65	»Bord«- »Kate«	8	49	0	0	57
I 1720/61	»Dorn«	0	5	1	46	52
XV 3058/78	»Anwärter«	0	11	0	35	46
XV 3228/82	»Brunnen«	23	9	4	8	42
XV 296/75	N. N.	0	42	0	0	42
I 36/68	»Regel«	31	1	0	0	32
I 800/74	»Jochen«	30	0	1	0	31
I 1100/75	»Müller«	30	0	0	0	30
XV 15263/60	»Wolff«	6	23	0	0	29
I 424/64	»Kröger«	25	2	2	0	29
XV 3546/82	»Sturm«	0	1	2	21	24
XV 127/71	N. N.	0	21	0	1	22
IX 1224/60	N. N.	0	21	0	0	21
XV 5687/88	»Rudolf«	18	0	0	0	18
I 982/82	»Robert Kowalski«	1	0	13	2	16

Tabelle 4. Quellennetz der BV Rostock XV nach eingegangenen Informationen (1969–1989).²⁵

²⁵ Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 307.

Schwerin

Die BV Schwerin XV war in den 1950er-Jahren für das nordwestliche Niedersachsen und Bremen zuständig, seit den 1970er-Jahren sollte es ausschließlich die Freie Hansestadt sein. Von Interesse waren dort der Militärhafen der US-Streitkräfte, die Universität, die Senatskanzlei, der Senator für Inneres, das Landesamt für Verfassungsschutz und die Bremer Vulkan Werft AG. In Kooperation mit der HV A XV war sie für die Vereinigten Flugtechnischen Werke, Krupp Atlas Elektronik GmbH und in der Verbindung mit der HV A XIV für die Elektro-Spezial GmbH in Lesum federführend. Ein interessanter Schwerpunkt war auch die »Forschungsstelle Osteuropa – Samisdat-Archiv« in Bremen. Für diese Abteilung sind insgesamt 14 Objekte im »Operationsgebiet« verzeichnet.²⁶

In den 1970er-Jahren nahm die operative Anleitung der Abteilung der stellvertretende Leiter C der HV A, Erich Keindorf, vor, dann auch Dr. Jürgen Rogalla. Für den Leitungsbereich der BV Schwerin XV sind fünf Stellen ausgewiesen. Die Leitung lag zuletzt bei Gerald Neumann. Erster Stellvertreter war von September 1982 an Gerd-Walter Müller – zuständig für die Referate 2 und 4, zweiter Stellvertreter war Bernd Michel. Im Dezember 1988 sind für den Leitungsbereich fünf bundesdeutsche IM verzeichnet. Informationsrelevant war der IMA »Eger« (XV 2830/76), ein Ingenieur bei der Firma Hartmann und Braun in Frankfurt am Main, für den 34 Informationen verzeichnet sind.

Die BV Schwerin XV war in sechs Referate untergliedert. 1989 wies sie 31 hauptamtliche Mitarbeiter (1973: 16, 1980: 22), zwei HIM (1987: 2) und bis 1985 sieben OibE (1981: 5) auf. Das Referat 1 mit sechs Planstellen wurde ab April 1987 von Rainer Wessel geleitet. Stellvertreter war ab Januar 1989 Helmut-Dieter Hartmann. Es sind im Dezember 1988 für das Referat zwölf bundesdeutsche IM, darunter drei O-Quellen, registriert. Die meisten Informationen gehen auf die Vorgänge O-Quelle »Irene« (XV 4310/76) mit 453, Führungs-IM (FIM) »Nico Tiedemann« (XV 4309/76), einen Ingenieur der Philips GmbH in Hamburg, mit 333 sowie die O-Quelle »Toni Walter« (XV 4493/84) von der Siegerland-Bewachung mit 60 Informationen zurück (vgl. Tabelle 6).

Als Operative Außengruppe agierte das für »Basisarbeit« zuständige Referat 2. Die Leitung des achtköpfigen Referats lag ab April 1987 bei Klaus Häscher. Dieses Referat verfügte im Dezember 1988 über zwei bundesdeutsche IM. Informationsrelevant waren die Vorgänge »Kurt« und Sicherungs-IM (SIM) »Sabine« (XV 3148/76) aus Bremen mit 64 und »Sepp« (XV 1711/71), ein ehemaliger Student aus Güstrow, mit 37 Informationen. Manfred Henschel leitete seit Februar 1988 das Referat 3 mit sechs Planstellen. Für das Referat 4 sind zwei Planstellen und die Vorgänge

²⁶ Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 310. – Die weiteren Angaben ebd., S. 311 f.

Referat Kategorie	Leitung	1	2	4	6	Σ
Abschöpfquelle	–	–	1	–	–	1
Führungs-IM	–	1	–	–	–	1
IMA	3	–	–	–	–	3
Kontaktperson	4	7	7	1	3	22
Objektquelle	–	3	–	–	–	3
Sicherungs-IM	–	2	1	–	–	3
Werber I	1	–	–	–	–	1
Werber II	–	5	–	–	–	5
Σ	9	19	9	1	3	41

Tabelle 5. Quellennetz der BV Schwerin XV in der Bundesrepublik (Dezember 1988).²⁷

Reg.-Nr.	Deckname	11	12	13	14	Σ
XV 4310/76	O-Quelle »Irene«	453	0	0	0	453
XV 4309/76	FIM »Nico Tiedemann«	293	34	0	6	333
XV 3148/76	SIM »Kurt«	1	32	2	29	64
XV 4493/84	O-Quelle »Toni Walter«	44	3	4	9	60
XV 2884/80	KP »Winter«, »Hans Meier«, »Steffen«, »Sandhof«	2	29	11	3	45
XV 2830/76	»Eger«	29	3	2	0	34
XV 3334/86	»Kilian«	23	8	0	0	31
XV 108/74	N. N.	0	4	0	0	4
XV 1711/71	»Sepp«	0	2	35	0	37
IX 812/66	»Dieter Braun«	0	0	11	0	11
II 936/80	»Lehmann«	0	1	11	0	12
XV 224/83	»Weser«	0	1	0	11	12
II 610/75	»Jürgen Becker«	0	0	0	5	5
XV 1471/65	»Bob«	0	2	0	0	2

Tabelle 6. Quellennetz der BV Schwerin XV nach eingegangenen Informationen (1969–1989).²⁸

²⁷ Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter. Teil 2, S. 969.

²⁸ Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A, S. 312.

»Winter«, »Hans Meier«, »Steffen« und »Sandhof« (XV 2884/80) mit 45, und »Klaus« (XV 108/74), ein Rechtsanwalt aus Mölln, mit vier Informationen ausgewiesen. Es wird sich hierbei um das Auswertungsreferat handeln, das von Februar 1979 von Albert Biermann geleitet wurde.

Winfried Albrecht führte seit Juni 1983 das Referat 5 mit elf Mitarbeiterstellen. Das Referat 6 weist zwei Mitarbeiterstellen auf und wurde seit Dezember 1980 von Peter Maier geleitet. Für die Referate 5 und 6 sind keine nennenswerten Informationseingänge registriert.

Die BV Schwerin XV verfügte im Dezember 1988 über 19 bundesdeutsche IM, davon sind drei als Objekt- und eine als Abschöpf-Quelle kategorisiert. An ausländischen inoffiziellen Mitarbeitern/Kontaktpersonen (IM/KP) lassen sich für diese Abteilung zusätzlich fünf finden (Leitung: 1, Referat 1: 2, Referat 2: 1, Referat 3: 1).

Mit Blick auf die Anzahl an operativ beschafften Informationen wirkt die BV Schwerin XV (vgl. Tabelle 6) vergleichsweise schwächer als die anderen Abteilungen XV. Würde allein dieser Maßstab angelegt, würde das jedoch analytisch zu kurz greifen – wie weiter nachstehend noch am Beispiel »Bob« (XV 1471/65) zu zeigen sein wird.

Potentiale im Vergleich

Das hauptamtliche Personal der Abteilungen XV in den nördlichen Bezirksverwaltungen hatte sich binnen der letzten 15 Jahre verdoppelt (vgl. Tabelle 7). Das darf als Hinweis gewertet werden, die Potentiale in den Bezirken stärker ausschöpfen zu wollen und zugleich den Abteilungen von der Zentrale einen größeren operativen Spielraum zu gewähren.

Abteilung XV der Bezirksverwaltung	1973	1980	1989
Neubrandenburg	8	26	45
Rostock	36	34	44
Schwerin	16	22	31
∑ Mecklenburg-Vorpommern	60	82	120

*Tabelle 7. Hauptamtliche Mitarbeiter der Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.*²⁹

²⁹ Ebd., S. 302, 308 und 311.

Abteilung XV der Bezirksverwaltung	HIM (1987)	HIM (1989)	OibE (1980)	OibE (1989)
Neubrandenburg	2	7	6	0
Rostock	3	2	7	0
Schwerin	2	2	5	0
Σ Mecklenburg-Vorpommern	7	11	18	0

Tabelle 8. Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter (HIM) und Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) der Abteilungen XV der MfS-Bezirksverwaltungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.³⁰

Zugleich wurde offenkundig in den 1980er-Jahren die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz, die in Institutionen innerhalb der DDR wirkten, deren tatsächlicher Hintergrund jedoch unbekannt sein sollte, eingestellt (vgl. Tabelle 8). Vermutlich waren sie nicht effizient und stellten einen Kostenfaktor dar, weshalb die finanziellen Mittel auf hauptamtliche Stellen innerhalb der Abteilungen umgewidmet wurden.

Das inoffizielle Netz der Abteilungen XV in der Bundesrepublik war etwa gleich groß: Neubrandenburg verfügte über 30 IM, davon sechs Objektquellen, Rostock über 36 (acht O-Quellen) und Schwerin über 41, aber lediglich über eine Objektquelle. Stand vom Dezember 1988 verfügten diese drei Abteilungen folglich insgesamt über 69 IM. Das ist im Vergleich zum inoffiziellen Netz der HV A recht klein, denn der Anteil dieser drei Abteilungen betrug somit lediglich vier Prozent, womit deren Stellenwert quantitativ eher von nachgeordneter Bedeutung ist.

Unter dem Gesichtspunkt, welche Schwerpunkte die Objektquellen der Abteilungen hatten, dominiert deutlich der Bereich Wissenschaft und Technik (vgl. Tabelle 9). Angesichts dieses Bildes könnte der Eindruck entstehen, als seien die drei nördlichen Abteilungen XV innerhalb des Apparates der HV A zwar funktional vorhanden, aber operativ lediglich von einem geringen Stellenwert. Das trifft jedoch nicht zu, auch nicht für die BV Schwerin XV mit lediglich einer Objektquelle. Es scheint eher so, als wurden innerhalb der Abteilungen XV operative Vorgänge entwickelt, aufbereitet und dann ab einer relativen Wertigkeit an die Zentrale in Berlin abgegeben. Ein typisches Beispiel dafür ist der Vorgang »Bob«, dessen Akte ebenfalls vernichtet worden ist. Nachstehend wird der Versuch unternommen, sie anhand sonstiger Handlungsüberreste zu rekonstruieren.

³⁰ Ebd.

Abteilung XV der Bezirksverwaltung	IM	Wissen- schaft/ Technik	Verwal- tung	Poli- tik	Mili- tär	Sicher- heit	Sons- tiges	
Neubrandenburg	30	2	0	1	0	2	1	6
Rostock	36	4	1	1	2	1	0	9
Schwerin	41	1	1	0	1	0	0	3
Σ Mecklenburg- Vorpommern	67	7	2	2	3	3	1	18

Tabelle 9. Schwerpunkte der Objektquellen der Abteilungen XV der MfS-Bezirksverwaltungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.

»Bob«

»Bob« (XV 1471/65) aus Bremen – den die HV A mit Wolfgang Deuling in Verbindung brachte – wurde 1941 geboren, studierte von 1966 an bis 1971 Sozialwissenschaften und erhielt anschließend eine Anstellung bei der SPD in Bonn. Er war 1981 Büroleiter von Hans-Jürgen Wischniewski. Seine Frau »Petra« – von der die HV A annahm, es handelte sich um Barbara Deuling – arbeitete in der SPD-Bundestagsfraktion. Für die BV Schwerin XV, deren Operationsgebiet wie erwähnt Bremen war, sind lediglich zwei Informationen für sie verzeichnet. Allerdings übernahm die Führung dieses Vorganges die für die SPD zuständige HV A II/4. Dort sind dann für dieses Ehepaar 949 operativ beschaffte Informationen verzeichnet, was den quantitativ drittstärksten Vorgang dieses Referates in den Jahren von 1969 bis 1989 darstellt. »Bob« und »Petra« leugneten stets, inoffiziell für die HV A tätig gewesen zu sein. Die Personal- und Arbeitsakten der HV A zu diesen beiden müssen als vernichtet gelten, mithin ist auf dieser Basis eine Darstellung der Vorgangsgeschichte während der »Schweriner« Zeit unmöglich – allerdings gibt es Handlungsüberreste, die über den damaligen Aktenvorgang hinaus gingen.

In dem fraglichen Zeitraum von 1965 bis 1972 wurde die BV Schwerin XV von der Hauptverwaltung A zumindest anfangs von Major Günter Neefe betreut.³¹ Die Leitung der Abteilung XV selbst oblag Major Rudolf Kirschke (Arbeitsname »Rudi Werner«). Die Abteilung war in jener Zeit in die Referate A bis C differenziert, die in der Summe über rund sieben bis neun Mitarbeiter verfügten, wobei das hier relevante Referat A mit der nachrichtendienstlichen Arbeit vor allem auf politischem Gebiet befasst war. Leiter war mutmaßlich Rolf Rabe. Der Vorgang »Bob« wurde in

³¹ BArch, MfS, Archivierte Akte eines Inoffiziellen Mitarbeiters (AIM) 4755/74, Personalakte, Teil 1, S. 12 f.

diesem Referat von Oberleutnant Josef Schmelter (Arbeitsnamen »Josef Schneider«, »Josef Schmelzer«, »Josef Stelzer«) angelegt und ein Jahr später von Oberleutnant Willy Röbbke (Arbeitsname »Wilhelm Radtke«) übernommen und bis 1972 geführt. Mithin waren durch direkte Führung des Vorganges bzw. als Vorgesetzte und Betreuer mindestens fünf hauptamtliche Mitarbeiter mit dem Vorgang »Bob« befasst.

Eine besondere Spezialität der BV Schwerin XV war deren Versuch, westdeutsche Teilnehmer des von der FDJ-Bezirksleitung Schwerin ausgerichteten Gesamtdeutschen Zeltlagers oder des Wintersportlagers in Wernigerode an sich zu binden. Zu diesem Zweck setzte sie inoffizielle Mitarbeiter als Betreuer oder Mitglieder in der Leitung des Zeltlagers ein.³² So auch schon 1959: »Die jetzige Einschätzung läßt erkennen, dass B. im Rahmen der Gesamtdeutschen Arbeit der FDJ-Bezirksleitung für uns operative Möglichkeiten hat.«³³

Willy Röbbke trat als Unterleutnant 1966 in den Dienst dieser Abteilung. Zuvor war er ab 1963 als IM »Wilhelm Krause« tätig.³⁴ Nennenswerte Unterschiede in der operativen Aufgabenstellung zu Josef Schmelter sind nicht zu erkennen. Nur erstreckte sich das »Operationsgebiet« von Unterleutnant Röbbke teilweise auch auf Kiel. So sollte über eine in der DDR lebende Verwandte des langjährigen Kieler Oberbürgermeisters Dr. Hans Müthing im Laufe des Jahres 1967 der Kontakt aufgefrischt werden.³⁵

Es liegt eine Karteikarte der Hauptverwaltung A vor, aus der ersichtlich wird, dass Josef Schmelter am 26. Juni 1965 den Vorgang, der aus dem Hinweisvorgang von Klaus Meyer ausgebucht wurde, übernahm, und nunmehr die Registriernummer XV 1471/65 mit der Bezeichnung »Bob« erhielt.³⁶ Eine weitere Karteikarte enthält den Namen Wolfgang Deuling, der, so erweist es sich anhand der Eintragungen auf dieser Karteikarte, zunächst am 29. Januar 1965 für den bereits angeführten Leutnant Klaus Meyer in einem Hinweisvorgang der Abteilung XV der BV Schwerin erfasst worden war.³⁷ Mit dem 26. Juni 1965 wurde Wolfgang Deuling aus diesem Hinweisvorgang ausgetragen. Die personenbezogene Karteikarte enthält ferner einen Hinweis auf eine Barbara. Schließlich liegt eine weitere Karteikarte vor, aus der ersichtlich wird, dass Barbara Deuling am 17. Februar 1966 für diese Registriernummer verzeichnet ist. Diese Karteikarte wurde von Josef Schmelter angelegt.³⁸

Kurz darauf, im April 1966 nahm Wolfgang Deuling das Studium der Soziologie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg auf, das er 1970/71 als Diplom-Soziologe abschloss. Während seines Studiums wird

³² BArch, MfS, BV Schwerin, AIM 270/60, Bl. 72 und 78.

³³ Ebd., Bl. 75.

³⁴ BArch, MfS, AIM 13629/66. Er hatte die Registriernummer II 320/63.

³⁵ BArch, MfS, AIM 326/71, Arbeitsakte, Teil 1, S. 3.

³⁶ Formblatt 22 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65. – BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

³⁷ Ebd.

³⁸ Formblatt 16 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

er der SPD beigetreten sein. Ab Juni 1971 war er Mitarbeiter des SPD-Parteivorstandes in Bonn.

Den Aktenvorgang zu »Bob« übernahm Willy Rübke am 11. August 1966 und behielt ihn bis zum 24. Februar 1972.³⁹ Rübke trat als operativer Sachbearbeiter im Dienstrang eines Unterleutnants am 1. Juli 1966 in die Abteilung XV der BV Schwerin ein. Im Oktober 1968 wurde er zum Leutnant, 1971 zum Oberleutnant ernannt.⁴⁰ Folglich wird Rübke den Vorgang »Bob« gekannt haben. Dies erschließt sich aus Karteikarten, die Willi Rübke ausgefüllt und auf denen er eben »Bobs« Registrierungsnummer XV 1471/65 eingetragen hat. Dabei handelt es sich um Karteikarten zu Personen, mit denen »Bob« in irgendeiner Form zu tun hatte: Peter Gelis,⁴¹ Henning Scherf,⁴² Erich Konietzny⁴³ und Albrecht Müller.⁴⁴ Gänzlich fremd wird Rübke der Name Deuling folglich nicht gewesen sein, denn er unterschrieb überdies am 16. September 1968 folgende Karteikarte: »Wolfgang Deuerling, 18. September 1941, Geburtsort: Bremen, Anschrift: Berlin 21, Emdenerstraße 22, berufliche Tätigkeit: Student, Arbeitsstelle: Freie Universität Berlin, Parteimitgliedschaft: SPD.«⁴⁵ Die darin enthaltenen Angaben sind teils exakt (Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Student, Parteimitgliedschaft SPD), teils frei erfunden (Nachname, Anschrift in West-Berlin, Studienort Freie Universität Berlin). Es ist nicht auszuschließen, dass diese Angaben zum Zweck eines gefälschten Ausweises erstellt und pflichtgemäß in der Kartei verzeichnet wurden.

Laut einer überlieferten Akte wird »Bob« eine Deckadresse übergeben worden sein, denn an diese sandte »Bob« nach den dortigen Eintragungen Briefe und Päckchen. Am 17. August 1966 übernahm Willy Rübke von Josef Schmelter den Vorgang »Ursel« (XV 8497/61). In der Akte heißt es: »Die DA [Deckadresse] ›Ursel‹ war von 1966–1972 die fiktive Anschrift für die Quelle ›Bob‹. Während dieser Zeit leistete sie eine vorbildliche Arbeit. Alle ankommenden Briefe wurden schnellstens an den Unterzeichnenden übergeben. Da es sich beim Vorgang ›Bob‹ um eine Spitzenquelle handelt, die jetzt durch die HV A, Abt. II, gesteuert wird, ist es erforderlich, die Zusammenarbeit zu beenden.«⁴⁶ Zu eingetroffenen Briefen Päckchen ist für 1967

³⁹ Formblatt 22 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

⁴⁰ BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. Kader und Schulung 1964, Bl. 3.

⁴¹ Formblatt 16 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

⁴² Formblatt 16 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«. Laut Mitteilung der zentralen Meldestelle der Freien Hansestadt Bremen vom 11. Februar 2008 zog Erich Konietzny am 4. November 1967 nach Bremen und verstarb dort am 18. Juni 1988.

⁴³ Formblatt 16 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Formblatt 16 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«. Laut Mitteilung des Standesamtes Bremen vom 11. Februar 2008 ist eine Person mit dem Namen Wolfgang Deuerling zurückreichend bis 1930 nicht zu ermitteln.

⁴⁶ BArch, MfS, AIM 10344/72, Bl. 104.

in dieser Akte vermerkt: »Im Jahre 1967 wurden folgende Briefe + Päckchen übernommen und an den Unterzeichnenden weitergegeben: 6.1.67 / 1 Brief, 18.1.67 / 1 – [Brief] –, 26.1.67 / 1 – [Brief] –, 14.2.67 / 1 Päckchen, 4.3.67 / 1 Brief, 10.3.67 / 1 Brief, 31.3.67 / 1 – [Brief] –, 20.4.67 / 1 Päckchen, 10.5.67 / 1 Brief, 2.6.67 / 1 – [Brief] –, 17.6.67 / 1 – [Brief], Rö. Ultn. [Röbke, Unterleutnant], 14.7.67 / 1 – [Brief] –, 9.8.67 / 1 – [Brief] – Rö. Ultn. [Röbke, Unterleutnant]«. ⁴⁷ Diese Angaben lassen sich auch so lesen, dass Unterleutnant Willy Röbke selbst zumindest in zwei Fällen Briefe von der Deckadresse »Ursel« abgeholt hat, die dort von »Bob« eingetroffen waren.

Das entspricht der operativen Praxis: In einer Hausarbeit an der Juristischen Hochschule des MfS mit dem Titel »Einige Probleme der Qualifizierung des Verbindungssystems zur Erhöhung der Konspiration und Sicherheit in der Zusammenarbeit mit IM im Operationsgebiet« schreiben Hauptmann Rolf Nagel und Oberleutnant Willy Röbke von der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Schwerin am 20. März 1972: »Die Verbindung über Deckadresse: Sie ist eine der am häufigsten benutzten Verbindungen. An eine DA darf grundsätzlich nur 1 IM schreiben. Handelt es sich um Spitzenquellen, so sollten mindestens 3 DA für diese zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird jede DA in größeren Zeitabständen genutzt und die Sicherheit der Quelle erhöht. Grundsätzlich ist den IM im Operationsgebiet eine ausreichende Kenntnis über die DA zu vermitteln. [...] Deshalb sollten IM aus dem Operationsgebiet nur an solche DA angeschlossen werden, die absolut sicher sind. Richtig ist es, dass besonders wichtige IM mehrere DA erhalten, wie bereits dargelegt wurde.« ⁴⁸

Der Vorgang »Bob« hatte im operativen Leben von Willy Röbke offenbar einen gewissen Stellenwert, denn in seiner Kaderakte lassen sich direkte und indirekte Hinweise darauf finden. Mit Blick auf die sonst von ihm geführten Vorgänge im Zeitraum von 1966 bis 1968 gibt es einen indirekten Hinweis, als seine operativen Leistungen für das Jahr 1968 gewürdigt wurden: »Im Jahre 1968 warb er 2 westdeutsche IM und entwickelte einen bereits vorhandenen IM im Operationsgebiet zielstrebig.« ⁴⁹ Eine direkte Erwähnung von »Bob« findet sich in seiner Kaderakte, als es um seine operativen Leistungen für das Frühjahr 1969 ging, die mit 400 Mark bemerkenswert hoch prämiert wurden: ⁵⁰ »Durch viel Fleiß, vorbildlichen persönlichen Einsatz sowie Zielstrebigkeit in der Arbeit mit den IM ›Bob‹ und ›Lothar‹ ⁵¹

⁴⁷ Ebd., Bl. 82.

⁴⁸ BArch, MfS, Vertrauliche Verschlussache (VVS) MfS 160, 768/71 (Microfilm), Rolf Nagel/ Willy Röbke: Hausarbeit. Einige Probleme der Qualifizierung des Verbindungssystems zur Erhöhung der Konspiration und Sicherheit in der Zusammenarbeit mit IM im Operationsgebiet, 20.3.1972, S. 7 f. und 15.

⁴⁹ BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. Kader und Schulung 1964, Bl. 51.

⁵⁰ Ebd., Bl. 53.

⁵¹ Bei diesem »Lothar« wird es sich um einen Vorgang handeln, den Heinz Oleinitzak für die Abteilung XV der BV Schwerin am 26. November 1968 angelegt hatte und der am 2. Januar 1969 von Willy Röbke übernommen wurde. Der Vorgang erhielt die Registriernummer XV 1799/68

erarbeitete Genosse Rübke während der Feiertage zum Jahreswechsel und während der Witterungsunbilden Anfang März 1969 sehr wertvolle Informationen. Es gelang ihm, im genannten Zeitraum 6.000 Einzelinformationen zu beschaffen.«⁵² Dass zumindest einer seiner operativen Vorgänge die Aufmerksamkeit der HV A in Ost-Berlin erregt hatte, zeigt ebenfalls ein Hinweis in der Kaderakte, worin es zu seinen Leistungen im Jahre 1971, die ihm den Dienstrang eines Oberleutnants einbringen sollten, heißt:⁵³ »In der Entwicklung von Perspektiv-Materialien ist er den Genossen der Abteilung Vorbild. In dieser Richtung erhält ein von ihm geführter Vorgang eine hohe Wertschätzung durch die HV A.«⁵⁴ Willy Rübke gab 1972 lediglich einen Vorgang an die HV A ab – eben den von »Bob«.

Bei der Auswertungsabteilung der HV A VII gingen folgende Informationen für den Vorgang »Bob« von der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Schwerin ein: Am 22. Februar 1971 biographische Angaben zu Albrecht Müller, am 7. April 1971 ein siebenseitiger Bericht »Über die Vertrauenskrise innerhalb des Senats Inneres im Land Bremen.«

Innerhalb der SPD war Wolfgang Deuling als Redakteur der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit eingestellt, deren Leiter Albrecht Müller war. Sein Aufgabengebiet umfasste vor allem die Beobachtung und Analyse der organisatorisch-politischen Entwicklung anderer politischer Parteien und Verbände und die Mitwirkung an Publikationen und Stellungnahmen der Parteizentrale auf diesem und benachbarten Feldern. Diese Tätigkeit übte Wolfgang Deuling noch aus, als innerhalb der HV A der Vorgang »Bob« von Willy Rübke an Johannes Gensel übergeben wurde.

Einen Zusammenhang von Wolfgang Deuling und Henning Scherf stellte Willy Rübke von der Abteilung XV der BV Schwerin insoweit her, in dem er Henning Scherf

und den Decknamen »Lothar«. Hinter diesem Decknamen verbirgt sich mutmaßlich Lothar Goerke, am 24. August 1938 in Rauducken geboren, der zum Zeitpunkt seiner Erfassung offenbar Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Schwerin war. In diesem Vorgang sind weitere Personaldaten verzeichnet, die als Identitäten für gefälschte Ausweise gedeutet werden können: am 21. Februar 1969 Lothar Günter, geboren am 6. April 1939 in Hamburg, als kaufmännischer Angestellter in Hamburg bezeichnet; am 21. September 1969 Heinz Popp, geboren am 2. April 1941 in Insterburg, als kaufmännischer Angestellter in Hamburg bezeichnet; am 15. Juli 1970 Horst Granzow, geboren am 10. Juni 1938 in Hamburg, als Kaufmann in Hamburg bezeichnet. Alle Karteikarten wurden von Willy Rübke ausgefüllt. Der Vorgang wurde am 27. Mai 1974 geschlossen. Die Akte selbst ist nicht überliefert. BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«, Formblatt 16 und 22 mit der Reg.-Nr. XV 1799/68. Die Aufklärung des Hinweises »Lothars« setzte bereits 1959 durch den Sekretär für Gesamtdeutsche Arbeit beim Bezirksvorstand der Nationalen Front Schwerins ein, der von der Abteilung XV der BV Schwerin als »Leiter« bezeichnet wurde. BArch, MfS, AIM 6761/62, Bl. 120. – Ebd., BV Schwerin, AIM 676/62, Arbeitsakte, Bd. 1, Bl. 60. – »Lothar« wurde in der Konspirative Wohnung (KW) »Friedhof« (XV 202/66) getroffen, BArch, MfS, AIM 815/75, Personalakte, Teil 1, o. pag.

⁵² BArch, MfS, BV Schwerin, Abt. Kader und Schulung 1964, Bl. 53.

⁵³ Ebd., Bl. 59.

⁵⁴ Ebd.

bald vier Jahre nach Eröffnung des Vorganges »Bob« am 1. September 1969 für diesen Vorgang erfasste. Henning Scherf studierte ab 1958 Rechtswissenschaften und Soziologie in Freiburg und West-Berlin. Sein Studium wurde von einem Evangelischen Studienwerk gefördert. 1963 trat er der SPD bei. 1968 promovierte er und bis 1971 war er als Rechtsanwalt in Bremen tätig. Von 1971 bis 1978 gehörte er der Bremischen Bürgerschaft an. Von 1972 bis 1978 war er Vorsitzender der SPD in Bremen.⁵⁵

Dr. Henning Scherf (geb. 1938) teilte in einem Schreiben vom 16. Mai 2012 mit: Barbara und Wolfgang Deuling »kenne ich aus dem gemeinsam SPD-Ortsverein Bremen-Kattenturm. Unsere Kinder waren befreundet. Nach seinem Soziologie-Studium hatte er sich 1970 in der SPD-Baracke beworben und wohl mich aber auch Hans Koschnick als Referenz angegeben. Barbara ist dann bei der SPD-Bundestagsfraktion angestellt worden. Wir haben während ihrer Bonner Zeit den Kontakt zu ihnen verloren und wissen nichts mehr über sie.« Ergänzend führte er mit Schreiben vom 29. Mai 2012 aus: »Wir haben die Deulings erst 1969 im Kattenturm kennengelernt. Ich bin Sohn einer kinderreichen Bremer Familie. Es kann daher sein, dass Barbara einen meiner Brüder schon vor mir gekannt hat. Ich war nach dem Abitur im Studium unterwegs. [...] Ich war im Versöhnungsbund. Das Komitee ist ohne mich gegründet worden. Ich kenne die aus der Zeitung.«

Hans Koschnick (1929–2016) teilte in einem Schreiben vom 29. Mai 2012 mit: »Ja, ich kannte (kenne) Wolfgang Deuling, kann mir aber nicht vorstellen, dass es einer Extra-Empfehlung von mir bedurfte, um ihm eine Einstellung im SPD-Partei-vorstand zu ermöglichen. Ich war damals schon Mitglied des PV [Parteivorstandes] und wäre ganz sicher auf bremische Bewerber angesprochen worden. Das wird sicher auch hier in diesem Falle geschehen sein, ohne aber von mir noch eine schriftliche Empfehlung einzuholen. Hier wird sicher die Empfehlung von Dr. Henning Scherf, dem damaligen SPD-Landesvorsitzenden, ausreichend gewesen sein.«

Und Dr. Peter Gelis (1941–2020), der ebenfalls von Roebke auf dem Vorgang »Bob« erfasst worden war, hatte in Hamburg Soziologie studiert und schloss als Diplomsoziologe 1968 mit einer Arbeit über Sprache und Soziologie ab.⁵⁶ In einem Telefonat führte Dr. Peter Gelis am 22. Mai 2012 aus, wie im Gedächtnisprotokoll vermerkt ist: »Er habe Wolfgang Deuling während des Studiums in Hamburg etwa 1966 kennengelernt. Beide haben in Bremen gewohnt und seien sehr gute Freunde gewesen. Peter Gelis habe Wolfgang Deuling und dessen Frau auch in deren Wohnung in Bremen aufgesucht. Einige Zeit vor seinem Studieneinde haben er und Wolfgang Deuling über Tage hinweg politisch intensiv diskutiert. Seine politischen Ansichten seien zu jener Zeit wie die Wolfgang Deulings sehr weit links gewesen,

⁵⁵ Volker Mauersberger: Henning Scherf. Zwischen Macht und Moral. Eine politische Biografie, Bremen 2007.

⁵⁶ Formblatt 16 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

wobei Wolfgang Deuling eine große Sympathie für die DDR habe erkennen lassen. Die intensiven Diskussionen seien an dem Punkt abgerissen, als Wolfgang Deuling ihn gefragt habe, ob er bereit sei, nach seinem Studium für den DDR-Geheimdienst zu arbeiten.« Diese Bereitschaft habe Peter Gelis verneint, der zu jenem Zeitpunkt mehr Sympathien für Kuba, nicht aber für die DDR empfunden habe. Wolfgang Deuling habe ihm im Laufe des Gesprächs in Aussicht gestellt, ihn möglicherweise als Stadtplaner in Hamburg unterzubringen, woraus aber nichts geworden sei, als er sich dort beworben habe. Im Rahmen dieses ›Werbegesprächs‹ habe Wolfgang Deuling von ihm auf der Alster ein Foto geschossen. Nach diesem ›Werbungsgespräch‹ habe Wolfgang Deuling den Kontakt abgebrochen bzw. sie haben sich danach nie wieder gesehen.«

Über Albrecht Müller (geb. 1938), der am 16. Juni 1970 für den Vorgang von »Bob« erfasst wurde, teilte Dr. Henning Scherf in einem Schreiben vom 29. Mai 2012 mit: »Wolfgang [Deuling] war Studienfreund von Albrecht Müller, dem langjährigen engsten Mitarbeiter von Hans Koschnick. Es kann sein, dass er diese Nähe genutzt hat. Leider ist Albrecht Müller tot.«

Am 24. Februar 1972 wanderte der Vorgang »Bob« von Schwerin nach Berlin, zur HV A II/4, wo ihn Johannes Gensel übernahm.⁵⁷ Das Referat 4 der HV A II verfügte über sieben bis neun Mitarbeiter. Zwei Mitarbeiter waren regelmäßig zuständig für die SPD in West-Berlin, zwei bis drei Mitarbeiter befassten sich mit der Basisarbeit, also dem Sozialistischen Hochschulbund, den Jugend- und Nachwuchsorganisationen der SPD bis zur Ebene der Landtagsfraktion und den anderen Mitarbeitern, mit der SPD-Bundestagsfraktion, dem Parteivorstand oder der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zum Zeitpunkt der Übergabe des Vorganges »Bob« von Willy Rübke an Johannes Gensel war Wolfgang Deuling weiterhin als Redakteur der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Vorstandes angestellt. In dieser Zeit war Wolfgang Deuling vielfach publizistisch tätig. Im Februar 1972 zur Frage politischer Reformen,⁵⁸ ansonsten wiederholt zu Fragen der CDU/CSU,⁵⁹ die auch im »Spiegel« ihren Niederschlag fanden.⁶⁰

⁵⁷ Formblatt 22 mit der Reg.-Nr. XV 1471/65; BArch, MfS, Datenbank »Rosenholz«.

⁵⁸ Wolfgang Deuling: Noch einmal: Systemüberwindende oder systemverbessernde Reformen? in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 1972, H. 2, S. 38–40.

⁵⁹ Wolfgang Deuling: Mißbrauchte Verhaltensforschung. Wissenschaft als Ausbeutungsobjekt des Neo-Konservatismus, in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 1974, H. 6, S. 451–453. – Ders.: Die Mannheimer Erklärung der CDU, oder: Warum Biedenkopf viel gefährlicher als Strauß ist, in: ebd., Jg. 1975, H. 22, 557–560. – Ders.: Elemente neokonservativer Ideologie und alltägliche CDU/CSU-Propaganda, in: ebd., Jg. 1976, H. 1, S. 30–32. – Ders.: Die CDU/CSU – Anspruch und Wirklichkeit (Ms.), Bonn o. J. [vor 1977].

⁶⁰ Die Aktivitäten Wolfgang Deulings bei der Aufhellung der politischen Arbeit der CDU/CSU als Angestellter der SPD-Öffentlichkeitsabteilung bildeten sich auch in »Der Spiegel« ab. Dort heißt es über ihn: »Dabei wird es der Partei schwer genug fallen, überhaupt die Ziele auszumachen und die anonymen Geldgeber zu entlarven. Dem SPD-Referenten Wolfgang Deuling, 31, der für die Erarbeitung der Dokumentation in der Parteibaracke zuständig ist, scheint es

Barbara Deuling arbeitete von Oktober 1974 an bei der SPD-Bundestagsfraktion als Sekretärin im Arbeitskreis III: Wirtschaftspolitik, ab 1980 war sie Sekretärin im Arbeitskreis I: Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik und ab Januar 1982 halbtags vertretungsweise Sekretärin in der Arbeitsgruppe »Sicherheitsfragen« innerhalb des Arbeitskreises I: Außen- und Sicherheitspolitik, Innerdeutsche Beziehungen. Die Akte »Bob« wurde von der HV A bis zu ihrer Auflösung nicht geschlossen.

Fazit

Die DDR spionierte vom Norden aus, also von den MfS-Bezirksverwaltungen in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin in der Bundesrepublik, wobei sie in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen, aber auch – im Zuge einer Arbeitsteilung – in West-Berlin operativ agierte. Dabei stand ihr vergleichsweise ein kleiner Apparat zur Verfügung. Insgesamt waren 120 hauptamtliche Mitarbeiter im Einsatz – von insgesamt 4.600 Hauptamtlichen der HV A. Das inoffizielle Netz im Westen war mit 69 Positionen eher überschaubar – das machte vier Prozent der 1.553 Inoffiziellen der HV A in der Bundesrepublik aus. Es waren nur wenige »Spitzenquellen« darunter, die von der HV A vom Norden der DDR aus geführt wurden. Die Erklärung liegt auf der Hand: Aufgabe innerhalb der Bezirke war es, das örtliche Potential und dessen Verbindungen in den Westen auszuschöpfen, zu IM-Vorgängen zu entwickeln und ab einer bestimmten Qualität an die Zentrale in Berlin abzugeben, wie das Beispiel der »Spitzenquelle« der HV A, »Bob«, zeigt. Mithin war der Norden – wie auch andere Bezirksverwaltungen – überwiegend im Status des Hoflieferanten.

schon heute ›fraglich, ob man in jedem Fall bis zur Quelle vorstoßen kann‹.« Ich muß vollkommen unauffindbar sein. Spiegel-Report über die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, in: Der Spiegel, 26. Jg. (1972) H. 50, S. 38–54, hier 41. – In einer anderen Ausgabe heißt es: »Partei-Angestellter Wolfgang Deuling, Initiator der Umfrage-Aktion, mag ans Zerreißen nicht denken. Er bewahrt die rund 200 Rückläufe von der Basis in einem blauen Aktendeckel auf. Der Öffentlichkeitsarbeiter will das Rundschreiben als »Protest« verstanden wissen: »Es hat sich gezeigt, da läßt sich noch was holen.« SPD-Fragebogen. Auffällig informiert, in: Der Spiegel, 26. Jg. (1972), H. 45, S. 105.

Michael Heinz

Im Visier der DDR-Staatssicherheit

Verfolgung US-amerikanischer Spionage im Bezirk Rostock

Die Verfolgung westlicher Geheimdienste nahm in der Propaganda der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) einen wichtigen Stellenwert ein. Aus Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – »Schild und Schwert der Partei« – stellte die Spionageabwehr folgerichtig eine tragende Säule in der Rechtfertigung der eigenen Existenz dar. Insbesondere der Kampf gegen die US-amerikanische Central Intelligence Agency (CIA) wurde propagandistisch ausgeschlachtet.

Nach 1990 versuchten ehemalige MfS-Offiziere auch hinsichtlich der Darstellung der Spionageabwehr die Deutungshoheit zu gewinnen.¹ Dabei überhöhten sie Stellenwert und Erfolg im Vergleich zur eigentlichen Hauptaufgabe der Überwachung und Kontrolle der DDR-Bevölkerung im Sinne der Machtsicherung der SED, um sich legitimieren zu können.

Unbestritten besaßen die US-Geheimdienste mit Westdeutschland und West-Berlin »die beste Basis für Geheimoperationen in Ostmitteleuropa«.²

Obwohl das Thema westliche Spionage so prominent für SED und MfS war, spielt es in der Aufarbeitung der ostdeutschen kommunistischen Diktatur keine große Rolle. Das gilt umso mehr für den Norden der DDR. Nur einzelne Fälle wurden hier bisher beleuchtet.³ Im Folgenden wird es um die Fragen gehen, in welchem Maße US-Spionage an der DDR-Ostseeküste betrieben wurde, wie die Stasi darauf

¹ Beispielhaft: Klaus Eichner/Andreas Dobbert: *Headquarters Germany. Die USA-Geheimdienste in Deutschland*, Berlin 1997. – Reinhard Grimmer u. a. (Hrsg.): *Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS*, 2 Bde., Berlin 2002. – Heinz Günther: *Zwischen den Fronten. Wie die Spionageabwehr des MfS den Funkstützpunkt »Nord« der CIA in der DDR zur Strecke brachte*, Berlin 2006 (künftig zitiert: Günther, *Zwischen den Fronten*). – Herbert Kierstein (Hrsg.): *Heiße Schlachten im Kalten Krieg. Unbekannte Fälle und Fakten*, Berlin 2007 (künftig zitiert: Kierstein, *Heiße Schlachten*).

² Bernd Stöver, CIA. *Geschichte, Organisation, Skandale*, München 2017, S. 30 (künftig zitiert: Stöver, CIA).

³ Z. B. Alan Keele: *Walter Kempowski, ein Spion? Ein Vergleich der »Dichtung« der Deutschen Chronik mit der »Wahrheit« in den amerikanischen Geheimakten des CIC*, in: Lutz Hagestedt (Hrsg.): *Walter Kempowski. Bürgerliche Repräsentanz – Erinnerungskultur – Gegenwartsbewältigung*, Berlin 2021, S. 245–260.

reagierte und wie sie den Vorwurf der US-Spionage instrumentalisierte.⁴ Dazu werden die Ergebnisse einer erstmals erarbeiteten quantitativen Analyse vorgestellt und anschließend exemplarisch einige Fallschilderungen unternommen.

Quantitative Analyse

Grundlage der quantitativen Analyse sind Abfragen, die im Sach-Akten-Erschließungs-Programm (SAE) des Stasi-Unterlagen-Archivs (StUA) vorgenommen wurden. Im StUA Rostock sind die hierfür einschlägigen Aktenkategorien für die besonders wichtigen 1950er- und 1960er-Jahre erschlossen. Herausragende und sensible Vorgänge legte das MfS in der Geheimen Hauptablage (GH) im Zentralarchiv in Ost-Berlin ab, die seit einigen Jahren komplett erschlossen ist und damit auch in die Recherche einfluss. Außerdem wurden Monatsberichte der Hauptabteilung IX des MfS (27 Akten) gesichtet, die sich jedoch aufgrund fehlender Tiefe als wenig ergiebig erwiesen.⁵

In mehr als 30 Fällen wurden die Recherchen durch Sichtung der Akten ausgebaut beziehungsweise überprüft. Dadurch fielen einige heraus, weil sich keine Spionage durch US-Geheimdienste ergab. Schließlich wurde eine Datenbank angelegt.

Insgesamt kam der Autor für das Territorium des Bezirks Rostock auf 126 »Spionage«-Vorgänge.⁶ Spionage (und auch Täter) sind hierbei in Anführungszeichen gesetzt (im Folgenden wegen der Lesbarkeit nicht mehr), da man immer in Betracht ziehen muss, dass die Stasi auch ohne Substanz Spionage unterstellen konnte, um politischen Widerstand, Opposition oder non-konformes Verhalten als Aktivitäten des »Feindes« brandmarken oder auch einfach nur Erfolge nachweisen zu können.

Für die Datenbank und ihre Analyse wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Folgende Fallkategorien blieben ausgeklammert, da sonst jeglicher Rahmen gesprengt worden wäre:

⁴ US-Geheimdienste waren natürlich nicht die einzigen westlichen, die im Bezirk Rostock operierten. Auffällig ist das Interesse des französischen Geheimdienstes. Stefan Karner: Der »französische Spionagering« in Rostock und die sowjetische Staatssicherheitsakte zu Wilhelm Joachim Gauck, in: Andreas Kötzing u. a. (Hrsg.): Vergleich als Herausforderung: Festschrift für Günther Heydemann zum 65. Geburtstag, Göttingen 2015, S. 171–183.

⁵ Zur HA IX (Ermittlungsorgan): Roger Engelmann, Frank Joestel: Die Hauptabteilung IX: Untersuchung (= Anatomie der Staatssicherheit (MfS-Handbuch)), Berlin 2016.

⁶ Madrell hat anhand der Monatsberichte der HA IX die Aktivitäten westlicher Geheimdienste in der DDR untersucht und kam auf 2.373 Fälle. Paul Madrell: Im Fadenkreuz der Stasi: Westliche Spionage in der DDR. Die Akten der Hauptabteilung IX (künftig zitiert: Madrell, Fadenkreuz), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 61. Jg. (2013), H. 2, S. 141–171. – Ehemalige Stasi-Mitarbeiter haben nach 1990 behauptet, mehr als 5.000 Verhaftungen feindlicher Spione vorgenommen zu haben. Ebd., S. 165 f.

- in denen nur die Rede von einem »westlichen Geheimdienst« ist – dort war es offenbar für das MfS nicht ersichtlich, mit welchem genau man es zu tun hatte;
- bei denen die Hauptakteure der Organisation Gehlen zugerechnet wurden – diese stand zwar unter Treuhänderschaft der US-Armee beziehungsweise der CIA, wurde jedoch 1956 zum Bundesnachrichtendienst (BND);⁷
- jene zur Militärverbindungsmission der USA – diese war nach alliierter Besatzungsstatut legal und daher anders zu behandeln;⁸
- solche mit Bezug zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU).⁹ Die KgU wurde zwar durch die CIA finanziert, was den Spionen vor Ort jedoch nicht bewusst war. Sie glaubten oft, im Auftrag einer deutschen Widerstandsorganisation tätig zu sein. Hinzu kam, dass die CIA 1953/54 die Beziehungen zur KgU weitestgehend abbrach – vor allem wegen fehlender Professionalität.¹⁰

Die USA verfügten über eine Vielzahl von auslandsoperierenden Geheimdiensten im Kalten Krieg. Oft konspirierten die Geheimdienstmitarbeiter ihre Institution. So tappte auch das MfS teils im Dunkeln, mit wem man es hier zu tun hatte.¹¹ Die angeblichen Auftraggeber wurden in den Akten dann zum Beispiel nur als »Camp King« in Oberursel bezeichnet, wo jedoch mehrere Geheimdienste ansässig waren, oder man konnte nur Adressen in der Bundesrepublik angeben.

In einigen Fällen glaubte das MfS jedoch, die auftraggebende Spionageinstitution genauer benennen zu können.¹² Bei den 126 Spionagefällen konnte bei 33 ein Geheimdienst als Auftraggeber herausgefiltert werden. Die Masse dieser Fälle resultierte aus Aktivitäten der militärischen US-Geheimdienste. Dem CIA, der sich erst im Laufe der Zeit zum führenden Auslandsgeheimdienst entwickelte, konnten acht

⁷ Zur Organisation Gehlen ausführlich: Jens Wegener: Die Organisation Gehlen und die USA. Deutsch-amerikanische Geheimdienstbeziehungen 1945–1949, Berlin 2008. – Thomas Wolf: Die Anfänge des BND. Gehlens Organisation – Prozess, Legende und Hypothek, in: VfZ, 64. Jg. (2016), H. 2, S. 191–225.

⁸ Ausführlich: Söhnke Streckel: Lizensierte Spionage: Die alliierten Militärverbindungsmissionen und das MfS, Halle 2008.

⁹ Zur KgU ausführlich: Enrico Heitzer: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Köln 2015. – Friedrich-Wilhelm Schlomann: Mit Flugblättern und Anklageschriften gegen das SED-System. Die Tätigkeit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und des Untersuchungsausschusses freier Juristen der Sowjetzone (Uff). Zeitzeugenbericht und Dokumentation, Schwerin 1998.

¹⁰ Stöver, CIA, S. 35.

¹¹ Madrell, Fadenkreuz, S. 151.

¹² In Betracht ziehen muss man auch, dass das MfS mangels besserer Informationen in einigen Fällen der Einfachheit halber die CIA verantwortlich machte. Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Was wußte der Westen? Die Spionage des CIA, des britischen SIS, der französischen DSSE und des BND gegen den Sowjetblock von 1945 bis 1990. Die westalliierten Militärverbindungsmissionen in Potsdam, Aachen 2009, S. 13 (künftig zitiert: Schlomann, Westen).

US-Geheimdienst	Anzahl der Fälle
Air Intelligence Agency (AIA)	1
Central Intelligence Agency (CIA)	8
Counter Intelligence Corps (CIC)	11
Military Intelligence Service (MIS)	11
Office of Naval Intelligence (ONI)	2

Durch das MfS festgestellte US-Geheimdienste in den 126 Fällen.

Fälle zugeordnet werden. Die hohe Anzahl militärischer Geheimdienstfälle, sofern sie echt sind, könnte und dürfte unter anderem folgenden Gründe gehabt haben:

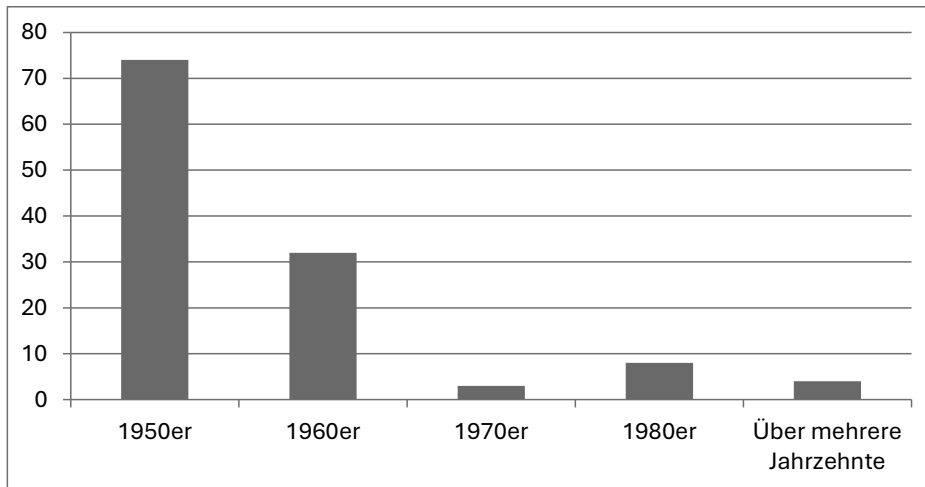
- Die sowjetisch-ostdeutsche militärische Spionageabwehr war engmaschig,
- die Militärkonzentration an der Ostsee war stark,
- das militärische Counter Intelligence Corps (CIC) war zunächst der am stärksten vertretene US-Geheimdienst im Nachkriegsdeutschland,
- die CIA befand sich in der Hochzeit der DDR-Spionage in den 1950er-Jahren erst im Aufbau.

Außerdem fehlte es den militärischen US-Geheimdiensten teilweise noch an Professionalität.¹³ Die US-Agencies arbeiteten weiterhin auch nicht immer eng zusammen, was die Sicherheit ihrer Agenten gefährdete. Experten wie Franceschini und andere sprechen gar von einer »Feindseligkeit« zwischen CIC und CIA.¹⁴

Rund 2,8 Millionen Menschen verließen die DDR bis 1961 in Richtung Westen. Teilweise hoffte die SED darauf, diese für den »Sozialismus« zurückgewinnen zu können und manche kamen tatsächlich zurück. Andererseits waren »Rückkehrer« dem MfS suspekt und blieben oftmals unter Beobachtung. Aus geheimpolizeilicher Sicht hatten diese Personen im Westen unter dem Eindruck von »Feindpropaganda« gestanden und konnten zudem durch einen Geheimdienst mit einem Auftrag in die DDR zurückgeschickt worden sein. »Rückkehrer« mussten sich nach ihrer Wiederankunft daher oft Verhöre stellen. Wenn sie dann zugaben, in den Befragungsstellen in den Flüchtlingslagern und darüber hinaus westlichen Geheimdiensten

¹³ Zu letzterem Punkt ausführlicher: Christoph Franceschini u. a.: Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 269 f. und 278 (künftig zitiert: Franceschini, Spionage).

¹⁴ Franceschini, Spionage, S. 269. Zur schwierigen Entstehungsgeschichte und zur Konkurrenz der Geheimdienste untereinander: Tim Weiner, CIA. Die ganze Geschichte, Frankfurt am Main 2008, S. 27–110 (künftig zitiert: Weiner, CIA).



Zeitliche Verteilung der US-Spionagefälle nach Jahrzehnten.

substanziellere Auskünfte gegeben zu haben, konnten sie wegen Spionage belangt werden.¹⁵

In der Datenbank betreffen 46 Vorgänge, also 36 Prozent (!), »Rückkehrer«. Bei fünf dieser Fälle glaubte das MfS nachgewiesen zu haben, dass die Betroffenen mit einem Spionageauftrag zurück in den Osten gekommen seien. Vorgänge, in denen Westdeutsche mit Spionageauftrag in die DDR übersiedelt waren, konnten hingegen nicht eruiert werden.¹⁶

Die zeitliche Verteilung der 126 Spionagefälle ist eindeutig. Ihr Schwerpunkt fällt auf die 1950er- und frühen 1960er-Jahre. Das ist meines Erachtens auf die noch relativ offenen Grenzen zurückzuführen, den Beginn der heißen Phase des Kalten Kriegs, eine höhere Anzahl von »Rückkehrern« und wahllose massenhafte Anwerbungen durch US-Geheimdienste. Hinzu kamen häufig eine schlechte Ausbildung, unprofessionelle Führung der Agenten und falsche Sicherheitsversprechungen, die deren Enttarnung beförderten.¹⁷ Zudem gab es in den 1950er-Jahren Kampagnen

¹⁵ Ausführlicher: Bernd Stöver: *Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler*, München 2009. – Ulrich Stoll: *Einmal Freiheit und zurück. Die Geschichte der DDR-Rückkehrer*, Berlin 2009.

¹⁶ Zur Anwerbung von Flüchtlingen und Rücksendung in die DDR ausführlicher: Paul Madrell: *Spying on Science. Western Intelligence in Divided Germany 1945–1961*, New York 2006, S. 56–70 (künftig zitiert: Madrell, *Spying*).

¹⁷ Stefan Appelius: *Confidential – Die CIA im geteilten Deutschland. Teil 1. Einen »James Bond« gab es nicht*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbunds SED-Staat (ZdF)*, 23. Jg. (2019), H. 44, S. 142–151, hier S. 148 f. (künftig zitiert: Appelius, *Confidential Teil 1*). – Stöver, *CIA*, S. 14. – Madrell, *Spying*, S. 119–121.

des MfS gegen Spione, so die Aktion »Pfeil« 1954, bei der DDR-weit 176 angebliche US-Spione festgenommen worden waren.¹⁸

Mit dem Ausbau des Grenzregimes nach dem »Mauerbau« 1961 wurden Anwerbungen, Spionage und die Informationsübermittlung komplizierter. Außerdem setzten Geheimdienste stärker auf technische Möglichkeiten und weniger auf unzuverlässigere und stärker gefährdete Humanressourcen, was sich in den deutlich niedrigeren Fallzahlen ab den 1970er-Jahren ausdrückt. Weiterhin änderte sich die Strategie des nun stärksten US-Players: Statt auf Rollback in Ostmitteleuropa zu setzen, setzte die CIA ihren Fokus auf die »Dritte Welt«.¹⁹ Erst nach dem Regierungsantritt Jimmy Carters (*1924) 1977 lenkte die CIA ihre Aktivitäten wieder stärker auf Ostmitteleuropa, was auch in den Fallzahlen zum Ausdruck kommt.²⁰

In der Masse der 126 Fälle ging es um Einzelpersonen. Bei 17 arbeiteten die Spione zu zweit. In zwölf Vorgängen verzeichnete die Stasi drei und mehr Spione. Bei 99 Fällen (76 Prozent) waren die Spione männlich. Nur in fünf Fällen handelte es sich um Einzeltäterinnen, achtmal hatte die Stasi es mit Agentenpaaren zu tun. Der weibliche Anteil mag auf den ersten Blick gering erscheinen, jedoch war die Geheimdienstwelt des Kalten Kriegs männlich dominiert. Hauptamtliche Geheimdienstmitarbeiter waren fast immer Männer. Bei den Informanten lag der weibliche Anteil etwas höher, wie sich auch hier zeigt.²¹ Die Gründe waren zum Teil gesellschaftlich begründet, aber letztlich sehr vielfältig.

Bei den allermeisten Fällen handelte es sich um DDR-Bürger, manchmal auch um Bundesbürger (acht Fälle). Allerdings stellt sich bei manchen der 46 »Rückkehrer« je nach Dauer des West-Aufenthalts die Frage, wie man ihre Herkunft werten soll. Nur bei einem Fall konnte ein nichtdeutscher Ausländer als Täter ermittelt werden. Der Österreicher Hannes Sieberer hatte einen Rostocker für die Military Intelligence angeworben.²²

¹⁸ Karl Wilhelm Fricke/Roger Engemann: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 47–51 (künftig zitiert: Fricke/Engemann, Konzentrierte Schläge). – Schlomann, Westen, S. 17.

¹⁹ Stöver, CIA, S. 42. – Madrell konstatiert für seine Erhebung einen deutlichen Rückgang der Spionagefälle nach 1965. Madrell, Fadenkreuz, S. 157. – Zur schwierigen Informationsübermittlung und Anwerbung auch: Ebd., S. 158 f. – Madrell, Science, S. 247–267.

²⁰ Stöver, CIA, S. 60–62.

²¹ Zu Frauen als Agentinnen: Maik Baumgärtner/Ann-Katrin Müller: »Die Unsichtbaren. Wie Geheimagentinnen die deutsche Geschichte geprägt haben«, München 2022.

²² Gespräch mit Dr. Hannes Sieberer, in: Kierstein, Heiße Schlachten, S. 206–211. – Herbert Kierstein/Hannes Sieberer: Verheizt und vergessen. Ein US-Agent und die DDR-Spionageabwehr, Berlin 2005. – Sieberer wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, sein Kompanion zu 14 Jahren. Ausführlicher: Bundesarchiv (BArch), MfS, ZAIG, Nr. 37394 und die Akten der Hauptabteilung II: BArch, MfS, HA II, Nr. 4924, 23914, 39211, 40551, 41197, 41956 und 46707. Schulungsfilm zum Fall: BArch, MfS, HA II, Vi 61. – Zur HA II: Hanna Labrenz-Weiß: Die

Verurteilung nach	Anzahl der Personen
Kriegs- und Boykotthetze (DDR-Verfassung Art. 6 und Kontrollratsdirektive Nr. 38)	58
Spionage (§ 14 Strafergänzungsgesetz (StEG), § 97 Strafgesetzbuch (StGB))	51
Nachrichtenübermittlung/Sammlung (§ 15 StEG, § 98 StGB), Landesverräterischer Treuebruch/Nachrichtenübermittlung (§ 99 StGB)	11
Sonstige Paragraphen	3
Verurteilung, aber keine Feststellung auf welcher Grundlage	6
Übergabe an Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)/ Sowjetische Kontrollkommission (SKK)	10
Keine Verurteilung	33

Erfolgte Verurteilungen in den 126 Fällen.²³

Bei fast allen Vorgängen ging es nicht um hauptamtliche Mitarbeiter von US-Geheimdiensten, sondern vielmehr um Informanten. Hauptamtliche betraten in der Regel nicht den Boden der DDR.²⁴ Die CIA nannte die Informanten »Agents«. Angeworben wurden sie nach dem Prinzip »MICE«: Money, Ideology, Compromise, Ego – also mit Geldzuwendungen, politischer Überzeugung, kompromittierendem Material/Erpressung und persönlicher Wertschätzung.²⁵ Insgesamt kann jedoch davon ausgegangen werden, dass insbesondere in den 1950er-Jahren das Motiv des antikommunistischen Widerstands im Vordergrund bei vielen Spionen stand.²⁶

Insgesamt kam der Autor auf 142 Verurteilungen in den 126 Fällen, da oftmals mehrere Täter pro Fall auftraten. 125-mal konnten die entsprechenden Paragraphen festgestellt werden.

Bis Ende der 1950er-Jahre wurden die meisten »Agenten« nach Artikel 6 (»Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern ...«) der Verfassung der DDR und Kontrollratsdirektive Nummer 38, Artikel III Abschnitt IIIAIII, wegen »Kriegs- und Boykotthetze« verurteilt. DDR-Gerichte interpretierten Spionage als Kriegshetze und Militarismus, da sie unterstellten, die »Auftraggeber« würden mit Spionage-

Hauptabteilung II: Spionageabwehr (= Anatomie der Staatssicherheit (MfS-Handbuch)), Berlin 1998 (künftig zitiert: Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II).

²³ Oftmals erfolgte die Verurteilung nach mehreren Paragraphen. Für die Zählung wurde der schwerwiegendste Straftatbestand in den Vordergrund gestellt.

²⁴ Appelius, Confidential Teil 1, S. 145, 151.

²⁵ Stöver, CIA, S. 25. – Appelius, Confidential Teil 1, S. 146, 150.

²⁶ Karl Wilhelm Fricke: Spionage als antikommunistischer Widerstand, in: Deutschland Archiv, 35. Jg. (2002) H. 4, S. 565–578.

handlungen einen Dritten Weltkrieg vorbereiten. Letztlich instrumentalisierte und missbrauchte das SED-Regime die alliierte Kontrollratsdirektive, um Gegner der eigenen Politik rechtsstaatswidrig bestrafen zu können.²⁷

Ab Ende der 1950er-Jahre, offenbar in Auswirkung der Einführung des Strafrechtsergänzungsgesetzes, kamen dann meist die nun geschaffenen Spionage- beziehungsweise Nachrichtenübermittlungs- und Landesverratsparagraphen 14 bis 16 zur Anwendung. Mit der Strafrechtsreform von 1968 fanden diese Paragraphen Aufnahme im neuen Strafgesetzbuch unter neuen Nummern.

Nicht selten nahmen die Gerichte bei den Verurteilungen auch andere Straftatbestände hinzu, bei »Rückkehrern« zum Beispiel wegen »Republikflucht« das Passgesetz Paragraph 8 und ab 1968 Paragraph 213 StGB.²⁸

Vier Vorgänge schloss man mit Übergabe von zehn Betroffenen an die sowjetische Besatzungsmacht beziehungsweise Geheimpolizei ab – allesamt zu Beginn der 1950er-Jahre. Sofern eine solche Übergabe erfolgte, war eine harte Verurteilung zu langjähriger Zwangsarbeit im Gulag-System oder zum Tode fast sicher.²⁹ Mitzudenken ist, dass die sowjetische Geheimpolizei Spionagefälle ohne Beteiligung des MfS bearbeitete und zum Abschluss brachte,³⁰ sodass die Dunkelziffer hier weit höher liegen dürfte.

128-mal konnten in der Analyse Strafmaße festgestellt werden. Todesurteile und lebenslängliche Haftstrafen wurden bis auf eine Ausnahme in 1950er- und 1960er-Jahren verhängt. Letztlich dominierten die Haftstrafen (meist Zuchthaus) zwischen fünf und 15 Jahren. Aber auch der Anteil niedrigerer Haftstrafen mit bis zu vier Jahren Gefängnis oder Zuchthaus ist auffällig und ein Hinweis darauf, dass die Spionage hier offenbar nicht besonders schwer wog. So sind bei niedrigeren Haftstrafen oft auch die »Rückkehrer« vertreten, die nur im Westen befragt worden waren.

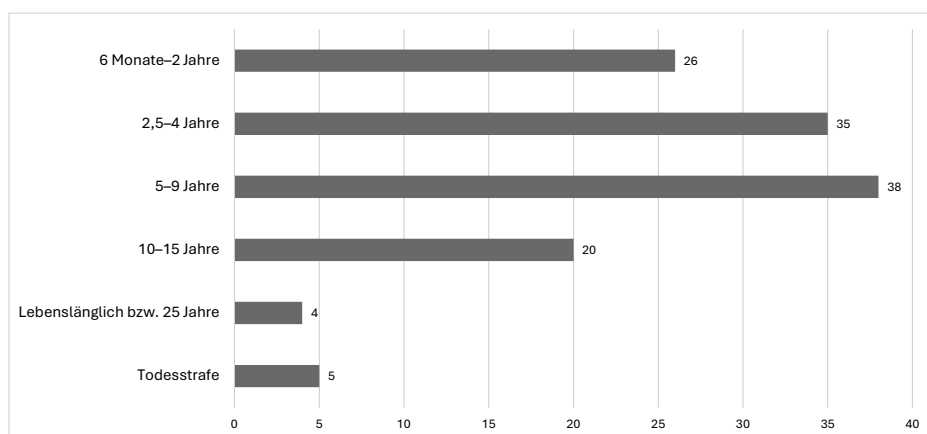
Nicht immer hatte das MfS Interesse an Verurteilungen bei Spionage – insbesondere dann nicht, wenn die betreffende Person selbst für die SED-Geheimpolizei, also als Doppelagent agierte. Ein Fallschilderung folgt unten.

²⁷ Zum Missbrauch: Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht – Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1997. – Ders.: Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 2000.

²⁸ Zur »Republikflucht« ausführlich: Henrik Bispinck/Damian van Melis: Republikflucht: Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2006.

²⁹ Zum Gulag ausführlicher: Anne Applebaum: Der Gulag, Berlin 2003.

³⁰ Fricke, Engemann, Konzentrierte Schläge, S. 48.



Strafmaße in den 126 Fällen.

Die Verurteilungen nahmen verschiedene Gerichte vor. Oft kam das Bezirksgericht Rostock zum Einsatz, in frühen Fällen auch das Landgericht Güstrow. Sofern Militärspionage vorgeworfen wurde, fanden die Verhandlungen oftmals vor Militärobergerichten (MOG) statt (v. a. Neubrandenburg). Das war aber offenbar keine Voraussetzung. So finden sich auch Fälle, in denen auf den ersten Blick kein Militärbezug bestand, aber MOG die Prozesse übernahmen.³¹ Die Gründe sind unklar.

Viele der aufgenommenen Fälle wurden durch die MfS-Bezirksverwaltung Rostock bearbeitet. Teilweise, vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten der SED-Diktatur, geschah dies im Rahmen von Zentralen Operativvorgängen (ZOV),³² in denen dann die Bezirksverwaltung die Bearbeitung eines Teilvorgangs (TV) übernahm, der ZOV jedoch oft durch die Hauptabteilung II (Spionageabwehr) oder Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) geführt wurde.³³ Besonders wichtige und große Fälle, vor allem ab den 1970er-Jahren, wurden aber teils zentral gesteuert und bearbeitet.

³¹ Appellus schildert einen Fall der Inhaftierung eines US-Spions in der Untersuchungshaftanstalt Rostock und Verhandlung vor dem MOG Neubrandenburg, der offenbar jedoch keinen regionalen Bezug hatte. Appellus, Stefan: Confidential – Die CIA im geteilten Deutschland. Teil 2. Die Residenten Walter Schreck und Walter Schönwetter, in: ZdF, 24. Jg. (2020), H. 45, S. 197–207.

³² Zu nennen ist hier u. a. der ZOV »Tanne« (Registriernummer XV/583/65). BArch, MfS, HA II, Nr. 40001–40006.

³³ Innerhalb der HA II war die Abteilung 3 (»amerikanische Linie«) für die Bekämpfung von US-Spionage verantwortlich. Labrenz-Weiß, Hauptabteilung II, S. 10.

Hauptzielorte der Spionage	Anzahl der Fälle
Kreis Bad Doberan	4
Kreis Greifswald	6
Kreis Grevesmühlen	2
Kreis Grimmen	2
Kreis Ribnitz-Damgarten	6
Rostock	36
Rügen	5
Stralsund	7
Wismar	6
Kreis Wolgast	4

Hauptzielorte der Spionagefälle.

Es folgte ebenfalls der Versuch, Hauptzielorte der Spionage festzustellen. Im Bezirk Rostock schien dies die namensgebende Bezirkshauptstadt zu sein. Dieser Fokus überrascht wenig, handelte es sich doch mit Abstand um die größte und wirtschaftlich potenteste Stadt der Region. Die Volksmarine und der DDR-Seehandelsmonopolist Deutsche Seereederei (DSR) hatten hier ihre Hauptquartiere, der einzige Überseehafen für Ostdeutschland entstand dort und mit der Fährverbindung nach Gedser/Dänemark hatte man ständigen Kontakt zum »Operationsgebiet«. Auch über Rostock hinaus bildeten militärische Objekte oft einen Zielpunkt für Spionage genauso wie die Reichsbahn, die viele Militärtransporte abwickelte.³⁴ Ein Schwerpunkt überhaupt zeigte sich an den Werftstandorten Wismar, Rostock, Stralsund und Wolgast. Der Schiffbau, der in der Anfangszeit vor allem für Reparationen arbeitete, bildete offenbar häufig ein Zielobjekt der US-Spionage, wie auch der folgende Fall bei aller gebotenen Vorsicht und Quellenkritik zu zeigen scheint.

³⁴ Ähnlich festgestellt durch: Madrell, Fadenkreuz, S. 152. – Madrell, Spying, S. 169–175.

Fallanalyse

MfS als Arm der sowjetischen Geheimpolizei

Im Juli 1950 wurden drei hohe Mitarbeiter der Vereinigung volkseigener Werften (VWW) Schiffsmontage Rostock wegen Bilanzverschleierung und »Sabotage am Volksvermögen« verhaftet. Bei der Bearbeitung des Falls fiel der Stasi jedoch auf, dass ein Teil der nicht auffindbaren Differenzsumme auf Material für den Passagirdampfer »Asia« verbucht wurde. Dort kam es aber nie an. Zur Klärung unterzog sie den Montageleiter Georg Birkholz am 3. November einer Zeugenvernehmung. Zeitgleich nahm sie eine Durchsuchung seiner Wohnung in Warnemünde vor. Dabei fand man Zeichnungen vom örtlichen sowie vom Wismarer Hafen und verhaftete ihn daraufhin.³⁵

Bei Georg Birkholz, gebürtig 1908 in Pommern, handelte sich um einen Ingenieur, der 1933 der NSDAP beigetreten, 1944 jedoch wegen Befehlsverweigerung ausgeschlossen worden war. Nach Kriegsende nahm er eine Tätigkeit in der Neptun-Werft auf, arbeitete dann ab 1947 in einem privaten Konstruktionsbüro in Warnemünde und wechselte 1949 mit dessen Leiter, der dort Direktor wurde, zur VWW Schiffsmontage.³⁶

In den Verhören gestand Birkholz, Spionage im Auftrag seines ehemaligen Chefs durchgeführt zu haben, der seit seiner Flucht im Frühjahr 1950 in West-Berlin lebte. Dieser erhalte wiederum seine Aufträge von US-Amerikanern.³⁷ Ende August 1950 habe dieser Kontakt zu ihm aufgenommen und ihn nach West-Berlin gebeten. Dort habe er gegen Geld den Auftrag angenommen, Pläne der Häfen zu beschaffen.³⁸

West-Berlin war in einigen der geprüften Fälle Ausgangsbasis für Spionageaufträge. Hier hatten alle westalliierten Geheimdienste Dependancen und der CIA mit der vom früheren US-Auslandsnachrichtendienst Office of Strategic Services (OSS) übernommenen »Berlin Operation Base« ein relativ eigenständiges und sehr aktives »Field Office«.³⁹

³⁵ BArch, MfS, Bezirksverwaltung (BV) Rostock, AU 44/51, Bruhn: Vorgang, 3.11.1950, Bl. 9. – Zum Fall des Direktors et. al.: BArch, MfS, BV Rostock, AU 63/51.

³⁶ BArch, MfS, BV Rostock, AU 44/51, Bruhn: Vorgang, 3.11.1950, Bl. 9. – Ebd., Vernehmungsprotokoll, 3.11.1950, Bl. 10 f. – Arsenij Roginskij u. a. (Hrsg.): »Erschossen in Moskau ...« Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, 4. Auflage, Berlin 2020, S. 139 (künftig zitiert: Roginskij, Erschossen).

³⁷ BArch, MfS, BV Rostock, AU 44/51, Bruhn: Vorgang, 3.11.1950, Bl. 9. – Ebd., Vernehmungsprotokoll, 3.11.1950, Bl. 10.

³⁸ Ebd., Vernehmungsprotokoll, 3.11.1950, Bl. 10 f.

³⁹ Stöver, CIA, S. 33 f.



Warnowwerft Warnemünde – häufiger Arbeitsort von Georg Birkholz, Ende der 1940er- oder Anfang der 1950er-Jahre.

Die Stasi übergab Birkholz mitsamt Beweismaterial am 23. November 1950 der »Operativgruppe« des sowjetischen Ministerstvo gossudarstvennoj bezopasnosti (MGB) in Schwerin.⁴⁰ Ein Militärtribunal verurteilte ihn zum Tode. Am 14. Mai 1951 wurde Georg Birkholz in Moskau erschossen. 1999 erfolgte die Rehabilitierung durch die russische Staatsanwaltschaft.⁴¹

In der Anfangszeit des MfS war die Übergabe von Delinquenten an die sowjetische Geheimpolizei eher Regel als Ausnahme. Diese zog alle wichtigen politischen Verfahren an sich. Die Stasi agierte kaum eigenständig, sondern vielmehr als Teil des sowjetischen Apparats.⁴²

Das MfS begnügte sich jedoch nicht mit Birkholz. Es versuchte, den angeblichen Auftraggeber, also den ehemaligen Direktor der VVW Schiffbau, dingfest zu machen.⁴³ 1951 verhaftete die Kreisdienststelle (KD) Wismar einen leitenden Schiffbauingenieur, der Kontakt zu ihm hatte. In der Haft warb man ihn,⁴⁴ ebenso wie den

⁴⁰ BArch, MfS, BV Rostock, AU 44/51, VP-Kommandeur Bruhn: Schlussbericht, 24.11.1950, Bl. 51. – Roginskij, Erschossen, S. 139.

MGB heißt zu Deutsch Ministerium für Staatssicherheit. Die sowjetische Geheimpolizei firmierte ab 1946 als MGB, 1954 als Komitee für Staatssicherheit (Komitet gossudarstvennoj bezopasnosti - KGB). Andreas Hilger: Sowjetunion (1945–1991), in: Lukasz Kaminski u. a. (Hrsg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, Göttingen 2009, S. 43–142, hier S. 46 und 55 f. (künftig zitiert: Hilger, Sowjetunion).

⁴¹ Roginskij, Erschossen in Moskau, S. 139.

⁴² Ausführlich: Douglas Selva: Der »große Bruder«: Studien zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989, Göttingen 2022.

⁴³ BArch, MfS, BV Rostock, AOP 44/53.

⁴⁴ BArch, MfS, BV Rostock, AGI 927/52, Bd. 1, Auskunftsbericht, 12.6.1951, Bl. 4 f.

ehemaligen Chauffeur des Direktors, als Geheime Informanten (GI) an und ließ sie frei. Beide GI hatten jedoch keinen Erfolg, Kontakt herzustellen oder ihn gar in die DDR zu locken.⁴⁵

Der geschilderte Fall ist typisch für diese Zeit. Wenn die Spionage hier den Tatsachen entsprach, war das Vorgehen des US-Geheimdienstes wenig professionell, da ihr Informant offenbar kaum oder gar nicht geschult worden war, jedoch Leib und Leben riskierte für einen einfachen Auftrag. Auch die Ermittlungsarbeit des MfS und der Erfolg der Aufdeckung von Spionage folgten eher dem Zufall. Anwerbung und nachfolgende Freilassung von eventuellen Mittätern waren geradezu naiv.

Military Intelligence versus Sowjetarmee

Zu den wichtigsten Methoden der Staatssicherheit gehörte die verfassungswidrige Postkontrolle. 1957 entdeckten MfS-Mitarbeiter einen Brief, gerichtet an eine bereits bekannte Deckadresse der Military Intelligence mit Poststempel aus Neubukow und versehen mit einer fingierten Absenderin. Die Untersuchung erbrachte, dass er auf der Rückseite mit Geheimtinte beschrieben worden war. Die Zentrale der Spionageabwehr in Ost-Berlin wies die Abteilung II in Rostock an, die weitere Aufklärung zu übernehmen. Sie bearbeitete damit den Teilvorgang »IX« des ZOV »Unbekannt«.⁴⁶

Aus dem Geheimtext über sowjetische Truppenverladungen glaubte man erkennen zu können, dass der Autor des Briefes »Umsiedler« und in Neubukow ansässig sein müsste.⁴⁷ Der dortige Bahnhof war für die Rote Armee besonders wichtig, da hier der Umschlag für die besetzte Halbinsel Wustrow vorgenommen wurde.⁴⁸ In den folgenden Jahren stieß man in der Postkontrolle auf ähnliche Briefe. Das MfS trieb einen hohen Aufwand, um der Täter habhaft zu werden. Dabei arbeitete man auch mit der sowjetischen Geheimpolizei und der Garnison zusammen. Sowohl Stasi als auch die sogenannten Freunde instruierten ihre Informanten, nach Verdächtigen an der Bahnstrecke Ausschau zu halten. Bei Truppenverladungen richtete das MfS Beobachtungsposten ein und observierte Bahnhof und die Briefkästen Neubu-

⁴⁵ BArch, MfS, BV Rostock, AOP 44/53, Abteilung (Abt.) IV: Abschlußbericht, 15.10.1953, Bl. 169. – BArch, MfS, BV Rostock, AGI 927/52, Bd. 1, Beschluß über das Abbrechen der Verbindung, 13.12.1952, Bl. 31.

⁴⁶ BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, Bd. 6, HA II: Betr. Abgefangener Spionagebrief, welcher mit Geheimtinte geschrieben worden ist und sichtbar gemacht wurde, 22.5.1957, Bl. 2.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, Bd. 6, Abt. II/1: Bericht, 16.1.1958, Bl. 8. – Zur Wustrow: Edelgard Feiler/Klaus Feiler: Die verbotene Halbinsel Wustrow. Flakschule – Militärbasis – Spionagevorposten, Berlin 2020, S. 23–102.



Wustrow war ein streng militärisch abgesperrtes Gebiet.⁴⁹ Auf dem Foto erkennt man Kasernenblöcke und Sperrzaun, ohne Datum.

kows.⁵⁰ Außerdem nahm es großflächig Schriftproben von Ansässigen und verglich sie mit den Briefen.⁵¹

Der Durchbruch aus Stasi-Sicht gelang jedoch erst 1961. Die Autorin des Geheiminhalts hatte nämlich gewechselt.⁵² Diese konnte mittels Schriftenvergleich, ebenso wie nachfolgend zwei andere Personen, als Täter identifiziert werden. Es handelte sich um ein Bauernhepaar und ihre 17-jährige Tochter. Alle wurden in die MfS-Untersuchungshaftanstalt Rostock verbracht.⁵³

Die nun anschließenden vielen Verhöre erbrachten folgendes Bild: Als Haupttäter machte das MfS den Familienvater aus. Geboren 1901 im polnischen Teil des russischen Zarenreichs, arbeitete er bis 1942 auf dem elterlichen Bauernhof. Dann inhaftierten ihn die Nationalsozialisten, weil er hungernden Polen geholfen hatte. Als Gärtner gelang es ihm, das Vernichtungslager Majdanek zu überleben. Nach Kriegsende ließ sich der anerkannte Verfolgte des Naziregimes (VVN) bei Neubu-

⁴⁹ Zu Sperrgebieten: Christian Adam u. a.: Sperrgebiete in der DDR. Ein Atlas von Standorten des MfS, des MdI, des MfNV und der GSSD (BF informiert Nr. 34), Berlin 2015. – Zu Wustrow: Ebd., S. 41.

⁵⁰ BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, Bd. 6, Plan zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen zwecks Ermittlung eines Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, 8.12.1960, Bl. 113–117. – Ebd., Beobachtungsauftrag, o. D., Bl. 118. – Ebd., Abt. II/1: Einsatzplan, 15.2.1961, Bl. 146–148.

⁵¹ Ebd., HA II: Betr. Abgefangener Spionagebrief, welcher mit Geheimtinte geschrieben worden ist und sichtbar gemacht wurde, 22.5.1957, Bl. 2.

⁵² BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, HA Bd. 1, Schlußbericht, 2.5.1961, Bl. 433–449.

⁵³ Ebd., Bd. 6, Abt. II/1: Plan zur Liquidierung des ZOV »Unbekannt« Teilvorgang IX Material ECU 169 – Neubukow –, 2.3.1961, Bl. 177.



Hotel »Franz Diener – Tattersall« in Charlottenburg, circa 1961.

kow nieder und erhielt Land aus der Bodenreform. 1953 besuchte er gemeinsam mit seiner Frau auf Einladung eines geflüchteten Neffen West-Berlin. Dieser brachte das Ehepaar im Restoranthotel »Franz Diener – Tattersall« in Kontakt mit einem US-amerikanischen Agenten. Die Anbahnung der Anwerbung durch einen geflüchteten Verwandten oder Bekannten stellte eine typische US-Geheimdienstvorgehensweise dar. In der Folge traf sich der Bauer mehrmals mit wechselnden Führungsoffizieren (die das MfS auch identifizieren konnte). Als Auftrag nannte man ihm zehn Punkte, die vor allem auf Militärspionage abzielten. Er erhielt einen Fotoapparat, Deckadressen und Geheimschreibmittel, die das MfS bei der Hausdurchsuchung fand.⁵⁴

⁵⁴ BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, HA Bd. 1, Schlußbericht, 2.5.1961, Bl. 433–450. – Ebd., Bd. 6, Abt. II/1: Ermittlungsbericht, 25.2.1961, Bl. 202. – Zur Anwerbung durch Verwandte und Bekannte: Appellus, Confidential Teil 1, S. 147.

Insgesamt soll die Familie 600 Transporte ausgekundschaftet haben. Sie schlug auch drei Standorte für Tote Briefkästen (TBK) vor – geheime Ablage- und Mitnahmeorte für Spionagematerial – und richtete zwei ein. Nach eigener Aussage handelte die Familie aus finanziellen Motiven, um die Wirtschaft aufrechterhalten und ausbauen zu können.⁵⁵

Im Juni 1961 verurteilte das Bezirksgericht das Ehepaar wegen Spionage im schweren Fall zu je zehn Jahren, die Tochter zu drei Jahren Zuchthaus.⁵⁶ Die Begründung des Urteils atmet den Geist des Kalten Krieges. So war unter anderem die Rede von »imperialistischen Kriegstreiber[n]«. Richterin Schmidt legte in bemerkenswerter Wortwahl fest: »Sie müssen für längere Zeit aus der fortschrittlichen Gesellschaft ausgeschlossen werden, damit sie nicht wieder friedensgefährdend tätig werden können. Sie sind Veräter an der deutschen Nation und deshalb auch als solche zu behandeln.«⁵⁷

Das MfS betrachtete Aufklärung und Verurteilung des Falls als großen eigenen Erfolg. So fand dieser auch Aufnahme in der eigenen Traditionsarbeit.⁵⁸ 1993 rehabilitierte das Landgericht Rostock im Übrigen alle drei Verurteilten.⁵⁹

Am Fall wird deutlich: Das MfS war eng eingebunden in die militärische Spionageabwehrearbeit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), wenn nicht gar auch hier verlängerter Arm des Militärnachrichtendienstes Glavnoe razvedyvatel'noe upravlenie (GRU). Das MfS scheute wenig Aufwand, um einen Spion dingfest zu machen. Professionelle US-Spionage, auch langjährig, war trotz hoher Risiken für die Ausführenden vor Ort und trotz starker Überwachung möglich.⁶⁰ Die Beweismittel, auch materielle, lassen in diesem Fall wenig Zweifel an der Echtheit der Spionage aufkommen.

Doppelagent auf See

Das Phänomen der Doppelagenten existiert wahrscheinlich so lange, wie es Geheimdienste gibt. Nach Stöver soll es in den Reihen der CIA während des Kalten Krieges eine ungewöhnlich hohe Anzahl von Doppelagenten gegeben haben.⁶¹ Ein solcher Fall wird im Folgenden geschildert.⁶²

⁵⁵ Ebd., Bl. 434 und 444. – BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, Bd. 2, Abt. IX: Sachstandsbericht ..., 9.3.1961, Bl. 59.

⁵⁶ Ebd. Bd. 7, Öffentliche Sitzung des Bezirksgerichts, 6.6.1961, Bl. 59.

⁵⁷ Ebd., Urteil, 7.6.1961, Bl. 75.

⁵⁸ BArch, MfS, BV Rostock, AKG, Nr. 875, Bl. 45.

⁵⁹ BArch, MfS, BV Rostock, AU 67/61, Bd. 4, Landgericht Rostock: Beschluß, 1.4.1993 unpag.

⁶⁰ Zum Aufbau der Hauptverwaltung für Aufklärung (GRU): David M. Glantz: *Soviet military intelligence in war*, London 1990.

⁶¹ Stöver, CIA, S. 35

⁶² Der Fall wurde ebenfalls durch Franziska Cammin mit Schwerpunkt DSR behandelt, jedoch ohne Vor- und Nachgeschichte. Franziska Cammin: *Die Deutsche Seereederei als Staatsreede-*

1959 wurde die MfS-Bezirksverwaltung Rostock durch ihr Pendant in Schwerin erstmals auf Otto Müller (Pseudonym) aufmerksam gemacht.⁶³ Müller kam 1923 zur Welt und wurde nach seinem Abitur 1941 zur Kriegsmarine nach Stralsund eingezogen. Später kam er zur U-Boot-Waffe und erreichte bis 1945 den Dienstgrad eines Oberleutnants. Nach Kriegsgefangenschaft arbeitete er in Schweden als Steuermann. 1951 siedelte er nach Westdeutschland über und verdiente sein Brot als Arbeiter, musste aber für vier Monate ins Gefängnis wegen Diebstahls. Danach konnte er wieder in der Seefahrt Fuß fassen und arbeitete sich vom Matrosen bis zum Ersten Offizier hoch. An der Seefahrtsschule Hamburg erwarb er Patente. 1959 siedelte er mit seiner Familie aus teils politischen Gründen in die DDR über.⁶⁴ Im Vordergrund stand jedoch, dass Müller hier bessere und sicherere berufliche Perspektiven erwartete, zumal er vor seiner Übersiedlung entsprechende Absprachen mit dem Rat des Bezirkes Rostock getroffen hatte.⁶⁵ Er durfte als Erster Offizier und später als Kapitän der DSR-Handelsflotte zur See fahren.⁶⁶

Schon seit seinem Ankunfts Jahr arbeitete Müller mit dem MfS, vor allem mit der Abteilung XV der BV Rostock, dem regionalen Arm der Auslandsaufklärung HV A, im Status einer Kontaktperson (KP) zusammen. Zunächst sollte er Kontakt zu Ex-Offizieren der Kriegsmarine suchen.⁶⁷ 1961 schief die Zusammenarbeit mangels Erfolg (und Motivation?) ein.⁶⁸ Drei Jahre später warb ihn die Abteilung Hafen der BV Rostock jedoch als Informant »Olaf Larsen« an.⁶⁹ Das neuerliche Interesse der Stasi an Müller resultierte daraus, dass er ein Jahr zuvor ausführlich darüber berichtet hatte, wie er während eines Landgangs in Griechenland durch die CIA kontaktiert und angeworben worden war.⁷⁰

Zu seinem langjährigen Führungsoffizier beim MfS wurde Günther Henschel (1928–1986), der zunächst als Abteilungsleiter Hafen und später als Stellvertreter

rei der DDR. Die Handelsflotte zwischen staatlicher Kontrolle und Freiheit auf See, Hamburg 2014, S. 244–249 (E-Book-Seitenzählung) (künftig zitiert: Cammin, DSR).

⁶³ BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2972/79, Bd. 1, Vorschlag zur Bearbeitung eines GM [Geheimen Mitarbeiters], 31.10.1959, Bl. 11.

⁶⁴ Ebd., Stellv. Operativ: Auskunftsbereich über den IMF [Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindungen zum Operationsgebiet] »Olaf Larsen«, Reg.Nr. I/1570/63, Bl. 190 f.

⁶⁵ Ebd., Abschrift, 11.2.1960. Bl. 50.

⁶⁶ Ebd., Stellv. Operativ: Auskunftsbereich über den IMF »Olaf Larsen«, Reg.Nr. I/1570/63, Bl. 190.

⁶⁷ Ebd., Treffbericht, 7.11.1959, Bl. 41. – Ausführlich zur Auslandsaufklärung: Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben, Strukturen, Quellen. (= Anatomie der Staatssicherheit (MfS-Handbuch)), Berlin 2011.

⁶⁸ BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2972/79, Bd. 1, Abt. XV: Abschlußbericht, 3.8.1961. Bl. 72.

⁶⁹ Ebd., Verpflichtung, 7.1.1964, Bl. 105.

⁷⁰ Ebd., Abt. Hafen: Vorschlag als GM, 4.2.1964. Bl. 222. – Griechenland gehörte zu den ersten Ländern, in denen die CIA besonders aktiv war. Hier wollte man in den 1940er-Jahren ein weiteres Vorrücken des »Bolschewismus« verhindern. Weiner, CIA, S. 51 f.



Teil einer CIA-Funkanlage, versteckt in einer Konservendose, ohne Datum.

Operativ der Bezirksverwaltung fungierte. Ab 1966 führte die Stasi zudem den OV »Konserven« zu Müller, um die Geheimdienstarbeit ihres Doppelagenten sowie Methoden und Ziele der CIA auszuwerten. Im Laufe der Zusammenarbeit kam es während der Hafenliegezeiten zu konspirativen Treffen und Schulungen in Dänemark, Schweden, der Bundesrepublik, Belgien, Frankreich, Italien, Libyen und Mexiko. Dabei bestand Müller fünf Lügendetektortests durch die CIA. Hauptsächlich betrafen seine Aufträge die Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft in der DDR und anderen Ländern sowie den Transport von Militärgütern. Besonders interessiert zeigte sich die CIA am Chiffriercodematerial der DSR für den Funkverkehr, deren Lieferung Müller jedoch wohl verweigerte.⁷¹

Müller erhielt während seiner Zusammenarbeit Deckadressen im In- und Ausland, Telefonnummern, Geheimschreibmittel, Funkanlagen und Container (getarnte Geheimtransportmittel z. B. in Form von Konservendosen) und immer wieder höhere Geldbeträge. Um dieses Material und neue Aufträge aufzunehmen und zugleich Informationen zu übermitteln, suchte er Tote Briefkästen der CIA in der DDR auf. Das Material gab er bei seinem Führungsoffizier Henschel ab. In Absprache mit dem Leiter der Bezirksverwaltung leitete er es dann an die Hauptabteilung II weiter, die bei deren Auswertung eng mit dem KGB zusammenarbeitete.⁷² Der sowjetische

⁷¹ BArch, MfS, BV Rostock, AOP 583/78, Bd. 5, Stellv. Operativ: Abschlußbericht, 2.2.1978, Bl. 35–73.

⁷² Ebd.

Geheimdienst war durch Festlegung des Ministers Erich Mielke (1907–2000) auch mit dabei, wenn Müller unter MfS-Aufsicht in einem Konspirativen Objekt Funkverbindung zum CIA aufnahm.⁷³

Problemlos verliefen Müllers Leben in der DDR und seine Zusammenarbeit mit der Stasi jedoch nicht. 1968 wurden Eheprobleme bekannt, zudem waren seine Kinder erwachsen geworden. Sein Arbeitgeber, die Deutsche Seereederei, ließ ihn damit nicht mehr zur See fahren wegen Fluchtgefahr.⁷⁴

Dabei blieb es jedoch nach langem Hin und Her nicht. Ab September 1972 hielt sich Müller, nachdem sich seine Ehe wieder gefestigt hatte, im Auftrag des Volkseigenen Betriebs (VEB) Elbewerften Boizenburg/Roßlau und des VEB Schiffskommerz in Kuba und Mexiko für deren Kubakutterbauprogramm auf.⁷⁵ Auch dort arbeitete er für die CIA und das MfS. Später, 1973 bis 1977, übernahm Müller teilweise die Leitung der Baustelle Mathias-Thesen-Werft in Wismar. Hier veruntreute er allerdings Gelder. Die Stasi deckte ihn jedoch und betrieb dadurch Strafvereitelung.⁷⁶

Erst 1979 beendete das MfS die Zusammenarbeit mit IMF »Olaf Larsen«. Er hatte seinen Nutzen verloren, da er in Invalidenrente gegangen war und der US-Geheimdienst ihn 1977 wegen Gefährdung abgeschaltet hatte. Weiterhin konstatierte sein Führungsoffizier, er vermute, Müller habe dem US-Geheimdienst mehr Informationen gegeben, als mitgeteilt.⁷⁷

Das Beispiel verdeutlicht, wie wertvoll ein Doppelagent sein konnte. Mit dessen Hilfe konnten MfS und KGB die Methoden der CIA kennenlernen und in ihr Funknetz eindringen. Dabei nahm man hohe Risiken in Kauf. Es zeigt auch, dass man bereit war, wichtige Informationen an den »Feind« preiszugeben. Letztlich hatten MfS und KGB keine Garantie dafür, dass »Olaf Larsen« seine MfS-Zusammenarbeit nicht auch gegenüber der CIA offenlegte und ein doppeltes Spiel spielte, das über den Auftrag hinausging. Schon allein aufgrund seiner Vita vertraute man ihm nie ganz.

⁷³ BArch, MfS, BV Rostock, AOP 583/78, Abt. Hafen: Bericht, 20.9.1968, Bl. 115.

⁷⁴ BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2972/79, Bd. 1, Abt. Hafen, Ref. II: Bericht, 6.5.1971, Bl. 187. – Ebd., Stellv. Operativ: Auskunftsbericht über den IMF »Olaf Larsen« Reg.Nr. I/1570/63, Bl. 190. – Immer wieder entzogen DSR und MfS die Erlaubnis zur See zu fahren, wenn nicht mehr die Gewähr für Rückkehr bestand. Auch politische Gründe spielten oft eine Rolle. Cammin, DSR, S. 255–263. – Heidrun Budde: Willkür! Die Schattenseite der DDR, Rostock 2002, S. 396–481.

⁷⁵ BArch, MfS, BV Rostock, AIM 2972/79, Bd. 2, KD Hagenow: Ohne Titel, 8.1.1976, Bl. 59.

⁷⁶ Ebd., KD Hagenow: [...], Kapitän im VEB Elbewerften Boizenburg/Roßlau, 13.11.1975, Bl. 54. – Ebd., Vermerk über eine Absprache mit Stellv. Operativ der BV Schwerin, Genossen Oberst Dr. Schwarz, 28.11.1975, Bl. 56 f.

⁷⁷ Ebd., Oberst Henschel: Ohne Titel, 29.6.1979, Bl. 78. – Ebd., Abschlußbericht zum IMF Vorgang »Olaf Larsen« ..., 18.6.1979, Bl. 83–89.

Kommandounternehmen der NSA?

Man könnte vermuten, dass die intensive Jagd nach Spionen und die damit einhergehende Agentenhysterie in den 1960er-Jahren endete – dem war nicht so, wie die folgende Fallschilderung zeigt.

Der Hauptbeschuldigte im Szenario, Bernd Friedrich,⁷⁸ war einst Unteroffizier bei den DDR-Grenztruppen. 1970 verließ er jedoch seinen Posten und setzte sich in den Westen ab.⁷⁹ Dort durchlief er offenbar die üblichen Befragungen westlicher Geheimdienste.⁸⁰ Er kam allerdings nie richtig in der Bundesrepublik an, wechselte häufig Wohnort und Arbeitsstellen, sprach dem Alkohol zu und beging Straftaten.⁸¹

Im November 1976 kehrte Friedrich mittellos in die DDR zurück, wurde noch am Grenzübergang festgenommen und dann in Berlin inhaftiert. Über Monate verhörte ihn die Stasi. 1977 änderte er zumindest nach Aktenlage seine Geschichte und gab eine umfangreiche Spionage im Auftrag der National Security Agency (NSA) zu. So sollte Friedrich sich angeblich nach Verbüßung der eingepplanten Haft wegen der zurückliegenden Desertion im Kreis Bad Freienwalde niederlassen und dort einen Spionagering gegen die Sowjetarmee aufbauen.⁸² Der Aufbau von »Stay Behind«-Gruppen für den Kriegsfall war tatsächlich insbesondere durch die CIA langgeübte Geheimdienstpraxis.⁸³

Entsprechend der Ermittlungen und der angeblichen Geständnisse sei Friedrich ab 1971 geheimdienstlich geschult worden. Ab 1974 soll er angeblich an zwölf Kommandounternehmen auf DDR-Territorium teilgenommen haben. Der Ablauf soll immer ähnlich gewesen sein: Transport mittels Trägerschiff oder U-Boot der Bundesmarine vor die Küste der DDR, dann Ausschleusung in Mini-U-Booten oder Ziehtorpedos. Mehrere dieser Unternehmungen seien nach MfS-Darstellung dem-

⁷⁸ Das Pseudonym Friedrich hat der Autor von Beleites und Joestel übernommen, die den Fall schon 2009 geschildert haben. Beleites, Johannes/Joestel, Frank: Agenten, Iglus, Diversantentaucher: das Ende eines absurden Ermittlungs-Konstrukts des DDR-Staatssicherheitsdienstes, in: Horch und Guck, 4. Jg. (2009), H. 63, S. 56–61 (künftig zitiert: Beleites/Joestel, Agenten).

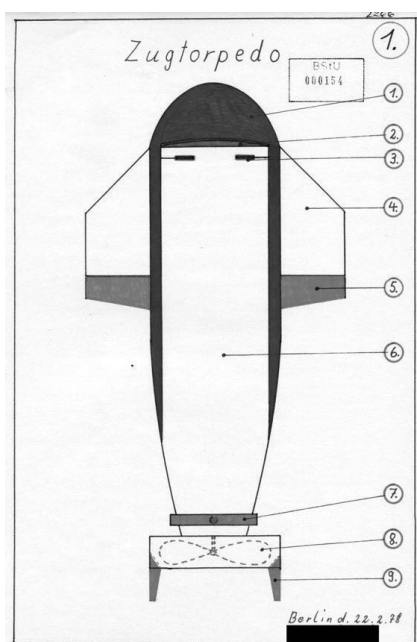
⁷⁹ BArch, MfS, GH 324/79, Bd. 1, HA I: Abschlußbericht über die erfolgte Fahnenflucht des Offz. [...] von der 7./II./23 Gardelegen am 3.8.1970 gegen 12:00 Uhr, 13.8.1970, Bl. 30. – Ebd., Bd. 7, Leutnant Frommolt: Schlußbericht, 14.11.1977, Bl. 7.

⁸⁰ Damit wäre der frühere Unteroffizier in ein typisches Raster ehemaliger Soldaten gefallen, die angeworben und später als Agenten zurückgeschickt worden sind. Madrell, Fadenkreuz, S. 161 f.

⁸¹ Beleites/Joestel, Agenten, S. 60 f.

⁸² BArch, MfS, GH 324/79, Bd. 17, Militäroberstaatsanwalt, Abt. IA: Beschuldigten-Vernehmung, 22.12.1977, Bl. 8.

⁸³ Stöver, CIA, S. 31. – Weiner, CIA, S. 117. Auch die Organisation Gehlen bzw. der BND bauten mit CIA-Hilfe ab Anfang der 1950er-Jahre eine Stay-Behind-Organisation auf. Franceschini, Spionage, S. 271.



Zeichnung vom angeblichen Zugtorpedo.

nach in Rostock und Umgebung erfolgt, um zum Beispiel Abhörstationen und Störsender in Form von Unterwasseriglus umzusetzen.⁸⁴

Der Vorgang allein zu Friedrich umfasst 30 Bände mit insgesamt mehr als 4.000 Seiten. Zu vier weiteren mutmaßlichen NSA-Agenten, die das MfS überführt zu haben glaubte und als Mit-Spione zuordnete, stellt sich die Aktenlage ähnlich dar. Die Stasi holte verschiedene Gutachten zu Friedrich ein: beim Sportclub Dynamo über Kampfsportfertigkeiten,⁸⁵ bei der militärmedizinischen Sektion der Universität Greifswald zu körperlichen Fähigkeiten, insbesondere hinsichtlich des Tauchens⁸⁶ und bei der Nationalen Volksarmee (NVA) über Kenntnisse der Spionage- und Diversionstechnik.⁸⁷ Außerdem unterzog ihn die Stasi angeblich einem Lügendetektortest und stellte ihn den vier anderen mutmaßlichen NSA-Agenten gegenüber. Auch baute sie ein Modell des Igls.⁸⁸

⁸⁴ BArch, MfS, GH 324/79, Bd. 17, Militäröverstaatsanwalt, Abt. IA: Beschuldigten-Vernehmung, 22.12.1977, Bl. 5.

⁸⁵ Ebd., Bd. 18, SC Dynamo, Sektion Judo, Cheftrainer: Sachverständigengutachten, 29.9.1977, Bl. 1–7.

⁸⁶ Ebd., Bd. 20, NVA, Militärmed. Sektion an der EMAU Greifswald: Sachverständigengutachten, 22.10.1977, Bl. 1–34.

⁸⁷ Ebd., Bd. 19, MfNV, Oberstleutnant Dr. Kolberg: Sachverständigengutachten, 8.11.1977, Bl. 1–12.

⁸⁸ Ebd., Bd. 17, MOG Berlin, 1. Militärstrafsenat: Im Namen des Volkes! 17.2.1978, Bl. 139 f.

Die ermittelnde Hauptabteilung IX machte Minister Mielke den Vorschlag, den bevorstehenden Prozess publizistisch auszuwerten. Das Urteil kannte man schon vorher. Sie legte ihm zugleich die vorbereitete Pressemeldung mit dem Titel »NATO-Geheimdienst wirbt BRD-Bürger zur Spionage und Diversion« vor. Der Artikel verschwieg, dass es sich um einen geflüchteten Unteroffizier der DDR-Grenztruppen handelte.⁸⁹

Der Prozess fand typischerweise vor dem Militärobergericht Berlin statt. Es verurteilte Friedrich wegen Spionage, Terror, Nachrichtensammlung und Fahnenflucht zu 15 Jahren Haft.⁹⁰ Verteidigt wurde er von der Kanzlei Wolfgang Vogel,⁹¹ die dafür bekannt war, die Häftlingsfreikäufe zu organisieren. Aber dazu kam es hier nicht. In Haft erklärte der »Spion« dem erstaunten Konsular der Ständigen Vertretung aus Bonn, nicht in die Bundesrepublik entlassen werden und sich stattdessen in der DDR niederlassen zu wollen.⁹² Das wurde Friedrich schon 1982 gewährt, das MfS beobachtete ihn jedoch weiter im Rahmen einer Operativen Personenkontrolle (OPK).⁹³ Ein Jahr darauf starb er an einer Kohlenmonoxidvergiftung.⁹⁴

Friedrichs Entlassung, zumal auch noch in die DDR, erfolgte ungewöhnlich früh bei diesem Sachverhalt. Ähnliches war bei den anderen »NSA-Agenten« zu konstatieren. 1978 tauchten innerhalb des MfS Fragen zu diesen und weiteren Fällen auf. Ausgangspunkt war wohl ein Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Erich Mielke, in dem er auf Ungereimtheiten hinwies. Mielke setzte zu diesen »Agenten mit besonderer Aufgabenstruktur« (AsA) eine Prüfungskommission ein. Im Zuge der fieberhaften Suche nach AsA war es zur Verhaftung von rund 150 (!) »Spionen« gekommen. Die Prüfung kam zum Ergebnis, dass die AsA frei erfunden waren.⁹⁵ Mielke las dann der eigentlichen Speerspitze des MfS, der federführenden Hauptabteilung IX, auf einer Dienstkonferenz die Leviten. So bemängelte er unter anderem »grobe Verletzungen von Gesetzen unseres sozialistischen Staates und meiner Befehle und Weisungen sowie ernste Mängel und unentschuldbare Fehler in der Führungs- und Leitungstätigkeit der Hauptabteilung IX.«⁹⁶

⁸⁹ Ebd., Bd. 7, HA IX: Vorschlag zur publizistischen Auswertung einer Hauptverhandlung gegen einen Agenten des amerikanischen Geheimdienstes, 6.2.1978, Bl. 234 f. – Ebd., NATO-Geheimdienst wirbt BRD-Bürger zur Spionage und Diversion, Bl. 236.

⁹⁰ BArch, MfS, GH 324/79, Bd. 17, MOG Berlin, 1. Militärstrafsenat: Im Namen des Volkes! 17.2.1978, Bl. 139 f.

⁹¹ Ebd., Strafprozeßvollmacht, 16.12.1977, Bl. 147. – Zum System Vogel ausführlicher: Christian Boofß: Im goldenen Käfig. Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess, Göttingen 2017, S. 98–102.

⁹² BArch, MfS, GH 324/79, Bd. 9, HA IX/9 AG Ausland: Bericht, 1.11.1979, Bl. 132.

⁹³ Ebd.: Aktenvermerk, 1.9.1982, Bl. 92.

⁹⁴ Beleites/Joestel, Agenten, S. 61.

⁹⁵ Ebd., S. 56–61.

⁹⁶ BArch, MfS, ZAIG 4783, Erich Mielke: Referat auf der zentralen Dienstkonferenz, 24.5.1979, Bl. 46.

Offenbar hatte mit dem Fall Bocho⁹⁷ in den 1960er-Jahren und einer vermeintlichen Gruppe aus Thüringen eine regelrechte Jagd auf AsA begonnen.⁹⁸ Inhaftierte, die ins Raster der AsA passten, unterzog die HA IX langwierigen, erpresserischen Verhören. In Verbindung mit den Haftbedingungen erhielt man »Geständnisse« (ohne jegliche materiellen Beweise), die auch durch Widerrufen nicht aufgehoben wurden.⁹⁹

Der geschilderte Fall zeigt, dass das MfS in einer Art Eigenpsychose und -dynamik auch geneigt sein konnte, aufwendige Spionagefälle zu konstruieren, um die eigene Legitimation erhärten und große Erfolge vorweisen zu können.¹⁰⁰

Fazit

Es besteht kein Zweifel daran, dass US-Geheimdienste während des Kalten Krieges Spionage an der ostdeutschen Küste betrieben. Dies trifft vor allem auf die Jahre vor dem »Mauerbau« zu. Aber auch später war die CIA im hochmilitarisierten Ostseeraum gut im Bilde, wie unter anderem ihre de-klassifizierten Berichte zeigen.¹⁰¹ Die tatsächlichen Spionageaktivitäten sind bemerkenswert, verwundern am Ende aber nicht, da der Küstenbezirk Rostock Grenzgebiet war, diverse militärische Stützpunkte beherbergte und mit Rostock und später Mukran Häfen aufwies, über die auch ein schwunghafter Militärgüterumschlag abgewickelt wurde.¹⁰²

Das MfS musste mithin viele Ressourcen auf die Spionageabwehr verwenden und scheute dabei weder Kosten noch Mühen. Die ostdeutschen »Tschekisten« arbeiteten dabei eng mit den sowjetischen Geheimdiensten zusammen und agierten gerade in den 1950er-Jahren, aber teilweise auch darüber hinaus oft nur als Erfüllungsgehilfen.

Das MfS war jedoch vor Fehlern nicht gefeit, das System begünstigte sie und verlangte sogar nach ihnen. So saß man mancher falschen Fährte auf, schuf eigene oder stilisierte einfache Fluchtfälle mit nachfolgenden geheimdienstlichen Befragungen und Rückkehr in die DDR zu Spionageaffären, um sich selbst zu legitimieren. Auch dies trug dazu bei, dass die Stasi einen ausufernden Apparat entwickelte.

⁹⁷ Joachim H. Rudek: Der erfundene Superspion. Jörg Bocho und der größte Betrug des MfS, Berlin 2019.

⁹⁸ Johannes Beleites/Frank Joestel: »Agenten mit spezieller Auftragsstruktur«. Eine Erfindung des MfS und ihre Folgen, in: Horch und Guck, 3. Jg. (2008), H. 61, S. 56–59.

⁹⁹ Ebd., S. 58.

¹⁰⁰ Friedrich und die zuzurechnenden AsA-Fälle wurden auch aus der quantitativen Analyse herausgenommen, da sich die US-Spionage hier als unwahr erwies.

¹⁰¹ Abzurufen über URL: <https://www.cia.gov/readingroom/>.

¹⁰² Zu Mukran ausführlicher: Wolfgang Klietz: Geheime Transporte über die Ostsee. Von Atomwaffen, Geheimdiensten und Bausoldaten im Kalten Krieg, Stralsund 2023, S. 132–155.

Steen Andersen

Liebesgrüße aus Kopenhagen

Der dänische Militäргеheimdienst in der DDR im Krisenjahr 1968

Das Jahr 1968 war entscheidend in der Geschichte des Kalten Krieges. Die Invasion des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei in der Nacht vom 20. auf den 21. August zerschmetterte den »Prager Frühling« und machte deutlich, dass der Warschauer Pakt nicht lediglich ein Potemkinsches Dorf war, sondern ein effektives Militärbündnis, dem es gelang, eine kombinierte Land- und Luftoperation durchzuführen. Die sowjetischen strategischen Raketentruppen und die Marine waren in höchster Alarmbereitschaft, die taktische Überraschung für die NATO total. In den westlichen Geheimdiensten ging man davon aus, dass der Warschauer Pakt keine militärische Aktion durchführen würde, sondern dass die Truppenkonzentrationen rund um die Tschechoslowakei im Frühjahr und Sommer 1968 nur Säbelrasseln und psychologische Kriegsführung seien. Auch wenn das internationale Epizentrum der 1968er Krise in Prag lag, hatte das dortige Geschehen durchaus militärische Bedeutung für die Ostsee, weshalb es auch intensiv vom dänischen militärischen Nachrichtendienst Forsvarets Efterretningstjeneste (FE, im Folgenden abgekürzt: dänischer Dienst) beobachtet wurde.

In diesem Artikel wird analysiert, welche Erkenntnisse der dänische Dienst im Sommer 1968 aus nachrichtendienstlichen Informationen über die DDR gewann und wie diese Informationen interpretiert und bewertet wurden. Zwar spielten sich die militärischen Bewegungen vis-a-vis der ČSSR vor allem im Süden der DDR ab, das Interesse der Dänen ergab sich dabei aus ihren übergeordneten Aufgaben, die eng mit dem Ostseeraum verbunden waren. In der internen Arbeitsteilung der NATO war Dänemark an erster Stelle für die Aufklärung gegenüber der Volksrepublik Polen zuständig und an zweiter gegenüber der DDR. Diese Aufgaben hingen zusammen mit der gemeinsamen Verteidigungsplanung Dänemarks und der Bundesrepublik für die jütländische Halbinsel (einschließlich Schleswig-Holsteins) sowie der dänischen Inseln, und damit der Verteidigung der Ostseeengänge.¹ Zu den zen-

¹ Hierzu der Beitrag von Władysław Bułhak in diesem Sammelband. – Zu diesem Thema: Steen Andersen: Planerne om at eliminere Danmark – Atomtruslen og Østblokkens angrebsplaner under Den Kolde Krig, Odense 2026.

tralen Aufklärungszielen des dänischen Nachrichtendienstes gehörten auch die drei Nordbezirke der DDR. Im Kriegsfall wären von hieraus Operationen gegen Dänemark sowie gegen dänische Truppen in Schleswig-Holstein ausgegangen. Der Bezirk Rostock beherbergte als Ostseeanrainer alle Häfen der DDR und damit die wichtigen Seeversorgungslinien der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) sowie die Volksmarine. Im Bezirk Schwerin waren jene sowjetischen Truppen stationiert, die in der Anfangsphase den dänischen und westdeutschen Truppen in Holstein begegnet wären. Weiterhin wäre der Bezirk Aufmarschgebiet der polnischen Küstenfront gewesen und besonders der Bezirk Neubrandenburg zog aufgrund der hohen Anzahl an NVA- und sowjetischen Truppen sowie seiner strategischen Bedeutung als mögliches Durchmarschgebiet polnischer Streitkräfte das Interesse der Dänen auf sich. Die dänische Verteidigungsplanung hatte zudem großes Interesse an den ostdeutschen, sowjetischen und polnischen Verbänden, die im westlichen Ostseeraum stationiert waren oder aus dem Norden der DDR im Kriegsfall in Richtung Westen und Norden vorgestoßen wären. Das dänische Militär hatte dagegen nahezu ausschließlich defensiven Charakter, wobei dänische Spezialkampfkkräfte, das sogenannte Jägerkorps (Jægerkorpset), wahrscheinlich auf Rügen eingesetzt worden wäre.²

Als Nachrichtendienst eines kleinen Landes war der dänische Dienst kaum ein globaler Spieler, dennoch hat seine Geschichte durchaus Relevanz außerhalb der nationalen Historiographie und deshalb lohnt sich eine nähere Untersuchung. Der dänische Nachrichtendienst galt nämlich als ein ausgewiesener Experte für die regionale Entwicklung im Ostseeraum, weil er unter anderem in der Lage war, in den chiffrierten Funkverkehr der sowjetischen Marine sowie der Marineluftwaffe einzudringen. Der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) lobte daher 1962 die Zusammenarbeit mit dem Dänischen Dienst für dessen »ungewöhnlichen Erfolge« besonders im Bereich der Funkaufklärung. In diesem Sektor konnten die Westdeutschen »mit anderen Partnern keine Parallele« erkennen.³ Ab 1950 bestand der dänische Militärnachrichtendienst aus zwei Teilen: der Geheimdienstabteilung des Verteidigungsstabs und dem sogenannten Verteidigungszentralen Radio (Forsvarets Centralradio), letzteres war ein selbstständiger Dienst für Funkaufklärung (sogenannte SIGINT, Signals Intelligence). Ihre gemeinsame Aufgabe war nicht zuletzt, eine militärische Frühwarnung zu leisten. Ein Teil dieser Arbeit bestand in

² Rigsarkivet (RA), PLAN I, c. 2. JYSKE BRIGADES PLAN FOR FORSVARSKAMP HOLSTEN, jnr. O 122- 11, marts 1970. Hærens Operative Kommando, 2. Jyske Brigade, KC. Klassificeret kopibog (afklassificeret) (1962–1996), Løbenummer: KC10, Indhold: 1969 YHM – 1971 YHM.

³ Wolfgang Krieger u. a. (Hrsg.): Die Auslandsaufklärung des BND. Operationen, Analyse, Netzwerke (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, 1945–1968, Bd. 13), Berlin 2021, S. 223.

der Überwachung der dänischen Binnengewässer, sie wurden während des Kalten Krieges täglich von Marineeinheiten der Vereinten Ostseeflotte (VOF) der DDR, Polens und der Sowjetunion befahren.⁴ Besonders bis 1965 war es für die Sowjetunion wichtig, ihre dieselbetriebenen U-Boote in den Atlantik bringen zu können. Mit der Einführung von Atom-U-Booten verlor Dänemark in der Optik des Warschauer Pakts einen Teil seiner militärisch-geographischen Bedeutung.⁵ Wie leistungsfähig der dänische Dienst in der Ostsee war, lässt sich daraus ablesen, dass der BND in seiner Anfangsphase 60 Prozent seines Wissens über die sowjetischen Seestreitkräfte aus dieser „Quelle schöpfte. Er attestierte seinen dänischen Partnern besonders zuverlässige Informationen aus dem Inneren der DDR, zum Eisenbahnwesen sowie zu Öltransporten.“⁶

In den 1950er-Jahren hatte das Verteidigungszentrale Radio bewiesen, dass es in der Lage war, wichtige Entwicklungen, Bewegungen und Signale, zu erfassen, um darüber die gesamte NATO nachrichtendienstlich auf dem Laufenden zu halten. Dabei spielte selbstverständlich die Frontlage Dänemarks und somit seine Nähe zu den Kerngebieten des Warschauer Pakts eine wichtige Rolle. Von den sieben dänischen Abhörstationen war vor allem die auf Süd-Bornholm bei Dueodde durch ihre geographische Lage tief in der Ostsee wichtig für die Informationsbeschaffung aus den Gebieten hinter dem Eisernen Vorhang.⁷ Ihr Stellenwert wurde bis zum Ende des Kalten Krieges als »eine einzigartige nachrichtendienstliche und Frühwarn-Einrichtung für das Bündnis«⁸ gewürdigt. Der dänische Nachrichtendienst war durchaus auch in der klassischen Agentenführung (sogenannte HUMINT, Human Intelligence) hinter dem Eisernen Vorhang tätig, und besaß nach eigenen Angaben unter anderem im Jahr 1962 einen polnischen General, den Chef der Kriegsgeschichtlichen Abteilung der polnischen Streitkräfte. Auch wenn es sich wahrscheinlich eher um einen Oberst handelte, ging es doch um eine hochdotierte Innenquelle beim Gegner. Über den Umfang und die Qualität des dänischen Agentennetzes lässt sich wegen der Geheimhaltung des Quellenmaterials nur mutmaßen. Es ist jedoch belegbar, dass die Dänen über etliche Quellen auch in der DDR verfügten, zu denen die

⁴ Peer Henrik Hansen: «Fra genfødsel til Vestens vågne vagthund mod Øst – Efterretningstjenesten 1945-1967», in: FE 1967-2017 – fra militær varslingsstjeneste til udenrigsefterretningstjeneste, København 2017, S. 37–60.

⁵ Esben Salling Larsen: The military geographies of Denmark: a new place in a familiar landscape, in: Defence Studies, Vol. 22 (2022), H. 3, S. 378–397.

⁶ Wolfgang Krieger, Partnerdienste. Die Beziehungen des BND zu den westlichen Geheimdienste 1946–1968 (= Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, 1945–1968, Bd. 12), Berlin 2021, S. 160.

⁷ Peer Henrik Hansen: Danmark. Østersøens portner under den Kolde Krig, in: Robert Bohn u. a.: Østersørummet – fra Anden Verdenskrig til den Kolde Krig, Middelfart 2007, S. 146–157.

⁸ NATO-Archiv, DPC-D (86)20, NATO Defence Planning 1981–1988. Overall appreciation, 24.1.1986, S. 15–16.

Beziehung nach dem Mauerbau nicht abbrach, da sie bereits rechtzeitig mit Radios ausgestattet worden waren. Bekanntlich waren dänischen Agenten in den 1960er-Jahren unter anderem in Wünsdorf bei Berlin, wo sich das sowjetische Hauptquartier der GSSD in der DDR befand, und in Altenburg, wo die Sowjetunion über Raketentruppen und Kernwaffendepots verfügte. In Ostberlin sind der dänischen Quelle außer »Standfuss« in den 1950ern die Agenten »Herbert« und »Peter Braun« teils mit Deck- und Klarnamen bekannt. In Mecklenburg-Vorpommern sind dänische Agenten wahrscheinlich geläufig, nicht nur wegen der geographischen Nähe sondern auch, weil das Archiv des dänischen Nachrichtendienstes unter anderem Originalmaterial von der VEB Mathias-Thesen-Werft, Wismar beinhaltet. Es trägt die Aufschrift »Schwabe B«, die vermutlich auf eine Quelle oder einen Operationsnamen verweist.⁹ Darüber hinaus verfügte der dänische Dienst natürlich über »Marschaufklärer«, also Agenten westlicher Herkunft, die auf Reisen in die DDR und andere sozialistische Staaten Aufträge erledigten. In den 1960er-Jahren arbeitete der Deutschland-Korrespondent mehrerer dänischer Medien Flemming Sørensen auch als Agent sowohl des dänischen Nachrichtendienstes wie auch des Landesamtes für Verfassungsschutz Westberlins in der DDR und der Volksrepublik Polen. Beklagenswerterweise hatte er sich zuvor bei der Rostocker Ostseewoche 1959 für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR verpflichtet.¹⁰ Sein Fall steht exemplarisch für verflochtene Geschichte der Dienste der gesamten Region.

Die Nützlichkeit dänischer nachrichtendienstlicher Erkenntnisse trat während des Kalten Krieges mehrfach deutlich zutage. Das war etwa während des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und in der DDR der Fall. Dem dänischen Nachrichtendienst gelang es, sich ein umfassendes Bild von der damaligen ostdeutschen Notfallvorsorge zu verschaffen. Das Gleiche galt für die politischen Unruhen in Polen und Ungarn im Sommer und Herbst 1956. In dieser Zeit etablierte sich der Dienst als ein Akteur, der über große geographische Entfernungen gegnerische Signale präzise empfangen konnte. Und während der Kuba-Krise war das Verteidigungszentrale Radio in der Lage, eine Reihe sowjetischer Schiffe im Atlantik per Funk zu orten. So konnte es am 26. und 27. Oktober 1962 die Vereinigten Staaten darüber informieren, dass einige der Schiffe umgedreht waren.¹¹ Diese Nachricht kam, bevor man dies visuell feststellen konnte.

⁹ Christoph Franceschini u. a.: Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND, Berlin 2017, S. 223–227.

¹⁰ Nils Abraham/Thomas Wegener Friis: »In Dubio pro reo«. Zur Rolle des sozialen Kapitals und der Geschlechterungleichheit im Gerichtsverfahren 1982/83 gegen den dänischen Dreifachagenten Flemming Sørensen, in: Nils Abraham u. a. (Hrsg.): Spionage im Grenzland. Nachrichtendienste in Schleswig-Holstein und Süddänemark, Berlin 2025, S. 313–331.

¹¹ Peer Henrik Hansen: På afgrunden rand. Cubakrisen 1962, den Kolde Krig og Danmark, Rudkøbing 2012, S. 35.

Das Normalbild

Die nachrichtendienstliche Arbeit des dänischen Dienstes hatte regionale wie internationale Dimensionen. Zum einen war der Fokus der Dänen lokal ausgeprägt, doch durch den globalen Charakter des Kalten Krieges sowie durch den Austausch von Informationen innerhalb des westlichen Bündnisses trugen die Nachrichten aus dem westlichen Ostseeraum zum internationalen Gesamtbild bei. Die Informationen waren vor Ort ein wichtiges alltägliches Arbeitswerkzeug der Militärs und zugleich Puzzleteile, die zu einer Einschätzung über Krieg und Frieden auch in der Ostsee beitragen würden. Um die konkrete Arbeit des dänischen Nachrichtendienstes im internationalen Krisenjahr 1968 nachvollziehen zu können, sind vor allem zwei zentrale Begriffe von besonderer Bedeutung: zum einen die sogenannte Gefechtsgliederung (Order of Battle), zum anderen »das Normalbild«. Bei der »Gefechtsgliederung« für die Militäreinheiten des Warschauer Pakts in der Region ging es um die Abbildung des Aufbaus, der Organisation und der Personalbesetzung von Einheiten und Anlagen. Die Erfassungsarbeit war sehr zeitaufwändig und umfasste sowohl die Heereskräfte als auch Luftstreitkräfte und Marineeinheiten. Durch die Systematisierung der laufenden Lagebilder entwickelten die Dänen das sogenannte Normalbild, ein Werkzeug, das durch die Analyse von Übungen, Bereitschaften und Personalwechseln aus der Sowjetunion im westlichen Ostseeraum gewonnen wurde. Das Normalbild erlaubte den Dänen, selbst umfassende Truppenbewegungen zu beobachten, ohne gleich Alarm zu schlagen, solange diese nicht von diesem Bild abwichen.¹²

Im ersten Halbjahr 1968 befand sich der Ostseeraum immer noch im Normalbereich und der dänische Dienst ging seinen gewohnten Aufgaben im Norden der DDR nach. Neben dem routinemäßigen Erstellen von Lageplänen, bedeutete dies auch, neue Waffentypen näher auszukundschaften. Dabei lag der Schwerpunkt der Arbeit in der Aufklärung des Seezielflugkörpers in dem von der Sowjetunion entwickelten System des Typs 4K87 SOPKA, das im ostdeutschen Dienst SOPKA S-2 der Küstenraketenruppen der Volksmarine in Kühlungsborn bezeichnet wurde (NATO Bezeichnung: SSC-2b SAMLET). Den Dänen ging es zum einen um die Kartierung des elektronischen Profils der Flugkörper, zum anderen um das Sammeln von Daten und auch um die Lokalisierung von Startrampen und Stützpunkten am Boden. Es handelte sich zwar um mobile Systeme, die jedoch vorbereitete Standorte mit Betonuntergründen benötigten. Daher befanden sich Agenten in der Gegend, um diese Einrichtungen zu beobachten. S-2 SOPKA waren mobile Systeme, die von Land aus

¹² Thomas Wegener Friis: Dänemark – NATO-Horchposten zur Ostsee (künftig zitiert: Friis, Dänemark – NATO-Horchposten), in: Stefan Karner u. a. (Hrsg.): Prager Frühling. Das Internationale Krisenjahr 1968, Köln 2008, S. 617–631, hier S. 622.

gegen Ziele auf See eingesetzt werden konnten. Die Aufstellung der Spezialküstenartillerie-Abteilung der Volksmarine stellte eine ernsthafte Bedrohung für dänische und westdeutsche Überwassereinheiten in der westlichen Ostsee dar. Mit dem Raketensystem S-2 SOPKA konnte die ostdeutsche Marine Ziele in einer Entfernung von etwa 100 Kilometern treffen, was bedeutete, dass die Gewässer zwischen der DDR-Küste und der dänischen Küste innerhalb ihrer Reichweite lagen. Die Rakete war im Grunde eine umgebaute MIG-15, radargesteuert und mit einem 1.000-Kilo-Sprengkopf ausgestattet.¹³ Eine SOPKA-Rakete war sehr schlagkräftig, und ein einziges Exemplar konnte alle in der Ostsee operierenden NATO-Einheiten versenken. Aus diesem Grund waren die Anlagen der Spezialküstenartillerie-Abteilungen ein besonderer Schwerpunkt für den dänischen Militärgesamtdienst.¹⁴

Die Spezialküstenartillerie-Abteilung der Volksmarine war mobil und ihre Einheiten ließen sich daher leicht verstecken und verschleiern. Deshalb stellten die Depots der Einheit einen besonderen Schwerpunkt für den dänischen Nachrichtendienst im Gebiet Mecklenburg-Vorpommern dar. Von dänischer Seite aus platzierte man während der Übungen der Küstenraketeinheiten Agenten (HUMINT) in dem Gebiet. In enger Zusammenarbeit mit der Signalaufklärung (SIGINT) hatte man die Existenz fester Stellungsbereiche für das SOPKA-System erkannt. Dänischen Agenten gelang es, die ostdeutschen Raketeinheiten bei Übungen zu beobachten sowie vier vorbereitete Stellungen in Kühlungsborn, Darßer Ort, Zingst und am Kap Arkona festzustellen. Raketendepots wurden in Schwarzenpfost östlich von Rostock und Bergen auf Rügen erkannt. Die Gesamtfläche betrug immerhin etwa 45 Hektar in der Rostocker Heide, die als Sperrgebiet ausgewiesen war. Trotz doppelter Zäune und bewaffneter Wachen, die das Gebiet rund um die Uhr absicherten, gelang es den Ermittlern des Militärgesamtdienstes, sich ein klares Bild von den Einrichtungen des Depots zu machen, zu denen unter anderem ein eigener Bahnhof gehörte, der ausschließlich von Militärangehörigen der Raketentruppen der Volksmarine genutzt wurde.

Die Volksmarine verfügte über zwei mobile Einheiten mit dem S-2 SOPKA-System, jeweils bestehend aus sechs Transportfahrzeugen mit Raketen und zwei Abschussrampen, somit besaß jede Einheit acht Flugkörper. Sie bestanden aus einer Raketen-, einer Radar-, einer Ingenieurs-, einer Führungs- und einer Meldekompanie mit insgesamt 500 Soldaten. Zu den vorbereiteten Stellungen hieß es: »Der wesentliche Bestandteil einer vorbereiteten Stellung ist ein Betonsockel für die Ab-

¹³ Jörg Siegert: Die Raketen Der NVA – Boden-Boden-Systeme, Stuttgart 2024, S. 142–155. – Klaus-Peter Götde (Hrsg.): Volksmarine in Aktion: Schnellboote – Raketen – Kampfflugzeuge, Stuttgart 2024, S. 59–88.

¹⁴ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, SISC no. 532 4M/C, 55M 5M (Hemmeligt). Efterretningsoversigt nr. 500/68, Sammenfatning 28. marts–3. april 1968.

schussrampe, es ist nicht auszuschließen, dass auch Küstenartilleriestellungen als vorbereitete Stellungen genutzt werden können.«¹⁵ Die im Frühjahr 1968 gewonnenen Erkenntnisse über Küstenraketeinheiten bildeten die Grundlage für weitere Analysen dieser Waffensysteme, und im Herbst 1970 nahm der dänische Dienst an der Ausarbeitung eines umfassenden NATO-Berichts über den Einsatz von Anti-Schiffs-Raketen durch den Warschauer Pakt im Ostseeraum teil. Die Schlussfolgerung lautete, dass die neuesten Erkenntnisse aus den Übungen in Ostdeutschland eindeutig darauf hinwiesen, dass diese Systeme im Zusammenhang mit den Operationen der VOF im westlichen Teil der Ostsee in Richtung der innerdänischen Gewässer zunehmend an Bedeutung gewannen. Die NATO wurde deshalb gezwungen, ihre Marineoperationen zu überdenken oder wie es in dem Bericht hieß: »Aufgrund dieser jüngsten Entwicklungen bei den Küstenraketenystemen des Warschauer Paktes wird davon ausgegangen, dass die Marineoperationen der NATO in diesem Gebiet ernsthaft beeinträchtigt werden könnten.«¹⁶

Ein weiteres Thema, das der dänische Dienst sehr aufmerksam verfolgte, war der Ersatz der MIG-17-Kampfflugzeuge der NVA durch MIG-21-Kampfflugzeuge und Jagdbomber, die unter anderem in Rostock-Laage, Tutow sowie in Rechlin beheimatet waren. Dies wurde eindeutig als eine Modernisierung der Schlagkraft der NVA gesehen. Die Dänen versuchten daher, die elektronischen Profile des neuen Flugzeugs festzustellen. An Land wurde der Bau neuer Hangaranlagen aufmerksam verfolgt. Der dänische Geheimdienst verfügte im April 1968 über »Quellen« in den Gebieten, die im Stande waren, diese Einrichtungen aufzuklären.

Im Zeitraum vom 28. März bis 3. April 1968 schätzte der dänische Geheimdienst die Aktivitäten des Warschauer Pakts im DDR-Gebiet als »normalen Umfang« ein. Zum »Normalbild« gehörte in den Tagen vom 28. bis 29. März auch eine lebhaftere Übungsaktivität auf Bataillonsebene und eine große ostdeutsche Marineübung auf Rügen. Der dänische Dienst stellte fest, dass die Volksmarine amphibische Operationen und Nachschub an einem Brückenkopf trainierte. Es wurde vermutet, dass sie dadurch wichtige Erkenntnisse über ihre Koordination und Kommunikation gewinnen könnte. Der Dienst stellte weiterhin fest, dass die Dritte Sowjetische Stoßarmee im Raum Magdeburg eine verlängerte Übung durchführte. Eine solche war zwar nicht ungewöhnlich, gehörte aber gleichzeitig auch nicht zur Normalität. Unter der Leitung von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann sei eine Stabs- und Führungsübung mit dem Zweiten Fernmelderegiment, Militärbezirk III (das Südliche der

¹⁵ RA, FE's Arkiv, FE reg. 3800 af ¾ 1970 (HEMMELIG), Warsaw Pact Missile Order of Battle in the Baltic, NATO SECRET, Enclosure to C.734/INT.7672, September 1970. – Notat: Kystmissilstruslen i Østersøen CH/FE.

¹⁶ RA, FE's Arkiv, FE reg. 3800 af ¾ 1970 (HEMMELIG), Warsaw Pact Missile Order of Battle in the Baltic, NATO SECRET, Enclosure to C.734/INT.7672, September 1970. – Notat: Kystmissilstruslen i Østersøen CH/FE.

DDR) und dem Militärbezirk V (Norden der DDR) durchgeführt worden. Es hätten sowjetische Einheiten der GSSD teilgenommen, es seien aber auch Stabseinheiten aus der Sowjetunion festgestellt worden. Der Vorgang wurde als bemerkenswert beschrieben, es könne sich dennoch um eine Vorbereitung auf eine große Übung des Warschauer Pakts handeln, »die für die Saison völlig normal wäre«.¹⁷

Neben den umfangreichen militärischen Übungen zu Lande gab es auch sehr rege militärische Aktivitäten entlang der gesamten ostdeutschen Küste, wo sowohl polnische als auch ostdeutsche Marineeinheiten Übungen zur Vorbereitung einer Landungsoperation durchführten.¹⁸ Diese Übungen waren für den dänischen Geheimdienst von großem Interesse, da man davon ausging, dass die innerdänischen Gewässer und insbesondere Seeland das Ziel einer amphibischen Operation der Streitkräfte des Warschauer Pakts sein könnten. Die ausgedehnte ostdeutsch-polnische Übung gipfelte in einer großen Landung östlich von Rügen in der Nacht vom 28. zum 29. März 1968.¹⁹

Der Flugverkehr in der DDR war im gesamten Beobachtungszeitraum schwach bis sehr lebhaft. Anhand der Signale wurde festgestellt, dass es zu einer Übergabe von MIG-21 (FISHBED D/F) als Ersatz für MIG-17 (FRESCO) kam. Dabei handelte es sich um eine große Anzahl von Flugzeugen aus der Sowjetunion, die zu Flugplätzen der Luftstreitkräfte der NVA in Peenemünde und Neubrandenburg überführt wurden. Man nahm auf dänischer Seite an, dass es sich dabei um sogenannte Überführungsflüge von neuen Kampfflugzeugen handelte, die ältere Modelle ersetzen sollten. Nach dieser Lesart hätte diese Veränderung als normal bezeichnet werden können. Die Dänen hielten sie aber weiterhin aktiv im Blick, um sicherzustellen, dass es sich nicht um einen verdeckten Versuch handeln könnte, Verstärkung zu transferieren. Eine solche Verlegung von Verstärkungen hätte außerhalb des Normalbereichs gelegen und ein Hinweis auf mögliche Kriegsvorbereitungen sein können. Die Schlussfolgerung, dass es sich lediglich um eine routinemäßige Modernisierung handelte, lag jedoch am nächsten.²⁰

Ein Vorfall aus dem sachsen-anhaltinischen Dorf Dähre zeigt, wie minutiös der dänische Dienst das Nachbarland unter Beobachtung hielt und welche geringfügigen Veränderungen bereits als berichtenswert eingeschätzt wurden. So hatte eine dänische Quelle vor Ort bemerkt, dass ein Schutzwall um einen Radarstützpunkt

¹⁷ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, SISC no. 532 4M/C, 55M 5M (Hemmeligt). Efterretningsoversigt nr. 500/68, Sammenfatning 28. marts–3. april 1968.

¹⁸ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, SISC nr. 395 338.2 N 4M/C 55M. (Hemmeligt) Efterretningsoversigt nr. 500/68, Sammenfatning 28. marts–3. april 1968.

¹⁹ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, SISC-Nr. 491 55M (Hemmeligt). Efterretningsoversigt nr. 500/68, Sammenfatning 28. marts–3. april 1968.

²⁰ Ebd.

der GSSD errichtet wurde. Die Dänen vermuteten auf der Grundlage dieses Details, dass der Warschauer Pakt Lehren aus dem Sechstagekrieg im Mittleren Osten gezogen hatte und nun einen Schutz vor westlichen Tieffliegern einrichten wollte. Da es außerdem das erste Mal war, dass ein NATO-Nachrichtendienst diese Art von Bauarbeiten dokumentierte, mochte dies auch als ein frühzeitiger Indikator für Kriegsvorbereitung gesehen worden sein.²¹

Der Dährer Schutzwall diente somit zugleich zur Veranschaulichung, wie konkrete Veränderungen in der Umgebung als Zeichen der militärischen Großwetterlage interpretiert werden konnten. Daher mag es nicht verwundern, dass der dänische Nachrichtendienst in den Sommermonaten 1968 mit großem Interesse Bauarbeiten von Schutzwällen und Flugzeughangars auf dem Gebiet der DDR observierte. Diese Verstärkungen des Schutzes von ostdeutschen und sowjetischen Flugplätzen konnten durchaus als alarmierend betrachtet werden, weil im Kriegsfall sowohl polnische wie auch zusätzliche sowjetische Luftstreitkräfte frontnah auf das Territorium der DDR hätten vorverlegt werden müssen.²² Dass das Anlegen von Erdwällen rings um Flugplätze kein der Fantasie entsprungener Indikator war, bestätigen Unterlagen der Großübung des Warschauer Pakts ZAPAD-69, die gerade solche Baumaßnahmen vor einem Kriegsausbruch empfahlen.²³

Die Krise in Prag spitzt sich zu

Während militärisch die Lage an der Ostsee als noch normal angesehen wurde, veränderte sich die politische Situation. Tatsächlich stellte der März 1968 für die sowjetische Führung einen Wendepunkt dar, wobei sich ihre Einschätzung der politischen Reformen in der ČSSR von einer »Herausforderung« zu einer »Bedrohung« wandelte. Im April wurde der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen des Transkarpatischen Militärbezirks, Vasilij Bisjarin, mit den Plänen zur »Niederschlagung der Konterrevolution« im Nachbarland vertraut gemacht.²⁴ Die Kopenhagener Nachrichtendienstzentrale »Die Zitadelle« stellte im April eine erhöhte Bereitschaft

²¹ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, Efterretningsoversigt nr. 500/68, Sammenfatning 28. marts-3.april 1968.

²² RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, SICS nr. 423 N (Jm + PM) (Hemmeligt) Efterretningsoversigt nr. 1581/68, Sammenfatning 12.-23. september 1968. – Vgl. auch den Beitrag von Władysław Bułhak in diesem Band.

²³ Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (AIPN), BU 02958/190, Materialien bezüglich des operativ-taktischen Kriegsspiels ZAPAD-69. Operativ-strategisches Direktorat des polnischen Generalstabes.

²⁴ Olga Pavlenka: Der Informationsfluss an die Moskauer Machtzentrale, in: Stefan Karner u. a. (Hrsg.): Prager Frühling. Das Internationale Krisenjahr 1968, Köln 2008, S. 243–278, hier S. 270–271.

der sozialistischen Ostseestaaten fest, dennoch war die Einschätzung, wie sich die Situation weiterentwickeln würde, im Mai immer noch von Unsicherheit geprägt. So bescheinigte der dänische Dienst noch während der ersten Maihälfte, dass die »Aktivität der sowjetischen, ostdeutschen und polnischen Streitkräfte normal [war].«²⁵

Zwar verfolgten dänische Analysten auch die Parteipresse in der DDR, der Volksrepublik Polen sowie der Sowjetunion und stellten fest, dass der Druck von außen auf den Chefreformer der Kommunistischen Partei der ČSSR, Alexander Dubček, wuchs. Dennoch konstatierte der Dänische Dienst noch Ende Mai: »Es fällt Dubček leichter, die Entwicklung in für MOSKAU akzeptablere Bahnen zu lenken. Es ist kaum die Absicht der SOWJETUNION, in der gegenwärtigen Situation militärisch einzugreifen, aber die Verbreitung entsprechender Gerüchte könnte Teil der oben erwähnten psychologischen Kriegsführung gewesen sein.«²⁶

In den letzten Maitagen zogen sich die Wolken langsam, aber sichtbar zusammen. Verstärkte sowjetische Truppenkontingente trafen im Süden der DDR und der Volksrepublik Polen ein. Dies passierte vom 28. bis 30. Mai im Rahmen der Vorbereitung zur polnisch-sowjetisch-ostdeutsch-ungarischen Übung »Šumava« (Böhmerwald), die auf dem Territorium des ČSSR ausgetragen wurde. Das Kommando über die Übung wurde dem Stabschef des vereinigten Kommandos des Warschauer Paktes, Armeegeneral Michail I. Kazakov, übertragen, während der Oberbefehlshaber des Paktes, Marschall Ivan Jakubovskij, politische Gespräche mit der Führung der ČSSR führte.²⁷ Die eigentliche Übung fand vom 18. Juni bis 2. Juli statt und bildete die wichtigste militärische Vorbereitungsmaßnahme für den späteren Einmarsch in die ČSSR unter Teilnahme von insgesamt 15.000 Generälen, Offizieren und Mannschaften.²⁸ Der dänische Dienst, für den der Süden der DDR weniger Priorität hatte als der Norden und Westen, schätzte die Teilnahme zunächst sogar auf 24.000 Soldaten, nahm aber an, dass »die bisher beobachtete Aktivität lediglich auf Übungsvorbereitungen hindeutet.«²⁹ Der Dienst war sich jedoch des Ernstes der Lage bewusst, und schickte noch am 19. Juni dem Verteidigungsminister Erik Ninn-Hansen eine Eilmeldung in sein Hotel im Urlaubsort Gammel Skagen mit der

²⁵ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, Efterretningsoversigt nr. 11/68, Sammenfatning 2–15 maj 1968.

²⁶ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, Efterretningsoversigt, Situationen omkring Czekoslovakiet, den 22. maj 1968, jnr. 7454/68.

²⁷ Rüdiger Wenzke: Wo stehen unsere Truppen? NVA und Bundeswehr und ČSSR-Krise 1968, 2018, S. 46–47.

²⁸ Rüdiger Wenzke: Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag (künftig zitiert: Wenzke, Die Nationale Volksarmee), in: Stefan Karner u. a. (Hrsg.): Prager Frühling. Das Internationale Krisenjahr 1968, Köln 2008, S. 673–686, hier S. 676.

²⁹ RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, Efterretningsoversigt nr. 14/68, Perioden 30. maj–12. juni 1968.

Nachricht, dass das Risiko für eine bevorstehende Invasion in die ČSSR bei 50 zu 50 stünde.³⁰

Im Ostseeraum konnte der dänische Dienst vorerst kein erhöhtes Niveau der Spannungen feststellen. Doch er beäugte mit Sorge die Ereignisse, die sich in Nordnorwegen im Zusammenhang mit der NATO-Übung »Polar-Express« zutrug. Am 6. Juni führten sowjetische Streitkräfte eine Feldübung ganz in der Nähe der norwegischen Grenze durch, wobei sie zwei bis drei Kilometer davon entfernt Kampfstellungen ausgruben und »Schleichangriffe« durchführten. Die Übung wurde als »außergewöhnlich« und »Demonstration des militärischen Potenzials« bewertet.³¹ Auch rhetorisch befanden sich die sozialistischen Staaten auf Konfrontationskurs: Am 4. Juni erklärte ein Artikel in der Zeitung »Krasnaja Zvezda«, sie würden »die gefährlichen Aktivitäten der NATO nicht passiv beobachten«. Auch Dänemark wurde am 9. Juni als Gastgeber der NATO-Übung BARFARA 68 scharf kritisiert.³²

Nach dem Ende der Übung »Šumava« Anfang Juli 1968 kehrte in Zentraleuropa keine militärische Ruhe ein. Letztlich verließen die polnischen Truppen erst Mitte Juli die ČSSR und gingen zu neuen grenznahen Übungen über.³³ Am 16. August kam der dänische Nachrichtendienst zu dem Schluss, »dass die Krise oberflächlich gelöst sei« und dass angesichts der Erfahrungen, die Moskau in ihr gemacht habe, »anzunehmen ist, dass die Diskussion in einem größeren Rahmen geführt werden wird.« Vorerst herrschte eine gedämpfte Atmosphäre. Ausschlaggebend sei, dass bei dem Treffen von Partei- und Regierungsspitzen der Sowjetunion und der ČSSR in Bratislava »direkte Konfrontationen sorgfältig vermieden« wurden. Die Regierung in Prag könne sich »relativ ruhig« auf den Parteitag am 9. September einstimmen und »die Führer der Reformbewegung und die Bevölkerung nicht zuletzt psychologisch auf die Notwendigkeit von Zugeständnissen an Moskau vorbereiten.«³⁴ Die politischen Probleme schienen vorerst aus der Welt geschafft, der militärische Druck durch die Fortsetzung von Übungen an den Grenzen der Tschechoslowakei blieb aufrechterhalten. Dies fand unter anderem darin Ausdruck, dass die Militärpräsenz der Warschauer Pakt-Staaten von Juli bis in den August von beträchtlichen zwölf bis 15 grenznahen Divisionen auf 24 anstieg (etwa eine Viertelmillion Mann). Die

³⁰ Friis, Dänemark – NATO-Horchposten. S. 623.

³¹ Tor Gisle Lorentzen: Styrkedemonstrationen i 1968 – En studie av norsk reaksjoner på sovjetisk trusseldiplomati, Mastergradsopgave i historie, Universitet i Tromsø, 2011, p. 45–73.

³² RA, Forsvarets Efterretningstjeneste, Arkivserie: KA. Fjorten dages oversigt, Efterretningsoversigt, Perioden 30. maj – 12. juni 1968, Udg. Nr. 869/68, SISC nr. 238 317N. HEMMELIGT.

³³ RA, Forsvarets Efterretningstjeneste, KA. Fjorten dages oversigt, Efterretningsoversigt nr. 18/68, Perioden 25. juli–7. august 1968. Polske styrker. Aktiviteter, SISC nr. 238 55M, HEMMELIGT.

³⁴ RA, Efterretningsoversigt nr. 19/68, nr. 1292/68. CZEKOSLOVAKIET, den 16. august 1968. RA; Supplement til Efterretningsoversigt nr. 18, den 8. august 1968, ERKLÆRINGER FRA BRATISLAVA-MØDET, nr. 1245/68.

Dänen stellten dabei fest, dass in der DDR und der Volksrepublik Polen der Güterverkehr eingestellt wurde, um die sowjetischen Truppentransporte zu verschleiern.³⁵

Für die Sicherheit im Ostseeraum war es jedoch entscheidender, dass der dänische Dienst konstatierte, dass die Streitkräfte in der Ostsee sowie im Norden der DDR in normaler Stärke blieben, obwohl zusätzliche sowjetische Streitkräfte im Süden zusammengezogen wurden.³⁶ Ein klares Signal der Entspannung der Lage war die Meldung an alle Dienststellen der dänischen Landesverteidigung, an das Außenministerium sowie an die Organe der Inneren Sicherheit vom 2. August: »Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass irgendein Teil dieser Aktivitäten gegen das NATO-Gebiet gerichtet sein soll«.³⁷

Nicht nur Säbelrasseln

Dass etwas Ungewöhnliches im Gange war, bemerkte die Funkmessstation auf Bornholm am 20. August 1968 zwischen 23:58 und 04:35 Uhr am 21. August, als auf dem Radar 122 Kleinflugzeuge von Kaliningrad/Königsberg aus auf südwestlichem Kurs in Richtung Wrocław/Breslau verfolgt werden konnten. Sowohl Kampfflugzeuge als auch Transportflugzeuge flogen in Stärke von Luftlandeeinheiten. Darüber hinaus waren Transportflugzeuge zu erkennen, die von Stützpunkten in Polen und Ostdeutschland in Richtung Tschechoslowakei starteten.³⁸ Am 21. August um 03:00 Uhr wurde der wachhabende Sekretär des dänischen Außenministeriums von einem Journalisten der Kopenhagener Tageszeitung »BT« geweckt, der verkünden konnte, dass der Warschauer Pakt eine Invasion in der Tschechoslowakei gestartet habe. Der Verteidigungsnachrichtendienst verständigte um 03:16 Uhr den Direktor des Außenministeriums, Paul Henning Fischer, und den diensthabenden Sekretär.

³⁵ Danmark under Den Kolde Krig, Bd. 2, Kopenhagen 2005, S. 505 (künftig zitiert: Danmark under den Kolde Krig, Bd. 2).

³⁶ Ebd., S. 507.

³⁷ Friis, Dänemark – NATO-Horchposten, S. 624.

³⁸ Über COMINT erhielt der westdeutsche Nachrichtendienst BRN am 21. August um 16:00 Uhr vom dänischen Nachrichtendienst die Mitteilung, dass um 23:58 Uhr eine Flugverbotszone für die tschechische Luftwaffe angeordnet worden sei. Es wurde vermerkt, eine solche Verzögerung sei normal, da viele Frequenzen abgehört und die Bänder erst am nächsten Morgen nach Beginn der normalen Arbeitszeit abgefangen und dekodiert wurden. Zusammenfassend notierte der dänische Dienst in einem Vermerk vom 21. August 1968, dass insgesamt 205 Flüge in Richtung Tschechoslowakei registriert worden seien. Circa 125 wurden per Radar auf Bornholm beobachtet, ungefähr 40 Transportflugzeuge wurden von Kriwoi Rog (südliche Ukrainische SR) eingeflogen sowie eine Welle von circa 40 Transportflugzeugen von polnischen und ostdeutschen Stützpunkten. RA, Forsvarets Efterretningstjeneste. V. 1940–1990: V. Diverse Sager. Fotokopier af udgående post vedrørende krisen i CSSR 1968, Notat. Vedr. indflyvning af sovjetiske fly i CSSR 21/8 1968. Til FC, FST, YHM. Varia CSSR krisen 1968, 21/8 Morgen.

Daraufhin wurde das Notfallreaktionssystem der dänischen Regierung aktiviert. Dass es die Presse war, die das Außenministerium alarmierte, löste in der Regierung zunächst Stirnrunzeln aus, und Verteidigungsminister Erik Ninn-Hansen musste anschließend den Verteidigungschef, General Kurt Ramberg, um eine Erklärung bitten. Direkt nachgefragt, ob das Benachrichtigungssystem zufriedenstellend sei, antwortete Ninn-Hansen: »Nein, aber ich bin mir bewusst, dass es in bestimmten Situationen schwierig sein kann, dem Nachrichtendienst einen Schritt voraus zu sein.« Erst nach einem dreistündigen Krisentreffen mit der dänischen Verteidigungsbehörde gab man in einer Erklärung kund, man sei zukünftig daran interessiert, »die Warnung in Situationen zu verbessern, in denen von einer NATO-Warnung keine Rede sei«. Am 28. August veröffentlichte das Außenministerium eine Erklärung, in der es seine »Dankbarkeit gegenüber der Presse zum Ausdruck brachte, weil sie dazu beigetragen hat, die Krisenvorsorge des Ministeriums in Gang zu bringen«. Das bedeutete für die Streitkräfte alles andere als ein Lob.³⁹

Aus dem Kriegstagebuch des Offiziers vom Dienst geht hervor, dass der Verteidigungsnachrichtendienst um 03:00 Uhr erkannte, dass eine Operation des Warschauer Pakts gestartet wurde, etwa eine Stunde nach der Landung der ersten sowjetischen Truppen in Prag. Erst am frühen Morgen um Viertel nach fünf war es gelungen, den dänischen Verteidigungschef Ramberg zu wecken, damit ihm der Chef des Nachrichtendienstes Erik Fournais Bericht erstatten konnte. Zwei Stunden später wurde Verteidigungsminister Hansen erreicht.⁴⁰

Selbst wenn weder das Frühwarnsystem noch die Nachtbereitschaft in dieser Situation eine gute Figur machten, war es dem Nachrichtendienst gelungen, mittels Funkaufklärung die Situation recht genau zu verfolgen. Zu diesem Zweck wurde »Jamming« (elektronisches Blockieren) gegen die Luftverteidigung der ČSSR eingesetzt, denn die Möglichkeiten des Westens und damit auch die der dänischen Nachrichtendienstler, Flugbewegungen aus Polen und dem Oblast Kaliningrad zu beobachten, waren nicht eingeschränkt.⁴¹ Zudem war die Funkaufklärung gegen die DDR sehr ergiebig, die dänischen Nachrichtendienstler hatten einen Überblick über die dortigen Streitkräfte bis zur Bataillons- und Kompanieebene erarbeitet. Damit stellten sie auch fest, dass vor allem sowjetische Einheiten und nur einzelne Verbände der NVA an dem Einmarsch beteiligt waren. Eine ostdeutsche Stabseinheit hat-

³⁹ RA, V. Diverse Sager. Fotokopier af udgående post vedrørende krisen i CSSR 1968, Varia – CSSR krisen 1968 – Varsel om militær indgriben i CSSR. Forsvarets Efterretningstjeneste, 1940–1990.

⁴⁰ RA, Forsvarets Efterretningstjeneste, 1940–1990: V. Diverse Sager. Fotokopier af udgående post vedrørende krisen i CSSR 1968, Situationen i Tjekkoslovakiet kl.0830. Varia – CSSR krisen 1968 – Varsel om militær indgriben i CSSR.

⁴¹ Friis, Dänemark – NATO-Horchposten, S. 623.

te ihr Hauptquartier auf tschechischem Gebiet in Mlada Boleslav aufgeschlagen.⁴² Später konnte der Historiker Rüdiger Wenzke in seinen Studien belegen, dass die Siebte Panzerdivision und die Elfte Motorisierte Schützendivision die Reserve bildeten, während Soldaten des Nachrichtenregiments 2 sowie Aufklärungstrupps in der ČSSR zum Einsatz kamen. Die ostdeutschen NVA-Verbände unter dem Kommando von Oberst Max Butzlaff waren bis Ende Oktober 1968 in der Stadt Milovice an der Elbe stationiert.⁴³

Die detaillierte Funkaufklärung des dänischen Nachrichtendienstes vertieft somit unser Wissen über den ostdeutschen Beitrag zur Militäroperation des Warschauer Paktes im Jahr 1968 in der ČSSR zur Niederschlagung des »Prager Frühlings«. Deshalb müssen wir unser zuvor weitgehend von der offiziellen sowjetischen Version der Geschichte dominiertes Verständnis dieser Militäroperation revidieren. Darüber hinaus ist heute der Vormarsch ausländischer Heeresseinheiten in fünf Angriffsachsen über die Grenze der ČSSR hinweg anerkannte Tatsache. Man war davon ausgegangen, dass die Einheiten aufgrund ihrer hohen Einsatzbereitschaft in den vorangegangenen Übungen in der Lage sein würden, einen schnellen Vormarsch in Richtung Prag und zu den wichtigsten Städten des Landes durchzuführen. Es gab keine Berichte über einen Widerstand der tschechoslowakischen Armee.

In der Ostsee stellte die dänische Marine am 21. August unmittelbar eine Erhöhung der Aktivitäten fest, sowjetische und ostdeutsche Patrouillen und Aufklärungsschiffe wurden sowohl vor Skagen, vor der Insel Møn, in der Kieler Bucht, vor der Insel Langeland sowie südlich von Trelleborg in Schweden gesichtet. Weiterhin wurden polnische Landungsboote südlich von Bornholm geortet.⁴⁴ Eine eintreffende Meldung, dass ein sowjetisches Minensuchboot mit dem Codenamen »T 43« vor Rønne auf Bornholm die »erste Kriegsbereitschaftsstufe« erreicht habe, verstärkte indes die Unsicherheit über die Art der bevorstehenden Operation. Von einem dänischen Patrouillenschiff aus wurde festgestellt, dass die Besatzung Kampfuniformen trug und dass »die Waffen bereit und die Munition an Deck ausgelegt waren«.⁴⁵ Das dänische Patrouillenboot »Havmanden«, das anlässlich der Krise seine Munition offen präsentierte, begegnete an der Seegrenze der DDR bei Rügen einer größeren

⁴² RA, Efterretningsoversigt (afklassificeret) (Officielt), KA. 14-dages oversigt, SISC nr. 238 M/C (Hemmelig) Efterretningsoversigt nr. 1464/68, Sammenfatning for perioden 22. august–11. september 1968.

⁴³ Rüdiger Wenzke: Wo stehen unsere Truppen? NVA und Bundeswehr in der CSSR-Krise 1968 (= Militärgeschichte der DDR, Bd. 26), Berlin 2018, S. 136–139. – Wenzke, Die Nationale Volksarmee, S. 683.

⁴⁴ Danmark under den Kolde Krig, Bd. 2, S. 508.

⁴⁵ RA, Notat. Det militære billede (Fortsat). Klokken 0945, den 21. august 1968. Varia – CSSR krisen 1968 – Varsel om militær indgriben i CSSR. Forsvarets Efterretningstjeneste, 1940–1990: V. Diverse Sager. Fotokopier af udgående post vedrørende krisen i CSSR 1968.

Anzahl von Schiffen der Volksmarine und wurde von zwei Küstenschutzschiffen abgewiesen.⁴⁶

Trotz der umgehenden Aufregung am Tag des Einmarsches in die ČSSR gab es auch eine Tendenz zur frühen Entwarnung für eine Gefahr gen Westen. So schätzte der dänische Dienst wenige Stunden, nachdem Minister und Verteidigungschef geweckt worden waren, ein: »Es muss davon ausgegangen werden, dass die Besetzung der Tschechoslowakei so große Kräfte erfassen wird, dass eine unmittelbare Möglichkeit für gleichzeitige Operationen in andere Richtungen nicht bestehen kann.«⁴⁷ Die Ostsee betreffend, wurde schon ab dem 24. August 1968 von einer sinkenden Bereitschaft der VOF berichtet, und am 5. September waren die Flottenaktivitäten wieder im Normalbereich angekommen.⁴⁸ Die Neigung, die im Sommer 1968 eingetretene Situation als Normalzustand zu interpretieren und damit nicht zur Eskalation beizutragen, war schon am 21. August gegeben, als der dänische Dienst feststellen musste, dass diese Krise außergewöhnlich war, »jedoch nicht davon abwich, was in früheren Krisen beobachtet wurde (Berlin, Ungarn, Kuba)«. ⁴⁹ Damit meinte der dänische Geheimdienst, dass die Krise an sich kein Ausdruck kriegsvorbereitender Aktivitäten sei.

Schlussbemerkungen

Die Krise des »Prager Frühlings« von 1968 und der Einmarsch »verbündeter« Truppen in die ČSSR erschütterten die sozialistischen Staaten innerlich und demonstrierten nach außen eher politischer Schwäche als militärische Stärke des Warschauer Pakts. Aus der Perspektive des dänischen Nachrichtendienstes, der die militärische Lage im westlichen Ostseeraum beobachtete, standen Fragen der Frühwarnung, der Gefechtsgliederung und letztlich der Abweichungen vom Normalzustand im Zentrum.

Die Spannungen zwischen westdeutschen und dänischen Streitkräften auf der einen Seite und den sozialistischen Ostseestaaten auf der anderen Seite befanden sich dauerhaft auf hohem Niveau. Es hätte nur des einen berühmten Funkens bedurft, und eine Krise, die sich eigentlich südlich der DDR abspielte, hätte einen in-

⁴⁶ Peter Bogason: NATO and the Baltic Approaches 1949-1989. When perception was reality (= De Gruyter Studies in Military History, Bd. 7), Berlin 2023, S. 505

⁴⁷ RA, Militært. Notat. Klokken 0900, den 21. august 1968. Varia – CSSR krisen 1968 – Varsel om militær indgriben i CSSR. Forsvarets Efterretningstjeneste, 1940-1990: V. Diverse Sager. Fotokopier af udgående post vedrørende krisen i CSSR 1968.

⁴⁸ Danmark under den Kolde Krig, Bd. 2, S. 508.

⁴⁹ Friis, Dänemark – NATO-Horchposten. S. 624.

ternationalen Flächenbrand entfacht – mit unmittelbaren Konsequenzen auch für die Ostseeregion.

Für den dänischen Nachrichtendienst war es wichtig, schnell erkennen zu können, ob sich die Vereinten Ostseefloten der sozialistischen Staaten sowie die Truppen im Norden der DDR von einer Friedensphase in Kriegsbereitschaft umstellten. Auch wenn untergeordnete Anzeichen – etwa der Ausbau des Schutzes von Flugplätzen in der DDR – im Frühjahr 1968 kleine Warnsignale erkennen ließen, bewegte sich die Lage bis zum eigentlichen Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR im normalen, also im »grünen« Bereich.

Die Krise in der ČSSR widerspiegelte beispielhaft sowohl die Routinen des Kalten Krieges als auch die Besonderheiten der konkreten Ereignisse. Die dänischen Nachrichtendienstler vermochten es, mithilfe ihres Instruments des »Normalbildes« sowohl vor als auch während der Krise deeskalierend zu wirken. Selbst wenn die unmittelbare Reaktion in der Nacht zum 21. August keine vorbildliche Krisenkommunikation darstellte, unterstreichen Informationsbeschaffung und Analyse der Daten, dass der dänische Dienst über ein hohes Maß an Expertise und Spezialisierung zur Aufklärung der Ostseeregion verfügte.

Seine einzigartige Fähigkeit zur Funkaufklärung, seine Agenten in der DDR und in Polen und auch die taktisch-operative Aufklärung der Marine sicherten dem Dienst eine breite Palette an Informationen zur militärischen Entwicklung in der Region. Der Norden der DDR behielt für den dänischen Nachrichtendienst vom Anfang bis zum Ende des Kalten Krieges eine durchgehende Priorität – denn gerade aus diesem Raum wurde ein Angriff auf den Westen Europas befürchtet. Der enorme Grad an Militarisierung vor Ort und die kurzen Distanzen zwischen Dänemark und dem Bezirk Rostock erforderten die hohe Bereitschaft des Nachrichtendienstes. Fehlinterpretationen hätten verheerende Folgen auf beiden Seiten der Ostsee haben können.

Mario Niemann

Klassenkampf im Dorf und Flucht in den Westen

Der Kampf gegen die Großbauern 1948 bis 1953

Ab Ende 1948 leitete die SED mit ihrer These vom »Klassenkampf im Dorf« agrarpolitische Maßnahmen ein, die das Ziel hatten, die Großbauern wirtschaftlich und politisch erheblich unter Druck zu setzen.¹ Großbauern besaßen zwischen 20 und knapp 100 Hektar Land und beschäftigten in der Regel familienfremde Arbeitskräfte, was sie von Mittel- und gar von Kleinbauern unterschied. Das machte sie in den Augen der SED-Führung zu Ausbeutern, zu kapitalistischen Elementen, die auch für die schlechte Versorgungslage verantwortlich waren. In der Presse und den offiziellen Verlautbarungen wurde fortan zwischen den »werktätigen Bauern«, wie die Klein- und Mittelbauern nun genannt wurden, und den Großbauern unterschieden. Damit sollte suggeriert werden, dass die Großbauern andere für sich arbeiten lassen, ohne selbst einen Finger krumm zu machen. Walter Ulbricht als führender SED-Funktionär erläuterte beispielsweise in einem Aufsatz im November 1948, »daß es im Dorfe Großbauern gibt, die eine Anzahl Arbeitskräfte ausbeuten, also Vertreter der kapitalistischen Klasse sind, und werktätige Bauern – Klein- und Mittelbauern –, die einerseits Privateigentümerinteressen haben, andererseits aber an einer friedlichen, demokratischen Entwicklung interessiert sind, die nur unter der Führung der Arbeiterklasse garantiert werden kann.«² Mit der Wirklichkeit hatte das nichts zu tun, die neue Sprachregelung stellte vielmehr eine politisch motivierte, wahrheitswidrige Diffamierung dar.

Der Landesvorstand Mecklenburg der SED übernahm die neue agrarpolitische Linie und beschloss am 15. Dezember 1948: »Die Gesamttätigkeit der Partei auf dem Lande muß gerichtet sein auf die Unterstützung und Hilfe für die werktätigen Bauern, für die Entfaltung ihrer Initiative zum Kampf gegen die ausbeuterischen Elemente im Dorf, gegen diejenigen, die ihre wirtschaftlichen Machtstellungen aus-

¹ Zur Entwicklung auf dem Land in den 1940er- und 1950er-Jahren ausführlich Mario Niemann: Beständiger Wandel. Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Mecklenburg von 1900 bis 2000, Rostock 2020, Kapitel 7 und Kapitel 8.

² Walter Ulbricht: Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Band I: Februar 1945–Juni 1958, Berlin (Ost) 1961, S. 178.

nutzen, um die Klein- und Mittelbauern in ihre wirtschaftliche und politische Abhängigkeit zu bringen.«³

Zwei Tage später informierte die »Landes-Zeitung« als Organ der SED die Leser über diese neue Politik: »Schlafendes oder gar fehlendes Klassenbewußtsein haben eine Lage geschaffen, die bei Junkerfreunden und Großbauern Ausbeutungs- und Herrengelüste geweckt und ihnen in manchen Dörfern des Landes, nicht selten mit Hilfe pflichtvergessener Bürgermeister, das Zepter überlassen hat. Aufgabe und Ziel der Partearbeit auf dem Lande muß daher sein, diese Fehler schleunigst abzustellen und die demokratischen Rechte und Einflüsse der Neu-, Klein- und Mittelbauern als die natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse in allen ländlichen Einrichtungen und Organisationen maßgeblich zu stärken und fest zu verankern.«⁴ Damit war die agrarpolitische Linie für die nächsten Jahre vorgegeben.

Ökonomische Daumenschrauben

Die landwirtschaftlichen Produzenten konnten nicht frei über ihre Erzeugnisse verfügen. Bis zum Abschluss der Kollektivierung galt eine Ablieferungspflicht, der sich kein Bauer entziehen konnte. Für das Ablieferungssoll erhielt er geringe, kaum kostendeckende Preise. Gelang es ihm, mehr zu produzieren, konnte er über dem Soll liegende Mengen zu erheblich besseren Preisen als »Freie Spitzen« gewinnbringend verkaufen.

Die Gestaltung der Pflichtablieferungen wurde zu einem der wichtigsten Mittel, um die Großbauern ökonomisch in die Knie zu zwingen. Landwirte mit mehr als 50 Hektar mussten im Vergleich zu Kleinbauern mit weniger als fünf Hektar 1949 mehr als die doppelte Menge, im Jahr darauf sogar die dreifache Menge an Getreide je Hektar abliefern.⁵

Zwischen 1950 und 1952 wurden jeweils Erhöhungen des Ablieferungssolls festgelegt, die alle Betriebsgrößen betrafen, doch in stärkstem Maße die Großbauern belasteten. Bis 1952 stiegen ihre Pflichtablieferungen bei tierischen Erzeugnissen um 280 bis 290 Prozent. Erschwerend kam ihre Benachteiligung bei der Versorgung mit Betriebsmitteln und beim Einsatz der in den Maschinen-Ausleih-Stationen kon-

³ Dokumente zur Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin, Schwerin 1975, S. 82.

⁴ Zit. nach: Das Gesicht dem Dorfe zu. Dokumente zur Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei in den Jahren 1946–1952 auf dem Territorium des Bezirkes Schwerin, Schwerin 1976, S. 37/1 und 37/2.

⁵ Joachim Piskol: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 39. Jg. (1991), H. 5, S. 419–433, hier S. 425 (künftig zitiert: Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung).

zentrierten Technik hinzu. Unter diesen Bedingungen waren Schwierigkeiten in der Wirtschaftsführung der Höfe vorprogrammiert.⁶

Der Feldzug, den die SED gegen die Großbauern führte, zeigte bald Erfolge, viele von ihnen gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Den Bauern wurde staatlicherseits jedoch keine Hilfe zuteil. Ab Mitte 1951 erfassten die staatlichen Stellen sogenannte devastierte Betriebe. Als devastiert galt ein Hof, der zu wenig Großvieheinheiten oder einen zu geringen Maschinen- und Gerätebesatz aufwies, dessen Gebäude baufällig oder reparaturbedürftig waren, auf dem erhebliche Schulden lasteten oder der Erträge brachte, die nicht die Hälfte des Durchschnitts der Gemeinde erreichten. Unterschiedliche Bewertungen und damit willkürliche Entscheidungen waren möglich. Den Umgang mit den erfassten Wirtschaften regelte die »Verordnung über devastierte landwirtschaftliche Betriebe« vom 20. März 1952. Hiernach konnten Betriebe, deren Eigentümer arbeitsunfähig waren oder schlecht wirtschafteten und die demzufolge eine weit unterdurchschnittliche Produktion aufwiesen und vermutlich weiterhin aufweisen würden, von einem dazu eingesetzten Treuhänder geleitet oder verpachtet werden. Diese Verordnung bildete die Grundlage für die in der Folgezeit häufig vorgenommene Absetzung und anschließende Ausweisung von Großbauern. Die »Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten« vom 17. Juli 1952 verschärfte die Bestimmungen und ermöglichte die Beschlagnahmung solcher Betriebe, deren Eigentümer in die Bundesrepublik geflohen oder an der Demarkationslinie ausgesiedelt worden waren. Ihre Wirtschaften gelangten in den Bodenfonds und konnten von einer LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) oder einem VEG (Volkseigenes Gut) unentgeltlich genutzt werden. Damit wurden der genossenschaftliche und der volkseigene Sektor durch die Übergabe ehemals privater Wirtschaften gestärkt.⁷

Ob ein Betrieb als devastiert anzusehen war, entschied eine Kommission des Rates des Kreises. Anfang August 1952 wurden in den Nordbezirken rund 75.000 Hektar als devastiert gemeldet. Rund zwei Drittel der Fläche stammte von 1.198 großbäuerlichen Betrieben ab 20 Hektar. 180 dieser Betriebe waren von den Eigentümern verlassen worden, die anderen 1.018 nach Paragraph 2 der Verordnung vom

⁶ Jens Schöne: *Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft*, Berlin 2005, S. 70 (künftig zitiert: Schöne, *Frühling auf dem Lande?*).

⁷ »Verordnung über devastierte landwirtschaftliche Betriebe« vom 20.3.1952, in: *Gesetzblatt der DDR*, Nr. 38, 27.3.1952, S. 226 f. – »Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten« vom 17.7.1952, in: *Gesetzblatt der DDR*, Nr. 100, 26.7.1952, S. 615 f. – Christel Nehrig: *Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen in der DDR. Die Entwicklung der Örtlichen Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB)*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 51. Jg. (2003), H. 2, S. 34–46, hier S. 39 (künftig zitiert: Nehrig, *Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen*). – Christian Nieske: *Republikflucht und Wirtschaftswunder. Mecklenburger berichten über ihre Erlebnisse 1945 bis 1961*, Schwerin 2001, S. 86–88 (künftig zitiert: Nieske, *Republikflucht und Wirtschaftswunder*).

20. März entsprechend eingestuft. Ende Januar 1953 galten hier 2.221 Betriebe mit zusammen 75.571 Hektar als devastiert. Die durchschnittliche Größe von 34 Hektar wies sie als zumeist großbäuerliche Höfe aus. Die Verwaltung dieser Betriebe durch VEG, LPG, Einzeltreuhänder und Gemeinden war kostspielig, der Ertrag jedoch gering.⁸

Die »Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung« vom 19. Februar 1953 bildete dann den Höhepunkt des Klassenkampfes auf dem Land. Sie stellte die hohnsprechende Behauptung auf, eine Anzahl Großbauern hätte »ihre Betriebe heruntergewirtschaftet, um der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik Schaden zuzufügen. Anstatt die ihnen von der Regierung reichlich gebotene Hilfe zur Steigerung ihrer Produktion zu verwenden, verstanden es diese spekulativen Elemente auf dem Lande, die gesetzlichen Bestimmungen auf betrügerische Weise zu umgehen, und benutzten die ihnen gegebenen Mittel zu ihrer persönlichen Bereicherung.« Die Konsequenz war klar: Solchen Bauern »kann durch Entscheidung des Rates des Kreises oder Beschluß des Gerichtes die weitere Bewirtschaftung ihres Grundbesitzes untersagt werden. Der nicht ordnungsgemäß bewirtschaftete Grundbesitz ist in die Verwaltung des Rates des Kreises zu nehmen.« Das so in staatliche Verwaltung übernommene Land sollte bevorzugt an Produktionsgenossenschaften übergeben werden. Wo das noch nicht möglich war, wurden ein Volkseigenes Gut oder der Rat der Gemeinde mit der Bewirtschaftung beauftragt.⁹

Diese Verordnung ermöglichte ein hartes Durchgreifen gegen Bauern mit einer – oft nur unterstellten – mangelhaften Wirtschaft. Behörden und Gerichte verhängten auch bei geringfügigen Ablieferungs- und Zahlungsrückständen hohe Strafen. Das noch fehlende Soll wurde ohne Rücksicht auf die weitere Wirtschaftsfähigkeit der Bauernhöfe von den Erfassungsorganen eingetrieben. Wegen nicht ordnungsgemäßer Wirtschaftsführung, wozu auch Soll- und Steuerschulden zählten, beschlagnahmten staatliche Stellen viele Höfe und mit ihnen das gesamte lebende und tote Inventar sowie sämtliche Wirtschaftsvorräte und übergaben sie an LPG, VEG und übergangsweise auch an die Gemeinden. Die Bauern mussten den Hof verlassen, sie waren faktisch enteignet.¹⁰

Nach der Verordnung vom 19. Februar 1953 wurden bis Ende März 1953, also innerhalb von nur sechs Wochen, DDR-weit 6.518 Betriebe mit 208.320 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) enteignet. Bis Jahresende erhöhte sich die Zahl auf 10.146 Betriebe mit 317.790 Hektar LN. Ende Mai 1953 waren in den drei Nordbezirken 4.136 landwirtschaftliche Betriebe als devastiert in staatliche Verwaltung

⁸ Nehrig, Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen, S. 40.

⁹ Gesetzblatt der DDR, Nr. 25, 27. Februar 1953, S. 329 f., hier S. 329.

¹⁰ Nehrig, Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen, S. 41 f.

übernommen worden. Ihre landwirtschaftliche Nutzfläche von zusammen über 100.000 Hektar zeigt, dass es sich mit durchschnittlich 25 Hektar zumeist um großbäuerliche Betriebe gehandelt hat. Mitte 1953 betrug allein im Bezirk Rostock die devastierte Fläche fast 50.000 Hektar, das entsprach einem Zehntel der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.¹¹

Vor allem Ablieferungsrückstände boten einen Grund, um gegen die Großbauern vorzugehen und den Hof als devastiert zu erklären. Viele Landwirte verloren so ihren Hof. Im August 1952 beispielsweise wurde wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls dem Großbauern Johann Griem in Krembz auf Grundlage der Verordnung über devastierte Betriebe vom 20. März 1952 die Wirtschaftsführung seines Hofes entzogen. Ein von der Verwaltungsstelle für Treuhandbetriebe eingesetzter Agronom zog in das Bauernhaus und bewirtschaftete den Hof. Aber auch er konnte das nun sogar etwas herabgesetzte Soll nicht erfüllen. Die Behörde bot Griem daher an, seinen Hof wieder zu übernehmen. Dieser lehnte allerdings ab, und das Land wurde 1953 von ihm an die neu gegründete LPG »Freiheit« verpachtet.¹²

Das bauernfeindliche Klima wird deutlich in dem Bericht einer Kommission des Ministeriums für Landwirtschaft geschildert, der im Oktober 1952 an die Parteiführung ging. Hierin heißt es, dass »gerade in Mecklenburg auch solche Tendenzen stark vorhanden« sind, »durch alle möglichen Maßnahmen den Großbauern das Weiterwirtschaften schwer bzw. unmöglich zu machen. Tendenzen, die soweit gehen, daß in einzelnen Gemeinden Pläne aufgestellt wurden zur Devastierung der Großbauernbetriebe.« Durch »eine Reihe überspitzter Maßnahmen der Verwaltung und einiger Parteifunktionäre« wurde »die Tendenz zur Aufgabe von Großbauernbetrieben in letzter Zeit in Mecklenburg außerordentlich verschärft.«¹³

Dieser Bericht führt mehrere konkrete Beispiele auf. So hatte die Kreisverwaltung Schwerin in der Gemeinde Holthusen entgegen dem Willen der Eigentümer und der Auffassung der Gemeindeverwaltung drei großbäuerliche Betriebe für devastiert erklärt und unter Treuhandschaft gestellt. Der Vorsitzende des Rates des Kreises Schwerin lud weitere Großbauern der Gemeinde Holthusen zwischen 23 Uhr und 2 Uhr zu nächtlichen Aussprachen vor, »um sie wegen der Nichterfüllung ihres Ablieferungssolls zur Verantwortung zu ziehen. Diese Maßnahme hat eine katastrophale Auswirkung auf die Stimmung im Dorf ausgeübt.« Einer dieser Groß-

¹¹ Schöne, *Frühling auf dem Lande?*, S. 121 (DDR). – Elke Scherstjanoi: *SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953*, München 2007, S. 521 (drei Nordbezirke). – Karl-Heinz Kowarsch: *Der Schritt vom Ich zum Wir in der Landwirtschaft des Bezirkes Rostock 1952–1960*, Rostock 1986, S. 19 (Bezirk Rostock).

¹² Hermann Wienke: *Krembz. Amt Gadebusch-Land. Die Geschichte eines Dorfes in Nordwestmecklenburg*, Band 2, o. O. 2003, S. 100–105.

¹³ Wolfgang Bell: *Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1949 und deren politische Hintergründe – Analyse und Dokumentation*, Münster-Hiltrup 1992, S. 49 f. und S. 50 (künftig zitiert: Bell, *Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR*).

bauern versuchte am nächsten Tag, sich das Leben zu nehmen. Seine Frau hatte nach ähnlichen Maßnahmen wegen ausstehender Sollmengen bereits 1949 Suizid verübt. In Beggerow im Kreis Demmin hatte der Bürgermeister einen Plan zur Devastierung aller großbäuerlichen Wirtschaften seiner Gemeinde ausgearbeitet. Danach war vorgesehen, bis etwa Februar 1953 insgesamt 15 Großbauernbetriebe für devastiert zu erklären.¹⁴

Die Großbauern sollten ökonomisch in die Knie gezwungen werden, wie die Kommission des Ministeriums für Landwirtschaft ermittelte. Im Kreis Parchim beschlagnahmten Funktionäre zur »Abschreckung und Erziehung« Dreschmaschinen, Elektromotoren, Fahrräder und Rundfunkgeräte von Großbauern, die mit ihren Ablieferungen im Rückstand waren. »Den Bauern wurde mitgeteilt, daß bis zur Aufbringung des entstandenen Rückstandes in der Erfüllung des Ablieferungssolls kein Verfügungsrecht über diese Dinge für sie besteht. Darüber hinaus ist man zur Beschlagnahme von Pferden und hochwertigem Zucht- und Nutzvieh übergegangen.« In der Gemeinde Siggelkow gab es folgende Praxis: »Wo der Großbauer mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen in der pflanzlichen Ablieferung im Rückstand war, erschienen Beauftragte des VEAB und des Kreisesrates, beschlagnahmten die besten Milchkühe der Großbauern und kennzeichneten sie als beschlagnahmt durch das Einziehen der Ohrmarke.« Einem Großbauern derselben Gemeinde, dem beim Dreschen der Treibriemen abgefallen war, unterstellte der hinzukommende Vorsitzende des Kreistages Absicht und schickte ihm trotz dessen Beteuerung, den Schaden zu beheben und selbst dreschen zu wollen, zwangsweise eine Dreschkolonie auf den Hof. In Mecklenburg waren im Oktober 1952 rund 300 Agronomen und Buchhalter im Einsatz, um die Bewirtschaftung der als devastiert erklärten Betriebe zu organisieren.¹⁵

Mit welcher Rücksichtslosigkeit die festgelegten Sollmengen eingetrieben wurden, zeigt das Beispiel eines Bauern mit 54 Hektar Land aus Dadow, der 1953 wegen Ernteausfällen infolge von Überschwemmungen in der Gemeinde sein Kartoffelsoll nicht erfüllen konnte. Sein Antrag auf Sollermäßigung blieb ohne Antwort. Im November 1953 erschien dann eine Kommission des Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebes (VEAB) und der Kreisverwaltung auf dem Hof und erfasste sämtliche Kartoffelbestände einschließlich der Saat-, Futter- und Esskartoffeln. Der Einwand des Bauern, ohne die Kartoffeln die Frühjahrsaussaat nicht vornehmen und die vorhandenen 50 Schweine nicht mit ausreichend Futter versorgen zu können, verhallte ungehört. Am Tag nach der Inventur ließ der VEAB unter Polizeibegleitung die Kartoffeln bis auf eine kleine Menge für den eigenen Verbrauch des Bauern

¹⁴ Ebd., S. 50.

¹⁵ Ebd., S. 49–51.

abtransportieren. Nach weiteren Vorwürfen durch die Polizei flüchtete der Bauer im Februar 1954 nach West-Berlin.¹⁶

Wie stark die seit Jahren gegen die Großbauern gerichtete Agrarpolitik deren wirtschaftliche Situation beeinträchtigte, ist dem Bericht einer Kommission des Zentralkomitees der SED zu entnehmen, die die Situation im Bezirk Schwerin untersucht hatte. Sie kam im Oktober 1952 zu dem Ergebnis, es seien »lediglich etwa 20 Prozent der Betriebe über 20 Hektar wirtschaftlich stark und investitionsfähig. Eine zweite Gruppe von 30 bis 40 Prozent konnte ihre staatlichen Verpflichtungen erfüllen und ihre Felder im notwendigen Maße bewirtschaften. Sie konnten in der Regel aber kaum investieren. Bis zu 40 Prozent der Bauern mit Wirtschaften über 20 Hektar lebten von der Substanz. Sie litten unter Arbeitskräftemangel und hatten hohe Geld- und Ablieferungsschulden. Ihre Felder konnten meist nicht mehr ordnungsgemäß bearbeitet werden.«¹⁷

Die Bauern wurden auch in anderer Weise ökonomisch drangsaliert. Ein Beispiel dafür ist die neue Tarifordnung der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) vom Januar 1953.¹⁸ Sie benachteiligte Eigentümer von mehr als 20 Hektar Land sehr stark. Der Maschinenpark der MTS diente vor allem zur Unterstützung der LPG, die Vorzugskonditionen erhielten. Großbauern hatten dagegen ein Mehrfaches an die MTS zu zahlen, beim Pflügen beispielsweise fast den vierfachen Tarif. Erschwerend kam für sie hinzu, dass sie aus der DDR-Produktion keine landwirtschaftlichen Großmaschinen wie Traktoren und Lkw beziehen konnten. Neue Technik lieferte der volkseigene Landmaschinenbau ausschließlich an die sozialistische Landwirtschaft, also an die Genossenschaften und die Volkseigenen Güter.¹⁹

Weitere Steine wurden den Großbauern in den Weg gelegt. Die Deutsche Bauernbank schränkte ihre Kreditvergabe an sie erheblich ein, die Landwirtschaftsteuer erhöhte sich stark. Gleichzeitig gestaltete sich der Zugang zu Betriebsmitteln wie Dünger oder Saatgut immer schwieriger. Die Genossenschaften als potentielle Konkurrenten um Grund und Boden erhielten sogar das Recht, für eine Enteignung infrage kommende Betriebe namhaft zu machen.²⁰

¹⁶ Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen in der Sowjetzone Deutschlands. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Bd. II: 1952–1954, Bonn 1955, Dok. 262, S. 223 f.

¹⁷ Zit. nach: Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung, S. 426.

¹⁸ »Bekanntmachung des Tarifs für Arbeiten der MTS« vom 26. Januar 1953, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 16, 7. Februar 1953, S. 250–252, hier S. 251.

¹⁹ Günter Pankratz: Der Weg der MTS, Berlin (Ost) 1960, S. 30.

²⁰ Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung, S. 427 f. – Schöne, Frühling auf dem Lande?, S. 120.

Verhaftungen und Strafverfahren

Die verantwortlichen Behörden stellten Großbauern wegen ihrer Sollrückstände und als angebliche Gegner der entstehenden Ordnung öffentlich an den Pranger, nahmen Verhaftungen vor und führten Prozesse, die häufig mit Haftstrafen endeten. Das harte Vorgehen gegen Sollschuldner stand in Zusammenhang mit einer schon hysterisch zu nennenden Furcht der SED-Führung vor feindlicher Agententätigkeit im eigenen Land, wie sie typisch für die Zeit des Kalten Krieges und besonders stark zu Beginn der 1950er-Jahre ausgeprägt war. Für die Funktionäre stand fest: Wer seinen Ablieferungsverpflichtungen nicht nachkam, tat das im Auftrag westlicher Stellen, um die DDR vorsätzlich zu schädigen. Walter Ulbricht äußerte sich beispielsweise Ende 1952 auf der ersten LPG-Konferenz in diesem Sinne: »Eine Anzahl Großbauern – ich möchte genauer sagen, gewisse besonders brutale Elemente aus dem Kreis der Großbauern, die Todfeinde der Volksmacht sind – haben die Anweisungen der amerikanischen und der englischen Feinde unseres Volkes durchgeführt und den Anbauplan und die Ablieferung sabotiert. Die Feinde wollen damit die Volksernährung in der Deutschen Demokratischen Republik stören. Selbstverständlich können der Staat und das werktätige Volk eine solche Sabotage nicht dulden.«²¹

Auch auf der II. LPG-Konferenz ein Jahr später warnte Walter Ulbricht die Delegierten in seinem Referat: »Der Klassenkampf im Dorf ist von amerikanischen Agenten und anderen feindlichen Kräften verschärft worden.« Die Mitglieder der Genossenschaften »müssen wissen, wo diese Feinde sitzen. Es ist besser, frühzeitig die Feinde zu entlarven, als abzuwarten.« Die Feindtätigkeit käme dabei vor allem in der Ablieferungsfrage zum Tragen. »In unseren Dörfern gibt es amerikanische Losungen, gibt es Losungen von westlichen Agentenzentralen, die Ablieferung zu sabotieren. Die Ablieferung ist nicht nur eine Frage der Höhe der Ernte, sondern eine Frage der Stellung zu Frieden oder Krieg. Und ich denke, die Aufklärungsarbeit im Dorf muß auch auf dieser Grundlage durchgeführt werden. Es ist notwendig, alle Bauern, auch die Großbauern, zu fragen: Seid ihr für den Frieden? Wenn ja, dann müßt ihr das Bollwerk des Friedens, die Deutsche Demokratische Republik, unterstützen.«²²

Polizei und Justiz spielten daher in den 1950er-Jahren eine maßgebliche Rolle im Klassenkampf gegen die Großbauern. Tausende Strafverfahren gegen Landwirte,

²¹ Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5. bis 6. Dezember 1952 in Berlin, Berlin (Ost) 1953, S. 75 (künftig zitiert: Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten).

²² Die II. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vom 5. und 6. Dezember 1953 in Halle, Berlin (Ost) o. J. [1954], S. 289 f. und S. 293 (künftig zitiert: Die II. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten).

die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllt hatten, der »Sabotage« oder Angriffen gegen die LPG verdächtig waren oder als Reaktionäre und Feinde des Fortschrittes galten, fanden statt. Auch das Ministerium für Staatssicherheit nahm jetzt verstärkt den ländlichen Raum in den Blick.²³

Beschuldigungen, aus denen Anklagen und Verurteilungen werden konnten, bezogen sich auf die Nichterfüllung der Anbau- und Ablieferungspläne, einen unzulässigen Eigenverbrauch, etwa durch Schwarzschlachten oder die Verfütterung von Getreide an das eigene Vieh, den Aufkauf von Getreide zur Viehfütterung, die Nichteinhaltung von Aussaat- und Ernteterminen, Devisenvergehen und Kompensationsgeschäfte, etwa geforderte Arbeitsleistungen gegen die Ausleihe von Technik. Auch eine Ausbeutung der auf den Höfen tätigen Landarbeiter, zum Beispiel durch die Überschreitung der Arbeitszeiten, zu geringen Urlaub und zu niedrige Entlohnung, oder eine unzureichende Abführung von Sozialleistungen wie Krankenkassenbeiträge waren häufige Anschuldigungen. Schließlich konnte auch das Nichtanzeigen von Fluchtvorbereitungen etwa von Nachbarn juristische Maßnahmen nach sich ziehen.²⁴

Um ein Beispiel zu nennen: Im November 1950 fand ein öffentlicher Prozess gegen drei Großbauern aus Muchow statt. Sie wurden angeklagt, das Ablieferungssoll nicht erfüllt zu haben, und zu Zuchthausstrafen von sechs, zwölf und 18 Monaten verurteilt. Zwei von ihnen mussten zudem wegen des Vorwurfs, vorsätzlich gehandelt zu haben, eine Einziehung ihres Vermögens hinnehmen. Das Urteil wurde 1951 revidiert, die Bauern konnten das Zuchthaus verlassen und auf ihre Höfe zurückkehren. 1953 gingen sie in den Westen.²⁵

Mit welch harten Bandagen gegen Bauern vorgegangen wurde, zeigt folgende Begebenheit, die sich im Sommer 1952 in Tarnow zutrug: »Damals wurde mit Nachdruck angehalten, nachts zu dreschen, aber wir waren gerade bei der Heuernte und so konnte unser Vater nicht genügend Leute zusammenbekommen, die zusätzlich zu ihrem Tagewerk auch noch nachts arbeiten wollten. Das wurde ihm als Sabotage ausgelegt, unser Vater wurde von Volkspolizisten verhaftet und für drei Tage nach Bützow fortgeschafft.«²⁶

Gewiss hat es auch Bauern gegeben, die tatsächlich und mit Vorsatz gegen Gesetze und Bestimmungen verstoßen haben. Walter Ulbricht nannte auf der II. LPG-Konferenz Ende 1953 allgemeine Beispiele: »Aber gewisse Elemente in den Dörfern haben illegale Kartoffelmieten angelegt, im Walde, auf den Feldern usw. Jedenfalls ist ein Teil dieser Mieten entdeckt worden. Dann wurden von solchen Elementen

²³ Schöne, Frühling auf dem Lande?, S. 122–127.

²⁴ Horst Pätzold: Zersetzungsmaßnahmen im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft. Expertise, in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung«, Band V, Schwerin 1997, S. 163–200, hier S. 186 f.

²⁵ Ebd., S. 169.

²⁶ Zit. nach: Nieske, Republikflucht und Wirtschaftswunder, S. 120.

bei Kleinbauern oder kleinen Hofbesitzern Kartoffeln, die sie verstecken wollten, mit in deren Mieten untergebracht. Kleinbauern hatten plötzlich Mieten, von denen man annehmen mußte, sie gehören einem Großgrundbesitzer.«²⁷ Hierbei ist jedoch zu beachten, dass solche Praktiken nicht zwangsläufig Schwarzmarktgeschäfte und Profitstreben belegen, sondern beispielsweise auch die Notwendigkeit, Saatkartoffeln vor dem Zugriff der Erfassungskommissionen zu sichern.

Allein zwischen August 1952 und Januar 1953 fanden republikweit Verfahren gegen 583 Großbauern, 311 Mittelbauern und 353 Kleinbauern statt. Gemessen an ihrer Anzahl wurden die Großbauern am stärksten kriminalisiert. Ihre Bedrängnis war so groß, dass sich die evangelischen Bischöfe im Februar 1953 veranlasst sahen, einen Brief an den Vorsitzenden des Ministerrates Otto Grotewohl zu schreiben. Darin heißt es: »Wir denken zunächst an die Bauern, insbesondere die mit größerem Besitz. Diesen ist mit Schrecken klar geworden, daß ihre Existenz innerhalb der DDR nicht länger geduldet werden soll. In den Mustersatzungen der Produktionsgenossenschaften sehen sich die sog. Großbauern in Bausch und Bogen auf eine Stufe mit Schiebern und Spekulanten gestellt. Sie werden mit unerfüllbaren Verpflichtungen belastet. Es wird nicht zugelassen, daß sich ihrer jemand hilfreich annimmt. Offenbar soll hier eine ganze Klasse der Vernichtung preisgegeben werden.«²⁸ Eine Reaktion auf den Brief blieb indes aus.

Zwangsumsiedlungen

Zwangsumsiedlungen waren ein weiteres Mittel, um den Einfluss der Großbauern im Dorf zu brechen, Angst zu säen und die Landbevölkerung gefügig zu machen. Viele Zwangsaussiedlungen standen in Zusammenhang mit der »Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands« vom 26. Mai 1952. Sie führte ein Grenzregime ein, das den Bau von Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen sowie die Anlage eines zehn Meter breiten Kontrollstreifens beinhaltete. Wer einen illegalen Grenzübertritt unternahm, riskierte Strafen von bis zu zwei Jahren Gefängnis. Die Gefahr einer Entdeckung wurde durch die personell deutlich verstärkte Grenzpolizei größer. Besucher des Grenzgebietes benötigten einen Passierschein der Volkspolizei.²⁹

²⁷ Die II. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten, S. 293.

²⁸ Zit. nach: Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1997, S. 76.

²⁹ Kay Kufek: »... völlige Klarheit schaffen, dass es nicht noch einmal anders kommt.« Die Durchsetzung des DDR-Grenzregimes in Mecklenburg (1946–1961), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 64. Jg. (2016), H. 6, S. 542–557, hier S. 545.

Die Verordnung war der Auslöser für die »Aktion Ungeziefer«, die die Entfernung von als politisch unzuverlässig eingeschätzten Familien aus dem Grenzgebiet zur Bundesrepublik bestimmte. Mitte Juni 1952 war die Aktion in Mecklenburg abgeschlossen. Unter den 1885 ausgewiesenen Personen befanden sich auch 225 Bauern. Eine von der Ausweisung betroffene Familie aus Langfeld im Kreis Hagenow hat später darüber berichtet. Der Großbauer und sein Sohn wurden im Oktober 1951 festgenommen. Sie hatten sich »geweigert, alles Saatgetreide abzuliefern, Saat- und Futtergetreide zurückbehalten und das Nötigste an Brotgetreide. Nicht um uns zu bereichern, sondern um den Hof zu erhalten, um wieder säen und weiterwirtschaften zu können, und damit das Vieh nicht über den Winter hungern muß. Die Erfasser, die von den staatlichen Stellen geschickt wurden, haben das natürlich gemeldet«. Außerdem hatte die Familie »auch noch ein Schwein schwarz geschlachtet. Ein schlimmes Verbrechen. Als ob wir damit gehandelt oder geschachert hätten. Ich werde ja wohl als Bauer noch ein Schwein schlachten dürfen. Wir brauchten das Fleisch für die eigene Familie, und bei uns im Haus lebten ja 1951 noch viele Umsiedler, Flüchtlinge, Heimatvertriebene aus Ostpreußen, Böhmen, dem Sudetenland. Für die hat meine Mutter alle gekocht, die haben alle bei uns am Tisch gesessen. Das waren jeden Tag vierzehn, fünfzehn Esser, und die futtern was weg! Wir haben das Schwein, der Not gehorchend, geschlachtet. Das mußte sein, wenn alle überleben wollten.« Im Februar 1952 wurden der Großbauer zu zweieinhalb und sein Sohn zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und anschließend in Bützow-Dreibergen eingesperrt. Der Vater des Großbauern nahm sich im April 1952 das Leben. »Er hat es nicht ertragen, und es war auch nicht zu ertragen. Diese Schikanen, die Verhaftungen, dieses Furchtbare. Das ging einfach über seine Kräfte. Da hat er seinem Leben ein Ende gesetzt. Er konnte es nicht mit ansehen, wie alles den Bach runterging, was er mit aufgebaut hatte. Im Winter hatten wir kein Futter mehr für die Tiere. Die haben gehungert, haben sich durchgehungert, bloß Stroh und Heu. Alles andere hatten sie uns genommen.« Mitte Juni 1952 musste die Familie dann binnen 24 Stunden Haus und Hof verlassen und wurde 140 Kilometer entfernt nach Oettelin bei Bützow zwangsausgesiedelt.³⁰

Die »Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten« vom 17. Juli 1952 bot die Möglichkeit, Familien auch aus nicht grenznahen Gebieten umzusiedeln. Hiernach mussten zwischen Mai und November 1952 Hunderte Familien innerhalb weniger Stunden ihren Hof verlassen. Der neue Wohnort lag teilweise mehrere hundert Kilometer entfernt. Obwohl die Verordnungen keine Enteignungen vorsahen, sondern im Gegenteil auf Antrag die Einrichtung eines neuen Hofes am neuen Wohnort unter Mitnahme des bisherigen lebenden und toten Inventars regelten, war der

³⁰ Manfred Wolter: Aktion Ungeziefer. Die Zwangsaussiedlungen an der Elbe. Erlebnisberichte und Dokumente, Rostock 1997, S. 70–77, S. 80–88 und S. 114 f. (Zitate: S. 71, S. 72 und S. 81).

Aufbau eines neuen landwirtschaftlichen Betriebes oftmals praktisch nicht möglich. Zudem zeigten sich viele Bauern auch nicht gewillt, im neuen Wohnort einen Betrieb zu übernehmen, gingen sie doch von einer baldigen Rückkehr auf den eigenen Hof aus. Andere verließen die DDR gleich ganz. In Mecklenburg waren von diesen Maßnahmen 279 Höfe mit insgesamt 4.971 Hektar betroffen. Jeder zweite Betrieb war über zehn Hektar groß. Der Boden und das Inventar dieser Höfe gingen an LPG oder VEG, an die Gemeinden oder wurden vom Rat des Kreises verwaltet. Obwohl die SED am 11. Juni 1953 die Verordnung wieder aufhob, wurden die Ausweisungen und faktischen Enteignungen nicht rückgängig gemacht. Erst Ende 1957 ermöglichte eine Dienstanweisung des Ministeriums des Innern unter bestimmten Voraussetzungen die Rückkehr der Bauern.³¹

Auch dazu einige Beispiele: Im Herbst 1952 wurde in Plate ein Bauernhof durch die Kreisverwaltung Schwerin für devastiert erklärt, weil der Eigentümer Ablieferungsrückstände hatte. Der Bauer durfte nicht in Plate bleiben, sondern wurde in das 20 Kilometer entfernte Wittenförden umgesiedelt.³² Im Januar 1953 wurden vier Bauernfamilien, die mit den Ablieferungen im Rückstand waren, von Sülstorf in das rund 15 Kilometer entfernte Dorf Groß Rogahn ausgesiedelt. Die Männer der Gemeinde, die das Hab und Gut der Familien auf die Traktorenanhänger laden sollten, weigerten sich drei Tage lang, diesem Ansinnen des Bürgermeisters nachzukommen. Erst als dieser damit drohte, die Bauern würden notfalls auch ohne ihre Möbel umgesiedelt, halfen die Nachbarn auf deren Bitten hin den Familien. Immerhin: Im Juni 1953 konnten sie wieder nach Sülstorf auf ihre Höfe zurückkehren.³³

In Alt Meteln bewirtschaftete eine Bäuerin mit ihren vier Kindern einen gut fünfzig Hektar großen Hof. Ihr Mann war nicht aus dem Krieg zurückgekehrt. 1951 war der Betrieb mit 16.197 Mark verschuldet. Dem stand aber ein Wert des Grundbesitzes von 54.600 Mark gegenüber. Dazu kamen noch ein umfangreicher Viehbestand und der Maschinenpark. Am 13. Januar 1953 erhielt die Familie trotzdem aufgrund der »Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung« die Anweisung, den Hof zu verlassen. Nur zwei Tage später tat sie das notgedrungen und fand im rund 40 Kilometer entfernten Dorf Rastow in zwei kleinen Giebelstuben eine sehr beengte Unterkunft. Ihr Land

³¹ »Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands« vom 26.5.1952, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 65, 27.5.1952, S. 405 f. – »Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten« vom 17.7.1952, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 100, 26.7.1952, S. 615 f. – »Verordnung über die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und in den demokratischen Sektor von Groß-Berlin zurückkehrenden Personen« vom 11.6.1953, in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 78, 19.6.1953, S. 805 f. – Bell, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR, S. 37–46.

³² Gerhard Nölting: Die Plater Dorfchronik. Eine unterhaltsame Reise in die Geschichte von Plate, Peckatel und Consrade, Schwerin 2004, S. 122 f.

³³ Geschichtsspuren der Gemeindedörfer Sülstorf – Sülte – Boldela, Sülstorf 2017, S. 181.

ging in die Verwaltung des Rates des Kreises Schwerin über. Ende Juni 1953 durfte die Familie zurück nach Alt Meteln auf ihren Bauernhof. Die Bäuerin verpachtete das Ackerland an die neugegründete LPG. Die Pachtsumme reichte jedoch für ihren und den Lebensunterhalt der beiden jüngsten Kinder, die noch zu versorgen waren, nicht aus. Daher verdingte sie sich bei der Gemeinde als Reinigungskraft, machte den Kindergarten sauber und übernahm die Milchverkaufsstelle. Das war ein immenser sozialer und wirtschaftlicher Abstieg – vom Besitzer des zweitgrößten Hofes im Dorf zur Putzfrau.³⁴

Auch in Zernin wurden Anfang 1953 Bauern, die das Ablieferungssoll nicht erfüllt hatten, ausgewiesen und zwangsweise in andere Dörfer einquartiert. Eine Zeitzeugin erinnert sich daran: »Auch der alte Jörn wurde von seinem Hof heruntergeholt und aus Zernin ausgewiesen nach Vorbeck bei Schwaan, obwohl er doch schon fast blind und betagt war, wohl Ende siebzig. Zerniner erzählten mir später, man habe ihn mit Pferd und Wagen abgefahren, hinten auf der Ladefläche habe der alte Mann auf einem Stuhl zwischen seinen Habseligkeiten gesessen. Und das alles bei bitterer Kälte, aus Holzmangel verfeuerte meine Mutter damals schon unsere Kleiderbügel. Als Jörn ein paar Jahre später starb, erhielt er in Zernin ein Armenbegräbnis, so weit hatte man ihn gebracht.«³⁵

Im April 1953 wurden in Ruest die letzten beiden Altbauernfamilien, die noch nicht geflüchtet waren, zwangsweise ausgesiedelt. »In den Mittagsstunden«, so eine Zeitzeugin, »ging der Abzug los. Auf dem letzten Kastenwagen saßen meine Schwiegereltern und ich mit den drei Kindern, mein Mann ging mit dem Hund hinterher. Für die Eltern, fast 80 Jahre alt, war es unfassbar, so vom Hofe getrieben zu werden, der über Generationen im Besitz der Familie war, mindestens seit 1635.«³⁶ Ruest war damit spätestens 1953 kein Bauerndorf mehr.

Flucht

Viele Bauern waren derart bedrängt und verzweifelt, dass sie keinen anderen Ausweg wussten, als mit ihrer Familie bei Nacht und Nebel Haus und Hof zu verlassen und nach West-Berlin und in die Bundesrepublik zu flüchten. Es gab kaum ein Dorf, in dem in den Jahren 1952 und 1953 keine Fälle von sogenannter Republikflucht

³⁴ Elke Schnoor: Chronik des Dorfes Alt Meteln. Zweiter Teil: Die Hofstellen, Alt Meteln 2008, S. 49–53.

³⁵ Zit. nach: Christian Nieske: Vom Land und seinen Leuten. Leben in einem Mecklenburger Bauerndorf 1750 bis 1953, Schwerin 1997, S. 339 (künftig zitiert: Nieske, Vom Land und seinen Leuten).

³⁶ Johann-Georg Nehls: Ruest. Vom Werden und Vergehen meines Heimatdorfes, Parchim 1994, S. 23 (künftig zitiert: Nehls, Ruest).

vorkamen. Häufig merkten die Nachbarn erst, wenn das Vieh des geflüchteten Bauern nach Futter brüllte, dass wieder eine Wirtschaft verlassen dastand.

Der Norden der DDR war zu Beginn der 1950er-Jahre von einer regelrechten bäuerlichen Fluchtwelle betroffen. In Ruest zum Beispiel gab es 26 Bauernhöfe. Zwei waren im Rahmen der Bodenreform aufgeteilt worden, da sie einem Eigentümer gehörten und zusammen über 100 Hektar maßen. Ganze 18 Stellen wurden von den Familien in den Jahren 1950 bis 1953 nach Sabotagevorwürfen in Richtung Westen verlassen. Wie groß der Druck war, überliefert folgendes Zeugnis: »Das Kesseltreiben mit den zurückgebliebenen Bauern verstärkte sich noch mehr. Wir wurden weiter der Sabotage beschuldigt. Man warf uns vor, dass Abmachungen unter den Bauern beständen. Sie sprachen sogar von Verschwörungen gegen den Staat. Wir, die wir noch auf unseren Höfen waren, wussten aber nicht von dergleichen Dingen.«³⁷ Allein innerhalb von zwei Tagen im Juli 1952 verließen sieben Altbauern und sechs Neubauern nach Warnungen, es würde demnächst zu Verhaftungen kommen, ihre Höfe und gingen in den Westteil Berlins.³⁸

So war es in vielen Dörfern, wie die folgenden Beispiele zeigen. Aus Zernin flüchteten zwischen 1951 und 1953 sechs Bauernfamilien. Anfang der 1950er-Jahre verließen ebenfalls sechs Großbauern aus Grebbin heimlich die DDR in Richtung Bundesrepublik. Ein Großbauer in Rethwisch hatte 1952 durch Hagel einen Verlust von 75 Prozent der Getreideernte zu beklagen. Daher konnte er das Getreidesoll und, wegen des fehlenden Futtergetreides, die tierischen Abgaben nicht erfüllen. Das Kreislandwirtschaftsamt in Bad Doberan ließ die Missernte nicht als Begründung gelten, sondern forderte als Ersatz eine hohe Geldsumme in Höhe der üblichen Getreideernte. Der Bauer konnte trotz der Hagelversicherung das Geld nicht aufbringen. Am Jahresende 1952 heimlich vor der am nächsten Tag bevorstehenden Verhaftung gewarnt, flüchtete die Familie noch in der Silvesternacht nach West-Berlin. Der 39 Hektar große Hof ging an die LPG. In Wendisch Waren verließen vier von sechs Altbauern die DDR. Drei von ihnen taten diesen Schritt ebenfalls um die Jahreswende 1952/53.³⁹

Wie das Jahr 1952 endete, so ging das Jahr 1953 weiter. In Wulfsahl gab es im Frühjahr 1953 sechs verlassene Hofstellen, deren Inhaber den politischen und wirtschaftlichen Druck nicht mehr ausgehalten hatten. Als eine Großbauernfamilie mit

³⁷ Dieter Garling u. a.: Ruest. Chronik eines mecklenburgischen Dorfes. 650 Jahre: 1352–2002, Mestlin 2002, S. 55–66 (Zitat: S. 65).

³⁸ Nehls, Ruest, S. 22–24 und S. 36–38.

³⁹ Nieske, Vom Land und seinen Leuten, S. 344 (Zernin). – Ella Hesse (d. i. Ella Heese): Grebbin. 725 Jahre. Eine Chronik, Schwerin o. J. [1990], S. 20. – Karin Teltschik: Chronik der Bauernhöfe von Rethwisch-Börgerende von den Anfängen bis 1960, Wilhelmsfeld o. J. [1996], S. 60 (künftig zitiert: Teltschik, Chronik der Bauernhöfe von Rethwisch-Börgerende). – Ralf Berg: Zwischen Stegbach und Serrahn. Eine Chronik der Gemeinde Wendisch Waren, Goldberg-Mildenitz 2015, S. 117.

knapp 38 Hektar Land hier wegen einer Seuche ihr tierisches Ablieferungssoll nicht erfüllen konnte, erhielt sie eine Aufforderung, sich in Parchim zu melden. Eine Verhaftung befürchtend, ergriff sie im Mai 1953 die Flucht. In Ziegdorf flüchteten 1953 fünf Familien von ihrem Bauernhof. Zwischen dem 16. und 23. Januar 1953 verließen fünf von sieben noch im Dorf Rom wirtschaftende Großbauern Haus und Hof und gingen mit ihren Familien in die Bundesrepublik. Im März 1953 folgte ihnen die sechste Familie. In Goldenstädt gab es 1952 insgesamt neun Bauernhöfe. Von März bis Juni 1953 gaben sieben Bauernfamilien auf und gingen in Richtung Westen. Die gleiche Konsequenz zogen vier Großbauern aus Siggelkow. In Bölkow sind 1953 alle größeren Bauern innerhalb von drei Nächten aus ihrem Dorf verschwunden. In Willershagen verließen im Jahr 1953 drei von fünf Altbauern erst ihren Hof und dann die DDR und gingen in den Westen. 1945 gab es in Vorbeck fünf Klein-, 20 Mittel- und zehn Großbauern. Von ihnen gingen bis Mitte der 1950er-Jahre zwölf Bauern und damit jeder dritte in die Bundesrepublik.⁴⁰

In ihrer Not wandten sich viele Landwirte an den örtlichen Pastor. Der konnte ihre Lage zwar nicht verbessern, sich den Bedrängten aber seelsorgerisch zuwenden und in einzelnen Fällen sogar bei der Fluchtvorbereitung behilflich sein. An die frühen 1950er-Jahre erinnert sich der Pastor der Kirchgemeinde Burow in diesem Zusammenhang so: »Die damals geforderte und erwartete Seelsorge konnte sehr verschiedene und situationsbezogene Formen haben. Da wurden bei heruntergezogenen Vorhängen Fahrpläne studiert, wie man am besten nach Berlin kam und welche Vorsichtsmaßnahmen man ergreifen mußte, damit man bei den Kontrollen nicht auffiel und bestraft wurde. Manche Pastoren unterhielten damals rege Verbindungen zu Taxiunternehmen, die Flüchtende aus Ulbrichts Paradies nach Berlin fuhren. Ich erinnere mich, wie ein Bauer mich in seine Fluchtpläne einweihte. Wir studierten auch die Zugverbindungen. Dann las ich einen Psalm, betete um Gottes gnädiges Geleit. Er wurde verhaftet, weil er sich durch die Mitnahme von Geld verdächtig gemacht hatte. Der 17. Juni 1953 brachte ihm die Befreiung.«⁴¹

In einem anderen Fall hatte sich eine Bäuerin, deren Mann bereits eingesperrt war, aus Angst, ebenfalls verhaftet zu werden und ihre beiden Töchter sich selbst

⁴⁰ Burghard Keuthe: Aus der Geschichte von Wulfsahl, Parchim 2003, S. 207. – Burghard Keuthe u. a.: 600 Jahre Ziegdorf. Aus der Geschichte eines mecklenburgischen Dorfes, Schwerin 1992, S. 48. – Horst Klawuhn: Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Römer Dorfgeschichten aus dem 20. Jahrhundert, Schwerin 2006, S. 67. – Chronik der Gemeinde Goldenstädt, Goldenstädt o. J. [2007], S. 43. – Heinz Niemann u. a.: Siggelkow. Biographie einer Dorfgemeinschaft, Siggelkow 2011, S. 169. – Karl-Heinz Steinbruch: Gemeinde Gelbensande. Chronik, Kückenshagen 2009, S. 102 (Willershagen). – Gisela Möller u. a. (Hrsg.): Zur Geschichte der Inselseegemeinde Mühl Rosin, o. O. 2014, S. 178 (Bölkow). – Streifzug durch die Haus- und Hofgeschichte des Dorfes Vorbeck, Rostock 2012, S. 277.

⁴¹ Otto Schröder: Auf schmalem Grat. Aus dem Leben eines Pastors in der DDR, Berlin 1994, S. 92.

überlassen zu müssen, an den Dorfpastor gewandt und Aufnahme im Pfarrhaus gefunden. Sie wollte in den Westen fliehen. Da sie in ihrem Wohnort schlecht Bahnfahrkarten kaufen konnte, ohne damit ihren Plan zu verraten, fuhr der Pastor in die Stadt, kaufte die Fahrkarten und brachte die Mutter mit ihren Kindern zum Zug. Die Flucht gelang. Zum Entsetzen des Pastors erhielt er später eine Postkarte von der Frau, auf der sie sich für die Hilfe bedankte. Das war sicher gut gemeint, aber beschwor die Gefahr herauf, als Fluchthelfer in das Visier der Justiz zu geraten. Zum Glück für den Pastor blieb das unbemerkt.⁴²

Reaktionen in der Bundesrepublik

Der Klassenkampf auf dem Dorf blieb in der Bundesrepublik natürlich nicht unbemerkt. Am 13. Dezember 1952 formulierte die Fraktion der CDU/CSU eine Große Anfrage »betr. Zwangsmaßnahmen gegen den Bauernstand in der sowjetischen Besatzungszone«.⁴³ Darin wurde die Bundesregierung gebeten, Auskunft über die Ziele und Methoden der »Vernichtung des Bauernstandes«, über die Verletzung der Menschenrechte und der Gesetze der Menschlichkeit und über die Gefährdung der Versorgungslage infolge der »Liquidierung von bäuerlichen Betrieben« zu geben sowie mitzuteilen, ob sie beabsichtige, »bei den westalliierten Besatzungsmächten vorstellig zu werden«.

Am 25. Februar 1953 beriet dann der Bundestag über die Große Anfrage.⁴⁴ In der Aussprache stellte der Abgeordnete Heinrich Hohl (CDU) einleitend völlig zu Recht fest: »Der Bauer, der wie niemand sonst mit seinem Hof, mit seinem Grund und Boden, den er in Generationen erarbeitet und erhalten hat, verwurzelt ist, der nicht allein durch materielle Dinge an seinen Hof gebunden ist, sondern der auch Bindung aus Generationen an seine Scholle spürt, er geht nicht leichtfertig von der Scholle fort, sondern wählt die Flucht nur als letzten Ausweg aus der unerhörten Zwangslage, in die ihn ein eigentumsfeindliches System gebracht hat, um die persönliche Freiheit und das nackte Leben noch zu retten.« Der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, versicherte, dass dem von den Zwangsmaßnahmen betroffenen Bauernstand »die volle Aufmerksamkeit der Bundesregierung gehört«. Er schilderte sodann die verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Großbauern. Allein in den ersten 44 Tagen des Jahres 1953, so Kaiser weiter,

⁴² Gustav Sievers: Kein Zufall. Ein mecklenburgischer Landpastor erzählt, Berlin 1997, S. 146.

⁴³ 1. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Drucksache Nr. 3956, URL: <https://www.bundestag.de/drucksachen> (21.3.2023).

⁴⁴ 250. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 25. Februar 1953, S. 11955–11968, URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (21.3.2023). Die wörtlichen Zitate befinden sich auf den Seiten 11955 f., 11957, 11958, 11960, 11963 und 11965.

waren 2.507 Besitzer von Bauernstellen aus der DDR nach West-Berlin und in die Bundesrepublik geflüchtet. Daher habe die Bundesregierung »Schritte unternommen, um die Aufmerksamkeit der Besatzungsmächte und der Weltöffentlichkeit auf die Not des Bauernstandes in der sowjetischen Besatzungszone zu lenken. Die drei Westmächte wurden gebeten, nachdrückliche Schritte zunächst bei der sowjetischen Besatzungsmacht zu unternehmen.« Herbert Wehner (SPD) begrüßte das und forderte auch noch einmal, angesichts einer solchen »Tragödie« müsse »auf der Ebene der Politik, durch Drängen auf die Besatzungsmächte der Versuch gemacht werden, der Bevölkerung der Zone dieses Elend und dieses Unglück zu ersparen.« Wehner stellte zum Schluss seiner Rede im Namen seiner Fraktion den Antrag, die Bundesregierung zu ersuchen, dem Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen und dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Bericht zu erstatten über die Zwangsmaßnahmen gegen die bäuerliche Bevölkerung, die Möglichkeiten von Hilfsaktionen wie Lieferungen von Lebensmitteln und die Hilfe für geflüchtete Bauern insbesondere durch Ansiedlung. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten, die in den Ausführungen nur »Hetze« und »hysterische Haßpropaganda gegen die DDR« erkennen konnten, angenommen.

Am 30. April 1953 lag dann – in Übereinkunft mit dem mitbeteiligten Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – ein schriftlicher Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen zum Antrag der SPD vor.⁴⁵ Danach hatten von Oktober 1952 bis Anfang April 1953 9.363 Bauern samt ihren Familien Haus, Hof und Heimat verlassen und waren in die Bundesrepublik geflüchtet. Hier standen sie in Konkurrenz zu den »Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus den besetzten deutschen Ostgebieten«, denen sie immerhin »völlig gleichgestellt werden« sollten. Die zuständigen Stellen würden versuchen, »die flüchtenden Bauern und ihre Familien dem Lande zu erhalten.« Zwar gebe es »eine große Zahl von Landarbeiterstellen«, aber zu wenige Landarbeiterwohnungen. Große Hoffnungen auf die Übernahme von Bauernstellen konnte der Ausschuss den geflüchteten Bauern nicht machen. Vielmehr verwies er, eine Denkschrift des Bauernverbandes Berlin aufgreifend, auf die Unterbringung in Nebenerwerbssiedlungen, die »Zuweisung vorübergehender ländlicher Heimstätten mit dazugehörigem Kleinbesitz von etwa einem Morgen Land« und auf Pachtlandzulagen. Das war also die nächste Perspektive für einen geflüchteten Großbauern, dem in Mecklenburg ein Bauernhof mit 20, 30 oder 40 Hektar Land gehört hatte: ein Kleinstbesitz von einem Viertelhektar Land und Pachtland, das im besten Fall ein kleinbäuerliches Wirtschaften ermöglichte.

Der Bundestag beriet am 6. Mai 1953 diesen Bericht. Minister Jakob Kaiser versicherte für die Bundesregierung, »alle Möglichkeiten der Hilfe« zu prüfen. Aber

⁴⁵ 1. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Drucksache Nr. 4303, URL: <https://www.bundestag.de/drucksachen> (21.3.2023). Die wörtlichen Zitate befinden sich auf den Seiten 1 und 9.

seine Ausführungen zeigen auch die ganze Hilflosigkeit der Regierung, der die Hände gebunden waren. Es kam eben darauf an, »ob die Machthaber der Gegenseite der Hilfe von unserer Seite überhaupt Raum zu geben bereit sind« und einer Ausweitung des Interzonenhandels, von Warenkrediten oder unmittelbaren Hilfsaktionen zustimmten. Sie taten es nicht, und auch die »sowjetische Besatzungsmacht« ließ die Gelegenheit, »in ihrem Einflußbereich erkennen zu lassen, daß auch für sie die Gesetze der Menschlichkeit selbstverständliche Verpflichtung sind«, verstreichen. Kaiser war sich darüber im Klaren und hatte nur noch einen Appell an seine Landsleute parat: »Auf jeden Fall aber muß die in der Geborgenheit der Bundesrepublik lebende Bevölkerung jede Möglichkeit der individuellen Hilfe durch Paketsendungen zu nützen suchen.«⁴⁶ Das war gut gemeint, konnte die Situation der Landbevölkerung in der DDR aber natürlich nicht grundlegend verbessern. Doch mitten im Kalten Krieg war mehr nicht möglich.

Auch unterhalb der Ebene der hohen Politik gab es Versuche, den aus der DDR geflüchteten Menschen zu helfen. Zu diesem Zweck gründeten am 26. April 1953 in Hamburg Vertreter der Landsmannschaft Mecklenburg und weiterer mecklenburgischer Vereine das Hilfswerk Mecklenburg. In seinem Aufruf machte es auf die große »innere und äußere Not unserer seit 1945 und jetzt wieder zu Tausenden aus der Heimat vertriebenen Landsleute« aufmerksam und rief zur Unterstützung auf. Den Landsleuten müsse durch »planmäßig gelenkte Betreuungsmaßnahmen« geholfen werden. »Insbesondere gilt es auch, unseren aus den Durchgangslagern entlassenen Landsleuten, deren Not und Einsamkeit dann leider allzuoft erst beginnt, zur Seite zu stehen, sie geistig und seelisch aus ihrer Verkrampfung zu lösen und von Landsmann zu Landsmann dazu beizutragen, daß sie wieder freie Menschen werden und Mecklenburger bleiben.« In dem Aufruf wurden daher »alle Landsleute im Bundesgebiet, die irgendwie dazu in der Lage sind«, gebeten, »das Hilfswerk Mecklenburg durch Spenden oder sonstige Beiträge wie etwa Gewährung von Freitischen oder Einladungen an Vertriebene und bedürftige Landsleute, Vortragsveranstaltungen usw. zu unterstützen.«⁴⁷

Der »Neue Kurs«

Walter Ulbricht hatte sich bereits Ende 1952 auf der ersten LPG-Konferenz zu einer möglichen Rückkehr geflüchteter Bauern geäußert: »Es gibt werktätige Bauern, die unter dem Einfluß der gegnerischen Hetze nach Westdeutschland gegangen sind.

⁴⁶ 264. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 6. Mai 1953, S. 12847–12849, URL: <https://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/plenarprotokolle> (21.3.2023). Wörtliche Zitate: S. 12849.

⁴⁷ Der Mecklenburger. Heimatblatt für alle Mecklenburger, H. 5, Hamburg 1953, S. 3.

Manche von ihnen haben bereits um die Rückkehr in die Deutsche Demokratische Republik ersucht. Offenkundig haben sie in den Konzentrationslagern, die ›Flüchtlingslager‹ genannt werden, gemerkt, wie sie betrogen worden sind. Nun, wir sind bereit, solchen werktätigen Bauern, die sich irreführen ließen, die Wiedereinreise in die Deutsche Demokratische Republik zu gewähren. Selbstverständlich können sie sich nicht im Grenzgebiet niederlassen.«⁴⁸

Eine Rückkehr war also in bestimmten Fällen möglich, die Politik der SED auf dem Lande in diesen Wochen und Monaten jedoch überhaupt nicht dazu angetan, Vertrauen zu erwecken und Bauern zu einer Wiedereinreise zu bewegen. Das änderte sich, als das Politbüro in einem Kommuniqué am 9. Juni 1953 einen »Neuen Kurs« verkündete. Darin wurde »eine Reihe von Fehlern« eingeräumt, in deren Folge »zahlreiche Personen die Republik verlassen haben.« Fortan sollten »Zwangmaßnahmen zur Beitreibung von Rückständen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen« gegen Bauern ausgesetzt, »Verordnungen über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe aufgehoben« sowie die »Einsetzung von Treuhändern wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten oder wegen Steuerrückständen untersagt« werden. Die SED-Spitze ruderte mächtig zurück. »Die Bauern, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen haben und nach Westberlin oder nach Westdeutschland geflüchtet sind (Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern), sollen die Möglichkeit erhalten, auf ihre Bauernhöfe zurückzukehren. Ist das in Ausnahmefällen nicht möglich, so sollen sie vollwertigen Ersatz erhalten. Es soll ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen werden, ihre Bauernwirtschaften zu entwickeln. Strafen, die wegen Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen wurden, sollten überprüft werden.«⁴⁹

In den Monaten nach dem für die SED desaströsen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurden die in dem Kommuniqué versprochenen Maßnahmen, ergänzt um weitere Zugeständnisse, in die Tat umgesetzt. Enteignete oder geflüchtete Bauern bekamen ihre Höfe zurück und erhielten Kredite, um die Bewirtschaftung wieder aufzunehmen. Das Pflichtsoll sank teilweise erheblich, bei Eiern etwa um mehr als 65 Prozent. Ablieferungsschulden wurden gestundet, die Sperrung von Konten aufgehoben, Verwarnungsgelder gestrichen, Hausschlachtungen wieder erlaubt. Die MTS setzten ihre Technik jetzt auch auf großbäuerlichen Betrieben ein, die Tarife dafür ermäßigten sich 1954.⁵⁰

⁴⁸ Die erste Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten, S. 76.

⁴⁹ Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band IV, Berlin (Ost) 1954, S. 428–431, hier S. 428 und S. 429.

⁵⁰ Schöne, Frühling auf dem Lande?, S. 166 f. – Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung, S. 429–431.

Die Kreisverwaltungen bemühten sich, auch die in den Westen geflüchteten Bauern wieder in die DDR zu lotsen. Doch nur eine Minderheit von ihnen kehrte zurück. Im Oktober 1953 erhielt beispielsweise ein Ende Dezember 1952 nach Niedersachsen geflohener Bauer aus Tarnow ein Schreiben des Rates des Kreises Bützow, in dem die sofortige Rückgabe des Hofes versprochen wird. Weiter heißt es: »Das Ablieferungssoll wird individuell festgesetzt und zwar werden Ihnen die Rückstände aus dem Jahr 1952 bis 1955 gestundet, für das Jahr 1953 wird das Ablieferungssoll in tierischen Erzeugnissen nur nach der Stückzahl des an Sie zurückgegebenen Viehs, in pflanzlichen Erzeugnissen unter Berücksichtigung der angebauten Kulturen auf dem Acker, weiter unter Berücksichtigung des benötigten Saatgutes und Futter, festgelegt. Die Festsetzung des Ablieferungssolls erfolgt durch eine Kommission des Rates des Kreises Bützow. Damit die wirtschaftliche Existenz Ihres Betriebes gewährleistet ist, werden Sie auf Antrag einen vorläufigen Kredit bekommen. Aus der Tatsache der Republikflucht entstehen Ihnen keinerlei Nachteile.« In einem anderen Fall schickte der Rat des Kreises die in Mecklenburg verbliebene Mutter eines geflüchteten Bauern mit dem Auftrag in die Bundesrepublik, ihren Sohn zur Rückkehr zu bewegen. Auch die Rückgabe von Möbeln wurde zugesichert. In beiden Fällen waren die Mühen vergebens, die Bauern kehrten trotz der in Aussicht gestellten Vergünstigungen nicht in ihre Heimat zurück.⁵¹

Zu den Rückkehrern gehörte ein Großbauer aus Groß Niendorf, der im März 1953 aus Angst vor einer Verhaftung wegen Sollsschulden nach West-Berlin geflüchtet und von dort in die Bundesrepublik übergesiedelt war. Er schrieb im Sommer 1953 einen Brief an den Rat des Kreises Parchim und erkundigte sich, »ob ich nach meiner Rückkehr die Großbauernwirtschaft in Groß-Niendorf wieder zurückerhalten werde, wie sich meine wirtschaftliche Lage in der Ablieferung in der Folgezeit gestalten würde, ob daraus für mich und meine Familie die Existenzfähigkeit gegeben sei, ob mir die Möglichkeit gegeben wird, Kredite aufzunehmen«. Die Antwort aus Parchim ließ nicht lange auf sich warten, war verlockend und gab zu Optimismus Anlass. »Es wurde mir zugesichert, daß ich nach meiner Rückkehr die Großbauernwirtschaft wieder zurückerhalten werde, mein Abgabesoll so festgelegt wird, daß ich mit meiner Familie keine Not zu leiden brauchte, die Möglichkeit hätte, Kredite aufzunehmen und um die Existenz meiner Familie und Wirtschaft nicht zu bangen brauchte. Darüber hinaus sprach man auch davon, daß ich nach meiner Rückkehr in der Deutschen Demokratischen Republik eine gesicherte Perspektive hätte und mir weitere Vergünstigungen eingeräumt werden können.« Im April 1954 folgte der Bauer seiner Frau, die bereits Ende Juli 1953 auf den Bauernhof nach Groß Niendorf heimgekehrt war. Neben den Versprechungen der Kreisverwaltung

⁵¹ Nieske, Republikflucht und Wirtschaftswunder, S. 173 f., S. 175 und S. 395 (Faksimile des Schreibens).

und den Wünschen seiner Frau trug dazu auch seine Enttäuschung bei, dass er »in Westdeutschland mit einer Hilfswohnung sowie mit einer Tätigkeit als Hilfsarbeiter in einer Polsterfabrik vorlieb nehmen mußte«, hatte er sich doch in der Bundesrepublik »etwas besseres erhofft«. Auch habe ihm die Arbeit in der Fabrik nicht gefallen und er den Wunsch, »wieder in der Landwirtschaft zu arbeiten, wo es jedoch für mich in Westdeutschland keine Möglichkeit gab.«⁵²

Die Bemühungen, Bauern wieder in die DDR zurückzuholen, hatten insgesamt nur einen mäßigen Erfolg. Im ersten Halbjahr 1953 waren republikweit mehr als 11.000 Bauern in die Bundesrepublik geflüchtet. Bis Ende Oktober des Jahres stellten aus verschiedenen Gründen nur 1.120 der ursprünglichen Eigentümer einen Antrag auf Rückübertragung ihrer Wirtschaft.⁵³ Die Skepsis war berechtigt, die SED nahm es mit ihren Zusagen nicht so genau. Ein 1954 nach Elmenhorst zurückgekehrter Bauer wartete im Frühjahr 1955 immer noch auf die ihm versprochene Rückgabe seines Hofes und musste als Landarbeiter sein Auskommen finden.⁵⁴ Ein böses Erwachen gab es für einen Bauern aus Züssow im Landkreis Greifswald, der 1952 geflüchtet und im September 1953 wieder zurückgekehrt war. Zwar bekam er zunächst seinen Besitz wieder zurück, wurde aber Mitte Oktober von der Volkspolizei verhaftet. Während seiner Abwesenheit war er wegen »Wirtschaftssabotage« zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er nun in der Strafanstalt Bützow-Dreibergen verbüßen musste.⁵⁵

Ergebnis und Ausblick

Der Klassenkampf gegen die Großbauern beeinflusste die Agrarstruktur der DDR in erheblichem Maße. Von Mitte 1952 bis Mitte 1953 ging die Zahl der großbäuerlichen Betriebe in der DDR von 45.395 auf 28.846 und damit um mehr als ein Drittel zurück.⁵⁶ Die enteigneten und verlassenen Flächen blieben bei den Gemeinden, die daraus Örtliche Landwirtschaftsbetriebe bildeten, oder wurden von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Volkseigenen Gütern übernommen. Nicht immer war eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung gewährleistet, was die Agrarproduktion zusätzlich belastete.

⁵² Bundesarchiv, MfS, BV Schwerin, AOP 219/56 (Zitate: Bl. 203, Bl. 201, Bl. 202). Ich danke Dr. Fred Mrotzek, der mich auf diese Akte aufmerksam gemacht hat.

⁵³ Schöne, Frühling auf dem Lande?, S. 170.

⁵⁴ Der Mecklenburger. Die Bundeszeitung für alle Mecklenburger, H. 5, S. 22.

⁵⁵ Der Mecklenburger. Heimatblatt für alle Mecklenburger, (1953), H. 11, S. 23.

⁵⁶ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin (Ost) 1957, S. 351 – Nehrigh, Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen, S. 41 f.

Viele der Bauern, die ihre Betriebe aufgaben, kehrten auch der DDR den Rücken. In den Jahren von 1950 bis 1952 verließen republikweit 5.000 Großbauern die DDR in Richtung Bundesrepublik.⁵⁷

Die Fluchtzahlen waren im Norden der DDR besonders hoch. So verließen von Oktober bis Dezember 1952 insgesamt 164 Landwirte den Bezirk Schwerin. Im ersten Quartal 1953 waren es dann schon 780, im Folgequartal noch einmal 578. Allein im Juni 1953 flüchteten 277 Bauern, darunter 153 Großbauern, von ihren Höfen.⁵⁸

Insgesamt verminderte sich in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der großbäuerlichen Betriebe über 20 Hektar im Zeitraum 1952 bis 1953 von 11.439 auf 6.291. Das war ein Rückgang auf 55 Prozent! Fast jeder zweite Großbauer warf also das Handtuch.⁵⁹

Im März 1960 konnten die Bezirke Rostock, Neubrandenburg und Schwerin nacheinander den Abschluss der Kollektivierung melden. Die Bewertung dieser Entwicklung war in beiden deutschen Staaten völlig gegensätzlich. Prof. Dr. Carlo Schmid sprach als amtierender Präsident des Deutschen Bundestages in seiner Erklärung am 6. April 1960 davon, es gehe »ein neues Bauernlegen zu Ende«, eine »schiere Vernichtung«.⁶⁰ Für die DDR hingegen war mit der Vollkollektivierung »die Vollendung der Befreiung der Bauern« erreicht und der »Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Produktion« zugleich »ein scharfer Protest unserer Bauern gegen die bauernfeindliche Bonner Agrarpolitik und das Bauernlegen in Westdeutschland.«⁶¹ Man warf sich also gegenseitig ein neues Bauernlegen vor. Tatsächlich hatten sich in der DDR die Besitzverhältnisse auf dem Lande für die nächsten drei Jahrzehnte grundlegend gewandelt, erstmals seit Jahrhunderten gab es keine privat wirtschaftenden Einzelbauern mehr.

⁵⁷ Piskol, Zur sozialökonomischen Entwicklung, S. 426.

⁵⁸ Alexander Rehwaldt: Zwangskollektivierung oder (sozialistische) Modernisierung? Zur Kollektivierung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin 1952–1960, in: Mecklenburgische Jahrbücher, Bd. 121, Schwerin 2006, S. 241–275, hier S. 250, Fußnote 37.

⁵⁹ Dieter Gabka: Zu Ergebnissen der Rückrechnung in der Agrarstatistik Teil 1 – Agrarstrukturen 1945 bis 1960, in: Statistisches Monatsheft Mecklenburg-Vorpommern, Jg. 1997, H. 6, S. 21–34, hier S. 30, Tabelle 6.

⁶⁰ Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Die Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes in Mitteldeutschland, Bonn 1966, S. 7.

⁶¹ Walter Ulbricht: Die Bauernbefreiung in der Deutschen Demokratischen Republik, Band II: Juli 1958–Dezember 1960, Berlin (Ost) 1962, S. 1528 und S. 1527 f.

Abgrenzungen und Entflechtungen

Andreas Wagner

Der nördliche Abschnitt der innerdeutschen Grenze zwischen 1945 und 1990

Ein Bestandteil des Eisernen Vorhangs

Die Geschichte der innerdeutschen Grenze spielt im öffentlichen Gedächtnis zur deutschen Teilung eine wichtige Rolle, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Neben der Landgrenze bildet die Ostseeküste als DDR-Grenzgebiet eine Besonderheit in der Geschichte des Bundeslandes, allerdings bleibt die Seegrenze in diesem Beitrag ausgeklammert.¹ Die ehemalige »grüne Grenze« hat sich seit 1990 in eine »Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze« verwandelt, in der Grenzrelikte, Denkmale, Gedenkstätten, Museen oder das Grüne Band für unterschiedliche Erinnerungsimpulse sorgen.² Zahlreiche Erinnerungsinitiativen tragen auch im nördlichen Abschnitt der ehemaligen Grenze zu einer vielgestaltigen Erinnerungslandschaft bei.³ Dabei steht im Rückblick die repressive Funktion der DDR-Grenzsicherung im Mittelpunkt, wie sie durch die ostdeutschen Sperrelemente, die militärische Sicherung der DDR-Grenztruppen, die Zwangsumsiedlungen, Grenztote oder spektakuläre Fluchten verkörpert wird. Das ist nicht verwunderlich, besaß doch das DDR-Grenzregime für die Aufrechterhaltung der SED-Diktatur eine existenzielle Bedeutung. Es war vor allem Ausdruck einer nach innen wirkenden Eingrenzung der DDR-Bevölkerung.⁴ Die Grenzanlagen sollten jedoch nicht nur dort abschrecken und eingrenzen, sondern auch nach außen Respekt ausstrahlen: »Diktaturen erkennt man von weitem – an ihren Pforten. Sie verbarrikadieren das Tor, sie ver-

¹ Dazu Christine und Bodo Müller: Über die Ostsee in die Freiheit, Bielefeld 1992. – Volker Höffer: Insel am Eisernen Vorhang. DDR-Grenzregime, Ostseeflucht und Poel im Spiegel der Stasi-Akten, in: Andreas Roepcke (Hrsg.): Poel. Studien zur Geschichte einer besonderen Insel, Lübeck 2021, S. 261–351. – Merete Peetz u. a.: Tod in der Ostsee. Das Forschungsprojekt »Todesfälle bei Fluchtversuchen über die Ostsee«, in: Zeitgeschichte regional, 26. Jg. (2022), H. 2, S. 86–95.

² Maren Ullrich: Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze, Berlin 2006.

³ Christina Hellwig u. a.: Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide. Die »Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze« in der Metropolregion Hamburg. Eine Bestandsaufnahme, Hannover 2020.

⁴ Thomas Lindenberger: Grenzregime und Gesellschaftskonstruktion im SED-Staat, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 111–121.

stellen den Durchblick mit Milchglas und Sichtblenden. Sie lassen die Autos, die sich auf den Grenzübergang zubewegen, Slalom fahren. Reisende werden in Kabinen und Verschlüssen aus Resopal geleitet. Dort wird der Leib von fremden Händen nach Druckwerken abgetastet. Der Gedanke, dass jederzeit etwas passieren könnte, wenn man sich nicht richtig verhält, wird auch dem Sorglosesten implantiert – für die Zeit des Aufenthalts jedenfalls.⁵

Der folgende Beitrag zeigt an unterschiedlichen Beispielen, ob und wie sich der Kalte Krieg als ein geopolitisches Spannungsverhältnis zwischen den beiden Supermächten in der regionalen Grenzgeschichte niederschlug. Die ideologische Feindschaft und der Wettbewerb zwischen den Systemen grundierte viele Entscheidungen und Ereignisse entlang der innerdeutschen Grenze wie auch die wechselseitige Wahrnehmung der Akteure in Ost und West. Für die alte Bundesrepublik und die DDR war der Landstreifen entlang der innerdeutschen Grenze der sensibelste geografische Raum des eigenen Territoriums. Unmittelbar an der Trennlinie der beiden Machtbereiche im Kalten Krieg, am Eisernen Vorhang in Europa, spielten sicherheitspolitische Fragen eine weitaus größere Rolle als im Hinterland. Außerdem war der Grenzstreifen das »Schaufenster« gegenüber dem Gegner im geopolitischen Ringen. Das hatte, je nach demokratischen oder diktatorischen Rahmenbedingungen unterschiedliche Folgen für die Menschen in diesem Lebensraum.⁶

Aus zahlreichen Border-Studies wissen wir außerdem, dass Grenzen nichts Statisches sind, sondern ein dynamisches System, in dem neben der Abgrenzung immer auch eine Verflechtung beider Seiten zu beobachten ist. Wie andere Grenzziehungen war die innerdeutsche Grenze nicht nur eine Linie in der Landschaft. Sie beeinflusste die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse auf beiden Seiten. Diese Verflechtungsgeschichten und der wechselseitige Einfluss entlang der Trennlinie sollen im Folgenden an einigen Beispielen thematisiert werden.⁷ Staatsgrenzen werden auf nationaler und internationaler Ebene bestimmt. Grundsätzliche Entscheidungen durften Ost- wie Westdeutsche lange Zeit nur in enger Absprache mit den jeweiligen Schutzmächten treffen. Jedoch mussten diese Entscheidungen in den unteren Verwaltungsgliederungen und unter spezifischen regionalen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. In der alltäglichen Praxis vor Ort wurde Herrschaft durchgesetzt, ausgehandelt oder auch verändert, wurden Herrschaftsräume markiert und gesichert.

⁵ Karl Schlögel: *Grenzland Europa. Unterwegs auf einem neuen Kontinent*, Bonn 2013, S. 79.

⁶ Grundlegend zum DDR-Sperrgebiet: Peter Joachim Lapp: *Grenzregime der DDR*, Aachen 2013. – Für das westdeutsche Zonenrandgebiet: Astrid M. Eckert: *Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eisernen Vorhang*, Berlin 2022.

⁷ Wichtige Impulse für einen solchen Ansatz gab ein Ausstellungsprojekt: Thomas Schwark u. a.: *Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945–1990*, Darmstadt 2011.

Die Einbettung der Grenzgeschichte in die verschiedenen Phasen des Kalten Krieges zwischen 1945 und 1990 erfolgt am Beispiel unterschiedlicher Geschichten vom nördlichen, 137 Kilometer langen Grenzabschnitt zwischen der Ostsee und der Elbe. Im Westen erstreckte sich das Bundesland Schleswig-Holstein und im Osten lagen das Land Mecklenburg beziehungsweise seit 1952 die beiden Bezirke Rostock und Schwerin an diesem Teil der innerdeutschen Grenze.⁸

Die Entstehung der innerdeutschen Grenze

Unstrittig wurzelte die deutsche Teilung im Systemkonflikt zwischen den beiden Supermächten Sowjetunion und USA, deren gegensätzliche politische Interessen, ideologischen Leitbilder und Handlungsmuster letztlich dazu führten, dass zwei deutsche Nachkriegsstaaten entstanden und in die jeweiligen Bündnissysteme integriert wurden. Vorausgegangen war der verbrecherische Angriffs- und Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschlands. Erst die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten im Frühjahr 1945 beendete den NS-Terror. Trotz aller politischen und weltanschaulichen Unterschiede zwischen den Alliierten begegneten sie sich im besetzten Deutschland zunächst als Verbündete, die nach einem gewaltigen Blutzoll nun gemeinsam an die Neuordnung der deutschen Verhältnisse gingen.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 übernahmen die Alliierten die höchste Regierungsgewalt in Deutschland. Bereits vorher hatten die vier Mächte die Einrichtung von Besatzungszonen vereinbart. Mecklenburg sollte zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und Schleswig-Holstein zur Britischen Besatzungszone gehören. Zum 1. Juli 1945 zogen sich die alliierten Armeen auf die festgelegten Territorien zurück: Die britischen Truppen verließen Westmecklenburg und die Rote Armee rückte bis an die mecklenburgische Landesgrenze vor. Die Überwachung der Besatzungszonengrenzen übernahmen zunächst die alliierten Soldaten. Erste politische Entscheidungen führten jedoch schnell zu unterschiedlichen Entwicklungen in den Besatzungszonen, vor allem zwischen den westalliierten Zonen und der SBZ. Die Demarkationslinie zwischen der SBZ auf der

⁸ Viele regionale Studien haben die Konturen der regionalen Grenzgeschichten geschärft: Ramona Piehl u. a.: Geschichte und Geschichten entlang der innerdeutschen Grenze in Nordwestmecklenburg, (= Einblicke, H. 4), o.o. o.J. – Simone Labs: Keine Ausfahrt Zarrentin. Grenzlandgeschichten aus Westmecklenburg, Berlin 2006. – Dorian Rätzke: Zwischen Stacheldraht und Strandkorb. DDR-Alltag an der Lübecker Bucht, Boltenhagen 2011. – Sandra Pingel-Schliemann: »Ihr könnt doch nicht auf mich schießen!« Die Grenze zwischen Lübecker Bucht und Elbe 1945 bis 1989, Schwerin 2014. – Dagegen nehmen beide Seiten in den Blick: Karen Meyer-Rebentisch: Grenzerfahrungen. Dokumentation zum Leben mit der innerdeutschen Grenze bei Lübeck von 1945 bis heute, Lübeck 2010. – Christoph Mädge: Grenzerfahrung. Die deutsch-deutsche Elbgrenze im Amt Neuhaus (1949–1989/90), Hannover 2021.

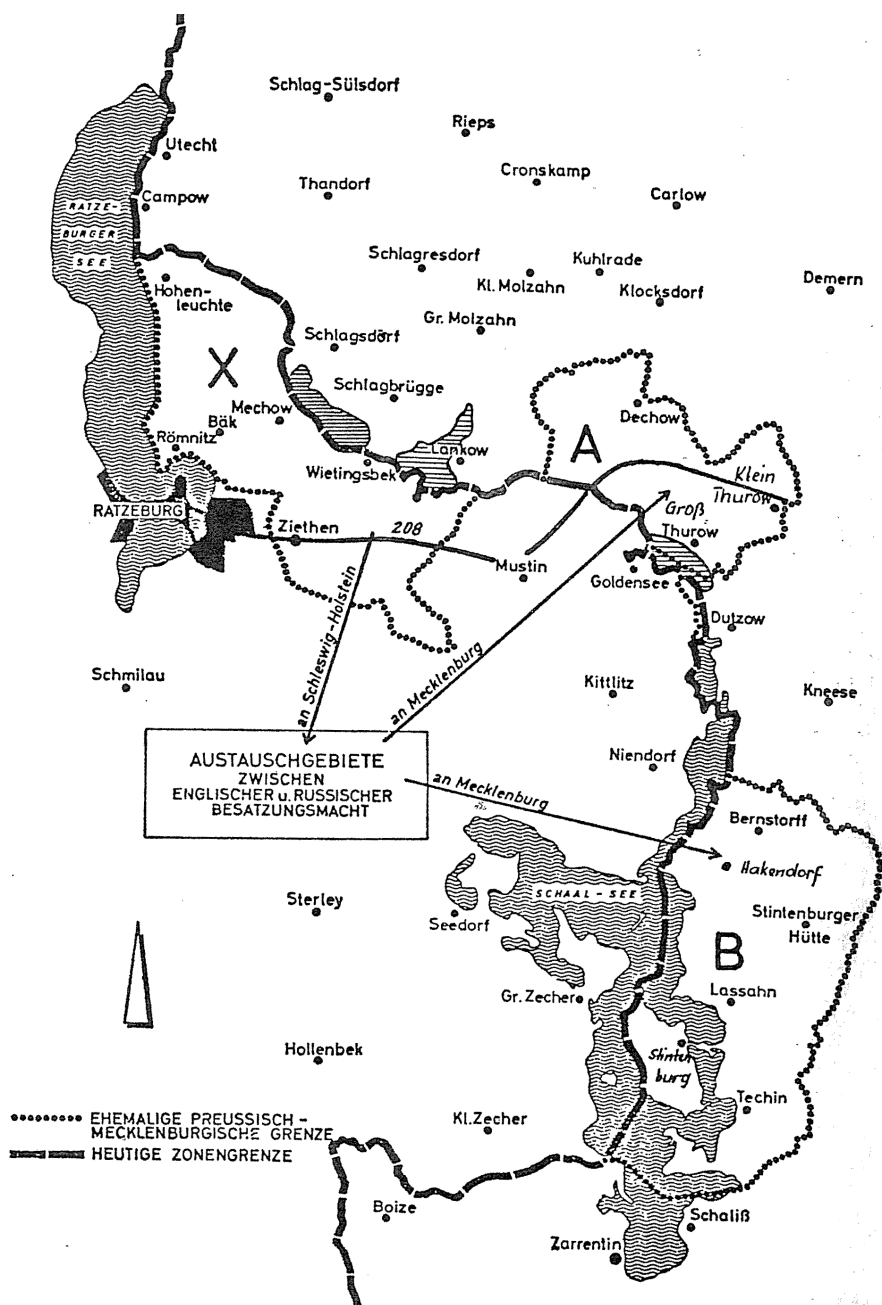
einen Seite und der britischen und amerikanischen Besatzungszone auf der anderen Seite trennte zunehmend unterschiedlicher werdende Wirtschaftsgebiete und politische Räume.

In diese »Inkubationsphase« des Kalten Krieges fällt ein auf Verlangen der Briten umgesetzter Gebietsaustausch entlang der Demarkationslinie zwischen Ratzeburger See und Schaalsee zur Begradigung der Trennlinie. Im Auftrag der jeweiligen Oberkommandos unterschrieben Generalmajor Barber und Generalmajor Ljaschtschenko am 13. November 1945 den Gadebuscher Vertrag über den Gebietsaustausch. Zwei Lauenburgische Territorien östlich vom Schaalsee um die Dörfer Lassahn und Dechow wechselten in die Sowjetische Besatzungszone. Im Gegenzug kam ein Gebiet nordöstlich von Ratzeburg mit den Dörfern Ziethen, Bäk, Römnitz und Kalkhütte in den britischen Machtbereich. Bis zum 28. November war der Gebietsaustausch abzuwickeln. Es entstand ein begradigter und leichter zu überwachender Verlauf der Demarkationslinie, der, auch wenn das damals nicht vorauszusehen war, über die Besatzungszonenzeit hinaus Bestand hatte und heute die Verwaltungsgrenze zwischen den beiden Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein markiert.

Beide Besatzungsmächte gingen sehr unterschiedlich mit diesem Gebietsaustausch um. Während die sowjetische Militärverwaltung die Bevölkerung in ihrem Austauschgebiet nicht informierte, Getreidevorräte abtransportierte und ihre Soldaten am 27. November abzog, hatten die Briten ein ganzes Maßnahmenbündel vorbereitet. Dazu gehörte auch, dass sie den Einwohnern in ihren beiden Austauschgebieten freistellten, ob sie bleiben oder in den britischen Machtbereich umziehen wollten.⁹

Aufgrund der großen Furcht vor sowjetischer Besatzungsbrutalität und dem unverändert wirksamen bolschewistischen Feindbild der Nazis entschlossen sich fast alle Einwohner, ihre Dörfer zu verlassen und in die britische Zone umzuziehen. Den Gutsbesitzern in diesen Gebieten drohte zudem mit dem Wechsel in die SBZ die Enteignung durch die Bodenreform, womit für sie die Entscheidung von Anfang an feststand, alles bewegliche Eigentum musste mit. Die deutsche Verwaltung des Kreises Herzogtum Lauenburg bekam den Auftrag, mit Unterstützung der britischen Armee Vieh, Getreide, Haushalts- und Ackergeräte sowie die Menschen

⁹ Die Vorgänge werden umfassend dargestellt in: Anke Mührenberg: 75 Jahre Barber-Ljaschtschenko-Abkommen, in: Lauenburgische Heimat, Jg. 2020, NF, H. 210, S. 8–37. – Zu den längerfristigen Auswirkungen und den Entwicklungen auf SBZ-Seite: Andreas Wagner: Das Barber-Ljaschtschenko-Abkommen 1945 und seine Folgen, Schwerin 2021. Das vom britischen Generalmajor Colin Muir Barber und dem sowjetischen Generalmajor Nikolai Ljaschtschenko am 13.11.1945 geschlossene Abkommen zur Grenzvereinigung zwischen Mecklenburg und Schleswig-Holstein wurde in Gadebusch unterzeichnet und daher auch Gadebuscher Vertrag genannt.



Karte mit den Austauschgebieten.

über den Schaalsee zu evakuieren. Im Ergebnis dieser Aktion übernahmen die Briten ein funktionsfähiges »Gebiet X« mit ihren Einwohnern und die Russen zwei leergezogene und von fast aller Infrastruktur entkleidete »Gebiete A und B«. Die einrückenden sowjetischen Offiziere waren über diese Zustände irritiert. Auf Befehl der sowjetischen Militärverwaltung wurde eine Kommission gebildet, die vom 8. bis 11. Dezember 1945 eine Bestandsaufnahme in den Dörfern der Austauschgebiete vornahm und die Ursachen dieser Entvölkerung ermittelte.

Bereits im Schreiben des Kommandeurs des 26. Gardeschützenkorps an den Befehlshaber der fünften Gardarmee vom 30. November 1945 war der Verdacht geäußert worden: »Ich glaube, dass solche Maßnahmen der Alliierten absichtlich gegen den Sowjetstaat angesetzt sind und künstlich versuchen, bei der deutschen Bevölkerung Unzufriedenheit und Misstrauen zu erwecken. Die Entführung der Bevölkerung und des Eigentums waren möglich mit Hilfe der Briten und wahrscheinlich mit Hilfe von Amphibienpanzerfahrzeugen, diese haben nämlich Spuren an den Abstiegen zum Wasser nördlich von Stintenburg hinterlassen.«¹⁰ Im Abschlussbericht der Kommission werden auf der Grundlage von Befragungen und einigen aufgefundenen Dokumenten die Evakuierungsaktion sachlich rekonstruiert, der Umfang der abtransportierten landwirtschaftlichen Geräte, Ernte- und Viehbestände ermittelt und daraus Schlussfolgerungen gezogen. Auch hier werden die deutsche Propaganda und die Hilfe der britischen Militärverwaltung als Ursachen für den Exodus der Dorfbevölkerung genannt. Den daraufhin im Alliierten Kontrollrat vorgetragenen Protest wies die britische Militärverwaltung jedoch ab.¹¹ Die Briten betonten die eigenständige Entscheidung der deutschen Bevölkerung. Obwohl sich Russen und Briten in dieser Angelegenheit als Verbündete gegenüberstanden, existierten bereits wechselseitiges Misstrauen und alte Feindbilder, die im herausziehenden Kalten Krieg umfassende Wirkungsmacht entfalten sollten.

Da der Gadebuscher Vertrag auf eine Begradigung der Besatzungszonengrenze zielte und im Vertrauen auf eine gemeinsame alliierte Deutschlandpolitik abgeschlossen wurde, unterblieb eine Regelung der Folgen für die Deutschen. Wie wollte man zukünftig mit den Eigentumsrechten sowohl der evakuierten lauenburgischen Bauern als auch der Bodenreform-Siedler auf den Domänen Mechow und Römnitz umgehen? Wie sollte die Zuordnung der Kirchengemeinden erfolgen? Wie sollten die Verwaltungen in Ost und West Problemlösungen über eine immer stärker trennende Grenze hinweg finden, um die wirtschaftliche Entwicklung in den Austausch-

¹⁰ Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii (GARF), f. R-7103, op. 1, d. 10, l. 258. Der Abschlussbericht der Kommission: Ebd., l. 300–304.

¹¹ Kurt Jürgensen: Der Gebietsaustausch zwischen Mecklenburg und Lauenburg auf der Grundlage des Barber-Lyaschenko-Abkommens vom November 1945, in: Kurt Jürgensen (Hrsg.): Die Grenz- und Territorialentwicklung im Raume Lauenburg-Mecklenburg-Lübeck, Neumünster 1992, S. 134.

gebieten nicht einzufrieren? Der Umgang mit diesen Fragen hing von den politischen Entwicklungen in Ost und West ab. Die Briten tasteten die Bodenreform nicht an, sondern setzten ihre Umsetzung zunächst aus und überließen die abschließende Regelung westdeutschen Gerichten. Auf sowjetischer Seite wurden die Großbetriebe unmittelbar nach dem Gebietsaustausch aufgesiedelt. Doch für die verlassenen bäuerlichen Betriebe zahlten die neuen Siedler zunächst eine Pacht an die Kreisverwaltung und Rückkehrer konnten ihr Eigentum ohne Schwierigkeiten wieder in Besitz nehmen. Wahrscheinlich erst 1949/50 ordnete man die Eigentumsfrage auf der Grundlage des Bodenreformgesetzes neu.

Diese Entwicklung zu einer immer stärker trennenden Demarkationslinie wurde trotz entgegenstehender Interessen und bestehender Verbindungen vor Ort beständig wirkungsmächtiger. Die alliierte Überwachung der Demarkationslinie, die seit 1946/47 auf beiden Seiten von deutscher Polizei unterstützt wurde, zielte auf eine Regulierung und Kontrolle der Bewegungen über diese Linie. Anfangs war das Überschreiten der Demarkationslinie auf den existierenden grenzüberschreitenden Straßen möglich, wie der Polizist Walter Claasen aus dem mecklenburgischen Schlagsdorf später über die Zeit bis 1947 berichtete. In dieser Zeit kamen Personen zu ihm, die über die Zonengrenze wollten: »Diese hatten meistens den Auftrag, Arzneien, wichtige Maschinen und Kfz.-Teile, die s[einer]. Z[ei]t. in der Ostzone nicht zu beschaffen waren, aus der englisch besetzten Zone zu holen. Diese Personen hatten in den meisten Fällen die Erlaubnis des zuständigen Kommandanten, der in Schlagbrügge stationiert war. Im allgemeinen waren s[einer]. Z[ei]t. die Bestimmungen betreffs illegaler Grenzübertritte sehr gelockert.«¹² Im Verlauf des Jahres 1947 regelten die Besatzungsmächte den Interzonenverkehr übergreifend: Personen benötigten den Interzonenpass und die Zahl der Kontrollpassierpunkte (KPP) wurde reduziert. Im Norden gab es zu jener Zeit die Eisenbahnübergänge Schwanheide-Büchen und Herrnburg-Lübeck. Den Straßenübergang Selmsdorf-Lübeck verlegte man zum Grenzübergang Herrnburg-Lübeck. So existierten im Nordabschnitt nur noch drei beziehungsweise zwei Übergänge. Die familiären Verbindungen und die hohe Nachkriegsmobilität ließen sich jedoch nicht einfach auf diese KPP reduzieren. Zahlreiche Menschen passierten zum einen legal an den sogenannten Kontrollpassierpunkten die Demarkationslinie, jedoch noch zahlreicher wurde zum anderen illegal an allen möglichen anderen Stellen die Linie überschritten, trotz Strafandrohung.

Die Entflechtung der beiden Wirtschaftsräume und die Reglementierung sowie Einschränkung der Durchlässigkeit der Demarkationslinie verstärkten sich schubweise. Die Währungsreform 1948 und die folgende sowjetische Berlin-Blockade sowie ihre westalliierten Gegenmaßnahmen bewirkten einen scharfen Rückgang im

¹² Bundesarchiv (BArch), BStU, MfS BV Schwerin, Allg. P. 608/54, Bl. 14 f.

wiedererwachenden Interzonenhandel. Sie veränderten aber auch die Spielregeln des legalen und illegalen Handels über die Demarkationslinie hinweg und die wechselseitige Wahrnehmung der Menschen. Von nun an waren es vor allem Schmuggler und Grenzgänger aus dem Osten, die mit Waren oder ihrer Arbeitskraft die begehrte Westwährung erwerben wollten. Initiativen der Wirtschaftsverbände oder der Kommunen für eine übergreifende Zusammenarbeit gerieten unter die Räder der immer stärkeren Abgrenzungstendenzen. Noch im November 1949 erreichte den Lübecker Senat eine Einladung der Stadt Wismar zu einer gemeinsamen Wirtschaftsschau: »Es gilt der Gefahr des Auseinanderlebens der Deutschen entgegen zu treten ... Zur Erreichung dieses Zieles erscheint es uns notwendig, daß wir als Deutsche alles tun, um die Zonengrenzen innerlich zu überwinden und durch den wiederauflebenden Interzonenverkehr und Interzonenhandel bewußt im Sinne der späteren Wiedervereinigung wirken, Beziehungen pflegen, alte Fäden wieder aufnehmen und neue anknüpfen.«¹³ Die Reaktionen in Lübeck waren verhalten, offizielle politische Kontakte mit der »sowjetzonalen« Verwaltung nicht mehr gewollt.

Mit der Gründung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten 1949 verstärkte sich die Kontrolle an der Demarkationslinie, die vor allem von deutschen Polizeikräften ausgeübt wurde. Zur Begründung der polizeilichen Aufrüstung im innerdeutschen Grenzraum dienten auf beiden Seiten die wechselseitigen politischen Feindzuschreibungen und Gefahrenszenarien, aber auch der Kampf gegen Schmuggel, grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Grenzüberschreitungen. Mitte 1950 bestanden im Land Mecklenburg vier Grenzpolizeibereitschaften mit insgesamt 5214 Mann, davon waren zwei an der grünen Grenze eingesetzt, mittlerweile in Gruppenunterkünften untergebracht und zentral angeleitet. In Schleswig-Holstein richtete man 1949 den Grenzzolldienst ein. Vier Grenzkommissariate waren für die Demarkationslinie zwischen Priwall und Elbe zuständig. Dazu gehörten 27 Dienstorte (Grenzaufsichtsstellen) mit insgesamt 104 Beamten. Bereits ein Jahr später sollte sich die Beamtenzahl auf über 800 erhöhen.¹⁴ 1951 begann der Aufbau des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Lübeck, wo anfangs auch die Einheiten für den Abschnitt der Demarkationslinie in Schleswig-Holstein kaserniert waren. Die Kasernen in Ratzeburg (1955) und Schwarzenbek (1972) bezog der BGS erst später.

Die Errichtung einer repressiven kommunistischen Herrschaft in der DDR wurde im Westen als Bedrohung wahrgenommen und diente immer wieder auch als Argument für eine Aufstockung der polizeilichen Grenzsicherung. Die erste große Einsatzübung des BGS fand Ende Mai 1952 in der Nähe von Bonn statt. Ein

¹³ Zit. nach: Karen Meyer-Rebentisch: Grenzerfahrungen. Dokumentation zum Leben mit der innerdeutschen Grenze bei Lübeck von 1945 bis heute, Lübeck 2010, S. 20.

¹⁴ Manfred Krellenberg: An der innerdeutschen Grenze zwischen Lübeck und Herrnburg, Stockelsdorf 2016, S. 193 f.

»fiktiver Angriff über die Zonengrenze« sollte abgewehrt werden.¹⁵ Doch erst unter dem Eindruck der brutalen Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 in der DDR votierte eine Mehrheit im Bundestag für eine Aufstockung des BGS um weitere 10.000 Mann. Parallel dazu diente in der DDR die Propaganda gegen die »Bonner Separatisten und Militaristen«, gegen den »Generalkriegsvertrag« zur Begründung der weiteren Aufrüstung. Die DDR-Regierung kriminalisierte Grenzwanderer als Schmuggler und zeichnete ein Bedrohungsszenario durch westdeutsche Agenten, Spione, Diversanten und Schädlinge. Der Schusswaffeneinsatz der DDR-Grenzpolizisten sollte die Eindeutigkeit der Grenzlinie markieren und Grenzgänger abschrecken. Die Zahl der Grenztoten stieg Anfang der 1950er-Jahre auf einen nie wieder erreichten Höhepunkt.¹⁶ Es waren vor allem Grenzgänger, gegen die die Schusswaffe eingesetzt wurde. Fünf Erwachsene starben im nördlichen Grenzabschnitt zwischen 1949 und 1952. Auch Kinder finden sich unter den Toten, da sie die neuen Regeln ignorierten und sich wie gewohnt auf den Grenzgewässern bewegten. Am 24. April 1949 starben der zwölfjährige Walter Noske¹⁷ auf dem Lankower See und am 31. Januar 1951 der elfjährige Harry Krause auf dem Goldensee durch Schüsse von Grenzpolizisten. Diese Nachrichten bestätigten das Bild von einer gewalttätigen und unberechenbaren Diktatur im Osten. Am 17. Juni 1952 konnte man in den Lübecker Nachrichten lesen: »Verfolgt von den Kugeln der Volkspolizei, erreichten fünf Flüchtlinge aus der Ostzone die Freiheit. Aber sie haben sie teuer bezahlen müssen: von vier Erwachsenen, zwei Kindern und einem Säugling brach eine Frau unter den Schüssen zusammen, ein Kind ertrank in der Wakenitz.«¹⁸ In dieser unübersichtlichen und angespannten Situation gehörten auch ostdeutsche Grenzpolizisten zu den Toten: Gerhard Hofert starb bei einer Festnahmeaktion im Abschnitt Schlagbrücke am 3. August 1949, Siegfried Apportin und Ulrich Krohn wurden von ihren Kameraden, die in den Westen flohen, am 2. Juli 1950 bei Herrnburg und am 16. Mai 1952 an der B 208 bei Groß Thurow getötet. Mit Gewalt versuchte der ostdeutsche Staat die Herrschaft der SED bis an den Rand seines Landes auszudehnen und durchzusetzen, doch vor dem Hintergrund der unvermindert hohen Grenzgängierzahlen blieb der Grenzraum unübersichtlich, chaotisch und unbefestigt. So meldete die Grenzbereitschaft Schönberg 322 Festnahmen allein im April 1952, davon 139 Personen aus der DDR und 183 aus der Bundesrepublik kommend.¹⁹ Die illegale

¹⁵ Lübecker Nachrichten vom 30.5.1952, S. 10.

¹⁶ Statistik der Grenztoten in: Klaus Schroeder/ Jochen Staadt (Hrsg.): Die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze 1949–1989. Ein biografisches Handbuch, Frankfurt am Main 2017, S. 637–653.

¹⁷ Kirchgemeinde Schlagsdorf, Eintrag im Sterberegister.

¹⁸ Lübecker Nachrichten vom 17.6.1952, S. 5.

¹⁹ Militärarchiv Freiburg, DVH 27, 129498.

Mobilität über die Grenzlinie blieb bis zur Einrichtung des Grenzsperrgebietes in der DDR 1952 unverändert groß.

Die westdeutschen Grenzkreise und Gemeinden nutzten ihre Lage entlang der Demarkationslinie als Argumentation, um für die wirtschaftlichen Folgen des gesperrten Eisernen Vorhangs eine finanzielle Kompensation bei der Bundesregierung zu erreichen. Da aber die Kriegsfolgen auch in vielen anderen Regionen auftraten und Notlagen weit verbreitet waren, nutzte man die politischen Argumente von der Bedrohung aus dem Osten und die Schaufensterfunktion gegenüber dem Osten, um einen Sonderstatus für einen 40 Kilometer breiten Streifen entlang des Eisernen Vorhangs zu beanspruchen. In dieser Zeit entstand der Begriff »Zonenrandgebiet«. Als die westdeutschen Bundesländer an der Demarkationslinie dem Bundeswirtschaftsminister am 15. Mai 1952 eine Denkschrift zu ihrer Situation überreichten, schrieben die Lübecker Nachrichten: »Es müßten daher Sondermittel zur Hebung der Wirtschaft dieses Grenzstreifens als ›Schaufenster der Bundesrepublik‹ bereitgestellt werden. Der Bund solle Mittel für Notstandsarbeiten gewähren, Ostgrenzgebiete bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt berücksichtigen, die Umsiedlungsaktion fortsetzen, den Wohnungsbau fördern und Tarifvergünstigungen einführen.«²⁰ Für das Titelblatt der Denkschrift hatte man ein eindrückliches Bild gewählt: Das Zonenrandgebiet lag im Schatten einer Mauer – obwohl dort noch gar keine stand. Die Abriegelung der innerdeutschen Grenze durch die DDR am 26. Mai 1952 unterstützte ungewollt diese Argumentation, denn nun konnten sich die verantwortlichen Bundespolitiker den Forderungen nicht mehr entziehen. Hilfspakete wurden im Bund und in den betroffenen Ländern geschnürt.²¹

Auch aus der regionalen Perspektive wird deutlich, dass Grenzen erst erdacht werden, bevor man sie in der Landschaft markiert und befestigt. Dieses Wechselspiel aus Ideologie und schrittweisen Maßnahmen lässt sich an der schubweisen Entflechtung und verstärkten Abgrenzung entlang des nördlichen Abschnitts der Demarkationslinie beobachten.

Die Grenze wird befestigt

Als Stalin im Frühjahr 1952 scheiterte, mit seiner Deutschlandpolitik die Westbindung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu verhindern, befahl er den ostdeutschen Kommunisten die forcierte Übernahme des sowjetischen Gesellschaftsmodells in der DDR. Die Sicherung des kommunistischen Herrschaftsbereiches

²⁰ Lübecker Nachrichten vom 16.5.1952, S. 1.

²¹ Astrid M. Eckert: Zonenrandgebiet. Westdeutschland und der Eiserne Vorhang, Berlin 2022, S. 43–52 (Titelblatt der Denkschrift, S. 49).

bis an den westlichen Rand des DDR-Territoriums gehörte zu dem verordneten Maßnahmenbündel. Aus propagandistischen Gründen beschloss der DDR-Ministerrat die »Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen« parallel zur Unterzeichnung des Deutschlandvertrages durch Konrad Adenauer am 26. Mai 1952.²² Diese Verknüpfung der Ereignisse sollte die nun folgende brachiale Abriegelung der Demarkationslinie durch die DDR-Grenzpolizei legitimieren. Noch am gleichen Tag verkündete der Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser die »Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie«. Nach sowjetischen Vorgaben entstand eine vom Rest der DDR abgetrennte Zone entlang der Demarkationslinie. Das Sperrgebiet gliederte sich in einen zehn Meter breiten, gepflügten Kontrollstreifen unmittelbar an der Grenzlinie, gefolgt von einem 500 Meter breiten Schutzstreifen und einem fünf Kilometer breiten Sperrgebiet. Alle Einwohner des Sperrgebietes wurden registriert und einer besonderen Grenzordnung unterworfen. In das Sperrgebiet ein- und ausreisen konnte man nur über Kontrollpunkte und mit notwendigen Dokumenten. Gäste mussten einen Passierschein beantragen. Auf die Einrichtung des Sperrgebiets folgte eine umfassende Säuberungsaktion. In Mecklenburg mussten über 2.000 als politisch nicht zuverlässig klassifizierte Personen Haus und Hof verlassen. Sie wurden in das Innere der DDR zwangsumgesiedelt. Ungeeignete Bürgermeister, Lehrer oder SED-Funktionäre im Sperrgebiet ersetzten die SED-Verantwortlichen durch andere. Zum Ausgleich für die Erschwernisse zahlte der Staat einen 15-prozentigen Lohnzuschuss und einen Rentenzuschuss oder gab Steuererleichterungen. Für diese Maßnahmen waren die Sowjets Ideengeber und Kontrolleure, ostdeutsche Dienststellen setzten die Pläne um, nicht um den Flüchtlingsstrom einzudämmen, sondern um die kommunistische Macht bis an den Rand des Territoriums durchzusetzen, die Zugänglichkeit des Grenzraumes einzuschränken und die Bevölkerung in die ostdeutschen Herrschaftsverhältnisse zu integrieren.

Die Folgen dieser Maßnahmen registrierte man auch auf der westlichen Seite: Am 15. Mai 1952 wurde der Grenzübergang Lübeck-Herrnburg geschlossen und nach Lauenburg-Horst verlegt. Es ist bis heute nicht klar, ob diese Maßnahme der Einrichtung des Grenzsperrgebietes voranging oder anderen Prämissen folgte. Auf jeden Fall zeigten sich die Grenzdienststellen in Ost und West von der Entscheidung überrascht, wie der Bericht in den Lübecker Nachrichten andeutet: »Übereinstimmend berichteten die Fernfahrer, daß die Abfertigung auf der östlichen Seite in Horst ebenso reibungslos verlaufe wie bei Lauenburg. Eine Baracke sei zwar noch

²² Zum historischen Kontext und den Folgen der Verordnung vom 26. Mai 1952: Inge Bennewitz/Rainer Potratz: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze. Analysen und Dokumente, Berlin 2012.

nicht aufgestellt. Das aus Herrnburg herbeigeschaffte Mobiliar der Volkspolizei stehe noch auf freiem Feld.«²³ In Lauenburg sowie beim Zollgrenzdienst in Lübeck hatte man ebenso erst am 13. Mai von der Verlegung erfahren und musste improvisieren. Während man in Lübeck Protestresolutionen an die Bundesregierung richtete und über die desaströsen Folgen der Schließung des Übergangs für die Stadt klagte, war die Freude in Lauenburg groß. Hier versprach man sich wirtschaftliche Impulse von der Eröffnung eines Übergangs an der »alten Schlagader des Verkehrs zwischen Hamburg und Berlin«. Der Bürgermeister der Stadt, Richard Reuter, eilte dem ersten Lkw, der aus der DDR in Richtung Bundesrepublik fuhr, mit einem Fließerstraß entgegen.²⁴

Die Einrichtung des Sperrgebiets und die Zwangsaussiedlungen aus dem DDR-Grenzgebiet sorgten im grenznahen Bereich der Bundesrepublik für Aufmerksamkeit und Erschütterung. Als der zehn Meter breite Kontrollstreifen gerodet und gepflügt wurde, konnten die Arbeiten von der Westseite aus beobachtet werden: »Da arbeiten sie nun. Zehn Meter breit soll der waldfreie Streifen werden. Dann wird er gepflügt und geharkt und bleibt liegen. Ein totes Stück Land quer durch ganz Deutschland.«²⁵ Die Berichte über gelungene Fluchten von Familien, die zur Zwangsaussiedlung vorgesehen waren, gaben Einblicke in die bedrückende Situation in den ostdeutschen Grenzdörfern und -städten. Geflüchtete berichteten über die Zwangsaussiedlungen und waren nun in einer beklagenswerten Situation. Sie hatten alles Hab und Gut in der DDR zurücklassen müssen.

Im Zuge der Einrichtung des Sperrgebiets wurde die DDR-Grenzpolizei auch auf unklare Verläufe der Grenzlinie aufmerksam. So gab es grenznahe Gebäude die näher zur westdeutschen Siedlung lagen und deshalb auch als Bestandteil dieser galten, zum Beispiel in Wietingsbek, nordöstlich von Ratzeburg. Hier kam es Ende Juli 1952 zu einem Konflikt um den genauen Verlauf der Grenzlinie. Bis dahin hatte die Absperrung der Demarkationslinie hinter dem letzten Haus von Wietingsbek gestanden. DDR-Grenzpolizisten entfernten diese Absperrung und verlegten die Absperrung in westliche Richtung. Angehörige der Landespolizei und des BGS aus Lübeck kamen, um die Veränderungen wieder zu revidieren. Die Situation drohte zu eskalieren. Erst Gespräche zwischen einem russischen und einem britischen Offizier konnten die Situation klären. Die bundesdeutschen Sicherheitskräfte mussten die veränderte Grenzziehung entlang des Grenzgrabens akzeptieren. Die Einwohner des nun im Osten liegenden Hauses konnten ihre Sachen holen und in den Westen ziehen. Jahre später wurde das Gebäude abgerissen.²⁶

²³ Lübecker Nachrichten vom 16.5.1952, S. 3.

²⁴ Berichterstattung in den Lübecker Nachrichten vom 14.–16.5.1952.

²⁵ Lübecker Nachrichten vom 30.5.1952, S. 10.

²⁶ Andreas Wagner: Das Barber-Ljaschtschenko-Abkommen 1945 und seine Folgen, Schwerin 2021, S. 28.



Aufnahme von der Verlegung der Abschrankung in Wietingsbek durch DDR-Grenzpolizisten.

Wie lange und in welchem Umfang die alliierten Armeeangehörigen an der Überwachung der Demarkationslinie beteiligt waren, lässt sich noch nicht genau beschreiben. In der DDR endete ihre direkte Beteiligung wohl 1955. Später wurden sie durch Verbindungsoffiziere und regelmäßige Informationen auf dem Laufenden gehalten. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen zog sich die britische Rheinarmee bereits frühzeitig aus der Überwachung der Demarkationslinie zurück, um diese Aufgabe der Landespolizei und dem 1949 geschaffenen Grenzzolldienst zu übergeben. Die Briten blieben durch eine Regierungsorganisation, den British Frontier Service (BFS), vor Ort vertreten, der mit abnehmender Personalausstattung in den folgenden Jahrzehnten den nördlichen Grenzabschnitt beobachtete und Kontakt zu den westdeutschen Dienststellen hielt. Angehörige des BFS begleiteten britische Militärangestellte, überwachten den Grenzraum und halfen, Grenzkonflikte aufzulösen.

Die 1950er-Jahre sind trotz des Ausbaus der DDR-Grenzsicherung und periodischer Einschränkungen des innerdeutschen Reiseverkehrs eine Zeit unvermindert intensiven Austauschs auf unterer Ebene. Wer Verwandte oder Bekannte im anderen Teil Deutschlands hatte, besuchte sie. Als 1957 die Zahl der Grenzpassagen am Grenzübergang in Lauenburg ein neues Niveau erreichte, überreichte der westdeutsche Bürgermeister einem DDR-Bürger Blumen. Ein Ehepaar aus der DDR war mit dem Fahrrad über die Grenze gefahren, um Freunde in Lauenburg zu besuchen.

Der Ehemann arbeitete als Tischler auf der Elbwerft in Boizenburg.²⁷ Perioden mit einer drastischen Forcierung des sozialistischen Umbaus der Gesellschaft wie 1952/53 oder 1959/60 trieben DDR-Bürger massenweise in den Westen, aber auch viele andere verließen aus Gründen der Arbeitssuche oder der Neugier ihre Heimat im Osten. Wer keine Erlaubnis für den Umzug in den Westen erhielt oder aus Gefahr für Leib und Leben die Flucht ergriff, nutzte zumeist die Stadt Berlin für den Grenzübertritt. Es war das letzte Schlupfloch in den Westen.

Wenn auch zahlenmäßig viel geringer, so war die Zahl der Übersiedler von der Bundesrepublik in die DDR in den 1950er-Jahren nicht unerheblich. Diese sogenannten Zuwanderer und Rückkehrer wurden in Übersiedlerheimen überprüft, wo man über ihre Wiedereingliederung entschied. Zentrale Aufnahmeheime im Norden der DDR gab es in Bützow (1953–1956) und in Pritzler (1956–1972).²⁸ Allerdings kam es auch immer wieder dazu, dass die DDR-Grenzorgane Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung nicht einreisen ließen, so dass sie als »Abgeschobene« wieder in den Westen fuhren. Die DDR schob auch ehemalige Westdeutsche ab, die sich anfangs für ein Leben in der DDR entschieden hatten, doch mit den Gesetzen in Konflikt gerieten oder vom Leben in der DDR enttäuscht waren. Sinti und Roma in den Aussiedlertransporten aus Polen ließen die DDR-Organen ebenfalls in die Bundesrepublik. Sie trafen auf die Ablehnung der westdeutschen Behörden und durften erst nach längeren Verhandlungen bleiben.²⁹

Das Denken der Menschen bewegte sich unverändert in einem gesamtdeutschen Rahmen. Trotz unterschiedlicher politischer Perspektiven hielten Ost- wie Westdeutschland am Ziel der deutschen Einheit fest. Entgegen einer restriktiven DDR-Grenzüberwachung gehörten die deutsch-deutschen Kontakte zum Lebensalltag. Mit den legalen Westreisen und dem Schlupfloch West-Berlin war die Abwanderung aus der DDR nicht zu stoppen. Diese Phase endete abrupt mit dem Mauerbau und der Abriegelung der innerdeutschen Grenze seit dem 13. August 1961. Nun ging es nicht mehr um die Sicherung von Staatsterritorium wie 1952, sondern um die Eindämmung der Massenabwanderung aus der DDR. Jetzt begann der Aufbau von durchgehenden DDR-Sperranlagen. Stacheldrahtzäune, Minenfelder, Wachtürme und eine militärische Infrastruktur sollten Fluchten aus der DDR dauerhaft verhindern.

²⁷ Stadtarchiv Lauenburg, Fotoalbum »Zonengrenz-Abfertigung und Zonengrenz-Zwischenfälle Chaussee Lauenburg-Horst-Boizenburg«, ab 1952, Bd. 2.

²⁸ Eva Fuchslocher/Michael Schäbitz (Hrsg.): Wechselseitig. Rück- und Zuwanderung in die DDR 1949 bis 1989, o.O. o.J., S. 20.

²⁹ Jann-Thorge Thöming: Bahnhofsmision Büchen. Ein Spalt im Eisernen Vorhang, Berlin 2020, S. 92–105.

Grenzüberschreitungen nach der Grenzabriegelung 1961

Die Militarisierung und der Ausbau der DDR-Grenzsicherung nach 1961 führten zu einer Reduzierung der Zahl der erfolgreichen Fluchten über die Grüne Grenze. Vom Priwall bis zur Elbe registrierte der bundesdeutsche Grenzschutz 1358 gelungene Fluchten zwischen 1962 und 1988, jedoch mit abnehmender Tendenz: In den 1960er-Jahren zählte man 883, in den 1970er-Jahren 383 und in den 1980er-Jahren nur noch 92 erfolgreiche Fluchtversuche.³⁰ Diese Grenzüberschreitungen wurden immer seltener, auch wenn der Flüchtlingsdruck auf die DDR-Grenzsicherung nicht versiegte. Die Mehrheit aller Fluchtversuche scheiterte bereits im mecklenburgischen Hinterland. Dabei verhafteten die Volkspolizei, DDR-Grenztruppen, Staatssicherheit und Freiwillige Helfer mehrere tausend Menschen. Die im Zusammenhang mit Fluchtversuchen (Paragraph 213 StGB) verhafteten Bürger stellten die größte Gruppe von politischen Häftlingen in den letzten beiden DDR-Jahrzehnten. Da vielen DDR-Bürgern der Weg über die Sperranlagen zu gefährlich erschien, entwickelte sich seit 1973/75 eine immer stärker anschwellende Zahl von Ausreiseantragstellern, die kontrolliert, schikaniert und hingehalten wurden. Mit den Paragraphen 214 (Beinträchtigung staatlicher Tätigkeit) oder 217a (Androhung von Gewalttaten) des Strafgesetzbuches war es möglich, auch diese Menschen zu inhaftieren, wenn sie öffentlich auf ihre Situation aufmerksam machten. In der Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock saßen durchschnittlich über 50 Prozent aller Häftlinge im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch oder als »hartnäckige Ausreiseantragsteller« ein.³¹ Unter den Fluchtfällen ermittelte und verhaftete auch die Volkspolizei zahlreiche Menschen. Hier war das Kommissariat II der Kriminalpolizei zuständig. Wenn man der Person einen Fluchtversuch oder seine Vorbereitung beziehungsweise Planung nachweisen konnte, folgte zumeist auch die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe. 17 Grenzgänger und Flüchtlinge verloren in den 28 Jahren zwischen dem Mauerbau 1961 und der Grenzöffnung 1989 im nördlichen Grenzabschnitt ihr Leben, als sie die Grenzlinie überwinden wollten.³²

Grenzüberschreitungen blieben trotz ihrer Eindeutigkeit, die DDR verlassen zu wollen, in ein deutsch-deutsches Beziehungsgeflecht eingebettet, wie das folgende Beispiel aus dem Norden zeigt. Zwei Handwerker, Hans-Dieter B. und Dieter P., arbeiteten im Herbst 1966 beim Bau von Unterkünften für DDR-Grenzpolizisten

³⁰ Karen Meyer-Rebentisch: Grenzerfahrungen. Dokumentation zum Leben mit der innerdeutschen Grenze bei Lübeck von 1945 bis heute, Lübeck 2010, S. 68.

³¹ DDR-weit: Roger Engelmann/Frank Joestel: Hauptabteilung IX: Untersuchung, Berlin 2016, S. 231 f. – Die Zahlen zum Bezirk Rostock: Jenny Schekahn/ Tobias Wunschik: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock, Berlin 2012, S. 89–91 und Tabelle 13.

³² Eigene Berechnungen nach: Klaus Schroeder/ Jochen Staadt (Hrsg.): Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949–1989, Frankfurt am Main 2017.

in Schlagbrügge, circa anderthalb Kilometer von der Grenzlinie entfernt. Sie waren beide in Schwerin aufgewachsen, 21 Jahre alt und arbeiteten als Fliesenleger und Elektromonteur. Die Bundesrepublik kannten sie nur aus Fernsehen und Rundfunk oder vom Erzählen. Hans-Dieter B. sagte später im Stasi-Verhör: »Insbesondere durch das Westfernsehen [...] entstand nach und nach in mir die Feststellung, daß es in Westdeutschland besser als in der Deutschen Demokratischen Republik ist, daß man dort besser [...] leben und verdienen kann.«³³ Nach einem Gaststättenbesuch am 13. Oktober 1966 entschieden sie spontan, die Flucht in den Westen zu riskieren. Sie hatten Glück, trafen auf kein Minenfeld, mussten nur einen Stacheldrahtzaun überwinden und blieben unbeobachtet. Im Westen angekommen, wurden sie durch den Bundesgrenzschutz und andere Geheimdienste – wie es üblich war – befragt. Nachdem sie das Notaufnahmeverfahren in Gießen absolviert hatten, begannen sie in Hamburg, sich ein neues Leben aufzubauen. Doch es kam anders als beabsichtigt: Arbeitslosigkeit und Isolation ließen ihr Heimweh wachsen und am 2. April 1967 kehrten sie über die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Schwanheide in die DDR zurück. Dort wurden sie festgenommen und anschließend in die Untersuchungshaftanstalt der Stasi-Bezirksverwaltung Schwerin gebracht. In den nun folgenden wochenlangen Verhören richtete sich das Interesse der Ermittler vor allem auf einen möglichen Geheimnisverrat der beiden jungen Männer bei ihren Befragungen im Westen. In den Augen der Stasi-Ermittler stand der Nachweis des Verrats sicherheitsrelevanter Angaben an den »Feind« und »Aggressor« im Westen im Vordergrund. Obwohl die beiden Handwerker gar keinen Zugang zu militärischen Geheimnissen hatten, reichten den Vernehmern die Berichte beider über die Befragungen im Westen aus, um die Straftatvorwürfe der Spionage und des Geheimnisverrats zu formulieren. Ein Gutachten aus dem Stab der dritten Grenzbrigade bestätigte dieses Bedrohungsszenario im Kalten Krieg: »An Hand der Aussagen kann der Gegner Schlußfolgerungen über Sicherungsmaßnahmen der DDR an der Staatsgrenze-West und der Objekte der NVA-Grenze ziehen, mit dem Ziel, Provokationen, Grenzdurchbrüche und Aggressionshandlungen gegen die DDR zu planen und durchzuführen.«³⁴ Das Feindbild der Stasi korrespondierte mit einer wahrgenommenen Bedrohungslage im Kalten Krieg. Dagegen hatten die beiden Rückkehrer keine Chance. Das Militär-obergericht Neubrandenburg verurteilte sie zu einer Freiheitsstrafe von über drei Jahren, die sie in der Strafvollzugsanstalt Bützow ableisten mussten. Wegen guter Führung wurde Hans-Dieter B. im Juli 1969 entlassen und die Vollstreckung des Urteils zur Bewährungsstrafe ausgesetzt. Diesem Szenario im Kalten Krieg folgte die Staatssicherheit bis in die 1980er-Jahre. Erst dann verzichtete man überwiegend

³³ BArch, Stasi-Unterlagen-Archiv, BV Schwerin/XII/ 626/68, Bd. 1, Bl. 23. – Weitere Angaben in Bd. 2 sowie in den dazugehörigen Gerichtsakten 626/ 28, 2. Bd.

³⁴ Ebd., 626/68, Bd. 2, Bl. 214.



Aufnahme der DDR-Sperranlagen. Signal- und Streckmetallzaun südlich von Büchen, 1989.

auf eine Strafverfolgung bei DDR-Rückkehrern, wenn sie sich ohne Probleme in die DDR-Verhältnisse wieder eingliedern ließen.³⁵ Im Wettbewerb zwischen Ost und West erschien es nun wichtiger, dass Flüchtlinge heimkehrten und nicht mehr die bundesdeutsche Propaganda stützten.

Obwohl seit dem Ende der 1960er-Jahre eine Phase der Entspannung zwischen Ost und West begann, nahm die militärische Entwicklung im DDR-Grenzregime eine entgegengesetzte Entwicklung. Es wurde nicht ab-, sondern aufgerüstet. Die tödliche Prämisse der SED-Führung »... nach wie vor muß bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schußwaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen...« aus dem Jahr 1974³⁶ stand nicht nur in einem Gegensatz zur internationalen Einbindung der DDR, sondern beschädigte das internationale Ansehen der DDR.

³⁵ Vgl. die unterschiedlichen Bewertungen des MfS in den Fällen von Hans Brandt (1982) und Holger M. (1986) in: Erke Kurmies/ Andreas Wagner: *Fluchtpunkt I. 18 Fluchtversuche an der innerdeutschen Grenze zwischen Ratzeburger See und Boizenburg 1973–1989*, Hamburg 2022.

³⁶ Zit. nach: Hendrik Thoß: *Gesichert in den Untergang. Die Geschichte der DDR-Westgrenze*, Berlin 2004, S. 198.

Die Rahmenbedingungen für die Sicherheitskräfte an der innerdeutschen Grenze veränderten sich sowohl international als auch innerstaatlich. Die DDR-Grenztruppen starteten eine grundlegende Modernisierung der Grenzsicherung. Die Abschreckung der Grenzanlagen nach innen wurde durch den Aufbau des Streckmetallzau-nes seit Ende der 1960er-Jahre und die Installation der Splittermine SM-70 seit 1971 verstärkt. Die Neugliederung der Grenztruppen in drei Grenzkommandos sorgte für eine straffere Organisation. Das Grenzsperrgebiet wurde verringert, um den Einsatz der Kräfte zu konzentrieren. Die Zahl der Ortschaften im Schutzstreifen nahm stark ab. Der Streifen unmittelbar an der Grenzlinie sollte perspektivisch bevölkerungsfrei werden. Dörfer wie Rüterberg oder Teschow im Schutzstreifen zäunten die Grenztruppen ein und sperrten den Zugang in der Nacht. Ganze Dörfer fielen dieser Politik zum Opfer. Im nördlichen Grenzabschnitt zerstörte man die Dörfer Bürgerhof, Wendisch Lieps, Lankow, Neuhof und Lenschow Mitte der 1970er-Jahre vollständig.³⁷ Später kam noch Bardowiek hinzu. In diesem Zusammenhang kamen auch die mecklenburgischen Städte Boizenburg (1972) und Dömitz (1973) im Bezirk Schwerin aus dem Grenzsperrgebiet. Das verstärkte Zusammenspiel der Sicherheitskräfte untereinander und mit den Verwaltungen, den Betrieben und Massenorganisationen sollte Fluchtversuche bereits im Anfangsstadium stoppen. Diese Maßnahmen wurden durch die Bezirks- beziehungsweise Kreiseinsatzleitungen als höchste militärische Leitungsorgane unter Führung des jeweiligen Ersten Sekretärs der SED vorgedacht, koordiniert und überprüft.

Völlig entgegengesetzt entwickelte sich die Situation im bundesdeutschen Grenzraum. Der BGS errang gegenüber dem Grenzzolldienst die Fachaufsicht und entwickelte sich von einer paramilitärischen Sondereinheit zu einer kasernierten Polizeitruppe mit entsprechenden polizeilichen Dienstvorschriften. Äußerer Ausdruck dieses Wandels war eine neue legerere graugrüne Uniform, wenngleich der Kombattantenstatus in einem drohenden Konflikt erhalten blieb. Seit 1971 war die Zonenrandförderung bundesgesetzlich geregelt. Bis an den Rand der Bundesrepublik sollten gleichwertige Lebensverhältnisse gesichert werden. Besuche an der innerdeutschen Grenze gehörten zum Tourismus-Programm vieler westdeutscher Grenzkommunen, aber auch zur politischen Bildung in zahlreichen bundesdeutschen Schulen.

Trotz der DDR-Abgrenzungspolitik setzte sich im Zuge der Entspannungspolitik und der internationalen Einbindung der DDR eine stärkere Durchlässigkeit der Grenze, vor allem für Westdeutsche durch. Die Zahl der Grenzübergänge im nördlichen Abschnitt und ihre Kapazitäten erweiterten sich schrittweise. Bereits 1960 waren die Grenzübergänge Lübeck-Selmsdorf (Straße) und Lübeck-Herrnburg (Eisen-

³⁷ Landeshauptarchiv Schwerin, 7.11-1-2, 17823, Konzeption zur Beseitigung der Ortsteile im Schutzstreifen des Grenzgebietes zur Staatsgrenze der BRD, 1972.

bahn) wieder eröffnet worden. Ende 1982 kam mit der Fertigstellung der Autobahn A 24 zwischen Berlin und Hamburg die Eröffnung des Autobahngrenzübergangs Gudow-Zarrentin hinzu. Hierher wurde der Transitverkehr nach West-Berlin von der B 5 verlagert. Die Grenzübergänge Büchen-Schwanheide (Eisenbahn) und Lauenburg-Horst (B 5) bestanden fort.

Am Beispiel der Grenzübergänge Lübeck-Selmsdorf (Straße) und Lübeck-Herrnburg (Eisenbahn) lassen sich die Auswirkungen von politischen Ereignissen auf die Durchlässigkeit der innerdeutschen Grenze gut beobachten.³⁸ Die Wiedereröffnung der beiden Lübecker Grenzübergänge stand wohl in Verbindung mit dem Wunsch der schwedischen Eisenbahn, eine Verbindung nach Westdeutschland auszubauen. Welchen Umfang dieser Skandinavien-Transit annahm, verraten die Zahlen nicht, zumal mit der Eröffnung der »Vogelfluglinie« zwischen Rødbyhavn und Puttgarden 1963 die Fährverbindung zwischen Rostock und Gedser Konkurrenz bekam.

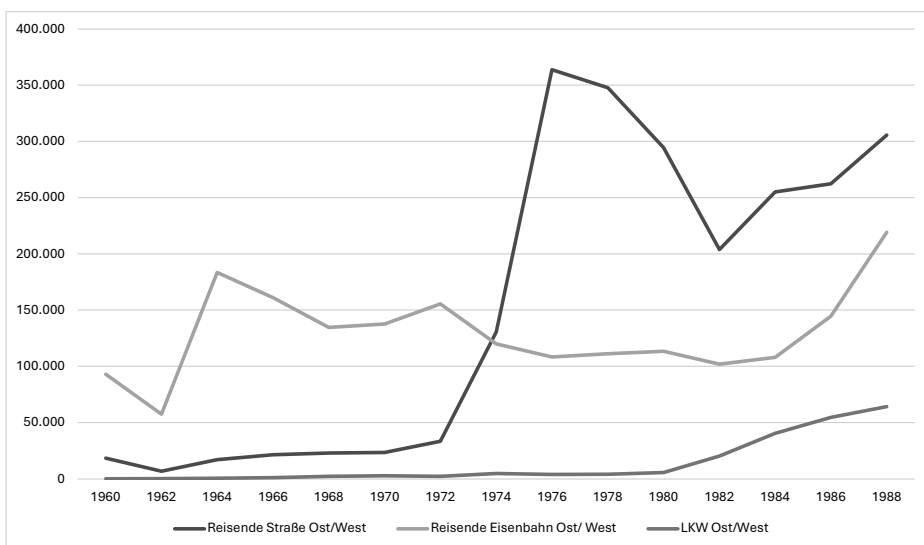
Mit dem Mauerbau am 13. August 1961 ist ein scharfer Einbruch in der Zahl der Reisenden verbunden, die sich 1962 halbierte. Bis Mitte der 1960er-Jahre stieg sie wieder an, zumal sich die Reiseerlaubnis für DDR-Rentner (1964) im Reiseverkehr 1965 stark auswirkte. Bis 1972 stagnierten die Zahlen. Der Abschluss des Transitabkommens (1971) und des Grundlagenvertrages (1972) mit der Einrichtung des »Kleinen Grenzverkehrs« machten die innerdeutsche Grenze für Bundesbürger durchlässiger und die Kontrollen kalkulierbarer. Im Gefolge der Motorisierung der bundesdeutschen Gesellschaft fuhren die Bundesbürger mehrheitlich mit dem eigenen Pkw über die Grenzübergänge, die Reisendenzahlen bei der Bahn stiegen erst wieder Ende der 1980er-Jahre, als vermehrt DDR-Bürger in den Westen fahren durften. Sie werden die Mehrheit der Bahnreisenden am Grenzübergang Lübeck-Herrnburg gebildet haben. Den Anteil der westdeutschen Reisenden im »Kleinen Grenzverkehr« weist die Lübecker Statistik nur für die Jahre 1979 bis 1981 aus. Wie im Gesamttrend sank die Zahl im Kleinen Grenzverkehr von 51.377 Reisenden (West/Ost) 1979 auf 31.974 Reisende (West/Ost) im Jahr 1981.

Seit Mitte der 1970er-Jahre nahm die Zahl der Reisenden über die Lübecker Grenzübergänge ab. Der Tiefpunkt wurde erreicht, als die DDR den Tagessatz für den »Mindestumtausch« von 13 DM auf 25 DM erhöhte. Erst seit 1982 stieg die Zahl der Reisenden wieder kontinuierlich.

Als eine interessante Facette des grenzüberschreitenden Verkehrs am Straßenübergang Lübeck-Selmsdorf erscheint der geradezu explodierende Lkw-Verkehr, der im Zusammenhang mit der Einrichtung der Mülldeponie bei Schönberg 1979 stand.³⁹ Das Ausmaß der Mülltransporte belegen die Lkw-Zahlen des Grenzüber-

³⁸ Aus den Veröffentlichungen der Stadt Lübeck: Lübeck in Zahlen, Lübeck 1960–1965. – Wirtschaft und Leben in der Hansestadt Lübeck, Lübeck 1966–1990.

³⁹ Sophie Lange: Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990, Berlin 2023, S. 237–266.



Entwicklung des Reiseverkehrs in den beiden Grenzübergängen der Stadt Lübeck (Straße und Eisenbahn) von 1960 bis 1988 (Lübeck in Zahlen, Lübeck 1960–1965 und Wirtschaft und Leben in der Hansestadt Lübeck, Lübeck 1966–1990).

gangs: 1980 passierten den Grenzübergang in West-Ost-Richtung 5.594 Lkw, 1982 stieg ihre Zahl auf 20.793. Diese Kategorie wuchs bis 1988 auf 61.760 Lkw. An der DDR-Grenzübergangsstelle in Selmsdorf richtete man sogar eine zusätzliche Kontrollspur nur für Mülltransporte ein.

Epilog

Der Mauerfall und die Öffnung der innerdeutschen Grenze für Ostdeutsche in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 stehen als Symbol für das Ende des Kalten Krieges. Die DDR-Sperranlagen verloren ihre Funktion, die innerdeutsche Grenze ihre Berechtigung. 1989 schoss die Zahl der DDR-Reisenden in die Höhe: Über eine Million Reisende passierten den Lübecker Straßenübergang, über 700.000 Bahnreisende am Grenzübergang Lübeck-Herrnburg zählten die Sicherheitskräfte in diesem letzten Jahr der Grenze. Das Nadelöhr im Kalten Krieg hatte sich zu einem großen Tor gewandelt. Zum 1. Juli 1990 endeten die Grenzkontrollen an der innerdeutschen Grenze und am 3. Oktober verwandelte sich die innerdeutsche Grenze in eine Verwaltungsgrenze zwischen unterschiedlichen Bundesländern. Der Abbau der Grenzanlagen hatte bereits Ende 1989 begonnen. Ende 1992 fiel der letzte DDR-Beobachtungsturm im Norden südwestlich von Zarrentin. Noch einmal drei Jahre dauerte die Minennachsuche.

Doch diesen politischen und technischen Daten folgten tiefe Einschnitte in den Biografien der Beteiligten. Das Ende des Kalten Krieges veränderte das Leben aller mit der Grenzüberwachung beruflich Beschäftigten, aber auch der Einwohner des ehemaligen Grenzraumes. Länger als die Beseitigung der sichtbaren Grenzanlagen hielt die Reorganisation von Lebenshorizonten der Menschen an der ehemaligen Grenze an: »Sie brauchen mehr als eine geschichtliche Sekunde und mehr als jenen historischen Augenblick. Aber in ihnen erst gehen die Räume unter, in denen wir bisher zu leben gezwungen waren, und in ihnen entstehen die neuen Räume, in denen wir fortan leben werden.«⁴⁰

⁴⁰ Karl Schlögel: Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, Frankfurt am Main 2006, S. 467.

Volker Höffer

Ostsee-Fluchten aus der DDR

Ursachen – Bedingungen – Wirkungen

Fluchtversuche über die Ostsee aus der SBZ und der DDR ereigneten sich bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Zunächst aus Angst »vor den Russen« und vor Bestrafung wegen eigener Verstrickungen ins nationalsozialistische Regime. Dann jedoch zunehmend wegen der politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellen Entwicklungen in der neuen, sowjetisch-stalinistischen Diktatur.

Die massenhafte »Abstimmung mit den Füßen« war von Anfang an ein Kernproblem der SED. Allein in den zwölf Jahren zwischen der Gründung der DDR 1949 und dem »Mauerbau« 1961 flohen DDR-weit rund 2,7 Millionen Menschen. Unter weit gefährlicheren Bedingungen kamen von August 1961 bis zum »Mauerfall« im November 1989 noch einmal fast 500.000 Menschen hinzu.¹ Um diesen Massensexodus zu stoppen, ließ die SED ein beispielloses, vor allem nach innen, gegen die eigene Bevölkerung gerichtetes Sperrsystem errichten. Das zunehmend schärfere Grenzregime der SBZ respektive DDR und jede Flucht eines oder einer Ostdeutschen stellten immer auch ein Politikum in den vom Kalten Krieg und späterer friedlicher Koexistenz geprägten Beziehungen zwischen der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und den skandinavischen Ostsee-Anrainern dar. Schließlich war jede Flucht auch ein Versuch, die hochexplosive nördlich-maritime Konfrontationslinie zwischen westlichem und östlichem Weltsystem, zwischen NATO und Warschauer Pakt zu durchbrechen.

In den Augen der SED-Diktatur galt jeder Flüchtling als Verräter oder Agent des »imperialistischen Klassenfeindes«, für den Westen hingegen als Zeuge der neuen, kommunistischen Diktatur. Insofern war jeder Flüchtende sowohl Subjekt als auch Objekt des Kalten Krieges, der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West 1945–1990. Überdies musste die SED-Spitze Rücksicht auf die angestrebten besonderen Beziehungen vor allem zu Dänemark und Schweden nehmen – für das erstrebte Aufweichen der außenpolitischen und wirtschaftlichen Isolation der DDR.

¹ Volker Höffer: Ostsee Flüchtlinge im Stasi-Visier. Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste (künftig zitiert: Höffer, Ostsee Flüchtlinge), in: Aaron Jessen u. a. (Hrsg.): Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark und die DDR, Husum 2016, S. 282–303 (künftig zitiert: Jessen, Grenzen überwinden).

Und ab den 1970er-Jahren auch auf ihre internationale Reputation und die immer existentieller werdenden Beziehungen zum »klassenfeindlichen« westdeutschen Bruder. Jeder DDR-Ostseeflüchtling konnte zu diplomatischen Verwicklungen führen.

Das Ostsee-Grenzregime der DDR. Ziele, rechtliche Grundlagen und Strukturen

Anders als in Berlin und an der »grünen Grenze« konnte man die 342 Kilometer lange DDR-Ostseeküste – mit ihren Buchten, Haffs und Stränden gar 602 Kilometer – nicht einfach absperren.² Das ging vor allem auch deshalb nicht, weil die Region das größte Urlaubsgebiet für die zunehmend »eingemauerte« DDR-Bevölkerung war. Am Ende der DDR befanden sich 54 Zeltplätze im Grenzgebiet, 33 Bootshäfen lagen direkt an der offenen Küste. Auch wegen der ab 1980 zusätzlichen Abschottung gegen Polen wurde die DDR-Ostseeküste mehr und mehr von einheimischen Urlaubern überrannt – und damit auch die »Organe des Zusammenwirkens bei der Grenzsicherung (OZW)« und ihre vielen Helfer.

Zuletzt pilgerten jährlich rund 3,5 Millionen Urlauber und circa zehn Millionen Kurzzeit-Erholende aus der ganzen DDR sowie Zehntausende Touristen aus dem Ausland zu Wasser, Strand und Sonnenschein. Rund 10.000 Freizeitboote und circa 8.000 »Brettsegler« (DDR-Synonym für Surfer) tummelten sich auf den Bodden- und Ostseegewässern.

Sehr zum Verdruss der »Organe« durften – anders als an der »Berliner Mauer« und der »grünen Grenze« – alle landseitig in die Grenzzone einreisen und zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang »mit Hilfsmitteln wie Schwimmringen, Luftmatratzen, Badebooten und anderen schwimmfähigen Gegenständen« bis zu 150 Meter weit rausschwimmen. Für die »Schutz- und Sicherheitsorgane« des SED-Staates der schiere Alptraum.³

Angeichts dieser besonderen Bedingungen installierte der SED-Staat in enger Abstimmung mit dem Hegemon in Moskau an und auf der Ostsee ein engmaschiges, bis tief ins Landesinnere gestaffeltes, so genanntes »vorbeugendes System der Grenzsicherung«.

² Bundesarchiv (BArch), Ministerium für Staatssicherheit (MfS), BV Rst., Sonderreferat Grenzsicherheit (SR GS), Nr. 13, Bezirksverwaltung Rostock (BV Rst.), Kontrollgruppe: Bericht über wesentliche Ergebnisse der Untersuchung zum Stand der Grenzsicherung in den Kreisdienststellen sowie auf Linie, Rostock, 3.3.1989, S. 38. – BArch, MfS, BV Rst., SR GS, Nr. 15, Auskunftsbericht zur politisch-operativen Lage an der Seegrenze, ohne Datum, aber wohl 1988/Anfang 1989, S. 9.

³ Ebd., S. 9–12.

Die Grenzüberwachung begann bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Sie verfolgte zwei Hauptziele:

Erstens (nach außen): Schutz vor militärischer Intervention beziehungsweise tatsächlicher oder angenommener Infiltration und Sabotage aus dem »Westen«.

Zweitens (nach innen): Unterbindung der zunehmenden Massenflucht vor der kommunistischen Diktatur und ihren Folgen.

Bereits kurz nach der Gründung der DDR wies die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) an, dass ab Anfang Januar 1950 die Grenzpolizei des Landes Mecklenburg die Überwachung der DDR-Ostseeküste zu übernehmen habe.⁴ Am 14. September 1950 erließ das Ministerium des Innern der DDR eine erste diesbezügliche »Instruktion für die Grenzpolizei Nord zum Schutz der Ostseeküste der DDR«.

Vorgebliche Hauptaufgaben waren:

1. die Bewachung gegen das Eindringen »bewaffneter Banden, Spione, Diverstanten, Schmuggler und anderer feindlicher Elemente«,
2. der Schutz der Fischer und der Bevölkerung sowie
3. die Überwachung des Verkehrs in Küstennähe und auf Flüssen.⁵

Mit der 1952 auf sowjetische Weisung erlassenen Polizeiverordnung und insbesondere dann infolge des »Mauerbaus« ab 1961 erfuhr auch das Ostsee-Grenzregime der DDR einen massiven Ausbau nach innen. Die Flucht der eigenen Bevölkerung zu verhindern, wurde definitiv zum Hauptzweck.⁶ Spätestens mit dem Beschluss

⁴ Peter Joachim Lapp: Grenzbrigade Küste. DDR-Grenzsicherung zur See, Aachen 2017, S. 13 (künftig zitiert: Lapp, Grenzbrigade Küste).

⁵ Ebd.

⁶ Christine Vogt-Müller: Hinter dem Horizont liegt die Freiheit. Flucht über die Ostsee. Schicksale, Fotos, Dokumente, Bielefeld 2003, S. 10–16 (künftig zitiert: Vogt-Müller, Hinter dem Horizont). – Lapp, Grenzbrigade Küste, S. 13–17. – Insbesondere die internen Befehle, Weisungen, Richtlinien, Lage-Analysen oder Protokolle der OZW offenbaren diesen eigentlichen Kurs. In diesen zerfällt die in den Gesetzen mühsam konstruierte Fassade vom angeblich nach Völkerrecht verbrieften Recht auf territoriale Integrität und Schutz vor äußerer Einmischung. Hier wird klar, dass mit Begriffen wie »Grenzdurchbruch«, »Grenzverletzer« oder »Grenzstraftäter« nicht ein imaginärer äußerer Eindringling gemeint war, sondern die eigenen Bürger, die selbst bestimmen wollten, wo und wie sie leben, gemäß der UNO-Menschenrechtskonvention oder der Schlussakte von Helsinki. – Dazu unter anderem: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4891, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG): Protokoll über die Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen am 7.7.1960, S. 1–18. – BArch, MfS, Büro der Leitung (BdL), Dok. 001072, Befehl Nr. 10/66 des Ministers für Staatssicherheit über die Erhöhung der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zum Schutze der Staatsgrenze der DDR, Berlin 10.5.1966, S. 1–10. – BArch, MfS, BV Rst., Abt. XIX, Nr. 136, Dienstanweisung (DA) Nr. 10/81 des Ministers für Staatssicherheit über die politisch-operativen Aufgaben bei der Gewährleistung der territorialen Integrität der DDR sowie die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin und ihrer Seegrenze, Berlin 4.7.1981, S. 1–58. –

zum »Schutz der Staatsgrenze der DDR« vom 19. März 1964 übernahmen der Nationale Verteidigungsrat (NVR) samt Bezirks- und Kreisdependancen (Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen, BEL und KEL) die permanente Koordinierung des Grenzregimes.⁷ Ausgehend von den Vorgaben der SED-Spitze, des NVR und des Ministerrates trafen die drei entscheidenden bewaffneten Organe für Ziele, Grundsätze der Kooperation und Aufgabenverteilung formelle Verabredungen.⁸ Erstes entscheidendes Dokument stellte die »Gemeinsame Vereinbarung des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV), des Ministeriums des Innern (MdI) und des MfS« vom 20. Februar 1968 dar. Den veränderten politischen Bedingungen trug 1982 das neue Grenzgesetz der DDR Rechnung. Ausgehend von einem diesbezüglichen Beschluss des NVR von 1984 erneuerten MfNV, MdI und MfS 1985/86 ihre Grundsatzvereinbarungen.⁹

Der inflationär verwendete Begriff der »Grenzsicherung« war vor allem Propaganda. Er sollte einen notwendigen Schutz vor einer vermeintlichen äußeren Gefahr suggerieren, das wirklich Gemeinte vernebeln und in Richtung völkerrechtlicher Normalität hinbiegen. Traf das für die 1950er-Jahre durchaus teilweise zu, so entbehrte es für die Zeit nach dem »Mauerbau« einer realen Grundlage. Dennoch wurde dieser ideologische Popanz bis zum Ende massiv weitergepflegt. Die Realität vermitteln hingegen geheime Analysen wie die Einschätzung der Stasi-Hauptabteilung I (HA I) von 1984 mit dem Titel: »Die politisch-operative Lage an der Seegrenze der DDR im Zeitraum vom 01.01.1984 bis 30.11.1984«.

Dieser zufolge gab es in den betrachteten elf Monaten lediglich ein Vorkommnis mit der Bundesmarine, 42 Vorfälle mit bundesdeutschen Sportbooten, die aus »Unkenntnis, Unachtsamkeit und witterungsbedingten Gründen« in die Hoheitsgewässer der DDR einliefen, sowie 27 Verstöße westdeutscher Fischer in der Lübecker Bucht.¹⁰ Hingegen vermeldete derselbe Bericht 71 sogenannte innere Angriffe mit 112 »Tätern« auf die DDR-Staatsgrenze mit Zielrichtung BRD und Skandinavien sowie 14 Vorkommnisse mit 20 Beteiligten gegen Polen.¹¹

BArch, MfS, BV Rst., SR GS, Nr. 7, Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Rostock, Beurteilung der Lage auf dem Gebiet der Gewährleistung des Schutzes der Staatsgrenze für den Zeitraum des 1. Halbjahres 1989, S. 6–26.

⁷ BArch, MfS, BdL, Dok. 001072, S. 1.

⁸ So bezog sich zum Beispiel der Chef der Volksmarine in seinem Schreiben an den Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Rostock betreffs Durchführung gemeinsamer Aufgaben zur Realisierung des Sekretariatsbeschlusses der Bezirksleitung der SED vom 8.3.1972, Rostock 11.4.1972, ausdrücklich auf den »Beschluss des Politbüros des ZK der SED zur Erhöhung der Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze« vom 6.7.1971, in: BArch, MfS, BV Rst., Leiter BV, Nr. 832, S. 30.

⁹ Lapp, Grenzbrigade Küste, S. 97–98.

¹⁰ BArch, MfS, HA I, Nr. 13001, S. 21.

¹¹ Ebd., S. 22.

Das System der DDR-Grenzüberwachung/Fluchtverhinderung an und auf der Ostsee war sehr komplex, vielschichtig und zunehmend verästelt. Deshalb lässt es sich meines Erachtens am besten in einem Drei-Säulen-Modell fassen und analysieren:

- Säule 1: die »Schutz- und Sicherheitsorgane«, also Volksmarine/Sechste Grenzbrigade, Küste (6. GBK), Volkspolizei (VP), Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Zoll,
- Säule 2: andere »staatliche Organe, Einrichtungen und Betriebe«,
- Säule 3: »gesellschaftliche« und halbamtlich-freiwillige Kräfte.¹²

Die formale Aufgabenverteilung sah wie folgt aus: Seeseitig an und auf der Ostsee patrouillierten zuletzt, im Jahre 1989, 34 Schiffe der 6. GBK, diverse Verbände der Volksmarine, Schnellboote der Stasi, des Zolls und der Wasserschutzpolizei sowie diverse zivile Boote wie Fischkutter, Fischereiaufsichtsboote oder Sportboote. Landseitig agierten im fünf Kilometer breiten Küstenstreifen vor allem die Landverbände der 6. GBK und die verschiedenen Polizeiteilkräfte. Sie kontrollierten »verdächtige«, vor allem bezirksfremde oder ausländische Autos und Personen, suchten nach Verstecken und »Ablandebasen« in Gebäuden und Waldstücken. Neben permanenten fußläufigen und motorisierten Patrouillen sollten auch immer mehr Beobachtungstürme (1961 erst 16, 1989 schließlich 75) eine lückenlose Überwachung sichern.¹³ Hinzu kamen diverse Gremien der DDR-Verwaltung sowie zahllose freiwillige (»ehrenamtliche«) Helfer – nicht nur der Stasi, sondern auch der Armee, der Polizei sowie der Räte der Städte und Gemeinden. Mitte der 1980er-Jahre waren das zum Beispiel für die 35 Kilometer Seegrenze im westlichsten Kreis Grevesmühlen oder für den ebensolangen Küstenabschnitt im Raum um die Insel Poel jeweils zwischen 350 und 400 DDR-Bürger.¹⁴ Also rund zehn pro Kilometer!

¹² BArch, MfS, BV Rostock, SR GS, Nr. 16, Aufgabenstellung zur Bestimmung und Sicherung der als Start- und Landeplätze für Fluggeräte und für An- und Ablandungen gefährdeten Bereiche und Küstenabschnitte im Bezirk Rostock, vereinbart durch Volksmarine, Bezirksbehörde der Volkspolizei Rostock und Rostocker Stasi-Bezirksverwaltung, 20.3.1984, GVS D 181 829. – BArch, MfS, HA XIX, Nr. 12135, Befehl Nr. 1/75 des Ministers für Staatssicherheit zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels, Berlin 15.12.1975, S. 5. – BArch, MfS, BV Rst., SR GS, Nr. 15, Auskunftsbericht zur politisch-operativen Lage an der Seegrenze, ohne Datum, wohl 1988/89, S. 10–13.

¹³ Vogt-Müller, *Hinter dem Horizont*, S. 21.

¹⁴ BArch, MfS, BV Rostock, Kreisdienststelle (KD) Grevesmühlen, Nr. 503, Übersicht über die real vorhandenen und einsetzbaren inoffiziellen Kräfte sowie ihre Dislozierung zur vorbeugenden Grenzsicherung, Grevesmühlen, 28.7.1983. – Volker Höffer: *Insel am Eisernen Vorhang. DDR-Grenzregime, Ostsee-Flucht und Poel im Spiegel der Stasi-Akten* (künftig zitiert: Höffer, *Insel*), in: Andreas Röpcke (Hrsg.): *Poel. Studien zur Geschichte einer besonderen*

Die Stasi als Geheimpolizei und wichtigste innere Machtstütze der SED-Diktatur richtete ihre »Augen und Ohren« zwar auch stark auf die Grenze, legte jedoch ihren Schleier über das gesamte Land. Zuletzt, 1989, durchsetzten mehr als 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter und weit über 180.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) DDR-Staat und -Gesellschaft.

Gerade dem MfS ging es vor allem darum, Fluchten eigener Bürger zu verhindern. Als »Hauptwaffe« im Kampf gegen diese »Feinde« sah Stasi-Chef Erich Mielke die Inoffiziellen Mitarbeiter.¹⁵ Fluchtwillige eigene Bürger sollten möglichst schon im Stadium der Überlegung und Vorbereitung erkannt und unschädlich gemacht (»liquidiert«) werden. Neben dem gigantischen hauptamtlichen Apparat setzte die SED-Geheimpolizei nach eigenem Bekunden rund ein Drittel ihrer verdeckten Mitarbeiter direkt oder indirekt vor allem zur Fluchtverhinderung ein, zuletzt also rund 60.000.¹⁶

Wagnis Ostseeflucht – ein Überblick

Wegen des undurchdringlichen Stacheldrahtes, der Bodenminen und der Selbstschussanlagen an »Berliner Mauer« und »Westgrenze« schien vielen Fluchtbereiten der Weg über das Meer als der ungefährlichere. Ein tragischer Irrtum. Frauen und Männer starteten waghalsigste Unternehmungen mit Falt-, Schlauch- und Segelbooten, Surfbrettern oder Luftmatratzen. Sie entwickelten sogar Mini-U-Boote und Aqua-Scooter oder schwammen ihrem Traum von Freiheit und selbstbestimmtem Leben entgegen. Nach bisherigem Kenntnisstand planten oder versuchten allein zwischen »Mauerbau« und »Mauerfall« 1961–1989 mehr als 5.600 Menschen, über die Ostsee aus der DDR zu fliehen.¹⁷ Ob sich darunter auch all jene finden, welche

Insel (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Mecklenburg, Reihe B, Bd. 8), Lübeck 2021, S. 261–351.

¹⁵ BStU, MfS, JHS, 001, Nr. 292/75, Ernst Urban u. a.: Die Qualifizierung des Zusammenwirkens der Kreisdienststelle und des VPKA Rostock zur Vorbeugung, Aufdeckung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels an der Staatsgrenze Nord und im angrenzenden Grenzhinterland. Diplomarbeit 1975, S. 13.

¹⁶ BArch, MfS, BV Rst., KD Grevesmühlen, Nr. 20, Bestandsaufnahme 28.8.1989, S. 5.

¹⁷ Unklar erscheint mir, ob in diese Statistiken auch alle Fälle einfließen, in denen das MfS schon im Frühstadium Fluchtabtsichten aufdeckte und durch Repressionen wie Zersetzungen, Karriere Nachteile oder eben auch Haftstrafen »löste«. Mein nicht empirisch unterlegter Eindruck ist, dass dies nicht geschah, auch nicht geschehen konnte, da sonst die Geheimpolizei eigene geheime Quellen gefährdet hätte. Und genau dies wollte die Stasi auch oder gerade sowohl gegenüber dem Militär als auch der Polizei nicht, da sie diese ja ebenfalls durch zahlreiche IM unterwandert und so im Auftrag der SED »abgesichert« hatte. Ergo muss man meines Erachtens eine nicht unerhebliche, noch nicht verifizierte Zahl Fluchtwilliger in die Rechnungen einbeziehen. Erheben ließe sich diese Zahl nur durch einen minutiösen Abgleich der

die Stasi bereits während der Planung oder Vorbereitung verhaftete, ist nicht eindeutig erkennbar.

Die Zahlen für die Jahre davor, von 1945 bis 1960, liegen noch im Dunkeln. Stasi-Chef Erich Mielke merkte jedoch in einer Dienstbesprechung vom 7. Juli 1960 an, dass bis dahin rund 70 Prozent der DDR-Flüchtlinge über Westberlin gingen, also lediglich 30 Prozent über die innerdeutsche Grenze, die Ostsee und andere Wege.¹⁸ Bei einer Gesamtzahl von circa 2,7 Millionen wären das also rund 900.000 Menschen gewesen!

Die Erfolgsquote war auch an der Ostsee erschreckend niedrig. Nur rund 900 der zwischen 1961 und 1989 Geflohenen, also circa 16 Prozent, erreichten ihr Ziel. Rund 180, rund drei Prozent, bezahlten den Versuch mit ihrem Leben. Einige sind bis heute verschollen. Die anderen 4.500, also über 80 Prozent, wurden Opfer von SED, Stasi, Volkspolizei und DDR-Justiz.¹⁹ Nicht selten verfolgten DDR-Schiffe die Flüchtenden bis in internationale Gewässer, mitunter auch bis in die Territorialgewässer Dänemarks – immerhin NATO-Mitglied.²⁰

Insbesondere die damaligen Kreise Grevesmühlen, Wismar, Bad Doberan und Rostock galten wegen der Nähe zu Bundesrepublik, dänischer Küste oder dänischem Feuerschiff »Gedser Rev« als besonders bevorzugte Fluchtregionen. Zu jedem Fluchtversuch stellten die DDR-Grenzüberwacher und insbesondere die Stasi immer höchst intensive Untersuchungen an, vor allem zu Methode, Anmarsch, Motiv, Alter, sozialer und regionaler Herkunft sowie Mitwissern.

Statistiken der »OZW« oder eine tiefgründige »Inventur« der Stasi-Akten, allerdings mit einer nicht zu schließenden, bedeutsamen Lücke für die Jahre von 1950 bis 1959 wegen der 1960 durchgeführten umfassenden Archivreform samt Aktenausdünnung innerhalb des MfS. Intern und in der Information an die SED führte das MfS aber eine diese Fälle miterfassende Statistik bereits seit frühester Zeit.

¹⁸ BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4891, ZAIG: Protokoll über die Dienstbesprechung mit den Leitern der Bezirksverwaltungen am 7.7.1960, S. 9.

¹⁹ Höffer, Ostseeflüchtlinge, S. 288.

²⁰ Vogt-Müller, *Hinter dem Horizont*. – Jesper Clemmensen: *Flugtrouten Östersøen*, Kopenhagen 2012 (künftig zitiert: Clemmensen, *Flugtrouten*). – Lapp, *Grenzbrigade Küste*, S. 73. – Rechtlich begründet wurde das mit einer höchst eigenwilligen Auslegung des im internationalen Seerecht verankerten »Rechtes auf Nacheile«. Dieses erlaubt einem Staat, ein von außen widerrechtlich eingedrungenes Fahrzeug bzw. Individuum bei Aufbringen auch in internationalen Gewässern weiterzuverfolgen und zu stellen. Diese an sich eindeutige Regelung bog die DDR in hanebüchener Weise so um, dass sie daraus das Recht ableitete, auch eigene, von innen kommende Bürger »international rechtskonform« verfolgen zu können. Geradezu abenteuerliche Interpretationen und pseudojuristische Konstruktionen bieten diesbezüglich »Qualifizierungsarbeiten« von Stasi-Mitarbeitern an der stasi-eigenen Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche. Vgl. dazu die entsprechenden Verzeichnisse auf der Homepage des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Fazit

Um vor allem Fluchten aus dem sozialistischen Gesellschaftsexperiment zu verhindern, überzogen sowjetische Besatzungsmacht und insbesondere dann das SED-Regime auch die Ostseeküste mit einem vor allem nach innen ausgerichteten Grenzregime, wegen der geografischen Bedingungen aber in deutlich anderer Form als an »Berliner Mauer« und »grüner Grenze«. Die neuen Diktatoren trieben einen irrwitzigen Aufwand, mit einem riesigen und höchst bürokratischen Apparat aus Hauptamtlichen und »Ehrenamtlichen«.

Das SBZ-DDR-Grenzregime an und auf der Ostsee war ein bedeutsames Element des Kalten Krieges. Es stellte sowohl Einflussfaktor als auch Ergebnis dieser Systemauseinandersetzung dar und besaß große Bedeutung für den nördlichen Teil des heutigen Mecklenburg-Vorpommern in dieser geschichtlichen Epoche.

Die bisherigen Forschungserkenntnisse zur Fluchtbewegung über die Ostsee basieren vor allem auf den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (kurz Stasi-Unterlagen).²¹ Jedoch finden sich darin auch zahlreiche wichtige Dokumente anderer am Grenzregime beteiligter Organe und Einrichtungen. Nur in deutlich geringerem Maße lagen den bisherigen Veröffentlichungen auch Dokumente anderer, für dieses Thema entscheidender Akteure zugrunde, wie SED, Nationaler Verteidigungsrat (NVR) samt nachgeordneten Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen (BEL/KEL), Volksmarine, 6. Grenzbrigadeküste (6. GBK), Ministeriums des Innern/Volkspolizei, DDR-Zoll, DDR-Justiz oder DDR-Verwaltung, von den Ministerien bis zu den Räten der Bezirke, Kreise, der Städte und Gemeinden.²² Gar nicht zu reden von Überlieferungen relevanter »Massenorganisationen« wie Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Freie Deutsche Jugend (FDJ), Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB) oder Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie DDR-Betrieben, die ja gerade an der Ostsee zahllose Ferieneinrichtungen betrieben.

²¹ Anzumerken ist hier, dass das Gros der MfS-Unterlagen, nämlich die sogenannten personenbezogenen Materialien wie IM-Akten oder die Unterlagen zu Überwachten bzw. Verhafteten, ganz überwiegend noch nicht sachthematisch erschlossen ist, sondern nur über Namen/Vornamen recherchierbar. Überdies klafft bezüglich der entscheidenden Unterlagen der MfS-Hauptabteilung I ein riesiges Überlieferungsloch, da diese im Frühjahr 1990 unter dem damals neu gewählten und durch »alte Kader« schlecht beratenen Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, in großem Umfang vernichtet wurden. Diese Akten- und Wissenslücke wird wohl nie zu schließen sein.

²² Zur Rolle der Volksmarine bei der Verhinderung von Fluchten legte Ingo Pfeiffer ein aufschlussreiches, aber vor allem auf Beispiele von Fahnenfluchten konzentriertes Buch vor. Ingo Pfeiffer: *Fahnenflucht zur See. Die Volksmarine im Visier des MfS*, Berlin 2009. – Analytischer und quellengesättigter ist die schon zitierte Publikation von Peter-Joachim Lapp zur 6. Grenzbrigade Küste (6. GBK).

Die Fluchtbewegung über die Ostsee aus der SBZ/DDR ist für die Zeit zwischen 1961 und 1989 vor allem dank der Arbeiten von Christine Vogt-Müller, Bodo Müller und Jesper Clemmensen in ihrer Gesamtdimension und Vielfalt gut ergründet.²³ Auch der Autor selbst konnte das eine oder andere dazu beitragen. Noch unzureichend erhellt ist aber insbesondere die Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem »Mauerbau«. Auch ist noch nicht wirklich untersucht, wie sich die Fluchten aus der SBZ und der DDR auf die Beziehungen zwischen der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und den skandinavischen Staaten, vor allem Dänemark und Schweden auswirkten. Genau an diesen Punkten setzt das 2020 gestartete Forschungsprojekt der Gesellschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns e. V. an, realisiert von Florian Detjens und Jesper Clemmensen. Dem wichtigen, lange Zeit nur grob skizzierten Thema der Todesfälle in Folge von Fluchtversuchen über die Ostsee haben sich Greifswalder Forscher in einem verdienstvollen Projekt ausführlich gewidmet.²⁴

Auch die überraschend häufigen Fluchtversuche über den polnischen Ostsee-»Umweg« harren noch tiefgründiger Analyse. Nahezu noch unbearbeitet sind erstaunlicherweise auch folgende Themen:

- die Rolle des DDR-Ministeriums des Innern (außer Volkspolizei),
- das Wirken anderer »staatlicher Organe« (vor allem der »Räte« und »Volksvertretungen«) und
- das Agieren »gesellschaftlicher Kräfte« im DDR-Grenzregime in den Regionen, Städten und Gemeinden, also im Alltäglichen.

²³ Christine Müller u. a.: Über die Ostsee in die Freiheit. Dramatische Fluchtgeschichten, Bielefeld 1992. – Vogt-Müller, Hinter dem Horizont. – Clemmensen, Flugtrouten. – Höffer, Ostseeflüchtlinge. – Einen wichtigen Beitrag zur Information der Öffentlichkeit leistet auch die Ausstellung »Über die Ostsee in die Freiheit. Maritime Fluchten aus der DDR«, vom gleichnamigen Verein zwischen 1999 und 2014 entwickelt und als Wanderausstellung in ganz Deutschland, aber auch in Dänemark und Frankreich gezeigt und seit 2014 in der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Stasi-U-Haft Rostock zu sehen.

²⁴ Zu diesen Themenbereichen liefen zwei umfangreiche Forschungsprojekte der Freien Universität Berlin im Verbund mit der Universität Greifswald (2019–2025) bzw. der Universität Rostock, gemeinsam mit der Gesellschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern e. V. (2020–2023). Inzwischen sind dazu erste Publikationen erschienen: Henning Hochstein u.a.: Tödliche Ostseeflüchten aus der DDR 1961–1989. Ein biografisches Handbuch, Schwerin 2025. – Siehe auch den Beitrag von Florian Detjens und Jesper Clemmensen im hier vorliegenden Sammelband. – Zu einigen wichtigen Untersuchungen einzelner Aspekte der deutsch-deutschen bzw. deutsch-deutsch-dänischen Konflikte und Interessenlagen mit und auf der Ostsee, siehe Jessen, Grenzen überwinden und Ingo Pfeiffer: Gegner wider Willen. Konfrontation von Volksmarine und Bundesmarine auf See, Berlin 2012.

Gerade im Letzteren liegt meines Erachtens ein Schlüssel für die Antwort auf eine in das Heute hineinragende bedeutsame Frage: Welchen Anteil und auch welche Schuld trugen breite Bevölkerungsgruppen und (zu) viele Einzelne dafür, dass Mitbürger für ihr Streben nach Freiheit, Wohlstand und ein selbstbestimmtes Leben im »real existierenden Sozialismus« der DDR massiv verfolgt wurden? Inwieweit haben diese sich damit auch ehrlich auseinandergesetzt und sind in unserer heutigen Gesellschaft und ihren Werten wirklich angekommen oder eben doch diktaturaffin geblieben? Das sind für das gegenwärtige Ringen zwischen Demokratie und Diktatur sehr wichtige Fragen, die fortgesetzter Erforschung und Antworten bedürfen.

Florian Detjens und Jesper Clemmensen

Deutsch-deutsch-skandinavische Verflechtungen

Ostseefluchten aus der DDR

Über die »Auslieferung eines SBZ-Flüchtlings durch den Kapitän eines schwedischen Fährschiffes« informierte das Bundesverkehrsministerium das Bundeskanzleramt Ende August 1969. Der Kapitän der »Skåne« habe einen DDR-Bürger mehrere Kilometer vor der DDR-Küste auf der Ostsee aufgenommen und im Hafen von Saßnitz »den Behörden der SBZ« übergeben. Es sei noch unbekannt, warum der Kapitän so handelte, doch zumindest würde in Schweden »die Auslieferung zwar für bedauerlich, jedoch für völkerrechtlich gerechtfertigt« gehalten.¹

Fluchten aus der sozialistischen Diktatur auf dem Landweg sind eine gemeinhin umfassend erforschte Erscheinung der deutsch-deutschen Geschichte. Weit weniger erforscht sind dagegen die Tausenden von Fluchten aus dem SED-Staat über die Ostsee. Anders als an der Berliner Mauer oder der innerdeutschen Grenze waren Ostseefluchten keine nur zwischen beiden deutschen Staaten stattfindende Erscheinung. Anders als bei den ebenfalls tausendfach vorkommenden Fluchten über andere Ostblock-Staaten in den Westen, waren beim Fluchtweg Ostsee insbesondere zwei westliche Staaten unmittelbar involviert: das NATO-Mitglied Dänemark und das zwar neutrale und bündnisfreie aber dennoch im westlichen Lager stehende Königreich Schweden.

Während es zu den bislang eher wenig beachteten Ostseefluchten – gerade für die Zeit zwischen Mauerbau und Mauerfall – einige Forschungsliteratur gibt,² ist die

¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 186, Der Bundesminister für Verkehr an den Chef des Bundeskanzleramtes, 29.8.1969.

² Grundlegend: Christine Vogt-Müller: *Hinter dem Horizont liegt die Freiheit. Flucht über die Ostsee. Schicksale – Fotos – Dokumente*, Bielefeld 2003 (künftig zitiert: Vogt-Müller, *Hinter dem Horizont liegt die Freiheit*). – Zur Grenzsicherung an der Seegrenze: Peter Joachim Lapp: *Grenzbrigade Küste. DDR-Grenzsicherung zur See*, Aachen 2017 (künftig zitiert: Lapp, *Grenzbrigade Küste*). – Jüngst erschienen ist zudem: Volker Höffer: *Insel am Eisernen Vorhang. DDR-Grenzregime, Ostseefluchten und Poel im Spiegel der Stasi-Akten* (künftig zitiert: Höffer, *Insel am Eisernen Vorhang*), in: Andreas Röpcke (Hrsg.): *Poel. Studien zur Geschichte einer besonderen Insel (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Mecklenburg, Reihe B Neue Folge: Schriften zur mecklenburgischen Geschichte, Bd. 8)*, Lübeck 2021, S. 261–351.

sich aus dem Fluchtgeschehen auf der Ostsee notwendigerweise ergebende Interaktion zwischen beiden deutschen Staaten und ihren nördlichen Nachbarn Dänemark und Schweden bislang ein Desiderat der Geschichte des Kalten Krieges. Es gehörte daher zum Anliegen eines von 2020 bis 2023 laufenden, vom Ostbeauftragten der Bundesregierung finanzierten Forschungsprojektes, diesen Bereich näher auszu-leuchten.³

Im Folgenden soll ein Schlaglicht geworfen werden auf die seit dem Mauerbau verstärkt auftretende Fluchtbewegung über die Ostsee. Durch die fortbestehenden Fährverbindungen zwischen der zweiten deutschen Diktatur und den nördlichen Ostseeanrainern gelangten immer wieder sogenannte Republikflüchtlinge über Skandinavien in die Freiheit. Besonders im Fokus steht die Interaktion zwischen den beteiligten Staaten, deren Rahmen gerade dadurch gekennzeichnet war, dass die DDR mit Dänemark und Schweden zwar über Fähren verbunden, aber bis in die 1970er-Jahre nicht als Staat anerkannt war, da beide skandinavische Länder der bundesdeutschen Hallstein-Doktrin folgten.

Fluchtweg Ostsee – ein Überblick

Fluchten über die Ostsee gehörten bereits in den späten 1940er- und frühen 1950er-Jahren zu einem, wenn auch eher randständigen Phänomen der deutsch-deutschen Teilung.⁴ Gemessen an den Millionen Menschen, die sich bis zum Mauerbau aus der SBZ/DDR in den Westen aufmachten, blieb die Zahl der Ostseeflüchtlinge quantitativ gering. Im Laufe der 1950er-Jahre war ihre Anzahl offenbar so klein, dass der Fluchtweg Ostsee für die regionalen Sicherheits- beziehungsweise Staatsorgane der SED-Diktatur keine größere Rolle gespielt zu haben scheint.⁵ Mit Ausnahme etwa

³ Mehr zu dem Projekt unter ERL: <https://www.dokumentationsstelle.uni-rostock.de/forschungsstelle/laufende-forschungsprojekte-ii/ostseefluchten-aus-der-ddr-eine-deutsch-deutsch-skandinavische-verflechtungsgeschichte/>.

⁴ Florian Detjens: Frühe Ostseefluchten und ihre strafrechtliche Ahndung – Ein Rostocker Fallbeispiel, in: Beiträge zur Geschichte der Stadt Rostock, Bd. 37. Rostock 2024, S. 312–334.

⁵ Im Bestand der Abteilung Inneres des Rates des Bezirkes Rostock im Landesarchiv Greifswald (LAGw Rep. 200 / 7.1) konnten anhand der Angaben in der Findkartei für die Zeit bis zum Mauerbau mehr als 40 Akten als für das Forschungsprojekt potentiell relevant identifiziert werden. Darin wird zwar recht ausführlich das Fluchtgeschehen aus dem Ostseebezirk in den 1950er-Jahren dokumentiert, doch der Fluchtweg spielt dabei, bis auf wenige Ausnahmen, selten eine Rolle. Daher liegt die Vermutung nahe, dass die Fluchten über die Ostsee einen so geringen Teil am Fluchtgeschehen ausmachten, dass sie schlichtweg vernachlässigt wurden. Letztlich dürfte die schiere Masse der an Land, das heißt hauptsächlich über West-Berlin, erfolgten Fluchten das Fluchtgeschehen auf der Ostsee deutlich in den Schatten gestellt haben. Für das MfS ist zu beachten, dass 1960 eine umfassende Archivreform erfolgte, in deren Folge viele Akten der 1950er-Jahre vernichtet wurden. – Höffer, Insel am Eisernen Vorhang, S. 337.

der Fischerei⁶, denn es flohen teilweise ganze Kutter-Besatzungen, indem sie in dänischen oder schwedischen Häfen von Bord gingen und die Kutter zurückgeholt werden mussten.⁷ Für die DDR-Handelsflotte erschwerte die Überlieferungssituation, ein präzises Bild von den Republikfluchten vor 1961 zu bekommen.⁸

Der Mauerbau in Berlin rückte den Fluchtweg Ostsee schlagartig in den Fokus der Aufmerksamkeit: »Mit den Maßnahmen vom 13. August 1961 wurde dem organisierten Menschenhandel Einhalt geboten. Trotzdem ist es erforderlich, besondere Sicherheitsmaßnahmen an der Küste durchzuführen.«⁹ Von Mitte August bis Ende 1961 fanden 104 erfolgreiche und 130 verhinderte Fluchten im Bezirk Rostock statt. Davon waren 24 gelungene und 35 gescheiterte Versuche über die Westgrenze respektive West-Berlin erfolgt, das heißt gut drei von vier Republikfluchten ereigneten sich binnen weniger Monate an der Staatsgrenze Nord, also der Ostsee.¹⁰ In den Kreisen des Bezirkes Rostock wurde deshalb »dazu übergegangen, Maßnahmen zur Sicherung der Küste einzuleiten«.¹¹ Die Folge war eine immer weiter ausgebaut und – zum Nachteil der Flüchtlinge – perfektionierte land- und seeseitige Grenz-sicherung.¹²

Insgesamt entschieden sich rund 5600 Menschen zwischen dem Bau der Berliner Mauer 1961 und ihrem Fall 1989 für den Fluchtweg Ostsee, wobei nur 916 erfolgreich waren. Die allermeisten wurden von den »Organen des Zusammenwirkens«¹³ (OZW) gestellt – viele von ihnen sogar noch, bevor sie die See überhaupt erreicht hatten. Schätzungsweise mehr als 170 Menschen – neuere Forschungen konnten

⁶ Bundesarchiv (BArch), DY 30, Akte 42248, Protokoll Nr. 24/53, Sitzung des Politbüros am 5.5.1953. – BArch, DY 30, Akte 3343, Bl. 10, Stichwort- und stenografische Protokolle von Beratungen mit den Ersten Bezirks- und Kreissekretären, Abteilungsleitern und politischen Mitarbeitern der SED, 23.8.1954. – PA AA, B 10-ABT. 2, Akte 260, Bl. 41 f., Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm an das AA, 24.8.1951. – Susanne Raillard: Die See- und Küstenfischerei Mecklenburg und Vorpommerns 1918 bis 1960. Traditionelles Gewerbe unter ökonomischem und politischem Wandlungsdruck (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 87), München 2012, S. 336, 340, 406.

⁷ PA AA, M 1-A, Akte 9266, Bl. 184 f., 190–192.

⁸ Franziska Cammin: Die Deutsche Seereederei als Staatsreederei der DDR. Die Handelsflotte zwischen staatlicher Kontrolle und Freiheit auf See, Hamburg 2014, S. 181–184 (künftig zitiert: Cammin, Deutsche Seereederei).

⁹ LAGw, Rep. 200 / 7.1, Akte 37, fol. 63, Rat des Kreises Greifswald, Abt. Innere Angelegenheiten an den Rat des Bezirkes Rostock, Abt. Innere Angelegenheiten, 4.10.1961.

¹⁰ LAGw, Rep. 200 / 7.1, Akte 48, fol. 119, 147–149, Entwurf, Informationsbericht Nr. 1/1962 (Januar 1962), 12.2.1962. – Allein in der zweiten Augushälfte konnten 29 Personen fliehen und 46 an der Republikflucht gehindert werden. Ebd., Akte 240, fol. 47, Grenzdurchbrüche vom 13.8.1961 bis 30.11.1961 an den Staatsgrenzen der DDR im Bezirk Rostock.

¹¹ LAGw, Rep. 200 / 7.1, Akte 48, fol. 33, Informationsbericht zur Lage im Bezirk Rostock, Monat November, 18.12.1961.

¹² Lapp, Grenzbrigade Küste.

¹³ Hierzu Höffer, Insel am Eisernen Vorhang, S. 284–294.

bisher 135 Todesfälle bestätigen¹⁴ – kamen bei den Fluchtversuchen über das mitunter trügerisch friedlich wirkende Binnenmeer ums Leben.¹⁵ Diese Zahlen markieren vermutlich nur das untere Ende des Fluchtgeschehens. Interne Angaben der Sechsten Grenzbrigade Küste zeigen, dass über die genaue Anzahl der erfolgreichen »Grenzverletzer« kein vollständiger Überblick bestand.¹⁶ Außerdem sind »Absteiger« – also Seeleute, die in westlichen Häfen von Bord von DDR-Schiffen gingen und so republikflüchtig wurden – nicht berücksichtigt.¹⁷ Eine MfS-eigene Analyse zum Fischkombinat Rostock für die Jahre 1962–1965 zeigt, dass 14,1 Prozent der gesamten Republikfluchten in Schweden und 8,59 Prozent in Dänemark sowie weitere 5,6 Prozent »im Sund« – die Personen sprangen bei Durchfahren des Öresunds über Bord – erfolgten, also gut jede vierte Flucht im Ostseeraum stattfand.¹⁸ Zudem ist unklar, ob und wie diejenigen erfasst worden sind, bei denen das MfS bereits im frühen Planungs- und Vorbereitungsstadium durch verschiedene Repressions- sowie Zersetzungsmaßnahmen einschritt und so eine Ostseeflucht quasi präventiv verhinderte.¹⁹

Die Fluchtwege weisen dabei ein breites Spektrum auf: Vereinzelt sprangen Menschen auf offener See über Bord, in der Hoffnung, von Wasserfahrzeugen aus dem westlichen Ausland – einschließlich des Bundesgrenzschutzes und der Bundesmarine – aufgenommen zu werden.²⁰ Oftmals schwammen DDR-Bürger über die Ostsee oder paddelten mit Falt- oder Schlauchbooten in die Freiheit, wobei sie häufig von Fährschiffen, Fischkuttern, Frachtern oder privaten Wasserfahrzeugen gerettet wur-

¹⁴ Bei Fluchtversuchen über die Ostsee und an den Grenzen von Ostblockstaaten starben 212 Personen, Pressemitteilung FU Berlin Nr. 271/2023, 16.11.2023, URL: https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2023/fup_23_271-ddr-opfer-eiserner-vorhang-forschungsverbund/index.html (8.8.2024). – Biografisches Handbuch. Todesopfer der Grenzregime am Eisernen Vorhang, Teilprojekt Ostsee, URL: <https://todesopfer.eiserner-vorhang.de/article/?teilprojekt=49> (8.8.2024). – Henning Hochstein, Jenny Linek, Merete Peetz. Unter Mitarbeit von Hubertus Buchstein, Jane Gerhardt, Björn Ahters, Leoni Gau, Maya Miller und Finja Schöbel: Tödliche Ostseefluchten aus der DDR 1961–1989, Schwerin 2025.

¹⁵ Vogt-Müller, *Hinter dem Horizont liegt die Freiheit*, S. 38 f.

¹⁶ Lapp, *Grenzbrigade Küste*, S. 37 f.

¹⁷ Vogt-Müller, *Hinter dem Horizont liegt die Freiheit*, S. 38. – Hierbei handelte es sich um mehrere hundert Personen, wobei die Fluchten oft im Hamburger Hafen, in Holland, gelegentlich im Nord-Ostsee-Kanal oder etwa in westafrikanischen Staaten erfolgte. – Cammin, *Deutsche Seereederei*, S. 181–197, 204–208. – BArch, DVW 1, Akte 39477, Bl. 19, 20. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates, 29.10.1964. – LAGw, Rep. 200 / 7.1, Akte 48, fol. 119, 147–149, Entwurf, Informationsbericht Nr. 1/1962 (Januar 1962), 12.02.1962.

¹⁸ Dähn (Oberleutnant): Die Ursachen und begünstigenden Bedingungen der Abwerbung und des Menschenhandels im VEB Fischkombinat Rostock und die sich daraus ergebenden Aufgaben zur Qualifizierung der vorbeugenden Arbeit, November 1965, S. 4–6, 24 f., Bl. 56 (BArch, MfS, JHS, MF 2204).

¹⁹ Höffer, *Insel am Eisernen Vorhang*, S. 337.

²⁰ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 263, Bl. 107–109.

den. Manche versuchten gar mit einem Fischkutter zu fliehen. Andere gingen in den verschiedenen Ostseehäfen von Bord eines DDR-Schiffes. Manchem gelang die Republikflucht mit dem eigenen Segel- oder Motorboot. Selbstverständlich war längst nicht jede Flucht erfolgreich, denn die Grenztruppen, beziehungsweise die Volksmarine, stoppten und verhaftete Republikflüchtlinge selbst außerhalb der Drei-Meilen-Zone in internationalen Gewässern. Darüber hinaus reisten nahezu monatlich DDR-Bürger, die auf unterschiedlichsten Wegen in die skandinavischen Länder gelangt waren²¹, über die verschiedenen Grenzübergänge Schleswig-Holsteins in die Bundesrepublik ein.²² Manchmal erwies sich sogar das Wetter als Fluchthelfer. Als etwa von Januar bis März 1963 eine ausreichend feste Eisdecke²³ vor der mecklenburgischen Küste bestand und der SED-Staat seine seeseitige Grenzüberwachung einstellen musste, nutzten mindestens elf DDR-Bürger die Möglichkeit, über das Eis zu fliehen. Einige von ihnen durchschwammen dazu sogar die offen gehaltene Fahrrinne, um so auf die zur Bundesrepublik gehörende Eisdecke in der Lübecker Bucht zu gelangen und mussten anschließend mit Erfrierungen ins Krankenhaus gebracht werden.²⁴ Diese Vielzahl an möglichen Fluchtwegen über die Ostsee²⁵ stellte die Stasi nach dem Mauerbau vor fortwährende Schwierigkeiten. So konstatierte Major Manfred Redel, damals Mitarbeiter im operativen Stab des Ersten stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit: »Die Seegrenze [...] ist bedingt durch die Seeschifffahrt, den Fischereibetrieb und den Auslandsverkehr, die am schwersten zu sichernde Grenze.«²⁶ Ein Befund, an dem sich bis zum Ende der sozialistischen Diktatur nicht wirklich etwas änderte.

²¹ Dazu können beispielsweise auch DDR-Rentner zählen, die eine genehmigte Reise zu ihren in Schweden lebenden Kindern unternahmen und bei dieser Gelegenheit flüchteten. PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 92, Bl. 423, An das Referat II A 1, Anlage betr. Heimschaffung von SBZ-Flüchtlingen durch deutsche Auslandsvertretungen Juni 1966, 11.7.1966.

²² PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 263, Bl. 665. – Ebd., Akte 167, Bl. 252, 295 f., 331, 413. – Ebd., Akte 52, Bl. 347. – Ebd., Akte 49, Bl. 159. – Ebd., Akte 355, Bl. 234, 513. – Ebd., Akte 354, Bl. 111. – Ebd., Akte 353, Bl. 334. – Ebd., Akte 213, Bl. 380. – Ebd., Akte 166, Bl. 423. – Ebd., Akte 164, Bl. 669.

²³ Die Fluchtmöglichkeit durch Eisbildung auf der Ostsee sollte die DDR-Grenzbewacher immer wieder beschäftigen. BArch, MfS, BV Rostock, KD Wismar, Akte 178, Bl. 110, BV Rostock, Der Leiter an die Leiter aller KD, 26.2.1988. – BArch, MfS, BV Rostock, Stellvertreter Operativ, Akte 2, Bl. 95–104, 6. GBK, Stellvertreter des Chefs und Stabschef, Arbeitsmaterial, 19.10.1987.

²⁴ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 51, Bl. 44, 65 f., 94.

²⁵ Eine Übersicht mit einer Reihe teils abenteuerlicher Flucht(versuche) und den Beweggründen für die Flucht bietet: Vogt-Müller, Hinter dem Horizont liegt die Freiheit, S. 33–217. – Höffer, Insel am Eisernen Vorhang, S. 337–342.

²⁶ Manfred Redel (Major, operativer Stab beim 1. stellvertretenden Minister): Politisch-operative Absicherung der Seegrenzen, Wasserstraßen und Wassereinzugsgebiete der DDR. Das Zusammenwirken der dort tätigen bewaffneten Organe und gesellschaftlichen Kräfte zur Be-

Flucht über die Ostsee

Am 21. August 1969 befand sich die schwedische Eisenbahnfähre »Skåne« – mit Platz für 1200 Passagiere die größte Eisenbahnfähre Europas – auf dem Weg von Trelleborg nach Saßnitz. Gegen 7:15 Uhr, gut eine halbe Stunde vor dem Einlaufen in den DDR-Hafen, entdeckte ein Passagier ein Schlauchboot mit einem circa 40-jährigen Republikflüchtling. Kapitän Bernd Peilot stoppte das Schiff und änderte den Kurs, um den auf offener See treibenden Mann an Bord zu nehmen, was unter den Augen der wenigen Passagiere geschah. Nach zehn Minuten wurde die Fahrt fortgesetzt. Der Kapitän hoffte, den Flüchtling verstecken zu können, um ihn auf dem Rückweg nach Schweden mitzunehmen. Das Vorhaben schlug allerdings fehl. Die Fähre hatte vor der Rettung bereits ein auf hoher See postiertes DDR-Wachboot passiert. Zudem suchten schon mehrere Boote nach dem Mann, dessen Flucht längst bemerkt worden war. Außerdem dürfte den DDR-Grenzern das Manöver der Fähre nicht entgangen sein. Selbst wenn sie die Aufnahme des Republikflüchtlings nicht unmittelbar beobachtet hätten, wäre der unplanmäßige Stopp der Fähre nur wenige Kilometer vor dem Hafen aufgefallen. Kaum war die »Skåne« im Saßnitzer Hafen eingelaufen, verlangte die Grenzpolizei die Auslieferung des Mannes. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, versperrten zusätzlich Schiffe der Volksmarine die Hafenausfahrt. Solange der Flüchtling an Bord war, würde die Fähre nicht auslaufen. Somit verblieb Kapitän Peilot keine andere Möglichkeit, als den »am ganzen Leib zitternden Flüchtling«²⁷ aufzufordern, die Fähre zu verlassen. Dazu ließ er die »DDR-Grenzpolizei« an Bord, wo sie den Republikflüchtling festnehmen konnte.²⁸

In Schweden habe die Auslieferung zwar »allgemeines Bedauern hervorgerufen«, jedoch habe der Kapitän korrekt gehandelt, wie auch das schwedische Außenministerium klarstellte. Schließlich habe Bernd Peilot in Einklang mit dem allgemeinen Völkerrecht gehandelt, wonach ein Schiff grundsätzlich in den Hoheitsgewässern eines Gastlandes den dortigen Gesetzen unterliegt. Nur für Kriegsschiffe – was eine Eisenbahnfähre schlicht nicht ist – gelte Immunität.²⁹ Dessen ungeachtet konstatierte die »Bild-Zeitung« – bekanntlich nie um Zuspitzungen verlegen – gar: »Zum

kämpfung der subversiven feindlichen Handlungen, 30.3.1970 (BArch, MfS, JHS, MF 3113), S. 10 (künftig zitiert: Redel, Politisch-operative Absicherung der Seegrenze).

²⁷ Ein Trauerkranz für den Kapitän. Trotz Blockadedrohung: Der Schwede hätte den Flüchtling vor den Vopos an Bord der Skåne verstecken können, in: Bild-Zeitung vom 31.8.1969 (künftig zitiert: Ein Trauerkranz für den Kapitän).

²⁸ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 199 f., Fernschreiben der Botschaft Stockholm an das AA, 26.8.1969. – Östflykting bärgad av svensk färja Utlämnad i Sassnitz, in: Dagens Nyheter vom 23.8.1969. – Ein Trauerkranz für den Kapitän.

²⁹ Schweden hält Auslieferung des »DDR«-Flüchtlings für bedauerlich, in: Die Welt vom 27.8.1969, S. 4 (künftig zitiert: Schweden hält Auslieferung des »DDR«-Flüchtlings für bedauerlich).

ersten Male durchbrach ein schwedischer Kapitän eine eiserne Regel seines Landes, die selbst gegen Hitlers Geheime Staatspolizei (Gestapo) zwölf Jahre lang erfolgreich verteidigt worden war: einen Flüchtling nicht seinen Häschern auszuliefern.«³⁰ Im Gegensatz dazu wurde im Bonner Auswärtigen Amt (AA) die »Auslieferung des Flüchtlings« deutlich nüchterner als »das Ergebnis einer Verkettung unglücklicher Umstände« betrachtet.³¹

Solche Fluchten waren in den späten 1960er-Jahren keine Seltenheit. Allein 1969 erfasste das MfS im Bezirk Rostock 360 Personen – ohne »Absteiger« –, die erfolglos über die Land- und Seegrenzen des Bezirkes fliehen wollten, weitere 112 waren erfolgreich. Auf den Fluchtweg Ostsee entfielen 110 gescheiterte sowie mindestens 35 geglückte Republikfluchten.³²

Mit dem Mauerbau wurden die zwischen der DDR und Dänemark (Warnemünde – Gedser) sowie Schweden (Saßnitz – Trelleborg) bestehenden Schiffsverbindungen ein wichtiger Weg für Republikflüchtlinge über die Ostsee.³³ Bis Ende 1961 waren über die Fähren nach Dänemark sieben gelungene und genauso viele gescheiterte Fluchten zu verzeichnen, nach Schweden waren es acht gelungene und neun verhinderte Fluchten. Die Erfolgsquote war hier ziemlich gut, denn mit »sonstigen Wasserfahrzeugen«, in der Regel verschiedenste Boote, gelangen nur 14 von 75 Fluchten.³⁴ Eine Zeit lang gab es die von verschiedenen westdeutschen Fluchthelfern organisierte »Skandinavien-Tour«. Hierbei wurden die internationalen Zugverbindungen vom Berliner Ostbahnhof über die Fähre Rostock-Warnemünde nach

³⁰ Ein Trauerkranz für den Kapitän.

³¹ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 197, AA, 2.9.1969.

³² Redel, Politisch-operative Absicherung der Seegrenzen, S. 53. Anhand der von Redel herangezogenen Zahlen zeigt sich exemplarisch das Problem der Zählung und Erfassung von Republikfluchten selbst beim MfS. Nur eine Seite zuvor gibt die Behörde 1969 »versuchten ungesetzlichen Grenzübertritt« für 337 Personen an, bei der detaillierten Betrachtung sind es dagegen 360 Personen. Auf diese offenkundige Differenz geht der Bericht nicht ein. Ulrich Freese, Hauptmann der BV Rostock, kommt zwei Jahre später dagegen für 1969 auf 138 Personen, die über die Ostsee zu fliehen versuchten, also 28 mehr als Redel vermerkte, worunter allerdings 25 Personen sind, die »Möglichkeiten an der Ostseeküste« zur Flucht suchten. Er geht von 106 gelungenen »ungesetzlichen Grenzübertritten über die Seegrenze« aus, wobei er 80 »Absteiger« – die Redel wegließ – mitzählt. Laut Freese sind 1969 also nur 26 Personen erfolgreich über die Ostsee geflohen, statt mindestens 35, wie es Redel angibt. Freese, Ulrich (Hauptmann, BV Rostock): Die Grundsätze des Geltungsbereiches der Strafgesetze der DDR in ihrer Bedeutung für die strafrechtliche Bekämpfung von Staatsverbrechen, von Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertritts nach § 213 StGB und der Staatsverleumdung nach § 220 StGB, die unter Verletzung der Seegrenze der DDR (Ostsee) begangen werden, September 1972 (BArch, MfS, JHS, MF 3409), S. 48 (künftig zitiert: Freese, Grundsätze des Geltungsbereiches des Strafgesetzes der DDR).

³³ PA AA, M 1-A, Akte 14570, Bl. 1–6.

³⁴ LAGw, Rep. 200 / 7.1, Akte 48, fol. 119, 147–149, Entwurf, Informationsbericht Nr. 1/1962 (Januar 1962), 12.2.1962.

Gedser beziehungsweise über Saßnitz nach Trelleborg ausgenutzt. Von den Fluchthelfern mit gefälschten Pässen und Visa sowie mit am West-Berliner Bahnhof Zoo ausgestellten Fahrkarten ausgestattet, mischten sich die Republikflüchtlinge am Ostbahnhof unter die Reisenden, um mit dem Zug nach Dänemark oder Schweden zu kommen, wo sie von den Fluchthelfern in Empfang genommen und in die Bundesrepublik gebracht wurden. Mehrere vom MfS bei den Fluchthelfern gewonnene IM ließen diese Masche aber alsbald auffliegen.³⁵

Den DDR-Sicherheitsorganen, allen voran dem MfS, war sehr wohl bewusst, dass der Fährverkehr mit dem Westen Möglichkeiten zur Republikflucht bot. Meist erfolgten die Republikfluchtversuche – abgesehen freilich von Besatzungsmitgliedern oder regulären Reisenden – dadurch, dass DDR-Bürger versuchten, unbemerkt an Bord zu kommen. Da der Fährverkehr eine »große politische und volkswirtschaftliche Bedeutung« für die DDR hatte, wurde er fortgesetzt und zunehmend umfassender von der Stasi abgesichert.³⁶ 1969 versuchten 13 Menschen mit den Fähren zu fliehen, was am Ende nur einer Person gelang, 1970 waren drei von 20 und 1971 zwei von nur noch vier Personen erfolgreich.³⁷

Der geschilderte Versuch, mit einem Boot auf die Ostsee zu gelangen und dort – intendiert oder zufällig – von einem westlichen Schiff aufgenommen zu werden, gehörte zu den vom MfS identifizierten gängigen »Methoden des ungesetzlichen Verlassens«.³⁸ 1969 versuchten 86 Menschen (20 erfolgreich), »mit Booten und sonstigen Schwimmmitteln« die Republikflucht. 1970 waren es bereits 92 (20 erfolgreich) und 1971 schon 128 (23 erfolgreich) Personen.³⁹ Es ist zwar nicht bekannt, wie genau der Mann aus dem Beispiel sich seine Flucht vorgestellt hatte. Aber zumindest konstatierte die Stasi, dass sich bei Republikflüchtigen zunehmend die Tendenz herausbildete, darauf zu hoffen, auf die Ostsee zu gelangen und »durch Wasserfahrzeuge nichtsozialistischer Staaten [...] aufgenommen« zu werden.⁴⁰

³⁵ Marion Detjen: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989, München 2005, S. 114–117, 172 (künftig zitiert: Detjen, Loch in der Mauer).

³⁶ Hans Richter (Hauptmann, BV Rostock, Abt. XIX): Probleme der Leitung und Organisierung der Abwehrarbeit zur Sicherung des seefahrenden Personals im Bereich Fährschiffverkehr Deutsche Demokratische Republik – Dänemark – Schweden, 5.10.1969, (BArch, MfS, JHS, MF 2976), S. 5–8, 17–21.

³⁷ Freese, Grundsätze des Geltungsbereiches des Strafgesetzes der DDR, S. 48. – Zum Fährverkehr der DDR und seiner umfangreichen Absicherung durch das MfS: Siegfried Köhler: Die Staatssicherheit und der Fährverkehr über die Ostsee, Schwerin 2004.

³⁸ Redel, Politisch-operative Absicherung der Seegrenzen, S. 56–59.

³⁹ Freese, Grundsätze des Geltungsbereiches des Strafgesetzes der DDR, S. 48.

⁴⁰ Dehmelt, Siegfried (Major, Abt. XX, BV Rostock); Ott, Heinz (Major, Offizier für Sonderaufgaben beim Leiter der BV Rostock): Die Verantwortung und Aufgaben der Bezirksverwaltung Rostock bei der Untersuchungsbearbeitung, Aufklärung und Auswertung von Verletzungen der Seegrenze der Deutschen Demokratischen Republik durch zivile Wasserfahrzeuge aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin zur Gewährleistung einer den politisch, politisch-

Möglicherweise zielte der Republikflüchtling darauf ab, von einer schwedischen Fähre aufgenommen zu werden. Die Fährverbindung in die Flucht einzubeziehen, bot schließlich einige Vorteile: diese Schiffe verkehrten recht regelmäßig nach Fahrplänen – was eine Planung erleichterte – und fuhren mit ziemlicher Sicherheit auch in den Westen. Darauf zu setzen, auf der Ostsee von einem Schiff aufgenommen zu werden, barg hingegen das Risiko, abgesehen von dem grundsätzlich riskanten Unterfangen, an ein Schiff aus dem Ostblock zu geraten, was durchaus das Ende der Flucht hätte bedeuten können.

Umgang mit Ostseeflüchtlingen in Schweden

Zu den Besonderheiten des Fluchtweges Ostsee gehört, dass der DDR-Bürger bisweilen in einem anderen Land als der Bundesrepublik ankommen konnte. Wie der dann folgende Ablauf aussah, zeigt eine andere, erfolgreiche Flucht mit einer Fähre aus dem Hafen von Saßnitz.

Mitte Juni 1965 gelangte ein Kistennagler in Saßnitz nachts an Bord der schwedischen Fähre »Trelleborg«. Ursprünglich hatte er zusammen mit mehreren Kollegen fliehen wollen, indem sie von Boltenhagen aus die Lübecker Bucht durchschwommen hätten. Da einer der Kollegen kein guter Schwimmer war, fiel die Wahl auf die Fähre nach Schweden. Dazu erkundete er mit seinen Kollegen zunächst das Hafengelände und sie entschieden sich, in der Dunkelheit, durch das Hafenbecken schwimmend, eine Fähre zu erreichen. Am Fluchttag verspätete sich die »Trelleborg« allerdings, sodass der Versuch abgebrochen wurde. Als sie bereits in ihre Unterkunft zurückgekehrt waren, lief die Fähre doch noch ein, und ein erneuter Fluchtversuch wurde gestartet. Allerdings wollten seine Kollegen nun nicht mehr, da sie fürchteten, entdeckt zu werden und er trat allein die Flucht an. Dazu begab er sich an Bord eines Fischkutters, von wo aus er ungesehen ins Hafenbecken steigen konnte. Anschließend schwamm er bis zum Fährbecken und tauchte dazu sogar unter einigen Marinebooten hindurch. An der Fähre angekommen, wartete er noch, bis die Brücke hochgezogen wurde und begab sich dann an Bord, wo er sich bei einem Offizier meldete, der daraufhin den Kapitän verständigte. Noch auf Höhe des Leuchtturms, also nur kurze Zeit nach dem Ablegen, kam es bereits zum Gespräch mit dem Kapitän. Dieser ließ sich die Fluchtabtsichten schildern und entschied, dass der DDR-Bürger in einer Kabine untergebracht werden sollte, um zu verhindern, dass die Passagiere an Bord etwas von dem Republikflüchtling mitbekamen. So ge-

langte der Mann nach Trelleborg.⁴¹ »Begünstigend wirkte sich aus, die ungenügende Absicherung der Fähre in Saßnitz durch die entsprechenden Organe, die dafür verantwortlich sind«⁴², konstatierte die Volkspolizei anschließend.

In Trelleborg angekommen, nahm die Svenska Polisen den Mann mit auf die Polizeiwache, wo er übernachtete. Am nächsten Tag wurden seine Personalien erfasst und er nach seinen Plänen befragt. Da er angab, in die Bundesrepublik zu wollen, brachten ihn noch am selben Tag zwei Polizisten zum bundesdeutschen Konsulat nach Malmö. Dort wurden ihm als Passersatz ein vorläufiger Reisepass ausgestellt und Fahrkarten bis ins Notaufnahmelager Gießen sowie 50 Kronen für Verpflegung ausgehändigt. Am Abend fuhr er mit dem Zug über Kopenhagen Richtung Bundesrepublik, wo er am nächsten Morgen im schleswig-holsteinischen Puttgarden ankam. Der Bundesgrenzschutz brachte ihn nach Lübeck. Dort wurde er umfangreich befragt sowie in einem Kaufhaus neu eingekleidet. Zwei Tage später ging es für ihn weiter ins Notaufnahmelager Gießen, hier durchlief er in etwas mehr als einer Woche das Notaufnahmeverfahren. Auf seinen Wunsch kam er anschließend nach Hamburg, wo er einen Job fand, der es ihm ermöglichte, zur See zu fahren; was ihm in der DDR verwehrt worden war. Später kehrte er jedoch in die DDR zurück und wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.⁴³

Grundlage für diese geräuschlose zwischenstaatliche Abwicklung einer Republikflucht über einen Drittstaat bildete die bundesdeutsche Staatsangehörigkeitsregelung. Bis die DDR 1967 ein eigenes Staatsangehörigkeitsgesetz einführte, hielten beide deutsche Staaten bei allem Trennenden sogar an einer gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft auf Grundlage des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 fest. Auch danach änderte sich aus bundesdeutscher Sicht wenig, denn schließlich galten nach dem Grundgesetz, insbesondere Artikel 116, unverändert auch DDR-Bürger als Deutsche im Sinne des Grundgesetzes.⁴⁴

1962 wurde für das Auswärtige Amt die Frage akut, wie mit republikflüchtigen DDR-Bürgern umgegangen werden sollte. Denn eine »Auswirkung der Errichtung

⁴¹ BArch, MfS, BV Rostock, AOP, Akte 2657/66, Bd. 1, Bl. 68 f., 76–78, 132–136. – Volker Höffer: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier. Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste (künftig zitiert: Höffer, Ostseeflüchtlinge), in: Aaron Jessen u. a. (Hrsg.): Grenzen überwinden. Schleswig-Holstein, Dänemark & die DDR, Husum 2016, S. 283–303, hier S. 284 f.

⁴² BArch, MfS, BV Rostock, AOP, Akte 2657/66, Bd. 1, Bl. 22, VPKA Rügen, Zusammenfassung, 14.7.1966.

⁴³ BArch, MfS, BV Rostock, AOP, Akte 2657/66, Bd. 1, Bl. 76 f., 82–87, 131–143. – Höffer, Ostseeflüchtlinge, S. 285 f.

⁴⁴ Detjen, Loch in der Mauer, S. 36–39, 62 f., 68, 264 f. – Frank Wolff: Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019, S. 195, 351–375. – PA AA, B 10-ABT. 2, Akte 2308, Aufzeichnung über das Ergebnis der Resortbesprechung vom 16.8.1950 betr. die Unterstützung hilfsbedürftiger Deutscher im Ausland und deren Heimschaffung, S. 4.

der Mauer in Berlin ist, daß die Fluchtbewegung aus der SBZ [...] sich zum Teil auf Umwege über dritte Länder verlagert hat«.⁴⁵ So halfen im selben Jahr bundesdeutsche Auslandsvertretungen etwa 24 Personen, die im Hafen von Casablanca vom Urlauberschiff »Fritz Heckert« flohen, einigen Mitgliedern der DDR-Delegation bei den Weltjugendspielen in Finnland, Seeleuten beispielsweise in Schottland oder Island und gelegentlich Mitarbeitern von DDR-Auslands- respektive Handelsvertretungen⁴⁶ in die Bundesrepublik zu gelangen. Auch die Stockholmer Botschaft befasste sich im Herbst 1962 mit dem Thema.⁴⁷

Im AA wurden daher spätestens im Frühjahr 1962 Überlegungen angestellt, wie die Auslandsvertretungen zu instruieren waren. Das gehäufte Fluchtgeschehen bei Urlaubsreisen bewirkte, dass sich die Auslandsvertretungen über die Reisepläne von DDR-Urlaubsschiffen informierten. So sollte sichergestellt werden, dass die entsprechenden Einrichtungen – gerade kleinere wie Konsulate – auf jeden Fall besetzt waren, wenn ein Schiff anlegte, um eine Anlaufstation für DDR-Flüchtlinge zu bieten. Mit Blick auf Seeleute, die ihren Landgang bisweilen für Fluchten nutzten, sollte dafür gesorgt werden, dass auch an Sonn- und Feiertagen »Flüchtlinge den Weg zur deutschen Vertretung finden können«.⁴⁸

Als probates Mittel für den Umgang mit Republikflüchtigen erschien den Ministerialen die seit Jahrzehnten bekannte Praxis der sogenannten Heimschaffung: Wenn ein deutscher Staatsbürger im Ausland mittellos strandet, kann er sich an eine deutsche Auslandsvertretung wenden, die ihm dann hilft, nach Deutschland zurückzukehren. Im Falle republikflüchtiger DDR-Bürger wurden ihnen befristete bundesdeutsche Reisepässe als Ersatz für ihre DDR-Papiere ausgestellt und sie dann als »mittellose Touristen« in die Bundesrepublik gebracht.⁴⁹ Allerdings konnte die »Heimschaffung« eigentlich nur bis zur Grenze der Bundesrepublik bezahlt werden,⁵⁰ ab dort war der Heimgeschaffte wieder selbst verantwortlich, was für einen im Ausland mittellos gestrandeten Touristen durchaus nachvollziehbar ist. Für republikflüchtige DDR-Bürger war eine solche Regelung hingegen wenig hilfreich. Und so konnten ab September 1962 die Auslandsvertretungen den DDR-Flüchtlingen die Fahrt grundsätzlich bis ins Notaufnahmeland bezahlen⁵¹ und auf die sonst durch-

⁴⁵ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 55, AA an die diplomatischen beziehungsweise konsularischen Vertretungen, 17.12.1962.

⁴⁶ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 10 f., 15, 23, 55 f., 63–67.

⁴⁷ PA AA, B 23-REF. 203, Akte 172, An Abteilung 2, betr. Konsularkonferenz 1962 in der Botschaft Stockholm, 6.10.1962.

⁴⁸ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 97–99, Referat 700 an Referat 505, 27.4.1962.

⁴⁹ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 98, Referat 700 an Referat 505, 27.4.1962.

⁵⁰ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 175–177, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, 1.6.1962.

⁵¹ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 240 f., AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, 21.9.1962.

aus übliche Rückzahlungsverpflichtung des Heimgeschafften wurde in diesen Fällen ebenfalls verzichtet.⁵²

Darüber hinaus riet das AA dazu, dass grundsätzlich die »Behörden des Gastlandes im Zweifel nicht eingeschaltet werden, um ihnen möglicherweise unliebsame Entscheidungen zu ersparen«.⁵³ Denn zum einen ging einer solchen Heimschaffung bisweilen voraus, dass der Flüchtling bereits illegal ins Land gekommen war, was eine »offizielle Befassung« der zuständigen Behörden und damit »möglicherweise Schwierigkeiten oder zumindest eine Verzögerung der Heimschaffung verursachen kann«.⁵⁴ Zum anderen bemühte sich die DDR darum, republikflüchtiger Personen habhaft zu werden. So etwa im Falle eines Maschinenassistenten, der von einem Rostocker Schiff im Juni 1962 im Hafen von Turku floh. Der finnischen Polizei lag noch am selben Tag ein Fahndungersuchen der DDR vor. Wären finnische Behörden nun informiert gewesen, hätten sie entscheiden müssen, ob sie der bundesdeutschen Position nachkommen oder doch der DDR-Forderung. In diesem Fall befand sich der Maschinist bereits über Schweden und Dänemark auf dem Weg in die Bundesrepublik.⁵⁵

Allein zwischen 1962 und 1966 wurden per »Heimschaffung« über Schweden 95 DDR-Bürger in die Bundesrepublik gebracht. Davon entfielen auf das Generalkonsulat Göteborg 40, auf das Berufskonsulat Malmö 26 und auf die Botschaft in Stockholm 29 Personen. Aus Finnland waren es im selben Zeitraum mindestens 32 Personen. Auffällig ist, dass die Botschaft in Kopenhagen lediglich 1966 die Heimschaffung eines einzigen Matrosen an die Bonner Zentrale meldete.⁵⁶ Wie diese erhebliche Diskrepanz zustande kommt, ist nicht ganz klar, sie ist jedenfalls nicht durch die Anzahl der Republikflüchtlinge in Dänemark zu erklären.⁵⁷ Allerdings ist

⁵² PA AA, B 26-REF. 206/IA4, Akte 273, Bl. 98, Protokoll der Konsularkonferenz der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, 27.4.1964.

⁵³ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 176, AA an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandsvertretungen, 1.6.1962.

⁵⁴ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 239, Referat 505 an die Referate 206, 502 und 700, 11.2.1963.

⁵⁵ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 162, Handelsvertretung Helsinki an das AA, 14.6.1962. – Aus dem Jahr 1967 ist ein Fall aus Belgien bekannt, bei dem ein Seemann aus der DDR im Hafen von Antwerpen floh und die Polizei um Asyl bat. Die belgische Polizei übergab ihn nicht an die bundesdeutsche Botschaft, sondern an ein anderes DDR-Schiff, das gerade im Hafen lag. Obwohl Belgien die DDR damals nicht anerkannt hatte, wurde in diesem Fall ein DDR-Bürger faktisch ausgeliefert. Cammin, *Deutsche Seereederei*, S. 195.

⁵⁶ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17. – Ebd., Akte 92.

⁵⁷ Allein von 1965 bis 1969 sind in Gedser, auf Bornholm sowie auf dem dänischen Feuerschiff »Gedser Rev« mindestens 165 DDR-Flüchtlinge registriert worden. Hinzu kommen weitere Flüchtlinge, die an anderen Stellen auf Lolland, Falster, Møn und Sjælland angekommen und von der dänischen Polizei erfasst worden sind. Rigsarkivet, Nykøbing Falster Politi: Anholdelsesprotokol (1922–1979) XIIa-9: 1957–1969 mm. Ebd., XIIa-11: 1960–1971. – Ebd., XIIa-13: 1961–1972. – Ebd., Anholdelsesprotokol Gedser (1960–1993). – Ebd., Bornholms Politi: An-

bei diesen Zahlen zu beachten, dass sie nicht als vollständig angesehen werden können, denn es kam immer wieder vor, dass sich die Republikflüchtigen ohne Hilfe einer bundesdeutschen Auslandsvertretung auf den Weg in Richtung Bundesrepublik machten. Etwa weil es auf der Zugverbindung zwischen Schweden und Dänemark »praktisch keine Passkontrollen« gab⁵⁸ oder auch weil Privatleute den Flüchtlingen halfen.⁵⁹ Hinzu kommt, dass zumindest in Dänemark DDR-Flüchtlinge »in die Bundesrepublik weitergeleitet«⁶⁰ wurden. Die Botschaft musste also nicht zwangsläufig einbezogen werden, wenn die Person von der dänischen Polizei direkt an die Grenze gebracht wurde, wo sie dann der Bundesgrenzschutz übernahm.⁶¹ Insgesamt galt das *Procedere* der Heimschaffung von Republikflüchtlingen als gut eingespielt.⁶²

Darüber hinaus hatte die Heimschaffung eine nicht unwichtige außen- sowie deutschlandpolitische Komponente. Denn »unsere Landsleute aus der Sowjetzone [...] haben den gleichen Anspruch auf Rat und Beistand wie unsere Landsleute aus der Bundesrepublik«, wie der bundesdeutsche Botschafter in Stockholm ausführte. Sollte es dabei einmal Unstimmigkeiten geben, werde der Fall »besonders sorgfältig« geprüft, »schon deshalb, um auch nach außen keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß es sich bei Sowjetzonen-Bewohnern etwa um Angehörige eines anderen Staates handle«.⁶³ Darüber hinaus wurden wiederholt aufkommende Überlegungen, das Berufskonsulat in Malmö zu schließen⁶⁴ mit dem Verweis auf die Fährverbindung vom nahegelegenen Trelleborg nach Saßnitz abgewehrt. Denn dadurch sei Trelleborg ein Einfallstor für die DDR, was eine ständige bundesdeutsche Präsenz erforderlich mache. Nicht zuletzt deshalb, weil »die bloße Existenz einer solchen Vertretung nicht ohne Konsequenzen für fluchtwillige Deutsche aus der SBZ bleiben« könne, »ohne daß damit eine Flucht bewußt gefördert wird«.⁶⁵ Das

holdelsesprotokol, Kriminalpolitiet (1922–1980) XII.a-4: 1960–1969. – Ebd., Afdelingskontoret i Neksø: Anholdelsesprotokol (1940–1987) XII.a-1: Farvandsvæsenet, Fyrskibsjournaler for stationen »Gedser Rev«, 1960–1974.

⁵⁸ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 6, Generalkonsulat Göteborg an das AA, 4.4.1962.

⁵⁹ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 17, Bl. 23, Handelsvertretung Helsinki an das AA, 10.8.1962.

⁶⁰ PA AA, B 26-REF. 206/IA4, Akte 424B, Bl. 8–11, Schriftbericht Nr. 135 aus Kopenhagen, 8.6.1965.

⁶¹ Rigsarkivet, Justitsministeriet, Journalsager 5. kontor, Journal Nr. 50-1455, bilag 00055, Vedr. behandling af politiske flygtninge fra Østtyskland, 1951. – Ebd., Tilsynet med udlændinge, udlændingesag nr. 449.517. – »Tvangsudvisning af afhoppere standset«, in: Politiken vom 29. Dezember 1965.

⁶² PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 118, Bl. 335 f., Konferenzprotokoll der Konsularkonferenz in Kopenhagen am 09./10.05.1966, 27.5.1966.

⁶³ PA AA, B 26-REF. 206/IA4, Akte 273, Bl. 98, Protokoll der Konsularkonferenz der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, 27.4.1964.

⁶⁴ PA AA, B 23-REF. 203, Akte 168, Botschaft Stockholm an das AA, betr. Konsulat Malmö, 24.5.1960; ebd., Botschaft Stockholm an das AA, betr. Konsulat Malmö, 25.7.1960.

⁶⁵ PA AA, B 26-REF. 206/IA4, Akte 424B, Bl. 337 f., Aufzeichnung betr. evtl. Auflösung des Konsulats Malmö, 15.6.1965.

Konsulat diene somit als eben jene vom AA Jahre zuvor selbst angeregte niedrigschwellige Unterstützungsmöglichkeit für fluchtwillige DDR-Bürger, ohne aber aktiv zur Flucht zu animieren.

Außenpolitische Dimension der Ostseefluchten?

Eine Republikflucht aus der DDR nach Schweden war also im bundesdeutsch-schwedischen Verhältnis keine große Angelegenheit, sondern ließ sich ohne weiteres Aufsehen abwickeln. Doch ausgerechnet der gescheiterte Fluchtfall vom August 1969 sollte für leichte Irritationen zwischen der Bundesrepublik und Schweden sorgen. Grund dafür war nicht, dass die Flucht gescheitert war – woran sich nach Lage der Dinge nichts hatte ändern lassen –, sondern die eingangs zitierte Darstellung, dass in der schwedischen Presse die Auslieferung als »völkerrechtlich gerechtfertigt« bezeichnet wurde. Die mediale Berichterstattung über den Vorfall habe nämlich »insbesondere bei der Bevölkerung im [bundesdeutschen] Küstengebiet viel Aufsehen und Unruhe erregt«.⁶⁶

Dazu hatte vermutlich eine Äußerung von Hiding Eek, Professor für Internationales Recht an der Universität Stockholm, beigetragen: Demnach habe der Kapitän »richtig gehandelt« und »keine andere Wahl« gehabt, »als den ostdeutschen Behörden zu erlauben, an Bord zu kommen, um den Mann abzuholen.« Schließlich könne ein Fährschiff keine Immunität beanspruchen, sondern unterliege auf fremdem Territorium – einschließlich der DDR – den dortigen Gesetzen.⁶⁷ Da der Flüchtling gegen DDR-Gesetz verstoßen habe, gäbe es keine andere Handlungsmöglichkeit.⁶⁸ Zusätzlich soll auch das schwedische Außenministerium erklärt haben, dass der Kapitän in Übereinstimmung mit den Regeln des Völkerrechts gehandelt habe.⁶⁹

Sicherlich ist nicht zu vergessen, dass – völlig losgelöst von der rechtlichen Situation – de facto die Möglichkeiten des Kapitäns äußerst beschränkt waren. Selbst wenn er die DDR-Grenzer nicht an Bord hätte lassen müssen, dürfte er kaum die Mittel gehabt haben, sie effektiv daran zu hindern. Dessen ungeachtet war ein sol-

⁶⁶ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 186, Der Bundesminister für Verkehr an den Chef des Bundeskanzleramtes, 29.8.1969.

⁶⁷ Gemeint ist das Recht auf friedliche Durchfahrt der Territorialgewässer eines Staates, welches im Rahmen der Genfer Seerechtskonvention im Übereinkommen über das Küstenmeer und die Anschlusszone von 1964 geregelt ist. Demnach hat ein fremdes Schiff, das das Recht auf friedliche Durchfahrt ausübt, die Gesetze und Vorschriften des jeweiligen Küstenstaates zu beachten.

⁶⁸ Östflykting bärgad av svensk färja Utlämnad i Sassnitz, in: Dagens Nyheter vom 23.8.1969, Übersetzung durch Jesper Clemmensen.

⁶⁹ PA AA B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 200, Fernschreiben Botschaft Stockholm an das AA, 26.8.1969, Schweden hält Auslieferung des »DDR«-Flüchtlings für bedauerlich.

cher Vorfall für beide deutsche Staaten, wenn auch aus verschiedenen Gründen, außenpolitisch nicht unproblematisch.

Auf bundesdeutscher Seite dürften die getätigten Äußerungen deshalb Irritation ausgelöst haben, da sie den Eindruck erwecken konnten, Schweden würde die DDR in irgendeiner Form als Völkerrechtssubjekt ansehen. Das neutrale Königreich hatte nämlich den in der Hallstein-Doktrin formulierten Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik offiziell nicht anerkannt. Jedoch folgte das Land meist den NATO-Staaten, wozu gehörte, dass es die DDR völkerrechtlich nicht als Staat betrachtete. Zugleich stand Schweden als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land Skandinaviens besonders im Fokus der DDR-Bemühungen um völkerrechtliche Anerkennung. Ost-Berlin hoffte mit Blick auf die beiden NATO-Staaten Dänemark und Norwegen auf eine Art Dominoeffekt, wenn Schweden die DDR anerkennen würde. Darüber hinaus waren eine Reihe einflussreicher Funktionäre des SED-Staates während der NS-Zeit im schwedischen Exil gewesen – wie etwa Karl Mewis, Erster Sekretär der Bezirksleitung Rostock der SED –, wodurch an bestehende Kontakte angeknüpft werden konnte. Doch für die schwedische Außenpolitik galt seit 1949, Handlungen, die als Anerkennung der DDR gedeutet werden konnten, zu vermeiden. Die DDR verlagerte sich daher auf niedrigschwellige Aktivitäten wie Handelskontakte, Freundschaftsgesellschaften oder eben auch die Fährverbindungen. Insgesamt blieben die Beziehungen eher inoffiziell und auf niedriger Ebene verhaftet. Die DDR bemühte sich letztlich erfolglos, gerade auch mit Auslandspropaganda und Veranstaltungen wie etwa der Rostocker »Ostseewoche«, die sozialistische Diktatur als den besseren deutschen Staat zu inszenieren. Erst die Abkehr von der Hallstein-Doktrin im Zuge der von Willy Brandts »Neuer Ostpolitik« eingeleiteten deutsch-deutschen Annäherung führte im Dezember 1972 zur völkerrechtlichen Anerkennung und Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Schweden und der DDR.⁷⁰

⁷⁰ Andreas Linderoth: Die Außenpolitik der DDR gegenüber Schweden 1954–1972. Ein Kampf um Anerkennung (künftig zitiert: Linderoth, Außenpolitik der DDR gegenüber Schweden), in: Jan Hecker-Stampehl (Hrsg.): Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten 1949–1989. Aspekte einer Beziehungsgeschichte im Zeichen des Kalten Krieges, Leipzig u. a. 2007, S. 137–148. – Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 72), München 2007, S. 179–182, 301, 317, 356, 362. – Robert Bohn u. a.: Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur. Zu den langen Schatten des Zweiten Weltkrieges im europäischen Norden, in: Dies. (Hrsg.): Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen im Schatten des Zweiten Weltkrieges. Deutschland und Skandinavien seit 1945, Essen 2008, S. 7–19, hier S. 11 f. – Michael F. Scholz: Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der DDR-Auslandspropaganda in Nordeuropa von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1972/73, in: Robert Bohn u. a. (Hrsg.): Vergangenheitspolitik und Erinnerungskulturen im Schatten des Zweiten Weltkrieges. Deutschland und Skandinavien seit 1945, Essen 2008, S. 33–56.

Das Ministerium für Staatssicherheit zweifelte nicht an dem Vorgehen, denn innerhalb der Hoheitsgewässer galten schlichtweg die Gesetze der DDR und diese schlossen die Strafbarkeit der Republikflucht ein.⁷¹ Gleichwohl gab es innerhalb der Stasi als oberster Grenzhüterin sehr wohl ein Bewusstsein dafür, dass die Kontrolle von Schiffen beim Verdacht auf Republikflucht nicht nur ökonomische Schäden, sondern auch außenpolitische Auswirkungen nach sich zog: Durch die »verzögerte Abfertigung« werde »das Ansehen der DDR herabgemindert«.⁷² Gleichzeitig – und hier zeigt sich das Dilemma der DDR – füge aber »jede Republikflucht unserer Republik großen Schaden« zu, wie etwa Oberstleutnant Gerhard Grünberg, konstatierte.⁷³ In einem Fall wie dem der »Skåne« war für den selbsternannten Arbeiter- und Bauern-Staat außenpolitisch also nicht viel zu gewinnen. Wäre der Flüchtling durchgekommen, wäre wieder ein Mensch dem sozialistischen Gesellschaftsexperiment entflohen. Doch auch das Verhindern der Republikflucht, dessen mediale Berichterstattung die DDR im Ausland unmöglich unterdrücken konnte, dürfte das in Schweden bestehende Image der DDR als »besonders strenge Diktatur«⁷⁴ weiter bestätigt haben.

Aus Sicht mehrerer Bonner Ministerien war die Kontrolle eines bundesdeutschen Schiffes auf einem Schifffahrtsweg innerhalb der Hoheitsgewässer der DDR durch deren Küstenwache sowie eine etwaige Festnahme eines an Bord befindlichen Republikflüchtlings völkerrechtswidrig.⁷⁵ Allerdings nur wegen der »besonderen Beziehungen nichtvölkerrechtlicher Natur, die zwischen der BRD und der DDR« bestehen würden, wobei den Ministerialen die rechtliche Schwäche dieser Position klar war. Unzweifelhaft war jedoch, dass es keineswegs völkerrechtswidrig sei, wenn ein »ausländisches Schiff« innerhalb der Hoheitsgewässer der DDR einen Republikflüchtling aufnimmt und dann die Sicherheitsorgane einschreiten. Zwar würden die Gesetze zur Republikflucht »ohne Frage gegen die freiheitlichen Grundvorstellungen der westlichen Welt« verstoßen. Doch diese »sind aber leider nicht durchweg Inhalt des allgemeinen Völkerrechts«.⁷⁶

⁷¹ Freese, Grundsätze des Geltungsbereiches des Strafgesetzes der DDR, S. 7–13.

⁷² Dettmann, H. (Hauptmann): Die hauptsächlichsten Formen feindlicher Tätigkeit, wie sie im Bereich der Paßkontrolleinheit in den Seehäfen der DDR sichtbar werden und die Aufgaben der Paßkontrolleinheit im System der Sicherung der Staatsgrenze Nord unter besonderer Berücksichtigung der Koordinierungsaufgaben mit den in den Seehäfen wirkenden bewaffneten Organen, den Hafen- und Wasserschutzpolizeiinspektionen und den Grenzzollämtern, 10.11.1966, (BArch, MfS, JHS, MF 2269), S. 13.

⁷³ BArch, MfS, BV Rostock, Leiter der BV, Akte 44, Teil 3 von 3, Bl. 444, Protokoll über die Dienstbesprechung der BV vom 15.11.1966. Gerhard Grünberg war damals stellvertretender Leiter der Hauptabteilung VII des MfS und wurde 1970 Leiter des Zentralen Operativstabes.

⁷⁴ Linderoth, Außenpolitik der DDR gegenüber Schweden, S. 140.

⁷⁵ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 352, Bl. 203–205, 367–371, 379–382, 387–389, 395–397.

⁷⁶ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 352, Bl. 379–382, AA an das Bundesministerium für Verkehr, 1.4.1971.

Letztlich sah das AA »kein[en] Raum für einen Protest bei der schwedischen Regierung«.⁷⁷ Zum einen war aus dem schwedischen Außenministerium zu vernehmen, die Äußerungen, Kapitän Bernd Peilot habe in Einklang mit dem Völkerrecht gehandelt, sei eine aus dem Zusammenhang gerissene mediale Wiedergabe gewesen.⁷⁸ Zum anderen zeige Schweden wann immer möglich »Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen aus dem Ostblock«.⁷⁹ Der bundesdeutsche Botschafter in Stockholm, Adolf Max Obermayer, regte an, auf eine Demarche zu verzichten. Jedoch wollte er das Thema »bei passender Gelegenheit ansprechen«. Insgesamt, so hielt er fest, sei dem schwedischen Außenministerium »der Ausgang dieses Flüchtlingsdramas [...] offensichtlich peinlich«.⁸⁰

Schlussbemerkungen

Als mit dem Mauerbau am 13. August 1961 das »Schlupfloch West-Berlin« vom SED-Regime geschlossen wurde, kam es zu einem schlagartigen Anstieg der Republikfluchten über die Ostsee. Wie gefährlich dieser Fluchtweg über die blaue Grenze war, zeigte sich schon im Folgejahr, als 25 Menschen auf dem verzweifelten Weg in die Freiheit starben – so viele, wie in keinem anderen Jahr bis zum Ende der DDR⁸¹.

Für beide deutsche Staaten waren die Ostseefluchten eine beständige Herausforderung, die sich entlang der Grenzen der Blockkonfrontation des Kalten Krieges abspielte und gerade auch das NATO-Mitglied Dänemark sowie das neutrale Schweden involvierten. Die fest im wesentlichen Bündnis verankerte Bundesrepublik profitierte davon, dass ihre Position zur DDR anerkannt wurde. Zumeist gab es keine Probleme, geflohene Ostdeutsche aus den skandinavischen Staaten nach Westdeutschland zu bekommen. Für die DDR war dies anders. Jeder Republikflüchtling – ganz gleich, ob zu Land, zu Luft oder zu Wasser – diskreditierte den SED-Staat weiter und konterkarierte die Bestrebungen Ost-Berlin, sich gerade in Skandinavien als der vermeintlich bessere deutsche Staat zu inszenieren. Selbst wenn, wie im Fall der »Skåne«, eine Republikflucht verhindert worden war, dem Image schadete es – eben jenes Dilemma der sozialistischen Diktatur, für die ein hartes Grenzregime

⁷⁷ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 197, AA, 2.9.1969.

⁷⁸ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 200, Fernschreiben Botschaft Stockholm an das AA, 26.8.1969.

⁷⁹ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 198, AA, 2.9.1969.

⁸⁰ PA AA, B 38-REF. IIA1, Akte 285, Bl. 200, Fernschreiben Botschaft Stockholm an das AA, 26.8.1969.

⁸¹ Bei Fluchtversuchen über die Ostsee und an den Grenzen von Ostblockstaaten starben 212 Personen, Pressemitteilung FU Berlin Nr. 271/2023, 16.11.2023, URL: https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/2023/fup_23_271-ddr-opfer-eiserner-vorhang-forschungsverbund/index.html (8.8.2024).

essentiell zum Überleben war und zugleich erhebliche Ressourcen und politisches Kapital band.

Nicht zu vergessen sind dabei die Ostseeflüchtlinge selbst: Wie groß muss die Verzweiflung, wie groß muss der Frust ob des sozialistischen Gesellschaftsexperimentes sein, wenn es tatsächlich als die bessere Alternative angesehen wird, mit kleinen Wasserfahrzeugen – manchmal sogar nur schwimmend – zu versuchen, die mitunter trügerisch friedlich wirkende Ostsee gen Westen zu überqueren? Ohne einen entsprechend großen Leidensdruck sind solche waghalsigen Aktionen kaum zu erklären. Beim Scheitern drohten schließlich mehrjährige Haftstrafen und schlimmstenfalls der einsame Tod auf der Ostsee.

Nils Abraham

»Grenzen der außenpolitischen Vermarktung«

Eine Diskussion der Sicht Schwedens auf die DDR und ihre Ostsee-Grenze in den 1970er- und 1980er-Jahren anhand von Nation Brand Dimensionen

Das neutrale beziehungsweise blockfreie Schweden gehörte zu der Gruppe von Ländern, auf die sich die Deutsche Demokratische Republik in ihrer Außenpolitik besonders konzentrierte.¹ Da der DDR aufgrund der westdeutschen Hallstein-Doktrin die klassische Diplomatie gegenüber dem Nachbarland im Norden nicht zur Verfügung stand, war sie auf Instrumente der »Kryptodiplomatie« angewiesen.² Mit erheblichem Einsatz versuchte die DDR über ihre internationale Public Relations Arbeit, und hier vor allem über das außenpolitische Instrument der Public Diplomacy³, in Schweden

¹ Andreas Linderöth: *Kampen för erkännande – DDR:s utrikespolitik gentemot Sverige 1949–1972*, Lund 2002, S. 294 (künftig zitiert: Linderöth, *Kampen för erkännande*). – Alexander Muschik: *Die beiden deutschen Staaten und das neutrale Schweden – Eine Dreiecksbeziehung im Schatten der offenen Deutschlandfrage 1949–1972* (= *Nordische Geschichte*, Bd. 1), Münster 2004, S. 247 (künftig zitiert: Muschik, *Die beiden deutschen Staaten*). – Nils Abraham: *Die politische Auslandsarbeit der DDR in Schweden – Zur Public Diplomacy der DDR gegenüber Schweden nach der diplomatischen Anerkennung (1972–1989)* (= *Nordische Geschichte*, Bd. 6), Berlin 2007, S. 17 (künftig zitiert: Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*). – Birgitta Almgren: *Inte bara Stasi... Relationer Sverige-DDR 1949–1990*, Stockholm 2009, S. 15 (künftig zitiert: Almgren, *Inte bara Stasi*).

² Muschik, *Die beiden deutschen Staaten*, S. 16. Die beiden deutschen Staaten waren, wie Alexander Muschik es treffend formuliert, in ihren Außenbeziehungen miteinander in einem »Stimulus-Response-Mechanismus« verbunden, der sich gerade auch in den Beziehungen zu den nordeuropäischen Nachbarn deutlich niederschlug. Ebd., S. 11.

³ Eine breite und vor allem umfassende Definition von Public Diplomacy liefert Melanie Breunlein. Nach ihr umfasst Public Diplomacy »Prozesse und Maßnahmen der internationalen Regierungs- und Kulturkommunikation, die im Ausland zum einen das Verständnis für Ideen, Institutionen und Kultur sowie politische Vorgaben und Ziele der eigenen Nation fördern und zum anderen ausländische Regierungen und Bevölkerungen von den eigenen Ansichten überzeugen sollen«. Melanie Breunlein: *Nationenimages und öffentliches Vertrauen zwischen Staaten: der Wandel des politischen Deutschlandbildes in US-Tageszeitungen 1999 bis 2011*, Wiesbaden 2016, 49 f.

für eine diplomatische Anerkennung zu wirken.⁴ Nach dem diplomatischen Durchbruch 1972/73 dienten diese Anstrengungen vor allem der Schaffung und Verbreitung eines positiven Bildes des sozialistischen deutschen Staates.⁵

Im vorliegenden Beitrag soll die schwedische Perspektive auf die DDR und deren Grenze in den Fokus genommen werden. Es wird diskutiert, wie sich die Sicht in Schweden beziehungsweise der schwedischen Bürger auf die DDR gestaltet hat, mithin welche Faktoren hierbei zum Tragen kamen und insbesondere welche Rolle die Grenze der DDR dabei spielte. Dabei wird der Blick auf den Nordosten des Landes und die Zeit nach dem diplomatischen Durchbruch der DDR 1972/73 gerichtet. Zuvor hatte die Frage nach der diplomatischen Anerkennung der DDR erheblich dominiert, die Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisierten sich erst nach diesem Zeitpunkt.

Während vor allem in den 2000er-Jahren eine Reihe von Arbeiten zu den Beziehungen zwischen der DDR beziehungsweise den beiden deutschen Staaten und Schweden erschienen ist, hat die Forschung in diesem Bereich in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen.⁶ Abgesehen von Birgitta Almgrens Forschungen zu nachrichtendienstlichen Aspekten⁷ ist in jüngster Zeit lediglich ein Werk zu den Beziehungen Schweden-DDR mit einer politolinguistischen Ausrichtung von der Stockholmer Germanistin Charlotta Seiler Brylla publiziert worden.⁸ Die Sicht auf einzelne Ereignisse beziehungsweise Begebenheiten in der DDR in der veröffentlichten Meinung Schwedens wurde bisher nur von Andreas Linderoth in einem Beitrag zu einem Sammelband⁹ sowie vom Verfasser des vorliegenden Beitrags in seiner Dissertation umfassender untersucht.¹⁰ Das Bild der beiden deutschen Staaten in schwedischen Schulbüchern für das Fach Deutsch hat der Germanist Frank-Michael Kirsch untersucht, während Charlotta Seiler Brylla das Bild des geteilten Deutschlands in den schwedischen Geschichtsbüchern sowie die schwedische Wahrnehmung der sportlichen Erfolge der DDR in den Fokus genommen hat.¹¹ Das Image

⁴ Linderoth, *Kampen för erkännande*, S. 302 f. – Muschik, *Die beiden deutschen Staaten*, S. 249.

⁵ Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*, S. 481–490.

⁶ Linderoth, *Kampen för erkännande*. – Muschik, *Die beiden deutschen Staaten*. – Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*. – Almgren, *Inte bara Stasi*.

⁷ Birgitta Almgren: *Inte bara spioner. Stasi-infiltration i Sverige under kalla kriget*. Stockholm 2011.

⁸ Charlotta Seiler Brylla: *Den beväpnade Freden – Språk och politik i det delade Tyskland*, Stockholm 2020 (künftig zitiert: Seiler Brylla, *Den beväpnade Freden*).

⁹ Andreas Linderoth: *Schweden und der Bau der Mauer* (künftig zitiert: Linderoth, *Schweden und der Bau der Mauer*), in: Heiner Timmermann (Hrsg.): *Mauerbau und Außenpolitik (= Politik und moderne Geschichte, Bd. 11)*, Münster 2002, S. 245–268.

¹⁰ Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*, S. 449–464.

¹¹ Frank-Michael Kirsch: *Stille aber ist Mangelware. Deutschland und die Deutschen in schwedischen Schulbüchern für das Fach Deutsch*, Stockholm 1998 (künftig zitiert: Kirsch, *Stille aber*

der DDR in Schweden war jedoch noch nicht Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen.

Zunächst soll der theoretische Rahmen des vorliegenden Beitrags vorgestellt werden, von dem die methodische Grundlage für die Analyse der schwedischen Sicht auf die DDR abgeleitet ist. Diese wird dann vor dem Hintergrund der Public Relations Aktivitäten der DDR gegenüber Schweden untersucht und diskutiert. In der Schlussbetrachtung werden die Ergebnisse nochmals kritisch reflektiert.

Internationale Public Relations: Nation Branding und das Nation Brands Hexagon

Das Betreiben einer Imagepolitik des eigenen Staates gegenüber dem Ausland gehört nicht erst seit dem Kalten Krieg zum festen Bestandteil der Außenpolitik, um in anderen Staaten ein positives Bild des eigenen Landes zu verbreiten. Für den Kommunikations- und Publizistikwissenschaftler Michael Kunczik zielen die internationalen Public Relations darauf ab, »to establish (or maintain an already existing) positive image of one's own nation, that is, to appear trustworthy.«¹² Zielgruppen der nach außen gerichteten Public Relations können die gesamte Bevölkerung eines Landes oder bestimmte Multiplikatoren wie Politiker, Lehrer und Journalisten sein. Zum Instrumentenkasten der internationalen Public Relations gehören nach György Szondi vor allem »Nation Branding«, »Cultural Diplomacy«, »Public Diplomacy« sowie »Propaganda/Perception Management«.¹³ Das Resonanzfeld der nach außen gerichteten Public Relations eines Staates kann jedoch nicht als »leer« bezeichnet werden. Vielmehr bestehen bereits gewisse Images und Bilder des eigenen Staates im Zielland, die von einer Reihe von Faktoren bestimmt werden. So können Vorurteile und Stereotypen vorhanden sein,¹⁴ eigene Erfahrungen mit dem anderen Land können zum Tragen kommen, aber auch die Geschichte eines Landes und die bisherigen Beziehungen des eigenen Staates zu diesem Land machen wichtige Faktoren aus. Natürlich trägt insbesondere die mediale Berichterstattung über das jeweilige Land zum Meinungsbild in der Öffentlichkeit oder von einzelnen Personen entscheidend

ist Mangelware). – Seiler Brylla, *Den beväpnade Freden*, S. 145–156. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen fließen in diese Analyse ein.

¹² Michael Kunczik: *Images of Nations and International Public Relations*, New Jersey 1997, S. 74.

¹³ György Szondi: *International context of public relations*, in: Ralph Tench/Liz Yeomans (Hrsg.): *Exploring Public Relations*, Harlow 2009, S. 117–146, hier S. 136 (künftig zitiert: Szondi, *International context of public relations*). Diese Instrumente stehen nicht für sich, sondern in einem engen Wechselverhältnis zu einander.

¹⁴ Zur Rolle von Stereotypen siehe Michael Kunczik: *Die manipulierte Meinung – Nationale Image-Politik und internationale Public Relations*, Köln 1990, 26 f.

bei. Zudem wirken sich der räumliche und kulturelle Abstand des betrachtenden Landes aus. Nach Simon Anholt hat das Ansehen eines Landes sogar eine direkte und messbare Auswirkung auf die zwischenstaatlichen Beziehungen.¹⁵

Hier soll der Fokus auf dem Nation Branding und der Möglichkeit liegen, das Image eines Landes durch das Nation Brands Hexagon zu messen. Keith Dinnie definiert Nation Branding als »the unique, multi-dimensional blend of elements that provides the nation with culturally grounded differentiation and relevance for all of its target audiences.«¹⁶ Dem Politikwissenschaftler Simon Anholt zufolge, Vordenker des Nation Brandings und Kopf hinter dem »Nation Brand Index«, mit dem jährlich die Wahrnehmung von 50 Ländern weltweit ermittelt wird, umfasst es eine Kombination aus Public Diplomacy und Brand Management mit Handel, Tourismus, Export und der Förderung von Investitionen.¹⁷ Beim Nation Branding nimmt die nationale Identität eine Schlüsselrolle ein, da das Bewusstsein und das Verständnis der zentralen Charakteristika der eigenen nationalen Identität eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung von Nation-Branding-Kampagnen sind.¹⁸ Dabei kann ein Land mit all seiner Vielfalt und seinen regionalen Unterschieden natürlich über mehrere durch kulturelle Elemente geformte nationale Identitäten verfügen. Diese Elemente umfassen Sprache – in multilingualen Ländern auch mehrere –, Literatur, Sport oder – was wiederum für den Tourismus eines Landes eine besondere Rolle spielt – Architektur sowie Essen und Getränke, aber auch noch weitere Dimensionen der Kultur.¹⁹ Beim Nation Branding kommen zentrale Ansätze des klassischen Marketings zum Einsatz: Es geht um die Entwicklung und Pflege eines bestimmten Images beziehungsweise um den Aufbau eines bestimmten Brands eines Landes, also einer Art »Ländermarke«. Anholt hebt das große Potenzial einer fantasie- und verantwortungsvollen Übertragung von Techniken des Produktmarketings auf Brandingprozesse von Städten oder Ländern hervor. Er betont jedoch in diesem Zusammenhang auch, ein Land sei kein Produkt, vielmehr könne man die Metapher »country as corporate brand« applizieren.²⁰ Nation Branding kann somit als ein Kommunikationsprozess verstanden werden, mit dem durch Handlungen gezielt auf die Wahrnehmung eines Landes beziehungsweise auf die Heraus-

¹⁵ Simon Anholt: *Competitive Identity: A new model for the brand management of nations, cities and regions*, Basingstoke 2007, S. 7 (künftig zitiert: Anholt, *Competitive Identity*).

¹⁶ Keith Dinnie: *Nation Branding – Concepts, Issues, Practice*, Oxford 2008, S. 149 (künftig zitiert: Dinnie, *Nation Branding*).

¹⁷ Anholt: *Competitive Identity*, S. 7.

¹⁸ Dinnie, *Nation Branding*, 111.

¹⁹ Christina Vetsch: *Internationale Krisen-Public Relations – Analysen zu Theorie und Unternehmenspraxis im transkulturellen Kontext*, Wiesbaden 2007, S. 237.

²⁰ Simon Anholt: *Nation as Brand – Editorial*, in: *Journal of Brand Management*, Vol. 9 (2002), S. 229–239, hier S. 232.

bildung einer Ländermarke Einfluss genommen wird.²¹ Im Jahr 2005 entwickelte Anholt ein Instrumentarium, um die Wettbewerbsfähigkeit zwischen Ländern zu messen, aus dem sich dann der Nation Brands Index entwickelte.²² Mit diesem Index sollen Regierungen, Institutionen und Unternehmen dabei unterstützt werden, »to understand, measure and ultimately build a strong national image and reputation«.²³ Dabei werden ausgewählte Nationen anhand von sechs kombinierten Kriterien hinsichtlich der Stärke und Qualität ihrer Ländermarke bewertet, die im so genannten Nation Brands Hexagon zusammengeführt werden. Diese sechs Dimensionen sind: Exports, Governance, Culture and Heritage, People, Tourism und Investment and Immigration.²⁴

Im Folgenden sollen die sechs Dimensionen des Nation Brands Hexagons kurz dargelegt werden, da sich anhand dieses Instrumentariums Einflüsse auf die schwedische Sicht auf die DDR und somit auf das Image des sozialistischen deutschen Staates in Schweden diskutieren lassen.

Exports: In dieser Dimension steht das allgemeine Image von Produkten aus dem Land und den dort erbrachten Dienstleistungen im Fokus – auch hinsichtlich der Frage, in welchem Umfang Konsumenten proaktiv Produkte aus diesem Land gezielt nachfragen oder vermeiden.

Governance: Dieser Aspekt beinhaltet die öffentliche Meinung über die Kompetenz und Vorgehensweise der Regierung eines Landes sowie über ihren Einsatz für globale Themen wie die Wahrung von Frieden und Sicherheit, das Eintreten für Gerechtigkeit, den Kampf gegen Armut und einen aktiven Umweltschutz.

Culture and Heritage: Diese Dimension zielt auf die allgemeine Wahrnehmung des kulturellen Erbes und der aktuellen Kultur eines Landes unter Berücksichtigung der Aspekte Film, Musik, Sport und Literatur.

People: Dieses Kriterium fokussiert die Reputation der Bevölkerung eines Landes hinsichtlich ihrer Kompetenz, Freundlichkeit und Offenheit sowie anderer Eigenschaften wie Toleranz.

Tourism: Mit dieser Dimension wird der Grad des Interesses gemessen, das andere Land zu besuchen, mithin die Attraktivität als touristische Destination.

Investment and Immigration: Dieses Format beleuchtet die Anziehungskraft des Staates auf Menschen aus anderen Ländern hinsichtlich der Frage, dort zu leben, zu

²¹ Meike Eitel: Reputationskommunikation von Ländern: Instrumente und Erfolgsfaktoren – Theoretische Ansätze und Untersuchung der Kommunikationspraxis am Fallbeispiel Schweiz, Dissertation an der Universität Potsdam. Potsdam 2013, S. 55.

²² Simon Anholt: Anholt Nation Brands Index: How Does the World See America?, in: Journal of Advertising Research, Vol. 45 (2005), No. 3, S. 296–304, hier S. 296.

²³ Ipsos Public Affairs: Anholt Ipsos Nation Brands Index (NBI), 2019, URL: https://www.ipsos.com/sites/default/files/19-05-50_Anholt_v2.pdf (17.06.2023) (künftig zitiert: Anholt Ipsos Nation Brands Index).

²⁴ Ebd.

arbeiten oder zu studieren. Zudem werden Aspekte der Lebensqualität sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigt.²⁵

Die vielfältigen außenpolitischen Bemühungen der DDR, in ausgewählten westlichen Ländern für ein positives Image zu arbeiten, wurden in der Terminologie der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) sozialistische Auslandsinformation genannt. Diese hatte im Rahmen der internationalen Systemauseinsetzung eine dezidiert ideologische Zielsetzung. Die DDR betrieb somit ein stark von Ideologie geprägtes Nation Branding. Mit zahlreichen unterschiedlichen Instrumenten und Kommunikationskanälen versuchte sie, ein positives Bild des eigenen sozialistischen deutschen Staates im schwedischen Nachbarland zu zeichnen und zu verbreiten. Dazu gehörte ein 1967 in Stockholm gegründetes DDR-Kulturzentrum als ein Pendant zum westdeutschen Goethe-Institut, das unter anderem über die Arbeit mit der deutschen Sprache versuchte, auf zentrale Multiplikatoren im Bereich der Bildung Einfluss zu nehmen, aber auch zahlreiche Informations- und Kulturveranstaltungen mit vielen schwedischen Kommunen und anderen Partnern durchführte. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die indirekt durch die DDR finanzierte Freundschaftsgesellschaft Schweden-DDR mit bis zu 13 Lokalabteilungen im ganzen Land, über die schwedische Bürger zu den Ostseewochen in die DDR reisten und später nach deren Ende dann dort politische Ferienreisen machen konnten. Zudem wurde über verschiedene mediale Kanäle, wie die schwedischsprachigen Sendungen des Auslandsradios der DDR »Radio Berlin International« (RBI), der Monatszeitschrift »DDR-Revy« sowie zahlreiche weitere Printprodukte gezielte Imagepolitik beziehungsweise politische Propaganda betrieben.²⁶

Grundsätzlich lassen sich die intensiven und vielfältigen Aktivitäten im Bereich der internationalen Public Relations durch die Staaten der beiden entgegengesetzten militärischen Bündnisse, Nordatlantikpakt Organisation (NATO) und Warschauer Pakt, durchaus als eine Art »heiße Auseinandersetzung« charakterisieren, jedoch mit friedlichen Mitteln der Außenpolitik.²⁷ Das lässt sich auch im Hinblick auf die Beziehungen der DDR zu Schweden beobachten – sowohl vor als auch nach deren diplomatischen Anerkennung. Dabei ist zu beachten, dass diese Beziehungen in einem starken Maße auch von der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland abhängig gewesen sind, denn die beiden deutschen Staaten waren, wie Alexander Muschik es treffend formulierte, in ihren Außenbeziehungen miteinander in einem »Stimulus-Response-Mechanismus« verbunden, der maßgeblich auch die Beziehungen zu Schweden bestimmte.²⁸

²⁵ Ebd.

²⁶ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 481–489. – Linderoth, Kampen för erkännande, S. 302–304.

²⁷ Szondi, International context of public relations, S. 135.

²⁸ Muschik, Die beiden deutschen Staaten, S. 11.

Anknüpfungspunkte boten sich gerade im Nordosten der DDR für ihre Public Relations Arbeit gegenüber Schweden: Sei es die traditionelle Fährverbindung zwischen Saßnitz und Trelleborg mit dem Transitverkehr, eine lange gemeinsame Geschichte aus der Zeit der schwedischen Herrschaft über Teile des Gebiets, aber auch kommunale, universitäre, kirchliche sowie wirtschaftliche Kontakte und nicht zuletzt die geografische Nähe zum benachbarten Ostseeanrainer Schweden. Zudem nahm in dieser Zeit die deutsche Sprache in Schweden noch eine verhältnismäßig starke Stellung im Bildungssystem ein.

Zur schwedischen Sicht auf die DDR beziehungsweise deren Nordosten

Grundsätzlich stellt es methodisch eine Herausforderung dar, nachträglich das Bild eines Landes in einem anderen Land zu untersuchen und darzustellen. Meinungsumfragen, die heute aussagekräftige Ergebnisse liefern, wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren in Schweden bedauerlicherweise nicht durchgeführt oder sind nicht überliefert. Dabei muss unterstrichen werden, dass es natürlich nicht die *eine* Sicht auf die DDR beziehungsweise nicht das *eine* DDR-Bild gegeben hat, sondern zahlreiche Sehweisen – abhängig von oben genannten Faktoren sowie vor allem vom jeweiligen persönlichen politischen Standpunkt. Zur Untersuchung der schwedischen Sicht auf die DDR beziehungsweise des DDR-Bildes in Schweden sollen deshalb die oben genannten sechs Dimensionen des Nation Brand Hexagons von Simon Anholt herangezogen werden, also die heute gängigen Instrumentarien zur Messung der Reputation beziehungsweise des Marken-Images eines Landes. Anhand jeder Dimension soll diskutiert werden, wie sich der schwedische Blick auf die DDR hinsichtlich der jeweiligen Aspekte geformt hat. Dabei findet natürlich insbesondere das politische System der DDR, die SED-Diktatur, Berücksichtigung. Aufgrund dessen besonderen Charakters mit einer durch die SED beherrschten sowie durch die Staatssicherheit der DDR kontrollierten und überwachten Gesellschaft, der rigorosen Reisebeschränkungen für die eigene Bevölkerung und der Frontstellung der DDR im Kalten Krieg muss konstatiert werden, dass die Kontakt- und Erfahrungsmöglichkeiten nicht nur von Seiten der DDR stark begrenzt gewesen sind. Sie haben sich auch hinderlich für schwedische Bürger ausgewirkt, das Nachbarland persönlich kennenzulernen. Es kann davon ausgegangen werden, dass nur ein kleinerer Teil der damaligen schwedischen Bevölkerung durch Reisen oder Arbeit eigene Erfahrungen mit der DDR machen konnte. Wenn also die Sicht auf die DDR anhand der Dimensionen des Nation Brand Hexagons diskutiert wird, müssen auch die damaligen Informationsmöglichkeiten und Quellen zur Meinungsbildung über das Nachbarland DDR berücksichtigt werden. Letztlich sei nochmals auf die Besonder-

heit hingewiesen, dass die DDR in ihrer außenpolitischen Selbstdarstellung immer in direkter Konkurrenz mit der in diesem Feld ebenfalls sehr aktiven Bundesrepublik Deutschland stand.²⁹

Betrachtet man nun das Resonanzfeld der Bemühungen der DDR zur Verbesserung des eigenen Images in Schweden, muss betont werden, dass dieses bei der Gründung der beiden deutschen Staaten natürlich nicht leer gewesen ist. Vielmehr hatten die traditionell guten sowie langen schwedisch-deutschen Beziehungen zu einem grundlegenden Bild der Deutschen und ihres Landes beigetragen, das durch die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und insbesondere durch die Berichte (vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg) über die verübten Gräueltaten infolge des NS-Rassenwahns und Eroberungskrieges im Vergleich zu früheren Zeiten deutliche Eintrübungen bekommen hatte.

In Schweden bestand in vielen Bereichen, besonders nach der diplomatischen Anerkennung der DDR 1972, ein ausgeprägter Wille zu einer möglichst objektiven Gleichbehandlung der beiden deutschen Staaten und damit verbunden dem Einräumen von Möglichkeiten für die DDR zur Selbstdarstellung.

Dimension Kultur und Erbe

Die Ergebnisse der Forschungen von Birgitta Almgren sowie des Verfassers des vorliegenden Beitrags haben gezeigt, dass die DDR im Rahmen ihrer Public Diplomacy sowohl im Bereich der Arbeit mit der Kultur als auch im Schulwesen besonders in den 1970er- und 1980er-Jahren in Schweden durchaus erfolgreich gewesen ist. Dem DDR-Kulturzentrum gelang es, neben dem westdeutschen Goethe-Institut, zu einer festen Instanz im kulturellen Leben Stockholms und der Umgebung zu werden. Es war darüber hinaus durch ein Netzwerk von wichtigen schwedischen Partnern (Organisationen wie zum Beispiel der Arbeiterbildungsverband ABF, die oberste Schulverwaltung, die für die Weiterbildung der schwedischen Sprachlehrer zuständige Fortbildungsabteilung der Universität Uppsala, Universitäten und Hochschulen, Kommunen sowie die Freundschaftsgesellschaft Schweden-DDR) mit zahlreichen Veranstaltungen im ganzen Land aktiv.³⁰ Geschickt inszenierte sich die DDR in Schweden durch die selektive Aneignung der deutschen Kultur und Geschichte beziehungsweise ihre Nutzung sowie durch die Entsendung von hochklassigen musikalischen Ensembles, Künstlern und Schriftstellern als ein kulturell reiches und förderndes Land. Veranstaltungen des DDR-Kulturzentrums mit international be-

²⁹ Ebd., S. 245.

³⁰ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 136–142 und S. 155–194. – Almgren, Inte bara Stasi, S. 152–198.

kannten Schriftstellern wie zum Beispiel Christa Wolf oder Günter de Bruyn, aber auch mit der legendären Brecht-Interpreten Gisela May erfreuten sich einer hohen Beliebtheit beim schwedischen Publikum.³¹ Inwiefern jedoch die politischen Botschaften, die oftmals bei solchen Veranstaltungen und vor allem in entsprechenden Publikationen und Ausstellungen platziert wurden, bei den schwedischen Besuchern auch umfänglich verfangen, ist jedoch eher kritisch einzuschätzen. Die Propagandamaterialien der Auslandsinformation der DDR waren zum einen durch eine in weiten Teilen überzogene Darstellungsform der vermeintlichen systembedingten Erfolge der DDR gekennzeichnet und zum anderen durch die im Tonfall sehr aggressive Kritik an der Bundesrepublik, den USA und der NATO.³² Dabei ist zu betonen: In Schweden standen den Menschen neben den Veranstaltungen und Printprodukten, aber auch den Sendungen von »Radio Berlin International« (RBI), viele weitere Möglichkeiten offen, sich kritisch mit dem sozialistischen deutschen Staat auseinanderzusetzen. In erster Linie ist hier die freie Presse- und Medienlandschaft Schwedens zu nennen, auf deren Rolle und Wirkung noch eingegangen wird. Hinsichtlich der Berichterstattung in der lokalen Presse über Kulturveranstaltungen der DDR kann konstatiert werden, dass das Presseecho auf solche Angebote durchaus groß gewesen ist. Zugleich führten diese Presseberichte aber auch zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der DDR und ihrem Agieren in Schweden in Form von Leserbriefen.³³ Sport in der DDR, vor allem die sportlichen Leistungen von DDR-Athleten – treffend von Gunter Holzweißig als »Diplomatie im Trainingsanzug«³⁴ bezeichnet – machte ein weiteres zentrales Thema in den Public Relations-Aktivitäten der DDR gegenüber Schweden aus. Seit 1973 bestand sogar ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen dem schwedischen Reichssportverband und dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR (DTSB) mit jährlich vereinbarten Arbeitsprogrammen als Grundlage für einen regen Austausch von Sportlern und Sportfunktionären.³⁵ Die sportlichen Erfolge stießen auf ein nachhaltig positives Echo in der veröffentlichten Meinung Schwedens, wie Charlotta Seiler Brylla zeigen konnte. Wie auch in anderen Ländern wurde in Schweden vom »ostdeutschen Sportwunder« gesprochen, für das ein ausgesprochen starkes schwedisches Interesse bestand. Im Fokus der Diskussionen in den schwedischen Zeitungen stand die Frage nach den Gründen für die sportlichen Erfolge der DDR, die von Seiten der schwedischen Journalisten und Sportfunktionäre oftmals vor allem auf strukturelle As-

³¹ Ebd., S. 192. – Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 161–169.

³² Ebd., S. 417–442.

³³ Almgren, Inte bara Stasi, S. 206.

³⁴ Holzweißig, Gunter: Diplomatie im Trainingsanzug: Sport als politisches Instrument der DDR in den innerdeutschen und internationalen Beziehungen. München 1981.

³⁵ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 183–186. – Seiler Brylla, Den beväpnade Freden, S. 127.

pekte, aber auch auf das Gesellschaftssystem der DDR zurückgeführt worden sind. In den analysierten Texten stieß Charlotta Seiler Brylla sowohl auf unkritische bis bewundernde Einstellungen gegenüber der DDR, aber auch auf Stimmen, die den totalitären Charakter des Systems thematisierten.³⁶ Im Hinblick auf die Dimension Culture and Heritage des Nation Brand Hexagons kann als ein erstes Zwischenfazit davon ausgegangen werden, dass die schwedische Wahrnehmung der Kultur in der DDR wie auch deren sportliche Erfolge während der 1970er- und 1980er- Jahre in weiten Teilen positiv eingeschätzt worden sind.

Dimension Bevölkerung

Bei der Betrachtung der Dimension People müssen die Auswirkungen der rigiden Reisepolitik der DDR besonders in Betracht gezogen werden, da sie ein Kennenlernen und den Austausch der schwedischen Bürger mit Menschen aus dem Nachbarland DDR sehr erschwerte. So gab es im Unterschied zu Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland nur sehr wenige ostdeutsche Besucher in Schweden.³⁷ Den wenigen ständig in Schweden weilenden DDR-Bürgern, bei denen es sich nahezu ausnahmelos um offiziell durch die DDR entsandte Personen und ihre Familien handelte, die vor allem an der Botschaft der DDR, dem DDR-Kulturzentrum in Stockholm oder dem DDR-Handelszentrum in Göteborg arbeiteten, war der private Kontakt zur einheimischen Bevölkerung strengstens untersagt.³⁸ Ihre Zahl betrug Anfang der 1980er-Jahre circa 150–160 Personen.³⁹ Die Anzahl der Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft Schweden-DDR, die sich die Völkerfreundschaft mit der DDR und die Verbreitung von Informationen über das Land auf die Fahne geschrieben hatte, lag in den 1970er- und 1980er-Jahren lediglich bei 1.000 bis 1.600 Menschen, von denen ein gewisser Teil im Rahmen von Seminaren sowie Delegations- und Studienreisen, der Ostseewochen (bis 1975) und ab 1976 des Ostseetourismus regelmäßig in die DDR fuhr.⁴⁰ Birgitta Almgren vertritt in ihrem Standardwerk zu den Beziehungen zwischen Schweden und der DDR die Auffassung, dass die DDR im Laufe der 1980er-Jahre kein unbekanntes Land mehr in Schweden gewesen sei.⁴¹ Hinsichtlich der Möglichkeiten für einen direkten Kontakt und persönlichem Aus-

³⁶ Seiler Brylla, *Den beväpnade Freden*, S. 126–142.

³⁷ Im ganzen Jahr 1959 sollen es laut Andreas Linderöth nur 800 Personen gewesen sein. Linderöth, *Kampen för erkännande*, S. 107.

³⁸ Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*, S. 127–129. – Almgren, *Inte bara Stasi*, S. 198–204.

³⁹ Ebd. S. 198.

⁴⁰ Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*, S. 305–309.

⁴¹ Almgren, *Inte bara Stasi*, S. 208.

tausch von Schweden mit Bürgern der DDR gilt diese Beobachtung jedoch nicht, da es nur begrenzte Möglichkeiten zum persönlichen Kennenlernen gegeben hat.

Auch wenn im Rahmen der Selbstdarstellung der DDR in Schweden das Konzept einer sozialistischen deutschen Nation zum Tragen kam, um sich von der Bundesrepublik abzugrenzen, kann davon ausgegangen werden, dass die öffentliche schwedische Meinung hinsichtlich bestimmter Kompetenzen und Eigenschaften der deutschen Bevölkerung nicht sonderlich zwischen den beiden deutschen Staaten differenziert worden ist. Die Zuschreibung von Tugenden, die gestern wie heute im In- und Ausland als typisch deutsch gelten wie zum Beispiel Fleiß, Pünktlichkeit und Gründlichkeit⁴², galt aus schwedischer Sicht damals aller Wahrscheinlichkeit nach sowohl für ost- wie für westdeutsche Bürger. Gerade für schwedische Intellektuelle aber auch in Lehrerkreisen, von denen im Fach Deutsch eine beträchtliche Anzahl in der DDR eine Fortbildung erhalten hatte,⁴³ spielte die Darstellung der DDR als ein antifaschistischer Staat mit einer antifaschistisch ausgerichteten Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die DDR legte darauf in ihrer sozialistischen Auslandsinformation für Schweden stets besonders Wert.⁴⁴ So ist anzunehmen, dass seinerzeit in Schweden ein eher diffuses und nicht trennscharfes Bild von der DDR-Bevölkerung vorherrschte.

Dimension Export

Hinsichtlich der Dimension People kann man in der Gesamtschau aus den genannten Gründen auf eine eher positive Wahrnehmung der Bevölkerung der DDR in Schweden schließen. Diese Einschätzung lässt sich jedoch nicht auf die Dimension Export übertragen. Da existierte damals kein positives Meinungsbild in der schwedischen Bevölkerung hinsichtlich der DDR. Schweden war zwar für die DDR ein wichtiger Handelspartner, aus schwedischer Perspektive jedoch dominierte der Handel mit der Bundesrepublik und deren Produkten »Made in West-Germany«.⁴⁵ Der Handelsverkehr zwischen der DDR und Schweden betrug hingegen lediglich ein Prozent des schwedischen Außenhandels.⁴⁶ Die DDR unternahm zwar immense Anstrengungen zur Verbreitung ihres Bildes eines erfolgreichen und modernen In-

⁴² Regina Kusch und Andreas Beckmann: Jenseits von Fleiß und Pünktlichkeit: Mentalitätswandel in Deutschland, in: Deutschlandfunk, 5.5.2016, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/jenseits-von-fleiss-und-puenktlichkeit-mentalitaetswandel-100.html> (21.06.2023).

⁴³ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 198–213.

⁴⁴ Ebd., S. 187–192 und S. 431–437.

⁴⁵ Muschik, Die beiden deutschen Staaten, S. 253.

⁴⁶ Ebd., S. 291. – Nils Abraham und Thomas Wegener Friis: Verdens 10. stærkeste industriland? DDR's imageopbygning som moderne industriland, in: Arbejder Historie. Tidsskrift for historie, kultur og Politik, Vol. 2 (2008), S. 70.

dustrielandes.⁴⁷ Jedoch gelang es ihr nicht, im Unterschied zu international bekannten westdeutschen Produkten und Marken, zum Beispiel der Automobilindustrie mit Mercedes Benz, BMW oder VW, in Schweden eigene Produkte mit vergleichbarem starken Image zu platzieren.

Dimension Investment und Einwanderung

Auch das Meinungsbild zur Brand Dimension Investment and Immigration der DDR wäre damals in Schweden gewiss niedrigwertig ausgefallen. Aufgrund der sozialistischen Wirtschaftsordnung war die DDR nicht attraktiv für marktwirtschaftlich orientierte Investoren aus dem Ausland. Dass westliche Konzerne, wie auch das schwedische IKEA-Imperium die Herstellung von Waren in der DDR in Auftrag gegeben haben, war zur damaligen Zeit in der breiten Öffentlichkeit in Schweden nicht bekannt – schon gar nicht, dass bei ihrer Produktion auch politische Häftlinge der DDR eingesetzt worden sind.⁴⁸ Auch das Immigrationspotenzial der DDR war für Schweden gering: Neben wenigen schwedischen Studierenden und Wissenschaftlern an Universitäten der DDR war das Land vor allem für Handwerker im Dienste von schwedischen Baufirmen wie SIAB oder NCC eine temporäre Heimat. Sie führten in der DDR eine Reihe von Großaufträgen aus, zum Beispiel das in der Nähe in Warnemünde gelegene Hotel Neptun. Im Vergleich zu Staaten mit hohen Lebensstandards wie die Bundesrepublik oder die nordischen Ländern müssen die Pullfaktoren der sozialistischen DDR mit ihrer Mangelwirtschaft auf schwedische Bürger als sehr gering eingeschätzt werden. Es kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass kritische Berichte in den schwedischen Medien über die politischen Zustände in der DDR mit fehlender Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit und über die militarisierte Grenze der DDR mit Mauern, Stacheldraht und Schusswaffengebrauch eine abschreckende Wirkung hinsichtlich eines möglichen Lebens in der DDR hatten. Erhellend in diesem Zusammenhang sind die Ausführungen der Zeitzeugin Bodil Zalesky, die 1981/82 als schwedische Lektorin an der Sektion Nordeuropawissenschaften der Universität Greifswald durch die Vermittlung des »Svenska Institutet« lehrte und 1998 in der Zeitschrift »Germanisten« ihre beklemmenden Erlebnisse, den damaligen düsteren Eindruck der Stadt und ihre schlechten Erfahrungen beschrieb. So berichtete sie unter anderem, dass den Studierenden außerhalb des Unterrichts verboten gewesen sei mit ihr und dem norwegischen Lektor zu sprechen, da sie als »Repräsentanten für den staatsmonopolistischen Kapitalismus« angesehen

⁴⁷ Ebd., S. 69–88.

⁴⁸ Almgren, Inte bara Stasi, S. 341–345.

wurden.⁴⁹ Zudem seien ihr an der Sektion heftige Kritik und versteckte Drohungen entgegengeschlagen, da sie einen Artikel aus einer westdeutschen Zeitung für ihre Lehre verwendet hatte. Eindrucksvoll sind ihre veröffentlichten Einträge aus ihrem damals geführten Tagebuch: Zum 2. November 1981 schrieb sie zum Beispiel: »Der Unterricht ist zu einer Quälerei geworden. Ich kann fast nichts über Schweden sagen, ohne daß es zu Politik wird, und ich habe mich ja nie besonders für Politik interessiert! Die Studenten haben Angst voreinander, und einige kontrollieren und bespitzeln die anderen. Es gibt wahrscheinlich auch welche, die sich gegenseitig kontrollieren. Mich hat diese angespannte und steife Stimmung schon lange gestört, aber ich hatte bis jetzt die Zusammenhänge nicht ganz durchschaut. Heute hat einer von den Studenten mich heimlich aufgeklärt. Es gibt sogar Stasimitarbeiter, die am Unterricht teilnehmen und die anderen Studenten beobachten.«⁵⁰ Dass solche Erfahrungen sowie Erzählungen darüber im Freundes-, Familien- oder Kollegenkreis nicht als eine gute Werbung für ein Leben in der DDR wirkten, steht außer Frage.

Dimension Tourismus

Doch wie sah es mit der touristischen Attraktivität der DDR für Schweden und somit der Brand-Dimension Tourism aus? Für die Zeit bis zu Beginn der 1970er-Jahre hat Andreas Linderöth Zahlen zum schwedischen Tourismus in der DDR ermittelt, die sich auf einem niedrigen Niveau bewegten. So besuchten 1959 nur 1.600 Schweden die DDR. In den 1960er-Jahren kamen neben den rund 1.000 jährlichen schwedischen Besuchern der Ostseewochen Teilnehmer an Reisen der Königslinie von Trelleborg nach Saßnitz mit dem Ziel Binz und Sellin auf Rügen. Diese Reisen waren durch die 1960 in Stockholm gegründete Verkehrsvertretung der DDR in Zusammenarbeit mit schwedischen Reisebüros organisiert worden. An ihnen nahmen 1962 lediglich circa 30, 1966 in etwa 370, 1964 ungefähr 170 und 1966 circa 600 Schweden teil.⁵¹ Die schwedischen Teilnehmerzahlen an den Ostseewochen waren in den 1970er-Jahren bis zu ihrem Ende abnehmend, sie bewegten sich zwischen 719 in 1973, 555 in 1974 und 650 in 1975. Der politische Ostseetourismus, der ab 1976 im Bezirk Rostock für Gäste aus Skandinavien durchgeführt wurde, konnte nicht an diese Zahlen anschließen. In besseren Jahren wie 1976 bis 1978 wurden lediglich 120, 135 und 153 schwedische Reisende gezählt, 1985 jedoch waren es nur 59 Personen. Auch die Teilnehmerzahlen an Studien- und Delegationsreisen für ausgewählte schwedische Multiplikatoren, viele mit dem Ziel Nordosten der DDR und Ost-Ber-

⁴⁹ Bodil Zalesky: Erinnerungen einer Schwedischlektorin. »Mein Jahr in Greifswald/DDR«, in: Germanisten, Vol. 1–3 (1998), S. 101–106, hier S. 102.

⁵⁰ Ebd., S. 103.

⁵¹ Linderöth, Kampen för erkännande, S. 180.

lin, lagen auf einem niedrigen Niveau.⁵² Ein gewisse Reisetätigkeit fand zudem im Rahmen der kommunalen Beziehungen statt, die seit 1969 zwischen Saßnitz und Trelleborg, seit 1965 zwischen Rostock und Göteborg und zwischen dem Rat des Bezirks Rostock mit dem Landtag der Provinz Malmöhus in sehr unterschiedlicher Intensität und Umfang bestanden. Die Anzahl der Städtepartnerschaften war jedoch viel zu gering, um eine umfassende Reisetätigkeit zu entfalten. Nur ein verschwindend kleiner Teil der schwedischen Bevölkerung unternahm Reisen in die DDR beziehungsweise machte dort Urlaub.

Einen starken Pullfaktor des politischen Ostseetourismus im Bezirk Rostock machte neben der Schönheit des Ostseestrandes der subventionierte Preis für die überschaubare Zahl an Gästen aus Schweden aus. Wie aus Berichten jedoch hervorgeht, bestand wiederkehrende Kritik an den Hotels und hier vor allem an der unzumutbaren Situation hinsichtlich der zur Verfügung stehenden sanitären Einrichtungen sowie der Verpflegung. So stand zum Beispiel in der Unterbringung 1982 den 100 angereisten schwedischen Touristen nur ein Bad beziehungsweise eine Dusche zur Verfügung. Dieses wiederholte sich zwei Jahre später in einem Hotel in Kühlungsborn, das seinen 90 Gästen, von denen 60 aus Schweden kamen, ebenfalls nur eine funktionierende Dusche anbieten konnte. In diesem Jahr soll es sogar ins Hotel hineingeregnet haben. Zudem stand nur mangelhafte Bettwäsche zur Verfügung und die schwedischen Gäste mussten sich sogar ihr Toilettenpapier selber besorgen. Auch beim Essen offenbarten sich den Touristen aus dem Norden die Schattenseiten der Mangelwirtschaft der DDR: Zum Beispiel konnten 1982 nur wenige Getränke angeboten werden. Obwohl das Essen in einem »Vorwahl-System« vorab bestellt werden musste, konnte ein Teil der Mahlzeiten nicht serviert werden. Ein Höhepunkt der mangelhaften Versorgung wurde 1987 erreicht: Das Hotel konnte seinen skandinavischen Gästen überhaupt kein Abendessen anbieten.⁵³ Solche negativen Eindrücke von der DDR als Urlaubsland sammelten aufgrund der geringen Anzahl an schwedischen Urlaubern nur wenige Schweden. Sie traten auch nicht bei allen Ferienaufenthalten von Schweden und anderen skandinavischen Touristen im Rahmen des politischen Ostseetourismus in der DDR zu Tage, so dass resümierend nicht von einer negativen Breitenwirkung gesprochen werden kann. Grundsätzlich hätte die DDR mit Ost-Berlin sowie zahlreichen anderen Städten mit historischen Denkmälern und schönen Ausflugszielen für Schweden durchaus attraktiv sein können. Inwiefern hierüber jedoch ein breites Wissen in der schwedischen Bevölkerung vorhanden gewesen ist, bleibt fraglich. Zudem stand der DDR in Schweden keine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung, um Reisen in größerer Zahl in die DDR zu vermarkten und zu vertreiben – abgesehen von den oben beschriebenen Forma-

⁵² Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 537–546.

⁵³ Ebd., S. 379 f.

ten. Jedoch werden sich auch die negativen Eindrücke und Erlebnisse, die schwedische Reisende während der Kontrolle an der Grenze bei ihrer Einreise machten und auf die im folgenden Abschnitt noch ausführlich eingegangen werden soll, nicht förderlich zur Steigerung der Attraktivität der DDR als Urlaubsdestination ausgewirkt haben. Vor allem aber lässt die geringe Zahl an schwedischen Urlaubern in der DDR darauf schließen, dass alles in allem sich auch die Dimension Tourism nicht als positiver Faktor hinsichtlich des Nation Brands der DDR in Schweden ausgewirkt haben wird. In diesem Punkt blieb die DDR eher ein unbekanntes Land.

Dimension Governance

Bleibt noch der Blick auf die Dimension Governance. Sie spielte nicht nur eine zentrale Rolle bei der Herausbildung des Images der DDR in Schweden, sondern wirkte sich aufgrund des besonderen politischen Systems der DDR mit seiner Diktatur der SED auch auf die Wahrnehmung des Landes in den anderen Nation Brand Dimensionen aus, überlagerte diese sogar zum Teil. Das soll am Beispiel von schwedischen Lehrbüchern und anhand von ausgewerteten Reiseberichten und Presseartikeln veranschaulicht werden.

Der Auslandsinformation der DDR gelang es vor allem durch die Aktivitäten des DDR-Kulturzentrums, des ihm angegliederten Deutschlektorats und der Freundschaftsgesellschaft Schweden-DDR, Einfluss auf die Fortbildung schwedischer Deutschlehrer und die Ausgestaltung der schwedischen Lehrbücher im Fach Deutsch zu nehmen.⁵⁴ Die Arbeit war sogar so erfolgreich, dass zu Beginn der 1990er-Jahre an jeder schwedischen Schule mit Deutschunterricht mindestens ein Lehrer war, der eine Fortbildung am Herder-Institut in Leipzig erhalten hatte. Das betraf circa zehn bis 15 Prozent der rund 4.500 Deutschlehrer.⁵⁵ Während in früheren Lehrbüchern für das Fach Deutsch die DDR überhaupt nicht thematisiert wurde, konnte Frank-Michael Kirsch mit seiner Forschung zeigen, dass diese in den Ausgaben der 1970er- und 1980er-Jahre durchweg behandelt worden ist. Die schwedischen Autoren waren vor allem darum bemüht, eine möglichst neutrale Perspektive auf die DDR zu geben und einen sachlichen Ton anzuschlagen. Direkte Kritik an dem Land und seinem politischen System wurde vermieden. Bei den Beiträgen zum Thema Flucht aus der

⁵⁴ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 198–213, S. 231–239 und S. 393–398. – Almgren, Inte bara Stasi, S. 287–293.

⁵⁵ Sven-Eric Henricson: Entstehung und Entwicklung der Zusammenarbeit – Fortbildung schwedischer Deutschlehrer in der DDR, in: Sven-Eric Henricson/Wolfgang Schenkel (Hrsg.): Deutsch als Fremdsprache in Schweden. Fortbildung für schwedische Deutschlehrer: 20 Jahre Zusammenarbeit zwischen dem Herder-Institut in Leipzig und der Fortbildungsabteilung der Universität Uppsala, S. 7–12, hier S. 7.

DDR und Berliner Mauer, die durchgehend in den Lehrbüchern dieser Zeit zu finden sind, wurde jedoch indirekt Kritik geäußert.⁵⁶ Eine noch größere Reichweite als die Lehrbücher für das Fach Deutsch hatten die Lehrbücher für das Fach Geschichte an den weiterführenden Schulen, deren Sicht auf die beiden deutschen Staaten Charlotta Seiler Brylla anhand von 14 Lehrbüchern untersucht hat, die zwischen 1971 und 1989 erschienen sind. Sie zeigt, dass in diesen Lehrbüchern die Bundesrepublik viel differenzierter und umfassender als die DDR dargestellt wurde. Während zum Beispiel auch das westdeutsche Wirtschaftswunder Berücksichtigung fand, wurde »die Darstellung der DDR auf Flucht, Grenze und Großmachtpolitik reduziert«⁵⁷. Die Grenze wurde in allen Lehrbüchern im Text sowie in Bildern behandelt, wobei die Berliner Mauer mit der militarisierten Demarkationslinie als gängiges Symbol diente.⁵⁸ Was hier anhand des Beispiels der Lehrbücher in aller Kürze dargestellt wird, zog sich wie eine rote Linie auch durch zentrale andere Bereiche des öffentlichen Lebens Schwedens. In den beiden großen überregionalen Tageszeitungen Schwedens »Dagens Nyheter« und »Svenska Dagbladet« wurden wiederholt in Berichten über die DDR kritisch die Schattenseiten ihres politischen Systems wie die Verletzung von Menschenrechten, der Handel mit politischen Gefangenen, die fehlende Reisefreiheit und die unmenschlichen Grenzanlagen, symbolisiert durch die Berliner Mauer, thematisiert.⁵⁹ Selbst im Zusammenhang mit dem zweitägigen Arbeitsbesuch Olof Palmes Ende Juni 1984 im Norden der DDR, der für die DDR eigentlich einen großen außenpolitischen Erfolg darstellte, sprachen beide Zeitungen neben der allgemeinen Berichterstattung auch systemkritische Themen an. Um nur ein Beispiel aus einem kritischen Leitartikel von »Svenska Dagbladet« unmittelbar nach Abschluss des Besuchs am 2. Juli 1984 zu nennen: »Hinter seiner Mauer, seinem Stacheldraht und seinen heimtückischen Grenzhindernissen bleibt Ostdeutschland ein Gefängnis«.⁶⁰

Doch am eindrucksvollsten war die Grenze der DDR für jene Schweden, die sie bei ihrer Ein- und Ausreise passierten und ihre eigenen Erfahrungen sammelten. Die Bilder, Begegnungen und Erfahrungen an diesem besonderen Ort erzeugten bei vielen starke Empfindungen, wie aus einer Reihe überlieferter Berichte hervorgeht. Gerade die Grenzanlagen und -kontrollen am Fährhafen in Saßnitz vermittelten skandinavischen Reisenden einen ersten und in vielen Fällen prägenden Eindruck

⁵⁶ Kirsch, *Stille aber ist Mangelware*, S. 125 und S. 162.

⁵⁷ Meine Übersetzung. Im Original: »reduceras representationen av DDR till flykt gräns och stormaktspolitik«. Seiler Brylla, *Den beväpnade Freden*, S. 155.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR*, S. 450–465.

⁶⁰ Meine Übersetzung. Im Original »Bakom sin mur, sin taggtråd och sina försåtliga gränshinder förblir Östtyskland ett fängelse«, Palme i Östtyskland, Leitartikel in: *Svenska Dagbladet* vom 2.7.1984.

vom sozialistischen deutschen Nachbarstaat und seinem Grenzregime. Die Prozeduren der peniblen Pass- und Zollkontrolle wiederholten sich bei der Ausreise – sei es bei der Rückfahrt mit der Fähre, an den Grenzübergängen nach West-Berlin oder an der innerdeutschen Grenze. Die Einreise war mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden. Einen Einblick in die Dinge, die dabei für schwedische DDR-Besucher zu beachten waren, geben die zeitgenössischen Ausführungen von Eva Christine Nilsson, die in den 1980er-Jahren an der Universität Greifswald als schwedische Gaststudentin Geschichte studierte und 1987 für die schwedische kirchliche Studiengesellschaft ein Studienbuch über die DDR veröffentlichte.⁶¹ Nilsson berichtete von Nervosität bei den Reisenden aufgrund der peniblen dreistufigen Kontrolle beim Grenzübertritt und warnte regelrecht vor den Eindrücken an der Grenze der DDR: »Das erste, auf das ein Besucher der DDR trifft, ist die Grenze, eine Grenze, die leicht Unbehagen auslösen kann mit allen Soldaten, Kontrollen und Stacheldraht.«⁶² Sie machte ihre Leser jedoch zugleich darauf aufmerksam, dass es wichtig sei, nicht an der Grenze stehenzubleiben, da die DDR mehr als diese sei.⁶³

Schilderungen von solchen eindrücklichen Erfahrungen an der Grenze finden sich wiederholt in überlieferten Berichten schwedischer Gruppen über ihre Reise in die DDR. So schrieb zum Beispiel eine Schülerin aus der neunten Klasse einer Schule in Malmö in den Bericht über ihre Klassenfahrt im Herbst 1988 nach »Ostdeutschland«, dass sie und ihre Mitschüler bei den genauen Kontrollen etwas Angst an der Grenze der DDR bekamen und führte aus: »Man atmete erleichtert auf, als man den Pass zurückerhielt.«⁶⁴ Im Bericht einer Musikpädagogin über eine Studienexkursion der kommunalen Musikschule Halmstad griff die Verfasserin zum sprachlichen Hilfsmittel Sarkasmus, um über die Kontrollen an der Grenze durch »ambitiöse Staatsdiener« zu berichten: »Nachdem wir weder Autotelefone, Waffen oder Geschenke mit uns führten, wurde uns die Weiterfahrt gestattet.«⁶⁵ Auch die »leise Überwachung« durch die Polizei der DDR mit ihren hohen Wachtürmen entlang der Autobahn machte einen entsprechenden Eindruck und fand Erwähnung in ihrem Reisebericht. Aus einem anderen Bericht über eine Studienreise von Freizeitleitern der Volkshochschule Kalix 1980 nach Ost-Berlin zum Thema »Kultur und Freizeit in der DDR« geht hervor, dass die Teilnehmer eine Atmosphäre der Un-

⁶¹ Eva Christina Nilsson: *Möte med DDR – en nyckel inför resan*, Stockholm 1987.

⁶² Meine Übersetzung. Im Original: »Det första som möter en besökare till DDR är gränsen, en gräns som lätt kann ge obehag med alle soldater, kontroller och taggtråd«, ebd., S. 54.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Riksarkivet Stockholm (RA), DDR-Kulturzentrum Stockholm, Vol. 21, »Ostdeutschland 5–8 Oktober 1988 – ein Reisebericht« der 9. Klasse der Stenkulaskolan in Malmö, S. 1.

⁶⁵ Meine Übersetzung. Im Original: »Eftersom vi varken medförde biltelefon, vapen eller presenter tilläts vi försätta färdan«, RA, DDR-Kulturzentrum Stockholm, Vol. 21, *Musikskolor i Öst – Studiebesök i DDR*, Bericht von Eva Aronson, Musikpädagogin an der Kommunalen Musikschule in Halmstad, S. 1.

freiheit spürten. Sie wunderten sich auch darüber, dass sie eigentlich nie mit der Bevölkerung der DDR in Kontakt kamen.⁶⁶

Die Kontrollen an der Grenze – vor allem bei der Einreise über Saßnitz – hinterließen nachhaltige Eindrücke bei den Reisenden. Auch die fehlende Reisefreiheit für die normalen DDR-Bürger wurde aufgegriffen, die für viele Reisende aus Schweden schwer zu verstehen war. Geradezu etwas naiv heißt es zum Abschluss eines umfangreichen Berichts über eine Studienreise von Freizeitleitern einer Volkshochschule in Borlänge im Jahr 1979: »Wir glauben nicht, dass das Land besonders viel verlieren würde, wenn man die Bürger mehr frei reisen lassen würde.«⁶⁷ Bei einem Teil der Reisegruppen und Delegationen aus Schweden wurden das Thema Berliner Mauer durch die Propaganda der DDR offensiv gehandhabt und Informationen an der Grenze zu West-Berlin durch Offiziere der Grenztruppen der DDR angeboten, die jedoch bisweilen nicht den gewünschten Erfolg erzielten. So wunderte sich der Berichterstatter einer Reisegruppe im Frühjahr 1980 über die an der Berliner Mauer erhaltene Information, dass 25 Ost-Berliner ihr Leben verloren hätten, aber seltsamerweise keiner von der Westseite.⁶⁸

Eine besondere Gruppe von Schweden, die ab 1972 jedes Jahr in die DDR reisten, waren die bereits erwähnten Deutschlehrer an schwedischen Schulen, die in Leipzig am Herder-Institut einen mehrwöchigen Fortbildungskurs absolvierten. Kurse, die eigentlich ein positives DDR-Bild für diese wichtige Gruppe schwedischer Multiplikatoren vermitteln sollten. Der dafür zuständige langjährige Mitarbeiter der Fortbildungsabteilung berichtete hingegen in einem Zeitzeugeninterview 2003, dass gerade die Erfahrungen an der Grenze der DDR bei der Ein- und Ausreise besonders negative Eindrücke bei den schwedischen Kursteilnehmern hinterließen. Anders als offizielle schwedische Delegationen mit führenden Köpfen aus der Politik oder Vertretern der Freundschaftsgesellschaft Schweden-DDR wurden sie nicht bevorzugt behandelt.⁶⁹

Die Erlebnisse und Erfahrungen an der Grenze zur DDR fanden nicht nur Eingang in zeitgenössische Schilderungen, sondern auch in Berichte, die zum Teil erst lange Zeit nach dem Ende der DDR verfasst wurden. Einer soll hier exemplarisch angeführt werden. Noch 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer erinnert sich der

⁶⁶ Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek Stockholm (ARAB): Förbundet Sverige-DDR, Vol. 28, Bericht über die Studienreise »Kultur och Fritid« der Kalix folkhögskola, Frühjahrssemester 1980, S. 20 und S. 23.

⁶⁷ Meine Übersetzung. Im Original: »Vi tror inte att landet skulle förlora skärskilt mycket på att låta medborgarna resa mera fritt«. RA, DDR-Kulturzentrum Stockholm, Vol. 21, »Reserapport – DDR: kulturarbete och fritid i ett socialistiskt land, Fornby Folkhögskola,«, 15.5.1979, S. 30.

⁶⁸ Siehe RA, DDR-Kulturzentrum Stockholm, Vol. 21, »Dagbok DDR – 80« Tagebuch der Studienreise der Brunnsviks Volkshochschule, Eintrag für Montag, den 28.4.1980, S. 2.

⁶⁹ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 212 und S. 346 f.

schwedische Journalist Göran Fröjdh in einem Artikel über seine letzte Reise in die DDR im Sommer 1989 an die unheimliche Situation der nächtlichen Passkontrolle im Nachtzug von Malmö nach Berlin am Fährhafen in Saßnitz. Anschaulich schreibt er vom Gebell der Wachhunde, von Scheinwerfern und schwerbewaffneten Grenzpolizisten. Auch an die barsche Aufforderung »Passkontrolle bitte« eines grimmig dreinschauenden Grenzpolizisten erinnert sich Fröjdh, wobei er unterstreicht, dass es in dem Wort »bitte« keinerlei Freundlichkeit gab, sondern es sich eher um einen militärischen Befehl handelte.⁷⁰

Deutlich wird aus der damaligen schwedischen medialen Berichterstattung sowie aus den Aufzeichnungen schwedischer Reisender in die DDR, dass deren Grenze mit ihrem unmenschlichen Charakter in Schweden negativ beurteilt wurde und sich so auch auf die Wahrnehmung der DDR und ihr Image auswirkte. Die Berliner Mauer sowie die stark befestigte Grenze mit ihren schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung der DDR schwebten stets wie ein Schatten mit und waren oftmals präsent, wenn es im öffentlichen Diskurs in Schweden um die DDR ging. Ferner ist davon auszugehen, dass die militärisch hochgerüstete Grenze, aber auch Berichterstattungen in der schwedischen Presse über militärische Drohkulissen und Aufmärsche zur Feier von Jahrestagen der DDR, das durch die Auslandspropaganda der DDR in Schweden verbreitete Bild eines friedensliebenden Landes konterkarierten.⁷¹

Abschließend soll hervorgehoben werden, dass die Ausbürgerung Wolf Biermanns am 16. November 1976 in Schweden hohe Wellen schlug und zu einem nachhaltigen Imageverlust der DDR führte. Deren Institutionen der Auslandsinformation in Schweden wurden in ihrer Arbeit fortwährend und kritisch zu diesem Thema konfrontiert – zumal Wolf Biermann nach seiner Ausbürgerung häufiger zu Konzerten in Schweden weilte.⁷² Umfassend war die Berichterstattung über die Ausbürgerung in den großen schwedischen Tageszeitungen, die der Öffentlichkeit die Möglichkeit boten, sich aufgrund dieses Vorfalls »eine eigene Meinung über die repressive Kulturpolitik, die fehlende Meinungsfreiheit und die Menschenrechtsverletzungen in der DDR [zu] machen«.⁷³ Auch die öffentlichen Reaktionen in der schwedischen Germanistik sowie unter Intellektuellen fielen harsch aus und beeinflussten die weitere Zusammenarbeit mit dem DDR-Kulturzentrum und dem Deutschlektorat.⁷⁴

Betrachtet man abschließend die Frage, wie sich die damalige schwedische Sicht auf die Dimension Governance der DDR gestaltet hat, dann kann konstatiert wer-

⁷⁰ Göran Fröjdh: Passkontrolle, Bitte – den sista resan genom DDR, in: Fröjdhpunktes vom 4.11.2014, URL: <https://www.frojdh.se/> (2.4.2021).

⁷¹ Abraham, Die politische Auslandsarbeit der DDR, S. 450 f.

⁷² Ebd., S. 287–291.

⁷³ Ebd., S. 456.

⁷⁴ Almgren, Inte bara Stasi, S. 53–58.

den, dass diese immer wieder sowohl vom Thema der Grenze als auch durch die Wahrnehmung der politischen Entscheidungen der SED-Führung mit drastischen Folgen für die Menschen in der DDR beeinflusst worden ist. Deshalb ist im Hinblick auf diese Dimension des Nation Brand Hexagons letztlich von einer weitgehend negativen Einschätzung der DDR in Schweden in den 1970er- und 1980er-Jahren auszugehen, die sich sehr direkt auf die gesamte Ländermarke der DDR auswirkte.

Schlussbetrachtung

Die Behandlung der schwedischen Sicht auf die DDR in den 1970er- und 1980er-Jahren unterliegt methodischen Herausforderungen, da es schwierig ist, das Image der DDR in Schweden nachträglich zu messen. Anhand der sechs Dimensionen des Nation Brand Hexagons, eines heute gängigen Instrumentariums zur Messung der Stärke von Ländermarken, kann die damalige Sicht in Schweden auf den sozialistischen deutschen Staat auf Grundlage der Ergebnisse aktueller Forschung sowie ausgewählter Quellen so weit wie möglich rekonstruiert werden. Analytische Dimensionen des Ländermarketings, bei denen in der vorliegenden Betrachtung eher von einer positiven Bewertung zur damaligen Zeit ausgegangen wird, waren die schwedische Sicht auf die ostdeutsche Bevölkerung sowie die Wahrnehmung der kulturellen Leistungen in der DDR, wobei die Kulturpolitik der Dimension Governance zugeordnet wird. Im Hinblick auf das mögliche Potenzial für Investitionen aus Schweden und der Anziehungskraft hinsichtlich einer Immigration in die DDR wurde aufgrund deren politischen und wirtschaftlichen Systems sowie des vergleichsweise niedrigeren Lebensstandards keine positive Resonanz von schwedischer Seite in den 1970er- und 1980er-Jahren angenommen. Da das Handelsvolumen mit der DDR aus schwedischer Sicht sehr gering gewesen ist und Marken und Produkte »Made in West-Germany« auf dem schwedischen Markt deutlich dominierten, wird geschlossen, dass die DDR auch in der auf den Handel bezogenen Dimension in Schweden als nicht stark wahrgenommen wurde und diese somit auch nicht zu einem positiven Länderimage beigetragen hat. Das Gleiche gilt auch für die Dimension Tourismus. Hierfür war die Zahl der schwedischen Urlauber in der DDR als Indikator für die Attraktivität des Landes einfach zu gering. Es wird die Auffassung vertreten, dass zentrale Aspekte der Nation Brand Dimension Governance die schwedische Sicht auf die DDR dominierten und somit auch die Herausbildung des Images der DDR stark beeinflussten. Solche Aspekte waren vor allem die Wahrnehmungen des unmenschlichen Charakters der Grenze der DDR, symbolisiert durch die Berliner Mauer, aber auch die dortigen Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung. Bei diesen Themen stieß der Wille vieler Schweden, beide deutschen Staaten möglichst objektiv und gleich zu behandeln, an seine Gren-

zen. Das menschenverachtende Grenz-Regime der DDR wurde zu einer Art »außenpolitische Achillesferse« und schadete ihrem Ansehen in Schweden in erheblichem Maße. Es überschattete auch die anderen in diesem Beitrag diskutierten und zum Teil positiv eingeschätzten Nation Brand Dimensionen. Die genannten systemimmanenten Faktoren setzten dem Erfolg der außenpolitischen Vermarktung der DDR Grenzen, in einer Zeit als, sinnbildlich gesprochen, das starke Licht der wirtschaftlich überlegenen demokratischen Bundesrepublik auch nach Schweden strahlte und dort überzeugte.

Einer nachträglichen Rekonstruktion der schwedischen Sicht auf die DDR anhand der Dimensionen des Nation Brand Hexagons sind in ihrer Reichweite methodisch Grenzen gesetzt. Es bleibt eine Konstruktion und manche Aspekte und Facetten der vielfältigen Beziehungen zwischen Schweden und der DDR konnten nicht berücksichtigt werden. Mit diesem Beitrag soll die Diskussion und die weitere Forschung zu diesem außenpolitischen Themenbereich angeregt werden.

Jann Thorge Thoeming

Positive Externalisierung versus Ausschaltung

Wohlfahrtsstaatliche Pfadunterschiede am Beispiel der Bahnhofsmision

Für die konfessionelle Wohlfahrt kulminierte 1956 die sozialpolitische Pfadaufteilung beider deutscher Staaten, die sich in spezieller Weise auf dem Gebiet der mit dem Interzonenverkehr befassten Bahnhofsfürsorge abzeichnete. Im Januar des Jahres wurde das Gros der Bahnhofsmissionen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), darunter sämtliche in Mecklenburg-Vorpommern, im Zuge einer Geheimdienst- und Propagandakampagne geschlossen. In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) hingegen wurden die Bahnhofsmissionen, insbesondere die an der innerdeutschen Demarkationslinie gelegenen Grenzstationen¹, zur politischen Beeinflussung und materiellen Unterstützung interzonal reisender DDR-Bürger systematisch subventioniert. Dabei wurde die Führungsebene der Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmision (KKBM)², der bundesweit agierende Dachverband der caritativen Einrichtungen, in politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG) miteinbezogen.

¹ Folgende sieben Bahnhofsmissionen existierten in direkter Grenznähe: Lübeck (1908/1945 bis heute), Büchen (1956–1995), Wolfsburg (1954–1993), Helmstedt (1945–1993), Bebra (1920/45–2010), Ludwigsstadt (1953–1995), Hof (1924/45 bis heute). Viele Stationen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg und der Schließung durch die Nationalsozialisten von 1939 bis 1945 ein zweites Mal »wiedergegründet« – daher die teilweise doppelten Gründungsjahre.

² Zur institutionellen Entwicklung der Bahnhofsmision Bruno W. Nikles: Soziale Hilfe am Bahnhof. Zur Geschichte der Bahnhofsmision in Deutschland (1894–1960), Freiburg im Breisgau 1994, S. 93 (künftig zitiert: Nikles, Soziale Hilfe am Bahnhof). – Jann-Thorge Thöming: Bahnhofsmision Büchen. Ein Spalt im Eisernen Vorhang (= Kieler Werkstücke, Reihe A, Bd. 55), Berlin 2020, S. 32 f. (künftig zitiert: Thöming, Bahnhofsmision Büchen).

Positive Externalisierung³ in der Bundesrepublik Deutschland

Auf Seiten der Bundesrepublik war der schrittweise Anstieg des sozialpolitischen Aktions- und Leistungsniveaus seit der Staatsgründung im Jahr 1949 auch ein Ausdruck der auf diesem Politikfeld ausgetragenen systemantagonistischen Abgrenzungskonkurrenz. Selbst wenn die These als widerlegt gilt, dass die politischen Zentrifugalkräfte dieser Konfliktsituation hauptverantwortlich für die sozialpolitischen Fortschritte der Adenauer-Ära waren, lassen sich im Kontext des subtil ausgefochtenen Systemkampfs doch bestimmte diesbezügliche Dynamiken erkennen. Gerade dort, wo sich erhöhte Einflussmöglichkeiten auf DDR-Bürger ergaben, etwa im Kontext der caritativen Betreuung des Interzonenverkehrs in direkter Grenznähe oder durch monetäre Beihilfen und Kulturgutscheine im Zonenrandgebiet, fanden gezielte staatliche Förderungen statt.

Begleitet wurde diese Herangehensweise von zugespitzter Rhetorik, wobei die Bonner Sozialpolitik im »juste milieu« zur Adenauer-Zeit als »kapitalistische Lazarettstation«, die »sozialistische Fortschrittsgewissheit« der DDR samt »Eintopfversicherung« hingegen als sozialistischer Horror verklärt wurde. Besonders akzentuiert bildete sich dies in der sozialdemokratischen Verlautbarungssprache ab. So polemisierte SPD-Sozialpolitiker Ludwig Preller (1897–1974; Mitglied des Bundestages 1951 bis 1957) auf dem vom 24. bis 26. September 1952 stattgefundenen Dortmunder Parteitag: »Insbesondere im Kalten Kriege entscheiden die Bataillone der besseren Sozialleistungen.«⁴ Gedacht war dies als Konturierung der eigenen Position im Vorwahlkampf zum zweiten Deutschen Bundestag, dessen Urnengang am 6. September 1953 anstand. Analog zum damaligen Zeitgeist gingen derlei rhe-

³ Der Begriff der Externalisierung ist in den Sozial- und Politikwissenschaften traditionell negativ konnotiert. Er bezeichnet in der Regel Strategien von Staaten oder Unternehmen, mit denen Kosten, Risiken oder unerwünschte Nebenfolgen eigenen Handelns auf externe Akteure verlagert werden. Häufig sind dies ärmere Staaten oder marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Klassische Beispiele reichen von der Auslagerung umweltbelastender Industrien über grenznahe Atomkraftwerke bis hin zur Externalisierung migrations- und sicherheitspolitischer Risiken an Drittstaaten. In all diesen Fällen dient Externalisierung der Stabilisierung des eigenen Wohlstands-, Sicherheits- oder Ordnungssystems zulasten anderer. Vor diesem begrifflichen Hintergrund ist der Terminus der Positiven Externalisierung bemerkenswert. Er beschreibt einen normativ gegenläufigen Vorgang: die gezielte Externalisierung sozialstaatlicher Leistungen über die eigene Staatsgrenze hinweg zugunsten der Bevölkerung eines politisch rivalisierenden Systems. Am Beispiel der Grenzbahnhofsmmissionen der Bundesrepublik Deutschland im Kalten Krieg wird deutlich, dass Externalisierung nicht zwingend mit der Verlagerung von Lasten verbunden sein muss, sondern auch als Instrument wohlfahrtsstaatlicher, humanitärer und symbolpolitischer Intervention fungieren kann.

⁴ Thöming, Bahnhofsmission Büchen, zit. nach: Hans Günter Hockerts: West und Ost – Vergleich der Sozialpolitik in den beiden deutschen Staaten, in: Zeitschrift für Sozialreform, 55. Jg. (2009), H. 1, S. 41–56, hier S. 51.

torische Spitzen in der Chronologie des auf dem Feld der Fürsorge ausgetragenen Systemkampfs indes einher mit der parallelen Ausarbeitung geheimer Strategien zur Psychologischen Kriegsführung. Hierbei oblag dem BMG die Federführung. Nach Konsolidierung des eigenen Organisationsaufbaus war das Ressort bereits 1951 in einen institutionellen Annäherungsprozess mit den US-Amerikanern getreten.⁵

Im Spätherbst 1952 erreichte den Staatssekretär im Kanzleramt Dr. Otto Lenz ein vom Auslandsgeheimdienst der USA, der Central Intelligence Agency (CIA), angeregtes Memorandum, das ihm vom *Office of Coordination and Special Advisor* bei der amerikanischen Botschaft im Bonner Ortsteil Mehlem zugespielt wurde. In der »Erklärung über die Haltung der Widerstandsgruppen« wurde der Bundesregierung erstmals transparent dargestellt, dass mehrere deutsche Apparate und Organisationen des Kalten Kriegs von den US-Amerikanern mit Geldern unterstützt werden und eine engere und konstruktive Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ostarbeit erwünscht wurde. Lenz beraumte daraufhin am 14. November 1952 eine Besprechung im Kanzleramt mit dem Bundesministerium des Inneren (BMdI), dem Regierenden Bürgermeister Berlins sowie BMG-Staatssekretär Franz Thedieck (1900–1995) an. Daran anknüpfend erarbeitete der BMG-Abteilungsleiter Ewert von Dellinghausen (1909–1996) mit Rückendeckung Thediecks am 3. Dezember 1952 ein streng geheimes Positionspapier, das mit den US-Amerikanern, Kanzleramt, BMdI und Verfassungsschutz kommuniziert wurde und die weiteren Ambitionen des BMG im Bereich der Psychologischen Kriegsführung umriss. Demzufolge sollte die DDR-Bevölkerung, bei der die Ablehnung der kommunistischen Machthaber ohnehin tendenziell verbreitet war, in ihrem Widerstandswillen und der Geisteshaltung, einer westorientierten Wiedervereinigung positiv gesonnen zu sein, kontinuierlich bestärkt werden. Angewandt werden sollte hierbei »Propaganda im weitesten Sinne«: Durch permanentes Aufzeigen einer vorteilhaften Lebenswirklichkeit im freien Westen sollten systemische Unterscheidungsmerkmale und mögliche Zukunftsperspektiven vermittelt werden.⁶

In der Folge entwickelte sich in Westdeutschland ein für die Bahnhofsmissionen günstiges politisches Klima, das zur flächendeckenden Unterstützung der Einrichtungen führte. Im Politikzyklus der jungen Bundesrepublik basierten die materiellen und pekuniären Beihilfen für Besuchsreisende aus der DDR dabei indes auf doppelter Triebfeder – dem häufigen Problem der Mittellosigkeit einreisender DDR-Bürger sowie der vom BMG elaborierten Notwendigkeit, diese im Rahmen der Psychologischen Kriegsführung politisch zu beeinflussen. Bereits im Jahr 1950 war die KKBm an die neue »Bundesregierung Bonn« herangetreten, um die Bahnhofsmis-

⁵ Stefan Creuzberger: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 69), Düsseldorf 2008, S. 205 (künftig zitiert: Creuzberger, Kampf für die Einheit).

⁶ Ebd., S. 360.

sionsarbeit strukturell fördern zu lassen und hatte ihr Anliegen mit eindrucksvollem Zahlenwerk belegt.⁷ In einem Schreiben vom 21. Februar 1951 wurden schätzungsweise gar 50 Millionen »Heimatlose, Heimkehrer und sonstige Hilfsbedürftige« ins Feld geführt, die in den Jahren 1945 bis 1950 in den Stationen beider Konfessionen betreut und denen über »25 Millionen Verpflegungsportionen mit Hilfe von Auslands-Liebesgaben verabreicht« worden waren. Zustande kamen diese Zahlen unter der Annahme, dass von den millionenfach von Flucht und Vertreibung betroffenen Landsleuten vielen mehrfach in verschiedenen Bahnhofsmissionen eine Notversorgung zuteilgeworden war. Schließlich umfasste die erste durch BMdI und BMG veranlasste Förderung der KKBM im Jahr 1951 rund 40.000 DM. In den Folgejahren gingen die Zuschüsse in den sechsstelligen Bereich über, sodass sie sich bis 1989 auf mehrere Millionen DM summierten. Angesichts der dringenden zeithistorischen Herausforderungen im deutsch-deutschen Reiseverkehr intensivierte sich der Kontakt zwischen Bahnhofsmission und BMG ab Juli 1956. Daraufhin wurden ab Dezember 1956 bundesweit abrechnungsfähige Einreisebeihilfen für Besucher aus der DDR in Höhe von 2,50 DM eingeführt, die die Bahnhofsmissionen vorschossen und vom BMG zurückbekamen. Bei der diesbezüglichen Maßnahmenaushandlung fungierten die Geschäftsführerinnen der ökumenisch strukturierten KKBM – für die evangelische Seite die Äbtissin Armgard von Alvensleben (1893–1970) und ihr katholisches Pendant Elisabeth Denis (1900–1969) – als geschätzte Beraterinnen in der sozialpolitischen Nische der caritativen Betreuung des Interzonenverkehrs. Hierbei standen sie in engem Austausch mit Dr. Hans Liebrich, der im BMG innerhalb der Abteilung I »SBZ, deutscher Osten« das mit der Kanalisierung von Hilfsmaßnahmen in Richtung DDR beauftragte Referat I 6 leitete. In »wohlwollender Erwägung« und aus der Perspektive der »praktischen sozialen Hilfe« an den Bahnhöfen wurden die Empfehlungen der KKBM bei der Erstellung von Hilfsrichtlinien für Reisende und Besucher aus der DDR berücksichtigt.⁸ Als es 1963 um die Verstetigung der auf die Bahnhofsfürsorge projektierten Bezuschussungspraxis ging, erstellte Liebrich unter anderem bei Ortsterminen vom 7. bis 8. Mai in der Grenzstation Bebra und vom 26. bis 29. Mai in Büchen selbst umfassende Lagebilder. Auch im Folgejahr besuchte er neben Bebra und Büchen die Standorte Hannover, Wolfsburg, Helmstedt, Lübeck,

⁷ Demnach waren 1948 etwa 234.000 heimkehrende Soldaten an den Bahnhöfen betreut worden, wobei die Zahl 1949 »entsprechend der verminderten Entlassungen auf ca. 25.000 zurückgegangen« war. Zudem wurden im Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland rund 180.000 Mütter mit Kindern, darunter 52.000 Kleinkinder, 332.000 Jugendliche sowie 117.000 Alte, Gebrechliche und Kranke bahnhofsmissionarisch begleitet, Entwurf für Bundesregierung Bonn, Hannover, 1950, Archiv des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (ADW) VBM 24.

⁸ Bundesarchiv Koblenz (BArch) B 137/4814, Akte 10827/56, BMG an KKBM, 5.9.1956, Betr.: Betreuung von Besuchern aus der SBZ. Bezug: Ihr Schreiben vom 14.7.1956.

Ludwigsstadt, Hof, Frankfurt, Mannheim und Karlsruhe. Immer wieder kam es zu Stippvisiten von BMG-Mitarbeitern in Bahnhofsmissionen.⁹

Seit Gründung des Ministeriums war Dr. Hans Liebrich, der die Kooperation mit der Bahnhofsmission in die Wege geleitet hatte, mit dem Aufgabenkomplex der auf die DDR-Bevölkerung orientierten Betreuungsmaßnahmen und materiellen Hilfen befasst gewesen. Durch ihre exponierte Lage an den urbanen Verkehrsknotenpunkten mit vielen Zugriffsmöglichkeiten auf Menschen im Interzonenverkehr und die Vernetztheit der Bahnhofsmission im Bereich der gegen das SED-MfS-System opponierenden Kirche entstand eine institutionalisierte Partnerschaft auf diesem operativen Feld gesamtdeutscher Politik. Ferner beschrieb der FDP-Politiker und Vizekanzler Erich Mende (1916–1998), Leiter des gesamtdeutschen Ressorts von 1963 bis 1966, das BMG hinsichtlich des aus der Entstehungsphase tradierten Personalstamms als »Hochburg sehr streng konservativ christlich-demokratischer Gesinnung« – wohingegen Franz Thedieck und andere BMG-Mitarbeitende jedoch die »absichtliche Auswahl von regulären und linientreuen CDU-Leuten« in Abrede stellten.¹⁰ Unbestreitbar ist aber, dass die Kooperation des BMG mit den Bahnhofsmissionen mit einer besonderen Überschneidung des Wertekanons der beteiligten Akteure einherging.

Auch die KKBm bestätigte die bereits in vielen Städten und Kommunen bemerkte Problematik, dass »die Besucher aus der Ostzone« mit »keinerlei Westgeld«, oft als Bedürftige ankamen. Ferner rollten die Interzonenzüge zumeist »abends, oft mit viel Verspätung an«, was zu langen Wartezeiten auf die Anschlusszüge führte. Doch für eine günstige Unterkunft bis zum nächsten Morgen, Verpflegung, die Benutzung von Fernsprechern, Straßenbahnen oder Toiletten fehlten den Einreisenden die Mittel.¹¹ Es folgte der systematische Einbezug der Bahnhofsmissionen in die Planungen des BMG – eine reziproke Gewinnsituation, da die KKBm sich nach dem Schock der Ausschaltung der DDR-Bahnhofsmissionen dazu bemächtigt sah, das caritative Potenzial ihrer exponierten Standorte an den Grenzbahnhöfen weiter ausschöpfen

⁹ BArch B 137/4814, Akte 16264/63, BMG, Interner Bericht, 9.5.1963, Betr.: Bahnhofsmission in Bebra. – Ebd., Akte 16286/63, BMG, Interner Bericht, 30.5.1963, Betr.: Bahnhofsmission Büchen. – ADW VBM 29, Verband der Evangelischen Deutschen Bahnhofsmission e.V., Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1964.

¹⁰ Gisela Rüß: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970 (= Münchener Studien zur Politik, Bd. 23), München 1973, S. 19 (künftig zitiert: Rüß, Anatomie einer politischen Verwaltung).

¹¹ Wolfgang Reusch: Bahnhofsmission in Deutschland 1897–1987. Sozialwissenschaftliche Analyse einer diakonisch-caritativen Einrichtung im sozialen Wandel (= Strafvollzug, Randgruppen, Soziale Hilfen, Bd. 5), Frankfurt am Main 1988, S. 85, zitiert aus einem Antrag der KKBm an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, enthalten in: Hermine Bäcker: Geschichte der Bahnhofsmission, Kapitel: Die Evangelische Bahnhofsmission nach 1945, S. 36, ADW HGSt 1425.

zu können. Am 8. September 1951 setzte das Bundesinnenministerium die in diesem Kontext teilweise bereits gelebte Praxis einer Kooperation der Bezirksfürsorgeverbände mit den Bahnhofsmmissionen auf die Agenda. Bezug genommen wurde hierbei auf ein von der KKBM im Juli des Jahres an das Ressort gesandtes Schreiben, welches ergab, dass »insbesondere an den Brennpunkten des Verkehrs die Arbeit der Bahnhofsmmission anscheinend unzureichend gefördert wird, ja sogar insgesamt als stark gefährdet bezeichnet werden muss«. Daher wurden sämtliche Sozialminister der Bundesrepublik per Rundschreiben informiert, dass »in einzelnen Orten zwischen den Bezirksfürsorgeverbänden und den Bahnhofsmmissionen Vereinbarungen über die Erstattung der durch die Bahnhofsmmission vorgelegten Leistungen abgeschlossen sind«. Allen übrigen Fürsorgeverbänden wurden ähnliche Vereinbarungen nahegelegt.¹²

Im nächsten Schritt und im Rahmen der vom BMG in Kooperation mit der CIA ab 1952 herausgearbeiteten Strategie zur Psychologischen Kriegsführung flossen staatliche Gelder in pragmatische Beihilfen, die primär auf Besuchsreisende aus der DDR projiziert waren und sich mit Versorgungsmängeln in der DDR überschnitten. Flankiert wurden derlei Ansätze durch das hochkarätig besetzte, am 14. Juni 1954 gegründete Kuratorium Unteilbares Deutschland – Ausschuss für Fragen der Wiedervereinigung e.V. (KUD). Wesentliche inhaltliche Impulse erhielt die überparteiliche Organisation ebenfalls vom BMG, in Person des ersten Ministers für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser (1888–1961). Zu diesen Maßnahmen gehörten materielle und medizinische Versorgungsleistungen, die Übernahme von Reisekosten sowie kulturelle Partizipationsmöglichkeiten in Form von Gutscheinen für Kinos, Museen oder Sportvereine. Die erste diesbezügliche Richtlinie des BMG zur Querfinanzierung entsprechender Angebote auf kommunaler Ebene erfolgte zum Dezember 1953 in Form einer »aus Sondermitteln finanzierten Hilfsaktion zugunsten sowjetzonaler Interzonenreisender«, die »neben Unterstützungen für den Lebensunterhalt und der Deckung der Rückreisekosten auch Leistungen der Krankenhilfe umfaßte«.¹³

Obschon eine angespannte Haushaltslage immer noch prävalent war, nahm die Entwicklung auf Betreiben des KUD nun eine Dynamik in Richtung mehr Freigiebigkeit. Am 14. September 1954 stellte der Finanzausschuss des Deutschen Städte-

¹² Niedersächsisches Landesarchiv (NLA), WO, 94 N, Nr. 441, Abschrift. Der Bundesminister des Innern, Bonn, den 8.9.1951, Betr. Bahnhofsmmission und Fürsorgeverbände, NLA WO, 94 N, Nr. 441.

¹³ Archiv Hansestadt Lübeck (AHL), Nr. 1195, Abschrift. Der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein, Kiel-Wik, den 21. Oktober 1954, Az.: IX/50b – 2119 f Tgb. Nr. 168/54, Runderlaß an alle Kreise und kreisfreien Städte des Landes Schleswig-Holstein – Bezirksfürsorgeverbände.
Oktober 1954, Az.: IX/50b – 2119 f Tgb. Nr. 168/54, Runderlaß an alle Kreise und kreisfreien Städte des Landes Schleswig-Holstein – Bezirksfürsorgeverbände.

tags die Sonderrolle der Interzonenreisenden und die prinzipiell ungeklärte Handhabung diesbezüglicher personaler Subventionen fest. Es wurde dargelegt, dass »die Aufwendungen der Stadt Lübeck an Reisekosten für Besucher aus der Ostzone ständig zunehmen« und dass es sich um keine Fürsorgeleistungen im eigentlichen Sinne handelte. Auch in anderen Städten stiegen aber diesbezügliche Ausgaben der Fürsorgeämter, die »nicht über die Kriegsfolgenhilfe mit dem Bund verrechnet werden« konnten, weshalb dem BMG die Verantwortung zugesprochen wurde.¹⁴ Schließlich wurde aufgrund eines von Franz Thedieck im Einvernehmen mit dem BMdI an die Sozialministerien der Bundesländer zur Weiterleitung an die Bezirksfürsorgeverbände am 12. Oktober 1954 kommunizierten Erlasses zunächst die Krankenhilfe für Besucher aus der DDR verstetigt. Nun galt: »Bei der Beurteilung der Bedürftigkeit des Kranken und der Leistungsfähigkeit der ihm gegenüber Unterhaltspflichtigen soll nicht kleinlich verfahren werden« – auch wenn maßgeblich blieb, dass die vorhandenen Mittel »möglichst sparsam zu bewirtschaften« seien.¹⁵ Bemerkbar wurde nun die schrittweise Überführung der zuvor unter Auslegung der Kriegsfolgenhilfe von den lokalen Fürsorgebehörden erbrachten Leistungen zugunsten der DDR-Bevölkerung unter die Federführung des BMG.

Auch das nun folgende Umdenken im Bereich der Reisekostenerstattung passierte analog zur fortschreitenden Ostorientierung der BMG-Agenda. Hinsichtlich der »Rückreisebeihilfen für Bewohner der sowjetischen Besatzungszone (einschl. Ost-Berlins), die sich zu Besuch im Bundesgebiet aufhalten« berichtete Thedieck, dass ab 16. März 1955 »ein begrenzter Fonds zur Verfügung« stehe.¹⁶ Zuvor waren ab Juni 1950 seitens des BMdI an einigen Grenzübergängen amtliche Geldhinterlegungsstellen eingerichtet worden.¹⁷ Zudem hatte die KKBm im August 1953 per Rundfunk und Presse Angehörige von Interzonenreisenden aus der DDR auf die Möglichkeit der Geldhinterlegung in ihren Stationen hingewiesen.¹⁸

¹⁴ AHL, Nr. 1195, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses des Deutschen Städtetages – Landesverband Schleswig-Holstein – Dienstag, den 14. September 1954.

¹⁵ AHL, Nr. 1195, Abschrift. Der Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene des Landes Schleswig-Holstein, Kiel-Wik, den 21. Oktober 1954, Az.: IX/50b – 2119 f Tgb. Nr. 168/54, Runderlaß an alle Kreise und kreisfreien Städte des Landes Schleswig-Holstein – Bezirksfürsorgeverbände. Oktober 1954, Az.: IX/50b – 2119 f Tgb. Nr. 168/54, Runderlaß an alle Kreise und kreisfreien Städte des Landes Schleswig-Holstein – Bezirksfürsorgeverbände.

¹⁶ AHL, Nr. 1195, Betr.: Rückreisebeihilfen für Bewohner der sowjetischen Besatzungszone (einschl. Ost-Berlins), die sich zu Besuch im Bundesgebiet aufhalten.

¹⁷ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wolfenbüttel (HHStAW), Abt. 503, Nr. 5191, Wichtig für Interzonenreisende: Westmark können hinterlegt werden. Innenministerium richtet an den Grenzpunkten Geldaufbewahrungsstellen ein.

¹⁸ Landeskirchliches Archiv Kiel (LKAK), 45.01, Nr. 403, Reichsverband der Evangl. Deutschen Bahnhofsmmission, Hauptgeschäftsstelle für die Deutsche Bundesrepublik, Hannover, den 10. August 1953, Rundschreiben Nr. IV/53, gez. A. v. Alvensleben, Geschäftsführerin.

Staatlicherseits komplett erstattet worden waren Besuchern aus der DDR vor den im März 1955 ergriffenen BMG-Maßnahmen die Rückreisekosten indes nur vom Gastgeber bis zum nächsten Interzonenbahnhof der DDR. Auch darüber hinausgehende Reisekosten innerhalb der Bundesrepublik waren nur in Ausnahmefällen bezahlt worden, da Reisekosten im Tenor der politischen Debatte keine unmittelbare Förderwürdigkeit durch die Fürsorgeämter aufwiesen. Einheitlich wurde das Thema der auf Reisekosten bezogenen Geldhilfen durch die Schleswig-Holsteiner Landesregierung in Rücksprache mit dem BMG schließlich erst im Herbst 1956 geregelt.

Parallel zu in verschiedenen Städten, etwa in Lübeck und Kiel, gefassten Beschlüssen, die allgemeinen Barausgaben für DDR-Besucher auszuweiten¹⁹, trat ab Dezember 1956 die von KKB und BMG ausgearbeitete Regelung zur flächendeckenden Reisekostenbeihilfe in Höhe von 2,50 DM in Kraft. Sämtliche Bahnhofsmissionen im Bundesgebiet waren damit zu jenen »geeigneten örtlichen Betreuungsstellen der Wohlfahrtsverbände« aufgewertet worden, auf die in den vertraulichen »Richtlinien für die Bewilligung von Beihilfen an Besucher aus der SBZ, aus Berlin (Ost) und aus den ost- und südost-europäischen Vertreibungsgebieten« des BMG verwiesen worden war. Gedacht waren die Hilfen für Weiterfahrten »mit Kleinbahn oder Autobus vom Zielort der im Osten gekauften Fahrkarte bis zum eigentlichen Besuchsort im Bundesgebiet«, in Sonderfällen für »notwendige Telegramme oder Telefonate, für die Benutzung der Toilette oder ähnliche Erfordernisse.«²⁰ Diverse Pressemeldungen, Artikel und extra für DDR-Bürger gestaltete Hinweise verwiesen auf die Rolle der Bahnhofsmission als »erste Instanz«, die Fahrkarten und Gutscheine aushändigte.²¹ Die westdeutsche Bahnhofsmissionen waren sozialstaatliche Partner bei der Herausgabe von Unterstützungsleistungen und sorgten auf Staatskosten auch für das leibliche Wohl der Einreisenden. Hervorstechend war hierbei die groß angelegte Verteilaktion zum Weihnachtsfest 1956, die von BMG und KUD angeregt worden war.²² An allen Grenzbahnhofsmissionen wurden dabei 100.000 türkise Gutscheine

¹⁹ In Lübeck gab es ab dem 16. November 1956 zehn DM pro Person, in Kiel fünf DM für Personen unter 16 Jahren sowie zehn DM für Einzelpersonen ab 16 Jahren und 15 DM für zwei Personen, AHL, Nr. 1195, Hilfe für Besucher aus der DDR. Jeder erhält zehn DM in bar – kostenlos in Museen und Theater, Lübecker Freie Presse, 29. – AHL, Nr. 1195, November 1956 – Fraktion BHE/FDP/DP, Fraktion der SPD, Fraktion der CDU, Lübeck, den 16. Oktober 1956, Dringlichkeitsantrag, Betr.: Vergünstigungen für Besucher aus der sowjetisch besetzten Zone.

²⁰ LKAK, 15.01, Nr. 4096, Abschrift. Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmission in Deutschland, Freiburg, Hannover, 27. November 1956, Vertraulich!, Betr. Gewährung von Einreise-Beihilfen an Besucher aus der SBZ und Ostberlin oder aus den ost- und südosteuropäischen Vertreibungsgebieten durch die Bahnhofsmission.

²¹ AHL, Nr. 1195, Hilfe für Besucher aus der DDR. Jeder erhält zehn DM in bar – kostenlos in Museen und Theater, Lübecker Freie Presse, 29. November 1956.

²² AHL, Nr. 1195, Kreis Herzogtum Lauenburg. Der Landrat. Ratzeburg, den 5. November 1956. An Herrn Oberbürgermeister Dr. Böttcher in Lübeck. Betr.: Betreuung von Besuchern aus der sowjetischen Besatzungszone. Gez. Wandschneider.

Aachen	Gießen	Minden
Aalen	Göttingen	Mönchen-Gladbach
Augsburg	Goslar	München
Bamberg	Hagen	Münster
Bebra	Hamburg Hbf.	Northeim
Bielefeld	Hamm	Nürnberg
Bonn	Hanau/Main	Oberhausen
Braunschweig	Hannover	Offenbach
Bremen	Heilbronn	Oldenburg
Büchen (Hilfsgemeinschaft)	Helmstedt	Osnabrück
Celle	Hildesheim	Paderborn
Crailsheim	Hof	Passau
Dortmund	Kassel	Recklinghausen
Düsseldorf	Kiel	Regensburg
Duisburg	Köln	Rheine
Essen	Krefeld	Soest
Essen-Altenessen	Kreensen	Stuttgart
Flensburg	Lindau	Uelzen
Frankfurt (Haupthalle, Seitengang rechts)	Ludwigsstadt	Wanne-Eickel
Fürth	Lübeck	Wolfsburg
Fulda	Lüneburg	Würzburg
Gelsenkirchen	Mainz	Wuppertal-Elberfeld
	Mannheim	Wuppertal-Oberbarmen

GUTSCHEIN FÜR EINE WEIHNACHTSGABE

Wenn Sie Ihren Freunden in der Bundesrepublik, bei denen Sie das Weihnachtsfest verleben werden, eine Aufmerksamkeit erweisen möchten, erhalten Sie im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gegen Abgabe dieses Scheines ein Päckchen bei den umseitig genannten

Bahnhofsmissionen

jeweils am Hauptbahnhof.

Die Ausgabe erfolgt vom 21. Dezember früh bis 24. Dezember 1956 mittags.

Dieser Gutschein begründet keinen Rechtsanspruch.

Von KUD und BMG inspirierte Weihnachtsverteilaktion in den westdeutschen Bahnhofsmissionen im Jahr 1956.

für Pakete mit Genussmitteln á 4,3 Kilogramm und 20.000 gelbe Gutscheine für Kinderbeutel mit »Gebäck, Studentenfutter und einem Ball« ausgegeben.²³

Ab 1963 wurde die Bezuschussung der Grenzbahnhofsmissionen schrittweise und signifikant erhöht. Allein die im Februar 1956 gegründete Bahnhofsmision Büchen verzeichnete bis 1990 eine Gesamtsumme von etwa zwei Millionen DM, mit der im Wesentlichen Kaffee und Südfrüchte beschafft wurden.²⁴ Besondere Unterstützung erfuhren zudem die im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzten DDR-Eisenbahner, denen viele Wünsche erfüllt werden konnten – »von Bekleidung, Medikamenten, Einwegspritzen und Artikeln für die Zuckerkranken, Diesellok-Lehrbüchern bis zu Klobeck und Zement«.²⁵

Zudem wurden in den Bahnhofsmissionen vergünstigte oder kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten für gestrandete Reisende angeboten, die aufgrund der Abfertigungsquerelen im Interzonenverkehr oft die Anschlusszüge verpassten. In Ferienmonaten stellte man mit den Bundesmitteln zusätzliche Betreuer und Gepäckträger an. Da die Stationsleitungen örtlich gut vernetzt waren, vermittelten sie aus der DDR ausgesiedelte oder geflüchtete Jugendliche, die zumeist mittellos und sozial gefährdet waren, in ruralen Gebieten in landwirtschaftliche, in urbanen Räumen eher in handwerkliche Betriebe. Zentraler Aspekt der Förderwürdigkeit der caritativen Einrichtungen war überdies die seelsorgerliche Arbeit, die den oft verunsicherten und bei der Ausreise von den Passkontrolleinheiten (PKE) des MfS schikanierten DDR-Bürgern ein Kontrastbild menschlicher Zuwendung aufzeigte.

Bis zum Ende der deutschen Teilung wurden über die KKBM in Form etlicher bewilligter Förderanträge an das BMG und andere Ressorts horrende Mittel zugunsten der Bahnhofsmissionsarbeit kanalisiert, die vom Bundestag lediglich über ein kleinformatiges Sonderkontrollgremium ohne Vetofunktion verifiziert wurden.²⁶ Einen Anhaltspunkt für die Gesamtsumme bilden die etwa zwei Millionen DM für die Büchener Station, in der etwa ein Fünftel aller Bahnhofsmissionsgäste – zumeist Rentner – aus der DDR betreut worden waren. Dass der Ministerrat der DDR ab dem 2. November 1964 Rentnern einen bis zu vierwöchigen Besuchsaufenthalt in der Bundesrepublik gewährt hatte, brachte der caritativen Betreuung des Interzonen-

²³ LKAK, 45.01, Nr. 403, Konferenz für Kirchliche Bahnhofsmision in Deutschland, Freiburg im Breisgau, Werthmannhaus/Hannover, Wedekindstr. 26, 23. November 1956. An die Evangelischen und Katholischen Bahnhofsmissionen an Haltepunkten der Interzonenzüge.

²⁴ Thöming, Bahnhofsmision Büchen, S. 140.

²⁵ Ebd., S. 120, zit. nach: Friedegart Belusa: Geschichte der Bahnhofsmision Büchen, in: Kirchenvorstand Büchen-Pötrau (Hrsg.): Land und Leute einst und heute. Geschichte und Geschichten aus Büchen und Umgebung, Büchen 1997, S. 177–186, hier S. 179.

²⁶ Creuzberger gelang es, die einzelnen Titel des Förderkonstrukts des BMG, von dem auch die KKBM profitierte, zu bestimmen. Rüß schrieb indes noch vom »ominösen Geheimfonds«, Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 187 – Rüß, Anatomie einer politischen Verwaltung, S. 133 f.

verkehrs neuen Bedeutungsgewinn. Zuvor waren die Reisenden- und Flüchtlingszahlen aufgrund der forcierten Grenzabriegelung seitens der DDR als Reaktion auf die souveräne Westanbindung der Bundesrepublik im Jahr 1952 und durch die vollendete Abriegelung der Staatsgrenze am 13. August 1961 mit darauffolgender Minenverlegung eher rückläufig gewesen. Dass sich in den Bahnhofsmmissionen neben selbstloser Hilfe jedoch auch ein an die Positionen von BMG und KUD angelehntes Bild politischer Einflussnahme durch Druckerzeugnisse, Plakate und Fernsehen bot, offenbart der Bericht eines zur Bspitzelung der Büchener Station eingesetzten Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS aus dem Jahr 1968. Demnach war der Aufenthaltsraum »längs durch eine ›Spanische Wand‹ abgeteilt, an der auf provokatorischer Art eine aus Sperrholz gefertigte Karte des früheren Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 angebracht ist.« Das »heute zur VR Polen gehörende Gebiet ist rot und das Gebiet der DDR rosarot angemalt. Darüber ist die Losung angebracht: ›So darf es niemals sein!‹«²⁷

Ferner waren die Bahnhofsmmissionen unter Ausnutzung weiterhin bestehender zwischenstaatlicher Kirchenkontakte Patenschaften mit Kirchengemeinden in der DDR zur Versendung von Geschenkpaketen eingegangen. In diesem Kontext stellten Mitarbeitende der Bahnhofsmmissionen ihre Privatadressen zur Verfügung, um die strengen Richtlinien zur Paketeinfuhr zu umgehen – in logistischer und organisatorischer Hinsicht war jedoch der Dachverband der Bahnhofsmmission verantwortlich. Dabei folgte die Praxis der Paketsendungen einer längeren Tradition, die ursprünglich eine Kompensation des Verbots direkter Hilfsgütereinfuhr in die SBZ/DDR per Eisenbahn darstellte. Zunehmend waren die seit Kriegsende in großem Umfang von Evangelischem Hilfswerk und Caritas auf den Weg gebrachten Lieferungen auf DDR-Seite von Volkssolidarität und Deutschem Roten Kreuz (DRK) unterlaufen und beschlagnahmt worden. Als diese Mitte 1952 gänzlich zum Erliegen kamen, wurde die postalische Portionierung der materiellen Hilfen notwendig.²⁸ Für das BMG stellten die Paketsendungen in Richtung DDR eine erste Hauptangriffsachse im Rahmen der Psychologischen Kriegsführung dar, wie Stefan Creuzberger im Kapitel »Westliche Liebesgaben als politische Waffe« seines Werks »Kampf für die Einheit« aufzeigt.²⁹ Im Gegenzug verschärfte das SED-Regime die Postbestimmungen in der »Verordnung über die Regelung von Geschenksendungen im Postverkehr aus dem Ausland oder aus den Währungsgebieten der Bank deutscher Länder« vom 15.

²⁷ Jann-Thorge Thöming: »Feindobjekt ›Schiene‹«: Schleswig-Holsteins Grenzübergänge im Visier der Stasi, in: Nina Gallion u.a. (Hrsg.): Regionalgeschichte. Potentiale des historischen Raumbezugs, Göttingen 2021, S. 291–320, hier S. 309, zit. nach: BStU, MfS, HA XIX, Nr. 457, Bericht zur Bahnhofsmmission, Schönberg, 29.10.1968, Bl. 20–22 (künftig zitiert: Thöming, »Feindobjekt ›Schiene‹«).

²⁸ Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 301 f.

²⁹ Ebd., S. 301–316.

Oktober 1952. Zudem wurden die Pakete durch die Postzollämter im Auftrag der 1951/52 etablierten Abteilung M des MfS systematisch kontrolliert.

Im Ursachenkomplex der gegen die DDR-Bahnhofsmissionen gerichteten Ausschaltungskampagne des MfS sollte das provokative Potenzial ebendieser Geschenk-sendungen letztlich einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Ausschaltung in der DDR

Schon zu Weihnachten 1952 hatte der SED-gelenkte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst (ADN) die indirekte westliche Alimentierung der DDR-Bevölkerung über Präsentpakete aus der Bundesrepublik verurteilt und zum propagandistischen Gegenschlag ausgeholt: »Die in einer Reihe von Paketen gefundenen Pistolen, Munitionsvorräte und illegal eingeführte Geldbeträge sind keine Einzelfälle.« Zudem sei »Hetzmaterial gegen unsere Republik, gegen den Frieden, gegen die deutsche Einheit« sowie zur Vertiefung der »Spaltung Deutschlands« gefunden worden.³⁰ In der kausalen Ereigniskette dürften die von den politischen Entscheidungsträgern der DDR als »Liebesgaben der Adenauer-Clique« bezeichneten Pakete einen der Hauptgründe, wenn nicht sogar die wesentlichste Triebfeder für die Schließung der DDR-Bahnhofsmissionen dargestellt haben.³¹ Laut Christoph Kösters, der diese Zusammenhänge in seinem Werk »Staatssicherheit und Caritas 1950–1989« systematisch aufgearbeitet hat, war die Beziehung zwischen DDR-Überwachungsapparat und konfessioneller Wohlfahrtspflege zunächst vor allem geprägt durch die via Interzonentransport weitergeleiteten Spenden. Evangelisches Hilfswerk sowie Caritas, Diakonie und deren Stätten der Bahnhofsfürsorge genossen aufgrund der gemeinsam verteilten internationalen und inländischen Hilfsgüter hohes Ansehen in der Bevölkerung der SBZ/DDR. Als die Volkssolidarität Ende der 1940er-Jahre zunehmend in politische Entscheidungsprozesse der DDR-Führung eingebunden wurde, nahmen auch die Beschlagnahmungen dieser Spendenlieferungen zu. Zwar wurde das am 12. Dezember 1950 vom DDR-Innenminister verfügte de facto-Einfuhrverbot ausländischer Liebesgaben durch die kirchlichen Verbände mit einher-

³⁰ Vgl. Bruno W. Nikles: Bahnhofsmission und Bahnhofsdienste in Deutschland. Ein historischer Abriss ihrer Aufgaben- und Organisationsentwicklung, Opladen u.a. 2019, S. 123, zit. nach: Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur, enthalten in: Das Volk, Arnstadt, Nr. 309 vom 27.12.1952.

³¹ Vgl. Bruno W. Nikles: Die Geschichte der sozialen Hilfe am Bahnhof, in: Frank Dieckbreder u. a. (Hrsg.): Das Konzept Sozialraum: Vielfalt, Verschiedenheit und Begegnung. Soziale Arbeit lernen am Beispiel Bahnhofsmission, Göttingen 2016, S. 46–62, hier S. 57, zit. nach: Christoph Kösters: Staatssicherheit und Caritas 1950–1989 (künftig zitiert: Kösters, Staatssicherheit und Caritas 1950–1989), in: Christoph Kösters (Hrsg.): Caritas in der SBZ/DDR 1945–1989. Erinnerungen, Berichte, Forschungen, Paderborn u. a. 2001, S. 87–135.

gehender Übertragung dieser Aufgabe an die Volkssolidarität Anfang 1951 wieder relativiert – doch im ZK der SED und im MfS gelangte die Thematik zunehmend auf die Tagesordnung.³²

Eingedenk der existenziell wichtigen Rolle dieser Versorgungsgüter für die unter agrarischen Kollektivierungsmaßnahmen und ökonomischem Mangel leidenden Menschen Mitteldeutschlands führte dies zu politischer Brisanz. Im blutig niedergeschlagenen Volksaufstand des 17. Juni 1953 kulminierte die extreme Unzufriedenheit der DDR-Bürger. Insgesamt flüchteten 331.000 Menschen in diesem Jahr aus der DDR in die Bundesrepublik. Die politischen Entscheidungsträger der Bundesregierung schwankten bei der Wahl ihrer Reaktionen nun zwischen caritativer Hungerhilfe ohne Gesichtsverlust für den politischen Gegner oder antikommunistischem Kalkül. Als adäquater Mittelweg stellte sich unter anderem die Versendung von Geschenkpaketen und die damit einhergehende verdeckte Subventionierung kirchlicher Stellen sowie der Bahnhofsmissionsarbeit heraus.³³

Seit 1945 war Leonie von Schierstaedt (1901–1990) verantwortlich für die Bahnhofsmissionen in der SBZ/DDR. Von ihrer Privatadresse in der Potsdamer Augustastraße und vom Sitz des Centralausschusses für die Innere Mission in Berlin-Dahlem aus versandte sie im Juli 1945 ein Rundschreiben, um die Wichtigkeit ihrer Tätigkeit hervorzuheben. Dabei rekurrierte sie auf folgende Kernaufgaben: Kontakt zum Hilfswerk, Zusammenarbeit mit der katholischen Seite, Kontakt zu benachbarten Bahnhofsmissionen, Aufzeichnungen über Hilfsleistungen zur Übersicht der Arbeit, Unterstützung einzelner Mitarbeiterinnen, Verankerung in Kirche und Gemeinde, Mitarbeit bei Suchaktionen, Trost mit dem Evangelium, praktische Hilfen (warme Suppen und Getränke, Kleidung, Unterkunft et cetera) sowie ständige oder teilweise Anwesenheit zur Zeit des Zugverkehrs.³⁴

Von Schierstaedt operierte von der Zentralstelle der Bahnhofsmission in Berlin aus und hatte formal gesehen immer noch die gesamtdeutsche Leitung der Bahnhofsmissionsarbeit inne. Aufgrund des schwer möglichen Hineinwirkens in den Westen übernahmen hier jedoch für die evangelische Seite Äbtissin Armgard von Alvensleben in Hannover und von 1945 bis 48 Pfarrer Arnold Schumacher (1901–1972) von Frankfurt am Main aus vertretungsweise die geschäftsführende Tätigkeit. Ihr katholisches Pendant im Westen war Elisabeth Denis mit Sitz in Freiburg. Auch dem langjährigen Vorsitzenden der ökumenischen Konferenz für kirchliche Bahnhofsmission, Karl-Otto von Kameke (1889–1959), war eine Steuerung der Ost-Arbeit vom Westen aus nicht möglich, weswegen er Heinrich Grüber (1891–1975),

³² Kösters, Staatssicherheit und Caritas 1950–1989, S. 56–73.

³³ Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 301 f.

³⁴ Wolf-Dietrich Talkenberger: Nächstenliebe am Bahnhof. Zur Geschichte der Bahnhofsmission in der SBZ und der DDR, Berlin 2002, S. 22 (künftig zitiert: Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof).

damaliger Propst an der Berliner Marienkirche und wichtiger Unterstützer des Evangelischen Hilfswerks, als seinen Stellvertreter in der SBZ/DDR bevollmächtigte.³⁵

Bereits im ersten Nachkriegsjahr deuteten sich für die Bahnhofsmissionsarbeit in der SBZ Konflikte mit der sowjetischen Besatzungsmacht, der SED, dem Berliner Magistrat, dem Antifaschistischen Frauenausschuss und vor allem der Volkssolidarität an. Bis zur konzertierten Ausschaltungskampagne im Jahr 1956 gehörte das konstante Ringen mit der im Oktober 1945 in Sachsen als »Hilfsorganisation gegen die Nachkriegsnot, besonders der Neubürger, Heimkehrer, Kinder und Alten« gegründeten Volkssolidarität zum Tagesgeschäft. In der direkten Nachkriegszeit konzentrierte sich die sozialistische Massen- und Hilfsorganisation auf die Betreuung und Versorgung typischer Bahnhofsmissionsklientele, wodurch sich ihr Anspruch und Aufgabenbereich mit dem kirchlichen Engagement überschneidet.³⁶

Bedrohlich waren die Evangelische und die Katholische Kirche und ihre sozialen Einrichtungen für die Machthaber der SBZ/DDR aufgrund ihrer gesamtdeutschen Ausrichtung und der Schaffung von Freiräumen für Andersdenkende und Oppositionelle. Sie wurden zu ideologischen Gegnern, die überwacht und deren Handlungsoptionen mittels geheimdienstlicher Maßnahmen eingeschränkt werden sollten. In diesem Kontext geriet auch die Bahnhofsmissionsarbeit in der SBZ/DDR sowie an den Grenzbahnhöfen der Bundesrepublik ins nachrichtendienstliche Fadenkreuz des MfS.³⁷ Indem sich die SED-Führung über die Weisung des Alliierten Kontrollrats zur Trennung von Polizeibehörden und politischen Institutionen in den Besatzungszonen hinwegsetzte, ebnete sie das enge Zusammenwirken staatlicher und – ebenfalls sowjetisch protegierter – geheimpolizeilicher Institutionen und Organe.³⁸

Aufgrund des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 war das 1950 geschaffene MfS zeitweise zum Staatssekretariat herabgestuft worden. In diesem vom Juli 1953 bis November 1955 bestehenden SfS (Staatssekretariat für Staatssicherheit) wurde am 21. Dezember 1954, analog zur Schaffung einer kirchenpolitischen Arbeitsgruppe beim ZK der SED im November 1954, eine eigene Kirchen-Hauptabteilung, die HA

³⁵ Ebd., S. 23.

³⁶ Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (= BF informiert Nr. 16), Berlin 1997, S. 4 – Vgl. Wolf-Dietrich Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof, S. 31.

³⁷ Thöming, »Feindobjekt ›Schiene‹«, S. 291–320.

³⁸ Zur weiteren Entwicklung der auf die Kirchenarbeit bezogenen geheimdienstlichen Strukturen in der SBZ/DDR, Mike Dennis: *The Stasi: Myth and Reality* (= Themes in Modern German History Series), London 2014, S. 21 f. – Roland Wiedmann: K 5, in: MfS-Lexikon, URL: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/k-5/> (6.5.2023). – Vgl. Roger Engelman: Zur »Westarbeit« der Staatssicherheit in den fünfziger Jahren, in: Georg Herbrich u.a. (Hrsg.): *Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland* (= Analysen und Dokumente, Wissenschaftliche Reihe der BStU, Bd. 23), Bremen 2003, S. 143–152, hier S. 143. – Vgl. Dieter Grande u. a.: *Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und katholische Kirche in der DDR*, Leipzig 1998, S. 35.

V/6 geschaffen. Aus dieser ging 1955 die HA V/4 mit den drei Referaten »Evangelische« respektive »Katholische Kirche« sowie »Sekten« hervor. Ein stärkerer Fokus auf die Kirchen, einhergehend mit dem Ausbau des dafür vorgesehenen Apparates, erfolgte dabei unter den Eindrücken des gesamtdeutschen Kirchentages in Leipzig im Juli 1954 und den harten gesellschaftlichen Konflikten im Zuge der Ende 1954 beschlossenen Einführung der sozialistischen Jugendweihe. Die Leitung der HA V/4 übernahm im März 1955 Willi Butter, welcher aufgrund von Überforderung allerdings bereits Ende 1957 durch seinen Stellvertreter Hans Ludwig abgelöst wurde.³⁹

Die Bespitzelung von Bahnhofsmissionen in der DDR sowie der Zentralstelle in Berlin-Steglitz setzte spätestens im September 1954 ein – der in Frankfurt (Oder) tätige Geheime Mitarbeiter »Kapelle« hatte das Programm einer Bahnhofsmissionstagung ans MfS weitergeleitet. Ebendiese Quelle kommunizierte von Februar bis April 1955 etwa Unterlagen eines Vierteljahreskurses der Bahnhofsmission aus dem Steglitzer Verbandshaus an die Stasi.⁴⁰ Christoph Kösters legt in seinem Werk »Staatssicherheit und Caritas 1950–1989« zudem den Operativen Vorgang »Judas« sowie den daran anknüpfenden Gruppenvorgang »Aktion« offen. Neben der Katholischen Aktion in Görlitz betraf dieser auch die Dresdener Diözesanfürsorgerin und Leiterin der dortigen Bahnhofsmission, die als »Schutzengel der Kuriere« bezeichnet wurde, angeblich »Berichte sammle« und in allen größeren sächsischen Städten »zuverlässige Damen« zur Weiterleitung eingesetzt habe.⁴¹ Bemerkenswert ist, dass die auf die Bahnhofsmission projektierten Überwachungsmaßnahmen somit bereits über ein Jahr vor dem am 12. Dezember 1955 erfolgten Beschluss des ZK der SED zur Infiltrierung und Liquidierung der Bahnhofsmissionsarbeit begonnen hatten. Dies verweist auf vorherige Absprachen und Weisungen, die im Kontext einer generell erhöhten Aktivität gegen beide Konfessionen, vor allem aber gegen die evangelische Kirche, zu verorten sind. Weitere von Wolf-Dietrich Talkenberger in seinem Werk »Nächstenliebe am Bahnhof. Zur Geschichte der Bahnhofsmission in der SBZ und der DDR« identifizierte MfS-Zuträger waren die Geheimen Mitarbeiter »Schöneck« und »Joachim« in Magdeburg, der Geheime Hauptinformator »Friedrich« in Leipzig sowie ein weiterer Geheimer Informator in Cottbus. Dass die darauf aufbauenden Verhaftungen, Verhöre und Schließungen von Bahnhofsmissionen im Januar 1956 insgesamt über 27 Stationen betrafen – wobei sich der betroffene Ost-Berliner Standort in sechs weitere Einzelstationen aufteilte –, lässt jedoch ein noch

³⁹ Clemens Vollnhals: Abteilung 4: Kirchen und Religionsgemeinschaften (künftig zitiert: Vollnhals, Abteilung 4), in: Thomas Auerbach u. a.: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund« (MfS-Handbuch), Berlin 2008, 89–104.

⁴⁰ Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof, S. 78.

⁴¹ Kösters, Staatssicherheit und Caritas 1950–1989, S. 74.

umfassender gespanntes Spitzelnetzwerk innerhalb der organisierten Bahnhofsmissionsarbeit vermuten.⁴²

Sitzungsleiter während der Beschlussfassung zur Ausschaltung der DDR-Bahnhofsmissionen am 12. Dezember 1955 war der Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED Willi Barth (1899–1988). Anwesend waren neben den MfS-Offizieren der Hauptabteilung V/4 Sgraja und Jeretzky auch Vertreter der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP), der Transportpolizei (Trapo) sowie der Staatssekretär des Verkehrsministers. Festgestellt wurde die »negative Beeinflussung der Bevölkerung« durch die Bahnhofsmissionen, die eine besonders intensive Tätigkeit an den Interzonenstrecken zeige. Die von der Bahnhofsmission teilweise gestellten Übernachtungsmöglichkeiten, die im Grunde nur eine Neuausrichtung des Angebots aufgrund verschärfter Kontrollen im Reiseverkehr und damit verbundener Verzögerungen bei verpassten Anschlussfahrten darstellten, gerieten besonders in den Fokus, da in diesem Kontext keine Meldungen an die Polizei erfolgten. Angeblich wurde auch die Arbeit der Volkssolidarität und des DRK abgedrängt. Damit folgte die SED-Führung dem Reflex der ideologiegeleiteten Tatsachenverdrehung, da sich die Bahnhofsmissionen mit ihrer caritativen Infrastruktur lediglich politisch erzeugter Gesellschaftsprobleme angenommen hatten, selbst aber zusehends an ihrer christlich-traditionellen Arbeit gehindert wurden. Das Vorgehen gegen die Bahnhofsmissionen sollte insoweit verschleiert werden, als dass unter keinen Umständen der Anschein einer staatlichen Offensive gegen die Bahnhofsmissionsarbeit entstehen sollte. Vielmehr sollten die Bahnhofsmissionen durch das zentrale Presseorgan der SED »Neues Deutschland« als Übeltäter im Zuge einer gesellschaftlichen Unterwanderung durch den Klassenfeind dargestellt werden.⁴³

Ins Visier genommen wurden zuvorderst die Bahnhofsmissionen am Berliner Ostbahnhof, in Erfurt, Halle, Leipzig, Eisenach, Ludwigslust und Frankfurt (Oder): »Dazu muß konkretes Material durch Eindringen von GI u. GM in die BM geschaffen werden«, so das Sitzungsprotokoll vom 12. Dezember 1955. Zurückgegriffen werden sollte hierbei auch auf bereits vorhandenes Material zur Bahnhofsmission der HA XIII (Verkehrswesen). Abgesprochen und koordiniert wurden die Aktionen mit den lokalen Bezirksverwaltungen des MfS, Trapo und den Kriminalabteilungen der Volkspolizei (VP-K). Einzuordnen ist dieses konzertierte Vorgehen gegen die Bahnhofsmissionen in die damalige Krise des MfS, welches unter den verheerenden Eindrücken des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, der im Nachgang propagandistisch als »faschistischer Putschversuch« verklärt wurde, zum Staatssekretariat degradiert worden war. Der Planungsvorlauf bei dieser Ausschaltung der Bahnhofsmissionsarbeit fiel also mitten in die Herabstufungsphase des MfS zum Appendix

⁴² Ebd., S. 78–85.

⁴³ Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof, S. 79–81.

des Innenministeriums, was einherging mit dem erhöhten Erwartungsdruck, sich strukturell neu aufzustellen und präsentierbare Ergebnisse zu liefern. Schließlich waren im Zuge des damit verknüpften geheimdienstlichen Neuaufbaus Ende 1954 der mit der Kirchenarbeit beauftragte Apparat im ZK der SED und beim MfS geschaffen und 1955 die HA V/4 etabliert worden. Die Zerschlagung des kirchlichen Organisationsverbundes der DDR-Bahnhofsmision ist somit als ein erstes praxisorientiertes Prestigeprojekt der konsolidierten Stasi zu bewerten, die im November 1955 gerade erst wieder zum Ministerium aufgestiegen war.⁴⁴

Im Januar 1956 rollte die Verhaftungswelle gegen die Bahnhofsmissionen an. Den Auftakt machte die intensive Befragung der Stationsleiterin in Berlin-Friedrichshain, woraufhin es auf Basis der Verhörergebnisse zu weiteren Zugriffen an neun Tagen im Januar kam. Bis 19. Januar wurden Zwangsmaßnahmen gegen 34 Personen eingeleitet. In 13 Fällen umfasste die von stundenlangen Verhören begleitete Untersuchungshaft eine Dauer von ein bis vier Monaten. Betroffen waren vor allem die evangelischen Stationsleiterinnen, eine katholische Leiterin, die Vertreterin der Geschäftsführerin Leonie von Schierstaedt in Ost-Berlin sowie der Berliner Direktor des Gesamtverbands der Inneren Mission Wilhelm Koch (1888–1964). Eine sich auf ADN-Meldungen berufende Artikelreihe im Neuen Deutschland (ND) am 18., 20. und 25. Januar sowie 18. Februar 1956, begleitet von weiteren Anschuldigungen der Bezirkspresse, denunzierte die Bahnhofsmissionen daraufhin als staatsfeindliche Spionagezentralen. Hervorgehoben wurde hierbei die Relevanz der gleisnahen Einrichtungen für die militärische Infrastruktur im Kriegsfall mit der NATO.⁴⁵ Hinsichtlich dieser Vorwürfe waren die Lageberichte der Bahnhofsmissionen, die im Kontext der gesamtdeutsch ausgerichteten Organisationsentwicklung von der Ost-Geschäftsführerin Leonie von Schierstaedt mit den westlichen Kollegen geteilt wurden, eine beweistechnische Steilvorlage. Hinzu kam eine Kartei von Bedürftigen, die im Rahmen einer Wohnungsdurchsuchung bei der Missionsleiterin in Berlin-Friedrichshain gefunden wurde, wobei einige Personen polizei- und geheimpolizeilich gesucht wurden.⁴⁶

Auf dem Gebiet des heutigen Landes Mecklenburg-Vorpommern waren nach 1945 insgesamt 24 Bahnhofsmissionen reaktiviert oder neu gegründet worden.⁴⁷

⁴⁴ Vollnhals, Abteilung 4, S. 90 f.

⁴⁵ Westberliner Zentrale der Bahnhofsmision treibt Spionage in der DDR, in: Neues Deutschland vom 18.1.1956, URL: <https://www.nd-archiv.de/artikel/1207371.westberliner-zentrale-der-bahnhofsmision-treibt-spionage-in-der-ddr.html> (6.5.2023).

⁴⁶ Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof, S. 83, 93.

⁴⁷ In Mecklenburg existierten Stationen in Bützow, Doberan, Güstrow, Hagenow, Bad Kleinen, Ludwigslust, Neubrandenburg, Neustrelitz, Parchim, Rostock, Schwerin und Wismar. In Pommern gab es Bahnhofsmissionen in Altefähr und Bergen auf Rügen, Barth, Demmin, Greifswald, Kloster auf Hiddensee, Löcknitz, Pasewalk, Putbus, Stralsund, Wolgast und Züssow, siehe: Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof, S. 28 f.

Nach ersten rhetorischen Anfeindungen gegen die Bahnhofsmissionen seitens der Volkssolidarität im September 1952 häuften sich im Jahr 1953 konkrete Maßnahmen gegen einzelne Stationen im Bereich der Reichsbahndirektion (RBD) Schwerin. Nach ersten oktroyierten Arbeitspausen wegen gekündigter Räume war es bis Herbst 1953 zur flächendeckenden Wiedenzulassung des kirchlichen Bahnhofsdiensts gekommen, wobei mit der Volkssolidarität und dem im Oktober 1952 in der DDR wieder gegründeten Deutschen Roten Kreuz (DRK) kooperiert werden musste. Erlaubt waren zudem nur noch zwei Mitarbeiter in einer großen und ein Mitarbeiter in einer kleinen Station. Da sich die Greifswalder RBD entgegenkommend zeigte, konnte hier die Arbeit schon am 15. Juli 1953 wiederaufgenommen werden. Trotz gewisser Teilerfolge blieb die Auseinandersetzung um adäquate Räumlichkeiten bis zur Ausschaltung im Jahr 1956 in vielen Mecklenburger und Pommerschen Stationen jedoch prävalent.⁴⁸

Teilweise waren die Verhaftungen im Januar 1956 mit ad hoc erfolgenden Wohnungsdurchsuchungen einher gegangen. Für gewöhnlich wurden die Opfer der MfS-Maßnahmen für 24 Stunden festgenommen. Bereits am 10. Januar wurde die Verantwortliche für die Schweriner Station festgesetzt, am 18. und 19. Januar traf es eine Reihe weiterer Stationsleiterinnen – im Falle Neubrandenburgs und Pasewalk dauerte die Haft bis zum 28. April. Die Leiterin der Bahnhofsmission Wismar wurde am 20. Februar entlassen. Eintägige Verhöre betrafen Ludwigslust, Parchim, Rostock sowie Stralsund, wobei hier gleich zwei Mitarbeiterinnen betroffen waren.⁴⁹

Wilhelm Koch, Geschäftsführer des Gesamtverbands der Inneren Mission in Berlin, gehörte im Zuge des gegen die Bahnhofsmission gerichteten Vorgangs ebenfalls zu den am längsten inhaftierten Opfern und saß vom 10. Januar bis 26. April 1956 hinter Gittern. Vorgeworfen wurden ihm vor allem die wegen seiner beruflichen Westkontakte akquirierten Spenden an die DDR-Bahnhofsmissionen. Auch dies waren BMG-Mittel gewesen, die über den westlichen Ableger des Reichsverbands der Evangelischen Deutschen Bahnhofsmission im Rahmen von Patenschaften zwischen Bahnhofsmissionen an Stationen in der DDR flossen, um die bedrohten Einrichtungen mit gezielter Unterstützung aufrechtzuerhalten. Hieraus konstruierte das MfS den Vorwurf der Spionage sowie des Verstoßes gegen Zollbestimmungen und Gesetze zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs. Freigelassen wurde Koch, als das MfS erkannte, dass die monetären Zuwendungen aus dem Westen auch in Kreisen führender DDR-Kirchenpersönlichkeiten bekannt waren. Einige Tage nach seiner Entlassung floh Koch in den Westen. Bundesweit nahmen die Bahnhofsmissionen Anteil an den Vorkommnissen in der DDR. Retrospektiv betraf die Dramatik der Ereignisse indes vor allem fürsorgerisch orientierte

⁴⁸ Ebd., S. 72–74.

⁴⁹ Ebd., S. 84.

A b s c h r i f t

"Der Evangelische Bischof von Berlin

Berlin, den 20. Januar 1956

An den

Vorsitzenden des Ministerrates

Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl

B e r l i n

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Auf die Meldungen des ADN vom 18. und 20. Januar sehe ich mich als Vorsitzender der Berliner Kirchenleitung und als Vorsitzender des Berliner Gesamtverbandes der Inneren Mission zu folgender Feststellung veranlasst:

Weder die Innere Mission noch die Bahnhofsmision haben irgend einen Mitarbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik veranlasst, jemals Berichte über Militär- und Personentransporte besonders der Volkspolizei sowie Berichte über die Belastung des Eisenbahnsystems der Deutschen Demokratischen Republik und andere die NATO für Militärzwecke interessierende Angaben wirtschaftlicher und politischer Natur zu liefern. Es hat auch keiner unserer Mitarbeiter einen solchen Bericht von sich aus erstattet. Es werden lediglich Berichte abgegeben über zu erwartende Kindertransporte, Krankeneinzeltransporte sowie Statistiken geführt über Unterbringung und Verpflegung hilfeschender Reisenden. Irgendwelche Angaben wirtschaftlicher und politischer Natur sind mit diesen Berichten niemals verbunden gewesen.

Aufträge West-Berliner Polizei- und Militärdienststellen hat die Bahnhofsmision weder erhalten noch entgegengenommen. Von einer Fahndungskartei unserer Mitarbeiter der Deutschen Demokratischen Republik kann keine Rede sein. Selbstverständlich wird jeder Hilfesuchende in einer entsprechenden Liste verbucht. Diese Berichte werden gerade auf Grund der Meldevorschriften der Deutschen Demokratischen Republik und des Demokratischen Sektors von Berlin geführt und von den zuständigen Stellen der Transportpolizei, Kriminalpolizei und der allgemeinen Polizei regelmässig gefordert und laufend geprüft. Ferner werden naturgemäss Verzeichnisse solcher Personen geführt, die bei der Bahnhofsmision als immer wieder vorsprechende Schwindler und Unterstützungsjäger bekannt sind.

Den Vorwurf, es wäre von der Bahnhofsmision Spionage getrieben worden, können wir nur auf das schärfste zurückweisen.

Unter diesen Umständen müssen wir die Verhaftung von Mitarbeitern der Bahnhofsmision nur als ungerechtfertigt empfinden - wie wir auch die kurzfristige Kündigung der von der Bahnhofsmision benutzten Räume in Berlin-Friedrichstrasse und Nordbahnhof und in Dresden als unrecht bezeichnen müssen. Die Bahnhofsmision hat sich, namentlich angesichts der besonders schwierigen Lage in Berlin, und bewusst auf ihre caritative Aufgabe beschränkt und hat sich bemüht, allen Hilfsbedürftigen ohne Ansehen der Person mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Angesichts dieser Sachlage wird nicht erwartet werden können, dass irgend jemand die vom ADN verbreiteten Aussagen der Mitarbeiter der Bahnhofsmision für glaubhaft hält.

Ich bedauere es ausserordentlich, dass ich meine Reise zur Tagung des Weltrats der Kirchen in Australien, die ich leider nicht mehr absagen kann, unter dem frischen Eindruck solcher Vorkommnisse antreten muss.

Ich bin, sehr verehrter Herr Ministerpräsident,

An die

Herren Pfarrer

in Berlin-BrandenburgIhr ganz ergebener
gez. Dibelius "

/bestimmt

Brief des Berliner Bischofs Otto Dibelius an den Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl,
20. Januar 1956.

Damen im Alter von etwa 50 bis 70 Jahren, denen die teilweise stundenlangen Verhöre auch gesundheitlich zusetzten. Insofern konstatiert Talkenberger richtigerweise, dass »man die Ereignisse von 1956 im Bereich der Bahnhofsmiessionsarbeit mit Recht eine Zeit des Leidens christlicher Frauen, die in diakonischer Arbeit standen, nennen kann.«⁵⁰

Die damaligen Stellungnahmen der Berliner Kirchenleitung, der Ostkirchenkonferenz und ein Brief des Berliner Bischofs Otto Dibelius (1880–1967) an den Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl (1894–1964) waren indes noch verknüpft mit einem vehementen Versuch der Entkräftung der politischen Vorwürfe gegen die Bahnhofsmission. Im Zuge der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik unterzeichnete Dibelius für die damals noch gesamtdeutsche Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am 22. Februar 1957 im Bonner Kanzleramt den Militärseelsorge-Vertrag, weshalb er später von DDR-Offiziellen »NATO-Bischof« genannt wurde. Seine antikomunistische Haltung hatte er schon vorher nicht verhehlt. Bereits bei den ersten Anfeindungen des Vorsitzenden der Volkssolidarität Helmut Lehmann (1882–1959) gegen die Bahnhofsmission im Herbst 1952 war Dibelius im Zeichen einer zunehmenden Bedrängung der Kirchen rhetorisch direkt angegangen worden. Dabei hatte Lehmann die von Dibelius an verschiedenen Stellen geforderte Remilitarisierung Westdeutschlands und den angepriesenen Schulterschluss von Kirche und Arbeiterschaft »im Kampf gegen die Unfreiheit in der ›Sowjetzone‹« als »tölpelhaften Dummenfang« und regierungsfeindliche Hetze bezeichnet.⁵¹

Hinsichtlich der vom MfS nun im Zuge der Ausschaltung der Bahnhofsmiionsarbeit aus dem Kontext gerissenen Berichte zu Kinder- und Krankentransporten und den Statistiken zur Unterbringung und Verpflegung hilfeschender Reisender versicherte Dibelius, dass weder Innere Mission noch die Bahnhofsmission Mitarbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik dazu veranlasst hätten, »jemals Berichte über Militär- und Personentransporte besonders der Volkspolizei sowie Berichte über die Belastung des Eisenbahnsystems der Deutschen Demokratischen Republik« und »andere die NATO für Militärzwecke interessierende Angaben wirtschaftlicher und politischer Natur zu liefern.«⁵² Ferner ging Dibelius auf die Vorwürfe im Zusammenhang der in Berlin-Friedrichshain gefundenen Kartei ein und versicherte, dass die Bahnhofsmission »Aufträge West-Berliner Polizei- und Militärdienststellen [...] weder erhalten noch entgegengenommen« hätte – und: »Von einer Fahndungskartei unserer Mitarbeiter der Deutschen Demokratischen Repu-

⁵⁰ Talkenberger, *Nächstenliebe am Bahnhof*, S. 85.

⁵¹ Ebd., S. 52, zit. nach: *Solidarität*, Jg. (1952), H. 10, S. 4.

⁵² LKAK, 45.01, Nr. 403, Abschrift. Der Evangelische Bischof von Berlin. Berlin, den 20. Januar 1956. An den Vorsitzenden des Ministerrates Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl.

blik kann keine Rede sein. Selbstverständlich wird jeder Hilfesuchende in einer entsprechenden Liste verbucht.«⁵³

Obligatorisch wären diese Karteien gerade aufgrund der Meldevorschriften der DDR und der regelmäßigen Anforderung und Überprüfung von Personalien seitens Trapo, Kriminalpolizei (Kripo) und Volkspolizei (Vopo). Zudem dienten solche Verzeichnisse gegen »Schwindler und Unterstützungsjäger«. Gerade angesichts der angespannten Lage hätte sich die Bahnhofsmision »bewusst auf ihre caritative Aufgabe beschränkt und hat sich bemüht, allen Hilfsbedürftigen ohne Ansehen der Person mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.«⁵⁴

Dass es sich nicht um ein zufälliges, sondern ein orchestriertes, politisch motiviertes Vorgehen gegen die Bahnhofsmissionen handelte, nahm auch die Ostkirchenkonferenz wahr: »Durch diese Verhaftungen ist weithin der Eindruck entstanden, dass es sich um eine Aktion gegen die Bahnhofsmision als solche handele und diese aus ihrer caritativen Arbeit auf den Bahnhöfen ausgeschaltet werden sollte.«⁵⁵ Es folgte eine detaillierte, 13 Punkte umfassende Stellungnahme, die vom Gesamtverband der Berliner Inneren Mission und dem Evangelischen Konsistorium für Berlin-Brandenburg an die Mitglieder der Ostkirchenkonferenz als gemeinsame Verlautbarung weitergegeben wurde.⁵⁶ Diese ergänzte die von Bischof Dibelius zur Widerlegung der MfS-Vorwürfe an den Ministerpräsidenten herangetragenen Aspekte, die zuvorderst auf die Unterstellung der Spionage abgezielt hatten. Dieser letzte Versuch zur Rettung der Bahnhofsmissionsarbeit der DDR mit antichambrierenden Zügen warf weiteres Licht auf die interzonalen Verbindungsebenen der Ost- und West-Berliner Bahnhofsmissionen Mitte der 1950er-Jahre und deren potenzielle Verwerflichkeit aus Sicht des SED-MfS-Komplexes. Zwar wurde eingeräumt, dass »Bahnhofsmissionarinnen gelegentlich von Republikflüchtigen im Rahmen allgemeiner und caritativer Fürsorge in Anspruch genommen« worden waren. Entschieden zurückgewiesen wurde aber etwa der Vorwurf, dass sich die Brandenburger Bahnhofsmision zu einem regelrechten »Werbe- und Vermittlungszentrum für Republikflucht« entwickelt hatte.

Trotzdem waren die Bahnhofsmissionen im Zuge der Ausschaltungskampagne geschlossen, als politische Gegner diffamiert und ihre Leitungskräfte dazu gezwungen worden, schriftlich ihren Abbruch jeglicher Verbindungen nach Westdeutschland zu erklären. Vor der MfS-Aktion hatten in der DDR 99 Stationen, 15 Abholstellen sowie zehn weitere Missionen in Ostberlin, die über direktere Koope-

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ LKAK, 45.01, Nr. 401, Der Evangelische Bischof von Berlin. Berlin, den 20. Januar 1956. Erklärung der Ostkirchenkonferenz. Abschrift.

⁵⁶ LKAK, 45.01, Nr. 403, Abschrift. Anlage zu KB III 80/56 II. Abschrift. Evangelisches Konsistorium Berlin-Brandenburg. Berlin C 2, den 24. Januar 1956.

rationsverbindungen mit anderen Westberliner Standorten verfügten, existiert.⁵⁷ Laut Bericht der HA/4 vom 18. Februar 1956 waren »von den in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin bestehenden Bahnmissionsmissionen [...] 80 (rund 83 %) geschlossen« worden. Davon wurden »auf Anweisung der Deutschen Reichsbahn 49 Bahnmissionsmissionen gekündigt« und »die restlichen 31 [...] durch Entzug der Berechtigungsscheine zum Betreten der Bahnsteige ausgeschaltet.«⁵⁸

Ausnahmen bildeten zunächst etwa die Stationen Potsdam, Schwerin und Zwickau – aufrecht erhalten werden konnte hier bis Anfang der 1960er-Jahre ein begrenzter Übernachtungsdienst. Im nördlich von Berlin gelegenen Nauen war ferner bis Anfang der 1970er-Jahre ein gewisser Dienst möglich. Als einziger Sonderfall überdauerte die Bahnmissionsmission am Berliner Ostbahnhof die gesamte DDR-Zeit.⁵⁹ Die Bedrückung der Kirchen in der SBZ und DDR mit einhergehenden Zersetzungsabsichten durch Mittel der Infiltration und Überwachung verstärkte sich ab Mitte der 1950er-Jahre zusehends. Neben den Bahnmissionsmissionen gerieten nun vor allem Einrichtungen für die junge Generation, Kinder- und Jugendheime sowie Kommunikantenanstalten ins Fadenkreuz der Stasi, um die ideologischen Einflussmöglichkeiten von Freier Deutscher Jugend (FDJ) und anderen sozialistischen Jugendorganisationen gegenüber denen der Kirchen zu erhöhen.⁶⁰

Die gesamtdeutsche Perspektive

Ansätze gesamtdeutscher Politik und Jugendpolitik fanden, ob von der Bundesrepublik oder der DDR ausgehend, stets im Kontext des Systemkampfs statt. Konkrete politische Relevanz entfalteten diese Herangehensweisen auch im Bereich des Interzonenverkehrs, etwa beim Grenzübertritt von etwa »7.000 jungen westlichen Kommunisten«, die 1952 das FDJ-Pfingsttreffen in Ost-Berlin besucht hatten. Angeführt worden waren die Jugendlichen von Bundestagsabgeordneten der SED-nahen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die im ersten Deutschen Bundestag noch mit 15 Sitzen vertreten war. Schließlich wanderte die öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzte Delegation »in geschlossenen Marschformationen [...] über Helmstedt in das Bundesgebiet zurück«, wobei der Bundesgrenzschutz einen ganzen Tag lang die reibungslose Abfertigung der Reisenden mit Sonderzügen gewährleistete.⁶¹

⁵⁷ Vgl. Nikles, Soziale Hilfe am Bahnhof, S. 347.

⁵⁸ BStU, MfS, HA XX/4, Nr. 436, Aktennotiz der Hauttabteilung V/4 vom 18.2.1956, S. 39, zit. nach: Kösters, Staatssicherheit und Caritas 1950–1989, S. 75.

⁵⁹ Talkenberger, Nächstenliebe am Bahnhof, S. 129.

⁶⁰ Kösters, Staatssicherheit und Caritas 1950–1989, S. 73 f.

⁶¹ Kreisblatt für Helmstedt, Schöningen, Königslutter und Vorsfelde aus der ehemaligen Universitätsbuchdruckerei J. C. Schmidt Helmstedt (gegründet 1579), Sonderausgabe im Dezem-

Diesen propagandistisch eingefärbten Versuchen zur Etablierung einer gesamt-deutschen Jugendpolitik seitens der SED-gelenkten FDJ war man in Westdeutschland bereits mit dem Verbot des Westablegers der Jugendorganisation im Jahr 1951 begegnet. Schon 1950 hatte das in Ost-Berlin stattfindende »Deutschlandtreffen der Jugend für Frieden und Völkerfreundschaft« der FDJ, die de facto auch Jugendorganisation der westdeutschen KPD war, etwa 10.000 Jugendliche aus der Bundesrepublik zur Teilnahme mobilisiert. Auf der Rückreise waren diese bei der Heimfahrt über den Grenzübergang Herrnburg-Lübeck von der bundesdeutschen Polizei wegen angeblicher Seuchengefahr und zur Aufnahme von Personalien gestoppt worden. Wegen Angst vor antikommunistischer Repression verweigerten sich die Jugendlichen jedoch und harhten zwei Tage lang auf der Graslandschaft vor Herrnburg aus. Im Zuge dessen organisierte der damalige FDJ-Chef Erich Honecker (1912–1994) Zelte und Gulaschkanonen und zitierte internationale Medienvertreter zu dieser sogenannten Herrnburger Konfrontation heran. Letztlich durften die Jugendlichen ohne Gesundheits- und Passkontrollen einreisen. Honecker stieg ins SED-Politbüro auf. Zudem verfasste Bertolt Brecht (1898–1956) im Zuge des Vorfalls für die FDJ die Chorkantate »Herrnburger Bericht«, die folgende Zeilen enthielt: »Die Bonner Polizisten, sie halten Kind und Kind/sie wollen kontrollieren, ob sie verpestet sind./ Auf dass sie nicht anstecken, das ganze deutsche Land/mit einer großen Seuche, Friede genannt«. ⁶²

Einen solchen politischen sowie kulturellen Propagandaerfolg hatte man bei der Helmstedter Grenzüberquerung der FDJ im Jahr 1952 auf jeden Fall vermeiden wollen, weshalb Interzonenzüge und BGS-Formationen herangezogen wurden. Indes waren die Gesundheitsbedenken im Kontext der »Herrnburger Konfrontation« nicht völlig unbegründet gewesen. Der Mitte 1952 von Honecker initiierte »Dienst für Deutschland« (DD), der jugendliche Freiwillige zwischen 17 und 21 Jahren ein halbes Jahr lang für den Aufbau wichtiger Industrieprojekte zusammenführte, endete schließlich im Fiasko, da die Nachkriegsjugendlichen »ohne Geschlechtertrennung in eilig errichteten Lagern fernab größerer Ortschaften zusammengepfertcht« wurden, wobei »sich bald Seuchen, Prostitution, Geschlechtskrankheiten und Sui-

ber 1955: Zonengrenzkreis Helmstedt. Brücke zwischen West und Ost. Zehn Jahre geteiltes Deutschland, Auszug enthalten in: Stadtarchiv Helmstedt (StastA Hel), Sig. 0.177, Nr. 12146, Hans-Joachim Einhorn u. a.: Kriegsauswirkungen und Grenzziehung im Landkreis Helmstedt unter besonderer Berücksichtigung des Flüchtlingsproblems. Eine spezifische Dokumentation zur Nachkriegsgeschichte Helmstedts, o. J., S. 145.

⁶² Marcus Heumann: Die Gründung der FDJ vor 75 Jahren, 6.3.2021, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/ddr-geschichte-die-gruendung-der-fdj-vor-75-jahren-100.html> (6.5.2023) – Hans Hielscher: »Deutschlandtreffen der Jugend« in Ost-Berlin 1950. Polit-Party zu Pfingsten, 31.5.2020, URL: <https://www.spiegel.de/geschichte/deutschlandtreffen-der-jugend-in-ost-berlin-1950-party-der-fdj-a-0e5d3437-b421-4505-a6af-4509639be2bb> (6.5.2023).

zidversuche« häuften. Bereits 1953 wurde der »DD« wieder beendet und ebenso wie der Kirchenkampf von der SED zum Tabuthema erklärt.⁶³

Auf dem Gebiet der Bahnhofsfürsorge war das Auseinanderdriften beider deutscher Staaten im wohlfahrtsstaatlichen Kontext ab Januar 1956 durch die Ausschaltung der DDR-Bahnhofsmmissionen zementiert worden. Dass die intensivierte Kooperation zwischen BMG und KKBm ab Juli 1956 ein halbes Jahr nach der konzertierten Kampagne zur Beendigung der Bahnhofsmmissionsarbeit in der DDR einsetzte, ist dabei im politischen Gesamtzusammenhang der jungen Bonner Republik zu sehen. Die BMG-Zuschüsse zur positiven Externalisierung des sozialpolitischen Leistungskatalogs fanden in den westdeutschen Grenzbahnhofsmmissionen besonders dankbare Abnehmer. Neben fehlenden Möglichkeiten gesamtdeutscher Willensbildung durch blockantagonistische Sachzwänge waren es konkrete politische Weichenstellungen der Siegermächte gewesen, die die sozialpolitischen Dynamiken im Zuge des Interzonenverkehrs beeinflussten. So war beim grenzüberschreitenden Schienenverkehr stets die vom Alliierten Kontrollrat am 14. August 1946 getroffene Regelung bindend, dass Einnahmen aus dem Personenverkehr bei der Abgangsbahn verbleiben mussten und bei Interzonenfahrten keine Rückfahrkarten ausgegeben wurden. Ferner konnten Besucher aus der DDR erst ab März 1959 Anträge zur Nachbehandlung des Gepäcks beim Zugführer oder Fahrladeschaffner stellen. Zuvor war die Gepäckabfertigung abgelehnt worden, wenn der Ankunftsort nicht dem Bestimmungsort des vorgelegten Fahrausweises entsprach. Somit war die ohnehin repressive Reisepolitik im deutsch-deutschen Zusammenhang auch von fehlendem Pragmatismus im technischen Ablauf geprägt, weshalb die auf die Bahnhofsmmissionen projizierte sozialpolitische Externalisierungsstrategie bei den DDR-Bürgern noch mehr Erfolge zeitigte.

Als Synthesekern im Bereich der caritativen Betreuung des Interzonenverkehrs ist in erster Linie das Vorhandensein bahnhofsfürsorgerischer Angebote in beiden deutschen Staaten zu nennen. In der DDR fanden diese im Rahmen einer möglichst gleichgeschalteten, ja verstaatlichten Zivilgesellschaft statt – ausgeführt von parteitreuen Organen der Volkssolidarität und des DRK. Im pluralistischen Gefüge der Bundesrepublik konnten die Bahnhofsmmissionen ihre institutionelle Flexibilität und Anpassungsbereitschaft als vielseitig vernetzte Akteure in den Bahnhofsquartieren geltend machen. Staatliche Zuwendungen änderten hier nichts am christlich tradierten, wertebasierten Handlungskonzept vorbehaltloser sozialer Hilfe. Ferner diente die durchgängig mögliche Bahnhofsmmissionsarbeit in Ost-Berlin als letzte Basis, an die nach der politischen Wende in den Jahren 1989/90 angeknüpft werden konnte.

⁶³ Ebd.

Heute gibt es in den Neuen Bundesländern wieder über zehn Bahnhofsmissionen. Im Nordosten war Bad Kleinen die erste Station, die von 1999 bis 2004 existierte. 2014 wurde hier die Schweriner Bahnhofsmission wiedergegründet. Zuletzt wurde 2022 in Ludwigslust der Staffelstab der bahnhofsfürsorgerischen Hilfe vom DRK wieder an die Bahnhofsmission übergeben, womit es in Mecklenburg-Vorpommern aktuell zwei aktive Standorte des Bahnhofsmission Deutschland e. V. gibt.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AfD	Alternative für Deutschland
AIA	Air Intelligence Agency
BArch	Bundesarchiv
BGS	Bundesgrenzschutz
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSPC	Baltic Sea Parliamentary Conference
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency
COMBALTAP	Combined Baltic Approaches
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DM	Deutsche Mark
DSR	Deutsche Seereederei Rostock
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EU	Europäische Union
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FRAG	Fla-Raketenabteilungsgruppe
GRU	Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (Hauptverwaltung für Aufklärung, Zentralorgan des russischen Militärnachrichtendienstes)
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
HA	Hauptabteilung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung (MfS)
IFZO	Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum
IGP	Fraunhofer-Institut für Großstrukturen und Produktionstechnik
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IOW	Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde
KGB	Komitet gosudarstwennoi besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LpB	Landeszentrale für politische Bildung
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (DDR)
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung (DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation
NVA	Nationale Volksarmee
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OPK	Operative Personenkontrolle
OZ	Ostsee-Zeitung
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PET	Politiets Efterretningstjeneste (Dänemark)
PKE	Passkontrolleinheiten
PSO	Parlamentsforum Südliche Ostsee
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SIAB	Skandinavisches Bauunternehmen
SKP	Schwedische Kommunistische Partei
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stasi	Staatssicherheit
StGB	Strafgesetzbuch
StUA	Stasi-Unterlagen-Archiv
TU	Technische Universität
VEB	Volkseigener Betrieb
VOF	Vereinte Ostseeflotte
ZK	Zentralkomitee
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Nils Abraham, Köln. Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Köln.

Dr. Steen Andersen, Historiker, Kopenhagen. Leitender Wissenschaftler, Rigsarkivet (Dänisches Nationalarchiv).

Prof. Dr. Oliver Auge, Historiker, Kiel. Professor für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein in Mittelalter und früher Neuzeit an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Mitglied der Historischen Kommission für Pommern; Mitglied der Historischen Kommission für Mecklenburg.

Dr. Steffi Brüning, Politikwissenschaftlerin, Rostock. Leiterin der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock in Trägerschaft der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Władysław Bułhak, Historiker und Politikwissenschaftler, Warschau, Seniorforscher am Instytut Pamięci Narodowej (IPN); Dozent an der Fakultät für Politikwissenschaft und Internationale Studien, Uniwersytet Warszawski.

Jesper Clemmensen, Journalist und Sachbuchautor, Kopenhagen. Mitarbeiter des Forschungsprojekts „Ostseefluchten aus der DDR. Eine deutsch-deutsch-skandinavische Verflechtungsgeschichte“, Universität Rostock.

Prof. Dr. Stefan Creuzberger, Historiker, Rostock. Professor für Zeitgeschichte und Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland, Universität Rostock; Senior Fellow am Center for Cold War Studies, Syddansk Universitet (SDU), Odense, Dänemark.

Dr. Florian Detjens, Historiker und Archivar. 2014–2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Rostock; Archivar im Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Abteilung Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern, zuständig für die Überlieferung der DDR-Bezirke Schwerin und Neubrandenburg.

Julian Dunz, Historiker, Doktorand am Lehrstuhl für Zeitgeschichte, Universität Rostock.

Prof. Dr. Thomas Wegener Friis, Historiker, Professor an der Syddansk Universitet, Odense. Direktor des Center for Cold War Studies, Odense, Mitglied des Institute for National and International Security (INIS), Belgrad; Geschäftsführender Direktor der International Intelligence History Association.

- Dr. Michael Heinz, Historiker, Politikwissenschaftler, Rostock. Sachgebietsleiter Forschungs- und Medienanträge, politische Bildung im Bundesarchiv / Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock.
- Dr. Volker Höffer, Historiker, Rostock. Leiter der Außenstelle Rostock im Bundesarchiv / Stasi-Unterlagen-Archiv.
- Dr. Andreas Linderoth, Historiker, Karlskrona / Schweden. Forschungskordinator, Schwedische Nationale Museen für Marine-, Transport- und Militärgeschichte.
- Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs, Politikwissenschaftler, Berlin/Odense. Professor am Center for Cold War Studies der Syddansk Universitet, Odense, Dänemark; Gastwissenschaftler am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin; Senior Fellow am Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum.
- Prof. Dr. Mario Niemann, Historiker, Rostock. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und Leiter des Arbeitsbereichs Agrargeschichte, Universität Rostock.
- Dr. Fred Mrotzek, Historiker, Rostock. Wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Leiter Verwaltung an der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland der Universität Rostock.
- Dr. Jakob Schwichtenberg, Historiker, Schwerin. Leiter der Stadtgeschichtlichen Sammlung Schwerin bei den Museen der Landeshauptstadt Schwerin.
- Dr. Jann-Thorge Thöming, Historiker und Sozialwissenschaftler, Hannover. Referent beim Diakonischen Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V., Fortbildner beim Bahnhofsmission Deutschland e.V.
- Dr. Andreas Wagner, Historiker, Schlagsdorf. Leiter des Museums „Grenzhof Schlagsdorf. Informationszentrum innerdeutsche Grenze“.
- Prof. Dr. Nikolaus Werz, Politikwissenschaftler, Rostock. 1994–2018 Professor für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock.

Abbildungsnachweis

Archiv Jann Thorge Thoeming, S. 354, 364

Landesarchiv Greifswald, Rep. 210 Komitee Ostseewoche Nr. 617: Umschlagvorderseite

Melms-Liepen, Dieter: Die Notzeit 1943–1950. Ratzeburg 1970, S. 50, 279

Stadtarchiv Geesthacht (X, Nr. 19, 12041989): S. 291

Stadtarchiv Ratzeburg (Foto: Wolfgang Fiedler): S. 287

Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock (Abt. VIII, Nr. 88, Bl. 26): S. 224

Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock (AKG, Nr. 847): S. 222

Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock (AOP 583/78, Bd. 4, Bl. 30): S. 228

Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock (AU HA 67/61, Bd. 1, Bl. 493): S. 225

Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock (Ausstellung »Stasi im Ostseeraum«, Karte: Jürgen Pieplow und Stefani Warnow): S. 298

Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock (GH 324/79, Bd. 8, Bl. 154): S. 231

Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert

Herausgegeben von Stefan Creuzberger und Fred Mrotzek



Bd. 1

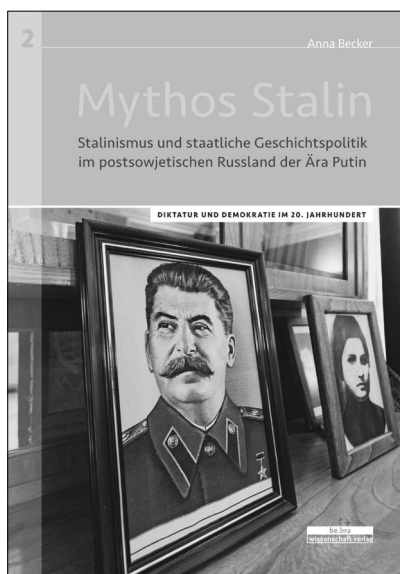
Gerhard Wettig

Die Stalin-Note

*Historische Kontroverse im Spiegel
der Quellen*

240 Seiten, 26 €

ISBN 978-3-95410-037-8



Bd. 2

Anna Becker

Mythos Stalin

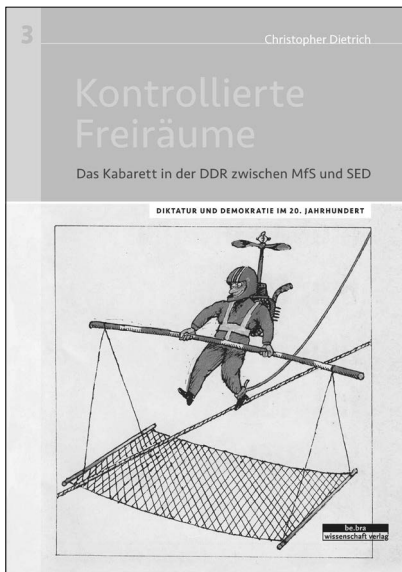
*Stalinismus und staatliche Geschichtspolitik
im postsowjetischen Russland der Ära Putin*

158 Seiten, 19,95 €

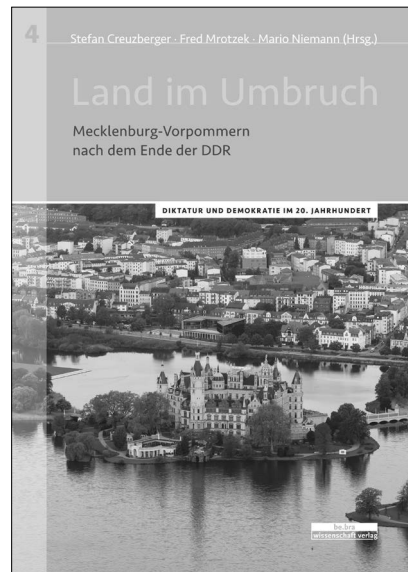
ISBN 978-3-95410-036-1

Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert

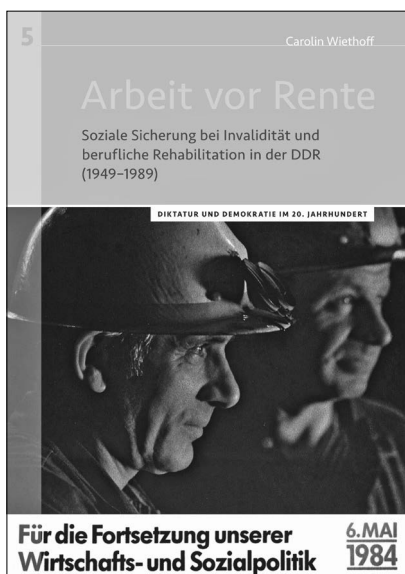
Herausgegeben von Stefan Creuzberger und Fred Mrotzek



Bd. 3
Christopher Dietrich
Kontrollierte Freiräume
*Das Kabarett in der DDR
zwischen MfS und SED*
736 Seiten, 36 €
ISBN 978-3-95410-059-0



Bd. 4
Stefan Creuzberger, Fred Mrotzek,
Mario Niemann (Hg.)
Land im Umbruch
*Mecklenburg-Vorpommern nach
dem Ende der DDR*
528 Seiten, 34 €
ISBN 978-3-95410-079-8



Bd. 5

Carolin Wiethoff

Arbeit vor Rente

Soziale Sicherung bei Invalidität und berufliche Rehabilitation in der DDR (1949–1989)

336 Seiten, 32 €

ISBN 978-3-95410-081-1



Bd. 6

Alina Laura Tiews

Fluchtpunkt Film

Integrationen von Flüchtlingen und Vertriebenen durch den deutschen Nachkriegsfilm 1945–1990

368 Seiten, 32 €

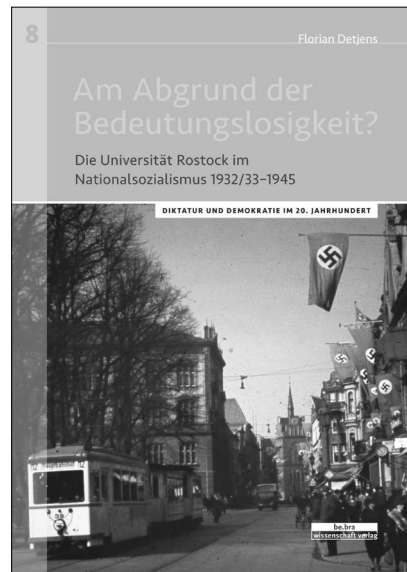
ISBN 978-3-95410-092-7

Diktatur und Demokratie im 20. Jahrhundert

Herausgegeben von Stefan Creuzberger und Fred Mrotzek



Bd. 7
Steffi Brüning
Prostitution in der DDR
*Eine Untersuchung am Beispiel der Städte
Rostock, Berlin und Leipzig von 1968 bis 1989*
320 Seiten, 28 €
ISBN 978-3-95410-217-4



Bd. 8
Florian Detjens
Am Abgrund der Bedeutungslosigkeit?
*Die Universität Rostock im
Nationalsozialismus 1932/33–1945*
440 Seiten, 32 €
ISBN 978-3-95410-257-0



Bd. 9

Antonia Bihlmayer

DDR-Sozialismus in der Karibik?

Die ostdeutsche Kuba-Politik zwischen 1959 und 1989

400 Seiten, 30 €

ISBN 978-3-95410-299-0



Bd. 10

Tilman Wickert

»Kampf um die Köpfe«

Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF) und die hochschulpolitische Kultur des Kalten Krieges (1949–1963)

304 Seiten, 42 €

ISBN 978-3-95410-343-0

